Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

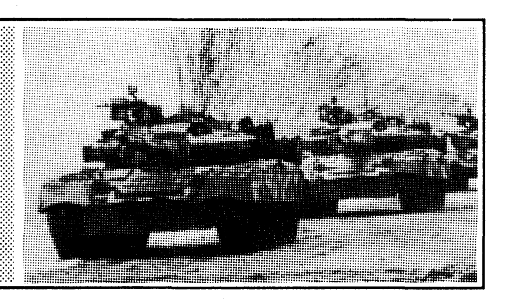
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 116 JANUAR/FEBRUAR 1995 50 Pfennig

Russische Truppen raus aus Tschetschenien!

Der Hexenkessel Kaukasus

... S. 5



Viertes Reich - Hände weg vom Balkan!



Action Press

Deutscher Imperialismus bereitet Militäreinsatz auf dem Balkan vor

Zum ersten Mal seit dem letzten Weltkrieg, als Hitlers blutiger Terror sich in ganz Europa ausbreitete, bereiten die deutschen Herrscher wieder offen ihren Militäreinsatz auf dem Balkan vor. Bonn ist entschlossen, die durch den Anschluß der DDR gestärkte Großmacht Deutschland auch politisch durchzudrücken. Wie wir im letzten *Spartakist* den Ausgang der Bundestagswahl kennzeichneten: „Und jetzt: Kohls Feldzug für deutsches Europa". Nur wenige Wochen darauf folgte Bonns Ankündigung: Deutsche Soldaten an die Front.

Ausschlaggebend dafür, daß Kohl seine Großmachtpläne umsetzen kann, ist die bedingungslose Unterstützung der SPD. Und Scharpings „Jawohl" zum Einsatz von Tornados über Bosnien folgte auf dem Fuße — in der schändlichen Tradition von 1914, als die SPD mit ihrer Zustimmung zu den imperialistischen Kriegskrediten Millionen Arbeiter in den Krieg hetzte. Mit der Einsetzung des früheren Bremer SPD-Bürgermeisters Koschnick als EU-Administrator und dessen Bullentruppe in Mostar haben sie schon vor Monaten den Anfang der direkten imperialistischen Intervention gemacht.

Wie schon so oft in der Vergangenheit, droht der Balkan zu einem blutigen Schlachtfeld zu werden, auf dem die Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten ausgetragen werden. Dabei macht sich das Vierte Reich des

Fortgesetzt auf Seite 24

Debatte der Spartacist League/U.S. mit Ernest Mandel ... S. 16

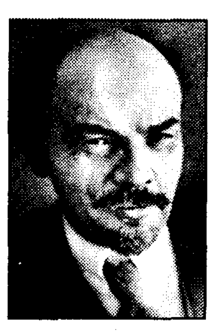
Kommunistische Plattform: Rotes Feigenblatt der PDS ... S. 7

Über die bürgerliche Teilung von Kopf- und Handarbeit



TROTZKI

Unter dem Kapitalismus wird das Schulsystem dazu benutzt, die Klassenschichtung der Gesellschaft zu fördern, um die zukünftigen Manager und Techniker der herrschenden Klasse in einem akademischen „Elfenbeinturm"zu trainieren, während die Arbeiterjugendlichen und Minderheiten zu einer Zukunft von niederer Arbeit verbannt werden — und zunehmend überhaupt keine Ausbildung oder Arbeitsplätze erhalten. Der Kommunismus strebt nach der Auflösung aller Aspekte der ausbeuterischen Klassengesellschaft, einschließlich der falschen Teilung in Kopf- und Handarbeit. Dieses Thema wurde in Das ABC des Kommunismus *behandelt, geschrieben von Bucharin und Preobraschensky für die Arbeiter und Bauern Rußlands, die eben erst durch die Oktoberrevolution 1917 befreit worden waren.*



LENIN

In der Klassengesellschaft entfernt sich die Wissenschaft von der Arbeit. Sie wird nicht nur zum Besitz der herrschenden Klassen, noch mehr: sie wird zum Beruf eines bestimmten, engen Menschenkreises. Der wissenschaftliche Unterricht und die wissenschaftliche Forschung trennen sich vom Arbeitsprozeß. Um die Ergebnisse der Wissenschaft für die Produktion zu verwerten, muß die bürgerliche Gesellschaft eigene Institute schaffen, die die Ausnützung der wissenschaftlichen Entdeckungen für die Technik fördern, außerdem eine Reihe technischer Schulen, die die Möglichkeit bieten, die Produktion auf der Höhe zu halten, wie die Erfolge der „reinen", d.h. der der Arbeit entfremdeten Wissenschaft es zulassen. Außerdem liefern die polytechnischen Schulen der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur ein technisch ausgebildetes Personal, sondern auch Trupps von Aufsehern und Verwaltern über die Arbeiterklasse. Außerdem werden zur Bedienung des Prozesses des Warenverkehrs Handelsschulen, Handelsakademien usw. errichtet.

All das, was in dieser ganzen Organisation mit der Erzeugung in Verbindung steht, wird bestehen bleiben. Alles, was mit der *bürgerlichen* Produktion verbunden ist, muß absterben. Es wird alles bestehen bleiben, was die Entwicklung der Wissenschaften fördert, verschwinden wird die Entfremdung zwischen Wissenschaft und Arbeit...

Die Schule der sozialistischen Republik muß eine Arbeitsschule sein, das heißt, der Unterricht und die Erziehung müssen mit der Arbeit vereinigt werden und sich auf die Arbeit stützen. Dies ist aus vielen Gründen wichtig. Erstens für den Erfolg des Unterrichts selbst. Am leichtesten, gründlichsten und liebsten erfaßt das Kind nicht das, was es aus dem Buche oder aus den Worten des Lehrers erlernt hat, sondern, was es selbst in der Erfahrung mit den eigenen Händen ergriffen hat. Die umgebende Natur zu erkennen ist am leichtesten, indem man diese Natur zu beeinflussen sucht. Die Vereinigung des Unterrichts mit der Arbeit begann schon in den fortgeschrittenen bürgerlichen Schulen. Sie kann aber in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, in der man die parasitären Elemente der Gesellschaft mit Absicht züchtet und die physische Arbeit von der geistigen durch eine unüberbrückbare Kluft trennt, nicht vollendet werden.

Diese [kommunistische] Gesellschaft wird keine geschlossenen Zünfte, keine verknöcherten Berufe, keine in ihrem Fache versteinerten Gruppen kennen. Sogar der genialste Gelehrte muß zu gleicher Zeit auch ein geschickter physischer Arbeiter sein. Dem die einheitliche Arbeitsschule verlassenden Schüler sagt die kommunistische Gesellschaft: „Professor mußt du nicht sein; aber Werterzeuger zu sein bist du verpflichtet". Mit den Kinderspielen im Garten beginnend, muß das Kind ganz unbewußt als Fortsetzung der Spiele zur Arbeit übergehen und auf diese Weise gleich im Anfang lernen, die Arbeit nicht als eine unangenehme Notwendigkeit oder Strafe zu betrachten, sondern als eine natürliche, selbständige Offenbarung der Begabungen. Die Arbeit muß ein Bedürfnis werden wie das Bedürfnis nach Essen und Trinken, und dieses Bedürfnis muß in der kommunistischen Schule eingeimpft und entwickelt werden.

Das ABC des Kommunismus
N. Bucharin und E. Preobraschensky



herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Back (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 116 Januar/Februar 1995

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 555
10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle SpAD, Postfach 201131
06012 Halle
Telefon: (0345)2029055

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Für Abonnenten im Postzeitungsdienst liegt dieser Ausgabe des *Spartakist* als Supplement die Spartakist-Broschüre „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat" bei.

Vor 50 Jahren: Rote Armee befreite Auschwitz!

27. Januar 1945: Das „tausendjährige Reich" der Nazis, das den Völkern Europas tausendfache Qual brachte, lag in Scherben. Seit den deutschen Niederlagen bei Stalingrad und Kursk 1943 konnte die Rote Armee Hitlers Wehrmacht-Divisionen und SS-Schergen auf einer breiten Front, die sich von Polen über Ungarn bis zum Balkan erstreckte, zerschlagen. Ein symbolischer Höhepunkt des Sieges der Sowjetunion war die Befreiung eines Ortes, der für alle Zeiten die kapitalistische Bestialität verkörpern wird: Auschwitz.



Der Spiegel

Polen begrüßen 1945 Soldaten der Roten Armee. Nach Befreiung von der Nazi-Barbarei führte das stalinistische Rußland eine bürokratisch deformierte soziale Revolution durch

Zwischen 1941 und 1945 wurden Millionen Menschen in Auschwitz umgebracht. Sinti, Roma, Russen, Polen, Kommunisten, Sozialisten, aber vor allem Juden aus allen europäischen Ländern kamen in den Gaskammern und Verbrennungsöfen dieser Vernichtungsfabrik um — Opfer eines imperialistischen Feldzugs, der im Namen der Schaffung einer „Herrenrasse" den ganzen Kontinent in eine Kolonie des deutschen Kapitals verwandeln wollte. Durch Hitlers „Endlösung der Judenfrage" wurden allein in Auschwitz mehr als 2 Millionen Juden — Männer, Frauen, Kinder — ermordet. In den Jahren 1942/43 rollten die überfüllten Viehzüge Tag für Tag unaufhörlich an die berüchtigte Rampe, wo die „Selektionen" begannen. Diejenigen, die nicht sofort in die Gaskammer gejagt wurden, fielen in die Hände sadistischer „Ärzte" wie Dr. Mengele oder mußten in Außenlagern für kapitali-



Gemeinsame Erklärung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, der Spartakusowska Grupa Polski und Spartacist Moskau

stische Riesenkonzerne schuften. Nur durch die Zerschlagung des Hitlerreichs konnte die Rote Armee eine Handvoll dieser Menschen retten — ein Bruchteil von den Millionen, die ihr Leben verloren. Nur aufgrund dieses Sieges blieb Hunderttausenden ungarischen Juden, die Eichmann nach Auschwitz geschickt hätte, der Vergasungstod erspart.

Doch die Juden waren nicht nur Opfer. Tausende aus Polen, Rußland, Belorußland, Litauen, der Ukraine und Jugoslawien kämpften in den regulären Einheiten der Roten Armee und in den Partisaneneinheiten gegen die Besatzung und trugen dadurch zum hart erkämpften Sieg der Sowjetunion bei. Die heldenhaften jüdischen Kämpfer des Warschauer Ghettos lieferten den SS-Einheiten von Stroop hartnäckige Kämpfe. Im Gegensatz zur zionistischen Geschichtsfälschung wurde der Aufstand hauptsächlich von prosozialistischen Zionisten, Mitglieder des jüdischen Bundes und Kommunisten organisiert, die ihn als internationalistischen Kampf sahen. Die Trotzkisten im Warschauer Ghetto standen auch in der ersten Reihe des Kampfes gegen Hitlerfaschismus. In ihrer Zeitung *Czerwony Sztandar* (Rote Fahne) setzten sie ihren Internationalismus dem Stalinschen Dogma vom „Sozialismus in einem Lande" entgegen. Im Juli 1941 schrieben sie: „Der Krieg der Sowjetunion gegen Hitler ist der Krieg des internationalistischen Proletariats; er ist unser Krieg... Lang lebe die internationale Revolution!"

In den Vernichtungslagern selbst — Treblinka, Auschwitz — brachen Aufstände der Gequälten aus, die angesichts des ungleichen Kampfes größtenteils in Blut ertränkt wurden. In Sobibór aber, wo über 250000 Menschen ermordet wurden, führten 600 jüdische Häftlinge zusammen mit gefangenen Rotarmisten einen Aufstand durch, der die Nazis zwang, das Lager zu schließen; 300 Gefangene flohen in die Wälder und überlebten.

Hitlers „Unternehmen Barbarossa", durchgeführt unter dem Schlachtruf des Kampfes gegen den „jüdischen Bolschewismus", hatte das Ziel, den sowjetischen Arbeiterstaat zu zerstören. Tatsächlich schrieb dieser Arbeiterstaat unter Lenin und Trotzki von Anfang an auf sein Banner: „Tod den Pogromisten — für die Emanzipation des jüdischen Volkes!" Durch die stalinistische Degenerierung der Sowjetunion wurde dieses Versprechen verraten. Unter Stalin wurde die Verteidigung gegen die Nazi-Besetzung nicht im Namen des proletarischen Internationalismus geführt, sondern unter der nationalistischen Parole des „Großen Vaterländischen Krieges". Doch trotz der reaktionären Herrschaft der Bürokratie und des Wiederaufstiegs von offiziellem Antisemitismus und Nationalismus unter Stalin (beginnend mit seiner antisemitischen Hetze gegen die trotzkistische Linke Opposition) rettete der degenerierte sowjetische Arbeiterstaat während des Krieges das Leben von Millionen Juden durch notwendige Umsiedlung.

Jetzt, nach Jelzins konterrevolutionärer Zerstörung der

Fortgesetzt auf Seite 4

Auschwitz...

Fortsetzung von Seite 3

Sowjetunion, erhebt der Antisemitismus in all seinen häßlichen Formen wieder sein Haupt. Aber bereits unter Gorbatschow hofierten Teile des stalinistischen Machtapparates (z. B. Boris Jelzin) die russischen antisemitischen Faschisten der Pamjat. Heute, nach dem Zusammenbruch des Stalinismus, sind Faschisten wie die Barkaschow-Anhänger (unterstützt von deutschen Faschisten), Schwarzhundertschaften und Monarchisten Teil der „rot-braunen Koalition" zusammen mit den „Patrioten" der ehemaligen nationalistischen stalinistischen Bürokratie. Diese „Rot-Braunen" sind der klarste Ausdruck davon, wie sehr die kapitalistische Restauration mit antisemitischem Dreck durchdrungen ist. Eine revolutionäre Arbeiterpartei wird den Kampf gegen Antisemitismus und rassistische Angriffe auf Minderheiten (z. B. Tschetschenen, die in ihrer Hauptstadt heute durch die russische Armee schonungslos bombardiert werden) in den Mittelpunkt ihres Programms stellen — genauso wie die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki. Für den Aufbau dieser Partei kämpfen unsere Genossen in Moskau.

In dem kapitalistischen Staat Polen, der 1990 als Resultat der von Solidarnoœæ geführten Konterrevolution geschaffen wurde, sehen wir heuchlerische Veranstaltungen zum „Gedenken" an die Opfer des Holocaust und die Kämpfer gegen den Faschismus. Daran beteiligen sich obszönerweise das deutsche Vierte Reich, der blutige zionistische Staat Israel und die katholische Kirche, die in Auschwitz das Symbol des Kreuzes errichtet, um den antisemitischen Charakter des Holocaust auszulöschen. Dazu gesellten sich Vertreter des Solidarnosc-Regimes, das die polnischen Faschisten des Zweiten Weltkriegs „rehabilitiert" hat. Unter der Losung der „Versöhnung" kauft die polnische Bourgeoisie zusammen mit ihren ex-stalinistischen, sozialdemokratischen Lakaien ihre Eintrittskarte zur nach-konterrevolutionären „Neuen Weltordnung", die im eigenen Land Massenarbeitslosigkeit, rassistischen Terror und Abtreibungsverbot bedeutet und im Ausland brudermörderische nationalistische Kriege und blutige imperialistische Interventionen. Im Geist des Dritten Reichs der Nazis werden Roma, Sinti und andere „illegale" Immigranten in Deutschland eingesperrt und dann nach Polen abgeschoben, damit man sie in die Länder deportieren kann, aus denen sie geflüchtet sind, und wo sie von Pogromisten umgebracht werden. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) fordern volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und kämpfen für die Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten, um alle Opfer des rassistischen Terrors zu verteidigen.

Heute tritt das Vierte Reich bewußt in die Fußstapfen des Dritten. Diese Kontinuität zeigt sich in der Firma BASF, die vor mehr als 50 Jahren, als Teil der IG Farben, Sklavenarbeiter von Auschwitz ausbeutete und später Helmut Kohls Gönner wurde. Die Bundesrepublik erklärte sich zum Rechtsnachfolger des Dritten Reichs und übernahm große Teile vom Staatsapparat des Naziregimes, bis hin zum Altnazi Kiesinger als Bundeskanzler, was Teil ihres antikommunistischen Kreuzzugs gegen die DDR war. Als Folge der kapitalistischen Wiedervereinigung und der Konterrevolution in der DDR ging die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe der SPD fleißig ans Werk, ihre grausame Geschichte zu vertuschen. Nun heißt es, daß berüchtigte Konzentrationslager wie Sachsenhausen und Buchenwald nicht Orte des Nazi-Verbrechens waren, sondern der „stalinistischen Diktatur"! Vor kurzem wurde diese revisionistische Kampagne, die Geschichte neu zu schreiben, einen Schritt weiter getrieben, als ein Gericht in Mannheim den Nazi-Führer Deckert entschuldigte und dessen mörderische antisemitische Leugnung des Holocaust, unter dem Codewort „Auschwitz-Lüge", als Stärkung der „Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche" bezeichnete.





Links: Der Trotzkist Abraham Léon, belgischer Jude polnischer Abstammung, wurde im Alter von 26 Jahren in einer Gaskammer in Auschwitz ermordet. Er ist der Autor des maßgeblichen Werks *Judenfrage und Kapitalismus.* Rechts: trotzkistische Zeitung, die von einer Untergrundzelle in der Bretagne unter Leitung von Marcel Beaufrere gedruckt und unter Wehrmachtsoldaten verteilt wurde

Rosa Luxemburg betonte, daß die Menschheit vor der Alternative steht: Sozialismus oder Barbarei. Auschwitz war die kapitalistische Barbarei schlechthin. Wie diese große revolutionäre Kämpferin treten wir für die Einheit des Proletariats Polens, Deutschlands und aller Länder der ehemaligen Sowjetunion ein. So kämpften auch die Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds, österreichische, französische, belgische und deutsche Trotzkisten im KZ für ihr revolutionäres Programm. In ihrer Erklärung vom April 1945 (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 54, Mai 1985), die kurz nach der Befreiung Buchenwalds verfaßt wurde, schrieben sie:

> „Um den, durch die imperialistischen Gegensätze begünstigten Wiederaufstieg der deutschen Bourgeoisie zu verhindern und die Arbeitermacht zu errichten, bedarf es des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse jedes Landes gegen seine eigene Bourgeoisie...
> Das Proletariat kann seine historische Aufgabe nur unter Führung einer neuen revolutionären Weltpartei erfüllen. Diese Partei zu schaffen ist die allernächste Aufgabe der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen den Kapitalismus und seine reformistischen und stalinistischen Agenten haben sich bereits internationale revolutionäre Kader für den Aufbau dieser Weltpartei zusammengeschlossen."«

Russische Truppen raus aus Tschetschenien!

Der Hexenkessel Kaukasus



AP

Jelzins Aufmarsch, um großrussische Vorherrschaft in Tschetschenien durchzusetzen. Zerschlagt Jelzins Invasion!

30. Dezember — Mit der Erklärung, „alle notwendigen Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung einzusetzen", hat das Jelzin-Regime die russische Armee nach Tschetschenien geschickt, eine Kaukasus-Republik, die ihre Unabhängigkeit erklärte, als vor drei Jahren die Sowjetunion auseinanderfiel. 40 000 russische Soldaten mit Panzerunterstützung, schwerer Artillerie und Kampfflugzeugen belagern die tschetschenische Hauptstadt Grosny, eine Stadt mit 400 000 Einwohnern. Unvermindert werden russische Bombenangriffe geflogen, bis Redaktionsschluß wurden nach Pressemeldungen über 200 Menschen in der Hauptstadt getötet, und gleichzeitig richten Panzer in den Außenbezirken schwere Zerstörungen an. Die russischen Streitkräfte sind nach eigenen Angaben dazu übergegangen, die tschetschenischen Stellungen rund um Grosny mit Laser- und anderen Lenkraketen zu bekämpfen.

Jelzin verlangt die totale Kapitulation des tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew. Der Großangriff auf Tschetschenien — Heimat einer kaukasischen Moslem-Bevölkerung, die im 19. Jahrhundert vom zaristischen Russischen Reich unterjocht wurde — ist noch ein weiterer in der Reihe von Kriegen, die in nationalistischer Art und Weise durch die kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und die Zerstörung der Sowjetunion entfesselt wurden.

Der brudermörderische Schlachthof des heutigen Bosniens hat die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen und Unstimmigkeiten zwischen den westlichen imperialistischen Mächten hervorgerufen. Seltener an die Öffentlichkeit gebracht, aber genauso blutig, tobt eine Reihe von Kriegen im ehemals sowjetischen Kaukasus. Seit sechs Jahren schlachten sich Armenier und Aseris wegen der Enklave Nagorny-Karabach gegenseitig ab. Zur gleichen Zeit hat Georgien seine alten Blutfehden mit den Bergvölkern des Nordkaukasus Wiederaufleben lassen, vor allem mit den Osseten und Abchasen. Inzwischen hat Rußland in dem Gebiet militärisch eingegriffen und die widerstreitenden nationalistischen Kräfte gegeneinander ausgespielt. Der gegenwärtige Einmarsch in Tschetschenien markiert eine dramatische Eskalation vom Versuch des inzwischen kapitalistischen Rußlands, die verschiedenen Völker dieses Gebiets zu beherrschen. Revolutionäre in der ganzen Welt müssen sich gegen Jelzins militärisches Abenteuer im Kaukasus stellen.

In Rußland selbst gibt es wenig Unterstützung der Bevölkerung für den Einmarsch des Möchtegern-Zaren Boris Jelzin, sondern vielmehr weitverbreitete Angst vor einem langen, blutigen Kolonialkrieg. Ein Leitartikel in der *Moscow Times* (4. Dezember 1994) spiegelte die weitverbreitete Stimmung unter Rußlands herrschender Elite wider und warnte:

> „Die Risiken, sich auf ein militärisches Abenteuer im Nordkaukasus einzulassen, sind enorm. Selbst wenn der Einmarsch das anfängliche Ziel, Dudajew zu stürzen, erreicht, würde er fast mit Sicherheit schreckliches Blutvergießen mit sich bringen und Rußland in einen langen, schmutzigen Guerillakrieg stürzen, der sich wahrscheinlich auf den ganzen Nordkaukasus ausweiten würde."

Die Mütter der im letzten Monat beim Kämpfen in Tschetschenien gefangengenommenen russischen Soldaten schickten an das russische Parlament ein Telegramm, in dem sie flehten: „Wir beten, daß Sie unsere Söhne und unsere Seelen retten werden."

Außerdem ist das militärische Oberkommando über einen neuen Kaukasuskrieg zutiefst gespalten, wobei viele besorgt sind, daß die geschwächte russische Armee sich durchaus auflösen könnte. Die Mannschaftsstärke der Armee ist in den letzten paar Jahren stark gefallen, dazu weigern einberufene Jugendliche sich einfach, zu erscheinen. Ende Dezember trat der stellvertretende Heereschef Worobjow aus Protest gegen den Einmarsch zurück, kurz zuvor war der Kommandeur der Kantemirow-Panzerdivision, General Poljakow, zurückgetreten. Der erznationalistische Generalleutnant Aleksandr Lebed, Kommandeur

Fortgesetzt auf Seite 27

Spartakist-Jugend

Beim *EU-Gipfel in SPD-Hochburg Essen:*

Polizeikessel und Massenverhaftungen

Mit striktem Demonstrationsverbot sicherte der nordrhein-westfälische SPD-Innenminister Schnoor am 10. Dezember den EU-Gipfel in Essen gegen jegliche Opposition ab und schaffte mit Massenverhaftungen von fast 1000 Gegendemonstranten einen neuen Rekord in der Geschichte der BRD.

Durch massiven Bullenaufmarsch kam es schon am Vorabend des Gipfels zu einem Verkehrschaos, aufgrund dessen sogar Konferenzteilnehmer zu spät kamen. Offiziell wurden 7000 Bullen eingesetzt. Am Tag des Anti-Gipfel-Protests umzingelten die Bullen alles, was nach einer Demo aussah. Trotzdem erreichten etwa 3000 Demonstranten die Innenstadt, die mit Weihnachtseinkäufern gefüllt war. Die Bullen begannen mit der Umzingelung und forderten die Passanten auf, die Gegend zu verlassen. Kurzerhand erklärten sie den zentralen Willy-Brandt-Platz (!) für gesperrt. Die Polizei, darunter SEKler in schwarzen Panzerungen, zog sich auch um Grüppchen zusammen, die am Rande des Kessels mit den Gefangenen sympathisierten. Mit zwei Ketten wurden die Demonstranten eingekesselt. Die Sondereinsatzkommandos hatten große Mühe, die Demonstranten und Weihnachtseinkäufer auseinanderzuhalten, sie griffen aber auch wahllos an, besonders wenn es sich um Immigranten handelte. Dann transportierten sie die Gefangenen massenweise in Großraumbussen ab. Das spielte sich mindestens zweimal ab und erstreckte sich über mehrere Stunden.



AP

Essen am 10. Dezember: SPD-Bullen setzen Demo-Verbot durch

Auch wegen der Übermacht der Polizisten, unter denen sich auch Spezialisten befanden, die wie Ninja Turtles aussahen, waren die mehrheitlich autonomen Demonstranten und sympathisierende Passanten eher zurückhaltend. Einmal flogen ein paar Farbbeutel, aber das war alles. Tatsächlich konnte man die Demos, wenn man außerhalb des Kessels zu ebener Erde stand, zu keinem Zeitpunkt sehen. Es lief auf zivilen Ungehorsam hinaus — wenn jemand sich nicht rechtzeitig der Umzingelung entziehen konnte oder wollte, wurde er oder sie schließlich in einen Polizeibus verfrachtet. Den Eingekesselten und Umstehenden wurde noch ein Beispiel für das „Demokratische" an der bürgerlichen Demokratie des Vierten Reichs gegeben. Es wurde wiederholt etwa folgende Ansage gemacht: „Sie haben an einer verbotenen Veranstaltung teilgenommen. Ihnen werden jetzt nach und nach Handschellen angelegt. Über die Dauer der Ingewahrsamnahme entscheidet das Gericht."

Ordnung herrschte beim sozialdemokratischen Polizeieinsatz. Und hier schließt sich der Kreis, denn von „Landesvater" Rau bis Innenminister Schnoor übernahm die SPD im voraus die volle Verantwortung für den Bulleneinsatz. Es war für sie eine wichtige Feuerprobe, sie wollte ihre Regierungsfähigkeit beweisen und zeigen, daß sie in der Lage ist, jeden Widerstand zu zerschlagen. Eine nicht unbegründete Sorge angesichts der düsteren Prognosen der EU-Zukunft, und nicht umsonst war der Aufbau der Bullenstreitmacht Europol der Schwerpunkt der deutschen Regierung beim EU-Gipfel. Immer mit einem Auge auf die Bullenbewegungen haben Spartakist-Verkäufer an dem Tag eine Menge interessanter Diskussionen gehabt und an die 80 Zeitungen und Broschüren verkauft.«

Schulungsreihen der Spartakist-Jugend

Berlin

Freitag, 17. Februar
Das Kommunistische Manifest

Ort und Zeit zu erfragen
über Tel. (030)4439400

Literaturangaben und weitere Informationen sind über die Kontaktadressen erhältlich

Halle

Donnerstag, 12. Januar
Sozialismus und Staat

Donnerstag, 16. Februar
Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki

jeweils 19.00 Uhr
Galeriecafe Steg, Stegpassage 2

Kommunistische Plattform: Rotes Feigenblatt der PDS

Im letzten Oktober wählten über zwei Millionen Menschen die PDS. Viele taten dies trotz oder *wegen* der antikommunistischen Hexenjagd der „demokratischen" Bonner Allparteienkoalition, die auf die PDS eindrosch, um alles, was an den deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert, zu kriminalisieren. Um die weitverbreitete Wut über die Demütigung und die Zerstörung der Existenzgrundlage von Hunderttausenden nach dem Anschluß niederzuhalten, wird seit der Wahl die Stasi-Hetze gegen Gregor Gysi und Stefan Heym angeheizt; dies gipfelte vor kurzem in dem Versuch, die PDS per Steuerbescheid kalt zu verbieten (siehe Seite 26).

Obwohl die PDS-Führer Gysi und Bisky ständig ihre Loyalität zum deutschen „Rechtsstaat" beteuern und der DDR abschwören, und obwohl sie direkt nach den Wahlen die Bundestagsabgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht wegen ihrer Stasi-Vergangenheit gefeuert haben, verlangt die SPD immer weitergehende Taten von der PDS. Dazu gehört, daß die PDS sich „von innerparteilichen Vertretern alter Kaderparteikonzepte trennen" muß, so SPD-Vize Thierse in der *Berliner Zeitung* (30. Dezember). Es geht also um die Steigerung der Hexenjagd in der PDS, die sich in erster Linie gegen die Kommunistische Plattform (KPF) richtet.

Wobei die „Demokratie"-Schützer des Vierten Reichs nicht bei leeren Drohungen stehen bleiben. So wurde in der SPD-Hochburg Nordrhein-Westfalen ein neues Buch der KPF-Sprecherin Sahra Wagenknecht zwecks „strafrechtlicher Überprüfung" beschlagnahmt. In Sachsen-Anhalt wird die Plattform vom Verfassungsschutz bespitzelt, unter der Ägide der von der PDS „tolerierten" rot-grünen Höppner-Regierung.

Jetzt steht die KPF nicht nur unter Beschüß der imperialistischen Hexenjäger, sondern auch der Spitzen ihrer eigenen Mutterpartei. Die PDS macht mit, um salonfähig zu werden, wobei nicht zuletzt die 6000 PDSler, die jetzt bereits Posten auf kommunaler, Länder- und Bundesebene innehaben, gegen die Plattform Druck machen. Die PDS-Führung ist darauf aus, die Partei in eine Volkspartei umzuwandeln, die sich solide im Staatsapparat des deutschen Imperialismus verwurzeln soll. Dazu müssen sie den Herrschern des Vierten Reichs demonstrativ ein Opfer darbringen. Um ihre „Regierungsfähigkeit" zu beweisen, muß die PDS alles aus ihren Reihen entfernen, was sich „kommunistisch" nennt. Ob sie diesen Schritt beim bevorstehenden Parteitag tut, hängt vom Angebot ab. Vielleicht warten Gysi und Bisky ab, bis wirklich Ministersessel in Aussicht sind, bevor sie die KPF rausschmeißen. Die Existenz der Plattform innerhalb der PDS hängt künftig also nur von ihrem Tauschwert ab. Inzwischen könnten die PDS-Spitzen beim Versuch, sich als parlamentarische „Opposition" zu profilieren, mit der Säuberung der KPF aus dem Parteivorstand ihre „demokratische Erneuerung" zeigen.

Ganz klar haben sich Gysi und der Parteivorsitzende Bisky darauf eingestellt, der Plattform das Leben innerhalb der PDS zunehmend zu vermiesen. Eine besondere Kröte, die die Plattform nur schwer schlucken kann, sind dabei die „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS", die der Vorstand für den Parteitag Ende Januar vorgelegt hat. Darin erklären Gysi und Bisky dem „vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf" den Krieg. Die Thesen verurteilen „antiliberale Sozialismusvorstellungen" und fordern statt dessen einen „neuen Gesellschaftsvertrag", der „trotz aller Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen" geschlossen werden müßte. Kurz gesagt, es handelt sich um einen Aufguß der alten Burgfriedenspolitik von Ebert/Scheidemann.

Daher hat die Plattform jetzt die „10 Thesen" kritisiert, nachdem sie sich bei der KPF-Bundeskonferenz am 10. Dezember nicht dazu überwinden konnte, ein klares „Nein" zu sagen. In einem Artikel in *der jungen Welt* (31. Dezember) weist die PDS-Vorständlerin und prominente KPF-Sprecherin Sahra Wagenknecht darauf hin, daß mit dem „neuen Gesellschaftsvertrag" der Thesen „nur ein Vertrag über das Überleben der *bestehenden* Gesellschaft abgeschlossen werden kann. Die Konzernchefs, Großfinanziers und Immobilienhaie werden sich schwerlich für eine Vergesellschaftung von Großindustrie und Banken bzw. Grund und Boden gewinnen lassen" (Hervorhebung im Original). Für Wagenknecht jedenfalls bedeuten die „10 Thesen" das „Bad Godesberg" der PDS und deren Ende als eine „antikapitalistische" Partei. Aber wo war bisher der vielbeschworene „Antikapitalismus" der PDS?

Selbst auf dem Papier hat sich nicht viel geändert. Schon im Programm der PDS, angenommen Ende Januar 1993, heißt es, sie wollen „Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen, die den Willen haben, zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen" *(Disput* Nr. 3/4, 1993) — was auch immer das heißen möge. Wenn es etwas gibt, was die PDS ganz sicher *nicht ist*, dann „antikapitalistisch". Man braucht sich nur an die Rolle der PDS beim Bergarbeiterkampf in Bischofferode zu erinnern, wo Gysi & Co. auf den Kapitalisten Peine und die EU in Brüssel setzten.

Aber das wird Wagenknecht vielleicht gar nicht bestreiten. Sie ist vielmehr besorgt, daß die PDS „ihre .unklare Programmlage' beseitigt — zugunsten einer offen sozialdemokratischen" *(jW).* Schon vor zwei Jahren warnte sie: „Sollte letzterer [Mehrheitsentwurf] ... auf dem Programmparteitag im Januar 93 angenommen werden, hätte die PDS ihr Godesberg hinter sich." Wie oft will sie noch Godesberg beschwören? Aber jetzt, wo der offene Opportunismus der PDS zunehmend von einer internen Inquisition gegen die Plattform begleitet wird, müssen sich viele Plattformler doch die Frage stellen: Was haben selbsterklärte Kommunisten überhaupt in dieser tiefgehend reformistischen Partei zu suchen?

Nur kurz zu „Godesberg": Beim Godesberger Parteitag 1959 erklärte sich die SPD zur „Volkspartei" und nahm formal ihren endgültigen Abschied von Karl Marx. Dies änderte aber nichts am Charakter der Sozialdemokratie als reformistische (bürgerliche) Arbeiterpartei. Für Leninisten ist das entscheidende Datum dafür, daß die Sozialdemokratie ins Lager der Bourgeoisie überging, der 4. August 1914, als sie für die Kriegskredite des Kaisers stimmte. Auch die Vorläufer der PDS hatten ihren 4. August 1914 — als Stalin/Thälmannvor 1933 die SPD als „sozialfaschistisch" abstempelten und die KPD dann zusammen mit der SPD die millionenstarke Arbeiterklasse in Deutschland kampflos an die Faschisten auslieferte. Danach wurde diese Politik von Stalins Komintern gerechtfertigt. Wenn es eine Zäsur im Werdegang der PDS gibt, dann schon bei deren Geburt, als sie

Fortgesetzt auf Seite 8

Kommunistische Plattform...

Fortsetzung von Seite 7

1990 ihre Verbindungen zu den Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR kappte und für die kapitalistische Wiedervereinung eintrat. Und die Plattform hatte damals der Linie von Modrow/Gysi nichts entgegenzusetzen.

1989/90: Wer hat die DDR verteidigt, wer hat sie verraten?

In dieser prägnanten Tatsache sehen wir den grundlegenden Widerspruch der Kommunistischen Plattform. Im Grunde genommen entstammt sie derjenigen Minderheit der SED — der ehemaligen herrschenden Bürokratie der DDR —, die nicht willens ist, sich von der DDR „pauschal" loszusagen. Aber in der Stunde der Gefahr, als es um die Existenz des ostdeutschen Arbeiterstaats ging, war die KPF *gelähmt,* während die PDS damit beschäftigt war, über die Bedingungen des Anschlusses zu verhandeln. Die Kommunistische Plattform hat 1989/90 *nicht* gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Das ist die simple Wahrheit, und jeder Plattformler weiß das. Erklären können sie diese entscheidende Tatsache aber nicht.

Wir Trotzkisten hingegen doch: Die Ursprünge des Verrats sind im bürokratischen Charakter und in der entsprechenden stalinistischen Weltanschauung von SED/PDS zu suchen, die im nationalistischen Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" zum Ausdruck kam. Dieses Dogma widerspricht dem ganzen internationalen Wesen des Sozialismus und spiegelte sich in Honeckers Illusion wider, die Mauer könne noch 100 Jahre stehen. Als im Herbst 1989 die DDR-Bürokratie auf einmal zusammenbrach und dann Moskau der DDR seine Unterstützung entzog, war damit für die SED-PDSler alles vorbei. Weil sie sich einen *internationalen* Arbeiterkampf nicht einmal vorstellen konnten, gaben sie einfach auf, während wir Spartakisten — weil wir unsere Pflicht ernstnehmen, die gewonnenen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen — unsere bescheidenen Kräfte in die Waagschale warfen. Die Trotzkisten kämpften ohne Wenn und Aber gegen die Konterrevolution.

Seit ihrer Gründung am 31. Dezember 1989 hat die Plattform die PDS-Ausverkaufspolitik „kritisch" begleitet. Wenn Sahra Wagenknecht jetzt beschreibt, wie sich damals „die PDS für einen demokratischen und gleichberechtigten Einigungsprozeß" aussprach und dadurch den Werktätigen den „plumpen Anschluß der DDR" *(jW)* schmackhaft machte, stellt sich die Frage: Wo war die Plattform? Sehen wir uns mal das Dokument „Zum Selbstverständnis und zu den Zielen der Kommunistischen Plattform der PDS" an, das aus der KPF-Konferenz vom 3. März 1990 herauskam. Dort, also zwei Wochen vor der Volkskammerwahl, erklärte die Plattform, es sei „unrealistisch, die Zweistaatlichkeit von DDR und BRD zu verteidigen". Sie zog aber nicht etwa die Konsequenz, daß die einzige Alternative der Kampf für die Arbeiterrevolution in ganz Deutschland ist, sondern sprach von einem Vereinigungsprozeß, „in dem sich schrittweise jene ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen herausbilden müssen, die neuen ökologischen, feministischen und humanistischen Qualitäten entsprechen".

Worin unterschied sich denn die KPF-Politik von der „Realpolitik" der PDS-Führung, die damals für einen „1:1"-Umtauschkurs zur D-Mark mobilisierte und eine „sanfte" Konterrevolution versprach?

Im Gegensatz dazu kandidierten wir Spartakisten bei der Volkskammerwahl mit einem Kampfprogramm: „Nein zur kapitalistischen Wiedereinigung! Für ein Arbeiterrätedeutschland!" *(Arbeiterpressekorrespondenz/Spartakist,* 20. Februar 1990). Statt wie die KPF schönfärberisch von einer möglichen „ökologischen, feministischen und humanistischen" Wiedervereinigung zu reden, warnten wir vor den Konsequenzen des kapitalistischen Anschlusses, in dem „neue faschistische Banden hochgezüchtet [werden], die Sturmtruppen eines Vierten Reichs", vor Massenarbeitslosigkeit und der drastischen Senkung des Lebensstandards der Massen der DDR. Damals erklärten wir auch, daß wir alle Wähler, die nicht die Spartakisten wählen können oder wollen, dazu aufrufen, wenigstens diejenigen Parteien und Gruppen zu wählen, die sich gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung verpflichten. Aber keine andere Partei oder Gruppe war bereit, eindeutig gegen die Wiedervereinigung Stellung zu beziehen!

Die jetzigen „Thesen" des PDS-Parteivorstands werden höchstens den breiten Massen deutlicher machen, welche Rolle die PDS seit ihrer Gründung 1989/90 spielt: die Arbeiter über die verheerenden Konsequenzen der kapitalistischen Wiedervereinigung zu belügen. Aber um dies anzuerkennen, müßte die Plattform sich ihrer eigenen Verantwortung bei der Konterrevolution in der DDR stellen und die politischen Konsequenzen ziehen. Sie setzte den Arbeiterstaat mit der Bürokratie gleich, und sobald die stalinistische Kaste zerbrach, war die Sache für sie gegessen. Deshalb reden die KPFler auch nicht gern von den Millio-



Spartakist

S.Januar 1990: Treptower Kundgebung gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals mobilisierte 250000 Menschen in Solidarität mit DDR und Sowjetarmee

nen Menschen, die für einen besseren Sozialismus auf die Straße gingen. Wie Gysi rangen sie darum, der Konterrevolution „positive" Seiten abzugewinnen. Sie sprachen in ihrem Dokument „Zum Selbstverständnis ..." sogar von „qualitativ neuen Bedingungen für den Kampf um eine demokratische Republik und um den sozialen Fortschritt in ganz Deutschland".

Daß die neun Millionen ostdeutschen Arbeiter etwas zu diesen Entwicklungen zu sagen hätten, durch die ihr Leben so katastrophal verändert wurde, ganz zu schweigen von den Arbeitern in Westdeutschland und ganz Europa, kam ihnen nicht in den Sinn. Vielmehr diente die KPF als linke Flankendeckung der PDS gegen die *Radikalisierung* der Arbeiter, die empört waren über konterrevolutionäre Maßnahmen wie die Auflösung der Betriebskampfgruppen, die unter dem Diktat der westdeutschen Imperialisten von der SED-Führung angeordnet wurde. Besonders zu einer Zeit, wo sich das Augenmerk der Arbeiter in der ganzen Welt auf die DDR richtete, wäre die Herausbildung von Arbeiter- und Soldatenräten ein Signal gewesen, um im Westen den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterklasse aufzunehmen und im Osten, vor allem in der damaligen Sowjetunion, die stattfindenden Arbeiterkämpfe zu vertiefen und die Konterrevolution aufzuhalten.

Die deutsche Nation war durch eine Klassenlinie geteilt. Notwendig war *eine proletarische Revolution im Westen, um die Kapitalisten zu enteignen, und eine politisch-proletarische Revolution im Osten, um mit den stalinistischen Bürokraten aufzuräumen.* Das Potential dafür hat der ostdeutsche Arbeiteraufstand im Juni 1953 demonstriert, der *gegen* die damaligen Konzessionen an die Kleinbourgeoisie entstand. Damals begrüßten die Streikenden im Bahnhof von Halle die Reisenden aus dem Westen mit dem Banner: „Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus." Was den Werktätigen damals wie auch 1989 fehlte, war eine revolutionäre, internationalistische Führung.

Genau dafür traten wir Spartakisten bei der Treptower Demonstration gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals am 3. Januar 1990 ein, die wir initiierten und die von der SED-PDS aufgegriffen wurde. Die Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus betonte vor den 250 000 Menschen, die sich in Treptow versammelt hatten: „Der Kampf um die Macht ... muß liegen in den Händen von Arbeiterräten, damit rationelle vernünftige Entscheidungen gefunden werden können, zur Zufriedenheit der Mehrheit... Vielleicht wird dieses Beispiel die Sowjetunion ermutigen, den gleichen Weg zu nehmen." Aber gerade der Klassenkampf der Arbeiter, ob Ost oder West, war für die „oppositionellen" Plattformler „unrealistisch".

„Früh"sozialismus oder: Für Reformisten ist es zum Sozialismus immer zu „früh"

Die PDS rühmt sich, „keine Anschauungspartei" zu sein. Das Gleiche trifft auch auf die Kommunistische Plattform zu. Die KPF, wie oben angedeutet, ist eher eine „Heimat" für einen DDR-loyalen Teil der ehemaligen SED, im Gegensatz zu den offenen DDR-Verrätern um Gysi, Bisky, Brie und ihresgleichen. Die Gründer der Plattform (heute repräsentiert durch Heinz Marohn und Eberhard Czichon) verstanden sich als Anhänger von Gorbatschow und sahen „in N. I. Bucharin und seinen Auffassungen eine reale historische Alternative zum Stalinismus und eine schöpferische Weiterführung Leninscher Gedanken" (in der Broschüre „Auskünfte" vom April 1990). Ein anderer Flügel, vertreten durch Wagenknecht, geht hingegen zurück zu Ulbricht und Stalin und behauptet: „Nicht zu leugnen ist, daß Stalins Politik — in ihrer Ausrichtung, ihren Zielen und wohl auch in ihrer Herangehensweise — als prinzipientreue Fortführung der Leninschen gelten kann" *(Disput* Nr. 2, 1993). Nur hat Stalin das gesamte ZK vom Revolutionsjahr 1917 ermorden lassen, um die revolutionäre Tradition des Leninismus in Blut zu ertränken!

Beide Flügel der Plattform unterstützen das stalinistische Dogma des „Sozialismus in einem Land" und die Strategie der Klassenzusammenarbeit, die „Volksfront". Und beide

Fortgesetzt auf Seite 10

Kommunistische Plattform...

Fortsetzung von Seite 9

Flügel können den Untergang der DDR und den Zerfall des ganzen sowjetischen Blocks nicht erklären. In der Folge der kapitalistischen Konterrevolution haben Marohn und Czichon eine Theorie des „Frühsozialismus" entwickelt. Vermutlich ist darunter ein Vergleich zum „Frühkapitalismus" des deutschen Bauernkriegs des 16. Jahrhunderts zu verstehen. „Früh" sagen die KPFler deshalb, weil die Oktoberrevolution sich unter Bedingungen ereignete, wo „die kapitalistische Gesellschaft noch nicht voll entwickelt war" (Broschüre „Warum sind Kommunistinnen in der PDS?"). Hier ist hervorzuheben, daß das Land, wo die KPFler den Sozialismus aufbauen wollen, das hochentwickelte *Deutschland* ist. Im nachhinein haben die KPFler das Gefühl, durch die Existenz der Sowjetunion in der eigenen Entwicklung zurückgehalten worden zu sein. Dies nimmt manchmal sogar rassistische Züge an, wie man an ihrer Spekulation darüber sieht, „ob nunmehr die antikapitalistische Revolution nicht auch als neue Form eines Barbarensturms denkbar ist" (ebenda).

Das war 1918 genau die Argumentation von Kautsky, um gegen die Verteidigung der Oktoberrevolution aufzutreten: Weil Rußland nicht reif für den Sozialismus war, war es abenteuerlich von Lenin, die Macht zu erobern. Tatsächlich ist die ganze „Frühsozialismus"-Theorie der KPF eine *Entschuldigung für ihren eigenen Verrat an der DDR.* Daß die KPFler die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion als tragisch betrachten, die PDS-Führung hingegen als Erlösung, ist nur noch zweitrangig, wenn sie darin übereinstimmen, daß sie für den weiteren Fortschritt unvermeidlich war. In der ganzen Broschüre „Warum sind Kommunistinnen in der PDS?" findet sich übrigens kein einziges Wort zu 1989/90. Merkwürdig, nicht wahr?

Lenin und Trotzki sahen wie alle anderen führenden Bolschewiki in der Oktoberrevolution den ersten Schritt zur Weltrevolution, wodurch das schwächste Glied in der kapitalistischen Kette zerbrochen wurde. Es war für die gesamte bolschewistische Partei zu Lenins Zeit selbstverständlich, daß die Russische Revolution eine Brücke zur Revolution in den fortgeschrittenen imperialistischen Ländern sein sollte, und daß sie ohne diese Ausweitung nicht überleben könnte.

Die Grundlage für Stalins politische Konterrevolution, den Thermidor, war das Scheitern der deutschen Revolution 1923 und die Isolierung der Russischen Revolution. Die aufsteigende Bürokratie machte daraus die „Theorie", es sei möglich, den Sozialismus in einem Land aufzubauen. Aber der Weltmarkt und die Arbeitsteilung, die unter dem Kapitalismus erreicht wurden, machen den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in jedem beliebigen Land der Welt unmöglich, besonders in einem so rückständigen Land wie Rußland.

Stalin und sein Sprachrohr Bucharin vertraten die Bürokratie, die die Arbeiterklasse politisch atomisierte und entmachtete, wenn auch die ökonomische Grundlage der proletarischen Diktatur erhalten blieb. Es waren Trotzki und die Linke Opposition, die dafür kämpften, die bolschewistische Partei und Sowjetrußland zum proletarischen Internationalismus von Lenin zurückzubringen, ein Kampf, der in Trotzkis Schlüsselwerk *Die Dritte Internationale nach Lenin* (1928) dargestellt wird.

Von Ulbrichts Neuem Ökonomischem System bis Gorbatschows Perestro ka, oder von „Marktsozialismus" bis Konkurs

Die Bucharinsche/Stalinsche Entstellung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) dient Marohn als Leitbild. Bucharin wollte aus einem notwendigen vorübergehenden Rückzug eine permanente Strategie entwickeln und machte weitgehende Zugeständnisse an die Kulaken und ausländischen Kapitalisten. Diese Politik führte 1928 zu Getreidestreiks der Bauern und damit an den Rand einer Konterrevolution. Sahra Wagenknecht wiederum ist Anhängerin von Ulbrichts DDR-Variante namens Neues Ökonomisches System (NÖS). Dieses war in Wirklichkeit ein Versuch, in den 60er Jahren „Marktsozialismus" in DDR-Farben einzuführen. Beide KPF-Richtungen ignorieren, daß diese Politik die Kräfte der kapitalistischen Restauration förderte (die NÖP) oder die Planwirtschaft unterminierte (das NÖS). Wie wir in unserer Broschüre „,Marktsozialismus' in Osteuropa" (August 1989) schrieben: „Die teilweise Dezentralisierung der Investitionen, auf die Rentabilität der Betriebe ausgerichtet, rief in der ganzen Wirtschaft Unausgewogenheiten und Engpässe hervor."

Und natürlich wurde während der NÖS-Periode der Rückstand gegenüber der BRD bei der Arbeitsproduktivität eher vergrößert. Als der polnische Arbeiteraufstand 1970 Gomulka stürzte, nahm Honecker auf Geheiß des Kreml den Platz von Ulbricht ein und warf das NÖS über Bord, um zu versuchen, die Arbeiter in der DDR dadurch zu beschwichtigen, daß er gewisse egalitäre Maßnahmen durchführte und den Lebensstandard der Massen erhöhte. Wagenknecht zeigt ihre *arbeiterfeindliche* Haltung, indem sie Honecker genau dafür angreift:

> „Ebenso die Verschiebung in der Klassenbasis der SED auf die untersten Schichten der Arbeiterklasse. Zur Folge hatte das die Abkehr vom Leistungsprinzip und eine Politik der Gleichmacherei, die sich nach dem VIII. Parteitag in fast allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen konnte." *(Weissenseer Blätter* Nr. 4/92)

Das von Wagenknecht so bejubelte NÖS wandte sich an die Betriebsleitungen und Technokraten, also gerade an die Schicht der stalinistischen Bürokratie, die sich in der Sowjetunion unter Gorbatschow auf den Weg zum Kapitalismus machte — in der Hoffnung, die neuen Yuppies zu werden. Aber im Gegensatz zu Gorbi-Fans wie Marohn oder denjenigen, die wie Wagenknecht und Kurt Gossweiler Gorbatschow vorwerfen, der UdSSR den Todesstoß versetzt zu haben, war Gorbatschows Perestroika ein letzter verzweifelter Versuch der bankrotten stalinistischen Bürokratie, ihre Herrschaft zu retten. Dies entfesselte allerdings die offenen Kräfte der Konterrevolution. Deshalb waren Ligatschow und der Rest von Gorbatschows alter Garde in der „Achterbande" nicht in der Lage, auch nur den geringsten wirksamen Widerstand zu leisten, als im August 1991 der Möchtegern-Zar Boris Jelzin die Macht ergriff. Die Plattform rief zur Rückkehr zum „revolutionären Weg der Perestroika" auf, wohingegen wir die sowjetischen Arbeiter dazu aufriefen, Jelzins konterrevolutionäre Barrikaden wegzufegen.

Die Programmatik der Kommunistischen Plattform ...

Wahrscheinlich hofft die Kommunistische Plattform, von der rechten PDS-Führung „toleriert" zu werden. Gegen die Hexenjagd innerhalb der PDS verteidigt sich die KPF hauptsächlich mit dem Argument, die PDS sei eine „pluralistische" Partei. Wenn Antikommunisten im Bundestag auf PDS-Sesseln sitzen, warum sollte die Plattform nicht auch im Vorstand oder wenigstens im Parteirat dabeisein können? All das hat schon seine perverse Logik: So wie die PDS Bismarcks Enkel, den erklärten Deutschnationalen Einsiedel, und Leute wie den sozialdemokratischen Antikommunisten Gerhard Zwerenz als Brücke zur SPD braucht, so setzt auch die Plattform auf genau diese Leute, in der vergeblichen Hoffnung, damit ihre eigene Existenz in der PDS zu schützen.

Als es beim PDS-Parteitag 1993 hart auf hart ging, zogen

Wagenknecht/Benjamin ihren etwas linkeren Programmentwurf mit folgender Begründung zurück:

„Wir sahen die Möglichkeit eines gemeinsamen Entwurfes darin, zunächst noch kein Grundsatzprogramm, sondern einen Minimalkonsens zu beschließen, das heißt, ein Programm, das sich vor allem auf die Fragen des aktuellen politischen Kampfes konzentrieren sollte." *(Mitteilungen* Nr. 1/93)

Dieser Minimalkonsens ist seinem Inhalt nach rein (bürgerlich) demokratisch, und genau solche sozialdemokratischen Minimalprogramme wurden von der Kommunistischen Internationale *abgelehnt.* In einem jahrelangen Kampf gegen den Opportunismus in der russischen Sozialdemokratie schuf Lenin die Avantgardepartei, die fähig war, das Proletariat an die Macht zu führen. Auf dem Dritten Weltkongreß der Komintern 1921 sagte er:

„Wissen wir' denn nicht, daß das größte Unglück der Arbeiterbewegung in Deutschland darin bestand, daß sie den Bruch [mit dem Opportunismus] nicht schon vor dem Krieg vollzog? Das hat 20000 Arbeitern das Leben gekostet, die von den Scheidemännern und Zentristen — durch ihre Polemik und ihre Anklagen gegen die deutschen Kommunisten — der deutschen Regierung ausgeliefert worden sind."

Diese Lehren wurden beim Dritten Weltkongreß in den „Thesen über die Taktik" und 1938 in Trotzkis *Übergangsprogramm* zusammengefaßt: „Man muß der Masse im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution."

... und die Praxis

Auf der PDS-Konferenz zur „Praxis und Programmatik" am 26. November betonte Wagenknecht: „In der Durchsetzung dieses sozialen und politischen Rechtskurses existiert faktisch längst die Große Koalition." Sie meint SPD und CDU; aber *ihre* PDS ist auch dabei. Der Kanzlerkandidat ihrer Partei war in Wirklichkeit niemand anderes als Rudolf Scharping, dessen Partei am Vorabend des Rostocker Pogroms die berüchtigten Petersberger Beschlüsse zur Zerstörung des Asylrechts und für weltweiten Bundeswehr-Einsatz faßte.

Wagenknecht warnt vor einer „pauschalen Tolerierung" bürgerlicher Regierungen. Aber wie steht es mit der „Tolerierung" der bürgerlichen rot-grünen Regierung in Sachsen-Anhalt durch die PDS, was bedeutet eine „selektive Tolerierung" hier? Heißt das, gegen die Festnahme eines Unterstützers der maoistischen KPD durch die Höppner-Regierung in Magdeburg zu kämpfen, die sich auf Adenauers KPD-Verbot von 1956 stützt? Heißt das, den Wirschaftsminister Klaus Schucht abzulehnen, den SPD-Mann in der Treuhand, der für die Abwicklung der Chemieindustrie in Sachsen-Anhalt verantwortlich war? Was schlägt die KPF vor bezüglich der Magdeburger Polizei, die im Mai letzten Jahres einem faschistischen Lynchmob half und Immigranten, die sich zu verteidigen versuchten, festnahm? Die PDS und die KPF haben nichts getan. Wie Bisky dem SPD-Ostpolitiker Erhard Eppler sagte: „Schon sind wir mit in der Verantwortung" *(Spiegel,* 21. November). Richtig! Kommunisten dagegen sollten bürgerliche Regierungen *pauschal ablehnen,* um die Klassenunabhängigkeit des Proletariats zu bewahren.

Die Plattform stellt Lenins und Trotzkis Kampf auf dem Dritten Weltkongreß der Komintern für die Einheitsfronttaktik fälschlicherweise als den Vorläufer der Volksfront hin. Aber laßt uns mal über die Einheitsfront reden. Als Ergebnis der Konterrevolution gibt es täglichen Nazi-Terror gegen Immigranten, Juden, Homosexuelle und Linke. Notwendig sind *hauptsächlich auf die Arbeiterklasse gestützte Einheitsfrontaktionen,* um die Nazis zu stoppen. Wir haben dies sehr, sehr oft vorgeschlagen und haben im November 1991 zum Jahrestag der Reichspogromnacht sogar den DGB Halle dazu gekriegt, zur Mobilisierung am gleichen Ort und zur gleichen Zeit wie die Nazi-Provokation aufzurufen, bis die SPD-Oberen auf ihre Gewerkschaftsbürokraten Druck ausübten, ihren Aufruf zurückzuziehen. Wo waren die PDS und die Plattform: meilenweit entfernt beim Ablenkungsmanöver, gleich neben den Pastoren und Stadtvätern mit ihrer Lichterkette.

Als die Dresdner PDS-Führerin Ostrowski 1993 mit dem Nazi-Führer Mayer über ihre „Gemeinsamkeiten" diskutierte, protestierte Sahra Wagenknecht vehement gegen diese Obszönität. Aber gleichzeitig erklärte sie: „Um nicht mißverstanden zu werden: Gespräche mit verblendeten Jugendlichen, die den braunen Rattenfängern hinterherlaufen, halte ich, wo immer das möglich ist, für den Versuch wert" *(Pressedienst,* 19. März 1993). Mit anderen Worten: „Dialoge" mit jungen Nazi-Killern, die Immigranten überfallen. Hält sie etwa Völkermord für diskutabel? Und aufweicher Basis will sie mit Jungfaschisten diskutieren? Der gemeinsame Nenner ist der Nationalismus, und das bindet auch Plattform und PDS-Führung an Stalin/Ulbricht, die 1952 mit der Stalin-Note ein „neutrales" deutsches Vaterland anboten.

Gleichzeitig appelliert die Plattform, wie die PDS, an die Bullen, Gerichte und Innenminister des Vierten Reichs, die bekannterweise Vietnamesen und andere Immigranten täglich terrorisieren, abschieben, *ihre* Organisationen verbieten usw.: „Dazu ist es notwendig, ein Verbot faschistischer Organisationen und Publikationen durchzusetzen" (Broschüre „Warum sind Kommunistinnen in der PDS?", Februar 1994). Aber der kapitalistische Staat ist notwendigerweise der Feind der Werktätigen und Unterdrückten und wird nicht wirklich auf Faschisten einschlagen. Hier liegt der Unterschied zwischen einer proletarischen revolutionären Perspektive und einer reformistischen Strategie (siehe dazu unsere Broschüre .Voran/Militant Labour: rührendes Vertrauen in den bürgerlichen Staat").

Wagenknecht gibt zu, die meisten Grundbedürfnisse der Werktätigen wie „... Arbeit für alle, bezahlbares Wohnen, soziale Sicherheit, ökologischer Umbau, Überwindung des Dritte-Welt-Elends usw. — sind im Rahmen des kapitalistischen Gesellschaftssystems tatsächlich nicht realisierbar". Doch selbst jetzt, wo die PDS und sogar Teile der SPD darüber jammern, daß das „Modell Deutschland" der Klassenzusammenarbeit durch den „Standort Deutschland" des offenen Klassenkriegs gegen die Gewerkschaften und den „Sozialstaat" ersetzt worden ist, schwört die Plattform einen Treueeid auf die Verfassung: „In Deutschland sind grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der Verfassungs- und Rechtsordnung bzw. durch ihre Veränderung mit verfassungsmäßigen Mitteln zu erreichen" („Antithesen zur Programmdiskussion" von Benjamin, Czichon, Wagenknecht u.a., Mai/Juni 1991).

1989/90 verurteilten führende Ideologen der SED-PDS unsere Losung „Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!" als „rote Seifenblasen". Aber da die Internationalisierung der kapitalistischen Produktion mehr und mehr in Widerspruch zu den nationalen Grenzen der kapitalistischen Staaten gerät, ist gerade die Vorstellung von einer Sozialreform in einem Land nichts weiter als *rosarote Seifenblasen.* Wenn Arbeiter für eine Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne kämpfen, drohen die Bosse jetzt einfach damit, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Die SPD/DGB-Bürokraten und die PDS antworten auf die „Globalisierung" der Produktion mit dem Gift des Protektionismus; die PDS redet auf EKO-Stahlarbeiter ein, und SPD-Bürokraten mobilisieren zum großen Teil türki-

Fortgesetzt auf Seite 26

Heroische sowjetische Spione

Ehrt Richard Sorge und Ozaki Hozumi!

Zu Ehren der beiden heroischen sowjetischen Spione Richard Sorge und Ozaki Hozumi fand am 50. Jahrestag ihrer Hinrichtung, dem 21. November 1994, eine Gedenkfeier in Tokio statt. Rund 400 Leute, darunter viele ältere ehemalige KP-Unterstützer, Ozakis Stiefbruder und Persönlichkeiten aus dem Bekanntenkreis des Sorge-Spionagerings, nahmen an der Veranstaltung teil. Die Spartakist-Gruppe Japan der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) hielt vom Podium aus eine Rede, die wir nachfolgend abdrucken. Grüße wurden von Unterstützern der IKL in Moskau und von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands an die Gedenkfeier gesandt.

Im Namen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) drückt die Spartakist-Gruppe Japan ihre Solidarität mit denjenigen aus, die heute abend hierher gekommen sind, um dem Gedenken an Richard Sorge und Ozaki Hozumi am 50. Jahrestag ihrer Exekution durch den japanischen Imperialismus Ehre zu erweisen. Sorge und Ozaki waren Kommunisten, die für die Verteidigung der großen russischen Oktoberrevolution gestorben sind und die dem Weltproletariat als Helden in Erinnerung bleiben werden, die auf unserer Seite der Klassenlinie kämpften. Manche Linke, die sich historisch geweigert haben, die ehemalige UdSSR zu verteidigen, sind entweder feindselig gegenüber Sorge und Ozaki oder versuchen Ozaki als Pazifisten hinzustellen. Ozaki war kein Pazifist!! Sorge und Ozaki waren revolutionäre Internationalisten und waren sich der Bedeutung der Russischen Revolution für die internationale Arbeiterklasse sehr bewußt.

Als die Bolschewiki, geführt von W. I. Lenin und Leo Trotzki, das zaristische Völkergefängnis zerschlugen und die russische Bourgeoisie stürzten, schufen sie den ersten Arbeiterstaat der Welt. Dieser Sieg inspirierte die Arbeiterklasse auf der ganzen Welt, und er wird dies auch weiterhin tun, trotz der triumphalistischen Erklärungen der Bourgeoisie, daß der Kommunismus tot sei. Von den kämpferischen Arbeitern in Südkorea bis zu den militanten Streikkämpfen in Italien und Südafrika ist der Klassenkampf immer noch sehr lebendig. Die Lehren der Russischen Revolution — daß eine leninistische Partei, die keine Kompromisse mit der Bourgeoisie eingeht oder sich an diese anpaßt, notwendig ist, um die Arbeiterklasse zur Macht zu führen — sind heute so gültig wie 1917.

Die konservative stalinistische Bürokratie konsolidierte eine Ideologie, die auf ihrer privilegierten sozialen Position basierte als einer parasitären Kaste, die dem sowjetischen Proletariat 1923/24 die politische Macht entriß. Ihr Programm des „Sozialismus in einem Land" bedeutete „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus statt der internationalen Ausweitung der proletarischen Revolution, was die einzige wirkliche Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution war. Stalin unterminierte auf kriminelle Weise die Verteidigung der UdSSR gegen die Nazi-Barbarei, indem er am Vorabend des Zweiten Weltkrieges eine blutige Säuberung des Offizierskorps der Roten Armee durchführte und die lebenswichtigen Informationen über Hitlers drohenden Überfall auf die UdSSR ignorierte, die er von Sorge, Ozaki und Treppers europäischem Netz der „Roten Kapelle" erhielt.

Wir sind in eine neue und gefährliche Ära eingetreten. Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion, die von Stalin und seinen Erben erwürgt worden ist, sind in der heutigen Weltpolitik interimperialistische Rivalitäten vorherrschend. Die Welt wird immer mehr aufgeteilt in drei feindliche Handelsblöcke: die europäische EG unter Führung des deutschen Imperialismus, der nordamerikanische Handelsblock NAFTA unter Führung des US-Imperialismus und eine neue ostasiatische „Wohlstandssphäre" unter Führung der hiesigen japanischen Bourgeoisie. Ozaki wußte, daß China die Zielscheibe konkurrierender imperialistischer Mächte in der Zeit vor dem Pazifik-Krieg war. Heute sind

Fortgesetzt auf Seite 23

Spartakist-Abokampagne: Ein Erfolg!



Spartakist

Endergebnis nach fünf Wochen

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	140	148	106
Halle	70	93	133
Hamburg	70	78,5	112
Auf Entfernung	20	15	75
Gesamt	**300**	**334,5**	**112**

Brief an Militant/Voran:
Antwort auf eine Provokation

Der Zusammenbruch des Stalinismus hat die Linke durchgeschüttelt, und eine ganze Reihe von Gruppen hat ihre Verankerung verloren — manchmal auf ziemlich spektakuläre Weise. Ein entsprechender Fall ist die französische Gauche Révolutionnaire/Jeunesses Communistes Révolutionnaires (GR/JCR), geführt von einem gewissen Raymond Debord, der in letzter Zeit politisch quer durch die Gemüsebeete gehüpft ist. Um zu verhindern, daß ihre Drehungen und Windungen aufgedeckt werden, haben sie zunehmend zu Schlägertaktiken gegen unsere Genossen Zuflucht genommen.

Debords JCR entstand vor zwei Jahren aus der französischen VS-Sektion, der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), mit dem Anspruch, die Volksfrontpolitik der LCR von links abzulehnen. Aber die JCR taumelte bald in bizarre und widerliche Manöver, dabei flirtete sie mit faschistischen Ideologen und stalinistischen Überresten bei dem Versuch, eine französische Imitation der „rot-braunen" Koalition in der Ex-Sowjetunion zusammenzuzimmern (siehe „Die JCR und ‚Idiot International' " in der *Spartakist*-Broschüre „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat").

Beim Sommercamp, das von der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE/YRE) im August letzten Jahres abgehalten wurde, führte Debord einen Schlägertrupp gegen die Spartakisten an, weil unsere Verurteilung ihrer sozialdemokratischen Linie, daß Bullen, die bezahlten Schläger der Bourgeoisie, „Arbeiter" seien, die „Verbündete" der Arbeiterklasse sein könnten, voll getroffen hat (siehe „JRE/Voran: Sommercamp-Pleite", *Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994). Die JRE/YRE wird von der britischen Gruppe Militant Labour geführt, zu deren internationalen Schwesterorganisationen in Deutschland die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und jetzt in Frankreich die JCR gehören.

Am 11. Oktober letzten Jahres attackierten junge JCR-Möchtegern-Raufbolde unsere Genossen der Ligue trotskyste de France, als diese an der Universität Tolbiac in Paris ein Flugblatt verteilten, das gegen den von der Regierung betriebenen rassistischen Ausschluß von jungen Frauen protestierte, die auf der Oberschule islamische Kopftücher tragen. Das Flugblatt griff die JCR an, weil sie dazu aufruft, die Bullen, die rassistischen Terror gegen Immigranten und Jugendliche nordafrikanischer Herkunft verbreiten, in die Gewerkschaften aufzunehmen. Vor den Augen zahlreicher Studenten stießen JCRler eine junge Genossin der LTF und schlugen einen schwarzen Genossen zu Boden.

In einem Flugblatt, das am nächsten Tag verteilt wurde, prangerte die Groupe de Jeunesse Spartaciste de Tolbiac (Spartakist-Jugendgruppe Tolbiac) den Überfall der JCR dafür an, daß sie damit ihre liquidatorische Intervention bei den Schülerprotesten verschleiern wollten, wo sie „nur als eine Plattform für die islamischen Fundamentalisten dienten, ohne ein einziges Wort über ihr eigenes formales Programm zu sagen".

Um ihre Schlägermethoden zu vertuschen, haben Debord & Co. zynisch versucht, *sich selbst* als die Opfer hinzustellen, und gleichzeitig angedeutet, daß sie weitere Provokationen starten werden. Dies war die Bedeutung eines Briefs der internationalen Führung der Labour Militant Tendenz, des Committee for a Workers International, vom 21. Oktober. Wir drucken nachstehend unsere Antwort ab.

New York, 5. November 1994

International Secretariat,
Committee for a Workers International
London

Werte Genossen,

wir haben Euren Brief an unsere französische Sektion, die Ligue trotskyste (LTF), erhalten, der angeblich eine Schilderung der kürzlichen gewalttätigen Konfrontationen zwischen Eurer französischen Sektion (GR/JCR) und unseren Genossen ist. Euer Brief ist ein durchsichtiger Versuch, durch Verleumdung das aggressive Gangstertum zu verschleiern, das Euer Führer in Frankreich, Raymond Debord, gegen unsere Genossen entfacht hat, und um eine Basis für weitere Provokationen gegen unsere Organisation zu schaffen. Indem Ihr sicherheitshalber die Behauptung einstreut, ein LTF-Genosse wäre einer Immigrantin und Genossin von Euch von ihrer Wohnung aus gefolgt — eine höchst hetzerische Anschuldigung, die absolut unwahr ist —, habt Ihr Euch darauf verlegt, den Angriff Eurer Genossen auf unser Verkaufsteam an der Universität von Tolbiac am 11. Oktober einfach als unsere Erfindung zu leugnen, obwohl Dutzende Studenten Zeugen des Vorfalls waren. Außerdem brachte die LTF sofort ein Flugblatt an der Tolbiac-Uni heraus (anbei), das den feigen, durch nichts provozierten Angriff verurteilte, bei dem unser Genösse Pierre von Debords Ordner Nummer eins, Gerald, ohne Warnung von hinten getroffen und zu Boden geschlagen wurde.

Der gewalttätige Überfall Eurer Genossen hatte den Zweck, uns an der Verteilung eines Flugblatts zu hindern, in dem wir die maghrebinischen Schülerinnen verteidigen, die durch den Bayrou-Erlaß der rassistischen französischen Regierung aus der Schule ausgeschlossen wurden. Der Angriff an der Tolbiac-Uni war die Fortsetzung des rachsüchtigen Gangstertums, mit dem Raymond Debord beim Sommercamp der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE/YRE) angefangen hat, einer Organisation, die politisch von Eurem Committee for a Workers International geleitet wird. Am lächerlichsten und durchsichtigsten an Eurem jetzigen Brief ist, daß Ihr es fertigbringt, nicht ein Wort über das Camp zu verlieren, das tatsächlich zum großen Teil von Raymond Debords persönlich angestachelter Kampagne der Gewalt und Verleumdung gegen die IKL/LTF dominiert war, und über das schließliche Scheitern dieser Kampagne.

Um Euer Gedächtnis aufzufrischen: Beim Camp versuchte Raymond Debord, die Genossen der IKL daran zu hindern, unsere Broschüre „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat" zu verkaufen. Die Broschüre (die den vollständigen Text der Polemik von GR/JCR gegen die IKL enthält sowie unsere Antwort, die die Linie Eurer Organisation entlarvt, sich im Kampf gegen den Faschismus auf den kapitalistischen Staat zu verlassen) hatte offensichtlich eine so vernichtende Wirkung auf Debord, daß er nicht nur unsere Verkäufer attackierte, sondern sogar über ein Mitglied der eigenen französischen JRE herfiel, als sie ein Exemplar kaufte. Wir protestierten sofort gegen diesen Angriff bei der JRE/YRE-Führung, gegenüber anderen anwesenden Organisationen und in einem Flugblatt, das an die Camp-Teilnehmer verteilt wurde und in dem wir die Verbindung zogen zwischen der Linie Eurer Organisation, daß die rassistischen Bullen „Arbeiter in

Fortgesetzt auf Seite 14

Brief an Militant...

Fortsetzung von Seite 13

Uniform" seien, und Debords Versuch, Gedankenpolizei der Linken zu spielen.

Die Camp-Führung versuchte dem Verhalten Debords dadurch Rückendeckung zu geben, daß sie einen ständigen Ausstoß von Verleumdungen und Drohungen gegen die Spartakisten und „Witze" im Camp-Newsletter produzierte; trotzdem wurde Debords Verhalten zu einem solchen Skandal — und so unpopulär bei den Camp-Teilnehmern (darunter auch bei manchen Eurer eigenen Mitglieder) —, daß die Camp-Führung schließlich ihre anfängliche Drohung zurückzog, die LTF vom Camp auszuschließen. Der durch nichts provozierte Überfall Eurer französischen Genossen auf die LTF an der Tolbiac-Uni war Debords nächste Maßnahme. Sie wird genauso wenig Erfolg haben.

Am Tag nach dem Angriff an der Tolbiac-Uni suchte die LTF Raymond Debord auf und informierte ihn nachdrücklich, daß wir ihn für alle künftigen Überfälle auf unsere Mitglieder verantwortlich machen würden. Als Antwort auf unsere Warnung hat Debord dann die LTF angerufen und gesagt, er wolle mit uns diskutieren, wie die eskalierende Gewalt gestoppt werden könne; er schlug vor, sofort in unser Büro zu kommen (nachts um 23.30 Uhr!), um darüber zu reden — sicher ein sehr eigenartiger Vorschlag, wenn sein vorheriges Zusammentreffen mit uns sich so abgespielt hätte, wie es in Eurem Brief dargestellt wird (und wie Ihr es jetzt in Eurer öffentlichen Presse schildert). Die LTF antwortete schriftlich (eine Kopie dieses Briefes wurde Euch sofort nach London geschickt), daß die Beendigung dieser Gewalt ganz einfach ist: Wenn Eure Organisation mit dem Gangstertum gegen unsere Genossen aufhört, hat es sich erledigt. Anschließend erhielten wir den Brief von GR/JCR, auf den Ihr Euch jetzt bezieht, und jetzt Euren eigenen Verdunkelungsbrief.

Um das Offensichtliche zu wiederholen: Gangstertum in der Linken hat eine lange und verabscheuenswürdige Geschichte. Es ist typisch für die stalinistischen und sozialdemokratischen Bürokraten, die von der Kritik durch Revolutionäre viel zu fürchten haben. Wie der Brief von GR/JCR zeigt, unterscheidet Eure französische Sektion nicht zwischen physischer Gewalt — die keinen Platz in der Arbeiterbewegung hat — und der Verbreitung von offener revolutionärer Kritik, die das Recht und die Pflicht jeder revolutionären Organisation ist.

Euer Raymond Debord hat besonders starke Gründe, verhindern zu wollen, daß wir uns Gehör verschaffen, denn seine jüngste politische Geschichte hinterläßt eine besonders schmutzige Spur von wilden politischen Zickzacks, darunter sein Flirt mit der antisemitischen französischen Version der „rot"-braunen Koalition, nämlich *Idiot International* (unser Artikel und unsere Intervention entlarvten dies bei Euren öffentlichen Veranstaltungen im Mai, woraufhin prompt die verlogenen Anschuldigungen kamen, wir würden Eure Veranstaltungen „stören"). Debord findet es sicher sehr nützlich, eine Blutlinie zwischen unseren Organisationen zu ziehen, um seine eigenen Mitglieder politisch auf Linie zu halten, während er hin- und herschwankt — von seinem Joint venture mit „intellektuellen" faschistoiden Ideologen bis zu seinem jetzigen unkritischen Hinterherkriechen hinter den frauenfeindlichen islamischen Fundamentalisten in Frankreich, die heuchlerisch das Recht maghrebinischer Schülerinnen auf Unterricht verteidigen, weil sie hoffen, sich eine Basis unter den Jugendlichen der zweiten Generation aufzubauen.

Jedes Mitglied der GR/JCR, das dazu gebracht werden kann, sich persönlich an Überfällen auf unsere Genossen zu beteiligen, ist dann durch eine Schuld an die reformistische politische Linie gebunden, daß Bullen „Arbeiter in Uniform" seien, die — wie Euch bewußt ist — eine Quelle erheblicher Unzufriedenheit innerhalb von GR/JCR und anderswo in Eurer Internationale ist. Eure Behauptung, wir würden Euch „Bullen" nennen, weil wir Eure bullenfreundliche Linie anprangern, oder „Faschisten", weil wir Debords Eskapade mit *Idiot International* entlarvten, dient einem ähnlichen Zweck. Kurzfristig gesehen stellt Ihr Euch vielleicht vor, daß Ihr Euch Peinlichkeiten ersparen könnt, indem Ihr versucht, uns durch Einschüchterung davon abzuhalten, Debords Mätzchen zu entlarven. Tatsächlich ist Euer Anführer in Frankreich unberechenbar; weder wir noch Ihr können vorhersagen, mit welcher Art von politischen oder anderen Scheußlichkeiten dieser unstabile Poseur wahrscheinlich als nächstes herauskommen wird.

Unsere Tendenz hat eine lange und stolze Geschichte von unnachgiebiger Verteidigung der Arbeiterdemokratie. Eine unserer frühesten Kampagnen dieser Art war unsere Verteidigung von Ernie Täte, einem Unterstützer des Vereinigten Sekretariats in Britannien, als die Healyisten (denen wir damals in bezug auf formale politische Positionen tatsächlich näherstanden) ihn daran zu hindern versuchten, eine Broschüre des VS zu verkaufen, wobei sie Gewalt anwandten und später gegen ihn einen Prozeß vor einem bürgerlichen Gericht anstrengten. Gerade vor kurzem haben wir uns aktiv an der Verteidigung von Anhängern von Tony Cliffs britischer SWP beteiligt (keine Freunde von uns oder von Arbeiterdemokratie), als sie mit faschistischen Angriffen in Toronto konfrontiert waren, und gegenwärtig protestieren wir gegen die Verhaftung von Cliffs Genossen durch das repressive Regime in Südkorea. Unsere prinzipienfeste antisektiererische Verteidigung der Rechte von allen Organisationen der Linken, Minderheiten und der Arbeiterbewegung erstreckt sich genauso auf die GR/JCR, von denen kürzlich ein Mitglied bei den Protesten gegen den Bayrou-Erlaß verhaftet wurde. Vielleicht ist unsere Politik für Euren Raymond Debord unverständlich, der sie wahrscheinlich als Zeichen der Schwäche auslegt. Bei Euch und bei ihm sollte es keinen Zweifel daran geben: Wir werden uns genauso energisch verteidigen, wie wir andere verteidigen.

Gegen Gangstertum,
in Verteidigung von politischer Debatte,
Internationales Sekretariat
für die IKL (Vierte Internationalisten)

Bürgerliche Teilung zwischen Kopf- und Handarbeit überwinden

„Instandhaltung und die kommunistische Bewegung"

Leo Trotzki schrieb in Ihre Moral und unsere *(1939) über den kompromißlosen Kampf, die marxistische Moral den bürgerlich-liberalen Werten entgegenzusetzen, die dem Kleinbürgertum eingeimpft worden sind. Die Teilung zwischen „Denkern" und „Machern" ist ein Merkmal von Klassengesellschaften in allen Teilen der Welt und besonders im Erbe von Sklaverei und Feudalismus verwurzelt.*

Die folgenden Bemerkungen des Genossen Jim Robertson auf der letzten Nationalen Konferenz unserer amerikanischen Sektion, der Spartacist League/U.S., die wir aus Workers Vanguard *Nr. 605, 2. September 1994, übersetzt haben, unterstreichen besonders die kommunistischen Werte und unser Ziel, die anmaßende bürgerliche Teilung zwischen Hand- und Kopfarbeit abzuschaffen.*

Auf ganz reale Weise ist dieser Bericht Nina Hartley gewidmet (die den Kampf gegen eine parallele Art von Gemeinheit und Heuchelei personifiziert — in ihrem Fall sexueller Art —, die der bürgerlichen Ordnung eigen ist). Einzigartig unter den fortgeschrittenen Industrieländern, leidet Amerika unter der Religiosität von organisiertem und repressivem Aberglauben. Und ein Aspekt davon, neben dem in bezug auf Nina Hartley, ist die Frage der Instandhaltung und der kommunistischen Bewegung.

Die bürgerliche Norm heißt: Die Geschäftsleitung ist ganz oben und die Instandhaltung im Keller (eine Abwandlung des Themas im von Priestern verseuchten Italien — der Mann oben, die Frau in der Küche). Als wir noch in unserem alten nationalen Büro waren, hatten wir, dachte ich, eine optimale Anordnung. Wir hatten Büros im vierten und ersten Stockwerk, doch im neunten Stock waren direkt nebeneinander das zentrale Büro und die Instandhaltungsabteilung. Es klappte sehr gut; es war eine wirkliche Zusammenarbeit, und dies stand stark im Gegensatz zur bürgerlichen Norm, die natürlich darin besteht, daß Börsenmakler den Klempnern weit überlegen seien.

Nun, nur halb nebenbei: Um die Welt zu verändern, muß man dazu fähig sein, sie zu verändern, und nicht nur etwas lernen, damit man darüber schreiben kann. Wie Stalin sagte: „Papier ist geduldig." Einmal hielt William F. Warde (George Novack) ein nettes kleines Schwätzchen über Philosophie, und er benutzte die marxistische Redewendung: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert;* es kommt aber darauf an..." An dieser Stelle setzte ich an: „sie [die Philosophen] zu zerstören!" Und der Mann sah deutlich schockiert aus. Doch es gab einen Sinn dabei.



Dennis Silverstein

Nina Hartley, angeklagt wegen des „Verbrechens" lesbischer Liebe, ist Sozialistin und Verfechterin der sexuellen Befreiung. Viva Nina!



Wirfried Bauer

Junge sowjetische Freiwillige arbeiteten unter grauenhaften Bedingungen an der Fertigstellung der Baikal-Amur-Magistrale, der Fernbahn durch Sibirien

Wenn du also nicht in einer fundierten Weise mit den Händen arbeiten kannst, bist du wirkungslos. Und wenn du nichts mit den Händen anzufangen weißt, bist du ein Ignorant, und sicher bist du kein Naturwissenschaftler oder Ingenieur. Vielleicht bist du Peter Camejo [ein ehemaliger Führer der Socialist Workers Party], der ein politisch korrekter, sozial bewußter Investmentberater ist.

Nun, diese Bemerkung hat ihre Grenzen. Stalin raubte Banken aus, während Trotzki schrieb. Doch ich möchte darauf hinweisen, daß Trotzki auch die Rote Armee organisierte, während Stalin anscheinend auch seine Genossen an die zaristische Ochrana [Geheimpolizei] ausgeliefert hat. Ein Beispiel, das ich selbst am Chemie-College von Kalifornien [Berkeley] erlebte, waren ziemlich junge, erstklassige Chemieprofessoren, die bei ihrer Forschung an den Grenzen der bekannten Wissenschaft alle Arbeiten an der Elektronik, alle Klempnerarbeiten, die ganze Glasbläserei und eine ganze Menge anderer Dinge selbst durchführten, die sie auf ihre eigene Initiative hin lernten, zweifellos unter der Anleitung von Handwerksgesellen und -meistern. Doch sie machten es, und sie machten es richtig, weil die Messungen für ihre Arbeit alles bedeuteten.

Und das zeigt eine andere Seite des Problems. Ein guter Handwerker stößt ohne den technischen oder wissenschaftlichen Überblick notwendigerweise an begriffliche Grenzen und muß frustriert werden. Ich denke, daß Bucharin in

Fortgesetzt auf Seite 23

Debatte der Spartacist League/U.S. mit Ernest Mandel

Etwa 400 Menschen drängten am 11.November in den Hörsaal der Public School 41 in New York City, um eine seltene und wichtige Debatte über revolutionäre Strategie zu hören, die hauptsächlich zwischen der Internationalen Kommunistischen Liga, vertreten durch Joseph Seymour vom ZK der Spartacist League/ U.S., und Ernest Mandel vom „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale" (VS) geführt wurde. Dies war in New York die seit Jahren größte Versammlung derer, die sich auf den Trotzkismus berufen, die Fortsetzung des revolutionären Internationalismus von Lenins Bolschewiki angesichts der stalinistischen Degeneration der Kommunistischen Internationale.

Workers Vanguard Workers Vanguard

Der Sprecher des Vereinigten Sekretariats Ernest Mandel (links) und Joseph Seymour von der Internationalen Kommunistischen Liga während der Debatte

Organisiert von der Spartacist League und gemeinsam geleitet von Vertretern der IKL und des VS, wurde die Veranstaltung in den besten Traditionen der Arbeiterdemokratie organisiert. Die Hauptsprecher hatten für Präsentation und Erwiderung jeweils gleiche Redezeit. Die zwanzig Redner aus dem Publikum waren abwechselnd Unterstützer des VS, der IKL und anderer anwesender Tendenzen wie League for a Revolutionary Party, Bolshevik Tendency, Freedom Socialist Party und International Trotskyist Opposition.

Seit den Anfängen der IKL als Revolutionary Tendency, die 1963 aus der Socialist Workers Party (SWP) in den USA ausgeschlossen wurde, bestehen wir auf der Notwendigkeit, einen politischen Kampf bis zum Ende gegen diese revisionistische Strömung zu führen, die von Michel Pablo ins Leben gerufen und von Mandel unterstützt wurde und durch die Anfang der 50er Jahre die Vierte Internationale zerstört wurde. Pablo und seine Anhänger reagierten impressionistisch auf die Entstehung bürokratisch deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa und China sowie auf das Anwachsen stalinistischer Parteien in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, und sie beschlossen, das trotzkistische Programm über Bord zu werfen. Als internationaler Sekretär der Vierten Internationale wies Pablo die Trotzkisten an, sich organisatorisch und programmatisch in die stalinistischen und sozialdemokratischen Massenparteien zu liquidieren, mit dem Ziel, sie auf einen „ungefähr revolutionären" Kurs zu drängen. Diese Perspektive verwarf direkt die Grundlage der Vierten Internationale, die 1938 als eine leninistische Avantgardepartei gegründet wurde, um dem internationalen Proletariat, dessen stalinistische und sozialdemokratische Irreführer im Interesse des „demokratischen" Kapitalismus die Arbeiterkämpfe verraten hatten, eine revolutionäre Führung zu geben.

In unserem Kampf zur Wiederschmiedung einer authentisch trotzkistischen Vierten Internationale begrüßten wir diese Gelegenheit, Mandel politisch zu konfrontieren, den führenden Vertreter des heutigen Pabloismus. Der Zentrist Mandel macht zwar rituelle Verbeugungen vor der marxistischen Ausdrucksweise, in der Praxis ist er aber weit nach rechts gegangen. Als erster Redner der Debatte schloß Mandel in seiner Präsentation für die nächste Periode jede Möglichkeit einer proletarischen Revolution aus. „Die Krise der Menschheit, der menschlichen Zivilisation", bemerkte er, „wird lange dauern." Für Mandel ist dies nur logisch, da er schon lange den entscheidenden Grundsatz von Trotzkis Übergangsprogramm aufgegeben hat, der erklärt, daß „die Krise der proletarischen Führung, die zu einer Krise der menschlichen Kultur geworden ist, nur durch die Vierte Internationale gelöst werden kann".

Mandel widersprach unserer Behauptung, „die gegenwärtige Periode ist vor allem durch die Auswirkungen der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa gekennzeichnet" (aus „Workers Struggles Across Europe" [Arbeiterkämpfe in ganz Europa], *Workers Vanguard* Nr. 592, 21. Januar 1994). „Dies ist falsch", sagte er. „Das Hauptmerkmal der Weltlage ist die weltweite Offensive des Kapitals gegen die Arbeit", womit er die Verbindung zwischen der arbeiterfeindlichen Offensive und dem Zusammenbruch der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten ignorierte. In seiner typischen objektivistischen Art behauptete Mandel, der Schlüssel sei „die gegenwärtige lange Welle der kapitalistischen Wirtschaftskrise". Wie immer schreibt er die Rolle der revolutionären Partei und ihres Programms ab.

Nachdem Mandel die proletarische Revolution von der Tagesordnung gestrichen hatte, verfiel er in reinen Reformismus: „Das strategische Ziel sollte es werden, um jeden Preis einen Atomkrieg zu vermeiden und alle Atomkraftwerke stillzulegen." Diese Bemerkung enthüllt mehr als nur das „Ergrünen" von Ernest Mandel. Hier wiederholt er den revisionistischen „Marxisten" Karl Kautsky, dessen pazifistische Behauptung, der imperialistische Krieg könne gestoppt werden, ohne daß die Arbeiterklasse an die Macht kommt, von Lenin machtvoll widerlegt wurde.

Genösse Seymour bemerkte in seiner Präsentation, daß Mandels VS, das 1963 als ein Block zwischen Pablos Tendenz und der nach rechts gehenden SWP gegründet wurde, „immer eine Pressure-group gewesen ist, die auf verschiedene reformistische, kleinbürgerlich radikale und bürgerlich nationalistische Strömungen Druck ausübt, und nichts anderes sein wollte. Tatsächlich hat Mandel in all den Jahrzehnten buchstäblich alles versucht, *nur nicht* eine proletarische Avantgardepartei aufzubauen." Gegenwärtig hat das VS „sich in die internationale Sozialdemokratie liquidiert, zu der jetzt auch die vielen ex-stalinistischen Parteien gehören, und will diese aufbauen".

„Sie möchten zu gern die Genossen von den Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht sein, zu denen sich jetzt die Erben der Mörder von Trotzki gesellen", fuhr Seymour fort. „Nun, wir von der Internationalen Kommunistischen Liga haben einen anderen Weg eingeschlagen." Er zitierte aus dem Übergangsprogramm, dem Gründungsdokument der Vierten Internationale: „Die Vierte Internationale erklärt den Bürokraten der Zweiten, Dritten, Amsterdamer und anarcho-syndikalistischen Internationale samt ihren zentristischen Satelliten kompromißlos den Krieg." „Unser Ziel", faßte er zusammen, „ist es, eine Vierte Internationale wiederzuschmieden, die ein für alle Mal die Erben der Mörder von Luxemburg, Liebknecht und Trotzki politisch zerstören wird."

Das Programm ist der Schlüssel

Für Trotzkisten ist der Schlüssel zum Thema der Debatte, „Der Kampf für die sozialistische Weltrevolution heute", *welches Programm* die Arbeiterklasse zur Macht führen kann. Doch eines der Hauptthemen von Mandel und seinen Unterstützern war es, sich über die IKL lustig zu machen, weil sie auf dem Aufbau einer programmatisch festen Partei besteht. Als Mandel „ein unentwirrbares Knäuel von Widersprüchen" auflistete, von denen die IKL angeblich geplagt wird, gehörte dazu auch unsere „Besessenheit wegen korrekter Formulierungen".

Bei einem seiner Versuche, einen Treffer zu landen, wiederholte er die alte Leier: Wenn ihr so klug seid, warum seid ihr dann nicht reich? „Wenn nach mehr als einem halben Jahrhundert von Revolutionen und Konterrevolutionen der wirkliche Trotzkismus, den als einzige zu repräsentieren die Spartakisten für sich in Anspruch nehmen, sich auf ein paar hundert Leute in der ganzen Welt reduziert, die keine wirkliche Verwurzelung in der Arbeiterklasse irgendeines Landes haben, wäre dies der Beweis für das grundlegende historische Scheitern des Trotzkismus als politische Strömung." Dies „Argument" stammt direkt aus dem zynischen Arsenal der Stalinisten gegen den Trotzkismus.

Mandel stellte der angeblichen „Bedeutungslosigkeit" der IKL den „Einfluß" des VS gegenüber. „Wir haben zwei gewählte MPs [Parlamentsabgeordnete] in Europa", obwohl, wie er zugab, „Genosse Winnie Wolf" aus dem VS austrat, kaum daß er auf der Liste der PDS in den deutschen Bundestag gewählt worden war — der Partei, die 1990 den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat ausverkauft hat. „Wir haben viele MPs in Brasilien... Wir haben Dutzende Stadt- oder Landräte." Klar ist vor allem, daß sie einen Appetit auf reformistische parlamentarische Politik „großen Stils" haben.

Mandel berührte schließlich doch einige der strittigen programmatischen Fragen. Er stellte unsere Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen die kapitalistische Konterrevolution als „prostalinistisch" hin und verurteilte besonders unsere Unterstützung für den Gegenputsch von General Jaruzelski in Polen gegen Lech Walesas Solidarnosc, als diese im Dezember 1981 versuchte, die Macht zu ergreifen.

Zum Schluß erwähnte er „einen Sieg von wahrhaft historischen Dimensionen": die „vollständige politische Rehabilitierung" von Trotzki und seinen Anhängern durch das sowjetische Militär und die Zeitung *Iswestija* 1990. Die IKL argumentierte damals, daß Trotzki keinerlei Bedarf an einem Führungszeugnis hat, ausgestellt von den Erben seiner Mörder, die außerdem gerade in dem Augenblick dabei waren, Jelzins Konterrevolution den Weg zu ebnen!

Genosse Seymour konzentrierte sich auf die strategischen Schlüsselfragen für Kommunisten heute: die Volksfront — eine Koalition, die die Arbeiterparteien an die Bourgeoisie kettet — und die „russische Frage", d. h. die

Fortgesetzt auf Seite 18



Workers Vanguard

New York, 11. November: 400 Leute wurden von der Debatte zwischen Vereinigtem Sekretariat und Internationaler Kommunistischer Liga angezogen

Mandel-Debatte...

Fortsetzung von Seite 17

marxistische Analyse von und das Programm für die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten. Trotzki kämpfte für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen die Restauration des Kapitalismus und für eine politische Arbeiterrevolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie.

In diesen und anderen Fragen, bemerkte Seymour, „hat Mandel die moralische Autorität des Trotzkismus verkauft". Das VS wurde gegründet auf der Grundlage der politischen Unterstützung für Castros stalinistisches Regime in Kuba und des Eintretens für die kleinbürgerliche Strategie des Guerillakriegs, für die Che Guevara ein Beispiel war. Die Spartakisten bekämpften die Preisgabe von Trotzkis Perspektive der permanenten Revolution durch das VS. Nach dieser Perspektive kann nur das Proletariat, das die Bauernschaft führt, die demokratischen Aufgaben in den kolonialen Ländern durch die sozialistische Revolution durchführen. Wir hielten an der Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei fest, während das VS in den kleinbürgerlichen Nationalisten einen Ersatz für die Arbeiterklasse sah. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung von Kuba gegen den Yankee-Imperialismus und riefen gleichzeitig zur politischen Arbeiterrevolution von Moskau bis Havanna auf und zur Ausweitung der Revolution auf die imperialistischen Zentren als der einzig wirklichen Verteidigung der Revolution. Während Mandel als Lehnstuhl-Guerillastratege auftrat, versuchten manche seiner Genossen tatsächlich, das erklärte Programm des VS in die Praxis umzusetzen, und kamen in Bolivien und anderen Ländern um.

Nach diesem Debakel kroch das VS 1970 hinter Salvador Allendes chilenischer Unidad Populär hinterher, einer klassischen Volksfront. Seymour erwähnte, daß die französische Starsektion des VS offen Allendes Wahl begrüßte, während die Spartacist League, ausgehend von Trotzkis Lehren über die katastrophale Erfahrung mit den Volksfronten in Frankreich und Spanien in den 30er Jahren, vor jeder Unterstützung für diese bürgerliche Koalition warnte, die politisch die Arbeiterklasse entwaffnete. Tragischerweise erwies sich die chilenische Volksfront als noch selbstmörderischer als Guevaras Guerillastrategie; Zehntausende von Aktivisten wurden nach dem Pinochet-Putsch 1973 getötet.

Die russische Frage, frontal und zentral

Der IKL-Redner wies auf Mandels Unterstützung für proimperialistische Dissidenten hin, die als Anhänger der „Demokratie" im Sowjetblock auftraten. Dies ging so weit, daß 1989 die VS-Zeitschrift *International Viewpoint* ohne Kritik einen Artikel veröffentlichte, der die estnischen „Waldbrüder" lobte, Faschisten, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite von Hitlers SS kämpften. Seymour bemerkte: „In der Zeit des zweiten Kalten Kriegs trafen Mandel und seine Gesinnungsfreunde niemals einen nicht-russischen, antikommunistischen Nationalisten in Osteuropa, den sie nicht leiden konnten ... natürlich geschah das im Namen von Demokratie, nationaler Unabhängigkeit und Antistalinismus."

Ende der 70er Jahre sprang das VS auf den Zug der antisowjetischen „Menschenrechts"offensive von US-Präsident Carter, die eine Voraussetzung bildete für den Aufstieg der prokapitalistischen Solidarnosc in Polen. „Mandel und seine Gesinnungsfreunde unterstützten Solidarnosc mit gleicher Inbrunst wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher", erklärte Seymour. Auf der Suche nach „Einfluß" schwamm Mandel *mit dem Strom* und stieg ins Bett mit sozialdemokratischen Kalten Kriegern wie Frankreichs Mitterrand und den deutschen und schwedischen Gewerkschaftsbürokraten. Seymour erinnerte daran, wie Mandel Walesa & Co. taufte: als „,die besten Sozialisten in der Welt' — zweifellos weil sie den Sozialismus offen ablehnten". Im Gegensatz dazu sagten wir: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarnosc!" Seymour zitierte aus einem Artikel von *Workers Vanguard* aus dem Jahr 1981, der darstellte, was wahrscheinlich dabei herauskommt, wenn Solidarnoœæ an die Macht kommt:

> „Ausländische Kapitalinvestitionen [würden] in einem massiven Ausmaß angelockt werden... Löhne würden eingefroren werden, um mit dem Weltmarkt zu konkurrieren. Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Arbeitern würden ... arbeitslos. Sicherlich wollen die Massen der von Solidarnoœæ irregeführten Arbeiter das nicht. Aber die Restauration des Kapitalismus in seiner ganzen Erbarmungslosigkeit würde aus dem Programm von Solidarnosc, der .Demokratie im westlichen Stil', folgen wie die Nacht auf den Tag." *(Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 10, Winter 1981/82)

„Welcher ehrliche und objektive Mensch würde heute leugnen, daß das, was wir 1981 vorhersagten ... tatsächlich eingetreten ist", fragte er.

Als das Schicksal der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten 1989/90 in Deutschland am seidenen Faden hing, fuhr Seymour fort, mobilisierte die IKL alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte, um mit dem Programm für eine revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands zu intervenieren — einem roten Rätedeutschland. Wir stellten uns bedingungslos gegen den imperialistischen Anschluß des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats DDR. Und wir initiierten den Aufruf zur Einheitsfrontdemonstration im Januar 1990, die 250000 gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow und zur Verteidigung der DDR auf die Straße brachte.

Im Gegensatz dazu war das Vereinigte Sekretariat total gelähmt. Eine IKL-Rednerin erwähnte anschließend in der Diskussionsrunde die Beschreibung des rechten VSlers Matti über ihre *zwei* Linien zur deutschen Wiedervereinigung: „Ein Teil wollte Champagner trinken; der andere Teil wollte Alka-Seltzer haben", bemerkte sie. „Aber niemand wollte eine revolutionäre Intervention in diese entstehende politische Revolution haben."

Nachdem das VS konterrevolutionäre Kräfte von Walesa bis zum Pöbel der kapitalistischen Restauration auf Jelzins Barrikaden vor Moskaus Weißem Haus im August 1991 unterstützt hatte, leugnet es jetzt, daß in diesen Ländern der Kapitalismus restauriert worden ist. Ihr Kriterium ist die sozialdemokratische Erklärung, daß der größte Teil der Industrie immer noch verstaatlicht ist. Nachdem ein IKL-Redner in der Diskussion erwähnt hatte, daß das VS sich geweigert hat, die Sowjetunion über Afghanistan zu verteidigen, und tatsächlich sogar den Abzug der sowjetischen Truppen gefordert hat, die gegen CIA-unterstützte, Frauen hassende islamische Fundamentalisten kämpften, bemerkte er: „Es ist schon seltsam, das VS verteidigt die Sowjetunion, wo sie als Arbeiterstaat nicht mehr existiert. Denkt mal darüber nach."

Erst kürzlich hat sich das VS im ehemaligen Jugoslawien auf die Seite des „demokratischen" Imperialismus gestellt, und zwar mit der Kampagne „International Workers Aid to Bosnia". Marxisten halten diesen brudermörderischen Bürgerkrieg für reaktionär auf allen Seiten und rufen gleichzeitig zur Verteidigung der Serben gegen imperialistische Angriffe auf. Doch *International Viewpoint* des VS, wie Seymour bemerkte, „prahlt, daß seine Unterstützer Lkw-Konvois unter dem Schutz der imperialistischen UN-Streitkräfte nach Bosnien gefahren haben. Ein

Bericht lobt sogar ‚die echten Bemühungen vieler UN-Offiziere und -Soldaten, die uns geholfen haben'. Hier hat man also nicht nur direkte Unterstützung für ein bürgerlich-nationalistisches Regime, sondern sogar direkte Appelle für militärische Aktionen durch dessen imperialistische Sponsoren."

Trotzkismus kontra VS-Opportunismus

Die Beiträge der Spartakist-Unterstützer in der Diskussion nahmen die antitrotzkistische Geschichte der Kapitulation und des Hinterherkriechens von seilen des VS auseinander. Doch niemand von Mandels Gesinnungsfreunden, einige mit vielen Jahrzehnten politischer Erfahrung, machte auch nur den Versuch, für ihre Positionen zu argumentieren, statt dessen protestierten sie, daß dies 20 Jahre alte Fragen seien, und tadelten uns wegen unserer „Grobheit". Während Mandel den scholastischen Stil eines europäischen Akademikers annahm, traten seine amerikanischen Unterstützer als USA-bornierte, und noch dazu ziemlich demoralisierte, Provinzler auf. Was ihre Lektionen in Etikette betrifft, so haben viele der VS-Redner ihre „Methode" in der SWP während der Anti-Vietnamkriegsbewegung gelernt, als die SWP gegen Progressive Labor, die Spartacist League und andere, die gegen ihre Volksfrontkoalitionen mit den „Tauben" der Demokratischen Partei waren, Ordnertrupps anführte.

Trotzki schrieb: „Seine Halbheit verbirgt der Zentrist oft mit Hinweisen auf die Gefahr des ‚Sektierertums', wobei er unter Sektierertum nicht abstrakt-propagandistische Passivität (im Geiste der Bordigisten) versteht, sondern die aktive Sorge um prinzipielle Sauberkeit und Klarheit der Einstellung, um politische Folgerichtigkeit und organisatorische Geformtheit." Tatsächlich stand ein VS-Unterstützer nach dem anderen auf, um die „Inflexibilität" und „unheimliche Einheitlichkeit" der IKL zu verurteilen — d. h. ein prinzipienfestes Festhalten an einem revolutionären Programm. Steve Bloom von BIDOM [Bulletin in Défense of Marxism] und Solidarity sagte: „Ich würde vorschlagen, daß der Hauptpunkt für den Stolz der Spartakisten, ihre Standhaftigkeit und Unerschütterlichkeit zum Programm, in Wirklichkeit ihrer Methode das deutlichste Armutszeugnis ausstellt." Als nächster Mandelianer fragte Paul Le Blanc, der bei der Veranstaltung mit den Vorsitz hatte: „Was die Art von praktischer Arbeit zum Aufbau einer Arbeitermassenbewegung betrifft, die gewinnen kann, was tut ihr dafür?" Später beschuldigte Dorothy Breitman die SL, „überhaupt jede Aktivität deshalb anzuprangern, weil sie für kein vollständiges revolutionäres Programm eintritt", und bat die Redner, den „Unterschied zwischen dem Programm der Einheitsfront und dem der Partei" zu definieren.

Als Antwort auf den Vorwurf des „Abstentionismus" der Spartakisten wiesen IKL-Redner auf unsere Geschichte hin, Einheitsfrontaktionen gegen faschistischen Terror zu organisieren, die sich auf die Macht der integrierten Arbeiterbewegung stützen, von Washington, D.C. 1982 bis Springfield, Illinois, im Januar 1994. Vor kurzem initiierte der Spartacus Youth Club in Berkeley einen Protest, der ein Nazitreffen mit dem „Historiker" und Hitlerverehrer David Irving dichtmachte. Ein Gewerkschafter und Unterstützer der Spartacist League fragte zugespitzt: „Wo und wann hat das Vereinigte Sekretariat jemals versucht, Trotzkis Strategie des vor allem proletarischen Kampfes gegen den Faschismus in die Tat umzusetzen?"

In seiner Präsentation machte Mandel viel Wind, um die Spartacist League zu beschuldigen, sie hätte einen Verrat der französischen Lambertisten vertuscht, die während des algerischen Unabhängigkeitskampfes in den 50er Jahren die nationalistische MNA unterstützt hatten. MNA-Führer Messali Hadj landete schließlich auf der Seite von De Gaulle und des französischen Imperialismus. Die vermeintliche Grundlage für Mandels Angriff war die Tatsache, daß wir uns mit dem Internationalen Komitee solidarisieren, das 1954 von der SWP, Lamberts Gruppe und der britischen Healy-Gruppe gegründet worden war, um sich dem pabloistischen Revisionismus zu widersetzen. Mandel beabsichtigte auf durchsichtige Weise, die eigene begeisterte politische Unterstützung der Pabloisten für das bürgerlich-nationalistische FLN-Regime Algeriens hinter einer Nebelwand zu verschleiern.

In Wirklichkeit hat die Spartacist-Tendenz eine höchst kritische Einschätzung der Lambert-Gruppe über Algerien. Eine öffentliche Schulung der Ligue trotskyste de France, Sektion der IKL, im Juni 1992 dokumentierte detailliert, wie die Lambertisten für Messali Hadj den Strohmann spielten, was so weit ging, daß sie offen im kolonialistischen Lager landeten. Ein LTF-Sprecher faßte zusammen: „Lambert wurde in dieser ganzen Periode zum Anwalt, zum Sprachrohr für die Linie von Messali Hadj."

In der Publikumsdiskussion bei der Debatte antwortete ein IKL-Redner auf Mandel:

> „Wie er weiß, haben wir nicht das Geringste mit Lamberts Unterstützung für Messali Hadj zu schaffen. Tatsächlich unterstützen wir militärisch die Befreiungskräfte gegen den französischen Imperialismus... Aber was war die Position des Vereinigten Sekretariats? Deine Organisation unterstützte politisch einen Flügel der FLN, der bürgerlichen Nationalisten, seit Mitte der 50er Jahre... [Das VS] verbreitete kriminellerweise die Lüge, daß die nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien sich in eine sozialistische Revolution verwandeln könnten, ohne die Intervention einer revolutionären marxistischen Partei, einer Arbeiterpartei an der Spitze der Bauernschaft. Und vielleicht erinnert sich Genösse Mandel gern an Algerien als den Fall, wo Pablo selbst die pabloistische Linie umsetzen konnte — als Doppelmitglied sowohl in der Regierung von Ben Bella als auch im VS leitete er das kapitalistische Algerien — oh, ich bitte um Entschuldigung, er baute den algerischen .Sozialismus' auf, wie er es nannte. Nun, das ist für dich .Einfluß'."

Unser Genösse erwähnte, daß das VS im letzten Jahr Pablo wieder als Mitglied aufgenommen hat und daß die algerische VS-Gruppe abwechselnd das bürgerliche Militärregime unterstützt und mit der islamisch fundamentalistischen FIS demonstriert.

Ein weiterer IKL-Redner entlarvte das Hinterherkriechen des VS hinter den Volksfronten in Mexiko, wo die PRT die bürgerlich populistische Partei von Cuauhtémoc Cârdenas unterstützte, und in Brasilien. Als 1989 eine linke Tendenz gegen die Bildung einer Volksfront durch Lulas brasilianische Arbeiterpartei (PT) auftrat, wurde ein Führer der VS-Strömung „Sozialistische Demokratie" (!) innerhalb der PT, Joäo Machado, hingeschickt, um sie rauszusäubern. Aus diesen Aktivisten entstand die Gruppe Luta Metalúrgica, die vor kurzem in brüderliche Beziehungen mit der Internationalen Kommunistischen Liga trat.

Einen interessanten Einblick in das VS lieferte eine Anhängerin der Internationalen Trotzkistischen Opposition, die in der neutralen Gruppe sprach, obwohl die ITO sich selbst als eine Tendenz im VS bezeichnet. Zum größten Teil verteidigte sie Mandel, der, wie sie sagte, innerhalb des VS „manche korrekten Positionen bezogen hat", darunter „zur Frage der Volksfront um Cârdenas in Mexiko, zur Frage der Volksfront um Lula in Brasilien, zur Frage der antistalinistischen Anpassung an den Imperialismus in bezug auf Serbien, und er war auch gegen die von der

Fortgesetzt auf Seite 20

Mandel-Debatte...

Fortsetzung von Seite 19

Führungsmehrheit befürwortete Liquidierung des VSVI [VS] in die Bewegungen der Sozialdemokratie." Aber, fügte sie hinzu, „leider hat Mandel ein historisches politisches Problem damit gehabt, diese Kämpfe konsequent führen zu können". Was sie nicht sagt!

Mandel hat oft gegen die offeneren rechten Tendenzen im VS polemisiert — nur um seine eigenen Unterstützer exponiert hängen zu lassen, zum Abschuß freigegeben. Dies ist eine „Internationale", die häufig mehrere sich bekämpfende Fraktionen und sogar getrennte Sektionen in einem Land hat auf der Grundlage konkurrierender opportunistischer Gelüste. Bei dem Aufruhr in Portugal 1975, wo die reformistische Kommunistische Partei in einem Block mit linken Offizieren gegen die von den Imperialisten unterstützte Sozialistische Partei im Kampf stand, spaltete sich das VS in zwei Sektionen, die buchstäblich auf entgegengesetzten Seiten wirklicher Barrikaden antraten. Und im Iran unterstützten *beide* VS-Gruppen, die HKE und die HKS, Chomeinis „Islamische Revolution", sogar als das Mullah-Regime ihre Genossen verhaftete und erschoß.

Mandel hat mehrere Generationen von Aktivisten, die Trotzkisten sein wollten, politisch auf seiner Suche nach illusorischem „Einfluß" geopfert. VS-Sektionen werden wieder und immer wieder gegründet und zerstört, während Mandel ein kautskyanisches Programm der „Einheit" mit Maoisten, Grünen, Sozialdemokraten usw. verfolgt. Und je rechter, je „breiter" die Zusammenwürfelung ist, um so besser — bis zu den unvermeidlichen Spaltungen. Innerhalb des VS haben Linke ein unglückliches Los gehabt. Mitte der 70er Jahre wurde die mandelianische Internationalistische Tendenz unter falschen Beschuldigungen aus der SWP ausgeschlossen. Obwohl sich Mandel in einem Fraktionskampf gegen die SWP-Führung befand, fügte er sich dem Ausschluß und verlangte, daß die ITler versuchen sollten, einzeln in die SWP zurückzukriechen. Das war das Ende dieser Tendenz.

Mandels Provokation scheitert

Gegen Ende der Diskussion muß Mandel die Niederlage gespürt haben, und er griff „die große Mehrheit der Leute hier" als „völlig irrelevant, völlig bedeutungslos" an. Nachdem Mandel wiederholt Seymours Zusammenfassung unterbrochen hatte, so daß er vom Vorsitzenden mehrfach verwarnt wurde, damit aufzuhören, brauste er auf: „Niemand hat mich seit 60 Jahren zum Schweigen gebracht... Das einzige, was ihr tun könnt, ist physische Gewaltanwendung — na los, na los!" Diese offensichtliche Provokation alarmierte selbst seine eigenen Genossen, die versuchten, seine Ausbrüche unter Kontrolle zu halten. Mandel krönte seine eigene Zusammenfassung mit einem kautskyanischen Appell zur Abrüstung.

Wir drucken nachstehend Teile von Joseph Seymours Erwiderung auf Mandel ab. Wir freuen uns darauf, das ganze Protokoll der Debatte in unserer Zeitschrift *Spartacist* abzudrucken.

Nun, Ernest Mandel, ich fordere dich öffentlich heraus, einen Nachweis zu liefern oder, wie wir auf unsere derbe amerikanische Art sagen, leg' was auf den Tisch oder halt den Mund! Finde irgend etwas, wo wir die Unterstützung der Lambertisten für die Gruppe von Messali Hadj gebilligt hätten!... Finde irgend etwas, wo wir sagten, daß man den Sozialismus durch oder nach einem Atomkrieg aufbauen kann [Gelächter]... Aber vielleicht ist das, was du meinst, etwas anderes: daß wir natürlich die Atomwaffen in den Händen der sowjetischen und chinesischen bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten verteidigt haben. Denn wenn sie diese Atomwaffen nicht gehabt hätten, wären sie mit Atomwaffen bombardiert worden. Es hätte keine Vietnamesische Revolution gegeben, es hätte keine Kubanische Revolution gegeben, Korea wäre strahlenverseuchter Schutt — und jeder, der das nicht glaubt, hat wirklich gewaltige Illusionen in den amerikanischen Imperialismus.

Die Einheitsfront ist *eine Aktion;* sie ist kein Programm, sie ist keine Partei, sie ist keine permanente Organisation, sie ist kein politischer Block — sie ist eine Aktion. „Vereint schlagen und getrennt marschieren."... Was ihr gegen uns habt, ist *nicht,* daß wir uns nicht in politischen Kämpfen engagieren, ist *nicht,* daß wir uns nicht in Einheitsfronten engagieren, ist *nicht,* daß wir nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun haben. Was ihr Leute gegen uns habt, ist, daß wir *Rote* sind und, was immer wir tun, wir auch bekannt sind als Rote!...

Okay. „*Wir* haben Massen und Einfluß, wir haben MPs im brasilianischen ..." Nichts habt ihr!... Weißt du, was ihr in Brasilien habt? Ihr habt einen Haufen Apparatschiks für Lula! Wenn morgen Lula sagte: „Lehnt die Vierte Intern^tionale ab, lehnt den Trotzkismus ab, lehnt die Diktatur des Proletariats ab, oder ihr werdet ausgeschlossen", weißt du, was geschehen würde? Die Hälfte von euch würde ausgeschlossen werden, die andere Hälfte würde den Trotzkismus ablehnen, die Leute, die ausgeschlossen wurden ... [Mandel unterbrach an dieser Stelle minutenlang, bevor er nachließ.] Diejenigen, die den formalen Trotzkismus ablehnen, werden diejenigen, die ausgeschlossen werden, beschuldigen, ultralinke Sektierer zu sein, und diejenigen, die ausgeschlossen werden, werden die anderen beschuldigen, Opportunisten zu sein...

Mitte der 30er Jahre spaltete sich eine bedeutende Persönlichkeit in der französischen trotzkistischen Bewegung vorübergehend nach rechts ab. Er schrieb an Trotzki einen Brief, der zur trotzkistischen Bewegung ganz kritisch war, und Trotzki antwortete: „Das gewichtigste Argument in dem Brief, nämlich: ‚Warum sind die Bolschewiki-Leninisten schwach geblieben in Deutschland, in Frankreich?', ist nichts anderes als ein Echo der zentristischen Einwände. ‚Warum wurdet ihr geschlagen von der stalinistischen Bürokratie, von der reaktionären Koalition in China?' Schon seit einiger Zeit erklären wir die Gründe für diese Niederlagen, und wir haben niemals irgendwelche Wunder versprochen. Unsere internationale Arbeit begann erst 1929 — und zwar nicht auf jungfräulichem Gebiet, sondern auf Gebiet, das gesättigt war mit alten und mächtigen Organisationen sowie mit neuen, verwirrten und oftmals verräterischen Organisationen, die den Anspruch erhoben, an unseren Prinzipien festzuhalten." Wißt ihr, wem Trotzki antwortete? Einem Mann namens Pierre Frank, der ein alter Genösse von Ernest Mandel war.

Auch unsere Tendenz hat nicht auf jungfräulichen politischen Gebieten angefangen und gearbeitet. Wir sind konfrontiert mit mächtigen stalinistischen, sozialdemokratischen Bürokratien, kleinbürgerlichen und bürgerlich-nationalistischen Bewegungen, und die meisten „Trotzkisten" und „revolutionären Marxisten" sind verräterische Opportunisten, für die Ernest Mandels Tendenz ein gutes Beispiel ist. Nun, ich glaube wirklich, daß die von Ernest Mandel geführte Tendenz einen Beitrag zum Aufbau einer revolutionären Bewegung leisten kann: Hört auf damit, euch als Trotzkisten auszugeben! Hört auf damit, euch als revolutionäre Marxisten auszugeben! Und sagt ehrlich, daß ihr linke Sozialdemokraten seid.

Nach Workers Vanguard *Nr. 611, 25. November 1994*

Italien: Volksfront kann starken Staat nicht bekämpfen

Der folgende Artikel basiert auf Spartaco *Nr. 44, September 1994, herausgegeben von unseren Genossen der Lega Trotskista d'Italia. Teil eins ist in* Spartakist *Nr. 115, November/Dezember 1994, erschienen.*

Krieg gegen die Arbeiterklasse

Aber das Hauptziel der italienischen Kapitalisten ist es, die hart erkämpften Errungenschaften der Arbeiterbewegung rückgängig zu machen. Zu dem Deal, der die PCI und die Gewerkschaften in der Nachkriegsperiode ruhigstellen sollte, gehörte es, daß das italienische Kapital verschiedenen Mechanismen zur Sicherung des Arbeitsfriedens zustimmte. Diese sind immer teurer geworden, und jetzt will man sie unbedingt abschaffen. Die Scala mobile [automatische Anpassung der Löhne an höhere Preise] wurde 1946 eingeführt, unmittelbar nach der Niederlage der proletarischen Beinahe-Revolution im Vorjahr. In ähnlicher Weise gab es nach dem „heißen Herbst" der Arbeiter- und Studentenkämpfe 1969 eine riesige Ausweitung des Sozialwesens, die mit Haushaltsdefiziten bezahlt wurde.



Livio Senigalliesi

Mailand: 350000 Arbeiter demonstrieren während des Generalstreiks am 14. Oktober gegen die Austeritätsangriffe der Berlusconi-Regierung

Teil zwei von zwei

Das Ergebnis war, laut dem Institut der deutschen Wirtschaft, daß 1992 die gesamten Arbeitskosten (Löhne plus Sozialleistungen) in Italien bei 32 DM pro Stunde lagen, die *zweithöchsten in der Europäischen Union nach Deutschland* (40 DM/Std.) und klar vor den USA (24 DM). Doch die Lira war durch das Europäische Währungssystem (EWS) an die D-Mark gekettet, was eine Abwertung unmöglich machte und italienische Exporte überteuerte (denn bei einem relativ niedrigen Automatisierungsniveau wurden die italienischen Lohnstückkosten entsprechend viel höher). Die Bourgeoisie erklärte den Arbeitern Mitte/Ende 1992 den Krieg. Die Scala mobile wurde abgeschafft, die Lira wurde aus dem EWS abgekoppelt und gegenüber der D-Mark um 25 Prozent abgewertet, und in der Industrie gab es Hunderttausende von Entlassungen.

Das Ergebnis ist ein massiver Angriff auf den Lebensstandard der italienischen Arbeiter. Von Mitte 1992 (vor dem Austeritätspaket der Amato-Regierung) bis Ende 1993 gingen in der Privatwirtschaft über 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren, sage und schreibe 7 Prozent aller Arbeitsplätze, der höchste offizielle Arbeitsplatzverlust aller westeuropäischen Länder in den letzten 15 Jahren. Das Ergebnis dieses Generalangriffs war eine bewußt herbeigeführte Rezession: Der private Verbrauch fiel um mehr als 2 Prozent, die Reallöhne um 3,7 Prozent. Aber der wichtigste Aspekt dieses Angriffs auf den Lebensstandard der Arbeiter ist, daß er mit der vollen Kooperation der reformistischen Gewerkschaftsführer ausgehandelt wurde. Genau dieser *Verrat* war die Ursache für den militanten Ausbruch von erbitterter Wut der Gewerkschaftsbasis, die im „heißen Herbst" von 1992 ihre eigenen Führer mit wertlosen Münzen, verrottetem Gemüse und Schrauben bewarf. Und diese Antwort fürchten die Ausverkaufsbürokraten und die Bosse auch heute.

Der Generalangriff gegen die italienische Arbeiterklasse war also schon in vollem Gange, als die Rechtskoalition bei den März-Wahlen triumphierte. Inzwischen wird für die Massenarbeitslosigkeit (über 20 Millionen Arbeitslose in Europa selbst nach offiziellen Statistiken) die angebliche „Rigidität" des Arbeitsmarktes verantwortlich gemacht. Was diese kapitalistischen Ideologen in ihrem Wirtschaftsjargon sagen, ist, daß sie die Macht der Gewerkschaften, Lohnerhöhungen durchsetzen zu können, brechen wollen. Sie wollen Jugendlichen Jobs zumuten, die unter der Armutsgrenze liegen, die Leistungen der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, des Gesundheits- und Sozialwesens zusammenstreichen, die „zyklische" Arbeitslosigkeit sogar *erhöhen* und eine Masse von verarmten Arbeitern schaffen, die dann als potentielle Streikbrecher eingesetzt werden können, um den Gewerkschaften Schläge zu versetzen und *die Profite zu steigern.* Dieser Plan zu massiver Lohndrückerei ist für die führenden kapitalistischen Mächte zur offiziellen Politik geworden. Und er wird in den USA bereits

Fortgesetzt auf Seite 22

Italien...

Fortsetzung von Seite 21

umgesetzt, von Reagan bis Clinton. So stieg laut OECD-Statistiken von 1982 bis 1993 die Profitrate (das Verhältnis der Gewinne zu dem in der Wirtschaft eingesetzten Kapital) in den USA von 12,5 auf 18,3 Prozent, *ein Anstieg von beinahe 50 Prozent,* während sie in Italien so ziemlich unverändert blieb und von 11,9 auf 12,3 Prozent stieg. „Globalisierung" der Wirtschaft bedeutet einen weltweiten Krieg gegen die Arbeiterklasse.

Das Übergangsprogramm für die sozialistische Revolution

Die europaweite kapitalistische Offensive gegen den „Sozialstaat" baut auf der Lüge auf, daß die Züge pünktlich fahren werden — so wie einem Mythos nach unter Mussolini — und billig sind, wenn man die Sozialleistungen für die Massen zusammenstreicht. Wir sagen: Die Arbeiterklasse muß die Angriffe auf die Löhne, Renten, das Gesundheits- und Bildungswesen ebenso zurückschlagen wie die Privatisierungen und die Attacken auf die Gewerkschaften. Doch die Antwort besteht nicht darin, zu einem nicht existierenden „sozialen" Kapitalismus zurückzukehren mit seinem aufgeblähten Staatsapparat und seinen Legionen von stempelwütigen Beamten, sondern darin, ein Regime zu errichten, das auf der Macht von Sowjets beruht, demokratisch gewählten Arbeiterräten, die planerische und ausführende Funktionen vereinen. Dies könnte wirklich dafür sorgen, daß alle eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau erhalten, und sicherstellen, daß alte Menschen ein Leben in Würde führen können mit Komfort und Wohlstand statt in Not.

Die Tatsache, daß eine bonapartistische Gefahr droht, heißt überhaupt nicht, daß man sie mit einem einfach (bürgerlich) „demokratischen" Programm bekämpfen kann. Daß eine „parteifeindliche" und politikverdrossene Stimmung so mächtig werden konnte, ist ein Beleg für den nicht zu übersehenden Bankrott von Italiens parlamentarischem Regime. Die Arbeiterklasse kann der unter schwerem Druck stehenden Kleinbourgeoisie die Aussicht bieten, ihr von dem erdrückenden Gewicht des Staatsparasitismus (wovon die Mafia ein begleitendes Element ist) Erleichterung zu verschaffen, aber nicht wie die Reformisten von PDS und RC mit ihren Phantasien über einen „gesetzlichen Weg an die Macht". Die *Pariser Kommune,* die Diktatur des Proletariats, war die Antwort auf Louis Bonapartes mieses Zweites Kaiserreich, nicht eine Rückkehr zur ausgelaugten Zweiten Republik. Wie Marx schrieb:

> „Die Kommune machte das Stichwort aller Bourgeoisrevolutionen — wohlfeile Regierung — zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum aufhob... Aber weder ‚wohlfeile' Regierung noch die ‚wahre Republik' war ihr Endziel; beide ergaben sich nebenbei und von selbst." *(Der Bürgerkrieg in Frankreich,* 1871)

Durch den Sturz des Kapitalismus kann diese unterdrückerische Staatsmaschinerie weggeräumt werden. Daher muß heute der Kampf für eine italienische Sowjetrepublik als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa geführt werden.

Doch ein solcher Kampf muß sich in erster Linie gegen die Volksfront richten, deren ganzer Zweck darin besteht, scharfen Klassenkampf zu verhindern. So treten heute die „Progressisten" von PDS und RC als loyale parlamentarische Opposition zur rechten Regierung auf und versuchen damit, sich als eine alternative Führung für den „starken Staat", den die Bourgeoisie anstrebt, zu profilieren. Das erste, was D'Alema tat, nachdem er Occhetto als Chef der PDS abgelöst hatte, war die totale Unterwerfung unter das neue arbeiterfeindliche Regierungsprogramm, indem er „ja" sagte zum „Einstiegslohn" für Jugendliche unter dem Existenzminimum, „ja" zur Finanzierung des privaten Bildungswesens und „nein" dazu, die Arbeitsplätze „bis zuletzt" zu verteidigen.

Dann gibt es noch die COBAS (Basiskomitees), in denen sich einige der kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in strategischen Betrieben des Nordens zusammengefunden haben. Bei Alfa Romeo erhielten die COBAS bei Gewerkschaftswahlen sogar mehr Stimmen als die Kandidaten der FIOM/CGIL- Führung. Doch obwohl Rifondazione Comunista bei den Wahlen den COBAS-Kandidaten Calini (ein Oppositioneller innerhalb der RC) fallenließ, um die Klassenkollaboration voranzutreiben, entschieden die COBAS dennoch, für die Koalition der „Progressisten" zu stimmen! Diese gewerkschaftsoppositionellen Kräfte versuchen, die Arbeiterkämpfe in die Grenzen des militanten Syndikalismus einzuzwängen. Aber in dieser Periode des wirtschaftlichen Verfalls geht jede wichtige Forderung der Arbeiterklasse unausweichlich über die Grenzen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hinaus und ist mit dem bürgerlichen Staat konfrontiert. Und deshalb haben die COBAS kein Programm zum Kampf gegen die reformistischen Irreführer. Dies machte es dem CGIL-Metallarbeiterverband möglich, in diesem Jahr einen Ausverkaufstarifvertrag zu unterzeichnen, ohne auch nur einen symbolischen Streik organisiert zu haben, zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg.

Es ist nicht so, daß den werktätigen Massen und den Jugendlichen der Kampfeswille fehlt. Im Juni demonstrierten Zehntausende, um gegen Angriffe auf das staatliche Bildungswesen zu protestieren, und über 50 000 Beschäftigte im Gesundheitswesen gingen auf die Straße, um ihren Tarifvertrag zu verteidigen. Am 2. Juli demonstrierten etwa 10000 Homosexuelle für schwules Selbstbewußtsein, was eine Botschaft an Despoten wie den Faschisten Buscaroli sein sollte, der im Wahlkampf zu den Europawahlen Konzentrationslager für Schwule gefordert hatte. Ein paar Tage vorher, am 28. Juni, traten im Hafen von Genua Hafenarbeiter in den Streik und weigerten sich, die „Achille Lauro" zu entladen (ein Kreuzfahrtschiff, das dafür berüchtigt ist, daß ein älterer jüdischer Mann auf ihm getötet wurde), als Fini und seine faschistischen Kumpane von einer Mittelmeerkreuzfahrt zurückkehrten, bei der sie das Gelände der Schlacht von El Alamein im Zweiten Weltkrieg wieder besucht hatten.

Doch solche kämpferischen antifaschistischen und proletarischen Aktionen haben nicht die Unterstützung der PDS- und RC-Führer und treffen oft auf deren aktiven Widerstand. Während die Volksfront den Arbeitern erzählt, im Namen von „gemeinsamen Opfern" müßten sie Tausende von Entlassungen hinnehmen, muß eine klassenkämpferische Führung ein Programm von Übergangsforderungen und -losungen aufstellen, die die Defensivkämpfe in eine proletarische Offensive umwandeln, die imstande ist, die Rechten zu zerschlagen, und die den Weg zeigt zu einer Arbeiterregierung. Gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse ist es notwendig, jeden Arbeitsplatz zu verteidigen und dafür zu kämpfen, nicht nur die *gleitende Skala der Löhne* (als Schutz gegen die Inflation) zurückzugewinnen, sondern auch *eine gleitende Skala der Arbeitszeit* einzuführen, um die gesamte vorhandene Arbeit ohne Lohneinbußen auf alle zu verteilen, die sie brauchen, sowohl Italiener als auch Immigranten. Bei Demonstrationen und Streiks kann die *Organisierung von Streikpostenketten und Arbeitenverteidigungsgruppen* ein Schutz gegen Bullen und Streikbrecher sein und den Weg frei machen für kämpferische Arbeitermobilisierungen, um die Faschisten zu vertreiben.

Die Notwendigkeit von massenhaften *Arbeitermobilisie-*

rungen, um den faschistischen Terror zu stoppen, stellte sich im Mai in Vicenza ganz scharf. Die PDS- und RC-Führungen waren völlig gleichgültig und ließen es bei verbalen Protesten bewenden. Als eine Anzahl von militanten Autonomen auf die Nazi-Skinhead-Provokation antworteten und die örtlichen MSI-Büros angriffen sowie die Faschisten in der Regierung als die Anstifter der Killer-Skinheads anprangerten, reagierte der RC-Vorsitzende und „antifaschistische Partisan" Armando Cossutta damit, daß er die Autonomen verurteilte. Wir fordern: *Hände weg von Autonomia Operaia und anderen antifaschistischen Aktivisten!*

Die Verteidigung von eingewanderten Arbeitern ist eine zentrale Frage für eine revolutionäre Partei, die als ein Volkstribun alle Opfer von Unterdrückung verteidigt. Während PDS und RC sogar bei der rassistischen Hetzkampagne gegen Immigranten mitmachten und sich bei Protesten gegen faschistische Angriffe auf dunkelhäutige „Ausländer" nicht blicken lassen, fordern Marxisten *volle Staatsbürgerrechte für Immigranten.* Bei der Welle von irredentistischer (Heim-ins-Reich-) Demagogie, besonders gegen Slowenien und Kroatien wegen Istrien, ist es besonders wichtig, die *Autonomie von nationalen Minderheiten zu verteidigen,* so zum Beispiel für die deutschsprachige Bevölkerung in Südtirol (Alto Adige) und für die Slawen im Gebiet von Friuli-Giulia und Triest. (Die PCI war berüchtigt für ihre chauvinistische Haltung gegenüber den Slawen in Triest.) Wirkliche Kommunisten müssen *auch gegen die Auslandsabenteuer des lausigen italienischen Imperialismus* in Somalia, Mozambique und jetzt Ruanda *mobilisieren.*

Außerdem muß eine Partei, die die führende Beteiligung von Frauen am Klassenkampf und beim Kampf zur Frauenbefreiung fördern will, unbedingt für das Recht auf kostenlose Abtreibung auf Wunsch, auch für Minderjährige und eingewanderte Frauen, kämpfen; für ein kostenloses öffentliches Gesundheitswesen auf höchstem Niveau für alle; und für die *vollständige Trennung von Staat und Kirche.* Die Arbeiterklasse muß die Forderungen aufgreifen, daß alle kostenlosen Zugang zum öffentlichen Bildungswesen haben, mit angemessenen Stipendien für Studenten. Kurz, man muß ein Programm aufstellen, das die sozialen Kämpfe aller Unterdrückten hinleitet zur grundlegenden Frage der proletarischen Macht.

Aber das gesamte Panorama der italienischen Pseudolinken, von den PDS/RC-Reformisten bis zur Opposition innerhalb von Rifondazione Comunista, die von den vorgeblichen Trotzkisten Maitan, Grisolia und Ferrando geführt wird, beschränken sich selber auf ein ökonomistisches Programm und sind unfähig, eine Alternative zur Klassenkollaboration aufzustellen. Die Unterstützer des „zweiten Antrags" (gegen den Beitritt zum „Pol der Progressisten") bei der Januar-Konferenz von RC 1994, die sich um die Zeitschrift *Proposta* (herausgegeben von Grisolia und Ferrando) gruppierten, bezogen anschließend eine Position rechts von Teilen der Arbeiterklasse, als sie sagten, es „wäre ein Fehler", nicht für die Kandidaten der Volksfront zu stimmen, einschließlich der offen bürgerlichen Kandidaten.

Diese Zentristen und Reformisten des zweiten Aufgusses entwaffnen die Arbeiterklasse und fesseln sie weiter an die Volksfront. Notwendig ist der Aufbau einer leninistischen Partei, die unnachgiebig gegen Klassenkollaboration kämpft und dabei versucht, die Basis der bürgerlichen Arbeiterparteien von ihren Führern zu spalten, als Teil des Kampfes für die sozialistische Revolution. Die Arbeiter müssen organisiert werden, um für ihre eigene *Klassenherrschaft* zu kämpfen — die Diktatur des Proletariats, das sich, wie Marx sagte, dadurch befreit, daß es die Gesellschaft als ganze befreit. Die Lega Trotskista hat sich verpflichtet, eine solche Partei aufzubauen.«

Richard Sorge...

Fortsetzung von Seite 12

der japanische und der US-Imperialismus wieder einmal Rivalen in der Frage, wer die zukünftigen Ausbeuter der chinesischen Massen sein werden.

Die noch verbliebenen Arbeiterstaaten Kuba, China, Nordkorea und Vietnam sind in großer Gefahr und müssen gegen den Imperialismus verteidigt werden. Aber diese stalinistischen Regime werden durch „marktsozialistische" Projekte mehr und mehr von imperialistischer wirtschaftlicher Durchdringung abhängig, und dies kann nur zur Restauration des Kapitalismus führen. Das trotzkistische Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Arbeiterstaaten kann nur durch eine proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie erreicht werden.

Die eskalierenden interimperialistischen Handelskriege, angefacht durch Protektionismus, werden letztendlich zu einem neuen Weltkrieg führen. Im letzten Weltkrieg hatte Ozaki Hozumi gegenüber der japanischen herrschenden Klasse eine revolutionäre defätistische Position. Diese internationalistische Position gehört zu den besten Traditionen der Arbeiterklasse, im Sinne von Karl Liebknecht, dem historischen deutschen Kommunisten, der sagte: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" Wir brauchen eine internationale Partei der Arbeiterklasse, um deren kapitalistische Ausbeuter zu stürzen, bevor der Imperialismus die Menschheit in einen dritten Weltkrieg führt. Dies ist das Programm der IKL.

Der Kommunismus ist nicht tot! Er wird in den gegenwärtigen und zukünftigen proletarischen Klassenkämpfen weiterleben. Die beste Art für die japanische Arbeiterklasse, Richard Sorge, Ozaki Hozumi, Miyagi Yotoku und Branko de Vukelic zu würdigen, wird der Sturz ihrer Henker und der Aufbau einer Arbeiterrepublik sein, die ihrem Gedenken Ehre erweist. Wir sind stolz darauf, zu dem internationalistischen und kommunistischen Erbe zu stehen, das Sorge, Ozaki und ihre Genossen repräsentieren, und wir möchten den Organisatoren danken, die diese Gedenkveranstaltung ermöglicht haben."

Kopf- und Handarbeit...

Fortsetzung von Seite 15

einem seiner spekulativen Bücher äußerte, daß mit dem Sieg der Arbeiterklasse und der Entwicklung zu höheren Stufen des Sozialismus das vom Kleinbürgertum stammende Monopol der intellektuellen Fähigkeiten als letzter Rest der früheren Klassengesellschaft zertrümmert werden müßte und daß wir danach, zunehmend als Spezies vereint, auf dem Weg zum Kommunismus wären.

So hat man die bürgerliche Trennung zwischen dem Macher und dem Denker, dem Blaumann und dem Weißkittel, der Arbeit und dem Vergnügen, schmutzig und sauber, gemein und erlaucht. Was wir anstreben, sind vereinheitlichende kommunistische Werte, die es uns nicht nur erlauben, die Klempnerarbeiten neu zu machen, sondern Instandhaltungsteams sind fast so etwas wie der Kern militärischer Formationen. Außerdem, da dies meiner Meinung nach eine zentrale Achse der Welt ist, werde ich daher nicht eine verblüffte Gleichgültigkeit los gegenüber solchen Steckenpferden wie akademischem Multikulturalismus. Der pH-Wert von Wasser schert sich nicht um den ethnisch tief verwurzelten Geschmack an der Musik, die man sicher genießen sollte, wenn man sie mag. Aber ich sehe nicht, daß es viel ändert.

Vielen Dank.

Balkan...

Fortsetzung von Seite 1

deutschen Imperialismus für eine härtere Vorgehensweise gegen die Serben stark, ohne selbst allzu tief in das Schlamassel auf dem Balkan hineinschlittern zu wollen. Während des Kalten Krieges wurden Interessenkonflikte zwischen den herrschenden Klassen Amerikas, Westeuropas und Japans durch die allseitige Feindschaft zur Sowjetunion in gewissem Maße unterdrückt. Doch mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der Zerstörung der UdSSR muß das imperialistische Bündnissystem des Kalten Krieges zwangsläufig auseinanderbrechen. Das bisher blutigste Kapitel dieser Konterrevolution — die nationalistischen/kommunalistischen Kriege, durch die die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien zerrissen wurde — hat auch immer tiefer werdende Risse in der NATO hervorgerufen.

Alle Streitkräfte von UNO/NATO raus aus dem Balkan, sofort! Nieder mit der Hungerblockade gegen Serbien!

Auf eine Anfang Dezember von Bonn lancierte „informelle" Anfrage folgte eine Woche später die offizielle Aufforderung des NATO-Oberbefehlshabers für Europa, General Joulwan, sechs Tornado-Kampfflugzeuge der Bundeswehr einzusetzen, die mit hochmoderner ECR-Elektronik ausgerüstet sind. Während Kohl/Kinkel dies als „Akt der Solidarität" und „Menschlichkeit" an die kriegsunwillige Bevölkerung in Deutschland verkaufen wollten, schwor SPD-Vorsitzender Scharping absolute Treue zur faktischen großen Koalition in Bonn und erklärte, „daß in außenpolitischen Grundfragen im Sinne der Berechenbarkeit und Verläßlichkeit der Politik eines Landes Konsens immer besser ist als Streit". Sein Parteifreund Karsten Voigt, außenpolitischer SPD-Sprecher, stand ihm mit der verblüffenden Meldung zur Seite, der Tornado-Einsatz könne nicht im „herkömmlichen" Sinne mit „links" und „rechts" beurteilt werden. Gegenüber zweifelnden Stimmen aus den SPD-Reihen wie Lafontaine, der über eine zu starke deutsche Beteiligung am Hexenkessel auf dem Balkan besorgt ist, forderte Scharping wie unter Kaiser Wilhelm eiserne „Disziplin". Wie *konkret* (November 1994) treffend die Unterstützung der SPD für den „großen Lauschangriff" und die anderen Angriffe auf Bürgerrechte charakterisierte, die den wachsenden deutschen Militarismus begleiten: „Einer muß der Pitbull sein."

Große Teile der nationalistischen Grünen sind als rabiate Öko-Kriegshetzer hervorgetreten. Aber auch die PDS, die vehement gegen Bundeswehr-Einsätze im ehemaligen Jugoslawien auftritt, setzt zugleich voll auf die imperialistische Weltordnung. Wie schon 1991 beim Golfkrieg, als die PDS die imperialistische Hungerblockade gegen den Irak unterstützte, ist sie ein glühender Verteidiger der jetzigen imperialistischen Blockade gegen Serbien und fordert den deutschen Imperialismus auf, eine „Friedensbotschaft" auf den Balkan zu bringen, am besten mit Hilfe der KSZE oder in UN-Verkleidung. Zuletzt bejubelte sie den ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter als „Hoffnungsträger" *(Neues Deutschland, 29.* Dezember 1994), weil er eines der unzähligen „Waffenstillstandsabkommen" aushandelte. Carter machte vor kurzem durch seine Vorarbeit für die US-Invasion in Haiti Schlagzeilen, und er ist vor allem dafür bekannt, daß er während seiner Präsidentschaft die antisowjetische ,,Menschenrechts"kampagne anleierte als ideologische Schützenhilfe für die Unterstützung der reaktionären Mullahs und die Ermordung sowjetischer Soldaten in Afghanistan.

Schlimmer noch ist die Politik des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale (VS) von Ernest Mandel, die sich ganz im Schlepptau der imperialistischen Sozialdemokraten von Mitterrand bis Scharping befindet. Mit einer internationalen Kampagne „Workers Aid for Boœnia" (siehe *Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994) organisiert das VS für das bürgerlich-nationalistische bosnische moslemische Regime Versorgungsgüter, die von britischen und französischen Truppen eskortiert werden. In Deutschland wird diese Kampagne unter dem Titel „Tuzla in Gefahr" seit der groß angekündigten Neugründung der VS-Sektion als Revolutionär Sozialistischer Bund stärker als je zuvor kundgetan. In ihrer Zeitung *Inprekorr* (November 1994) reihen sich diese vorgeblichen Trotzkisten schamlos in die antiserbische Kriegsfront ein und rufen implizit zur Militärintervention der Imperialisten auf: „Der [sie!] Radikalisierung der bosnischen Serbinnen in ihrem Streben nach Anerkennung ,ihres' Staates kann nur gebremst werden, wenn das großserbische Projekt eine politische und militärische Niederlage erleidet." Mit dieser Position kann sich das VS bei so einigen imperialistischen Außenministerien um einen Beraterposten bewerben.

Imperialistische Rivalitäten bei den neuen Balkankriegen

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte der deutsche Imperialismus über Slowenien, Bosnien und Kroatien, die damals die südlichsten Provinzen des Kaiserreichs Österreich-Ungarn darstellten, die Vorherrschaft. Im Zweiten Weltkrieg errichtete Hitlers Drittes Reich in Kroatien einen klerikal-faschistischen Marionettenstaat, der Hunderttausende Serben, Juden und Roma massakrierte. Titos kommunistische Partisanen kämpften gegen alle Kräfte des völkermörderischen Nationalismus — die kroatische Ustascha, die serbischen monarchistischen Tschetniks und die Nazi-Wehrmacht — und schufen somit die Grundlage für den jugoslawischen Arbeiterstaat, der — allerdings bürokratisch deformiert — nach dem Krieg entstand.

Als das titoistische Jugoslawien durch den Wiederaufstieg des Nationalismus zerrissen wurde,, erkannte Deutschland die Situation und ergriff die Gelegenheit, seine politische Oberherrschaft auf dem westlichen Balkan zurückzuerlangen. 1991 setzte Bonn seine europäischen Verbündeten



Dufka/Reuters

Bombenattentat auf den Markt von Sarajevo am 5. Februar 1994 war Vorwand für NATO-Luftangriff gegen Serben. Geheimer UN-Bericht enthüllte später die Urheberschaft der bosnischen Regierung für dieses Massaker, bei dem 68 Menschen starben

so unter Druck, daß sie die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien anerkannten; dadurch entfesselte es den Krieg zwischen Serben und Kroaten und führte direkt zu dem dreiseitigen Krieg zwischen Serben, Kroaten und slawischen Moslems in Bosnien.

Historisch ist Rußland der Großmacht-Beschützer Serbiens gewesen. Gerade durch die militärischen Schläge des zaristischen Rußlands gegen das morsche Osmanische Reich Ende des 19. Jahrhunderts wurden auf dem Balkan die Königreiche Serbien und Bulgarien wiederhergestellt. Heute träumt Boris Jelzins Regime der kapitalistischen Restauration davon, den Ruhm von Rußlands Reich wieder erstehen zu lassen. So hat Möchtegern-Zar Boris seinen russischen nationalistischen Gegnern die Hand gereicht als Anwalt der serbischen Sache auf der internationalen diplomatischen Arena und hat zugleich Hand in Hand mit dem deutschen Vierten Reich gearbeitet, um einen imperialistischen Deal auf dem Balkan zu vermitteln.

In der Zwischenkriegszeit der 20er und 30er Jahre war Jugoslawien, damals unter der Herrschaft der serbischen Monarchie, der Hauptverbündete des britischen und französischen Imperialismus auf dem Balkan. London und Paris würden jetzt gern manche solcher Verbindungen zu Serbien wiederherstellen als Gegengewicht zum deutschen Einfluß auf dem westlichen Balkan. So manövrieren die Briten und Franzosen — die das Gros der 13 000 Mann starken „friedenserhaltenden" UN-Streitmacht stellen — zwischen den einander bekämpfenden Nationalisten des Balkans und versuchen dabei, eine Haltung der Gleichbehandlung einzunehmen.

Die USA nehmen auf dem Balkan zunehmend die Rolle eines Maklers ein, der die Muskeln spielen läßt, ohne das Leben eines einzigen US-Soldaten zu riskieren. So organisierten sie noch kurz vor Carters „Friedens"mission am 21. November den massivsten NATO-Luftangriff in der bisherigen Geschichte der westlichen Allianz, bei dem 50 NATO-Kampfbomber einen serbischen Militärflughafen angriffen. Bei der anschließenden Ankündigung, das UN-Waffenembargo gegen Bosnien aufheben zu wollen, informierte US-Präsident Clinton nicht einmal seine europäischen NATO-„Verbündeten", die dies erst durch einen Artikel in der *New York Times* herausfanden. Allerdings hat das Regime der bosnischen Moslems bereits seit Monaten von Deutschland große Mengen von Raketenwerfern aus russischer Produktion geliefert bekommen sowie chinesische Panzerabwehrwaffen aus Pakistan und Munition aus dem Iran.

Aber der US-Imperialismus hat damit vor allem einen *politischen Affront* gegen die Europäer, auch gegen die Russen, gestartet. Diese Bombe aus Washington hat in den europäischen herrschenden Kreisen die Stimmung enorm verstärkt, die NATO durch eine neue militärische Allianz zu ersetzen, die auf der Westeuropäischen Union basiert. In einem vertraulichen Bericht an das Auswärtige Amt bezeichnete der deutsche NATO-Botschafter Baron (!) Hermann von Richthofen das amerikanische Vorgehen als „schwere Belastungsprobe für die NATO", und er fügte hinzu, bei „einer möglichen Aufhebung des Waffenembargos werde der Zusammenhalt der NATO ‚an seine Grenze kommen'" *(FAZ, 2.* Dezember 1994).

Blutbad in Bosnien erzeugt Riß in der NATO,

Nachdem das Regime der bosnischen Moslems von Alija Izetbegovic entschieden hatte, einen Krieg fortzusetzen, den es allein nicht gewinnen kann, bestand seine Hauptstrategie darin, eine westliche Intervention gegen die militärisch stärkeren Serben zu *provozieren.* Vor ein paar Monaten beschuldigte der britische Kommandeur des UN-Kontingents, General Michael Rose, die moslemische Armee, daß sie versucht, „Kriegsbilder für die Welt zu erzeugen, um uns so weit zu kriegen, daß wir mit Luftangriffen antworten".

Zur Zeit bleiben auch die Amerikaner dabei, nicht mitzumachen. Statt dessen haben sie das Izetbegovic-Regime ermutigt und dabei unterstützt, seine militärische Kapazität zu stärken. Im vergangenen Jahr hat die Armee der bosnischen Moslems ihre Größe verdoppelt und ist jetzt trotz des vorgetäuschten Waffenembargos mit mehr modernen Waffen ausgerüstet. Paul Beaver, ein Militär-Analytiker für *Jane's Defence Weekly* aus London, bezeichnete Washingtons Herangehensweise an den „illegalen" Waffenimport der bosnischen Moslems als „nicht ganz, aber fast stillschweigendes Einverständnis".

Ende Oktober startete die moslemische Armee im Nordwesten Bosniens eine Offensive, die zunächst die Serben erfolgreich zurückdrängte. Wie der Londoner *Independent* am 12. November berichtete, haben die Amerikaner dabei „die moslemischen Kommandeure mit Luftaufnahmen von Truppenstellungen der bosnischen Serben ... versorgt". Doch diese amerikanische Hilfe erwies sich als nicht ausreichend. Ein serbischer Gegenangriff hat einen Großteil des Gebietes, das die bosnische Regierung durch die Offensive gewonnen hatte, zurückerobert. Bei dieser Offensive erhalten die Serben Unterstützung durch Kräfte von dissidenten Moslems, die im letzten August aus Bihac vertrieben worden waren, weil sie dem moslemisch-nationalistischen Regime von Sarajevo die Treue verweigerten.

Also gingen die moslemischen Führer und Kommandeure zurück zu ihren alten Tricks, Provokationen durchzuführen, um an die westliche Öffentlichkeit zu appellieren. Am 8. November verwundete in Sarajevo die Granate eines Mörsers ein moslemisches Kind. Inmitten des üblichen Aufschreis über serbische Angriffe auf wehrlose Zivilisten enthüllten UN-Militärbeamte, daß die Mörsergranate *von der Armee der bosnischen Moslems* auf ihr eigenes Gebiet abgefeuert worden war. Und dies ist nicht das erste Mal.

Die New York Times (11. November 1994) berichtet, daß UN-Militärbeamte sagen, es gebe „eine geheime, nie veröffentlichte Krateranalyse", die „bewies, daß die bosnische Regierung für die Explosion auf einem Markt in Sarajevo verantwortlich war, durch die am 5. Februar 1994 68 Menschen ums Leben kamen". Dieser Bombenangriff provozierte ein imperialistisches Zeter und Mordio und lieferte den Vorwand für den ersten NATO-Luftangriff auf serbische Streitkräfte.

Die zynische Bombardierung der eigenen Bevölkerung, um internationale Sympathie zu erringen, symbolisiert die Grausamkeit dieses Krieges, durch den in einer Orgie von „ethnischen Säuberungen" 200000 Menschen getötet und eine dreiviertel Million — slawische Moslems, Serben und Kroaten gleichermaßen — von zu Hause vertrieben worden sind. Als proletarische Internationalisten sind wir Gegner aller Seiten dieses mörderischen Nationalismus, der das frühere Jugoslawien zerrissen hat. Gleichzeitig kämpfen wir gegen die von UNO/NATO gegen Serbien verhängte Wirtschaftsblockade und rufen zur Verteidigung der serbischen Kräfte gegen jeden imperialistischen Angriff auf.

Vor 80 Jahren löste ein Diktat des deutschen Imperialismus auf dem Balkan den Ersten Weltkrieg aus. Die aktuellen Machenschaften zum Balkan sind ein Vorbote sich verschärfender zwischenimperialistischer Rivalitäten, deren Logik auf einen atomaren dritten Weltkrieg hinausläuft. Zwar würde kein rationaler Mensch absichtlich den Kurs auf einen Atomkrieg einschlagen, aber der Weltimperialismus — gefesselt durch das System von Nationalstaaten — ist *nicht rational,* und genausowenig sind es diejenigen, die in seinem Interesse über uns herrschen. Sie müssen durch die Werktätigen aller Länder unter einer revolutionären Führung gestürzt werden."

Hände weg von der PDS! Nieder mit CDU/SPD-Verbotsversuchen!

Am 7. Dezember rückte das Berliner Verwaltungsgericht von der unmittelbaren Drohung, die PDS zu enteignen, vorerst ab. Die angebliche Steuerforderung von über 67 Millionen DM gegen die PDS war von Anfang an selbst in Regierungskreisen wegen der vor allem im Osten weitverbreiteten Entrüstung stark umstritten gewesen. Aber die Hexenjagd ist damit bei weitem nicht vorbei. Im Gegenzug gelobte die PDS erneut die „Offenlegung ihrer Bücher" und betraute die Treuhandanstalt mit Vollmachten für ihr Altvermögen, während die Parteiführer Gysi und Bisky ihre Anhänger vor „Radikalisierung" warnten. Nachfolgend drucken wir die Protesterklärung der SpAD gegen die Enteignungsversuche der Regierung ab.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands protestiert gegen die ungeheuerliche und gefährliche Enteignungskampagne des Berliner CDU/SPD-Senats gegen die PDS. Jetzt will Innenminister Kanther die PDS auch noch kriminalisieren, weil sie sich gegen dieses kalte Verbot per Steuerbescheid wehrt. Als die PDS-Führung aus Protest einen Hungerstreik anfing, wurde sie mit Polizeigewalt zuerst aus dem Gebäude der Parteienkommission und dann aus ihren eigenen Büros im Berliner Abgeordnetenhaus vertrieben. Und die SPD organisierte gestern in Noskes Bluthund-Manier unter Anführung von Angelika Barbe „Streikposten" vor dem Berliner Abgeordnetenhaus und hetzte, daß Gysi/Bisky u.a. ihren Hungerstreik „bis zu Ende" führen sollten. Zehntausende PDS-Anhänger protestierten am 1. Dezember vor dem Berliner Gebäude der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Parteien und Massenorganisationen der DDR". Die SpAD beteiligte sich an der Kundgebung mit den Plakaten „Hände weg von der PDS!" und „Schluß mit der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd!" Diese ist ein Angriff auf die gesamte Linke und Arbeiterbewegung, der durch Einheitsfrontaktion aller Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften zurückgeschlagen werden muß!

Der Hochmut der herrschenden Klasse kennt keine Grenzen. Nicht nur bezieht sich die angebliche Steuerschuld der PDS auf das erste Halbjahr 1990, als die DDR noch existierte. Noch dazu geht es um Objekte, die inzwischen fast alle von demselben kapitalistischen Staat enteignet wurden, der Hunderte von DDR-Betrieben stillgelegt hat, um den ehemaligen Arbeiterstaat plattzumachen. Kohl und Scharping machten bei der Bundestagswahl die antikommunistische Hexenjagd zur „Chefsache" — eine Hexenjagd, die dazu dient, die Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern. Es ist kein Zufall, daß diese jüngsten Angriffe auf die PDS jetzt stattfinden — wie die Hetze auf Immigranten —, wo die faktische große Koalition von Kohl und SPD unter dem Titel „Umbau des Sozialstaats" eine weitere Großoffensive auf den Lebensstandard der Werktätigen ankündigt.

Als im Juli 1990 die „unabhängige" DDR-Kommission zum ersten Mal von allen Parteien verlangte, ihre Finanzen offenzulegen und ihr Vermögen „treuhänderisch" an die CDU/SPD-Hexenjäger zu übergeben, antworteten die Spartakisten mit einem klaren „Nein!" In einem Flugblatt „Linke: Wehrt Euch! Für Einheit in Aktion!" forderten wir die linken und Arbeiterorganisationen sowie alle, denen die Bürgerrechte am Herzen liegen, dazu auf, Widerstand gegen diese Kriminalisierungskampagne zu leisten. Wir erklärten auch, daß wir vom bürgerlichen Staat nie Geld annehmen. Damals rief Gysi bei einem von der PDS organisierten Protest vor 65 000 Demonstranten vom Podium aus zur Allianz mit den SPD-Hexenjägern auf und kündigte an: „Wir ordnen uns demokratisch ein". Kurz darauf lieferte die PDS-Führung ihre eigenen Funktionäre Kaufmann, Pohl und Langnitschke loyal an die bürgerlichen Gerichte aus, weil diese einen Teil des Parteivermögens vor den kapitalistischen Häschern retten wollten. Die Kniefälle der PDS haben die Hexenjäger nur weiter ermutigt. Genauso fachte kürzlich der von der PDS-Führung erzwungene Rücktritt der gewählten PDS-Bundestagsabgeordneten Kerstin Kaiser die Stasi-Hetze gegen Gysi und Heym wejter an.

Wir haben kompromißlos gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft und vor deren Konsequenzen gewarnt. Die SED-PDS dagegen hat die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt. Aber selbst das reicht nicht; wie Hitlers Nazis will die Bourgeoisie auch noch das Karl-Liebknecht-Haus und das TVD-Gebäude in ihre Klauen kriegen. Mit der Stasi-Hetze will sie unter tatkräftiger Mitwirkung der SPD-Helfershelfer ihre Niederlage gegenüber der Roten Armee 1945 rächen und alles vernichten, was an den deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert. Dies geht Hand in Hand mit der Rehabilitierung des Dritten Reichs durch seine selbsternannten Nachfolger, mit rassistischer Hetze und Nazi-Terror in den Straßen. Die SpAD fordert: Hände weg von der PDS! Hände weg von Markus Wolf! Freiheit für Erich Mielke! Nieder mit dem Verbot der PKK und der anderen kurdischen Vereine! Sofortige Freilassung aller RAF-Gefangenen und der gefangenen Antifas! Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!

Berlin, 2. Dezember 1994

Kommunistische Plattform...

Fortsetzung von Seite 11

sehe Ruhrkumpel, für den „Standort Deutschland" auf die Straße zu gehen, während auf der anderen Seite der Grenze ihre französischen Gegenspieler großteils marokkanische Bergarbeiter unter der Parole „Produziert französisch!" mobilisieren. Doch wenn der Angriff auf die Arbeiterklasse international ist, dann auch der Widerstand dagegen: von der Air France und den italienischen Arbeiterstreiks gegen die von der Bundesbank durchgedrückte Kahlschlagpolitik bis hin zu den massenhaften Klassenkämpfen in Südafrika und Südkorea.

Weil wir Spartakisten unsere Organisation auf dem proletarischen Internationalismus von Marx und Engels, Liebknecht und Luxemburg, Lenin und Trotzki aufbauen, waren wir imstande, die Kräfte unserer ganzen Internationale zu mobilisieren, um mit einem Programm gegen die kapitalistische Konterrevolution und die Zerstörung der DDR zu kämpfen. Wie Trotzki am Vorabend des Zweiten Weltkriegs 1940 in *Verteidigung des Marxismus* betonte: „Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue einnehmen." Ob nun die Kommunistische Plattform diesen Parteitag als Prügelknabe überlebt oder nicht, auf jeden Fall sind ihre Tage in der PDS gezählt. Diejenigen, die nach einer wirklich revolutionären Alternative suchen, haben nur eine Möglichkeit: nämlich vom reformistischen Erbe des Stalinismus und der Sozialdemokratie zu brechen und eine revolutionäre Partei aufzubauen, die Lenin und Trotzki als ihre eigene anerkennen würden.«

Kaukasus...

Fortsetzung von Seite 5

der russischen Streitkräfte in Moldawien, warnt davor, daß der Einmarsch in Tschetschenien bestenfalls einen Pyrrhussieg ergeben kann.

Kurz nach Beginn der russischen Offensive brachte der Kommandeur einer Panzerdivision, Generalmajor Iwan Babitschew, 33 Kilometer vor Grosny seinen Vormarsch zum Halt und sagte einer Gruppe tschetschenischer Frauen: „Es ist verboten, die Armee gegen friedliche Zivilisten einzusetzen. Es ist verboten, auf das Volk zu schießen." AP berichtete, daß manche Soldaten „schworen, nicht vorzurücken, selbst wenn das bedeutet, direkten Befehlen den Gehorsam zu verweigern." Ein Offizier sagte: „Eine Meuterei? Man könnte es so nennen." Während Flugzeuge ständig Angriffe auf die Umgebung von Grosny flogen und eine Staffel eine Flüchtlingskolonne zusammenschoß, verbrüdern sich viele russische Offiziere und Soldaten mit den Tschetschenen und fordern eine friedliche Lösung.

Ein wichtiger Faktor hinter Jelzins Machtpoker im Kaukasus besteht darin, sein schwaches bonapartistisches Regime an der Heimatfront zu stärken. Trotz des blutigen Durchgreifens gegen das alte Parlament im Oktober 1993 ist das Jelzin-Regime weiterhin isoliert und von Krisen geschüttelt. Oppositionelle Politiker behaupten, er provoziere absichtlich einen Krieg, um in ganz Rußland den Ausnahmezustand zu verhängen, oder wenigstens in Moskau mit seiner großen tschetschenischen Bevölkerung. Das populäre Fernseh-Nachrichtenprogramm „Itogi", Sprachrohr der Jelzin-freundlichen „Demokraten", hat erklärt, daß dies der erste Schritt zu einer Polizeistaatsdiktatur und einem Staatsstreich ist.

Der Einmarsch in Tschetschenien ist im ganzen Spektrum russischer Politik auf lautstarke Opposition gestoßen, von prowestlichen Liberalen wie Jegor Gaidar bis zu stalinistischen „Patrioten". „Demokraten" und PseudoSozialisten vergleichen ihn mit der früheren Rolle der Sowjetunion in Afghanistan. Aber Jelzins Einmarsch in Tschetschenien ist ein Akt von großrussischer Vorherrschaft in der Folge einer kapitalistischen Konterrevolution, wohingegen die Intervention in Afghanistan eine fortschrittliche Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats und der afghanischen Frauen und Linken gegen CIA-unterstützte Reaktionäre war.

Am Montag, dem 12. Dezember 1994, versammelten sich Demonstranten auf Moskaus Puschkin-Platz. An dem einen Ende waren antikommunistische „Demokraten", die einem Aufruf von Gaidar folgten, und an dem anderen war die „rotbraune" Koalition mit sowjetischen und monarchistischen Fahnen und mit Plakaten, die eine jüdische „Verschwörung" anprangerten. Dazwischen gab es einige Jugendliche von den Anarchisten und dem Komsomol mit Sprechchören: „Kein Krieg, sondern Klassenkrieg". Die einzige bedeutende politische Gruppierung, die Jelzins Abenteuer voll unterstützt, ist die faschistoide Partei von Wladimir Shirinowski.

Wichtiger als die Unterstützung durch Shirinowski — dem kriegslüsternen Verfechter eines neuen, expansiven russischen Reichs — ist von Jelzins Standpunkt aus die Unterstützung durch die imperialistischen Herrscher. Während des Kalten Kriegs hat der westliche Imperialismus alle Arten von reaktionärem antirussischen Nationalismus ermutigt und gefördert, um die Sowjetunion zu zerstören, einen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat. Nachdem Washington und Bonn ihr Ziel erreicht haben, zum großen Teil durch die Wirkung von Boris Jelzin, ist besonders Washington gegen die nationale Zersplitterung des im Entstehen begriffenen kapitalistischen Rußlands mit seinen beachtlichen Siedlungsgebieten nichtrussischer Völker wie



FAZ/Levinger

Der Kaukasus ist ein Flickenteppich von Nationalitäten, deren Gebiete sich überlappen

den Wolgatataren und auch den Tschetschenen.

US-Präsident Clinton bezeichnete Jelzins Tschetschenien-Abenteuer als „eine innere Angelegenheit Rußlands". Die gleiche Stellungnahme gab anfangs Außenminister Kinkel ab, aber unter der zunehmenden Kritik, besonders aus dem CSU- und SPD-Lager, hat er jetzt seine „große Besorgnis über die Zuspitzung der Lage" geäußert. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* das Sprachrohr der Finanzbourgeoisie, greift in ihren Leitkommentaren das „fatale Schweigen" der Westmächte an und warnt vor dem „Imperator Jelzin". Besorgt ist die deutsche Bourgeoisie über die unkontrollierbaren Ausmaße des Krieges und vor allem über die immer offener zutage tretende Instabilität des russischen Regimes und seiner Armee, die langfristig den deutschen Drang nach Osten beeinträchtigen könnte. Und genau an diesen Drang nach Osten appelliert die PDS. Parteichef Bisky beschwört die Einheit zwischen dem deutschen Imperialismus und der russischen Konterrevolution, die schon bei der Zerstörung des Arbeiterstaats Sowjetunion ein entscheidender Faktor war. In einem Appell an Kinkel fordert er: „Die BRD müsse ihre engen Beziehungen zu Rußlands Staatspräsident Boris Jelzin nutzen" *(Neues Deutschland,* 23. Dezember 1994).

Gleichzeitig benutzt die SPD-nahe *Zeit* (23. Dezember 1994) ihren Artikel zu Tschetschenien zur antisowjetischen Hetze und titelt „Afghanistan im eigenen Land". Auch dabei läßt die ost-sozialdemokratische PDS keine Gelegenheit aus, sich an die antikommunistische Hexenjagd anzuhängen (deren Opfer sie selbst ist), und erklärt im *Neuen Deutschland* (12. Dezember): „Das Beispiel Afghanistan mahnt düster: Rußland könnte erneut in einen mörderischen Guerillakrieg geraten." Doch der Abzug der sowjetischen Armee war eine *politische* Entscheidung der sowjetischen Bürokratie, um die Imperialisten zu beschwichtigen. Wie wir wiederholt betont haben, war Gorbatschows Abzug

Fortgesetzt auf Seite 28

Kaukasus...

Fortsetzung von Seite 27

aus Afghanistan bahnbrechend für die Konterrevolution in der Sowjetunion, die jetzt zu blutigen nationalistischen Kriegen geführt hat. Und in Afghanistan selbst haben die Mullahs seit dem sowjetischen Abzug Kabul zu einer terrorisierten und fast toten Stadt gemacht.

Ein Großangriff auf Grosny wird nicht nur zum Massenmord am tschetschenischen Volk führen, sondern auch zu schweren Verlusten auf russischer Seite. Und jeder russischer Soldat, der aus dem Nordkaukasus im Leichentuch zurückkommt, wird ein Nagel zum politischen Sarg von Boris Jelzin sein. Doch die Opposition gegen Jelzin über Tschetschenien teilt mit diesem Möchtegern-Selbstherrscher ein gemeinsames Engagement für den Wiederaufstieg einer russischen „Dershawa" (Großmacht), „eins und ungeteilt". Der oben zitierte Leitartikel der *Moscow Times* erklärt: „Man täte sich schwer mit dem Argument, daß Moskau kein Recht hat zu intervenieren. Tschetschenien ist ein Teil von Rußland, und das Dudajew-Regime hat keine rechtmäßige Grundlage."

Diese Haltung spiegelt den weitverbreiteten und brutalen Rassismus gegen Tschetschenen und andere Kaukasier wider, die in Moskau oder anderswo in Zentralrußland leben. Viele Russen sprechen spöttisch von Kaukasiern als „Schwarzen" und brandmarken sie alle als eine Verbrecherbande. Nach Jelzins hartem bonapartistischen Vorgehen im Oktober 1993 wurden Tausende Tschetschenen und andere Kaukasier im Namen des „Kampfes gegen das Verbrechen" geschlagen und brutal deportiert. Sicher gibt es eine tschetschenische Mafia, aber wie der britische Autor von Spionageromanen, John le Carré, bemerkte: „Was nun die Kriminalität der Tschetschenen betrifft — für wen in aller Welt halten sich die Russen in Moskau oder St. Petersburg? Die haben sich auf allen Handels- und Verwaltungsebenen in einem Ausmaß kriminalisiert, wie man es seit den Tagen AI Capones nicht mehr erlebt hat" (*Spiegel*, 26. Dezember 1994).

Im Gegensatz zur bürgerlichen Opposition gegen Jelzin, die überwiegend großrussisch-chauvinistisch und bestenfalls pazifistisch ist, stehen wir offen auf der Seite des tschetschenischen Volkes, das gegen rassistische Schikanen und Versuche zur Aufzwingung der russischen Knute kämpft. Wir sagen: Schlagt den Einmarsch zurück — Russische Truppen raus aus Tschetschenien!

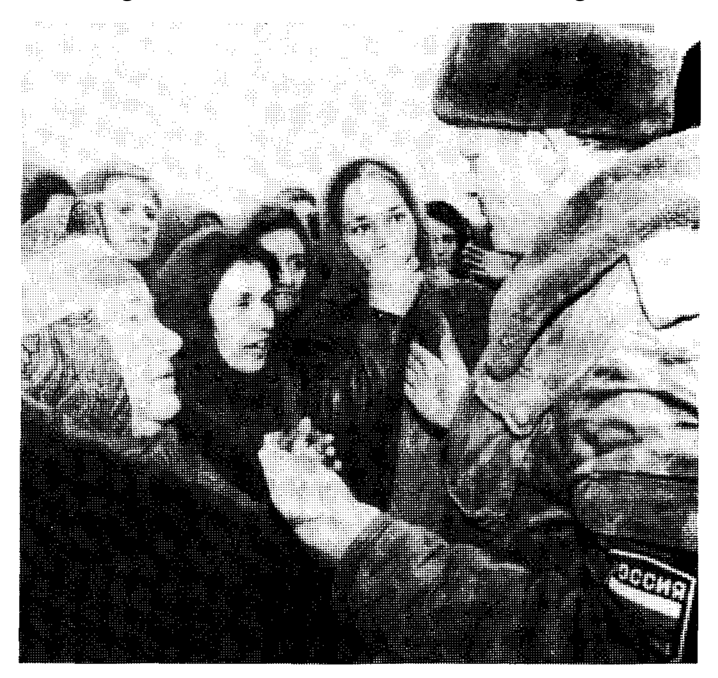
Tschetschenien und Jelzins Rußland

Das Zarenreich brauchte ein halbes Jahrhundert, um den Nordkaukasus zu erobern, so erbittert war der Widerstand seiner einheimischen Völker. Im Laufe dieses Krieges massakrierten die Russen etwa 400 000 Tschetschenen. Aber die bolschewistische Revolution von 1917 zerstörte das, was Lenin das zaristische Völkergefängnis nannte, und die Sowjetunion errichtete autonome Gebiete für die ehemals unterdrückten Völker wie die Tschetschenen, Osseten, Tataren und die Baschkiren im Ural. Selbst ehrlichere bürgerliche Kommentatoren, so in der italienischen *La Repubblica* (12. Dezember), bemerken, daß die Stellung des tschetschenischen Volkes „anscheinend durch die Oktoberrevolution gelöst wurde mit der internationalistischen Ideologie, die Nationalitätenfrage zu überwinden". Tatsächlich konnte nur auf der Grundlage der proletarischen Staatsmacht und eines internationalistischen Programms ein gleichberechtigter Platz für die unzähligen Nationalitäten und Formationen im Vorstadium einer Nation, die es im zaristischen Rußland gab, gefunden werden.

Jedoch trampelte später die stalinistische Bürokratie auf den nationalen Rechten der nichtrussischen Völker herum, und nirgendwo brutaler als im Nordkaukasus. Im Zweiten Weltkrieg löste Stalin die autonomen Gebiete der Tschetschenen und der benachbarten Inguschen mit der Behauptung auf, sie hätten den Überfall Nazideutschlands unterstützt, und deportierte ihre gesamte Bevölkerung nach Zentralasien. Dies wurde auch den Krimtataren, den Wolgadeutschen und mehreren anderen kleinen Völkern angetan. Ende der 50er Jahre stellte das liberalstalinistische Regime von Nikita Chruschtschow die Tschetscheno-Inguschische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik wieder her, und zahlreiche Menschen dieser kaukasischen Völker kehrten in ihre Heimat zurück. Obwohl Moskau die Oberkontrolle ausübte, sorgten die autonomen Gebiete innerhalb der Russischen Föderation der UdSSR doch für ein erhebliches Maß an nationaler Autonomie, so daß die Sprache und kulturelle Identität der Tschetschenen, Tataren, Baschkiren und anderer erhalten und entwickelt wurden.

Als nach Jelzins Machtergreifung im August 1991 in Moskau die Sowjetunion zerbrach, erklärte Tschetschenien unter der Führung des starken Manns Dschochar Dudajew, einem ehemaligen General der sowjetischen Luftwaffe, seine Unabhängigkeit. Dudajew schwenkt islamische Symbole, und mehrere hundert seiner Kämpfer wurden Berichten zufolge von den afghanischen Mudschaheddin trainiert. Sem Schritt erhielt wirtschaftlich noch dadurch Auftrieb, daß Tschetschenien beträchtliche Ölvorräte und andere Naturschätze besitzt. Außerdem verläuft durch das Gebiet eine wichtige Ölpipeline zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer. Die Sorge darum, das Öl weiter am Laufen zu halten, hat ohne Zweifel Einfluß auf die Unterstützung der Imperialisten für Moskaus Versuch, wieder „Ordnung" zu erzwingen.

Das Jelzin-Regime hat gleichzeitig als Agent der Wall Street und der Frankfurter Banken gehandelt, als es die Werktätigen Rußlands ins Elend stürzte und zugleich daranging, die Vorherrschaft über die benachbarten nichtrussischen Völker zu errichten. Moskau reagierte auf die Aufsässigkeit Tschetscheniens mit einer Wirtschaftsblockade, die es schaffte, die kleine Kaukasusrepublik in den Ruin zu treiben. Aber bis vor kurzem überschritt Jelzin nicht die Schwelle zur offenen militärischen Intervention, zweifellos aus Respekt vor dem wohlverdienten Ruf der Tschetschenen, wilde Kämpfer zu sein. Ein Korrespondent des über-



Michael Evstafiev/Agence France-Presse

Tschetschenische Frauen stoppten russische Armee und stellen General Ba'bitschew zur Rede

heblichen Londoner *Economist* (24. September 1994) witzelte: „Es kann verziehen werden, wenn man Tschetschenien für kein Land hält, sondern für einen ziemlich exzentrischen Schützenverein."

Im letzten Spätsommer setzte das Jelzin-Regime auf die militärische Unterstützung der tschetschenischen Gruppen, die gegenüber Dudajew feindlich waren, der zu einem typischen korrupten und brutalen Dritte-Welt-Despoten geworden war. Doch Moskaus Einmischung — mit dem Tschetschenen Ruslan Chasbulatow als Werkzeug, dem früheren Vorsitzenden des von Jelzin aufgelösten Moskauer Parlaments — stärkte tatsächlich Dudajews Herrschaft. Als Dudajew die von Moskau unterstützten Kräfte aufrieb und im November gefangene russische Soldaten durch Grosny marschieren ließ, entschied sich Jelzin, den Einsatz mit einem groß angelegten Einmarsch zu erhöhen. In der Antwort warnte Tschetscheniens Außenminister Schamsedin Jusef: „Sie können nicht jeden Tschetschenen töten; es gibt mehr als eine Million von uns, und jeder einzelne von uns wird kämpfen."

Berichte aus der Gegend lassen erkennen, daß selbst Russen in Tschetschenien gegen den Einmarsch Widerstand leisten, was die tschetschenische Bevölkerung im Streben nach Unabhängigkeit bestärkt hat. Weiter westlich haben die ethnisch verwandten Inguschen, die sich von Tschetschenien abgetrennt und eine Autonomie innerhalb Rußlands vorgezogen hatten, gegen den Einmarsch demonstriert und russische Truppen angegriffen; und weiter östlich wurden russische Soldaten in Dagestan festgesetzt. Im gesamten Kaukasus gibt es weitverbreitete Feindschaft gegenüber Rußlands Großmachtstreben.

Bürgerliche Kommentatoren des Westens versuchen oft, die Explosion von nationalistischem Haß der Erbschaft des „Kommunismus" anzulasten. Aber das Programm und die Kader der bolschewistischen Partei waren durch und durch internationalistisch. Es war gerade Stalins arrogante und chauvinistische Politik gegenüber Georgien und insgesamt der nationalen Frage im Kaukasus, die Lenin Ende 1922 dazu brachte, den Kampf gegen Stalin aufzunehmen und die Beziehungen zu ihm abzubrechen. Damals war Stalins Kampagne für einen von Moskau dominierten Apparat die Vorankündigung seines nationalistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem Land", das er nach Lenins Tod 1924 proklamierte.

Obwohl die Stalinisten hauptsächlich versuchten, nichtrussische nationale Bestrebungen bürokratisch zu unterdrücken, legten die internationalistischen Grundlagen des sowjetischen Arbeiterstaats und dessen kollektivierte Wirtschaft die Basis für eine gerechte Lösung der nationalen Konflikte. Dies spiegelte sich in dem hohen Niveau von Bildung und Kulturentwicklung wider, in der Förderung von Frauen und in den weitverbreiteten Heiraten zwischen ethnischen Gruppen. Dieser gesamte soziale Fortschritt wird jetzt zerstört, oft absichtlich, als unmittelbare Folge der Konterrevolution. Und das Auseinanderbrechen der sowjetischen Wirtschaft — die im Gegensatz zu den Vorwürfen eines sowjetischen „Kolonialismus" den nichtrussischen Republiken einen *höheren* Lebensstandard brachte — hat aufgrund ihrer gegenseitigen Abhängigkeiten überall Massenarmut erzeugt.

Heute stehen die Völker von Armenien, Aserbaidschan und Georgien erneut einem Rußland gegenüber, das den imperialistischen Bestrebungen nachjagt, den Reichtum und die Grenzen der Region zu kontrollieren, während die dortigen nationalen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte versuchen, durch Deals mit den konkurrierenden imperialistischen Geldgebern reich zu werden. Eine internationalistische, revolutionäre Arbeiterbewegung, die für eine demokratisch geplante, egalitäre Wirtschaft und für wirkliche Gleichberechtigung zwischen den Völkern des Kaukasus kämpft, könnte noch einmal die schöpferischen Energien aller Völker des Kaukasus freisetzen, um die tobenden brudermörderischen nationalen Konflikte zu überwinden.

Heute redet ein Teil des „rot-braunen" Milieus über die „Wiederherstellung der Sowjetunion". Aber der stalinistisch beherrschte degenerierte Arbeiterstaat wurde durch eine Konterrevolution zerstört. Daher ist dies ein Versuch, die Wut über die zunehmende Massenverelendung und die schreiende Ungleichheit in einen Aufruf nach einem kapitalistischen Staat unter russischer Vorherrschaft abzulenken, der die verschiedenen Völker der Region unterdrückt.

Unter dem multinationalen sowjetischen Arbeiterstaat bestand eine enge ökonomische Verflechtung. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR leben in einer Reihe von Regionen weiterhin verschiedene Völker auf einem Gebiet zusammen. Dort kann eine demokratische Lösung der nationalen Frage nicht unter kapitalistischen Bedingungen, sondern nur durch eine sozialistische Föderation oder Föderationen von revolutionären Arbeiterstaaten erreicht werden, die über nationale Grenzen hinausgehen. Aber es ist nötig, den freiwilligen Charakter solcher Föderationen zu betonen, im Gegensatz zum Beispiel zur „Transkaukasischen Föderation", die den Völkern der Region von Stalin auferlegt wurde. Die Nationalitätenpolitik von Lenins bolschewistischer Partei im frühen revolutionären Arbeiterstaat war für das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen und für verschiedene Formen von regionaler Autonomie, für kulturelle Rechte und das Recht auf die eigene Sprache für Gruppen, die sich im Vorstadium der Nation befanden und denen die Basis für eine getrennte politische Wirtschaft fehlte. Dies war Teil ihres Kampfes für die völlige Gleichheit aller Nationen und Völker.

Eine wirklich kommunistische, leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei muß im scharfen Kampf gegen alle Varianten des Nationalismus und besonders gegen den Chauvinismus des großrussischen Unterdrückers geschmiedet werden. Russische Truppen raus aus Tschetschenien! Der Kampf muß für eine sozialistische Revolution in allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion geführt werden!

Nach Workers Vanguard *Nr. 613,*
30. Dezember 1994

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 32

In den USA ist die Todesstrafe die Speerspitze der Politik des Kapitalistenstaates bei der rassistischen Unterdrükkung der Schwarzen und Hispanics. Zwar sind nur 12 Prozent der gesamten Bevölkerung Schwarze, doch sie stellen über 50 Prozent der 2800 Gefangenen in Todeszellen. In Pennsylvania machen Schwarze 6 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, aber 61 Prozent der Gefangenen in Todeszellen. Von den Gefangenen in den Todeszellen Philadelphias sind 84 Prozent Schwarze. Fast alle sind arm. 1987 erkannte der Oberste Gerichtshof der USA im Urteil „McClesky vs. Kemp" eine von der Verteidigung eingereichte statistische Studie sogar als richtig an: Diese bewies die überwiegende Diskriminierung auf rassistischer Basis bei Todesurteilen. McClesky wurde am 24. September 1991 hingerichtet.

In Jamais Fall sehen wir klar und deutlich, worum es bei der Todesstrafe geht. Sie stellt das Erbe der Sklaverei dar: legale Lynchjustiz — eine Fortsetzung der Ideologie, die verkündet, Menschen schwarzer Hautfarbe seien keine Menschen und könnten bedenkenlos umgebracht werden. Staatliche Hinrichtungen sind ein gesellschaftlicher Akt, der die ganze Bevölkerung einschüchtern und brutalisieren soll. Die Todesstrafe spannt die urzeitliche Anwendung persönlicher Grausamkeit und der Folter vor die unerbittliche Maschinerie des modernen kapitalistischen Staates. Wenn die Todesstrafe also einen symbolischen Wert besitzt, dann diesen: Der Staat entscheidet, wer lebt und wer stirbt, welche Menschenleben überflüssig sind. Und das bedeutet in erster Linie, daß das Leben von Schwarzen überflüssig ist. Die Todesstrafe ist das Signal eines Feldzuges für verstärkte staatliche Repression, Teil eines breiteren gesellschaftlichen und politischen Musters.

Gerade diese Kräfte der staatlichen Repression haben eine hysterische Kampagne gestartet, um Jamal umzubringen. Letzten Sommer erzielte Jamal, mehrfach für seinen Journalismus preisgekrönt, eine Vereinbarung mit dem nationalen Radiosender NPR, der die Ausstrahlung einer Reihe von Kommentaren in der hoch angesehenen Sendung „All Things Considered" („Alles in Betracht gezogen") vorsah. Die ominöse Polizeibruderschaft in Philadelphia, Fraternal Order of Police (FOP), hat zusammen mit anderen reaktionären Kräften Druck auf den Sender NPR ausgeübt, der davor in die Knie ging und den Vertrag mit Jamal stornierte. Als Protest gegen diesen empörenden Versuch, Jamal zum Schweigen zu bringen, damit man ihn leichter umbringen könnte, initiierten das PDC und das Committee to Save Mumia Abu-Jamal ein „Speak-Out" in New York City am 3. Juni 1994. Mehr als 250 Gewerkschafter, Studenten, Nachbarschaftsaktivisten und Sozialisten kamen, um eine Lesung aus Jamais Zeitungsartikeln zu hören und eine Video-Vorführung mit einem Interview von ihm zu sehen.

Nicht zum ersten Mal war die Polizeibruderschaft gegen Jamal und seine Unterstützer vorgegangen. Im Juli 1990 hatte die FOP gegen eine Unterstützungskundgebung des PDC eine Versammlung veranstaltet, wo der FOP-Chef eine „elektrische Couch" für Jamal und seine Unterstützer forderte. Im vergangenen April hatte die FOP in Harrisburg, Pennsylvania, anläßlich einer Demonstration für Jamal eine Gegendemonstration abgehalten und gerufen: „Tötet Mumia! Tötet Mumia!"

Leonard I. Weinglass, Jamais Hauptverteidiger, als Rechtsanwalt und Verfechter der Bürgerrechte allgemein bekannt und einer der internationalen Prozeßbeobachter, die letzten September in Berlin den Prozeß gegen Unterstützer von Antifa Gençlik verfolgten, erklärte beim Speak-Out im Juni, warum der Staat Jamal tot sehen will:

„Der Bürgermeister [von Philadelphia] Rizzo, der als Polizeichef nationale Berühmtheit erlangte für seinen Sturm auf das Hauptquartier von SNCC [Student Non-Violent Coordinating Committee, eine Bürgerrechtsorganisation] und im folgenden Jahr auf das Hauptquartier der Black Panther Party in Philadelphia, wurde im Jahre '72 Bürgermeister. Ein Gutteil des Landes wurde rizzoisiert. Die Stadt wurde zur ‚Recht-und-Ordnung'-Hauptstadt des Landes. Und eine der wenigen Stimmen, die sich dagegen erhoben, gegen diese Sturmangriffe, gegen die Gewalttätigkeit der Polizei, war die von Mumia Abu-Jamal, ein ehemaliger Black Panther, der zum wahrscheinlich bekanntesten Radiojournalisten in der afrikanisch-amerikanischen Gemeinde von Philadelphia geworden war."

Jamal gehörte zu den Journalisten, die über Rizzos Pressekonferenz vom 8. August 1978 nach der Belagerung einer Wohngemeinschaft der schwarzen Organisation MOVE durch Hunderte schwerbewaffnete Bullen berichteten. Das ist dieselbe Polizei, die 1985 die grauenhafte Belagerung und den Brandbombenangriff auf einen schwarzen Stadtteil verübte, in welchem elf Mitglieder einer MOVE-Wohngemeinschaft, darunter fünf Kinder, ermordet wurden.

Für den Staat kam die Möglichkeit, mit Jamal abzurechnen, am 9. Dezember 1981, als sein Bruder von einem Polizeibeamten angehalten wurde. Jamal, damals Präsident des Verbandes Schwarzer Journalisten, kam hinzu. Jama! wurde in die Brust geschossen, eine Kugel drang durch Lunge und Leber und blieb im Rücken stecken. Der Beamte wurde erschossen. Obwohl Jamal lebensgefährlich verletzt war, wurde er von den Bullen weiter zusammengeschlagen. Nach einem aufwendigen chirurgischen Eingriff erholte er sich; gegen ihn wurde die Anklage des Mordes an dem Polizeibeamten erhoben, trotz Aussagen von vier verschiedenen Augenzeugen, daß der Schütze weggelaufen war. Jamal wurde vor Gericht gestellt. Von Anfang an hat er betont, daß er nicht schuldig ist. Doch vor Gericht wurde er von einem Blutrichter von vornherein für schuldig gehalten und wurde auf Schritt und Tritt daran gehindert, eine Verteidigung zu präsentieren. Jamais Recht, sich selbst zu verteidigen, das ihm ursprünglich zugestanden worden war, wurde willkürlich aufgehoben, als die große Wirkung seiner Stimme im Gerichtssaal dem Richter zu offensichtlich wurde.

Als es zur Festlegung des Strafmaßes kam, hörten die Geschworenen eine Beweisführung, die laut dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten keine Verwendung finden darf, um ein Todesurteil auszusprechen: seine politische Verbindung mit der Black Panther Party. Unter Verwendung eines Zitats aus einem Zeitungsinterview mit Jamal zwölf Jahre zuvor, als er Informationsminister der Black Panthers in Philadelphia war, behauptete die Staatsanwaltschaft, Jamal hätte zwölf Jahre lang darauf gewartet, einen Bullen umzubringen. Um den Geschworenen jedes Gefühl der Verantwortung für den legalen Lynchmord zu nehmen, behauptete der Staatsanwalt, Jamal könne Berufung nach Berufung einreichen, so daß das Todesurteil überhaupt kein Todesurteil wäre.

Doch trotz der offensichtlichen Verstöße gegen Jamais verbriefte Rechte weigerten sich sowohl der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania im März 1989 wie der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten im März und Oktober 1990, seine Berufungen zu verhandeln; dabei verstießen sie beide gegen die eigenen Präzedenzfälle.

Der Ausbruch der wütenden Proteste gegen den Freispruch der Polizisten, die Rodney King fast zu Tode geprügelt hatten, spiegelt das weitverbreitete Bewußtsein unter Arbeitern und Schwarzen, Hispanics und Armen in den USA wider, daß es für sie keine Gerechtigkeit gibt. Deshalb hat Mumia Abu-Jamals Fall breite Unterstützung gefunden. Letzten August sahen Millionen Zuschauer „Arrested Development" sowie mehrere andere Bands, die bei der Fern-

sehübertragung von Woodstock '94 T-Shirts mit „Freiheit für Mumia" trugen.

In den letzten sieben Jahren haben die Spartacist League/U.S, und das PDC, die ersten Organisationen, die Jamais Fall zur Rettung seines Lebens aufgriffen, Kampagnen geführt, um Protest zu organisieren und den Fall einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Darüber hinaus haben SL/U.S. und PDC hart und erfolgreich gearbeitet, um dabei zu helfen, daß Jamal von der Todeszelle aus seine aktuelle journalistische Arbeit fortsetzen kann. Als Ergebnis dieser Arbeit erscheinen Jamais Kolumnen in Zeitschriften in den ganzen USA, so auch im *Yale Law Journal.* Seine Artikel erscheinen in den Zeitungen der nationalen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga. Dies entspricht unserer Entschlossenheit, daß Jamal keine namenlose, gesichtslose, schweigende statistische Ziffer in der Todeszelle sein soll. Aus seiner Zelle fließen stechende Kommentare über die Mühlen der amerikanischen „Justiz", die Verfolgung von MOVE-Mitgliedern, die haitianische Revolution, die amerikanische Blockade des Irak, die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock und in letzter Zeit seine Solidaritätserklärung mit den antifaschistischen Jugendlichen von Antifa Gençlik, die in *Spartakist* Nr. 115 abgedruckt wurde. Doch wie die Fälle von Mumia Abu-Jamal, Rodney King und zahllosen anderen zeigen: Die Macht des kapitalistischen Staats stammt weder von Gerechtigkeit noch von Argumenten, sondern sie beruht auf seiner Armee von Polizisten, Richtern und Gefängnissen. Um dagegen anzugehen, brauchen wir die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Wie Paul Cooperstein vom PDC beim Speak-Out im Juni sagte:

> „Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise hielten die Herrscher, als der massenhafte rassisch integrierte proletarische Kampf anwuchs, die Schlinge über die Hälse der Angeklagten in Scottsboro [neun schwarze Jugendliche, denen 1931 die Vergewaltigung von zwei weißen Frauen angehängt wurde]. Und in der Hexenjagd während des Kalten Kriegs, als in den 50er Jahren ‚Rote' als Spione gebrandmarkt wurden, die es verdienten zu sterben, wurden die heldenhaften Rosenbergs auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet, weil sie Kommunisten und Juden waren. Nun droht das schwebende Todesurteil gegen Mumia zu der ersten politischen Hinrichtung seit den Rosenbergs zu werden.
>
> Die systematische Unterdrückung, die dem Teufelskreis von Verbrechen und Strafe zugrunde liegt, kann vor einer sozialen Revolution nicht abgeschafft werden. Und weil der Staat keine andere Lösung der Probleme hat, die insbesondere diejenigen Menschen plagen, die er ‚Unterklasse' nennt, kann er nur unterdrücken — und das tut er, daß es nur so kracht. Der Feldzug, den er für Tod und Unterdrückung führt, hängt davon ab, daß die Menschen überzeugt werden, daß es keinen anderen Ausweg gibt, daß sie innerhalb des kapitalistischen Systems, das die Probleme hervorgeruft, keine andere Wahl haben.
>
> Aber es gibt einen Ausweg. Der Weg zum Sieg ist der Weg des Klassenkampfs: die mächtige rassisch integrierte Arbeiterbewegung, die für die eigenen Interessen kämpft und für die Interessen aller Werktätigen und Unterdrückten."

Hinter der Todesstrafe im rassistischen Amerika ist der Drang der Herrscher zum Völkermord sichtbar. Und der Kampf dagegen muß besonders im imperialistischen Deutschland die Wut sehr vieler Menschen erwecken. Die Nazis hatten den „legalen" Mord zur letzten, barbarischen Konsequenz getrieben und ganze Völker nahezu ausgelöscht. Sechs Millionen Juden, eine halbe Million Roma und Sinti, ein Drittel der Bevölkerung Polens, 28 Millionen sowjetische Bürger — vergast, erschossen, verbrannt, erschlagen. Die Nazi-Blutrichter, in Westdeutschland bis heute ausnahmslos unbestraft, schickten Wehrmacht-Deserteure, proletarische Jugendliche, die sich geweigert hatten, bei diesem Holocaust mitzuwirken, vor die Erschießungskommandos. Das ist die zutiefst verhaßte Geschichte der Todesstrafe in Deutschland, die erst gestoppt wurde, als die Rote Armee Deutschland und Europa nach zwölf Jahren faschistischen Terrors befreite.

Der Kampf, Mumia Abu-Jamal zu retten, ist der Kampf gegen den rassistischen Staatsterror hierzulande, der die Flammen der faschistischen Lynchmobs und Mordbrenner von Hoyerswerda bis Solingen angefacht hat. In diesen Kampf werden sich Tausende antifaschistische Gewerkschafter und Jugendliche einreihen. Wie die Gewerkschafter in den USA, von den Hafenarbeitern bis zu den Krankenschwestern, die Mumia Abu-Jamals Sache zu ihrer eigenen gemacht haben, so muß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland die Forderung erheben: Nieder mit der rassistischen Todesstrafe! Rettet Mumia Abu-Jamal!

Gewerkschaften, die Millionen Arbeiter vertreten, haben sich für Jamal ausgesprochen, u. a. die CGT in Frankreich, der Metro Toronto Labor Council, Sektion 10 der mexikanischen Lehrergewerkschaft SNTE sowie Gewerkschaften in Britannien und Australien. In Deutschland haben u. a. ÖTV-Vertrauensleute im Gesamthafenbetrieb Hamburg und der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des Verbands deutscher Schriftsteller in der IG Medien sich dafür ausgesprochen, Jamais Leben zu retten. In den USA: Ortsverbände an der Westküste der Internationalen Hafenarbeitergewerkschaft (ILWU), Ortsverbände der Nahverkehrsarbeitergewerkschaft in Chicago, der Gewerkschaft der Arbeiter im Krankenhaus- und Gesundheitswesen, Ortsverbände der Briefträger- und Typographengewerkschaften.

Die Spartakist-Jugend und das KfsV haben die Kampagne mit einer Reihe von Video-Vorführungen eröffnet. AGIPA Press hat Jamais Fall in breiten Kreisen bekannt gemacht und Tausende D-Mark für die juristische Verteidigung von Jamal gesammelt. International wurden Protestbriefe geschickt von der Arbeiterorganisation für Sozialistische Aktion (WOSA) in Kapstadt, Südafrika, der Palmares (kulturelle Stiftung des Kulturministeriums), Brasilien, und die französische Sektion von amnesty international hat einen Leitartikel über Jamal in ihrer Zeitung veröffentlicht. Unter denjenigen, die sich in den USA für Jamal ausgesprochen haben, sind die schwarzen Schauspieler Ossie Davis und Whoopi Goldberg, der Sänger Harry Belafonte, der ehemalige Bundesjustizminister Ramsey Clark, Kongreßabgeordnete wie Ron Dellums und mehrere Senatoren aus Pennsylvania.

Wir fordern *Spartakist-Leser* dringend auf, sich dem Kampf anzuschließen, das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten. Organisiert Proteste! Verabschiedet Resolutionen in eurer Gewerkschaft, in der Schule, an der Uni, in der Kirche und in den Stadtteilorganisationen. Ein Sieg in Jamais Fall setzt voraus, den besten Rechtsbeistand zu haben, und das kostet viel Geld! Schickt eure Spenden für seine Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 310350400, BLZ 10040000, Stichwort.„Jamal"! Das Video „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal", produziert vom PDC und übersetzt von Archiv 92, „Kampagne Abu-Jamal", Postfach 15 03 23, 28093 Bremen, ist auch erhältlich über das KfsV. Ruft uns an: (0 30) 4 43 94 00, für weitere Informationen darüber, wie ihr helfen könnt, oder schreibt uns: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 2107 50,10507 Berlin. Jamal könnt ihr auch direkt schreiben. Seine gegenwärtige Adresse ist: Mumia Abu-Jamal, AM 8335, 1100 Pike Street, Huntingdon, PA 16652-1112, USA.«

SPARTAKIST

Internationale Kampagne fordert:

Rettet Mumia Abu-Jamal!

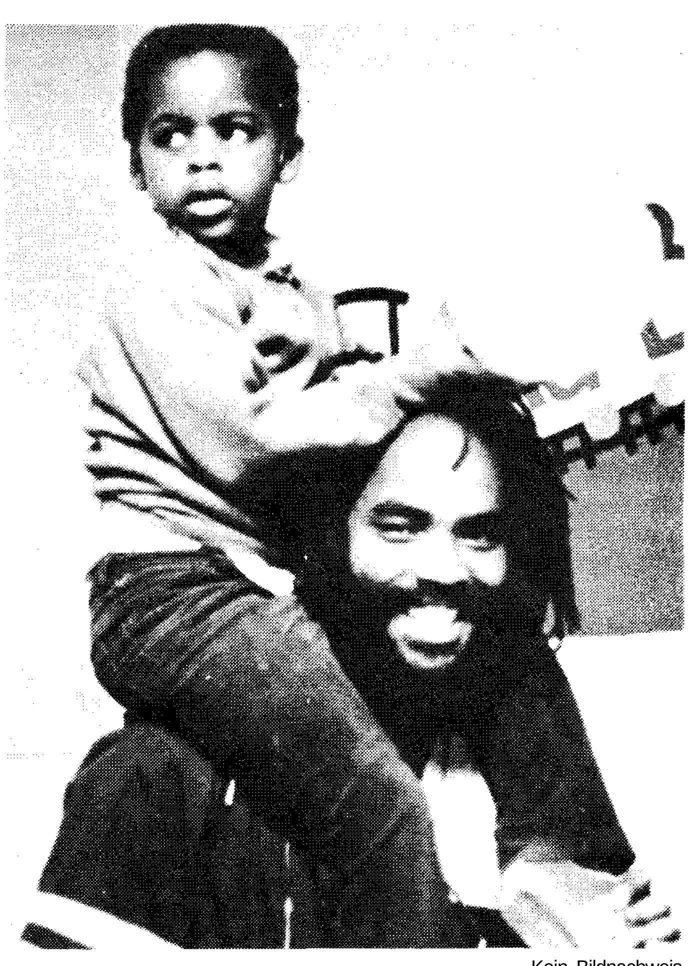
Der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal sitzt seit über zwölf Jahren in der Todeszelle in Huntingdon, Pennsylvania. Jamal, aufgrund einer verlogenen, abgekarteten Anklage wegen der Tötung eines Polizisten in Philadelphia 1981 verurteilt, ist weltbekannt geworden als entschiedener und überzeugender Kritiker des rassistischen Staatsterrors in den USA.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) ruft gemeinsam mit dem Partisan Défense Committee (PDC) in den USA und dessen Schwesterorganisationen international dringend alle Gegner der rassistischen Todesstrafe auf: Mobilisiert *jetzt* und rettet diesen Mann, der unter den Armen, Schwarzen und Hispanics (Spanischsprechenden) in Philadelphia als die Stimme der Entrechteten bekannt ist!

Nach dem Erdrutschsieg der Republikaner bei den US-Kongreßwahlen im Herbst 1994 tritt die Kampagne, Mumia Abu-Jamals Leben zu retten, in die kritische und wahrscheinlich entscheidende Phase. Im ganzen Wahlkampf wetteiferten die bürgerlichen Zwillingsparteien der Demokraten und Republikaner um die Beschleunigung der Tötungsmaschinerie in den ganzen USA. Im Bundesstaat Pennsylvania sicherte der nun gewählte republikanische Gouverneur Tom Ridge seinen Wahlerfolg, als er auf der Verbrechensfrage herumritt und den bisherigen Gouverneur Casey wegen seiner Weigerung angriff, in 167 Fällen Exekutionsbefehle zu unterschreiben. Es wird allgemein erwartet, daß Ridge nach seinem Amtsantritt am 17. Januar Jamais Exekutionsbefehl unterschreibt.

Letzten September verabschiedete der US-Kongreß Clintons neues Verbrechensbekämpfungsgesetz, gerade rechtzeitig zu den Wahlen. In seinem Artikel „Abstimmung für die eigene Repression" beschreibt Jamal: „Dieses Gesetz, das drakonischste in der Geschichte der Nation, sieht die Ausgabe von über 30 Milliarden Dollar für mehr Gefängnisse, mehr Bullen, mehr Todesurteile vor. Mehr Werkzeuge der staatlichen Repression ... mehr Un-Freiheit." Damit steht auf 60 weiteren Verbrechen, die als schwerwiegend vom Bund geahndet werden, die Todesstrafe, nun z. B. wegen „Gewalt gegen Seeschiffahrt oder stationäre Plattformen".

Fortgesetzt auf Seite 30



Kein Bildnachweis

Mumia Abu-Jamal mit seinem Sohn, 1982

Demonstration: Rettet Mumia Abu-Jamal!

Stoppt die „legalen" Lynchmorde!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Dienstag, 7. Februar, 16.30 Uhr

US-Botschaft, Neustädtische Kirchstr. 4-5, 10117 Berlin

Anschließend Veranstaltung und Video-Vorführung

Komitee für soziale Verteidigung (KfsV): Telefon (030)4439400

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ
A 1664 E
SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Nr. 117 MÄRZ/APRIL 1995 50 Pfennig

Profitgierige Bosse in der Offensive
Machtprobe bei Metall

Die Metallbosse haben den ersten westdeutschen Metallerstreik seit elf Jahren provoziert. Nach achtwöchigen Verhandlungen legten sie nicht einmal ein Lohnangebot auf den Tisch, statt dessen verlangen sie „Kompensationen" wie die Verhinderung der 1984 erkämpften 35-Stunden-Woche. Ein Metaller-Plakat brachte Mitte Februar das Programm der Metallbosse auf den Punkt: „1995 wollen wir Ihr Weihnachtsgeld, 1996 wollen wir Ihr Urlaubsgeld ... 2000 bringen Sie Ihr Gehalt selbst mit!" Obwohl die Spitzen der IG Metall den Streikbeginn in Bayern bisher in engen Grenzen halten, plant Gesamtmetall nach der ersten Streikwoche großangelegte Aussperrungen, für die zeitgerecht das Urteil des Bundessozialgerichts vorgelegt wurde, mit dem die Arbeiter bei „kalten" Aussperrungen zum Sozialamt gehetzt werden sollen.



Frankfurter Rundschau

Die IG Metall hat die Macht, diese Offensive zurückzuschlagen. Aber um den Klassenkrieg der Bosse in unseren Sieg zu verwandeln, brauchen wir eine internationalistische Partei, die für die Herrschaft der Arbeiter kämpft

Die Bosse verfolgen eine knallharte Linie, weil sie aus „Konkurrenzgründen" die Löhne senken und die Ausbeutungsrate radikal erhöhen wollen. Bei den Abschlüssen 1991, 1993 und 1994 mußten die Ar-

Metaller Ost und West: Vollstreik jetzt!

beiter einen Reallohnverlust von insgesamt rund 4 Prozent einstecken. Aber den profitgierigen Bossen reicht das noch lange nicht. Jetzt sind die Lohnkosten in Deutschland um 40 Prozent höher als in Japan und 70 Prozent höher als in den USA, wo die Löhne in den letzten zwei Jahrzehnten um 20 Prozent gekürzt wurden. Als Ergebnis der Niederwalzung der ostdeutschen Industrie infolge der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR und aufgrund der Rezession im Westen hat der DGB seit 1991 bei gestiegener Massenarbeitslosigkeit 17 Prozent seiner Mitglieder verloren. Jetzt hält zumindest ein Teil der Bourgeoisie die Zeit für gekommen, der organisierten Arbeiterbewegung einen schweren Schlag zu versetzen, indem er den offenen Klassenkrieg gegen die große und mächtige IG Metall eröffnet.

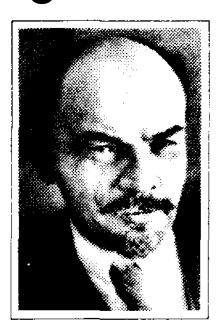
Diese Machtprobe war seit langem angekündigt. Unter der Überschrift „Die stecken das Haus an" schrieb *Der Spiegel* (26. Dezember 1994): „Fast täglich fordern Arbeitgebervertreter neue Abstriche von tariflichen und sozialen

Fortgesetzt auf Seite 27

Verteidigungsarbeit und Arbeiterbewegung



TROTZKI



LENIN

Das Komitee für soziale Verteidigung steht in der Tradition der nichtsektiererischen, klassenkämpferischen rechtlichen und sozialen Verteidigung, die durch die International Labor Défense (ILD — Internationale Arbeiterverteidigung) verkörpert wurde. Die ILD wurde in den 20er Jahren durch James P. Cannon gegründet, damals führender Kader der Kommunistischen Partei, der später zum Führer des amerikanischen Trotzkismus wurde. Wie Cannon sagte, wurde die ILD „in Moskau geboren ", in Diskussionen dort mit dem im Exil lebenden heroischen Führer der amerikanischen Bergarbeiter, Bill Haywood. Ihr Plan wurde inspiriert sowohl durch die Prinzipien der klassenkämpferischen Arbeitersolidarität, die die ehemaligen Industrial Workers ofthe World oder „Wobblies" durchdrungen hatte, als auch durch die von der Komintern ins Leben gerufene Internationale Organisation zur Unterstützung von Kämpfern der Revolution (MOPR); deren deutsche Sektion war die Rote Hilfe. Die ILD schrieb auf ihr Banner die Verteidigung eines jeden Mitglieds der Arbeiterbewegung, das die Verfolgung durch kapitalistische Gerichte wegen seiner Aktivitäten oder seiner politischen Meinungen erleidet, ungeachtet seiner Ansichten. Im Kampf gegen die Hinrichtung der anarchistischen Arbeiter Sacco und Vanzetti, die Massenproteste auf internationaler Ebene hervorrief, erklärte Cannon:

Hätten sie geschwiegen, während ihre Kollegen und Genossen um sie herum unter Verfolgung und Unterdrückung litten, hätten sie nicht das Ideal der Befreiung der Arbeiterklasse zu ihrem eigenen Ideal gemacht, würde es heute keinen Fall Sacco und Vanzetti geben. Hätten sie vor Gericht um Gnade gebettelt und ihrer Sache und ihrer Vergangenheit abgeschworen, wären sie frei gekommen, damit Schande über sie kommt.

Doch sie taten nichts dergleichen. Trotz der Hunderte von endlosen Nächten und Tagen der Inhaftierung, immer mit dem gräßlichen Gedanken der Hinrichtung im Kopf, sind sie der Sache der Arbeiter so einfach treu geblieben, wie sie es waren, bevor diese infame fingierte Anklage in den Köpfen der Reaktion in Massachusetts ausgeheckt wurde. Ja, die Verfolgung hat ihre Überzeugung sogar gestählt und hat sie schon jetzt unlöslich verbunden mit der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Labor Defender, Juli 1927

* * * * *

Eine Politik ist die des Klassenkampfes. In den Mittelpunkt stellt sie die Protestbewegung der Arbeiter von Amerika und der ganzen Welt. Ihr ganzes Vertrauen setzt sie in die Macht der Massen, und überhaupt kein Vertrauen in die Justiz der Gerichtshöfe. Während sie alle möglichen rechtlichen Mittel befürwortet, ruft sie zur Agitation auf, zur Öffentlichkeitsarbeit, zu Demonstrationen — zum organisierten Protest auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ruft in dieser brennenden Frage zur Einheit und Solidarität aller Arbeiter auf, ungeachtet von entgegengesetzten Ansichten zu anderen Fragen. Genau dies hat bisher die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti verhindert. Das Ziel ist nichts anderes als ihre siegreiche Verteidigung und Befreiung.

Die andere Politik ist die Politik der „Respektabilität", der „Leisetreterei" und der lächerlichen Illusionen über die „Gerechtigkeit" der Gerichte des Feindes. Sie verläßt sich hauptsächlich auf rechtliche Verfahren. Sie strebt danach, die Frage des Klassenkampfes zu verwischen. Sie schreckt vor den „ordinären und lärmenden" Demonstrationen der militanten Arbeiter zurück und bewirft sie mit dem Dreck der Verleumdung. Sie versucht das Martyrium von Sacco und Vanzetti als einen „bedauerlichen" Irrtum hinzustellen, der von den „richtigen" Leuten, die in der „richtigen" Weise vorgehen, berichtigt werden könne...

Die bewußten proletarischen Elemente, mit denen wir uns vorbehaltlos identifizieren, sind für die erste Politik. Die bürgerlichen Elemente und diejenigen, die von ihnen beeinflußt sind, sind für die zweite.

Labor Defender, Januar 1927

SPARTAKIST 

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Back (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruwert, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrrft. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 117 März/April 1995

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle
SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (0345)2029055

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Kommunistische Plattform - die Opposition, die keine war

PDS-Parteitag: Antikommunisten willkommen!

Das Ergebnis des 4. Parteitages läßt sich auf eine einfache Formel bringen: 10 Thesen minus 5 Thesen ergibt l Unvereinbarkeitsbeschluß. Im letzen Dezember, als Lothar Bisky auf der Demonstration gegen den grotesken Steuerbescheid vor einer „Radikalisierung" der PDS-Mitglieder warnte, zeichnete sich bereits ab, daß die PDS-Führung wild entschlossen ist, sich in die „Bündnisfähigkeit" zu flüchten — geschockt durch den neuerlichen Angriff des bürgerlichen Staats trotz des PDS-Wahlerfolgs. Um den von Sozialdemokraten wie Höppner und Bahr lautstark vorgebrachten Forderungen nach einer Abgrenzung vom „Kommunismus" nachzukommen, hatte die PDS-Führung ein 10-Thesen-Papier vorgelegt, in dem von Kommunismus und Klassenkampf offiziell Abschied genommen wird und den Kapitalisten ein „Gesellschaftsvertrag" angeboten wird.

Apropos Gesellschaftsvertrag, im Februar 1990 hatte die PDS „ja" zu „Deutschland einig Vaterland" gesagt, als die massive antikommunistische Kampagne der Bourgeoisie die DDR überschwemmte. Aber in den vergangenen Jahren haben viele Arbeiter, besonders Frauen und Immigranten, die Folgen der brutalen Konterrevolution hassen gelernt, und die Illusion von der „sozialen Marktwirtschaft", die Gysis bunte Truppe verbreitete, ist zerstoben. So ist es nicht überraschend, daß das 10-Thesen-Papier bei vielen Mitgliedern, die noch nicht bereit sind, ihren Frieden mit dem Vierten Reich des deutschen Imperialismus zu machen, auf massiven Protest gestoßen ist. Der folgende Kompromiß zwischen Gysi/Bisky und Modrow, das 5-Thesen-Papier, spitzte daher die PDS-interne Hexenjagd, mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen „Stalinismus", auf die Kommunistische Plattform zu. Das Vorstandsmitglied der PDS-loyalen „Kommunistischen" Plattform, Sahra Wagenknecht, sollte das Damenopfer für das „Magdeburger Modell" werden.

Während die bürgerliche Presse zufrieden feststellt: „Die PDS ist ihm [Bisky] programmatisch weitgehend gefolgt" (*Der Tagesspiegel*, 30. Januar), tut die Führung der Plattform alles, um ihre schmähliche Kapitulation zu verschleiern — dabei sind die fünf Thesen ebenso offen gegen den Kommunismus wie die zehn. Man seift wieder ein! Das frei nach Bernstein mit „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel" überschriebene 5-Thesen-Papier wurde angenommen. Es enthält zwei wesentliche Aussagen: Erstens, daß „die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte", und zweitens: „Es gibt Grenzen, die durch kein Mitglied in der PDS überschritten werden dürfen. Nationalistische, chauvinistische, rassistische, antisemitische Auffassungen sind mit der Mitgliedschaft in der PDS unvereinbar.' Das gilt ebenso für stalinistische Auffassungen" (*Pressedienst* Nr. 5/6). Diese Gleichsetzung von Antisemitismus und „Stalinismus" exakt 50 Jahre, nachdem die Rote Armee (mit Stalin als Oberbefehlshaber) Auschwitz befreit hat, stößt skandalöserweise in das gleiche Hörn wie die Totalitarismus„theorie", mit der die deutsche Bourgeoisie die Verbrechen der Nazis verniedlicht. Und damit jeder weiß, wen die PDS mit „Stalinismus" meint: „Das bedeutet, daß wir ... avantgardistische und zentralistische Sozialismus- und Parteivorstellungen zurückweisen." Damit hätten sie Marx, Engels, Lenin und Trotzki ausgeschlossen (allerdings wären diese Kommunisten gewiß nie in die PDS eingetreten).

Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten protestierte gegen die antikommunistische Stoßrichtung des Papiers, das freilich nur festschreibt, was ohnehin politische Praxis der PDS ist, indem sie mit deutlicher Mehrheit „Antikommunismus" in die Liste der Unvereinbarkeiten aufnahm. Das war die Stunde der erklärten Antikommunisten Zwerenz und Einsiedel, die als Vertreter der bürgerlichen Forderungen an die PDS den Delegierten quasi die Pistole auf die Brust setzten und mit dem Scheitern von „Gysis bunter Liste" drohten. Vom Standpunkt seiner Klasse aus folgerichtig, begründete Einsiedel seinen Haß auf den Kommunismus mit einem Zitat des Kommunistischen Manifests, das lautet: „Kommunisten ... erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern." Dem können wir zustimmen.

Gerade zu dem Zeitpunkt, als die Delegierten gegen die Öffnung der Partei zum Antikommunismus votierten, kapitulierte die über ihren eigenen Erfolg zu Tode erschrockene Führung der Plattform und sprang der Parteiführung mit einer Erklärung zur Seite, die „aus Rücksicht auf die Bündnispolitik" (*Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS*, Heft 2/1995) der Aufhebung des Beschlusses vom Vortag und damit der Streichung von „Antikommunismus" aus der Unvereinbarkeitsklausel zustimmte. Damit hatte die Plattform in der Sache die gleiche Position wie Gysi/Lederer bezogen: Antikommunisten sind in der PDS willkommen. Und so erklärte die Plattform: „Wir stellen nicht in Frage, daß es Einzelpersönlichkeiten geben kann, die sich

Fortgesetzt auf Seite 4



junge Welt



Gabriele Senft



junge Welt

Gysi buhlt um die Gunst von Antikommunisten

PDS...

Fortsetzung von Seite 3

als Antikommunisten verstehen und zugleich als demokratische Sozialisten." Wodurch unterscheidet sich das von Gysis Vorstellung eines „humanen Antikommunismus"? Und wenn Antikommunismus nicht inhuman ist, dann ist es wohl auch der Kapitalismus nicht, und wozu dann noch Gysis (Lippen)bekenntnis zum Sozialismus? Somit ist es nur folgerichtig, daß Biskys/Bries jüngstes Grundsatzpapier, abgedruckt im *Neuen Deutschland* vom 21. Februar, für die Zukunft selbst das Wort „Sozialismus" aus dem Sprachschatz der PDS verbannen und durch „Neosozialismus" ersetzen will.

„Ein Schaukampf, kein Machtkampf titelte der bürgerliche *Tagesspiegel* treffend. Was war passiert? Der Protest des Parteitags gegen „Antikommunismus" hatte die Plattform in einen echten Machtkampf mit den bürgerlichen Elementen der PDS-Fraktion gezwungen. Unfähig, diesen Kampf zu führen, blieb ihr nur die Unterwerfung. „Wir bleiben Teil der PDS!" *(Mitteilungen,* Heft 2/1995). Also die PDS ist alles, das Ziel ist nichts.

Wenn die Plattform hoffte, für diesen Kniefall belohnt zu werden, wurde sie enttäuscht, denn erwartungsgemäß folgte der Niederlage auf dem politischen Feld die Abwahl Wagenknechts aus dem Vorstand. Gysis Kalkül, die deutschnationalen Bestandteile seiner „bunten Liste" notfalls als Peitsche gegen die Partei einzusetzen, war mit Hilfe der Plattform aufgegangen: Der Beschluß vom Vortag wurde rückgängig gemacht, daß „Antikommunismus" mit der Mitgliedschaft in der PDS „unvereinbar" sei. Dafür wurde an anderer Stelle das unverbindliche Versprechen eingefügt: „Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein." Hinzugefügt wurde: Die PDS „ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten". Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Solange sich diese Positionen auf allgemeine Abhandlungen über den „Kommunismus" beschränken und sich ansonsten der bürgerlichen Demokratie unterordnen, sind sie geduldet. Was sicher *nicht* gemeint ist (siehe Unvereinbarkeitsbeschluß), ist die Position für *revolutionäre* Arbeiterdemokratie, deren höchste Form die Diktatur des Proletariats ist.

In einer persönlichen Erklärung protestierte der Bundestagsabgeordnete Uwe-Jens Heuer gegen dieses Umfallen des Parteitages, der Kern der Debatte sei das Verhältnis zur DDR und er habe nicht bereut, sich für Ulbricht und gegen Adenauer entschieden zu haben. „Ihr macht euch Gedanken, wie ihr Gerhard Zwerenz in der Fraktion halten könnt, warum denkt ihr nicht daran, wie ihr Uwe-Jens Heuer und andere halten könnt?" Damit sprach er vielen PDS-Mitgliedern aus dem Herzen, die zum Beispiel keine Rente mehr bekommen, *weil* sie Antifaschisten waren, und sich jetzt nicht dazu bringen lassen wollen, diese Kröte zu schlucken. Deshalb auch kriegte Sahra Wagenknecht immerhin fast ein Drittel der Stimmen bei der Vorstandswahl, und der „erneuerte" Hexenjäger Gehrcke brauchte drei Wahlgänge, um zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt zu werden. Aber KPFler wie Brombacher sind schon zu Schluck-Spezialisten geworden, nur um im reformistischen PDS-Krötenteich zu bleiben. Nun, es haben sich welche verabschiedet, einige sind Spartakisten geworden.

Es ist kein Zufall, daß die Plattform auf dem 4. Parteitag genauso paralysiert war wie beim Anschluß der DDR 1990 und beim PDS-Beschluß zum MfS. In der Frage der Klassenzusammenarbeit, dem wesentlichen Punkt der fünf Thesen, vertritt die Plattform keine grundsätzlich andere Position als die PDS-Führung. Keine der „Erklärungen", die von der Plattform zum Parteitag abgegeben wurden, protestiert gegen die Tolerierung der bürgerlichen Regierung in Magdeburg. Lediglich Wagenknecht hat sich vorsichtig gegen eine „pauschale Tolerierung", also wie Angela Marquart für eine bedingte Tolerierung, ausgesprochen. Sozusagen Sozialdemokratismus mit beschränkter Haftung. Doch die Arbeiter von Buna und Waggonbau Dessau geben einen Furz auf das „Reformprojekt" von Roland Claus, dem PDS-Vorsitzenden von Sachsen-Anhalt.

Die PDS-Führung borgte sich die „Stalinismus"-Keule aus dem antikommunistischen Arsenal eines Grafen von Einsiedel, um damit die Erinnerung an die DDR, Lenin und die Oktoberrevolution auszutreiben. Dieser Kampagne schloß sich der dubiose Bund Sozialistischer Arbeiter mit einem „Offenen Brief des BSA an die Delegierten der PDS" an, in dem die Standpunkte der KPF als „reaktionär" denunziert werden.

Die Kommunistische Plattform identifiziert „Stalinismus" mit „eklatanten Verletzungen sozialistischer Gesetzlichkeit", worüber die Debatte natürlich „noch nicht abgeschlossen" ist *(Mitteilungen,* Heft 2/1995). Diese Forderung nach einem „sozialistischen" Rechtsstaat hat nichts mit Trotzkis Kampf für eine proletarisch-politische Revolution zu tun, um die Sowjetunion zurück auf den Weg Lenins und damit zur revolutionären Arbeiterdemokratie zu führen. Natürlich kann die Plattform nicht erklären, warum in den ersten Jahren der Oktoberrevolution selbst unter den extremen Bedingungen des Bürgerkriegs und des Kampfes gegen die „Intervention der 14 Staaten" in der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzkis Arbeiterdemokratie existierte, unter Stalins bürokratischer Herrschaft nach 1923 aber nicht. Die Antwort liegt in der politischen Enteignung des Proletariats durch die stalinistische Bürokratie, die das Ziel der Weltrevolution für das nationalistische Dogma aufgab, daß der „Sozialismus in einem Land" aufgebaut werden könnte (siehe unseren Artikel über den Zusammenbruch des Stalinismus auf Seite 16).

Das einzig wichtige positive Ergebnis des 4. Parteitages war die Annahme des Antrags für die Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal. In intensiver Arbeit hat das Komitee für soziale Verteidigung für den von der Todesstrafe bedrohten schwarzen Journalisten Unterstützung gesammelt, die breite Zustimmung und großes Interesse bei den Delegierten und anderen Anwesenden fand. Im ganzen Gebäude hingen Jamal-Plakate, und auf zahlreichen Büchertischen lagen Stapel der KfsV-Flugblätter aus. Aber am Tag vor der Demonstration, zu der die Delegierten aufgerufen hatten, wurde diese Entscheidung durch einen Beschluß des Parteivorstands wieder aufgehoben (siehe unseren „Offenen Brief auf Seite 5).

In den *Mitteilungen* (Heft 2/1995) fragt Heinz Marohn von der Plattform verzweifelt: „Wir bleiben Teil der PDS! Aber wie?" Es wird der Plattform nichts nützen, weiter auf Zeit zu spielen und weiter Kräfte an eine sich nach rechts entwickelnde Partei zu binden, die längst im kapitalistischen System „angekommen" ist und dies durch Arbeiterverrat und Börsenspekulation signalisiert. Notwendig ist eine offene politische Auseinandersetzung, um die harten Lehren zu ziehen aus Stalins Bruch mit dem Leninismus und dem Kampf von Trotzkis Linker Opposition dagegen, die Lehren zu ziehen aus der gelben Linie der Klassenzusammenarbeit, die im Ausverkauf von einem Drittel der Welt an den Imperialismus gipfelte. Wer diese Lehren nicht zieht, wird immer tiefer im Sumpf des Reformismus versinken. Die PDS bietet der Bourgeoisie ihre Dienste an, um Linke ins bürgerliche System zu integrieren, und die Plattform hält radikal gesinnte Genossen in Gysis Partei. Auch in diesem Sinne ist die Plattform „Teil der PDS". Die Bourgeoisie fürchtet nicht die PDS, sondern eine revolutionäre Partei im Geiste von Spartakus.«

Offener Brief an den PDS-Bundesvorstand

Rettet Mumia Abu-Jamal! Weg mit der Todesstrafe! Hexenjäger helfen nur den Henkern

Berlin, 25. Februar 1995

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wie Ihr wißt, ist das Leben des schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal in großer Gefahr; der Kampf, ihn zu retten, wird besonders im gegenwärtigen politischen Klima hart und langwierig sein und international die breiteste Mobilisierung von Massenprotesten erfordern. Wie Angela Davis, die selbst durch Massenproteste aus dem Gefängnis befreit worden war, in ihrer Grußbotschaft an die Kundgebung vom 7. Februar in Berlin sagte: „Der Fall von Mumia Abu-Jamal ist zum wichtigsten Fall dieser Anfechtung der Todesstrafe geworden." Diese Kundgebung, initiiert vom Komitee für soziale Verteidigung, einer mit der SpAD verbundenen Verteidigungsorganisation, wurde von vielen PDS-Mitgliedern, einer Reihe von PDS-Ortsverbänden und der PDS nahestehenden Gruppen und Gruppen der Kommunistischen Plattform unterstützt, die -auch dafür mobilisierten, und erhielt die Unterstützung von Eurem Bundesparteitag und Berliner Landesparteitag. Und dies trug dazu bei, sie zu einem erfolgreichen Protest auf einer breiten Basis zu machen.

Doch einen Tag vor der Kundgebung beschloß der Bundesvorstand in einer geschlossenen Sitzung: „Der Kampf um die Rettung von Mumia Abu-Jamal wird wesentlich erschwert durch den Versuch sektiererischer Kräfte wie der Spartakist-Partei, die ihn für ihre politischen Ziele vereinnahmen wollen" *(Pressedienst* Nr. *II* 95). Ein solcher Beschluß *unterminiert* und *sabotiert* die internationale Kampagne, Jamal zu retten, für deren Unterstützung zwei Parteitage innerhalb von acht Tagen uneingeschränkt gestimmt haben. Diese Entscheidung rief bei vielen PDS-Basisgruppen Empörung hervor, und der PDS-Kreisverband Mainz-Bingen schrieb an den Parteivorstand: „Im Rahmen internationaler Solidarität erachten wir es als großen politischen Fehler, diese vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) initiierte Kampagne nicht mit allen politischen und organisatorischen Mitteln zu unterstützen."

Diese Kampagne wurde auf Eurem Bundesparteitag Ende Januar mit Begeisterung aufgegriffen. Jamal-Plakate hingen überall, und Stapel von KfsV-Flugblättern waren auf den Büchertischen zahlreicher Organisationen zu finden. Auf dem Parteitag unterstützte auch eine Reihe prominenter Sprecher der PDS/Linke Liste die Demo, darunter Stefan Heym, André Brie, Manfred Müller and Jakob Moneta. Gregor Gysi hatte seine Unterstützung bereits auf der Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar gegeben, auf der 8000 Exemplare des KfsV-Flugblatts „Rettet Mumia Abu-Jamal" verteilt wurden. Auf dem Parteitag faßten die Delegierten nach bewegenden Darstellungen des Falls bei der Jugendsitzung einstimmig den Beschluß: „Der 4. Parteitag der PDS schließt sich der internationalen Kampagne ‚Rettet Mumia Abu-Jamal' an, um sein Leben zu retten, und ruft alle Ortsverbände und Mitglieder auf, sich an der Kundgebung am 7. Februar ... in Berlin zu beteiligen."

Zur Kundgebung am 7. Februar kamen 300 Teilnehmer, die dem miesen Wetter trotzten. Mit dem breiten Spektrum an Unterstützern und der demonstrierten Entschlossenheit, den Kampf zur Rettung Jamais fortzusetzen, war diese Demo ein wichtiger Erfolg und durchkreuzte nachhaltig den bösartigen hexenjägerischen Beschluß des Bundesvorstands. Überwiegend Jugendliche waren auf der Demo; sie hatten aus gut einem Dutzend Schulen von Hohenschönhausen bis Dahlem hinmobilisiert, sie kamen aus Hamburg und eine Delegation von PDS-Jugendlichen kam aus Halle. Grüße von Angela Davis wurden von Susann Baller verlesen, die



Kein Bildnachweis

Berlin im August 1927 - Protest gegen die Ermordung von Sacco und Vanzetti. Auf der ganzen Welt fanden Massenproteste statt

Mitglied des Studentenparlaments der Humboldt-Uni ist, das die Demo unterstützt hatte, sowie Mitglied der HDS, die auch ein eigenes Flugblatt herausgab, um für die Demo zu mobilisieren.

Nemera Desisa, stellvertretender Vorsitzender des Deutsch-Ostafrikanischen Begegnungszentrums Wedding, der als Redner beim PDS-Bundesparteitag für die Jamal-Kampagne eintrat, sprach auch auf der Kundgebung. Heinrich Fink, Vorsitzender des Komitees für Gerechtigkeit, erinnerte an den 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz: „Wir sind an der Seite von Mumia Abu-Jamal und meinen, vieles tun zu müssen, weil wir selbst durch die Rote Armee vom Faschismus befreit wurden." Weitere Redner waren unter anderem Sigrun Steinborn von der Berliner Abgeordnetenhausfraktion der PDS, Reinhard Strecker von der Jüdischen Gruppe Berlin und Güley vom Kurdistan Informationsbüro. Zu den Unterstützern gehörte Jamais Anwalt Leonard I. Weinglass, und vom amerikanischen Committee to Save Mumia Abu-Jamal, dem

Fortgesetzt auf Seite 6

Kampf der Hexenjagd! Für sofortige Wiedereinstellung von Günter Weinreich!

Am 14. März findet die Berufsverhandlung zum Fall Günter Weinreich statt. Er wurde im November 1993 als Dezernent für Umweltstatistik in Halle fristlos gekündigt, nachdem sein Name zusammen mit über 4500 sogenannten „IMs" in der berüchtigten antikommunistischen Hexenjagd-Liste des Neuen Forums aufgetaucht war. Im April 1994 erklärte das Arbeitsgericht die Kündigung für nichtig, aber seinen Arbeitsplatz bekam Günter nicht zurück.

Günter sagte nach dem Prozeß am 26. April 1994: „Ich haue eine Vielzahl Unterstützung und Ermutigung erhalten, auch von Kollegen, die in einer ähnlichen Situation sind, aber bisher nicht wagten, damit in die Öffentlichkeit zu gehen. Sie alle verstanden, daß ich nicht nur für meinen Arbeitsplatz kämpfe, sondern für all jene, die das rachsüchtige 4. Reich jetzt zerstören will, weil sie bewußt zur Verteidigung der DDR standen". Jetzt geht der Fall in die Berufung. Wie beim ersten Prozeß zu sehen war *(Spartakist* Nr. 113, Juni/Juli 1994): Eine breite Unterstützung ist entscheidend! Bisher unterstützen diesen Fall u. a. Prof. Willi Sitte, Prof. Jürgen Kuczynski, die Professoren I. und S. Rapoport, PDS-Mitglied und Präsidiumsmitglied der Lagergemeinschaft Dachau e.V. Karl Kielhorn, die Mutter von Mete Eksi Frau Atye Eksi. Für weitere Informationen, auch über Möglichkeiten, euren Protest auszudrücken, wendet euch an das KfsV, c/o R. Hartwig, Postfach 200624, 06012 Halle; Tel. (0345)2029055.

Beteiligt euch an der Protestkundgebung des Komitees für soziale Verteidigung!

Dienstag, 14. März, 13.00 Uhr

Landesarbeitsgericht Halle, Neustädter Passage 9

Offener Brief...

Fortsetzung von Seite 5

prominente Aktivisten, Künstler und religiöse Persönlichkeiten wie Julian Bond, Whoopi Goldberg und Daniel Berrigan angehören, kam eine Grußbotschaft.

Catherine Aubel, die für das KfsV redete, beschrieb das Prinzip der Einheitsfront, welches die ganze Kundgebung bestimmte:

> „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Ihr, die ihr aus unterschiedlichen Ländern, mit unterschiedlichen Erfahrungen und mit euren unterschiedlichen politischen Ansichten heute hierhergekommen seid, habt damit ermöglicht, daß für Mumia und alle Opfer der schauderlichen Todesstrafe heute hier eine Tribüne errichtet werden konnte. Und das ist genau, was Mumia will."

Die Anschuldigung des Bundesvorstands, daß die Kommunisten einem Fall dadurch schaden, daß sie „ihn für ihre politischen Ziele vereinnahmen wollen", hat in der Arbeiterbewegung eine lange und *ganz üble* Geschichte. Genau diese Art von antikommunistischer Hexenjagd lahmte die Massenprotestbewegung zur Verteidigung von Sacco und Van?.etti auf Schritt und Tritt und trug dadurch zum tragischen Ende dieser beiden radikalen Arbeiter bei. Eine ähnliche Attacke gegen die von Kommunisten organisierte internationale Protestkampagne hätte Anfang der 30er Jahre beinahe dazu beigetragen, die schwarzen amerikanischen Scottsboro Boys in den Tod zu schicken.

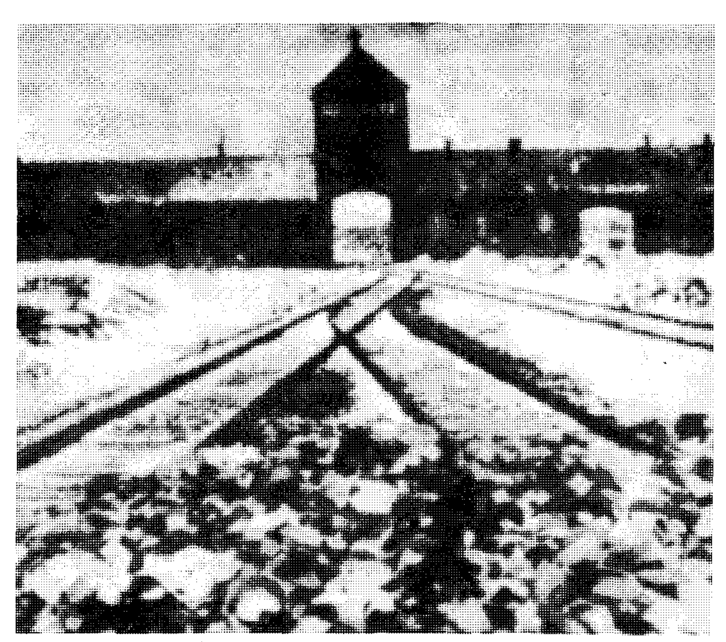
Das KfsV stellt in der Erklärung seines Zwecks eindeutig seine Ziele und seine Beziehung zur SpAD klar. Diese Erklärung steht auf jedem Schriftstück, das es für die Jamal-Kampagne herausgegeben hat: „Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)."

Die vom KfsV initiierte Kundgebung vom 7. Februar ist Teil einer internationalen Kampagne, das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten, die vom Partisan Défense Committee (PDC) in den USA ins Leben gerufen wurde. Vor über sieben Jahren griffen das PDC und die Spartacist League/U.S, *als erste* den Fall von Mumia Abu-Jamal auf und machten ihn überall bekannt. Wir haben dabei mit zahlreichen Gruppen auf der ganzen Welt zusammengearbeitet, von schwarzen Arbeitern in Südafrika bis zu Gegnern der Todesstrafe in Japan. Das PDC hat die Bremer Gruppe „Kampagne Abu-Jamal" mit Artikeln von Mumia versorgt, was ihr geholfen hat, seinen Fall in Deutschland bekannt zu machen und bisher 80 000 DM für seine Rechtsverteidigung zu sammeln. Daß wir uns entschieden für das Leben von Jamal einsetzen, ist vielen PDSlern bekannt, die seit 1990 die vom KfsV initiierten Demonstrationen und Verteidigungsaktionen für ihn unterstützt und daran mitgearbeitet haben.

Genossen, die Spartakist-Arbeiterpartei und das Komitee für soziale Verteidigung sind dem PDS-Parteivorstand schon lange für ihre konsequente, nichtsektiererische Verteidigung von Opfern der bürgerlichen Repression bekannt. Warum also machte der Bundesvorstand solch eine völlige Kehrtwendung in einer so dringenden Frage, wie es die Rettung von Mumia Abu-Jamal ist? Wir können nur annehmen, daß dies eine Reaktion auf die gleichen Kräfte ist, die eine Hexenjagd gegen die Kommunistische Plattform wollen, was Euren Parteitag stark dominiert hat. Dazu weisen wir besonders auf einen Artikel im *Tagesspiegel* vom 30. Januar hin, der die PDS dafür angreift, daß verschiedene Linke auf Eurem Parteitag Büchertische hatten. Der Artikel drohte unter anderem, daß die PDS „ihr Stigma als SED-Epigonin" solange nicht los wird, wie „im Foyer Flugblätter von Spartakisten ausliegen, in denen der Abzug der Sowjets aus Afghanistan ein ^schändlicher Verrat' genannt wird".

Wo Ihr selbst Opfer dieser Hexenjagd gewesen seid, haben wir Euch immer dagegen unterstützt; tatsächlich sind wir eine der wenigen Organisationen, die die PDS verteidigt haben. Bezeichnend dafür ist das Foto, das im *Neuen Deutschland* zur Kundgebung am 7. Februar veröffentlicht wurde und einen Jugendlichen mit dem Spartakist-Plakat „Hände weg von der PDS!" zeigt. Dennoch behauptet Ihr, die SpAD sei „sektiererisch"! Angeblich basiert dieser

Fortgesetzt auf Seite 12



AP

Eingang zum Todeslager Auschwitz nach der Befreiung im Januar 1945.



Sovfoto

Überlebende des Lagers mit Rotarmisten

Gedenken in Auschwitz

Ein Bericht

Im Januar war der 50. Jahrestag der Befreiung des Nazi-Todeslagers von Auschwitz durch die Rote Armee. Zwischen 1941 und 1945 wurden mehr als zwei Millionen Juden — zusammen mit Polen, Russen, Kommunisten, Sozialisten und 20 000 Sinti und Roma — in den Gaskammern der Vernichtungsfabrik, der Verkörperung kapitalistischer Bestialität schlechthin, ermordet.

Lech Walesa und die kapitalistische Regierung in Polen, die die polnischen Faschisten des Zweiten Weltkrieges „rehabilitiert" hatte, feierten diesen Jahrestag mit einem heuchlerischen „Gedenken" in Auschwitz am 27. Januar. Viele Überlebende des Todeslagers und jüdische Organisationen boykottierten dieses obszöne Schauspiel und organisierten ihr eigenes Gedenken am Vortag. Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga verteilten eine Erklärung in deutscher, polnischer, russischer und englischer Sprache (abgedruckt in Spartakist *Nr. 116, Januar/Februar). Wir drucken unten, in überarbeiteter und gekürzter Form, einen Bericht von Renate Dahlhaus von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) ab.*

Wir haben eine internationale Erklärung zu Auschwitz herausgegeben, unterschrieben von der Spartakusowska Grupa Polski (SGP), Spartacist Moskau und der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands. Und dann sind wir nach Auschwitz gefahren, um am 50. Jahrestag bei den Gedenkveranstaltungen diese Erklärung denen in die Hände zu geben, die dort den Opfern Ehre erweisen wollten. Unser Team bestand aus drei Genossen, von der SGP, der SpAD und der Spartakist-Jugend. Genossen in Warschau verteilten die Erklärung vor dem Jüdischen Theater an Leute, die dort mit Bussen zum Gedenken abfuhren.

Wir gingen nicht nach Auschwitz für die Leute, die das Ereignis in eine Fernseh-Show verwandeln wollten und so versuchten, eine imperialistische Versöhnung unter den Kriegsverbrechern herzustellen. Unter den „Ehrengästen" war Roman Herzog, Präsident des Vierten Reichs, des selbsternannten Rechtsnachfolgestaats von Hitlers Drittem Reich. Schändlicherweise gab es dort sogar einen SS-Arzt, um sozusagen die „Auschwitz-Lüge" als Lüge darzustellen und zu erklären, hier habe ich meine Selektionen durchgeführt, hier habe ich also entschieden, wer getötet wird und wer für „Experimente" zur Verfügung steht. Er war nicht während der jüdischen Gedenkveranstaltung da, das war ihm verboten worden. Aber er war unterwegs am späten Nachmittag in Auschwitz-Birkenau, umringt von 50 Journalisten, die alle seine „Beweise" sozusagen aufgenommen haben.

Beim Hinfahren gerieten wir mit unserem Bus für zwei Stunden in Krakow in einen Stau, weil Walesa zur gleichen Zeit auf der Burg gesprochen hat, wo er weder den Holocaust noch das Wort „Jude" überhaupt erwähnte. Die Anarchisten demonstrierten dort gegen Walesa, aber die Presse ignorierte sie natürlich.

Am Eingang haben wir einen ehemaligen polnischen Häftling kennengelernt, der uns erklärt hat, wie dieses Lager aufgebaut war. Er stand auf der Hauptstraße, unfähig weiterzulaufen, weil er erschöpft war. Und er hat sichergestellt, daß wir dort auf der Hauptstraße zu der Gedenkveranstaltung unsere Erklärung verteilen konnten. Und er hat unsere Flugblätter an alle Museumsangestellten und an die polnischen Polizisten verteilt und ihnen auf polnisch erklärt, daß diese Gruppe von drei Trotzkisten das Recht hat, dort zu stehen. Das heißt, wir wurden direkt unter den Schutz der ehemaligen Häftlinge genommen und hatten von da an keine Probleme, dort zu verteilen.

Wir waren die einzige Organisation, die Material verteilte. Von Anfang an stimmten Lagerüberlebende mit unserer Überschrift „Die Rote Armee befreite Auschwitz!" überein. Viele, besonderes alte Leute, drückten ihren Dank darüber aus und haben gesagt, ihr habt recht und das ist genau, was hier fehlt und was wichtig ist zu sagen, daß es die Rote Armee war, was in den vielen Veranstaltungen nicht

Fortgesetzt auf Seite 8

Auschwitz ...

Fortsetzung von Seite 7

erwähnt wurde. Leute fragten, na ja, warum ist die russische Regierung nicht hier, und wir erklärten, das ist nicht mehr die Rote Armee und es gibt nicht mehr die Sowjetunion. Aber es gibt noch Kommunisten, die zu den Idealen der Oktoberrevolution stehen und kämpfen.

Es kam zu sehr bewegenden Szenen. Es kamen zu uns zwei Polen, die die Nazis zu Zwangsarbeitern gemacht hatten, und erzählten: Ach, ihr seid Deutsche, ich war für drei Jahre in Dessau, in Dresden, in Köln, Aachen, ich habe da deutsch gelernt. Wir haben an Roma-Familien verteilt, die gesagt haben: Wir haben deutsch gelernt hier in Birkenau im „Zigeunerlager". Einige polnische und andere Häftlinge baten uns besonders um die Erklärung auf deutsch. Sie schüttelten uns die Hände, umarmten uns und wünschten uns viel Glück. So auch ein jüdischer Arzt, dessen Krankenhaus in Charlottenburg (Berlin) zerbombt wurde und der danach nach Auschwitz kam.


International Communist League (Fourth Internationalist)

Vor 50 Jahren: Rote Armee befreite Auschwitz!

International Communist League (Fourth Internationalist)

Pięćdziesiąt lat temu Armia Czerwona wyzwoliła Auschwitz!

International Communist League (Fourth Internationalist)

50 Years Ago: The Red Army Liberated Auschwitz!

Бюллетень Спартаковцев SPARTACIST

50 лет назад Красная Армия освободила Освенцим!

Совместная декларация, принятая Партией Спартаковцев-рабочих Германии, Спартаковской группой Польши и Спартаковцами (Москва).

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga in deutsch, polnisch, englisch und russisch zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee

Es kam eine russische Frau zu uns, die in der Küche gearbeitet hatte, in der Lagerküche von Auschwitz, und die sich bedankt hat, daß wir da waren. Es kam eine andere russische Frau zu uns, die gegen die russischen Faschisten Pamjat protestieren wollte. So haben wir zu fünft oder sechst zusammen in verschiedenen Sprachen gerufen: „Down with Pamyat!" und „Nieder mit Pamjat!"

Kein einziges dieser Flugblätter — wir haben insgesamt fast 2000 verteilt — wurde weggeworfen oder zerrissen. Im Gegenteil, eins ist uns im Wind weggeflogen, und zwei junge polnische Frauen haben es aufgenommen, haben es gesäubert vom Schlamm und haben es sorgfältig eingesteckt. Ehemalige Häftlinge haben teilweise Stapel genommen für ihre Kameraden, die nicht kommen konnten, weil sie zu krank waren.

Wenn sie uns gefragt haben, International Communist League, was bedeutet das, und ich gesagt habe, Trotzkisten, dann gab es verschiedene Reaktionen. Da gab es auch einen alten Mann, einen Juden aus New York, der, als ich ihm sagte, wir sind Trotzkisten, sofort angefangen hat zu weinen und gesagt hat, daß er zwölf Jahre im Lager war mit Trotzkisten und sie alle erschlagen worden sind.

Es kam eine polnische Frau am zweiten Tag, die ist zur Polizei gelaufen und hat gesagt, man muß diese kommunistische Propaganda verbieten. Die Polizei hat sich geweigert, uns rauszuschmeißen. Daraufhin ist sie zu den Soldaten gegangen. Die Soldaten haben sich geweigert. Und daraufhin kam ein polnischer Journalist zu uns und hat gefragt, ob wir das mitgekriegt hätten. Er war der Meinung, daß es falsch war, daß die polnische Regierung nicht gesagt hat, daß die damalige polnische Regierung und Armee Verantwortung hatten für die Vernichtung der Juden.

Dann, als Walesa beim offiziellen Regierungs-„Gedenken" gesprochen hat, sind Häftlinge rausgekommen und sind zu uns gekommen und haben gesagt, es ist unerträglich, daß dieser Mensch spricht, wir haben die Nase voll bis hier, wir wollen ihn nicht mehr hören. An einem Punkt haben wir ein Flugblatt bekommen auf polnisch, klandestin zugesteckt, was eine Auseinandersetzung ist mit dem Konkordat von Papst Pius XII. und Hitler. Das wurde uns von einem Häftling heimlich zugesteckt, aus Protest gegen die katholische Kirche, die zusammen mit Walesa heute versucht, Polen in eine antisemitische, frauenfeindliche Thcokratie umzuwandeln.

Überall trafen wir auf positive Antworten. Unsere Erklärung in russisch, polnisch, deutsch und englisch war ein machtvolles Zeichen unserer internationalistischen Position.«

Diskussionsreihen der Spartakist-Jugend

Berlin

vierzehntägig freitags 17 Uhr
Humboldt-Universität, Hauptgebäude, Raum 3120 AB
(nahe dem Café HUBart)
Weitere Informationen: (030)4439400

Freitag, 17. März
Die permanente Revolution
am Beispiel von Südafrika
(Raum laut Aushang)

Freitag, 31. März
Stalinismus: Totengräber der Revolution

Freitag, 7. April
Italien: Klasse gegen Klasse anstatt Volksfront

Freitag, 28. April
Die Aufgaben der IV. Internationale

(alle Veranstaltungsreihen werden fortgesetzt)

Halle

Galeriecafe Steg, Stegpassage 2

Donnerstag, 27. April, 19 Uhr
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Weitere Veranstaltungen auf Anfrage: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg

vierzehntägig sonnabends 16 Uhr
Ort auf Anfrage: (0 40) 32 36 44

Sonnabend, 11. März
Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution

Sonnabend, 25. März
Reform oder Revolution

Sonnabend, 8. April
Die permanente Revolution am Beispiel von Südafrika

Sonnabend, 22. April
Stalinismus: Totengräber der Revolution

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)



Frankreich: Regierungshatz auf Immigranten

Rassistischer Erlaß gegen Schülerinnen

Als Teil ihrer Kampagne gegen Immigranten erließ die französische Regierung im Oktober 1994 den Bayrou-Erlaß, der es verbietet, in öffentlichen Schulen das Hijab, das islamische Kopftuch, zu tragen, was praktisch zum Ausschluß junger Frauen und Mädchen nordafrikanischer oder türkischer Herkunft führt, deren Religion verlangt, daß sie ihren Kopf bedecken. Dieser Erlaß schreibt jetzt vor, wozu der französische Staat 1989 nicht in der Lage war, als erstmals drei maghrebinische Mädchen von einem Schulrektor der Schule verwiesen wurden, weil sie das Hijab trugen (siehe auch: „Müslim Girls Banned from School in Anti-Immigrant Hysteria" [Moslemische Mädchen aus Anti-Immigranten-Hysterie der Schule verwiesen], *Women and Revolution* Nr. 37, Frühjahr 1990). Empört demonstrierten Hunderte von Jugendlichen gegen diesen offen rassistischen Akt. Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt ab, das von der Spartakist-Jugendgruppe an der Universität von Tolbiac in Paris — der Jugendgruppe der Ligue trotskyste de France, französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga — geschrieben wurde und bei Demonstrationen von Schülern aus Mantes und Goussainville, Städten mit hohem Immigrantenanteil in der Nähe von Paris, verteilt wurde.



AFP

Lilie, Oktober 1994 — Junge moslemische Frauen, aufgehalten von der Polizei, protestieren gegen den rassistischen Erlaß, der das Tragen des islamischen Kopftuchs in öffentlichen Schulen verbietet

Angesichts militanter Aktionen von Arbeitern und Jugendlichen ist die schwache Rechts-Regierung in Frankreich, angeführt vom konservativen Ministerpräsidenten Edouard Balladur und dem „sozialistischen" Präsidenten François Mitterrand, in der letzten Zeit wiederholt dazu gezwungen gewesen, Maßnahmen zur Durchsetzung ihres Programms von Austerität und Streikbruch zurückzunehmen. Ende Oktober 1993 stürmten Streikende von Air France auf die Rollbahnen der Pariser Flughäfen, um gegen drohende Entlassungen zu protestieren, und brachten die französische Regierung ins Wanken. Zum erstenmal seit Jahren brachten Arbeiter in Europa die Offensive der Bosse zum Stehen. Im März 1994 ließ die Regierung ihren Plan fallen, die Löhne für junge Leute massiv zu kürzen, nachdem der vorgeschlagene „Berufseinsteigertarif" (CIP), eine unter dem Mindestlohn liegende Bezahlung für Jugendliche, wochenlange nationale Mobilisierungen ausgelöst hatte. Erst kürzlich, im Herbst 1994, offenbarte eine Welle von Streiks der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten noch einmal das Zögern der Regierung angesichts militanter Arbeiterkämpfe.

Doch lebensnotwendig ist eine revolutionäre Führung, die die Arbeiter und Jugendlichen jeglicher ethnischen Herkunft in einem Kampf gegen die Austeritätskampagne zusammenführt, die durch die verschärften zwischenimperialistischen Rivalitäten in der sogenannten „Welt nach dem Kalten Krieg" ausgelöst wurde. Weil es eine solche Führung des Proletariats nicht gibt, konnte die Bourgeoisie erfolgreich die Karte des Rassismus ausspielen. Der bisher einzige bemerkenswerte politische Erfolg der französischen Regierung besteht darin, einen „nationalen Konsens" darüber geschaffen zu haben, die Immigranten zum Sündenbock für die wirtschaftlichen und sozialen Übel des Kapitalismus zu machen. Als Folge der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR haben die demoralisierten Reformisten der Kommunistischen Partei sich der rassistischen Sozialdemokratie angeschlossen, die in ganz Westeuropa mit den rechten Parteien darum wetteifert, „die Nation zu verteidigen", indem dunkelhäutige Minderheiten als Feinde hingestellt werden, die „unsere Arbeitsplätze stehlen". In Frankreich steht die abscheuliche Weigerung der Reformisten, sich der Linie von Regierung und Medien entgegenzustellen, daß nordafrikanische Jugendliche „Kriminelle" und „Terroristen" seien, in scharfem Gegensatz zu den Impulsen von

Fortgesetzt auf Seite 10

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und ihre Familien!

Rassistischer Erlaß...

Fortsetzung von Seite 9

ethnisch integrierten Jugendlichen, die wiederholt auf die Straße gegangen sind, um gegen rassistische Polizeimorde und Abschiebungen zu protestieren.

Weil ein Großteil der sogenannten „extremen Linken" schon lange das Vertrauen in die Fähigkeit des Proletariats zu kämpfen verloren hat, hat er sich auch die rassistische Linie des französischen Imperialismus zu eigen gemacht. Die Pseudotrotzkisten von Lutte Ouvrière (LO) organisierten, was sich selbst die Faschisten nicht getraut hatten: Sie führten in Lilie (im Norden Frankreichs) eine Gegendemonstration gegen Schüler durch, die zur Verteidigung von 19 jungen Frauen streikten, die gerade von der Schule ausgeschlossen worden waren.



Le Bolchevik

Die LTF beteiligt sich an Protest in Paris, 10. Mai 1993, gegen Regierungskampagne gegen eingewanderte Arbeiter und ihre Familien. Transparent: „Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen gegen den rassistischen Krieg von Mitterrand/Balladur! Verteidigt die Immigrantenviertel!

Um ihre schändliche Aktion in Lilie zu rechtfertigen, greift die Führung von LO die Argumente über die „fundamentalistische Gefahr" in Frankreich auf — die gleichen Argumente, die auch Pasqua, der Innenminister, oder Le Pen, der faschistische Führer der Nationalen Front, bringen. Seit Jahren zeigt LO eine völlige Unsensibilität gegenüber der besonderen Unterdrückung, die eingewanderte Arbeiter und ihre Familien unterjocht; LO besteht sogar darauf, daß Le Pen kein Faschist mit einem Programm von rassistischem Terror und Mord sei, sondern „nur" ein reaktionärer Demagoge. Aber jetzt hat schließlich LO „entdeckt", daß es in Frankreich doch „Faschisten" gibt — nämlich moslemische Mädchen im Teenager-Alter, die das Kopftuch in die Schule tragen!

Die Jeunesses Communistes Révolutionnaires (JCR/JRE, der französische Blockpartner von Voran) spricht sich zwar gegen die rassistischen Schulverweise aus, sagt aber kein Wort gegen den Schleier, das Symbol der Unterdrückung von Frauen. Für sie existiert die Frauenfrage nicht. Die JCR war unfähig, auf unser Flugblatt politisch zu antworten, ihre „Antwort" war ein physischer Angriff auf zwei unserer Genossen an der Uni von Tolbiac. Diese elenden Opportunisten können nicht zwischen politischen Argumenten und Faustschlägen unterscheiden! Wir traten sofort gegen dieses Gangstertum auf und hängten in Tolbiac eine Wandzeitung auf: „Die JCR kann die Spartakist-Jugend nicht mundtot machen", und wir machten klar, daß wir bereit sind, das Prinzip der Arbeiterdemokratie zu verteidigen.

Weg mit dem rassistischen Bayrou-Erlaß!

Hunderte von Jugendlichen schreien ihre berechtigte Empörung über den Bayrou-Erlaß heraus, der es verbietet, in der Schule das Hijab zu tragen. Dieser Erlaß versteckt sich hinter dem Deckmantel der „säkularen Erziehung", ist aber ein offen rassistischer Akt, eingebettet in die Regierungskampagne, Immigranten und ihre Kinder zum Sündenbock für all das Elend zu machen, das durch das verrottete kapitalistische System verursacht wird.

Zwei Wochen, nachdem der Bayrou-Erlaß herausgebracht wurde, brechen Streiks am Saint-Exupéry-Gymnasium in Mantes-la-jolie aus; vorausgegangen sind schon Streiks am Romain-Rolland-Gymnasium in Goussainville und an der Faidherbe-Schule in Lilie, wo mehreren Mädchen, die das Hijab tragen, der Schulverweis droht. In Goussainville hat zuerst der Schulleiter vier Schülerinnen nordafrikanischer Herkunft den Zutritt zur Schule verwehrt, inzwischen verbringen sie ihren Tag in einem Studiensaal. Während sie daraufwarten, daß über ihr Schicksal entschieden wird, finden endlose Sitzungen statt, angeblich um ein „Arrangement" zu finden, das die Mädchen dazu zwingen soll, „ein weniger auffälliges Kopftuch zu tragen".

Die ethnisch integrierten Jugendlichen haben gegen diese rassistischen Aktionen der Mitterrand-Balladur-Pasqua-Regierung mobil gemacht, die, besessen von „antimoslemischer" Hysterie, inzwischen seit Monaten einen wahren Kreuzzug gegen Immigranten führt. Der französische Staat, der nie seine demütigende Niederlage von 1962 in Algerien verdauen konnte, hat eine Reihe von Niederlagen und Rückzügen hinnehmen müssen, vom siegreichen Air-France-Streik bis zur Rücknahme des CIP. Er hat versucht, die Offensive zu ergreifen, indem er einen „Kampf gegen den Terrorismus" anheizt, was auf eine Terrorkampagne gegen die Immigranten hinausläuft. Dank der Kriecherei der „Linken" gegenüber dieser „anti-fundamentalistischen" Kampagne ist die Rechts-Regierung in der Lage gewesen, einen rassistischen Konsens zu schaffen und ihre Autorität wiederherzustellen, um erneut ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Jugend starten zu können.

Eine Arbeiterbewegung, die diesen Namen verdient, hätte mit all ihrer Macht demonstriert, um die Bevölkerung nordafrikanischer Herkunft zu verteidigen. Doch ein solcher Kampf erfordert eine revolutionäre Perspektive, der „Teile-und-Herrsche"-Politik ein Ende zu setzen. Ein wesentlicher Bestandteil dieser rassistischen Kampagne war, daß die Bullen unter der Autorität der Mitterrand-Pasqua-Gesetze, nach denen sie überall jede Person jederzeit anhalten und durchsuchen dürfen, im letzten Sommer Zehntausende überprüft und 500 „illegale Ausländer" verhaftet haben. Diese Hexenjagd auf „Untergetauchte" war offensichtlich das Hauptziel dieser „Sicherheits"operation — schon der Name war von der faschistischen Parole der Nationalen Front übernommen worden: „Immigration = Unsicherheit". Eine wirklich revolutionäre Führung hätte die Arbeiterklasse und die Jugend um Losungen mobilisiert wie: *Stoppt die Abschiebungen! Nieder mit der Hexenjagd auf„ Untergetauchte"! Alle, die es geschafft haben, in dieses Land zu kommen, haben das Recht, hierzu bleiben! Nieder mit allen rassistischen Diskriminierungen bei Einstellungen, Entlassungen und Löhnen, bei der Wohnungsvergabe, Schulausbildung und*

Gesundheitsversorgung! Für die Abschaffung des „Nationalitätsgesetzes" und der rassistischen Mitterrand-Pasqua-Gesetze! Nieder mit der „Festung Europa"! Verteidigt das Asylrecht! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und ihre Familien! Bullen raus aus den Ghettos! Für Arbeiter!Immigranten-Verteidigungsgruppen, deren Basis die Fabriken sind!

Die „anti-terroristische" Hysterie hat den Weg bereitet für weitere rassistische Maßnahmen wie den Bayrou-Erlaß, der skandalöserweise von der Lehrer-Gewerkschaft begrüßt wurde. Dieser Erlaß verstärkt den Würgegriff des religiösen Obskurantismus, besonders auf junge Frauen, und zielt einfach darauf ab, unter dem Deckmantel der „Verteidigung der säkularen Erziehung" Jugendliche nordafrikanischer Herkunft aus der Schule zu werfen. Diese rassistischen Ausschlüsse schicken diese Mädchen nur in die Koranschulen zurück (bestenfalls) oder in die reaktionäre Zwangsjacke ihrer Familien, wo ihr Leben den üblen Gestank von Gefängnis haben wird, so daß ihnen Zwangsehen bevorstehen, die Beschränkung auf das Haus und eine Schwangerschaft nach der anderen, bis sie ausgelaugt sind. Dadurch, daß der kapitalistische Staat diese Mädchen von der Schule ausschließt, verstärkt er den Einfluß der Fundamentalisten auf sie, isoliert sie vom gesellschaftlichen Leben und unterwirft sie der absoluten Kontrolle der Männer in ihrer Familie. Wenn es dem Staat gelingt, diese Mädchen aus der Schule zu werfen, dann wird die Jugend auch weiterhin den willkürlichen Taten einer reaktionären, rassistischen Regierung ausgesetzt sein. Wo wird das enden? Wird es Schulausschlüsse geben, weil jemand Kommunist ist? Weil jemand ein „Malcom-X"-T-Shirt trägt? Weil jemand grüne Haare hat? Was sind diese „auffälligen Symbole, die an sich Elemente von Missionierung sind", von denen Bayrou redet?

In einem kapitalistischen Land wie Frankreich haben Frauen eine gewisse Chance zu individueller Freiheit und bestimmte wichtige demokratische Rechte (Rechte, die 1789 und durch Arbeiterkämpfe erreicht wurden): das Wahlrecht, das Recht auf Ausbildung, Empfängnisverhütung, Abtreibung usw. Wir verteidigen diese Rechte mit allen Mitteln gegen alle reaktionären Versuche, sie zu schwächen. Aber wenn es um Gleichheit geht, bietet der Kapitalismus jungen Frauen aus Immigrantenfamilien und allgemein den Frauen des Proletariats nur das Recht, gleichermaßen ausgebeutet zu werden. Für Marxisten ist der Kapitalismus, wie „demokratisch" auch immer, immer noch ein System, in dem eine Klasse — die Arbeiterklasse — von einer anderen — der Bourgeoisie — ausgebeutet wird. Es beruht auf der Unterdrückung der Frau innerhalb der Familie. Der Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung von Mädchen und Frauen ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen rassistischen Terror und rassistische Ausgrenzung und für die Integration der eingewanderten Arbeiter und ihrer Familien in die Arbeiterbewegung durch Klassenkampf. Die Arbeiterklasse muß für kostenlose Ausbildung auf hohem Niveau für alle, ob männlich oder weiblich, kämpfen und für freien Zugang zu Gymnasien, Universitäten und anderen Einrichtungen des weiterführenden Bildungswesens, bei staatlichen Stipendien, die dies ermöglichen.

Dieser Kampf kann nur dadurch geführt werden, daß die Arbeiterklasse mobilisiert wird zusammen mit allen besonders unterdrückten Schichten der Gesellschaft - Frauen, Jugendliche, Immigranten und deren Kinder usw. Nur die Arbeiterklasse hat die Macht, das kapitalistische System zu stürzen: Indem sie die Produktion zum Stillstand bringt und Streiks organisiert, kann sie die Gesellschaft vollständig lahmlegen. Aber um zu kämpfen, braucht man eine Führung, denn auf der anderen Seite steht eine organisierte Klasse mit der festen Absicht, an der Macht zu bleiben. Man braucht eine Partei mit einem wirklichen Klassenkampfprogramm, die versuchen würde, Siege wie den Air-France-Streik und die Rücknahme des CIP-Gesetzes auszunutzen. Eine solche Partei würde die augenblicklichen Jugendmobilisierungen mit den Kämpfen der Arbeiterklasse verbinden — ihrer Väter und Brüder bei Renault und anderen Fabriken.

Die Jugendlichen, die gegen die rassistischen Mitterrand-Balladur-Pasqua-Gesetze demonstriert haben, erkennen zur Zeit die Bestrebungen der islamischen Fundamentalisten, über ihren Kampf eine Provokation zu inszenieren. Bei den Bedingungen von alltäglichem rassistischen Terror und Ausgrenzung, denen diese Schicht der Bevölkerung ausgesetzt ist, könnten manche beim religiösen Fundamentalismus Zuflucht und illusorische neue Würde suchen. Wenn dies von vielen geteilt würde, wäre das eine wirkliche Katastrophe für die ganze Arbeiterbewegung in diesem Land. Die Fundamentalisten wollen tatsächlich nur die Frauen auf ihre Rolle als ewige Sklaven beschränken: Das Hijab ist das Symbol, das sichtbare Zeichen eines sozialen Programms von finsterer Reaktion. Wir bestehen darauf, daß die Fundamentalisten gefährliche Feinde der Arbeiterklasse, der Frauen und der Unterdrückten allgemein sind. Vom Iran über Afghanistan bis Algerien haben wir sie erbittert bekämpft, und das werden wir weiter tun. Wir kämpfen gegen die Fundamentalisten, ob sie Schulen in Algerien niederbrennen oder Frauen mit Säure angreifen oder Todes-Fatwas (religiöse Urteile) gegen Taslima Nasrin und Salman Rushdie verkünden aufgrund von Vorwürfen, sie hätten „den Islam beleidigt". Wir haben immer für die Trennung von Kirche und Staat, von Moschee und Staat, gekämpft, während die Fundamentalisten das Privatleben bis ins kleinste Detail mit ihrem frauenfeindlichen, reaktionären Koran-Gesetz reglementieren wollen. In Frankreich jedoch, wo der Islam nie mehr sein kann als eine Ghetto-Ideologie, die die rassistische Ausgrenzung akzeptiert, ist der Hauptfeind nicht der islamische Fundamentalismus, sondern der imperialistische, rassistische, arbeiter- und frauenfeindliche französische kapitalistische Staat, der die arbeitenden Massen in Algerien, im übrigen Afrika und hier unterdrückt.

Die Jugendlichen, die gegen die rassistischen Gesetze der Regierung kämpfen, brauchen eine Führung, die ihre Kämpfe mit denen der Arbeiterklasse verbindet. Aber die Kommunistische Partei, die gleiche Partei, die 1980 in Vitry einen Bulldozer geschickt hat, um ein Immigranten-Wohnheim zu zerstören, wird sicherlich nicht gegen diese

Fortgesetzt auf Seite 12

Rassistischer Erlaß...

Fortsetzung von Seite 11

rassistische Kampagne mobilisieren. Wieder einmal, während Hunderte von Jugendlichen gegen die rassistischen Gesetze der Mitterrand-Balladur-Pasqua-Regierung kämpfen, schwingt sich die pseudotrotzkistische Organisation Lutte Ouvrière (LO) zum Regierungssprecher auf und applaudiert den rassistischen Schulverweisen, während sie gleichzeitig so tut, als ob sie „Frauen verteidigen" würde. LO schreibt in ihrer Zeitung: „Die wirkliche Frage, hinter dem scheinheiligen Redeschwall über Toleranz, ist die Unterdrückung der Frauen" *(Lutte Ouvrière,* 7. Oktober 1994). LO zeichnet sich durch ihren beschränkten Ökonomismus aus und weigert sich immer, auch nur im mindesten die Perspektive einer Arbeitermobilisierung gegen die besondere Unterdrückung der Frauen zu entwickeln; 1979 weigerte sie sich, die Seite der Roten Armee in Afghanistan gegen die reaktionären Mullahs zu beziehen. Jetzt, mitten in einer „anti-moslemischen" Kampagne, „entdeckt" sie die Frage der besonderen Unterdrückung der Frauen. Nicht zufrieden damit, daß sie diese abscheuliche rassistische Linie in ihrer Zeitung schriftlich unterstützt hat, tritt LO in Aktion und organisiert „eine Gegendemonstration mit passenden Losungen: ‚Das Tragen des Schleiers heißt Unterdrückung der Frauen durch die Männer'" *(Libération,* 5. Oktober 1994). LO findet sich auf der Seite der Bullen wieder, die versuchen, Studentendemonstrationen auseinanderzuprügeln. Als wenn dieser ganze Horror noch nicht reichen würde, verteidigt LO scheinheilig die klassische demokratische Doktrin der Menschenrechte und schreibt: „Die Mullahs sind das Pendant der Rabbis, der Priester, die in nicht geringerer Weise die Freiheiten nicht nur von Männern, sondern besonders von Frauen einschränken" *(Lutte Ouvrière, 1.* Oktober 1994). Aber es ist unvorstellbar in Frankreich, daß sich die Frage vom Schulverweis denjenigen stellt, die ein Kreuz um den Hals tragen und mit der Katholischen Kirche verbunden sind. Dieses eigennützige, scheinheilige Argument dient LO dazu, ihre Unterstützung für Schulverweise zu rechtfertigen, die immer gegen Moslems (also gegen Immigranten) gerichtet sein werden und gegen niemanden sonst.

Die Jeunesses Communistes Révolutionnaires (JCR/JRE, die französischen Blockpartner der Opportunisten von der britischen Gruppe Militant Labour) verkünden in zahlreichen Flugblättern ihre Empörung über die rassistischen Schulverweise — doch gerade dieser gleiche Verein kämpft für die gewerkschaftliche Organisierung der „Arbeiter in Uniform", im Klartext ... der Bullen! Obwohl sie den Anspruch erheben, die Jugendlichen nordafrikanischer Herkunft zu unterstützen, halten sie die gleichen Bullen, die die Streikpostenketten der Jugendlichen angreifen, für einen Teil der Arbeiterbewegung. Seit letztem Sommer besteht die Rolle der Bullen schlicht und einfach darin, die rassistische Kampagne von Pasquamit Gewalt durchzusetzen; 1961 massakrierten sie Tausende von Algeriern; und sie griffen die Arbeiter/Studenten-Demonstrationen 1968 an, während die Demonstranten riefen: „CRS [Bereitschaftspolizei] = SS". Als Kern des staatlichen Unterdrückungsapparats sind die Bullen rassistischer, frauenfeindlicher Abschaum, dessen tägliche Arbeit darin besteht, die bürgerliche Ordnung aufrechtzuerhalten und die Dreckarbeit des kapitalistischen Staates durchzuführen: Streiks zu brechen, Jugendliche aus Immigrantenfamilien niederzuknüppeln usw. Statt dafür zu kämpfen, das kapitalistische System wegzufegen, wollen JCR/JRE aus diesen Bullen „einen Massenverbündeten der Arbeiterklasse" machen. Die Hauptfrage ist: Reform oder Revolution. Die JCR/JRE-Flugblätter rufen kein einziges Mal zur Mobilisierung der Arbeiter auf, zur Eroberung der Macht oder zum Sturz des bürgerlichen Systems. „Wir müssen das Recht von jedem verteidigen, zur Schule gehen zu können, wir müssen die jungen Frauen der Gymnasien und Oberschulen verteidigen, die kriminalisiert werden", schreibt die JCR/JRE, aber sie entwerfen keine Perspektive des Klassenkampfs *(L'Egalité,* Oktober 1994). Der kapitalistische Staat kann nicht reformiert werden, er muß gestürzt werden; und nur dadurch, daß die Arbeiterklasse an die Macht gebracht wird und die Produktionsmittel vergesellschaftet werden, kann die ganze Menschheit ein würdiges Leben führen, vom wissenschaftlichen Fortschritt profitieren, das Leben genießen usw.

Im letzten Jahr haben die ethnisch integrierten Jugendlichen und die Arbeiterklasse durch ihre Kämpfe gezeigt, daß sie nicht bereit sind, die Konsequenzen der Krise des Kapitalismus mit seiner endlosen Reihe von Arbeitslosigkeit, Armut, Rassismus und Krieg hinzunehmen. Was ihren Kämpfen gefehlt hat, ist eine multiethnische, revolutionäre, internationalistische Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft, die diesem auf Ausbeutung beruhenden System ein Ende machen wird, indem sie das internationale Proletariat und alle Unterdrückten zur sozialistischen Weltrevolution führt. Wir kämpfen dafür, diese Partei aufzubauen.

Wenn du dafür kämpfen willst, Unterdrückung, Armut, Krieg und Rassismus abzuschaffen; wenn du dafür kämpfen willst, die Welt zu verändern: Mach mit bei der Spartakist-Jugend.

9. Oktober 1994

Spartakist-Jugendgruppe von Tolbiac
Übersetzt aus Women and Revolution
Nr. 44, Winter 1994/Frühjahr 1995

Offener Brief...

Fortsetzung von Seite 6

Vorwurf auf unserer „Bündnispolitik". Ja, wir sind gegen politische Volksfrontbündnisse mit bürgerlichen Kräften und wir sind gegen eine parlamentarische Unterstützung für kapitalistische Regierungen — auch wenn sie von der SPD geführt werden —, die die Industrie, die in der DDR aufgebaut wurde, niedergerissen und damit Massenarbeitslosigkeit und rassistischen Terror hervorgerufen haben. Dies hält uns in keiner Weise davon ab, in einem so klaren Fall von Verteidigung demokratischer Rechte — wie dem Kampf um das Leben von Mumia Abu-Jamal — die Unterstützung bürgerlicher Politiker zu kriegen. Aber dem Beschluß des PDS-Vorstands nach zu urteilen, zieht er eine „Bündnispolitik" mit einer Reihe von Kräften vor, die gerade die Hexenjagd gegen Euch betreiben, während er jegliche Einheitsfrontaktion mit den Kommunisten der SpAD ausschließt. Falls dies so ist, wäre dies zu bedauern, denn es kann Mumias Fall nur schaden.

Mumia Abu-Jamal droht die erste politische Hinrichtung in den USA seit den Rosenbergs — dahinter steckt das gleiche antikommunistische politische Klima, dem Eure Partei wiederholt zum Opfer gefallen ist. Kapitulation hat nur die Hexenjäger ermutigt. Wie die Söhne der Rosenbergs, Michael und Robert Meeropol, in ihrer bewegenden Erklärung an das Partisan Défense Committee schrieben:

> „Wir dürfen uns nicht davon abschrecken lassen, Mumia zu verteidigen. Wir müssen dafür sorgen, daß *kein amerikanischer politischer Gefangener* das Schicksal von Ethel und Julius Rosenberg erleiden muß."

Bei Jamal haben wir eine Chance, die mörderische Hexenjagd zurückzuschlagen.

Im Kampf für das Leben von Mumia Abu-Jamal
Reinhard Hartwig
für die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Zerschlagt Jelzins Invasion von Tschetschenien!

Folgende Erklärung wurde von der Internationalen Kommunistischen Liga am 10. Januar in Moskau veröffentlicht.

Am 11. Dezember startete die Regierung von Boris Jelzin einen groß angelegten militärischen Überfall auf die Republik Tschetschenien an den Nordhängen des Kaukasus, die ihre Unabhängigkeit von Rußland erklärt hatte, als Ende 1991 die Sowjetunion auseinanderbrach. Die tschetschenische Bevölkerung wird jetzt hingemetzelt durch russische Kriegsflugzeuge, die zivile Ziele bombardieren und mit Bordkanonensalven überschütten. Die Hauptstadt Grosny — ein Industriezentrum mit 400 000 Einwohnern — wird zu einem Trümmerhaufen. Aber trotz der überwältigenden russischen Militärübermacht haben die entschlossenen tschetschenischen Streitkräfte den Angriff auf Grosny zurückgeschlagen, sie fügen der russischen Armee schwere Verluste zu und haben eine Anzahl von Kriegsgefangenen gemacht.



La Reppublica

Jelzins brutale Bombardierung von Grosny verwandelt die Hauptstadt von Tschetschenien in einen Trümmerhaufen

Die Internationale Kommunistische Liga steht für die *Niederlage der russischen Invasionstruppen,* deren Versuch, die Tschetschenen zu unterwerfen, diesem kaukasischen Volk nur Massenterror bringen kann. Darüber hinaus schwächt der tschetschenische Widerstand ernsthaft das diktatorische Regime des Möchtegern-Zaren Jelzin, und dies schafft eine potentiell günstige Gelegenheit für die Werktätigen Rußlands aller Nationalitäten, sich gegen die ökonomische Verwüstung zu verteidigen, die die kapitalistische Konterrevolution angerichtet hat. Aber die gegenwärtige Situation des politischen Chaos wird früher oder später zu einer bonapartistischen Situation führen.

Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die durch revolutionäre Mobilisierung verhindern könnte, daß sich ein diktatorisches kapitalistisches Regime konsolidiert, das über Massenverelendung herrscht. Aber das sowjetische Proletariat war durch Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft politisch atomisiert, und unter den heutigen Bedingungen des ökonomischen Zusammenbruchs und der Unordnung haben die Werktätigen weitgehend die Hoffnung aufgegeben, irgendeine wirksame Aktion unternehmen zu können. Damit die Arbeiter in der ehemaligen UdSSR fähig sind, die Macht zu übernehmen, müssen sie sich zuerst ihrer selbst als *Klasse* bewußt werden, die unter der Führung einer marxistischen Avantgarde fähig ist, für ihr eigenes revolutionäres Klassenprogramm zu kämpfen.

Das instabile kapitalistische Regime, das in Rußland als Ergebnis der Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats aufstieg, bleibt isoliert und krisengeschüttelt. Nachdem Jelzin gegen das alte Parlament im Oktober 1993 scharf und blutig durchgriff, hat er trotzdem eine extrem schmale — und schmaler werdende — Unterstützerbasis unter Rußlands neuer herrschenden Elite. Es heißt, der Anführer seiner Leibwache, Alexandr Korschakow, sei jetzt zur Macht hinter dem Thron geworden. Ein Hauptziel des kaukasischen Militärabenteuers des Kreml war es, dieses schwache bonapartistische Regime durch Appelle an großrussischen Chauvinismus und antikaukasische Vorurteile zu stärken. Außerdem zielt die Invasion Tschetscheniens darauf ab, die Kontrolle über den Kaukasus zu behalten, über sein Öl und andere Bodenschätze, und die Entschlossenheit des tschetschenischen und anderer transkaukasischer Völker zu zertreten, die gegen Rußlands Versuche, sich als oberster Herr und Gendarm in der Region zu etablieren. Widerstand leisten wollen.

Seit Tschetschenien unter dem starken Mann Dschochar Dudajew, einem ehemaligen sowjetischen Luftwaffengeneral, seine Unabhängigkeit erklärte, als die Sowjetunion nach Jelzins Machtergreifung im August 1991 auseinanderfiel, hat Moskau mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, die lästige tschetschenische Führung loszuwerden und sie durch eine unterwürfigere zu ersetzen. Im Dienste dieses Ziels hat Moskau ein blutiges brudermörderisches

Fortgesetzt auf Seite 14

Tschetschenien...

Fortsetzung von Seite 13

Gemetzel finanziert, tschetschenischen Oppositionellen Waffen geliefert, Söldnereinheiten hingeschickt und versucht, ein Marionettenregime einzusetzen. Als der Plan fehlschlug, Dudajew „von innen heraus" zu stürzen, gingen die Moskauer Herrscher zur direkten Intervention über.

Diese Intervention bedeutet einen Schlag gegen alle Völker des Kaukasus. Protestierende Bewohner des benachbarten Inguschetien stellten sich den russischen Truppen bei deren Vormarsch auf Tschetschenien entgegen. Unter den Getöteten war der inguschetische Gesundheitsminister. In Inguschetien, Ossetien, Dagestan und Abchasien wurde Solidarität mit dem tschetschenischen Volk laut. Das Jelzin-Regime hat seit seiner Machtübernahme immer versucht, die nationalen Konflikte, die den Kaukasus als Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution schütteln, für seine eigenen Zwecke zu benutzen.

Letztes Jahr verfolgte der Kreml kaltblütig das blutige brudermörderische Gemetzel in Ossetien und Inguschetien und erklärte dann in beiden Republiken den Ausnahmezustand (mit Konsolidierung seiner Militärpräsenz), *nachdem* ossetische Nationalisten massenhaft Inguscheten abgeschlachtet hatten. Gleichzeitig kann Dudajews Appell an den islamischen Fundamentalismus gegen die Russen nur erneute nationalistische und kommunalistische Gewalt im nördlichen Kaukasus anfachen, wo einige Völker (z. B. die Osseten) historisch größtenteils christlich sind.

Der Truppeneinsatz findet statt vor dem Hintergrund des staatlich gelenkten Versuchs, rassistische antikaukasische Hysterie hochzupeitschen, geschürt von ominösen Polizei- und Armeepatrouillen in Moskau und anderen russischen Städten. Die Masse der russischen Bevölkerung, im Würgegriff von Verarmung und Arbeitslosigkeit, äußert keine Unterstützung für die Intervention in Tschetschenien. Ein Kolumnist der einflußreichen Tageszeitung *Sewodnja* schreibt, daß alle Analysen der Regierung, die einen leichten Sieg und eine Woge von öffentlicher Unterstützung für den Krieg voraussagten, „sich als 100 Prozent falsch erwiesen" *(Moscow Times,* 20. Dezember 1994).

Die Werktätigen Rußlands müssen verstehen, daß die Invasion Tschetscheniens von den gleichen Kräften ausgeführt wird, die wiederholt paramilitärische OMON-Truppen benutzten, um Demonstrationen aufzulösen, die gegen Jelzins kapitalistische Verarmungspolitik protestierten (Moskau, Tag der Streitkräfte, Februar 1992), und die die Armee als Streikbrecher einsetzten (Fluglotsenstreik, August 1992). Nötig ist, daß die Arbeiter wieder ein Bewußtsein ihrer internationalistischen Klasseninteressen erlangen, um eine Opposition gegen den Krieg zu organisieren, die unabhängig von jenen Elementen der neuen russischen Bourgeoisie ist, die an weitverbreitete pazifistische Opposition gegen Jelzins Kaukasus-Abenteuer appellieren, um ihre eigenen politischen Karrieren anzukurbeln.

Der Einmarsch hat Proteste vieler bürgerlicher Politiker hervorgerufen, besonders der „Demokraten", die bisher Jelzin durchgehend unterstützt haben. Darüber hinaus haben sich ihnen prominente antiwestliche Nationalisten angeschlossen, beispielsweise Generalleutnant Alexandr Lebed, Kommandeur der 14. Armee in Moldawien. Bei der Abstimmung in der Duma (dem Unterhaus des Parlaments) haben nur die faschistoide Partei von Wladimir Shirinowski und die Fraktion des früheren Finanzministers Boris Fjodorow den Einmarsch unterstützt. Jegor Gaïdar, der Liebling des IWF, und Grigori Jawlinski, der Autor des berüchtigten Plans zur Entindustrialisierung der früheren sowjetischen Wirtschaft, erschienen im Fernsehen, brandmarkten den Truppeneinsatz und warnten vor einer Polizeistaatsdiktatur. Das ist reine Heuchelei.

Diese Leute *brauchen* einen Polizeistaat gegen die Arbeiter. Sie machten das im Oktober 1993 während des Massenmordes an den Gegnern von Jelzins blutigem bonapartistischen Coup in Moskau zur Genüge klar. Sie unterstützten die Einsetzung von Polizeiregimen in großen russischen Städten nach dem Coup, einschließlich offizieller Pogrome gegen Völker des Kaukasus und andere nationale Minderheiten sowie deren Deportationen. Die bürgerliche Opposition gegen Jelzins tschetschenisches Abenteuer kümmert weder das tschetschenische Volk noch „demokratische Prinzipien". Sie balgen sich um Positionen und sind besorgt darüber, daß der russische Einmarsch den Kaukasus entflammt, während die Armee unzuverlässig ist. Die „Demokraten" sind den Großmacht-Interessen des kapitalistischen Rußland im „benachbarten Ausland" ebenso verpflichtet, aber sie fürchten, daß wegen des gegenwärtigen militärischen Abenteuers ausländische Kredite und Investitionen aufgeschoben oder abgesagt werden, die diese aufstrebenden Kapitalisten so unbedingt brauchen, um ihre Fähigkeit zu konsolidieren, in allen Ländern der früheren Sowjetunion die Arbeiter auszubeuten und Profit aus ihnen zu saugen.

Auch die „Opposition" der verschiedenen kleinbürgerlichen Nationalisten der stalinistischen Organisationen hat nichts mit der Verteidigung Tschetscheniens zu tun. Sie versuchen, diese Machtkrise zu benutzen, um dem Anti-Jelzin-Flügel der neuen Bourgeoisie ihre Nützlichkeit zu beweisen — für alles, ob nun als Wahlmaschine oder als potentielle Sturmtruppler —, der sich die Option offenhält, eine gewaltige Mixtur von fremdenfeindlicher Raserei und Nostalgie für die Sowjetunion einzusetzen, um die verzweifelten Massen für die Interessen der russischen Bourgeoisie auf Linie zu bringen.

Während der Demonstration auf dem Moskauer Puschkin-Platz am 12. Dezember brüllten Mitglieder der RKRP (Russische Kommunistische Arbeiterpartei) und anderer stalinistischer Parteien, Schulter an Schulter mit Schwarzhundertern und Monarchisten, antisemitische Parolen gegen die „Demokraten". Die Erklärung von Sjuganows KP-RF (Kommunistische Partei — Russische Föderation) haut in die gleiche Kerbe wie die wahnsinnigen Tiraden General Lebeds; sie prangert im wesentlichen Jelzin für Unentschlossenheit bei der „Herstellung der Ordnung" in Tschetschenien an. Keine einzige dieser Parteien kann irgend etwas sagen über die Verbrechen der stalinistischen Bürokratie, ganze Völker aus ihren Heimatländern deportiert zu haben. Dies betrifft das gesamte tschetschenische Volk, das 1944 auf Stalins Befehl mit Deportation nach Zentralasien bestraft wurde. NKWD-Truppen radierten mindestens ein ganzes Dorf aus, das sich weigerte wegzuziehen.

Das tschetschenische Abenteuer hat die scharfen politischen Differenzen innerhalb des russischen Offizierskorps bloßgestellt und vertieft; führende Militärs wie Lebed und der stellvertretende Verteidigungsminister Boris Gromów prangern öffentlich Jelzins Handlungen an. Die anhaltende Schwierigkeit, Grosny einzunehmen, ist ein Hinweis dafür, daß die Soldaten unwillig sind zu kämpfen und außerdem schlecht versorgt, schlecht ausgebildet und schlecht geführt werden. Die Unterstützung für Jelzin ist in öffentlichen Meinungsumfragen auf 15 Prozent gefallen, und der tschetschenische Krieg könnte gut zu seinem Sturz führen oder statt dessen zum verzweifelten Versuch eines Staatsstreichs des Präsidenten mit dem Ziel, die Legion seiner Gegner innerhalb der neuen kapitalistischen herrschenden Elite des Landes zu vernichten. Die Werktätigen Rußlands müssen sich gegen Versuche jeder Art stellen — ob von Jelzin oder von Anti-Jelzin-Elementen —, sich unter das Joch einer bonapartistischen Diktatur zwingen zu lassen.

Unter „Demokraten" und Pazifisten und auch unter



Tschetschenische Kämpfer benutzen außer Gefecht gesetzten russischen Panzer als Deckung

AFP

vielen PseudoSozialisten ist es Mode geworden, den gegenwärtigen Einmarsch in Tschetschenien mit dem Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 zu vergleichen. Dieser Vergleich ist vollkommen falsch. Die Sowjetunion war ein Arbeiterstaat, wenn auch von einer parasitären Bürokratie beherrscht, und die Sowjetarmee intervenierte in einen *Bürgerkrieg,* um eine modernisierende linksnationalistische Regierung zu unterstützen, die von islamischen feudalistischen Reaktionären angegriffen wurde. Die sowjetischen Truppen in Afghanistan kämpften auf der Seite des sozialen Fortschritts gegen die vom CIA gestützten Mudschaheddin-Mörder. Die sowjetische Intervention ermöglichte demokratische Reformen in der afghanischen Gesellschaft, wie Alphabetisierung und die Gewährung elementarer Bürgerrechte für Frauen. Gleichzeitig war dies eine Maßnahme, um die Sowjetunion gegen den Imperialismus zu verteidigen, der Afghanistan zu einer Operationsbasis an der Südflanke der UdSSR machen wollte.

Wir Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga sagten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" und „Weitet die sozialen Errungenschaften des Oktober auf die afghanischen Völker aus!" Wir kritisierten die stalinistische Bürokratie unter Breschnjew und seinen Nachfolgern, als sie versuchten, die sowjetische Intervention in Afghanistan als Pfand für Verhandlungen mit dem westlichen Imperialismus zu benutzen; weiterhin verurteilten wir das von der Sowjetunion gestützte afghanische Regime, weil es sogar ganz grundlegende demokratische Reformen nicht durchführte in einem vergeblichen Versuch, sich mit dem Islam /u versöhnen. Als Gorbatschow durch den Abzug der sowjetischen Truppen 1989 versuchte, die Imperialisten zu „beschwichtigen", war dies ein Verrat an den Interessen der afghanischen *und sowjetischen* Völker und bereitete den Weg für den späteren Sieg der Konterrevolution und die Zerstörung der Sowjetunion.

Das gegenwärtige Regime Rußlands um Boris Jelzin entstand aus dieser Konterrevolution heraus. Diejenigen, die über Tschetschenien schreien „Kein zweites Afghanistan", jubelten auch, als der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde; heute versuchen sie mit ihrem liberalen Pazifismus, die Unterdrückten und die Arbeiter glauben zu machen, daß die kapitalistische russische „Dershawa" (Großmacht) ein demokratisches Gesicht haben kann.

Die westlichen Imperialisten, die massiv die afghanischen Mudschaheddin gegen die Sowjetarmee unterstützten, erklärten ursprünglich, Moskaus Tschetschenien-Abenteuer sei eine „innere" russische Angelegenheit. Dies entsprach ihrer allgemeinen Linie, Jelzin zu stützen und sich gegen die nationale Zerstückelung des jetzt kapitalistischen russischen Staats zu stellen. Aber inzwischen machen sich die NATO-Mächte Sorgen, daß das militärische Debakel in Grosny und die Aussicht auf einen langen Guerilla-Krieg im Kaukasus die zerbrechliche konterrevolutionäre Ordnung in Rußland noch mehr destabilisiert. Gleichzeitig sehen die Führer der Konterrevolution in Osteuropa, wie der polnische Präsident Lech Walesa, Moskaus Einmarsch im Nordkaukasus als Signal eines aggressiveren Rußlands mit Großmachtabsichten, das bald sie selbst bedrohen könnte. Daher rufen nun die westlichen Hauptstädte nach einer „Verhandlungslösung" im Tschetschenien-Konflikt. Und so zeigt Jelzins kaukasisches Abenteuer nun Anzeichen, daß es sich zu einer internationalen Krise entwickelt, verstrickt mit interimperialistischen Rivalitäten wie auf dem Balkan.

Der Großangriff auf Tschetschenien ist ein weiterer in der Reihe von Kriegen, die durch die kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und die Zerstörung der Sowjetunion entfacht wurden. Dies schließt Bosnien mit ein, heute ein brudermörderisches Schlachthaus, und auch das seit sechs Jahren andauernde gegenseitige Gemetzel von Armeniern und Aseris über den Besitz der Enklave Nagorny-Karabach. Sowohl westliche als auch russische bürgerliche Kommentatoren versuchen oft, das Erbe des „Kommunismus" für die Explosion nationalen Hasses in Osteuropa und der Ex-UdSSR verantwortlich zu machen. Ganz im Gegenteil war es die bolschewistische Revolution, die die unterdrückten Nationen des zaristischen „Völkergefängnisses", wie Lenin es nannte, befreite. Lenin schrieb 1914:

> „Also ist gerade vom Standpunkt der Interessen des großrussischen Proletariats eine langwierige Erziehung der Massen im Sinne des entschlossensten, konsequentesten, kühnsten und revolutionärsten Eintretens für die volle Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht aller von den Großrussen unterdrückten Nationen erforderlich." („Über den Nationalstolz der Großrussen", Dezember 1914, *Werke* Bd. 21)

Diese internationalistischen Prinzipien waren verkörpert im sowjetischen föderierten Arbeiterstaat, der aus der Oktoberrevolution 1917 entstand und der auch verschiedene Formen regionaler Autonomie und kultureller und sprachlicher Rechte für Völker vorsah, die noch in einem vornationalen Stadium waren und keine Basis für eine separate politische Wirtschaft hatten.

Aber die Niederlage der proletarischen Revolution im übrigen Europa, vor allem in Deutschland, und die daraus folgende imperialistische Einkreisung Sowjetrußlands führten zur bürokratischen Degeneration des Arbeiterstaats unter der blutigen bonapartistischen Herrschaft Josef Sta-

Fortgesetzt auf Seite 26

Spartakist-Jugend

Der Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa



Spartakist

Am 26. Januar führte die Spartakist-Jugend eine Diskussionsveranstaltung an der Humboldt-Universität in Berlin durch. Über 90 Jugendliche, Studenten und Linke nahmen an der Veranstaltung teil — darunter auch Unterstützer anderer linker Organisationen und Parteien wie der PDS und der Kommunistischen Plattform. Nachstehend drucken wir das Referat von

Wer verteidigte die DDR? Wer kämpfte gegen die kapitalistische Wiedervereinigung?

Jan Norden, Herausgeber von Workers Vanguard, *der Zeitung der Spartacist League/U.S., über den Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und den Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa in sprachlich redigierter und leicht gekürzter Fassung ab.*

Die Zerstörung der Sowjetunion hat in der Konsequenz zu erneuter und erhöhter interimperialistischer Spannung geführt, die auf einen neuen imperialistischen Krieg deutet, diesmal mit Atomwaffen. In der ehemaligen Sowjetunion hat der Möchtegern-Zar Jelzin einen schmutzigen Krieg gegen Tschetschenien entzündet, was den imperialistischen Ambitionen der neuen bürgerlichen russischen Machthaber im Kreml entspricht. Und im kapitalistischen Westen hat sie zu einer regelrechten Offensive gegen die Errungenschaften der Arbeiterbewegung und den sogenannten Sozialstaat geführt. Dies ist überall in Westeuropa zu sehen, beispielsweise in Italien, und auch in Deutschland am nicht zu fernen Horizont, vielleicht schon bei den Metallarbeitern. Wo gestern die Bourgeoisie auf Klassenkollaboration setzte, das sogenannte „Modell Deutschland", gekennzeichnet von Mitbestimmung, Betriebsräten und anderen Mechanismen, um die Arbeiterklasse in ihre eigene Ausbeutung einzubeziehen, steuern die Bosse heute auf harte Klassenkämpfe zu, im Namen der „Wettbewerbsfähigkeit" des „Standorts Deutschland".

In Ostdeutschland, auf dem Territorium der ehemaligen DDR, hat die kapitalistische Wiedervereinigung mit dem imperialistischen Westdeutschland — was in der Tat einem Anschluß gleichkam — verheerende Folgen ausgelöst, die wir alle kennen: Massenarbeitslosigkeit; rassistischer Terror; die Zurückweisung der Frau an Heim und Herd, also der Ausschluß von der gesellschaftlichen Arbeit. Wir Spartakisten haben wiederholt zu Arbeiterwiderstand gegen die Konsequenzen dieser Konterrevolution aufgerufen, aber heute abend wollen wir eher über die Ursachen reden, und über den Kampf, den wir von der IKL damals geführt haben, zuerst für eine proletarische politische Revolution in der DDR, dann, und eigentlich von Anfang an, gegen die imperialistische Eroberung und Zerstörung des Arbeiterstaats.

Wie die Überschrift für diese Veranstaltung lautet, die Fragestellung „Wer verteidigte die DDR? Wer kämpfte gegen die kapitalistische Wiedervereinigung?" halten wir für grundlegend und durchaus untersuchungswürdig, weil Fakt ist, daß fast die gesamte Linke, von der SED-PDS über deren Kommunistische Plattform bis zu kleineren Gruppen wie die KPD, Die Nelken und die Vereinigte Linke, in der Tat die Wiedervereinigung akzeptierte; sie haben höchstens über den Ausverkaufspreis gefeilscht. Und besonders wenn wir von der SED sprechen, also vom politischen Instrument der herrschenden Bürokratie, muß man sich fragen, *weshalb*

diese sogenannte staatstragende Partei die DDR, die sie als *ihren* Staat ansah, preisgegeben hat. Das tut eine herrschende Klasse *nicht,* was auf den Charakter der Herrscher der DDR als eine bürokratische Kaste hindeutete, das heißt eine widersprüchliche Schicht, die auf den Grundfesten der proletarischen Diktatur basierte, die aber, um ihre eigene privilegierte Stellung zu verteidigen, versuchte zwischen dem Imperialismus und dem Proletariat zu balancieren. Sie wollte eine Zwischenstellung einnehmen.

Als es ihnen nicht weiter möglich schien, diesen Balanceakt weiterzutreiben, haben sie schlicht aufgegeben und die DDR an den Klassengegner verschenkt. Dafür dachten die Gysis und Biskys, sie sollten den Dank der neuen kapitalistischen Machthaber bekommen, weil sie damit den Bürgerkrieg vermieden haben. Statt dessen ist die PDS einer anhaltenden Hexenjagd ausgesetzt, die sie als „Exkommunisten" aus der politischen Landschaft der angeblichen „demokratischen" Parteien ausgrenzt. Und um sich als salon-, hof- und vor allem regierungsfähig zu profilieren — oder auch nur sozusagen „regierungstolerierungsfähig" eingestuft zu werden —, unternimmt die Gysi/Bisky-Parteiführung jetzt eine regelrechte „Säuberung" in den eigenen Reihen, ironischerweise im Namen des Kampfes der Demokratie gegen den „Stalinismus". Sie wollen „Grenzen" zum „Pluralismus" setzen, und erklären, daß „stalinistische Auffassungen" mit der Mitgliedschaft in der PDS „unvereinbar" seien — was natürlich an „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" denken läßt.

Diese „Fünf Thesen", von der „Dreieinigkeit" des Ehrenvorsitzenden Modrow, des Parteivorsitzenden Bisky und des Bundestagsfraktionsvorsitzenden der PDS, Gysi, verfaßt, sollen die vorhergehenden „Zehn Thesen" ersetzen, die auf breiten Widerstand gestoßen sind, als sie für einen „neuen Gesellschaftsvertrag" plädierten. So bleiben sie in der neuen Version bei der „antistalinistischen" Ausgrenzung, ohne auf deren Begründung zu bestehen, nämlich der Suche nach einer Übereinkunft zwischen den Klassen. Interessant dabei ist, was die PDS-Parteiführung unter stalinistischem Gedankengut versteht. Neben „antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen" Konzeptionen — Schimpfworte, nichts mehr — erwähnen sie wiederholt „avantgardistische und zentralistische Sozialismus- und Parteivorstellungen".

Aber für eine demokratisch zentralisierte Planwirtschaft und eine revolutionär-sozialistische, also kommunistische Avantgardepartei setzen wir Trotzkisten uns ein. Also, laut PDS-Führung, „Stalinist" gleich „Trotzkist": ein ausgeprägtes Absurdum. Von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Handlangern wird „Stalinismus" als Codewort gebraucht, um den Kommunismus schlechthin abzutun. Sie wollen damit die ganze *leninistische* Erbschaft als „unvereinbar" mit der PDS erklären. Und dann kommt der Vorschlag von Jakob Moneta und Winni Wolf, also vorgeblichen Trotzkisten, und auch von Uwe-Jens Heuer und anderen, Unvereinbarkeitsgrund solle die Rechtfertigung oder Verherrlichung der „Verbrechen, die unter dem Regime Stalins begangen wurden", sein. Also Hexenjagd alternativ. Und der Lohn dafür? Der Heuer wurde am letzten Wochenende aus dem PDS-Parteirat abgewählt. Auf Englisch haben wir einen Ausdruck: „crime doesn't pay" — Verbrechen lohnt sich nicht.

Und dasselbe gilt für die PDS. Gysi/Bisky können mit der Kommunistischen Plattform tun, was sie wollen: vom Parteirat entfernen, aus dem Vorstand ausstoßen, sogar aus der Partei ausschließen. Aber von der Bourgeoisie werden sie dafür keinen Persilschein bekommen. Weil das Interesse der imperialistischen Machthaber nicht nur darin liegt, die Nachfolgepartei der SED zu wiederholten Loyalitätserklärungen zu zwingen. Von deren Treue zum Kapitalismus haben sie ja schon genug Beweise: die Preisgabe der DDR zum Beispiel. *Aber vor allem will die deutsche Bourgeoisie die DDR-Vergangenheit verteufeln, um das sozialistische Bewußtsein unter den ostdeutschen Werktätigen vollständig auszurotten.* Um die „neuen Bundesländer" als Drehscheibe für ihren Drang nach Osten vorzubereiten, müssen sie nicht nur Glasfaser-Telefonleitungen und Autobahnen bauen, sondern auch den Menschenverstand umbauen.

Revolutionäres Bewußtsein wird in die Klasse durch die revolutionäre Partei hineingetragen

Und es ist leicht verständlich, daß sie sich darüber Sorgen machen. Man braucht nur ein paar Aufmerksamkeit erregende Zahlen zu zitieren, um das einzusehen. Die erste entstammt einer Meinungsumfrage, die letzten August im *Spiegel* (15. August 1994) veröffentlicht wurde. Als gefragt wurde, ob „die DDR deshalb ihre Ziele nicht erreicht hat, weil der Sozialismus ein zum Scheitern verurteiltes System

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartakist

Ostberlin, 4. November 1989: Viele der über eine Million Menschen demonstrierten für wirklichen Sozialismus. Eine weitere Losung lautete: „Die *Glaubhaftigkeit* einer Partei erkennt man daran, wie sie zu *ihren Fehlern* steht (Lenin)"



Spartakist

Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 17

ist", oder statt dessen, „die Idee des Sozialismus ist gut, aber die Politiker waren unfähig, sie zu verwirklichen", meinten *71 Prozent* der ostdeutschen Befragten, daß der Sozialismus gut sei und das Scheitern der DDR an der fehlenden oder falschen Leitung lag. So kommt es, daß im vierten Jahr nach der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, jetzt aufgrund ihrer eigenen Erfahrung mit der angeblich „sozialen" Marktwirtschaft, die überwältigende Mehrheit, fast drei Viertel, der Bevölkerung zwischen Elbe und Oder den Sozialismus befürwortet.

Und dann gibt es die Wahlergebnisse für die PDS bei der letzten Bundestagswahl, wo sie im Gebiet der ehemaligen DDR insgesamt 20 Prozent erhielt, in Ostberlin Erststimmen von 40 bis fast 50 Prozent. Diese Resultate, besonders nach einer erhitzt antikommunistischen Wahlkampagne gegen „rote Socken", haben die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger erschreckt. Diese Stimmung kann man anschauen im Vergleich mit der Lage zur Zeit der DDR-Volkskammerwahl vom 18. März 1990, wo 53 Prozent der Meinung waren, „nie wieder Sozialismus". Damals dachten Kohl und Kumpane, den „Kommunismus" für immer begraben zu haben.

Nun, geschichtliche Prozesse von Bedeutung, und besonders Geschehnisse vom Ausmaß einer Konterrevolution, entscheiden sich nicht anhand von Meinungsumfragen und auch nicht durch Wahlen, obwohl letztere von Bedeutung sein können. Das war sicherlich der Fall bei der Volkskammerwahl, die das Ende der DDR registrierte. Wahlen können eine Bestandsaufnahme der verschiedenen politischen Kräfte liefern, aber die Widerspiegelung wird verzerrt, nicht nur durch den oft ausgeprägt undemokratischen Wahlmechanismus der bürgerlichen Demokratie, sondern auch und besonders durch die wirtschaftliche Kraft des Kapitals, das durch seine Massenmedien auf die Bevölkerung wirkt. Das war auch bei der Volkskarnmerwahl geschehen, als sich westdeutsche Parteien, Politiker und der imperialistische Staat kräftig in die DDR einmischten. Nicht nur Kohls Besuche in der ganzen DDR, sondern auch Millionen D-Mark sind hineingeflossen. Unter diesem Vorbehalt ist es trotzdem von Interesse, zu fragen, wieso es zu einem solchen Meinungsumschwung gekommen war. Und besonders weshalb die große Mehrheit der DDR-Bürger für die Wiedervereinigung gestimmt hat, während sich im November 1989 über 70 Prozent für die „Zweistaatlichkeit" Deutschlands aussprachen.

Tatsache ist, obwohl es eine große Aufwallung von Massenprotesten gegen die Alleinherrschaft der SED gab und trotz des Zusammenbruchs der erstarrten Strukturen der abgewirtschafteten stalinistischen Bürokratie, wurden diese Proteste stark vom Bewußtsein geprägt, das man von der SED gelernt hatte. Das heißt, daß sie in erster Linie für eine wirkliche *deutsche demokratische* Republik eintraten, also in einem engen *nationalen* Rahmen und keineswegs in *Klassenbegriffen* dachten. Dies ist eins der schwerwiegenden Verbrechen des Stalinismus, der in Osteuropa seine bürokratische Herrschaft hinter der Fassade der angeblichen „Volksdemokratien" zu verschleiern suchte. Gewissermaßen sind die Massen der DDR-Bürger den Fußstapfen ihrer traditionellen Führer gefolgt und sind dann auf diesem Pfad weitergeschritten. Denn es waren die DDR-Oberen, die SED-Leitung selbst, die sich schon im November '89 in Richtung Wiedervereinigung bewegten, allerdings zuerst als Konföderation.

Und obwohl die Öffnung der Berliner Mauer am 8./9. November oft als ein Mißverständnis dargestellt wird, hervorgerufen durch Schabowskis Auftritt vor den Fernsehkameras, ist es kein Zufall, daß zur gleichen Zeit das SED-ZK sich mit einem wirtschaftlichen Bericht befaßte, der behauptete, daß das Weiterleben der DDR „weitgehend von kapitalistischen Kreditgebern abhängig" sei. Das ist zwar Quatsch: Eine *revolutionäre* Führung hätte nicht auf die angeblichen Schuldverpflichtungen in Devisen geachtet. sondern auf die Ausstrahlung der Überzeugungskraft einer wirklich sozialistischen Regierung — basierend auf demokratisch gewählten Arbeiterräten —, die eine große Auswirkung gehabt hätte in ganz Europa. Aber dazu war eine *proletarische polnische Revolution* notwendig, was *niemand* in der SED-Obrigkeit, und auch nicht bei den kritischen Strömungen unter den Parteikadern, sich damals auch nur vorstellen konnte. Und deshalb haben sie es einfach hingenommen, daß die Frankfurter Bankiers die wirklichen Herren der Welt seien und folgerichtig auch ihre Herren.

Der sogenannte Aufbruch, der mit der „Wende" Oktober 1989 eingetreten ist, zielte zuerst auf eine „sozialistische Erneuerung" der DDR. Damals haben sich 60 Prozent der DDR-Bevölkerung für ein reformiertes sozialistisches System ausgesprochen. Bei der Großkundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November, die rund eine Million Teilnehmer zählte, war die Wiedervereinigung kein Thema, allerhöchstens eine Randerscheinung. Sicherlich gab es eine Menge rein demokratischer Forderungen wie „freie Wahlen" und „Reisefreiheit"; ja, Markus Wolf wurde ausgepfiffen, als er von ehrlichen Kommunisten sprach; dagegen gab es aber auch eine Menge Losungen wie „Für kommunistische Ideale — Keine Privilegien", „Für eine neue kommunistische Partei", „Im Geiste Lenins, nicht Stalins", ..Die *Glaubhaftigkeit* einer Partei erkennt man daran, wie sie zu *ihren Fehlern* steht (Lenin)" und „Für eine deutsche Räterepublik: Bildet Räte!" Dies sind weder Wiede ,ereinigungs- noch konterrevolutionäre Losungen. Am 8. November 1989 gab es mehr als 50 000 SED-Mitglieder, die vor dem ZK-Gebäude demonstrierten mit Rufen wie „Wir sind die Partei!" und Plakaten wie „Schluß mit dem Stalinismus" und „Erneuerte SED mit erneuerten Strukturen".

Generell wird behauptet, daß nach der Öffnung der Mauer alles vorbei war. So zum Beispiel Hans Modrow, der rückblickend in einem Aufsatz zu „Ende und Aufbruch" (in: Gregor Gysi, *Wir brauchen einen dritten Weg — Selbstverständnis und Programm der PDS)* behauptete, mit der Öffnung der Staatsgrenze „war zugleich das Ende der DDR vorprogrammiert. Es mußte und konnte nur hinausgezögert werden." Dies entspricht genau dem national-reformistischen Weltbild des Stalinismus. Aber dasselbe Bild prägte das Bewußtsein der kleinbürgerlichen Opposition.

Dafür, daß es die Möglichkeit eines revolutionären, sozialistischen Ausgangs beim Aufbruch in der DDR gab, sprechen eine ganze Reihe von Ereignissen. Aber es fehlte gerade das Schlüsselelement, die revolutionäre Führung. Ostdeutschland war auch schon vor der DDR von weitverbreiteten Sympathien für den Sozialismus gekennzeichnet, was nun laut diesen Umfragen wieder der Fall ist. Aber von solchen Sympathien bis hin zu einer Revolution ist ein weiter Weg. Denn nicht nur die DDR-Bürokratie, sondern auch die sozialistisch eingestellten Arbeiter, Jugendlichen und die Intelligenz .wußten nicht, wie sie die DDR gegen den Ansturm des Imperialismus beibehalten konnten. Viele dachten höchstens an eine „unabhängige" sozialistische DDR, sozusagen als ein vergrößertes „Schwarzenberg", worüber Stefan Heym seinen Roman gleichen Namens schrieb, wo zwischen den Frontlinien der sowjetischen und amerikanischen Truppen bei der Besetzung Deutschlands 1945 eine kleine „sozialistische" Talrepublik entstand. Aber ein „Schwarzenberg" braucht die Tolerierung beider Seiten,

Antikommunistische Hetztiraden der Gruppe Spartakus

Bei der Veranstaltung „Die Spartakisten über den Zusammenbnich der stalinistischen Herrschaft" an der Humboldt-Uni traten bei der Diskussion unter anderem auch Mitglieder der Gruppe Spartakus auf. Sie wollten nicht darüber streiten, welche Politik imstande war, die proletarischen Errungenschaften der DDR zu verteidigen und auszuweiten, sondern griffen Punkt für Punkt das trotzkistische Programm zur Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten überhaupt an. Wie ein Spartakist-Unterstützer dem GS-Sprecher entgegnete, traten sie so antikommunistisch auf, „daß Du sozusagen noch im nachhinein bedauerst, nicht beim Sturm aufs Normannenstraßen-Hauptquartier des ‚Reichs des Bösen' dabeigewesen zu sein". Nachfolgend drucken wir einen Auszug aus einem Brief der Genossin Dorle vom 29. Januar ab, die die Gruppe Spartakus bei der Veranstaltung zum ersten Mal umfassend erlebt hat. Dorte ist kurz darauf in die Spartakist-Arbeiterpartei eingetreten.

Brief an die Gruppe Spartakus

An der Spartakist-Diskussionsveranstaltung über den Untergang der DDR haben Deine Genossen interveniert. Dabei haben sie über die Streitkräfte der ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten u.a. behauptet, daß die Offiziere von ihren Soldaten durch „eine dicke Blutlinie" getrennt gewesen wären.

Diese Ansicht ist ungeheuerlich. Ich kann und werde sie niemals teilen! Sie zeugt von einer tiefen Abneigung gegenüber der Notwendigkeit, die deformierten Arbeiterstaaten militärisch zu verteidigen. Es haben sich bei weitem nicht alle Offiziere an der Niederschlagung sozialistischer politischer Arbeiterrevolutionen innerhalb der osteuropäischen Staaten beteiligt; in manchen Fällen haben sie sich dagegen mit den aufständischen Arbeitern verbrüdert, was auch Euch bekannt sein sollte. Zum Teil waren es die klassenbewußtesten Arbeiter, die sich zur Armee freiwillig meldeten, nicht weil es ein Traumberuf war, sondern aus der innigen Überzeugung heraus, um jeden Preis für den Sozialismus kämpfen zu wollen.

Ein paar Genossen von der SpAD, ehemalige Offiziere der Volksarmee, haben sich deshalb entschlossen, zur Armee zu gehen, weil sie sich als überzeugte Kommunisten verstanden und die DDR gegen den Imperialismus verteidigen wollten. Nach der Konterrevolution dachten sie natürlich nicht daran, von der Bundeswehr übernommen zu werden, sondern haben sich strikt geweigert, auch nur einen Tag für den Kapitalismus zu kämpfen!

Es sind Entscheidungen, die ich zutiefst respektiere.

Beteiligt Euch an solchen antikommunistischen Hetztiraden bitte nicht!

Mit trotzkistischen Grüßen
Dorte

---

und als es klar war, daß Gorbatschow der DDR nicht weiter Schutz geben würde, und ganz klar war, daß Kohl darauf setzte, sie in Großdeutschland einzuverleiben, ist diese Utopie auf einmal verschwunden.

Das Erhalten der DDR hätte einen harten Kampf bedeutet, einen revolutionären Klassenkampf, der sich über ihre Grenzen hätte ausdehnen müssen. Dafür war es notwendig, eine internationalistische Arbeiterpartei zu schmieden, und dies ist das Ziel, dem wir Spartakisten uns damals wie auch heute widmeten.

„Kritische" sozialistische Strömungen in der DDR

Da gibt es ein Dokument, diesmal einen „BRD-Bericht über die ‚innere Lage der DDR nach dem 8. ZK-Plenum'", das vom Juli 1989 stammt. Dieser Bericht stammt aus geheimdienstlich erworbenem Material und zeigt, daß die SED-Spitzen bestens informiert waren, was die BRD über die DDR und ihre Führung dachte. So ist dort zu lesen: „Das Gefühl der Ausweglosigkeit und Frustration erfaßt nicht nur breite Schichten der Bevölkerung, sondern auch die aktiven Teile der Parteimitglieder, die sich durch die Stagnation an der Führungsspitze gehindert sehen, neue Ansätze zu versuchen." Ganz richtig. Und dann weiter: „Zugleich bleibt die DDR-Führung wie das Kaninchen auf die Schlange fixiert, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaften der beiden deutschen Staaten miteinander verglichen wird. Die DDR weiß, daß sie auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik angewiesen bleibt, was Politbüromitglied Axen auf die Formel brachte, was die DDR in Europa erreichen könne, könne sie nur im Zusammenwirken mit der Bundesrepublik Deutschland tun." Also, da haben wir's: Die Führung war paralysiert, sie war schon ganz auf Zusammenarbeit mit der BRD eingestellt, die BRD-Organe wußten es, die DDR-Organe haben das glänzend berichtet, und ...? Die stalinistische Führung der DDR hat nichts anderes getan, weil sie nichts anderes tun konnte.

Ein letztes Jahr erschienenes Buch berichtet unter dem Titel *Die kurze Zeit der Utopie* über „Die ‚zweite DDR' im vergessenen Jahr 1989/90". Diese „zweite DDR" dauerte zwar eine kurze Zeit, aber es war keine Utopie, kein Traum. Was fehlte, war vor allem die wirklich *kommunistische Führung*, die die real existierenden Möglichkeiten für eine sozialistische Entwicklung verwirklichen konnte. Es war überhaupt unmöglich, eine kleine, sozialistische DDR aufzubauen durch Runde Tische und die damit verbundene Volksfront-Konsenspolitik. Deshalb mußte eine solche Führung *proletarisch*, *internationalistisch* und *revolutionär* sein. Das aber gab es damals nicht. Ein kurzer Rückblick auf die sozialistisch-orientierten oppositionellen oder Reformstimmen, die damals erschienen, bestätigt dies.

Zum Beispiel habe ich hier einen „Offenen Brief an

Fortgesetzt auf Seite 20

Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 19

das ZK der SED vom 10. Oktober 1989, unterschrieben vom Philosophen Peter Feist und anderen vorwiegend aus der Intelligenz stammenden SED-Kadern, wo von „sozialistischer Demokratie" die Rede ist, gegen „Bevormundung staatlicher Leiter und von Staatsorganen durch Parteiinstitutionen", für selbständige Gewerkschaften usw. — also eine Reihe demokratischer Forderungen. Aber das wird verbunden mit der Forderung nach der „Durchsetzung des Leistungsprinzips", und als das Papier darüber schreibt, daß „die Werktätigen direkter in die Entscheidungsprozesse in ihren Betrieben einbezogen werden können", wird das an „das Verhältnis Plan und Markt" geknüpft. Also im Klartext, für eigenständige Gewerkschaften und Beschleunigung des Arbeitsrhythmus, für Mitbestimmung mit Marktwirtschaft. Weshalb sollten die Arbeiter für solch ein Programm kämpfen, das tatsächlich eine Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse bedeuten würde?

Noch ein Beispiel: Hier habe ich ein Papier von Markus Wolf unter dem Titel „Erste Gedanken zum 8.11.89". Darin bezieht er sich auf die Demo der SED-Basis vor dem ZK-Gebäude und sieht in den jungen Genossen draußen — hauptsächlich junge Wissenschaftler und Studenten, aber auch junge Arbeiter — die Zukunft der Partei, während drinnen die „alle-neue Führung" das traurige Spiel der letzten Wochen fortsetzt, mit dem Rücken an der Wand Schritt um Schritt vor den Forderungen der Parteibasis zurückweichend, „wie vorher dem Druck der Straße". Aber außer frommen Wünschen, daß das Parteivolk im Aufbruch irgendwie nach vorne kommen kann, hat er kein Programm vorzuschlagen. Später, als tatsächlicher Leiter des „Arbeitsausschusses", der den SED-Parteitag Anfang Dezember vorbereitete, sprach Wolf von der Notwendigkeit einer „neuen sozialistischen Partei". Was er aber damit meinte, war offensichtlich die PDS, die auf jenem Parteitag aus der SED kam, um dann den Weg in die Wiedervereinigung zu führen.

Ich möchte hier ganz klar sagen, daß wir nicht nur Markus Wolf vor der Rachejustiz des Vierten Reichs verteidigen — genauso wie wir Erich Honecker, Willi Stoph, Heinz Keßler, auch Erich Mielke verteidigt haben —, wir bewundern sein Handeln als Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit, die große Leistungen für die Verteidigung der DDR und der UdSSR erzielte. Aber hier sprechen wir von der politischen Führung, die notwendig war, um die DDR vor der Auflösung zu retten. Und dabei hat Wolf versagt, er hat über die PDS sogar zu dieser großen Niederlage beigetragen. Neulich, in einem Podiumsgespräch hier an der Humboldt-Universität, hat er eingestanden: „Ich konnte mir Veränderung damals nur als Veränderung von oben vorstellen." Daran knüpft er die Bemerkung: „Von heute aus gesehen weiß ich natürlich, diese DDR war unter den gegebenen historischen Bedingungen nicht renovierbar." Freilich, die DDR war nicht mit Renovierungsbestrebungen von oben zu retten, sondern durch eine Revolution von unten, eine proletarisch-politische, die die Grundfesten des Arbeiterstaats verteidigt hätte, indem sie sich in den imperialistischen Westen auszuweiten suchte — und auch in Richtung der damals noch existierenden Sowjetunion.

Wie aber steht es mit der Kommunistischen Plattform, die Ende Dezember 1989 entstanden ist? In der aktuellen Nummer von *Spartakist* gibt es einen ausführlichen Artikel, „Kommunistische Plattform: Rotes Feigenblatt der PDS". Dort haben wir das Dokument zum „Selbstverständnis" der Plattform zitiert, das aus einer KPF-Konferenz vom 3. März 1990 herauskam, wo sie behaupten, es sei „unrealistisch, die Zweistaatlichkeit von DDR und BRD zu verteidigen". Sie erklärten sich für eine „ökologisch orientierte sozialistische Marktwirtschaft", und, in das Land der Fabel hineinschwebend, erträumten sie sich einen Vercinigungsprozcß, „in dem sich schrittweise jene ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen herausbilden müssen, die neuen ökologischen, feministischen und humanistischen Qualitäten entsprechen".

Aber schon vorher hatte die „kommunistische" Plattform ausdrücklich ihre Abhängigkeit gegenüber der Sozialdemokratie verkündet, indem sie als Kern ihrer Taktik für die PDS bei den Volkskammerwahlen erklärte, „eine mögliche SPD-geführte Koalitionsregierung ... zu unterstützen". Das war ihre Wahltaktik im März 1990 bei der Volkskammerwahl. Also, wie man in Berlin sagt, alles klar: Als wir Spartakisten bei der Treptower Großkundgebung von der Tribüne aus ganz deutlich sagten, die SPD sei das konterrevolutionäre Trojanische Pferd der Bourgeoisie in der Offensive zur Einverleibung der DDR in die BRD - was heftige Zwischenrufe auslöste —, wollte die KPF der Schwanz des Trojanischen Pferdes sein. Ziemlich ekelhaft, würde ich meinen, für Genossen, die sich als Kommunisten und Verteidiger der DDR verstehen.

Spartakist

Berlin - Bereits im Dezember 1991 organisieren Spartakisten Proteste gegen die Rachejustiz des Vierten Reichs

Intervention der IKL gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands

Damit ist belegt, was schon von vornherein offensichtlich war, daß nämlich keine der Strömungen der PDS vermochte, die DDR zu verteidigen. Das Argument, wonach alle greifen, ist, daß sie versuchten zu retten, was noch zu retten war. Ein Rückzug unter Beschüß sozusagen. Aber was sie *getan* haben, war kein Rückzug, sondern eine Kapitulation. Im Zweiten Weltkrieg hat die Sowjetarmee einen sehr langen Rückzug gemacht, zuerst wegen Stalins Sabotage — seine Enthauptung des Generalstabs unter dem Marschall Tuchatschewski, sein kriminelles Vertrauen in seinen Pakt mit Hitlerdeutschland wider

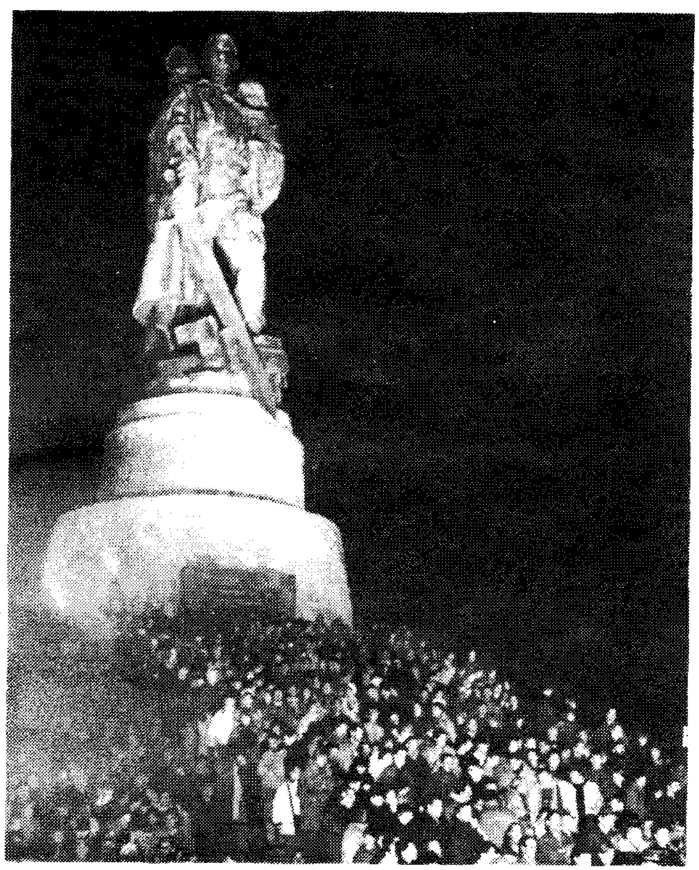
explizite Warnungen durch die heldenhaften sowjetischen Spione Richard Sorge und die „Rote Kapelle", geleitet von Leopold Trepper, vor einem bevorstehenden deutschen Überfall —, und dann um Zeit zur Aufrüstung zu gewinnen. Aber als es ums Ganze ging, vor Moskau und dann in Stalingrad, hat die Sowjetarmee bis zum letzten Mann und der letzten Frau gekämpft, was die PDS mitsamt ihren kritischen internen Strömungen und externen Anhängseln gerade *nicht machte.*

In diesem Zusammenhang — schauen wir nach, was die Internationale Kommunistische Liga zu diesem entscheidenden Zeitpunkt des Klassenkampfs machte. Die IKL hatte damals all unsere Kräfte international angestrengt, um in die DDR zu intervenieren. Ungefähr ein Drittel unserer Mitgliedschaft weltweit ist nach Deutschland gekommen, die überwiegende Mehrheit auf Selbstkosten, um für einen revolutionären Ausgang zu kämpfen. Wir haben eine ganze Reihe von Sachen gemacht, die vielleicht nie zuvor von Trotzkisten in einem deformierten Arbeiterstaat gemacht worden sind. Wir haben Anfang Dezember 1989 bis Mitte Januar 1990 ein fast tägliches Nachrichten- und Propagandablatt herausgegeben, *Spartakist-Arbeiterpressekorrespondenz,* genannt *Arprekorr.* Wir haben 10000 bis 50000 von jeder Nummer verkauft, meistens in Berlin, aber auch im Raum Halle-Leipzig, und haben versucht, uns anderswo, hauptsächlich im Norden um Rostock, auszudehnen. Im Süden war das nicht so erfolgreich.

Als Ausdruck des Internationalismus haben wir *in Arprekorr* Grüße in der jeweiligen Sprache an die sowjetischen Soldaten, an polnische, kubanische, vietnamesische und mosambikanische Vertragsarbeiter, die in der DDR anwesend waren, gedruckt. Wir haben versucht, mit klassenbewußten Arbeiter in den Berliner Großbetrieben zusammenzuarbeiten: bei der Turbinenfabrik Bergmann-Borsig, NARVA, EAW, WF, KWO, das Kombinat 7. Oktober, Stern-Radio usw., außerhalb Berlins besonders in Leuna. Wir haben auch massenhaft vor (und manchmal innerhalb) der sowjetischen Kasernen verkauft. Nebenbei gesagt, auch nach der Wiedervereinigung haben wir diese Arbeit fortgesetzt und haben in verschiedenen Fällen Foren für sowjetische Soldaten und Offiziere abgehalten, wovon ich hier ein Foto habe (das war beim Fliegerstützpunkt in Jüterbog), wo wir vor 400 sowjetischen Offizieren und Soldaten vom trotzkistischen und leninistischen Programm der internationalen Arbeiterrevolution sprachen. Dies wurde wahrscheinlich nie vorher gemacht und war ziemlich gewagt. Es hat nicht sehr großen Erfolg gehabt. Aber dies ist ein Beispiel, wie wir versuchten zu intervenieren.

Wir haben Spartakist-Gruppen in der DDR gegründet, leider ziemlich spät, muß ich eingestehen, ein Versuch, die tiefe politische Kluft zwischen Ost und West zu überwinden. Man mußte davon ausgehen, daß der Trotzkismus in der DDR praktisch nicht bekannt war, außer im stalinistischen Zerrbild als linkssektiererisches Revoluzzertum. Also, unter Zeitdruck, suchten wir die Spartakist-Gruppen als Übergangsorganisation zu bilden, auf einem Programm für eine proletarisch-politische Revolution für Arbeiterrätedemokratie und die Verteidigung der DDR gegen die kapitalistische Konterrevolution. Ihre Losung war: „Für ein rotes Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa".

Als Ende Dezember '89 das Treptower Ehrenmal von Faschisten geschändet wurde, haben wir zuerst einen Solidaritätsbrief an den Kommandeur der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, General Snetkow, geschrieben und zu einer Arbeitereinheitsfront-Protestaktion aufgerufen zum 3. Januar 1990. Nach Absprache mit dem Genossen Bisky wurde dieser Aufruf dann von der SED-PDS aufgenommen



Spartakist

250000 protestierten im Januar 1990 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow

und dann in eine riesige Großkundgebung umgesetzt. Es war nicht zufällig, daß die PDS dieser Demo zustimmte. Ich erinnere mich ganz genau, wie Bisky uns informierte, er wüßte schon, daß wir Flugblätter innerhalb von Bergmann-Borsig dafür verteilten und breite Zustimmung dazu gefunden hatten. Wir haben diese Aktion als richtige Einheitsfront durchgeführt, nach der Losung „getrennt marschieren, vereint schlagen", mit voller Freiheit der Kritik.

So haben unsere Sprecher der Trotzkistischen Liga Deutschlands (Renate Dahlhaus) und der Spartakist-Gruppen (Toralf Endruweit) unser trotzkistisches Programm von der Rednertribüne laut und deutlich ausgesprochen. Gegen den Ausverkauf der DDR, gegen die SED-Diktatur, für Arbeiterrätemacht, für eine neue Arbeiterpartei im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Das wurde von vielen in der Demo, besonders in den ersten Reihen, nicht gerne gehört, aber wir haben es gesagt, trotzdem.

Dann haben wir im späten Januar die Spartakist-Arbeiterpartei gegründet, um bei den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 zu kandidieren. Die Hauptlosung der SpAD war: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands! Während alle anderen Parteien von der DDR-Regierung subventioniert waren, haben wir darauf bestanden, unsere eigene Kampagne selbst zu finanzieren.

Nun, wir behaupten nicht, daß wir Erfolg hatten. Die DDR ist untergegangen, die SpAD hatte nur ein paar tausend Stimmen bekommen. Wir haben Fehler gemacht, wofür wir uns selbst öffentlich kritisiert haben: in erster Linie, daß wir zu spät in der DDR interveniert haben, die Spartakist-Gruppen wurden zu spät gegründet. Wir haben auch Ende Januar/Anfang Februar 1990 fast einen Monat verloren, als Genossen von der Losung „Einheit der SED" angezogen waren, gerade als die SED-PDS auf Wiedervereinigungskurs umgeschaltet wurde. Diese Selbstkritikpunkte wurden in dem Dokument zur Zweiten Internationalen

Fortgesetzt auf Seite 22

Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 21

Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga veröffentlicht, das nach einer ausführlichen internationalen Diskussion in der IKL geschrieben wurde. Insgesamt haben wir, glaube ich, acht Bände unserer Internationalen Internen Bulletins herausgebracht zum Thema „Der Zusammenbruch des Stalinismus".

Schauen wir dann eine Kritik an, die damals von einer anderen Seite gegen uns gerichtet wurde: ein Kommentar im *Neuen Deutschland* vom 29. Dezember 1989 unter dem Titel „Über rote Seifenblasen und die Wirklichkeit". Der Verfasser, Dr. Klaus Steiniger, ist heute bei der DKP und hat — nebenbei bemerkt — heute abgelehnt, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, zum Teil weil sie, wie er es ausdrückte, für ihn „thematisch schwierig" sei. Wir unsererseits finden, daß solche schwierigen Themen eigentlich die wichtigsten sind, die es zu diskutieren gilt, und wir hätten ihn gerne heute abend hier bei uns gehabt. Na gut, zurück zu den vermeintlichen „roten Seifenblasen". Was hat uns denn der Steiniger tatsächlich angekreidet? Vor dem SED-Parteitag vom Dezember '89, beschwerte er sich, hatten wir einen regen Verkauf des *Spartakist* mit Schlagzeilen wie „Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!", „Verteidigt DDR und UdSSR durch Weltrevolution!" und „Bildet Arbeiter- und Soldatenräte überall!"

Nun, waren das tatsächlich himmelschwebende Seifenblasen? Die beiden ersten Losungen drücken eine allgemeine Orientierung aus, was allerdings der Stoßrichtung der PDS direkt zuwiderlief. Die wirkliche „rote Seifenblase" war das Trugbild, man-könne die DDR durch einen unmöglichen Klassenfrieden retten. Und nachdem diese Illusion auf die härteste Weise zerplatzt war, pusten die in Sozialdemokraten umgewandelten Exstalinisten die rosafarbigen Seifenblasen in die Luft, man könne den imperialistischen „Rechtsstaat" in einen Sozialstaat verwandeln durch parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck. Bitte sehr, schauen wir uns einfach um. Die antikommunistische Hexenjagd, die hier getrieben wird, ist eine der größten der Welt, Millionen von Rentnern, darunter antifaschistische Kämpfer und KZ-Überlebende, werden ihres Lebensunterhalts beraubt wegen „Systemnähe" in der DDR.

Und was die Losung von Arbeiter- und Soldatenräten betrifft, war das denn damals so ausgeprägt „wirklichkeitsfremd"? Schauen wir uns das näher an. Nachdem die erste Nummer von *Arprekorr* mit der Überschrift „Kein Ausverkauf der DDR! Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!" erschienen war, *kam es tatsächlich zur Bildung von Soldatenräten in verschiedenen Einheiten der Nationalen Volksarmee.* Das ist kein Geheimnis. Ich kann mich ganz gut daran erinnern, wie ein NVA-Soldat zu uns in unseren Treffpunkt damals in Westberlin kam, Mitte Dezember, und uns erzählte, wie er unsere Zeitung gekauft hatte, als er im Noteinsatz beim Rangierbahnhof in Berlin war wegen fehlender Arbeitskräfte, das Blatt dann zusammen mit anderen Materialien von der Trotzkistischen Liga Deutschlands, wie unsere Sektion damals hieß, zurück in den Nordosten mitgenommen hatte und sie dann einen Soldatenrat gründeten. Sie wußten auch vom Fernsehen her von der Bildung eines Soldatenrats im Wachregiment Feliks Dzierzynski beim Hauptquartier des MfS in der Normannenstraße, wo spartakistische Propaganda auch dabei war.

Wir haben später ein Interview mit diesem Soldaten in *Arprekorr* (Nr. 11) veröffentlicht. Da haben wir unter anderem von der Auflösung der Betriebskampfgruppen gesprochen, was praktisch der Entwaffnung der Arbeiterklasse



Wahlplakat der Spartakisten zur Volkskammerwahl am 18. März 1990

gleichkam und damit ein bedeutender Nagel im Sarg der DDR war. Hier könnte ich eine komische Geschichte hinzufügen, die ganz lehrreich ist, vom widersprüchlichen Charakter der stalinistischen Bürokratie. Es war so, als dieser Soldat zurück in die Kaserne kam, saß er in der Kantine mit dem Material der TLD, das er mitgebracht hatte. Da ist sein Politoffizier vorbeigegangen und hat das Wort Trotzki oder trotzkistisch gesehen. Der Soldat dachte, er sei jetzt wirklich in die Scheiße geraten, aber nein, der Offizier schlug ihm einen Austausch vor. Er hatte Trotzkis Buch zur *Geschichte der russischen Revolution* lange Zeit aufbewahrt und wollte es dem Soldaten im Austausch gegen diese Broschüren und Flugblätter leihen. Es wurden Soldatenräte auch in ein paar anderen Einheiten dort an der polnischen Grenze gebildet, und wir haben auch Genossen von denselben Einheiten später zur SpAD gewonnen.

Die Räte hatten sicher am Anfang nur die primitivsten politischen Vorstellungen, Verteidigung der Rechte der Soldaten usw., obwohl sie auch zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften der DDR standen. Aber dies war schon für die NVA-Leitung ein gefährliches Moment, das sich rasch entwickeln konnte. So entschieden sie, schon in den ersten Tagen, die Einheiten einfach aufzulösen und die Soldaten nach Hause zu schicken. Das geschah fast am nächsten Tag nach der Treptower Demo, als es zur Bildung eines Soldatenrats in Beelitz kam.

Was nicht geschah, war die Bildung von *Arbeiterräten,* und das hatte sehr viel mit dem Stalinismus zu tun. Als die SED als Staatspartei zu zerbröckeln begann, waren die Arbeiter einige der ersten, die massenhaft austraten. Das hieß *nicht,* daß sie gegen den Sozialismus gestimmt waren, sondern daß sie ganz genau wußten, *diese* Partei war nicht der Vertreter *ihrer* Interessen. Nachdem sie der alten Führung den Rücken gekehrt hatten, waren sie dann sehr zurückhaltend, sich einer neuen anzuschließen. Und als sie sahen, daß die Modrow-Regierung praktisch aufgegeben hatte und die Wiedervereinigung akzeptierte, haben die Arbeiter in hohem Maß ... für die CDU gestimmt.

Also, nicht ohne Fehler, nicht mit Erfolg gekrönt, obwohl manchmal mit großer Auswirkung, zum Beispiel bei Treptow, haben wir Spartakisten jedoch auf der Basis unseres leninistisch-trotzkistischen Programms *gekämpft.* Und wir haben die bittere Wahrheit gesagt. Und das ist schon etwas. Mittlerweile haben andere Linke ihre eigenen blühenden Lügen von einer sozial gerechteren, friedensstiftenden, ökofeministischen (kapitalistischen) Wiedervereinigung erzählt,

die ebenso trügerisch waren wie die Kohlschen Lügen. Zu solchen rosa Seifenblasen sagen wir Spartakisten nein danke.

Der Stalinismus: Was er ist und was nicht

Soweit eine gekürzte Chronik der Ereignisse und unserer Intervention damals. Jetzt ist es notwendig, den Prozeß der Konterrevolution zu analysieren und in den internationalen Zusammenhang zu stellen. Und dabei kommen wir direkt zur Schlüsselfrage des Stalinismus. Denn was sich in der DDR, aber auch in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und anderswo auf dem Balkan sowie in der Sowjetunion abspielte, war der Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft. Dieses System der bürokratischen Macht ist unter imperialistischem Druck an seinen inneren Widersprüchen *notwendig* zugrunde gegangen. Es konnte nicht ewig weiterleben, auch nicht die hundert Jahre, die Honecker für die weitere Existenz der Mauer vorsah. Denn wie Trotzki schon in den 30er Jahren darlegte: Die stalinistische Herrschaft stellte eine Degenerierung der Oktoberrevolution dar und konnte entweder zu einer politischen Revolution der Arbeiterklasse führen, wobei unter bolschewistischer Führung die Kontrolle der politischen Macht zurückerobert werden würde, oder sie würde zwangsläufig zu einer Konterrevolution führen.

Trotzki hat bis zu seiner Ermordung durch einen stalinistischen Agenten konsequent zur *bedingungslosen* Verteidigung der Sowjetunion gestanden. Das ist schon in dem Zitat zu sehen, das wir im Flugblatt für diese Veranstaltung verteilten, aus dem Brief Trotzkis an die sowjetischen Arbeiter im Jahre 1940: „Wer nicht verteidigen kann, was bereits erobert wurde, wird nie neue Eroberungen machen." Das wird auch jeder klassenbewußte Gewerkschafter einsehen, der seine Gewerkschaft gegen den Boß und gegen den bürgerlichen Staat verteidigt, auch wenn er gleichzeitig gegen eine bürokratische Gewerkschaftsleitung kämpft, die den Arbeiterkampf zurückhält und oft verhindert. Trotzki hat den anschaulichen Vergleich gemacht zwischen der Sowjetunion, oder der DDR, und einer bürokratisierten Gewerkschaft. Ich glaube, dieser Vergleich kann manchen Genossen helfen, den trotzkistischen Begriff der DDR als bürokratisch deformiertem Arbeiterstaat zu verstehen.

Und weil Trotzki es ernst meinte mit der Verteidigung der Sowjetunion — er hatte mit einer Reihe von oppositionellen ehemaligen Kommunisten gebrochen, die die Sowjetunion als „kapitalistisch" wegwarfen, zum Beispiel Urbahns in Deutschland —, hatte er darauf bestanden: „Auch nach unserer Auffassung ist natürlich die tragische Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der erste Arbeiterstaat, geschwächt durch die eigene Bürokratie, unter den vereinten Schlägen der inneren und äußeren Feinde zusammenbricht. Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten." Und das, glaube ich, hat die Internationale Kommunistische Liga getan.

Nicht nur in der DDR. In Moskau, als im August 1991 ehemalige Gorbatschow-Mitarbeiter einen Putsch versuchten, um die Sowjetunion aufrechtzuerhalten, aber *nicht* um ihren Klassencharakter zu verteidigen, und es zum Gegenputsch von Jelzin, der vom amerikanischen Weißen Haus unterstützt wurde, kam, haben wir ein Flugblatt in 50000 Exemplaren in der UdSSR verteilt mit dem Titel „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!" Das war damals auch nicht sehr populär, aber wir haben unsere Klassenpflicht getan.

Aber dann müssen wir fragen, wie es zu diesen tragischen Ereignissen, zu dieser historischen Niederlage für die Arbeiterklasse gekommen ist. Und die Antwort ist im Wesen des Stalinismus zu suchen. Es gibt manche Ex-SEDler und DKPler, die den ganzen Begriff von Stalinismus als eine Erfindung der Bourgeoisie abstempeln wollen. Wenn sie aber dann versuchen, den Kollaps des Sowjetblocks zu erläutern, kommen sie notwendigerweise zu einer Konspirationstheorie. Eine Art linke „Dolchstoßlegende": Gorbatschow war ein kapitalistischer Agent, Punkt. Das ist gerade, was ein Gossweiler oder eine Sahra Wagenknecht behaupten. Mit ersterem macht es überhaupt keinen Sinn zu diskutieren, da er auch heute die Moskauer Mordprozesse der späten 30er Jahre verteidigt. Was letztere betrifft, hat Wagenknecht in ihrem neuen Buch *Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung* — das übrigens eine Zeitlang vom Zollamt beschlagnahmt wurde, um zu sehen, ob es darin „verfassungsfeindliche Äußerungen" gibt! — dieses Schema etwas nuanciert, indem sie behauptet, daß dem letzten Todesstoß ein 30jähriger Prozeß der Degenerierung vorausgegangen war, der mit Chruschtschows Rede beim 20. Parteitag der KPdSU begann.

Das aber bringt sie in eine Reihe von Widersprüchen hinein, weil die Politik von Chruschtschow und seinen Nachfolgern nicht grundsätzlich von der Politik Stalins zu unterscheiden ist. Nehmen wir zum Beispiel Wagenknechts Behauptung, Chruschtschows Auflösung der Kominform 1956 habe „den Anspruch auf eine einheitliche Gesamtstrategie der sozialistischen Weltbewegung" wegfallen lassen. Aber die Kominform war unbedeutend neben der faktischen Abhängigkeit der einzelnen Kommunistischen Parteien von der Sowjetunion. Bei weitem viel wichtiger war die „ersatzlose Auflösung" der Komintern durch Stalin. Damals wollte er die „demokratischen" imperialistischen Alliierten beschwichtigen, was zur Auflösung der KP in den USA führte und auch zur Niederwalzung von Arbeiteraufständen in Norditalien und Griechenland am Ende des Zweiten Weltkriegs mit völliger Zustimmung Stalins. Deshalb auch hatte die KPD nichts unternommen, um für eine Arbeiterrevolution in Deutschland zu kämpfen.

Sicherlich, Chruschtschows Politik der „friedlichen Koexistenz" und dann Breschnjews „Entspannungspolitik" haben zu erheblichen Zugeständnissen an die Imperialisten geführt. Die Sowjetarmee hat zum Beispiel den Krieg in Afghanistan nicht bis zum Sieg durchgeführt, weil der Kreml glaubte, zu Recht, das würde seine Beziehungen zu Washington beeinträchtigen. Und der sowjetische Abmarsch aus Afghanistan im Frühjahr 1989 war ein Auslöser des

Fortgesetzt auf Seite 24

Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 23

Zusammenbruchs des ganzen Sowjetblocks. Dem folgte rasch die Bildung der Solidarnosc-Regierung in Polen, die „sanfte Revolution" in Prag, dann die Preisgabe der DDR. Aber *Stalins* Politik der „friedlichen Koexistenz" hat auch zu enormen Zugeständnissen an den Imperialismus geführt. Gerade deshalb schickte die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg nur begrenzt Munition, weil sie der Blockade der imperialistischen „Demokratien" nicht direkt entgegentreten wollte. Das war auch, was hinter dem fatalen Hitler-Stalin-Pakt stand: die Idee, daß der Kreml irgendwie eine Abmachung mit irgendeiner der imperialistischen Mächte erzielen könnte, die seine Stellung sichern würde. Und diese Illusion hat fast zum Sieg Nazideutschlands über die Sowjetunion geführt.

Warum sich Revisionismus nicht auszahlt

Dann, auf der anderen Seite, gibt es die angeblichen Trotzkisten um Ernest Mandel, die neulich ihre eigene Gruppe in Deutschland gegründet haben, den RSB (Revolutionär Sozialistischer Bund), nach langen Jahren von Entrismus in anderen sozialdemokratischen und halbstalinistischen Organisationen. 1989/90 waren die Mandelianer völlig gelähmt und haben überhaupt nichts getan, um gegen den Anschluß der DDR zu kämpfen. Mandel selbst behauptet, er stand zur Verteidigung der DDR. Aber er hatte gleichzeitig zum Abzug der sowjetischen Truppen aufgerufen, was praktisch zur Auflösung der DDR unter dem Vormarsch des Imperialismus geführt hätte. Und auf jeden Fall war sein „Vereinigtes Sekretariat" praktisch in zwei gespalten. Mandels Widersacher Matti behauptete, daß innerhalb des VS einige die deutsche Wiedervereinigung mit Alka-Seltzer bedauern wollten, während andere (wie er) sie mit Champagner feiern wollten. Also, vielleicht hatte die Zerstörung der DDR Mandel Kopfschmerzen gebracht, aber nicht mehr.

Und jetzt haben die „Theoretiker" der deutschen Mandelianer versucht, das Sterben der DDR „wissenschaftlich" zu rechtfertigen. So machte es neulich Hans-Jürgen Schulz in seiner Broschüre *Zusammenbruch der DDR* (1993), und dies haben wir im *Spartakist* Nr. 113 (Juni/Juli 1994) sehr gründlich analysiert. Was Schulz behauptet, ist, daß die DDR immer, auch nach dem Mauerbau, der BRD gegenüber rückständig geblieben war, und deshalb meint er, daß die DDR zugrunde gehen mußte und sollte, dies hielt er für begrüßenswert. Mit dieser Erklärung könnte man sagen, daß die Sowjetunion zerstört werden müßte, und zwar nicht nur am Ende, sondern bereits zu Beginn.

Wenn man Rußland am Ende des Ersten Weltkriegs ganz alleine betrachtete, war es extrem rückständig gegenüber den Imperialisten und konnte aus seinen eigenen Kräften nicht den Sozialismus entwickeln. Aber so haben die Bolschewiki nicht gedacht: Lenin wollte die imperialistische Kette an ihrem schwächsten Glied brechen, um die Revolution hinein in die hochentwickelten kapitalistischen Metropolen zu tragen. Nach Schulz' Analyse hätten die Bolschewiki im Oktober 1917 nicht zur Macht greifen sollen. Also ist seine Theorie 1917 und 1989/90 ganz einfach *konterrevolutionär*, und es lohnt sich nicht, uns weiter darüber zu unterhalten.

Das bringt mich dann zurück zur Kommunistischen Plattform, und hier möchte ich etwas zu ihrer Broschüre *Warum sind Kommunistinnen in der PDS?* sagen, was übrigens eine sehr gute Frage ist. Bei ihrer Entstehung Ende 1989/Anfang '90 war die Plattform eigentlich ein Klub von Gorbi-Bucharin-Fans. Da hatten sie behauptet, sie sehen „in N. I. Bucharin und seinen Auffassungen eine reale historische Alternative zum Stalinismus und eine schöpferische Weiterführung Leninscher Gedanken". Etwas später, 1992, hatte Sahra Wagenknecht behauptet, *Stalin* habe Lenins Gedanken treu weitergeführt. Wir haben bemerkt, in unserem Artikel zur Kommunistischen Plattform in der aktuellen Nummer des *Spartakist,* daß trotz der Unterschiede innerhalb der KPF zwischen Bucharin-Anhängern und Stalin-Bewunderern die beiden Flügel der Plattform etwas miteinander gemein haben: Sie alle spiegeln" die Ideologie von Bestandteilen einer Bürokratie wider, die sich auf die Fundamente eines Arbeiterstaats stützt.

In Wirklichkeit war die Bucharinsche Rechte Opposition keine Alternative zu Stalin. In ihrem Papier über „Marxismus und Dogmatismus" in der erwähnten Broschüre der KPF meinen Eberhard Czichon und Heinz Marohn, daß Bucharin dabei war, „ein marxistisches Alternativprogramm" Stalin entgegenzustellen, aber: „als Bucharin diesen Versuch unternahm, hatte Stalin bereits das Kräfteverhältnis zu Gunsten der thermidorialen Kräfte entschieden." Aber in Wahrheit hatte Bucharin sich sehr früh der stalinistischen These vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" angeschlossen und sie gegen Trotzki verteidigt. Bucharin hatte auch den Entwurf des Programms des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1928 geschrieben, das als Basis für Stalins sogenannte „Dritte Periode" diente.

Bucharins „Rechte Opposition" wurde nur wenige Monate am Leben gehalten. Sie wurde nie von Teilen der Arbeiterklasse unterstützt, sondern nur von Schichten der Bürokratie, und dann hatte Bucharin kapituliert, um wieder im jetzt voll stalinisierten Apparat eingereiht zu sein. Später hatte er sogar das 1936er Grundgesetz der Sowjetunion geschrieben, nur Monate bevor Stalin auf dieser „rechtlichen" Grundlage Bucharin ermordete. Aber man sieht, weshalb diese Führer der Kommunistischen Plattform in Bucharin ihr Vorbild sehen: Er hatte gerade dieselbe Beziehung zu Stalin wie sie zu Gysi/Bisky. Vielleicht werden sie mal darüber nachdenken, welcher Preis dafür zu bezahlen war. Theoretisch und in der Praxis liefern sie Argumente für Kapitulantentum. Damit war die DDR nicht zu retten, und dies gibt auch keine Perspektive für Arbeiterkämpfe im wiedervereinigten imperialistischen Großdeutschland.

Kennzeichnend für ihren Begriff von Stalinismus ist, daß sie ihn nur aus idealistischer Sicht sehen. Sie sprechen zum Beispiel vom „Widerspruch zwischen Stalins Politik und der revolutionären Idee". Auf dieser Politik basierend, meinen sie. ..entstand ein bürokratisch-administrativer Überbau".



Zentrale Führer der Linken Opposition, 1927. Von links nach rechts, sitzend: Leonid Serebrjakow, Karl Radek, Trotzki, Michail Bogus awski und Jewgeni Preobrashenski. Stehend: Christian Rakowski, Jakow Drobnis, Alexander Beloborodow und Lew Sosnowski

Basil Blackwell Inc.

Das ist für Materialisten völlig verkehrt. Es war auf der Basis der sich konsolidierenden Bürokratie, daß Stalin zur Macht griff, die Bolschewistische Partei Lenins und Trotzkis erwürgte und dann eine Ideologie entwickelte (der „Sozialismus in einem Land"), die den Interessen dieser privilegierten Schicht entsprach. Trotzki hatte aufgrund des marxistischen historischen Materialismus erläutert, wie diese nationalistische, konservative Schicht alles zusammengeschmolzen hatte, was der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands entsprach — das soziale Gewicht von kleinbürgerlichen Schichten —, und besonders die nationale Isolierung der jungen Sowjetunion, das Resultat der Niederlagen der versuchten revolutionären Aufstände des europäischen Proletariats, besonders der deutschen Revolutionen von 1918/19 und 1923.

Der Stalinismus ist zugrunde gegangen, aber der Kommunismus lebt

So konnte Trotzki auch davor warnen, daß diese national-konservative Politik Stalins, der versuchte, eine Tolerierung seitens der Imperialisten zu erzielen, indem er Arbeiterrevolutionen im Westen verhinderte, daß diese Politik der Beschwichtigung des Imperialismus letzten Endes zur Konterrevolution führen würde, wenn der „Totengräber der Revolution" nicht vorher durch eine proletarisch-politische Revolution gestürzt werden würde. Nun, der Stalinismus hatte neuen Atem gewonnen durch seine Ausdehnung nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der Siege der Roten Armee über Hitlerdeutschland, und das hat den Zusammenbruch tatsächlich einige Jahrzehnte hinausgezögert. Aber wenn man die Analysen Trotzkis zur Lage der Sowjetunion in den späten 30er Jahren liest, dann könnte man fast glauben, sie seien für die UdSSR und DDR Ende der 80er Jahre geschrieben.

Trotzki stützte sich auf die berühmten Grundthesen der *Deutschen Ideologie,* wo Marx schrieb, daß der Kommunismus „eine große Steigerung der Produktivkraft" voraussetzt, weil „ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte". Weiter sagte Marx, daß ein „lokaler" Kommunismus der unerträglichen Macht des Weltmarkts nicht widerstehen könnte, daß diese Macht, „jede Erweiterung des Verkehrs" also, „den lokalen Kommunismus aufheben" würde. Und deshalb: „Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker ‚auf einmal' und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt." Er meinte, daß der Kommunismus nur bei der höchsten Entwicklung der Produktivkräfte bestehen kann, weil sonst jeder lokale Versuch zum Kommunismus durch die Macht des Weltmarkts vernichtet wird. Es ist bezeichnend, daß dieser Satz von Marx nirgendwo bei den Theoretikern der KPF zu finden ist. Und nicht zufällig. Als Stalin glauben lassen wollte, es sei möglich, den Sozialismus im rückständigen Rußland zu entwickeln, wollte er diese These aus der Welt schaffen.

Aber für das Verständnis von dem, was in der DDR, in der UdSSR und im ganzen sowjetischen Block geschehen ist, ist diese These unentbehrlich. In seinem Buch *Verratene Revolution* hatte Trotzki bemerkt, daß die Macht der billigen Ware weitaus gefährlicher war als die Bajonette der imperialistischen Heere. Und am Ende ist die DDR an dieser überlegenen wirtschaftlichen Macht des westdeutschen Imperialismus zugrunde gegangen. Eigentlich hatte die DDR sehr große wirtschaftliche Fortschritte gemacht, sie war das zehntstärkste Industrieland der Welt. Aber sie konnte nicht der „unerträglichen Macht" des Weltmarkts widerstehen. Obwohl das Lebensniveau der DDR-Bürger relativ höher war als in verschiedenen westeuropäischen imperialistischen Staaten, zum Beispiel in England, war es ungefähr ein Viertel oder ein Drittel niedriger als in Westdeutschland, und diesen Vergleich konnte die DDR am Ende nicht überstehen. Viele dachten, daß mit der schnellen D-Mark die Ostdeutschen rasch ins Wohlstandsparadies gelangen würden. Statt dessen haben sie Massenarbeitslosigkeit geerntet.

Also, Trotzkis marxistische Analyse ist notwendig, um den Zusammenbruch des Stalinismus zu verstehen. Besonders ist sie wichtig, um die Auswirkung des Stalinismus auf das Bewußtsein der Arbeiter zu .verstehen, was letzten Endes das Entscheidende war. Trotzki machte dabei einen sehr wichtigen Unterschied zwischen den Funktionen des bürgerlichen und des Arbeiterstaats. Das Entstehen des

Fortgesetzt auf Seite 26

Stalinistische Herrschaft...

Fortsetzung von Seite 25

bürgerlichen Staats, hat er in seinem Aufsatz „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus" (Februar 1935) geschrieben, war mehr oder weniger als Krönung, als letzter Schritt einer wirtschaftlichen Entwicklung zu verstehen, und nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution, die sich auf die befreiten Bürger und Bauern stützte, gab es kein Zurück zum Feudalismus.

„Ganz anders steht es mit der Entwicklung der sozialistischen Verhältnisse", stellte er fest. „Begnügt sich der bürgerliche Staat nach der Revolution mit einer bloß polizeilichen Funktion, während er den Markt dessen eigenen Gesetzen überläßt, so tritt der Arbeiterstaat direkt in der Rolle des Wirtschafts-Organisators auf... *Im Unterschied zum Kapitalismus entwickelt sich der Sozialismus nicht automatisch, sondern wird mit Bewußtsein aufgebaut."* Und das ist das Wesentliche. Unter den vielen Verbrechen Stalins müssen wir vor allem die Zerstörung des revolutionären Bewußtseins der sowjetischen Arbeiter hervorheben. Denn dies war vor allem der Grund, warum die Arbeiterstaaten zerstört wurden, nachdem die stalinistische Herrschaftsstruktur zusammenbrach. Ich habe versucht zu zeigen, wie es in der Tat Möglichkeiten und Ansätze für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR Ende 1989/Anfang '90 gab. Aber das Allerschwierigste war, daß es uns in der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, unmöglich war, Jahrzehnte von stalinistischen Mißdeutungen, Verzerrungen und Lügen zu überwinden.

Wir mußten erklären, daß die DDR kein Sozialismus war, sondern die Diktatur des Proletariats, aber durch eine allmächtige Bürokratie deformiert. Als die Steinigers uns vorwarfen, „Exporteure der Revolution" zu sein, mußten wir erklären, daß dies eine alte Ente Stalins gegen die Trotzkisten war, und mußten das ursprüngliche Pro gramm der Kommunistischen Internationale für die sozialistische Weltrevolution wieder aufgreifen. Als viele SEDler und auch andere DDR-Bürger nicht wußten, was sie zur Mauer sagen sollten, die in den imperialistischen Medien unaufhörlich als „Schandmauer" bezeichnet wurde, zur gleichen Zeit, als die DDR als „Unrechtsstaat" abgestempelt war, mußten wir erklären, wie diese Mauer eine bürokratische Maßnahme zur Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats war, die zu verteidigen notwendig war — aber als die Mauer nicht durch imperialistischen Angriff, sondern durch den Aufbruch der ostdeutschen Werktätigen geöffnet wurde, war dies zu begrüßen. Das ist für Marxisten ein ABC, aber der Stalinismus hatte den Marxismus so entstellt, daß ihn die bewußtesten Arbeiter und sozialistisch gesinnte Intellektuelle nicht sofort erkannten.

Diese Aufgabe steht immer noch vor uns, aber durch Veranstaltungen wie diese und durch das Eingreifen in den Klassenkampf packen wir sie an. Wir kämpfen für die Wiederschmiedung einer Vierten Internationale, die Trotzki als seine eigene anerkannt hätte. Als Teil dieses Kampfes suchen wir nach Möglichkeiten für eine revolutionäre Umgruppierung, durch einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen mit Kadern, die eine andere politische Herkunft haben. Nirgendwo ist eine solche Umgruppierung so notwendig und auch möglich, wie in Deutschland nach der erschütternden Zerstörung der DDR. Solch ein Prozeß wird nicht durch diplomatische vertraute Gespräche, sondern nur durch harten politischen Kampf errungen.

Ansonsten möchte ich mit zwei Zitaten diesen Vortrag beenden. Zuerst von Bertolt Brecht: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren." Und dann von Napoleon: „On s'engage, et puis on voit" (Man greift ein, und dann sehen wir weiter).

Zurück zum Kommunismus von Lenin und Trotzki! Vorwärts zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale!«

Tschetschenien...

Fortsetzung von Seite 15

lins und seiner Erben. Das Wiederaufsteigen des großrussischen Chauvinismus, gefördert durch die stalinistische Bürokratie, unterminierte die politischen Grundlagen der Sowjetunion und rief als Antwort antisowjetischen Nationalismus unter den nicht-russischen Eliten der UdSSR hervor. So war die Basis für die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion gelegt, die wiederum weiter dazu beitrug, die Organisation und das Bewußtsein der jeweiligen Arbeiterklassen zu zerstören und zu fragmentieren.

Die Prinzipien des proletarischen Sozialismus sind dem bürgerlichen Nationalismus jeder Couleur fundamental entgegengesetzt. Daher stellen wir uns nicht nur gegen den von einem Imperium besessenen großrussischen Chauvinismus von Jelzin & Co., sondern auch gegen den tschetschenischen Nationalismus des starken Manns Dudajew und den islamischen Fundamentalismus, den er fördern will, wozu auch der Einsatz von Truppen gehört, die von afghanischen Mudschaheddin trainiert wurden. Wir sind für eine Klassenopposition gegen die russische Aggression in Tschetschenien, für organisierte Aktionen der Arbeiterklasse dagegen. Die Verteidigung der Bevölkerung von Tschetschenien ist im Interesse der multinationalen Arbeiterklasse Rußlands! Als proletarische Internationalisten bestehen wir auf dem Recht Tschetscheniens, sein eigenes Schicksal zu bestimmen, dies schließt die Erkenntnis ein, daß die Unabhängigkeit unvermeidlich den Drang verstärken wird, Tschetschenen (und andere kaukasische Völker) aus Moskau und anderen russischen Städten hinauszusäubern.

Heute stehen die Völker des Kaukasus — ein Flickenteppich ethnischer und sprachlicher Gruppen — erneut einem Rußland gegenüber, das die imperialistischen Bestrebungen verfolgt, die Reichtümer und die Grenzen jener Region zu kontrollieren, während die lokalen nationalen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte versuchen, durch Abkommen mit konkurrierenden imperialistischen Hintermännern reich zu werden. Eine internationalistische, revolutionäre Arbeiterbewegung, die für eine demokratisch geplante, egalitäre Wirtschaft und wirkliche Gleichheit unter den Völkern dieser Region kämpft, könnte die arbeitenden Massen aller kaukasischen Völker mobilisieren, um die wütenden brudermörderischen nationalen Konflikte zu beenden. Eine wirklich kommunistische, leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei muß geschmiedet werden im harten Kampf gegen alle Varianten des Nationalismus und besonders gegen den Chauvinismus des großrussischen Unterdrückers.

Hände weg von Tschetschenien! Zerschlagt den russischen Einmarsch!

Verteidigt nationale Minderheiten gegen Unterdrückung und Diskriminierung! Für das Recht Tschetscheniens, sein eigenes Schicksal zu bestimmen! Für vereinigte Aktion der Arbeiterklasse gegen Jelzins Regime der kapitalistischen Verelendung und des großrussischen Chauvinismus!

Kämpft für sozialistische Revolution in allen Ländern der früheren UdSSR!

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)
Moskau, 10. Januar 1995

Metall...

Fortsetzung von Seite 1

Errungenschaften. Sie wollen, sagen sie, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen. Tatsächlich gefährden sie den sozialen Frieden. Selbst in den eigenen Reihen sind die Vorschläge umstritten. . ." Daß ein Generalangriff auf die Arbeiter notwendig ist, darin stimmen alle überein; besorgt sind sie über Abwehrkämpfe der organisierten Arbeiterklasse. Denn wenn die „Sozialpartnerschaft" in die Brüche geht, warnt *Die Zeit* (24. Februar), „fehlt den Arbeitgebern hinterher der Partner, der bei der Modernisierung der Betriebe auch unpopuläre Entscheidungen auf seilen der Arbeitnehmer mittragen kann"!

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von den Arbeitern höhere Sozialleistungen und Löhne erkämpft. Aber die Jahrzehnte der sogenannten „Sozialpartnerschaft" — als die Bosse ein paar Krümel ihrer Profite abtraten, für die die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen die Kämpfe der Arbeiter ausverkauften — sind vorbei. Die heutigen Angriffe sind vor allem ein direktes Ergebnis des Zusammenbruchs der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und der Sowjetunion. Mit der Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR entfiel die Notwendigkeit, den ostdeutschen Arbeitern einen „goldenen Westen" vorzugaukeln, um die kommunistische Gefahr abzuwenden.

Der Abbau des „Sozialstaats" ist Teil einer europaweiten Entwicklung, die in anderen Ländern oft viel dramatischer verlief, wie auch der Widerstand dagegen schärfer war. In Italien sollten die Herrscher die Macht der Arbeiterbewegung brechen und ihre Budgetkrise durch die Verelendung der Werktätigen lösen. Die italienischen Arbeiter antworteten mit dem größten Generalstreik seit Jahrzehnten, der die Bourgeoisie dazu zwang, die „Rentenreform" zu verschieben und Berlusconi fallenzulassen. Aber durch die Unterstützung der italienischen PDS war es ihr möglich, die Dini-Regierung von „Technokraten" aufzustellen, die das gleiche brutale Programm gegen die Arbeiter durchsetzen und den Staatshaushalt zusammenstreichen will.

Kohls Wahlsieg gab grünes Licht, den Abbau des „Sozialstaats" offen anzugehen. Der Präsident der Bosse, Murmann, gab den ersten Schuß ab: „Nur der Abschied vom Wohlfahrtsstaat heutiger Ausprägung kann Arbeitsplätze sichern" (*Capital*, November 1994). SPD-Chef Scharping, Teilhaber in der faktischen Großen Koalition, stimmte ihm in seiner Tutzinger Rede zu. Ende Januar folgte das Treffen zwischen Reichskanzler Kohl, dem „Arbeitgeber"-Chef und der DGB-Spitze, wo DGB-Chef Schulte die Samstagsarbeit ohne Lohnzuschlag unterstützte. Dabei setzte Schulte an der von Schröder/Zwickel konstruierten „Viertagewoche" bei VW an; gepriesen als „arbeitsplatzsichernde Maßnahme", hat sie sich tatsächlich als *Arbeitsplatz- und Lohnkürzung* erwiesen.

Als Drohung benutzen die Bosse eine Verlagerung der Produktion in „Billiglohnländer" (Mexiko, Südafrika und vor allem die ehemaligen osteuropäischen Arbeiterstaaten). Die Löhne in der Tschechischen Republik betragen ein Zehntel der Löhne in Deutschland. Die Gewerkschaftsbürokraten haben darauf nichts anzubieten als das Gift von Protektionismus, wie mit der Forderung nach Subventionen, womit sie die Arbeiter, besonders in den Bergwerken des Ruhrgebiets und in Metallbetrieben, gegen ihre Kollegen im Ausland aufhetzen. Angesichts verschärfter internationaler Konkurrenz ist dies ein Aufruf zum *Handelskrieg*, dem Vorspiel zum imperialistischen Krieg. Die SPD kennt ihren Platz dabei: heute die Verteidigung des „Standorts Deutschland", gestern wie morgen die Verteidigung des ..Vaterlands".

Die kapitalistische Wiedervereinigung hat den deutschen Großmacht-Nationalismus angeheizt und mit der sozialen Zerstörung den Boden für den ansteigenden rassistischen Terror bereitet. Die SPD war mit ihrer Ostpolitik der Vortrupp für die Wiedervereinigung; angesichts der verheerenden Folgen des Anschlusses unterstützte die SPD die Vernichtung des Asylrechts und benutzte ihren Würgegriff über die Gewerkschaften, um Streikaktionen gegen die mörderischen Anschläge auf die Wohnungen türkischer Arbeiter in Mölln und Solingen *abzublocken*. Um die Einheit der multinationalen Arbeiterklasse hierzulande herzustellen, müssen wir für *volle Staatsbürgerrechte aller eingewanderten Arbeiter und ihrer Familien* kämpfen und durch die Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse die Faschisten zerschlagen.

Der umfassende Angriff auf die Arbeiterbewegung sollte mit der sofortigen *Ausweitung* des Streiks aufs ganze Land beantwortet werden, so daß auch die VW-Arbeiter mit ihrem weitverbreiteten Unmut gegen den Schwindel der „Viertagewoche" auf die Straße gehen können. Und die wirtschaftlich schwächeren ostdeutschen Arbeiter, die immer noch bis zu 30 Prozent unter West-Tarif bezahlt werden, aber ihren Kampfwillen bereits beim Metallstreik 1993 demonstriert haben, können im elementaren Kampf für *gleichen Lohn für gleiche Arbeit* unterstützt werden. Aber die DGB-Bürokraten tun alles, um Arbeiterkämpfe iri Ost und West voneinander zu trennen. Die PDS wiederum hält als selbsternannter „Volksvertreter" der Ostdeutschen ihre Unterstützung der SPD-geführten Regierung in Sachsen-Anhalt als Modell hoch; deren Star ist Treuhand-Jobkiller Schucht, der Zehntausende — jetzt größtenteils arbeitslose — Buna-Arbeiter als „Furz in der Weltgeschichte der Chemie" beschimpft hat. Die Chemiearbeiter, deren Tarif ausgelaufen ist und die auf das Ergebnis bei Metall warten, sollten sich in Ost und West dem Metallstreik anschließen, um den widerlichen Zwei-Klassen-Tarif für Neueingestellte zu zerreißen, den der Arbeiterverräter Rappe ihnen aufgezwungen hat.

Die Arbeiter sind bereit, gemeinsam zu kämpfen. Zum Streikbeginn fuhr ein Bus mit Zwickauer Arbeitern vor das Werkstor der Ingolstädter Spinnereimaschinenfabrik, um mit ihren Westkollegen Streikposten zu stehen. Anders als in Frankreich oder den USA, wo die Gewerkschaften erheblich geschwächt sind, ist die IG Metall mehr als stark genug, diesen Streik zu gewinnen. Aber langfristig sind Gewerkschaftsaktionen allein nicht genug, um auf diese „Globalisierung der Produktion" zu antworten, da die Gewerkschaften ihrem Wesen nach national begrenzt sind, wie Karl Marx vor eineinhalb Jahrhunderten feststellte. Um die nationalen Unterschiede der Arbeiter zu überwinden, ist die Führung einer internationalen revolutionären Partei der Arbeiterklasse notwendig.

Die Antwort auf die Großoffensive des Kapitals besteht nicht darin, zu einer nicht existierenden „sozialen Marktwirtschaft" zurückzukehren. Wir brauchen soziale Programme, wie Krippen, Tagesstätten und Horte, von denen im Osten Tausende durch den kapitalistischen Staat *zerstört* wurden. Wir brauchen die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich, was eine *erhebliche* Verkürzung der Arbeitszeit für alle bedeuten würde. Aber solch ein sinnvoller Plan zusammen mit einem massiven Programm öffentlicher Arbeiten ist unvereinbar mit dem Kapitalismus. Dazu müssen wir ein Regime errichten, das auf der Macht von demokratisch gewählten Arbeiterräten beruht. Anders als beim deformierten Arbeiterstaat DDR mit seinem „Sozialismus in einem halben Land" kann es nur durch internationale Ausweitung bestehen, die zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führen muß!«

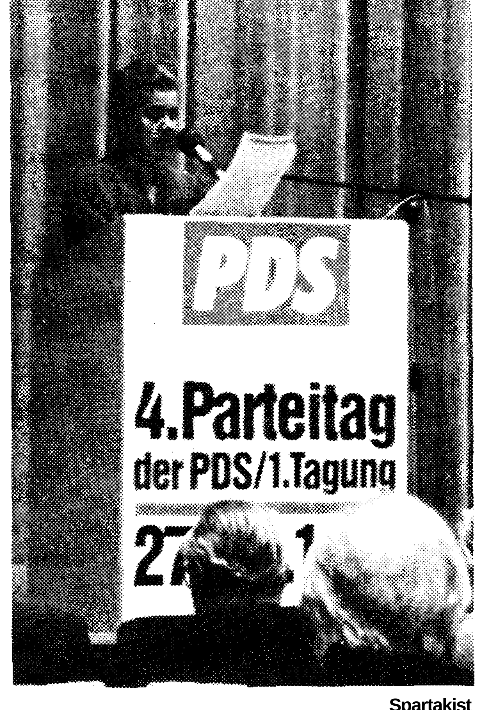
Jamal...

Fortsetzung von Seite 32

land bisher mehr als 4000 DM), kommt ausschließlich Jamais rechtlicher Verteidigung zugute.

Breite Mobilisierung für Jamal in Deutschland

Ein Höhepunkt der Berliner Demonstration am 7. Februar war die Verlesung einer Erklärung der Gewerkschaft IG Medien Berlin-Brandenburg mit dem Beschluß, „Dich, lieber Kollege Mumia Abu-Jamal, aufgrund Deiner internationalen und auch in Deutschland anerkannten journalistischen Tätigkeit als Ehrenvorstandsmitglied der Fachgruppe Journalismus aufzunehmen". Die Bremer Gruppe „Kampagne Mumia Abu-Jamal" schickte eine Grußbotschaft an die Demo. Rudko Kawczynski, Präsident des Roma National Congress RNC, erklärte in einem Schreiben: „Die Todesstrafe ist Barbarei und Menschenverachtung, dieses zu leugnen bedeutet, mitschuldig zu werden am Tod Abu-Jamals!" Grüße des Journalisten Wolfgang Purtscheller wurden überbracht, der über den grausamen Nazi-Mord an vier Roma im österreichischen Burgenland berichtete.



Spartakist



Spartakist

KfsV-Aktivisten mobilisieren beim PDS-Parteitag in Berlin mit Redebeitrag und Unterschriftensammlung

Die lange Liste von Unterstützern zeigt die breite Unterstützung für Jamal in Deutschland, wo die Todesstrafe mit Hitlers Drittem Reich identifiziert wird und wo Zehntausende Jugendliche gegen Rassismus und faschistischen Terror mobilisiert haben. Der Aufruf zu dem Protest wurde auch auf türkisch veröffentlicht, um diese Kampagne in die großen, überwiegend proletarischen, türkischen und kurdischen Bevölkerungsgruppen hineinzutragen.

Jugendliche bildeten das Rückgrat der Mobilisierung für die Kundgebung. Die Jungen Genossen Halle schickten eine Delegation, aus Hamburg kam ein Minibus zur Demo. Die Hochschulgruppe Demokratischer Sozialistinnen (HDS) an der Humboldt-Uni veröffentlichte ihr eigenes Flugblatt und mobilisierte aktiv für die Protestkundgebung, Plakate des RefRat riefen zur Kundgebung auf. Schüler, die wir auf Antifa-Demos, bei der Gedenkfeier für Rosa und Karl sowie auf der Berliner Landesschülerkonferenz getroffen hatten, griffen den Fall energisch auf. Sie verteilten Flugblätter an gut einem Dutzend Schulen, verstreut über ganz Berlin. Im Prenzlauer Berg wurden die linken Cafés von Jugendlichen mit Flugblättern eingedeckt. Junge Frauen aus einem Kinderheim in Lichtenberg mobilisierten ebenso wie Jugendliche aus eingewanderten Familien.

Dank dieser Aktivitäten konnte das KfsV Petitionen mit mehr als 1000 Unterschriften an den Gouverneur Ridge schicken. Nach der Demo nahmen über 100 Jugendliche an einer Veranstaltung der Spartakist-Jugend teil, wo auch das Video „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal" gezeigt wurde. In Hamburg haben sich Jugendliche im Verlauf ihrer Arbeit für Jamal auch mit den Positionen der Spartakisten beschäftigt und sich entschlossen, dafür einzutreten. Dadurch konnte jetzt auch in Hamburg eine Gruppe der Spartakist-Jugend gegründet werden!

Zu den Unterstützern gehörte auch der 4. Parteitag der PDS, der die Kampagne durch Beschluß unterstützte (zum sektiererischen Rückzieher des Parteivorstands siehe den „Offenen Brief auf Seite 5). Eine Reihe prominenter PDS-Unterstützer rief zur Kundgebung auf, darunter der linke Schriftsteller und Bundestagsabgeordnete Stefan Heym, der Dachau-Überlebende Karl Kielhorn und Gregor Gysi, Chef der PDS-Gruppe im Bundestag. Weitere Unterstützer der Jamal-Demo waren die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano, die Kommunistische Plattform (KPF) der PDS in Hannover und Sachsen-Anhalt, die AG „Junge Genossen" Halle, die Rote Hilfe Göttingen, die Sozialistische Alternative Voran, der Revolutionär Sozialistische Bund in Berlin und die Jugendgruppe ,,Red



Workers Vanguard

Harrisburg, 17. Januar: Jugendliche demonstrieren beim Amtsantritt des neuen Gouverneurs von Pennsylvania für Jamais Leben

Riot" in Paderborn, Anhänger von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat.

Internationale Unterstützung für Jamal

Die Föderation kurdischer Vereine in Europa hat aus Brüssel ihre Stimme für den Aufruf, Jamal zu retten, erhoben. In Frankreich verurteilte die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, geführt von Georges Marchais, dem ehemaligen Chef der Kommunistischen Partei, die rechtliche Vendetta gegen Jamal. Der weltbekannte Nazi-Jäger Serge Klarsfeld und seine Organisation, Söhne und Töchter von französischen jüdischen Deportierten, brandmarkte Jamais Lage als „inhuman".

In Brasilien schickte die Palmares-Kulturstiftung (nach dem Führer der Sklavenrevolte Zumbi de Palmares benannt) im Dezember einen Brief an Gouverneur Ridge. Darin heißt es: „Dies ist der Aufruf, den wir hier in Brasilien von vielen afro-brasilianischen Bewegungen und Menschenrechtsbewegungen einstimmig gehört haben... Als schwarze Bürger eines Landes ohne die Todesstrafe rufen wir dazu auf, Mumia Abu-Jamals Leben zu retten."

Dieser Ruf wird auch in Südafrika erhoben, wo die staatliche Exekution von Schwarzen und anderen ein wesentlicher Bestandteil der Unterdrückung unter dem rassistischen Apartheid-System war. Letzten September schrieb die Workers' Organisation for Socialist Action (Arbeiterorganisation für sozialistische Aktion — WOSA) aus Südafrika in ihrem Brief an das PDC:

> „Die Tatsache, daß diese gräßlich barbarische Maßnahme auch auf rassistische Weise und zu politischen Zwecken verwendet wird, wie im Fall des Genossen Mumia Abu-Jamal, ist ein klares Indiz für den Bankrott des westlichen Imperialismus."

Die Kampagne für Jamal bietet eine Gelegenheit, gegen das bürgerliche System der t/ngerechtigkeit in allen seinen Formen überall auf der Welt zu mobilisieren. Anfang der 30er Jahre trugen von der Arbeiterbewegung unterstützte Proteste in Berlin, Paris und anderen Städten in Europa sowie in den ganzen USA wesentlich dazu bei, daß der legale Lynchmord an den Scottsboro-Boys verhindert wurde — an neun schwarzen Jugendlichen, die fälschlicherweise beschuldigt worden waren, zwei weiße Frauen vergewaltigt zu haben.

Die Einheitsfrontdemonstration am 7. Februar in Berlin war, wie die KfsV-Sprecherin Catherine Aubel betonte, ein guter Anfang, aber *nur* der Anfang in einem langen, harten Kampf um Mumia Abu-Jamals Leben:

> „Jeder hier muß ein Aktivist sein, um das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten. Vor allem muß die multinationale Gewerkschaftsbewegung Jamais Sache zu ihrer eigenen Sache machen. Die Kollegen der IG Medien haben den Weg gezeigt."

Nachstehend drucken wir Auszüge aus den Reden und Grüßen, die bei der Kundgebung verlesen wurden. Zur Eröffnung verlas Susann Baller, Mitglied des Studentenparlaments der Humboldt-Universität auf der Liste „HDS/ Linke Offene Liste", den Artikel „Der Besuch" von Mumia Abu-Jamal. Anschließend überbrachte sie eine Grußbotschaft von Angela Davis:

Angela Davis

Ehemals Mitglied der Black Panther Party und KP/USA

Grüße an alle, die sich heute in Berlin versammelt haben, um die Bewegung zur Rettung von Mumia Abu-Jamal zu unterstützen. In einer Zeit, in der offene Repression — in Form der Anti-Verbrechen- und Anti-Immigranten-Hy-

Fortgesetzt auf Seite 30

Michael und Robert Meeropol, Söhne der Rosenbergs

„Könnte es wieder geschehen?"

Die folgende Erklärung von Michael und Robert Meeropol, den Söhnen von Ethel und Julius Rosenberg, wurde bei einem Forum des PDC in Boston, USA, am 16. Februar verlesen.

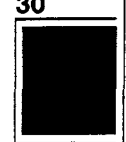
Im Juni 1953 wurden unsere Eltern, Ethel und Julius Rosenberg, von der Regierung der Vereinigten Staaten hingerichtet. Die offizielle Anklage lautete auf Verschwörung zur Spionage. Die Anklage im öffentlichen Bewußtsein und so, wie sie sowohl vom Richter als auch von Präsident Eisenhower benutzt wurde, um die Todesstrafe zu rechtfertigen, bestand darin, sie hätten das Geheimnis der Atombombe gestohlen und das Überleben unserer Nation direkt in Gefahr gebracht. Wir wissen jetzt, daß diese Beschuldigung völlig falsch war und daß das FBI und die Staatsanwälte, die diese Anklage erhoben, wußten, daß sie falsch war. Dies ist nur ein schwacher Trost, denn unsere Eltern sind seit Jahren „definitiv tot".

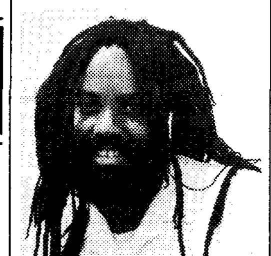
Selbst zur Zeit der Hinrichtung, als Amerika von der Kalten-Kriegs-Hysterie eines McCarthy ergriffen war, war es für jeden offensichtlich, daß der Fall unserer Eltern zuallererst *ein politischer* Fall war. Sie selbst waren sich darüber im klaren, daß sie *politische Gefangene* waren.

Seit mehr als 20 Jahren arbeiten wir dafür, die Wahrheit über das Unrechtsurteil gegen unsere Eltern an die Öffentlichkeit zu bringen. Als wir anfingen, unsere Meinung deutlich zu vertreten, fragte man uns immer und immer wieder besorgt: „Könnte es wieder geschehen?"

Wir haben uns heute abend hier versammelt, weil zum erstenmal seit der Hinrichtung unserer Eltern wieder ein politischer Gefangener in der Todeszelle sitzt. Laßt euch nichts vormachen. Die Todesstrafe wurde in diesem Fall verhängt wegen der *Politik* von Mumia Abu-Jamal. Laßt euch nichts vormachen, das Rechtssystem fegt alle Beweise für das Fehlverhalten der Staatsanwaltschaft und für andere Verweigerungen eines ordentlichen Verfahrens zur Seite wegen der *Politik* von Mumia Abu-Jamal. Laßt euch nichts vormachen, die Antwort auf die Frage, ob so etwas wie der Fall unserer Eltern wieder geschehen könnte, ist ein schneidendes *Ja*, ausgesprochen vom Obersten Gerichtshof und dem neuen Gouverneur des Staates Pennsylvania.

Unsere Eltern sind durch die Mobilisierung von Tausenden Amerikanern beinahe gerettet worden. Mumia kann immer noch gerettet werden, wenn wir uns mit ganzem Herzen dafür einsetzen, seinen besonderen Fall bekannt zu machen und auch, auf welche schreckliche Weise die Todesstrafe als die letzte Waffe gegen politische Gegner des Status quo eingesetzt wird — sowohl um die gefährlichsten umzubringen als auch um den Rest einzuschüchtern. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Wir dürfen uns nicht davon abschrecken lassen, Mumia zu verteidigen. Wir müssen dafür sorgen, daß *kein amerikanischer politischer Gefangener* das Schicksal von Ethel und Julius Rosenberg erleiden muß.





Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal

Im Hochsicherheitstrakt

Über viele lange Jahre, über Berge von Angst, durch Ströme der Unterdrückung, aus den Tiefen des Tals der Todesschatten — ich überlebe und grüße euch, im stetigen Geist der Rebellion. ONA MOVE!

Meine Worte erreichen euch aus Pennsylvanias neuer, heller, glänzender Hölle. Der Super-Hochsicherheitsknast dieses Staates ist eine durch und durch politische Konstruktion, errichtet nur zu dem Zweck, die Furcht derjenigen zu besänftigen, die jahrelang im Blut und Elend der Armen geschwelgt haben. Es ist der neueste, letzte, verrückte Schrei der Strafvollzugsbehörde; aber ich frage euch, die ihr unter der Illusion eurer eigenen sogenannten Freiheit schuftet, fühlt ihr euch jetzt sicherer?

Amerikas herrschende Klassen rasen rückwärts in ein neues Dunkles Zeitalter, und das Gewicht der Repression rollt leichter mit jeder Stunde, die vergeht. Aber so, wie die Repression wächst, so muß es auch der Widerstand. Gebetsmahnwachen sind nicht genug. Mitternächtliche Spaziergänge mit Kerzenlicht sind nicht genug. Prestigeträchtige Appelle für Regierungspietät sind nicht genug.

Es ist Zeit für direkte Aktion. Für Massenaktion. Für geballte Aktion der schweigenden vielen, deren furchtsames Schweigen als zustimmendes Schweigen verstanden wird. Wie unsere Vorväter, unsere Vormütter, all unsere Freunde und Verwandten, müssen wir um jeden Zentimeter errungenen Boden kämpfen. Die Welle der Unterdrückung, die über dieses Land rollt, wird nicht durch gute Wünsche gestoppt, sondern nur durch eine Gegenwelle von entschlossenen Menschen, die ihr Ziel fest vor Augen haben. Ich hoffe, ihr werdet zu ihnen gehören.

Aus der Todeszelle schicke ich euch meinen Dank und mein Salute.

ONA MOVE! *LANG LEBE JOHN AFRICA!*

9. Februar 1995

Jamal...

Fortsetzung von Seite 29

sterie — an der Tagesordnung ist, müssen wir unsere Kampagne gegen Rassismus im Strafrechtssystem beschleunigen. Eine unserer zentralen Forderungen ist die Abschaffung der Todesstrafe, besonders angesichts ihrer rassistischen Anwendung als eklatante Form des Staatsterrors. Der Fall von Mumia Abu-Jamal ist zum wichtigsten Fall dieser Anfechtung der Todesstrafe geworden. Wir fordern die Umwandlung von Mumia Abu-Jamals Todesstrafe und seine Freilassung auf Kaution bis zu einem neuen Verfahren. Es sollte ihm erlaubt sein, seinen Ruf wiederherzustellen und sein Leben als energischer und engagierter politischer Aktivist und Organisator und als die journalistische „Stimme der Entrechteten" wieder aufzunehmen.

Nemera Desisa

Stellvertretender Vorsitzender des Deutsch-Ostafrikanischen Begegnungszentrums Wedding

Ich bin 1952 in Äthiopien geboren, 1978 bin ich durch konterrevolutionäre Kräfte, durch Rechtsextremisten durch fünf Kugeln verletzt worden, seitdem sitze ich im Rollstuhl. Der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal sitzt seit über zwölf Jahren wegen seiner politischen Taten und Überzeugungen in der Todeszelle in den USA. Die Schwarzen in den USA werden in ihrer eigenen Heimat als Fremde betrachtet und als Sklaven behandelt. Sie sind als Minderheit rassistischer Unterdrükkung ausgesetzt.

In den USA ist die Todesstrafe die Speerspitze der Politik des Staates, bei der rassistischen Unterdrückung der Schwarzen und auch der Hispanics. Mit der Todesstrafe entscheidet der Staat, wer lebt und wer stirbt. Mumia Abu-Jamal ist international bekannt. Er hat für die schwarzen Amerikaner und gegen die rassistische Unterdrückung gekämpft. Das ist der Grund, daß der Staat ihn verhaftet und zum Tode verurteilt hat. Im Namen des Deutsch- und Ostafrikanischen Begegnungszentrums appelliere ich deshalb an alle Menschen dringend, diese Kampagne zu seiner Unterstützung fortzusetzen, seinen Fall überall bekanntzumachen, damit er seine Tätigkeit als Journalist fortsetzen kann, um sein Leben und das Leben aller unter Todesstrafe Stehenden zu retten.

Sigrun Steinborn

Mitglied der Abgeordnetenhausfraktion der PDS

Wir unterstützen auch die internationale Kampagne zur Freilassung von Mumia Abu-Jamal. Sowohl der Bundesparteitag, wie ihr sicherlich wißt, als auch die PDS Berlin hat auf ihrem Landesparteitag am letzten Sonntag die Unterstützung dieser internationalen Kampagne beschlossen. Es geht uns vorrangig darum, daß Mumia Jamal der drohenden Todesstrafe entzogen wird, und es geht uns darum, daß wir generell gegen die Todesstrafe auftreten. Das ist zum einen Ausdruck einer ganz primitiven Rache der Gesellschaft gegenüber den Individuen und zum anderen darüber hinaus eben Instrument der rassistischen Politik, die Ausdruck davon ist, daß in den amerikanischen Gefängnissen die Mehrheit Schwarze oder Farbige sind, die zur Todesstrafe verurteilt sind. Und deshalb unterstützen wir diese internationale Kampagne. Unser Protest muß so stark sein, daß er über den großen Teich hinüberreicht und den Arm des Ministerpräsidenten von Philadelphia aufhält, damit er diesen Vollzugsbescheid nicht unterschreiben kann und damit sich endlich die Türen des Knastes öffnen und Mumia Abu-Jamal endlich frei heraustreten kann, endlich seine Familie besuchen kann und wieder politisch tätig sein kann. Freiheit für Abu-Jamal!

Heinrich Fink .

Vorsitzender des Komitees für Gerechtigkeit und Mitglied im Bund der Antifaschisten

Liebe Freunde. Wenn ich mich hier in den Protest für Mumia Abu-Jamal mit einreihe, dann tue ich das sehr persönlich. Ich möchte, daß Mumia Abu-Jamal am Leben bleibt. Wenn wir dieser Tage gedenken, daß vor 50 Jahren Auschwitz durch die Rote Armee befreit wurde, wenn allerorten, auch in Amerika, des Holocaust gedacht wird, dann

bin ich sicher, daß das Gedenken an die sechs Millionen Juden nicht ausschließen kann, daß wir an Mumia Abu-Jamal im Augenblick denken. Jetzt heißt es leben, nicht in der Erinnerung. Wir meinen, daß der Kampf von Martin Luther King gegen die Apartheid, den er selbst mit seinem Leben bezahlen mußte, den Mumia Abu-Jamal fortsetzt, deutlich werden muß in unserer Solidarität.

Todesurteile können nicht mehr im 20. Jahrhundert Mittel der Justiz sein. Wir kämpfen um Gerechtigkeit und meinen, daß diese Gerechtigkeit sich im Leben eines jeden Menschen verwirklichen muß. Und daher sollte die Hexenjagd aufhören, die Hexenjagd gegen ihn, gegen die, die mit Wort und Zunge, mit Stift und Zeitungen gegen jegliche Diskriminierung und Verbrechen antreten. Wir sind an der Seite von Mumia Abu-Jamal und meinen, vieles tun zu müssen, weil wir selbst durch die Rote Armee vom Faschismus befreit wurden.

Catherine Aubel

Komitee für soziale Verteidigung

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Ihr, die ihr aus unterschiedlichen Ländern, mit unterschiedlichen Erfahrungen und mit euren unterschiedlichen politischen Ansichten heute hierhergekommen seid, habt damit ermöglicht, daß für Mumia und alle Opfer der schauderlichen Todesstrafe heute hier eine Tribüne errichtet werden konnte. Und das ist genau, was Mumia will.

Wie Ihr wißt, geht Mumias Rechtsanwalt in den nächsten Wochen in Berufung, um einen neuen Prozeß zu erreichen. Nun, wer sind denn die Leute, die zu entscheiden haben, ob Mumia lebt oder stirbt? Sein Richter von 1982 hat mehr Menschen zum Tode verurteilt als jeder andere Richter in den gesamten USA. Und mit ein, zwei Ausnahmen waren es alle Schwarze oder Spanischsprechende. Und wer sind die Stoßtruppen, die für Mumias Hinrichtung Sturm laufen? Ist es nicht die Polizei, die 1985 in Philadelphia ganze Häuserblöcke der schwarzen Nachbarschaft um Osage Avenue niederbrannte und elf Mitglieder der MOVE-Organisation — Männer, Frauen und Babies — bei lebendigem Leib verbrannte?

Das „legale" Lynchen von Jesse Dwayne Jacobs letzten Monat in Texas — vollzogen im vollen Bewußtsein seiner Unschuld — zeigt uns, daß der Kampf um Jamais Leben kein fairer Kampf sein wird. Wir kämpfen gegen einen reaktionären Kreuzzug in den USA, der die Armen, aber vor allem die Schwarzen, ins Visier genommen hat. Dieses Klima folgt auf das Niederschlagen von einer Reihe von Streiks in den 80er Jahren in den USA. Aber die multinationale Arbeiterbewegung kann einen Strich durch diese Rechnung ziehen. Und eine breite soziale Protestbewegung kann die Lage umdrehen. Wenn wir gegen das „legale" Lynchen von Jamal kämpfen, führen wir einen Schlag gegen den gesamten Apparat der rassistischen, kapitalistischen Repression.

Reinhard Strecker

Jüdische Gruppe Berlin

Wir haben genügend Zweifel an dem Verfahren, um zu verlangen, daß dieses Verfahren von Grund auf überprüft wird und keinerlei Hinrichtungsanordnung gegeben wird, daß es dann hoffentlich zu einer Freilassung kommt. Wir haben zu viele Unrechtsurteile aus rassistischen Gründen in den verschiedensten Ländern auch in den letzten Jahren erlebt und glauben, daß dieses Urteil nicht vollstreckt werden darf. Gerade angesichts der Tatsache, daß wir nicht vergessen können, daß wir nicht von unseren Landsleuten aus den Lagern und Gefängnissen befreit worden sind, sondern durch die Alliierten. Wir müssen die Freilassung von Mumia Abu-Jamal und eine Überprüfung des ganzen Verfahrens erreichen. Und wenn es wirklich massenhaft Proteste gibt, die auf beiden Wegen — an die amerikanische Botschaft wie auch an den Gouverneur direkt — gehen, wird das sicherlich einen Beitrag dazu leisten. Danke.

Guley

Kurdistan Informationsbüro

Liebe Freundinnen und Freunde, wir Kurden in Berlin verurteilen die politische Haltung des Gouverneurs von Pennsylvania und fordern die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal, die Stimme der Stimmlosen.

Auch in Kurdistan und der Türkei ist die Presse- und Meinungsfreiheit außer Kraft gesetzt. Jeder, der sich gegen den Vernichtungsfeldzug des türkischen Staates gegen das kurdische Volk äußert, wird verhaftet, gefoltert und sogar ermordet. Das türkische Regime könnte den Völkermord am kurdischen Volk ohne die wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung der Imperialisten, insbesondere von Deutschland, nicht länger als drei Monate durchhalten. Waffenlieferungen in Milliardenhöhe, Ausbildung der türkischen Todesschwadronen durch die GSG-9-Einheiten leisten Beihilfe zum Völkermord am kurdischen Volk. Kriminalisierung erfährt das kurdische Volk auch in Deutschland. Wir rufen alle Menschen zur Solidarität mit den Unterdrückten. Wir rufen alle Menschen zur Solidarität mit Mumia Abu-Jamal und fordern die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal und allen anderen politischen Gefangenen! Es lebe der Kampf für Freiheit und ein menschenwürdiges Leben! Es lebe der Internationalismus!«

SPARTAKIST

Schließt Euch der Kampagne an!

Rettet Mumia Abu-Jamal!



ND/Robert Grahn

Berlin, 7. Februar: Demo fordert „Weg mit der rassistischen Todesstrafe!"

Angesichts einer rassistischen Staatsoffensive in den USA, die darauf abzielt, immer mehr Opfer in die Hinrichtungskammern zu schieben, erheben Gegner der Todesstrafe aus aller Welt ihre Stimme und schließen sich der Kampagne an, das Leben des schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal zu retten. Gleich nach seinem Amtsantritt im Januar kündigte der neue republikanische Gouverneur Ridge an, daß er Hinrichtungsbefehle unterschreiben will. Außerdem schlug er Gesetze vor, die die Vollstreckung der Hinrichtung innerhalb von 30 Tagen nach dem Unterzeichnen des Befehls vorschreiben. Die Verlegung von Jamal in einen neuen Hochsicherheitsknast im ländlichen westlichen Teil von Pennsylvania am 13. Januar ist äußerst bedrohlich.

Jamais Fall wird zum *Brennpunkt* der Opposition gegen die rassistische Todesstrafe. Gewerkschafter, Antifaschisten, Linke und antirassistische Jugendliche haben die dringenden Aufrufe des Partisan Défense Committee (PDC) in den USA, des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) in Deutschland sowie ihrer Schwesterorganisationen in anderen Ländern aufgegriffen, Einheitsfrontaktionen zur Verteidigung von Jamal zu organisieren. In Berlin trotzten am 7. Februar 300 Menschen einem kalten Regen und demonstrierten vor der Außenstelle der US-Botschaft mit der Forderung: *Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!* Vier Tage später demonstrierten 400 für die Abschaffung der Todesstrafe in New York City und sammelten 3000 Dollar für Jamais rechtliche Verteidigung.

Die Verfolgung von Jamal wirft ein grelles Licht darauf, worum es bei der rassistischen Todesstrafe überhaupt geht: um „legale Lynchjustiz". Jamal ist ein ehemaliger Führer der Black Panther Party, ein Unterstützer der schwarzen MOVE-Gemeinschaft aus Philadelphia und ein mutiger Journalist, der dafür bekannt ist, daß er Amerikas rassistische Herrscher schonungslos brandmarkt. Auch hinter den Gittern der Todeszelle bleibt Jamal seit 13 Jahren „the Voice of the Voiceless", die Stimme der Entrechteten, und schreibt Artikel, die regelmäßig in vielen Zeitschriften erscheinen, auch im *Spartakist.*

In den kommenden Wochen werden Kundgebungen und Veranstaltungen zur Verteidigung von Jamal in Städten der ganzen USA stattfinden. In New York redeten auf der Kundgebung Gewerkschaftsführer, die die Macht und das Gewissen der Arbeiterbewegung repräsentieren; sie vertreten Hunderttausende Werktätige im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen und beim Telefonnetz. In Boston wurde eine Erklärung von Michael und Robert Meeropol verlesen, den Söhnen von Ethel und Julius Rosenberg (siehe Seite 29). Eine Einheitsfrontkundgebung fand am 9. Februar in Sydney/Australien statt, unterstützt von Gewerkschaften sowie Organisationen der Aborigines, Studenten und Linken. Am 21. Februar demonstrierten rund 80 Teilnehmer auf einer Kundgebung in Paris, zu der die französische Schwesterorganisation des KfsV aufgerufen hatte. Diese Kundgebung wurde u.a. auch unterstützt von der Ligue trotskyste de France und der maoistischen Organisation communiste marxiste-léniniste (OCML). Weitere sind in Tokio (Ende Februar), Toronto und Vancouver in Kanada (11. März) sowie Mitte März in London geplant. Das Geld, das bei diesen Veranstaltungen gesammelt wird (in Deutsch-

Fangesetzt auf Seite 28

Proteste aus Brasilien, Südafrika, Deutschland, USA

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

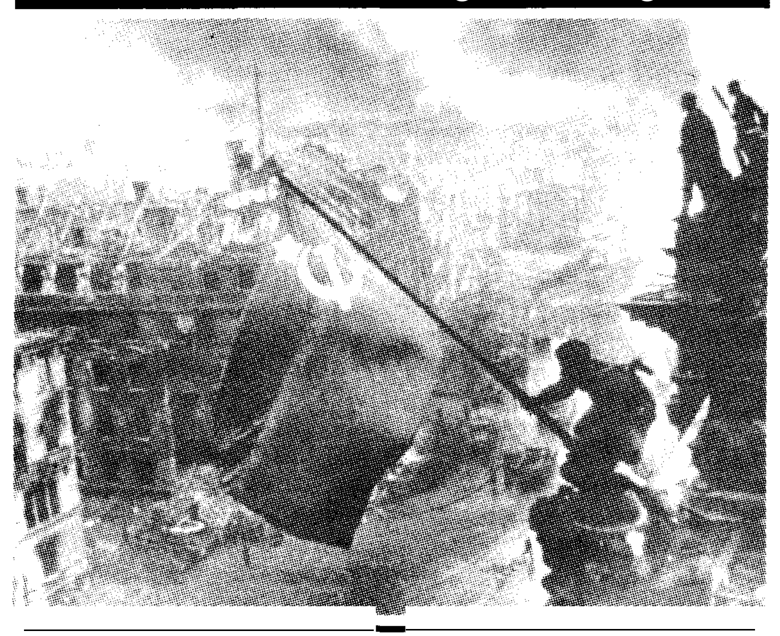
SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 118 MAI/JUNI 1995 50 Pfennig

Viertes Reich greift nach Weltmachtrolle

Rote Armee zerschlug Nazi-Regime!



Am 8. Mai 1945 zerschlug die Rote Armee das Nazi-Regime und befreite Europa und die Menschheit vom Alptraum von Hitlers völkermörderischem Terror. Auf der ganzen Welt ist dies für die Werktätigen ein Tag zum Feiern. Aber 50 Jahre danach und fünf Jahre nach der kapitalistischen Konterrevolution, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstört hat, will der wiedervereinigte deutsche Imperialismus den 8. Mai für seine Zwecke benutzen und Deutschlands wiedergeborene „nationale Identität*' feiern. Helmut Kohl diktiert jetzt, wo und auf welche Art die Feiern zum 8. Mai in Europa abgehalten werden. Er setzte durch, daß sein Besuch bei Boris Jelzin in Moskau keinesfalls die traditionelle Befreiungsparade einschließt, obwohl Jelzins Armee absolut nichts mehr mit der Roten Armee zu tun hat, die Auschwitz befreite. Die Zeit der Kniefälle des deutschen Imperialismus vor den Opfern des Dritten Reichs, wie von Willy Brandt vor über 20 Jahren im Warschauer Ghetto vorexerziert, ist vorbei. Lech Walesa, der Präsident von Polen, wurde von den geplanten Gedenkfeiern in Berlin ausgeladen. Mit der atemberaubenden Arroganz von Herrenmenschentum erklärte Kohl, daß sieja ansonsten *alle* Länder einladen müßten, die von Nazideutschland überfallen und verwüstet wurden.

Die Herrscher des imperialistischen Deutschland mit ihrem neuen Großmachtstreben haben nicht vor, die Niederlage des Reichs zu „feiern". Statt dessen feiern sie die „Wiedererlangung der völligen Souveränität" und ihre wirtschaftliche Macht. Schon im September letzten Jahres inszenierten Kohl & Co. eine „russenreine" Feier beim Abschied der amerikanischen, britischen und französischen Truppen (die Russen wurden getrennt abgefertigt): mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr, komplett mit militärischem Fackelzug durch das Brandenburger Tor. Und *Der Spiegel* begann das Jahr 1995 mit der Fotogeschichte „Aufstieg aus Ruinen": 50 Jahre wachsender Wohlstand im antikommunistischen Bollwerk Westdeutschland.

Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung und der anschließenden Zerstörung der Sowjetunion schreiben die deutschen Herrscher die Geschichte neu. Bonn tritt als Sieger auf und feiert die „Befreiung" ... von 45 Jahren „sowjetischer Zwangsherrschaft" in Ostdeutschland. Der Aufruf „Gegen das Vergessen", unterschrieben von dem extremen CDU-Rechtsaußen und Ostfrontkämpfer Alfred Dregger, den zunehmend lauten Ultrarechten um Alexander von Stahl (FDP), Republikaner-Nazis und auch dem DDR-Bürgerrechtler Siegmar Faust, fordert ein „Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation". Der Aufruf richtet sich gegen die „einseitige" Charakterisierung des 8. Mai als Tag der „Befreiung"; bedeute dieser doch „zugleich auch

Fortgesetzt auf Seite 7

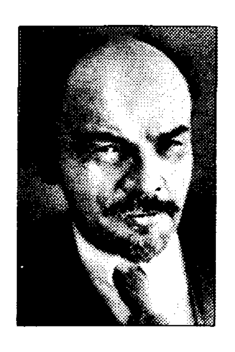
Seid bereit für sofortige Not-Demonstrationen!

Weltweite Proteste zur Rettung von Mumia Abu-Jamal

...Seite 12

Rassismus und Kapitalismus


TROTZKI


LENIN

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus Abraham Leons Judenfrage und Kapitalismus *ab, einer scharfsinnigen materialistischen Analyse der jüdischen Frage und der Rolle des Antisemitismus im Kapitalismus. Leons eigenes Leben spiegelte die Entwicklung einer ganzen Generation von jüdischen Sozialisten wider, die durch die Oktoberrevolution zum Kommunismus gewonnen worden war.*

Léon war ein belgischer Jude polnischer Herkunft, der am Anfang des Zweiten Weltkriegs von der linkszionistischen Jugendorganisation Haschomer Hatzair zum Trotzkismus gewonnen wurde. Bereits in jungen Jahren wurde er zu einem anerkannten und höchst talentierten Führer der trotzkistischen Bewegung. Er leitete die trotzkistische Untergrundorganisation in Belgien und die Arbeit der belgischen trotzkistischen Zelle in der deutschen Wehrmacht, wo die Trotzkisten klandestine revolutionäre Propaganda unter deutschen Soldaten verbreiteten. Abraham Léon wurde im Juni 1944 festgenommen, als er im Gebiet von Charleroi ankam, um die Kontrolle der klandestinen Arbeit unter den Bergarbeitern in die Hand zu nehmen, die etwa 15 Bergwerke erfaßte und die Herausgabe von Le Réveil des Mineurs *einschloß. Nachdem er von der Gestapo gefoltert worden war, wurde Léon im Alter von 26 Jahren in den Gaskammern von Auschwitz ermordet.*

Die ungezügelte Entfaltung der Produktivkräfte, die auf die engen Grenzen der Konsumtionsfähigkeit stößt — das ist die wirkliche Triebkraft des Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus. Statt dessen ist scheinbar jedoch die Rasse seine offensichtlichste Kraft. Der Rassismus ist also in erster Linie die ideologische Verkleidung des modernen Imperialismus. Die „für ihren Lebensraum kämpfende Rasse" spiegelt nichts anderes wider als den ständigen Expansionszwang, der den Finanz- oder den Monopolkapitalismus charakterisiert.

Wenn der fundamentale kapitalistische Widerspruch zwischen der Produktion und der Konsumtion das Großbürgertum dazu zwingt, für die Eroberung ausländischer Märkte zu kämpfen, so zwingt er das Kleinbürgertum, für die Ausdehnung des Binnenmarktes zu kämpfen. Das Fehlen der Absatzmärkte im Ausland geht Hand in Hand mit deren Fehlen im Inland. Während die Großbourgeoisie verbissen gegen die Konkurrenz im Ausland kämpft, kämpft das Kleinbürgertum nicht weniger verbissen gegen seine Konkurrenten im Inland. Der nach außen gerichtete Rassismus wird von einem internen Rassismus ergänzt. Die kapitalistischen Widersprüche, die sich im 20. Jahrhundert extrem verschärften, führen auch zu einer Verschärfung des externen und des internen Rassismus...

Erst der Kapitalismus hat dadurch, daß er dem nationalen Problem eine wirtschaftliche Basis gegeben hat, auch die unüberwindbaren nationalen Gegensätze geschaffen. Vor Einbruch des Kapitalismus lebten Slowaken, Tschechen, Deutsche und Franzosen in völliger Eintracht miteinander. Die Kriege hatten keinen nationalen Charakter; sie interessierten nur die besitzenden Klassen. Die Politik erzwungener Assimilierung und nationaler Verfolgungen war bei den Römern unbekannt. Die barbarischen Völker ließen sich auf friedlichem Wege romanisieren oder hellenisieren. Die nationalen kulturellen und linguistischen Antagonismen von heute sind nichts anderes als die Folgen der vom Kapitalismus geschaffenen wirtschaftlichen Widersprüche. Mit dem Verschwinden des Kapitalismus wird das nationale Problem seine Schärfe völlig verlieren. Wenn es auch verfrüht wäre, von einer weltweiten Assimilation der Völker zu sprechen, so ist es doch offensichtlich, daß eine globale Planwirtschaft eine beträchtliche Annäherung aller Völker der Welt zufolge hätte. Es wäre jedoch unangebracht, die Assimilierung künstlich voranzutreiben; nichts könnte ihr mehr schaden. Noch ist nicht vorauszusehen, welcher Art die „Nachfahren" des heutigen Judentums sein werden. Aber der Sozialismus wird darüber wachen, daß sich diese „Generation" unter optimalen Bedingungen entfalten kann.

Abraham Léon
Judenfrage und Kapitalismus, Dezember 1942

SPARTAKIST 

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231. 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 555. 10127 Berlin, Fax (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 118 **Mai/Juni 1995**

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle
SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Wiederbelebung von Stalins Verleumdungen im Dienste der Verelendung der Werktätigen

Protestiert gegen die ungeheuerlichen Verleumdungen gegen Trotzkisten in Moskau!

Am 1. April verbreitete die „Nachrichten"sendung *Wremja* im russischen Fernsehen völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen der ukrainischen Geheimpolizei SBU, eine angebliche Verschwörung zum „Sturz" der ukrainischen Regierung durch vier Moskauer Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) aufgedeckt zu haben. Dies wurde als Rechtfertigung der SBU dafür ausgegeben, trotzkistische Literatur zu beschlagnahmen und diese Genossen an der weiteren Einreise in die Ukraine zu hindern. Wie wir seitdem erfahren haben, ging der Sendung *Wremja* ein längerer Schmutzartikel in der russischsprachigen ukrainischen Boulevardzeitung *Ajewskie Wedomosti* (30. März) voraus, deren Titelseite reißerisch verkündete: „Sturz der Regierung in der Ukraine beabsichtigten reisende Trotzkisten".

Der Versuch der kapitalistischen Behörden der Ukraine, marxistische Ideen zu kriminalisieren, ist auf weltweite Proteste gestoßen. Die IKL startete sofort eine Protest- und Entlarvungskampagne gegen die finsteren Verleumdungen. Am 5. April protestierten etwa 50 Menschen in der Nähe der ukrainischen UN-Mission in New York. Am nächsten Tag fanden Kundgebungen vor ukrainischen Botschaften und Konsulaten in Berlin, London, Chicago und Toronto statt. Weitere Proteste wurden am 7. April in Paris und Melbourne durchgeführt.

Bei den Protesten wurden auch die russischen Behörden für ihr vorsätzliches Versagen angeklagt, den Mord an unserer Genossin Martha Phillips im Februar 1992 in Moskau zu untersuchen, wo sie unter finsteren und mysteriösen Umständen getötet wurde. Kundgebungsteilnehmer trugen Plakate, auf denen stand: „Für Wiederaufnahme der Ermittlungen im Mord an Martha Phillips!" In Berlin hoben Kundgebungsteilnehmer die Verbindung zu der Verfolgung der ehemaligen Repräsentanten des deformierten Arbeiterstaats DDR durch das rachsüchtige Vierte Reich hervor, auf Plakaten stand: „Gegen die Hexenjagd — Verteidigt Ex-DDR-Bürokraten: Mielke, Wolf, Keßler" und „Gegen die Hexenjagd — Verteidigt die wirklichen Kommunisten der IKL!"

Nach Pressekonferenzen in Moskau am 3. und 4. April, bei denen verschiedene russische und internationale Pressevertreter anwesend waren, wurde ein IKL-Sprecher im russischsprachigen BBC-Rundfunkprogramm *Argument* interviewt. Am 4. April brachte die russische Nachrichtenagentur Interfax einen Bericht unter der Überschrift: „Einer der Führer der trotzkistischen Internationalen Kommunistischen Liga klagt die ukrainischen Mächte wegen Unterdrückung abweichender Meinungen an." Ein Artikel des in Moskau wohnenden linken Journalisten Renfrey Clarke vom 12. April brachte die ukrainische Verleumdungskampagne in Verbindung mit der wachsenden Repression durch das Jelzin-Regime: „Rußland: Verleumdung gegen Trotzkisten eine Gefahr für die gesamte Linke".

In seinem Artikel stellt Clarke fest, daß in Rußland „die Wrewy'a-Verleumdungen zu einem beunruhigenden Muster passen, das sich kürzlich ergeben hat, seit die Regierung neue Einschränkungen der politischen Rechte vorbereitet hat". Clarke dokumentiert einige dieser Unterdrückungsmaßnahmen in seinem Artikel, wie einen Gesetzesentwurf zum Verbot „extremistischer Organisationen" und die Stärkung des Sicherheitsdienstes der Föderation (FSB), deren Aktivitäten jetzt praktisch außerhalb irgendeiner juristischen oder parlamentarischen Kontrolle liegen. Eine Auswahl weiterer Protesterklärungen ist auf Seite 11 abgedruckt.

Der Artikel in *Kiewskie Wedomosti* verleumdete zwar un-

Fortgesetzt auf Seite 4



Workers Vanguard

New York, S.April 1992: Eine von sieben Demonstrationen In aller Welt, gerichtet gegen die Verleumdungen durch ukrainische Behörden



Spartacist

Martha Phillips, ermordet in Moskau am 9. Februar 1992

Moskau...

Fortsetzung von Seite 3

serë Genossen als „Verschwörer", enthüllte aber in Wirklichkeit eine weitreichende *Verschwörung der Kiewer Geheimdienste* gegen unsere Unterstützer und diejenigen, die sich für unsere trotzkistischen Ansichten interessieren. Deren Überwachung und Belästigung wurden eindeutig auf höchster Ebene des staatlichen Sicherheitsapparats angeordnet. *Wedomosti* zitiert ausgiebig den Leiter der Kiewer SBU, Generalleutnant Wladimir Lichousow, und den Ersten Stellvertretenden Staatsanwalt Sergej Winokurow. Lichousow stimmte den Sermon an: „Im Fall der Trotzkisten sprechen wir nicht davon, abweichende Meinungen aus politischen Gründen zu verfolgen — die SBU befaßt sich damit nicht." Im Gegensatz zu diesen albernen Zusicherungen von Lichousow berichtet *Wedomosti* selbst über die Verfolgung von ukrainischen Linken durch die SBU, die „sich von den Ideen des Trotzkismus genährt hatten", und bemerkte, sie seien durch „Agenten der Gegenspionage" inquisitorischen „vorbeugenden Diskussionen" unterzogen worden.

Als Marxisten erklären wir offen unsere revolutionären Ansichten. Links die russischsprachigen Spartacist-Bulletins „Leninistische Partei - Volkstribun" und „Was ist Trotzkismus?" Im letzten Jahr veröffentlichten wir erstmals in Russisch das Buch Trotzkis *Die Kommunistische Internationale nach Lenin*

Als Reaktion auf diese antitrotzkistische Hetze gab die IKL am 3. April eine internationale Protesterklärung heraus, die wir nachstehend abdrucken.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) in Moskau protestiert energisch gegen die ungeheuerlichen Verleumdungen gegen unsere trotzkistische Organisation. Samstag abend, am 1. April, wurde im Nachrichtenprogramm *Wremja* eine Sendung mit der reißerischen Einleitung ausgestrahlt: „Der Sturz der Regierung der Ukraine wurde von vier ideologischen Trotzkisten geplant, die die Internationale Kommunistische Liga vertreten". In der Sendung wurde behauptet, daß Anhängern der IKL der Besuch der Ukraine verboten worden sei. Es wurde ein zwei Jahre altes Foto von einigen unserer Unterstützer gesendet, das bei einer Geburtstagsfeier in Moskau aufgenommen worden war. Dieses Foto ist von den Behörden auf heimliche und ungesetzliche Weise irgendwie beschafft worden. Außerdem wurde eine Auswahl unserer Literatur gezeigt, die inzwischen seit mehreren Jahren offen herausgebracht und an Werktätige in der ganzen ehemaligen Sowjetunion verkauft wird. Dies soll nun der Beweis für eine geheimnisvolle Verschwörung zum Sturz der ukrainischen Regierung sein — durch *vier Leute,* immerhin, von denen niemand überhaupt in der Ukraine wohnt!

Wir sind nicht überrascht, daß zu solch widerlichen Mitteln Zuflucht genommen wird. Um eine Vorstellung von diesen rohen Methoden zu kriegen, empfehlen wir denen, die noch zweifeln, das Buch von Victor Serge von 1925 (Wiktor Lwowitsch Kibaltschitsch): *What Every Revolutionist Should Know About State Repression* (Was jeder Revolutionär über staatliche Repression wissen sollte). Marxisten, die auf die offene und bewußte Mobilisierung der Arbeiter und Unterdrückten vertrauen, werden wieder einmal des „konspirativen Terrorismus" und der „Gewalt" beschuldigt, und dies gerade durch die Regime, die im Dienste der Banden der neuen Ausbeuter wirkliche Konspiration, Terrorismus und Gewalt ausüben. Unter dem Deckmantel eines ausgewogenen Kampfes gegen jeglichen „Extremismus" *bereiten sich die jetzigen Machthaber tatsächlich darauf vor, jede Militanz der Arbeiterklasse und jede linke Kritik zu zerschlagen.* Dies ist die Bedeutung der jetzigen Schmutzkampagne gegen die Internationale Kommunistische Liga.

Wir sind schon seit einiger Zeit eindeutig der aufdringlichsten Überwachung und Polizeibeobachtung ausgesetzt. Die russischen und ukrainischen Jugendlichen, die ein Interesse an unserer Literatur und unseren politischen Ansichten ausgedrückt haben, sind Einschüchterungen, Verhören und Drohungen ausgesetzt gewesen. Vor drei Jahren, am 9. Februar 1992, wurde unsere geliebte Genossin Martha Phillips in der Blüte ihres Lebens unter finsteren und mysteriösen Umständen ermordet. Trotz wiederholter und eindringlicher Appelle und Forderungen von uns und anderen bei verschiedenen Polizeibehörden in Moskau, die Ermittlungen über dieses scheußliche Verbrechen voranzutreiben, antworteten die Behörden mit gleichgültiger Trägheit und grober Arroganz. Wir verlangen die Wiederaufnahme der Ermittlungen im Mord an Martha Phillips *mit besonderem Gewicht auf die Rolle der Sicherheitsdienste.* In diesem Zusammenhang erinnern wir an den kürzlichen Mord an einem Journalisten, der Korruptionsvorwürfen innerhalb des russischen Militärs auf der Spur war.

Was steckt hinter der *Wremja-Sendung?* Und was steckt hinter der verwickelten, zeitraubenden und ungesetzlichen Aufmerksamkeit, die die Sicherheitsdienste von Rußland und der Ukraine, offensichtlich in Zusammenarbeit, einer Handvoll internationalistischer Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse angedeihen lassen? Was steckt hinter solch einer falschen und völlig aus der Luft gegriffenen Verleumdung, gerade während Tausende unschuldige Menschen in einem ungewollten und verbrecherischen Krieg in Tschetschenien in den Tod geschickt werden? Und während im ganzen Land Krankheit, Hunger und Elend das Leben von ungezählten Kindern und Rentnern fordern? Anscheinend fühlen sich die kapitalistischen Machthaber vom Gespenst unseres trotzkistischen Programms verfolgt, das den wirklichen Interessen der überwältigenden Mehrheit der enteigneten und verarmten Werktätigen entspricht. Unser Ziel ist

Fortgesetzt auf Seite 10





Das Banner der Spartakisten „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!" wurde zum populären Kernpunkt der Proteste

Spartakist

Sachsenhausen: Rote Armee geehrt, Kinkels Lüge niedergebuht

SACHSENHAUSEN, 23. April - Heute vor 50 Jahren hat die Rote Armee die KZ-Überlebenden aus der von der SS errichteten Massenmord-Hölle bei Berlin befreit: Juden, Sowjetbürger und Soldaten, Homosexuelle, Roma und Sinti, Kommunisten und Antifaschisten. 100000 Menschen wurden hier von den Nazis vergast oder durch grauenhafte „medizinische" Experimente und am Schluß noch auf dem Todesmarsch ermordet. 18000 Rotarmisten wurden durch eine Genickschußanlage getötet. Doch der Außenminister und Ex-BND-Chef Klaus Kinkel (FDP) sagte bei der Gedenkfeier zu den 1300 Überlebenden des KZ: „Aber dieses Lager wurde damals nicht geschlossen; es kamen wieder Gefangene hierher. Neues Leid geschah. Auch das dürfen wir nicht vergessen." Damit wollte er die Nazi-Täter, die dort inhaftiert wurden, als Opfer hinstellen.

Selbst an diesem Ort des faschistischen Grauens setzte Kinkel die große Rachelüge der Bourgeoisie von Auschwitz fort, die Stalinisten hätten den Massenmord mit dem „Speziallager Nr. 7" weiterbetrieben. Doch für die internationale Arbeiterklasse steht fest: Viel zu viele SS-Schlächter, Nazi-„Ärzte", Blutrichter und „hohe Tiere" des Dritten Reichs *konnten nach Westen fliehen,* wo sie die BRD aufbauten.

Kinkels Rede löste riesige Empörung aus. „Hau ab!" und „Heuchler!" riefen Hunderte Teilnehmer, darunter geladene KZ-Überlebende. Das Spartakist-Banner „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!" war im Mittelpunkt der Proteste. Im Fernsehen konnte man sehen, wie Antifaschisten den Bannerträgern auf die Schulter klopften. Sogar der ORB-Kommentator kritisierte Kinkel, er habe die ausdrücklichen Wünsche der Veranstalter verletzt.

Die brandenburgische SPD-Landesregierung riegelte die Gedenkstätte Sachsenhausen durch ein massives Bullenaufgebot weiträumigeren *Linke und Antifaschisten* ab, um den Auftritt von Kinkel und der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und Oberhexenjägerin Jutta Limbach (SPD) „von Störungen freizuhalten". Hans Coppi vom Bund der Antifaschisten (BdA) hörte, wie der Polizeieinsatzleiter „Selektionen" gegen Linke befahl. Banner und Flugblätter wurden beschlagnahmt, ein Bus festgehalten, mindestens 100 Antifaschisten wurden ihres Aussehens wegen zurückgewiesen und fast 50 festgenommen. Darunter war auch der jugendpolitische Sprecher des BdA, weil er ein Che-Guevara-T-Shirt trug! Wir fordern, daß sofort alle Anklagen gegen Antifaschisten fallengelassen werden!

Die Versuche der Bundesregierung, die Gedenkfeier umzugestalten, sind nicht gelungen. In Zusammenarbeit mit den türkischen Linken von DIDF, die ihr Banner „Kein Vergeben, Kein Vergessen" aufrollten und während Kinkels Rede „Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord!" riefen, konnten die Trotzkisten der SpAD und der Spartakist-Jugend sich behaupten und die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt vertreten. Jeder Redner, der nach Kinkel sprach — Vertreter der Roma und Sinti, der russischen, niederländischen, homosexuellen und jüdischen Opfer von Sachsenhausen — bekräftigte die einfache Wahrheit auf unserem Banner: Die Armee der Sowjetunion befreite uns alle von der Nazi-Barbarei.«

Treffpunkt der Spartakist-Jugend

Jeden Donnerstag, 16.00 Uhr
Humboldt-Uni Hauptgebäude
Raum 3120a/b, Café Hubart

Weitere Informationen über (030)4439400

Italien: Militanter Protest erkämpft Freilassung von eingewanderten Arbeitern

Nachstehend drucken wir Auszüge aus einem Flugblatt der Lega Trotskista d'Italia (LTd'I) über eine Mobilisierung die sie initiierte und wo es gelang, eingewanderte Demonstrationsteilnehmer aus den Fängen der Polizei zu befreien.

Wir gratulieren den 250 entschlossenen Immigranten, Gewerkschaftern und jungen antirassistischen Demonstranten, die in der Nacht vom 24. zum 25. Februar militant und herausfordernd vor einer Polizeistation in Mailand protestierten. Sie erzwangen damit die Freilassung von drei eingewanderten Genossen, die von der Polizei in provokativer Weise aufgehalten und eingesperrt worden waren.

Gegen Mitternacht standen fünf von der Camera del Lavoro (örtliches Gewerkschaftskomitee) organisierte Busse mit Demonstranten zur Abfahrt nach Rom, zur landesweiten antirassistischen Demonstration am folgenden Tag, bereit, als die Polizei auf dem Bahnhof Garibaldi aus den Demonstranten drei eingewanderte Genossen unter dem üblichen Vorwand festnahm, sie hätten „keine gültigen Papiere". Sobald Mitglieder der LTd'I hörten, daß die Polizei diese Genossen eingesperrt hatte, gingen wir zu den Organisatoren der Busse von der Camera del Lavoro und bestanden darauf, daß wir einen Protest organisieren müssen und daß die Busse absolut nicht losfahren dürfen, bevor diese Genossen von der Polizei freigelassen werden. Wir stießen auf Gleichgültigkeit und Sabotage von einigen der Organisatoren, die behaupteten, daß sie „zu sehr damit beschäftigt sind, die Abfahrt nach Rom vorzubereiten", oder daß dies „eine Angelegenheit der Polizei" wäre.

Nur die Intervention unserer Genossen, die durch alle fünf Busse gingen, um für eine Aktion zu argumentieren, verhinderte diese Sabotage. Innerhalb von zehn Minuten versammelten sich alle 250 Leute vor der Polizeistation des Bahnhofs Garibaldi und verlangten die Freilassung der drei Genossen. Unsere Rufe „Laßt sie frei!", „Laßt sie laufen!" und „Raus!" wurden sofort von der Menge aufgegriffen.

Zu dem Zeitpunkt — unter dem fühlbaren Druck von 250 wütenden, integrierten Demonstranten — ging Franco Grisolia, Führer der Internationalen Trotzkistischen Opposition (ITO) und ein Führer von Rifondazione Comunista (RC), der keine Initiative gezeigt hatte, den Protest zu organisieren oder dafür zu kämpfen, in die Polizeistation, um zusammen mit anderen Gewerkschaftsbürokraten mit der Polizei zu verhandeln.

Einer der Organisatoren kam aus der Polizeistation heraus und kündigte an, daß die drei in zehn Minuten freigelassen werden würden, daher sollten „alle aufhören, so einen Krach zu machen, und zu den Bussen zurückgehen". Es brach erneut ein politischer Kampf zwischen einigen der Organisatoren und uns aus, wo wir gemeinsam mit einigen anderen hartnäckig darauf bestanden, daß wir bleiben müssen. Freundlich gesinnte Eisenbahner kamen herüber, um herauszufinden, was passiert war, und sie brachten ihre Mißbilligung der Festnahmen zum Ausdruck.

Nach einer Stunde militanten Protests ließ die Polizei endlich die drei Genossen frei. Sie wurden von der Menge umarmt und mit allgemeinem Applaus für diesen antirassistischen Sieg begrüßt. Die Menge marschierte dann geschlossen zu den Bussen, antirassistische Losungen rufend, und fuhr gemeinsam nach Rom.

Die Bourgeoisie inszeniert eine rassistische Kampagne, um Immigranten als Sündenbock für die steigende Arbeitslosigkeit und den offensichtlichen Niedergang des Kapitalismus verantwortlich zu machen. Diese Kampagne ist ein Teil der Gesamtoffensive der Bourgeosie gegen die Arbeiterklasse. Der Kampf gegen rassistische Unterdrückung ist eine *Klassenfrage* und ein untrennbarer Teil des Klassenkampfs gegen den Kapitalismus. Karl Marx bemerkte: „Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird."

Breit angelegter Klassenkampf, um *die Unorganisierten zu organisieren* — einschließlich derer, die dazu gezwungen sind, ohne Verträge und „illegal" zu arbeiten —, muß Teil des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung sein. Das heißt auch, den Kampf zu führen für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ihre Familien, für Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um den rassistischen Terror zu zerschlagen,* und für *Arbeiteraktionen gegen Abschiebungen.* Die Gewerkschaftsbonzen und die Bürokraten von RC haben keinerlei Absicht, irgend etwas in dieser Richtung zu tun, weil sie statt dessen versuchen, sich mit bürgerlichen Parteien, der Polizei, den Magistraten usw. zu verbünden. Tatsächlich hat RC trotz inhaltsleerer Solidaritätsbeschwörungen den antirassistischen Protestzug von weit über 50000 Demonstranten in Rom praktisch boykottiert. Über die Hälfte der Demonstranten waren Immigranten, aber es gab nur einen RC-Block von etwa 150 Leuten.

Die Tatsache, daß die Organisatoren der nationalen antirassistischen Demonstration und die RC offen die Anwesenheit der rassistischen Polizei„gewerkschaft" SIULP begrüßt haben, zeigt dramatisch, welche Sackgasse ihre Politik darstellt. Es erklärt auch, warum sie gewillt waren, eingewanderte Genossen im Polizeiarrest sitzen zu lassen. *Polizei raus aus den Gewerkschaften!* Die gekauften rassistischen, terroristischen Bullen-Schläger sind kein Teil der Arbeiterbewegung, sie sind Klassenfeinde.

Rassistische Unterdrückung ist ein integraler und untrennbarer Teil der kapitalistischen Gesellschaft, die darauf basiert, daß wenige Privilegierte die Mehrheit ausbeuten und unterdrücken, wobei sich die Immigranten ganz unten wiederfinden. Nur erfolgreicher Klassenkampf für die proletarische Revolution kann die brutale rassistische kapitalistische Gesellschaft ein für alle Mal beseitigen. Wir von der LTd'I und der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen dafür, eine bolschewistische Partei zu schmieden, die diesen Kampf führen kann. Schließt euch uns an! •

Diskussionsveranstaltung der Spartakist-Jugend

Abraham Léon: Jüdische Frage und Kapitalismus

Donnerstag, 1. Juni, 18.00 Uhr
Humboldt-Uni Hauptgebäude
Raum 3120a/b, Café Hubart

Hexenjagd-Urteil gegen Günter Weinreich

Günter war im November 1993 fristlos gekündigt worden, nachdem sein Name, zusammen mit 4500 anderen „IMs", vom Neuen Forum mit Hilfe der Bild-Zeitung veröffentlicht wurde. Nachdem in der ersten Instanz Günters Klage insofern entsprochen wurde, als die Kündigung für nicht rechtens erklärt wurde, urteilte die 2. Instanz des Arbeitsgerichts Halle ganz offen, daß solche „Formalien" (die Personalratsvorsitzende sagte aus, daß es zur Kündigung weder eine ordentliche Sitzung noch ein Protokoll noch eine Unterrichtung über die persönlichen Daten gab) keine Rolle spielen, wenn es darum geht, die antikommunistische Inquisition durchzusetzen.



Lutz Sebastian

Zur Berufungsverhandlung waren Freunde und Unterstützer erschienen, darunter Mitglieder des Komitees für Gerechtigkeit, die einen Protestbrief verlasen, der Initiative gegen Berufsverbote, Unterstützer der PDS und der Kommunistischen Plattform sowie ehemalige Kollegen von Günter.

Günter dankt allen Freunden und Genossen für die Unterstützung und die Protestbriefe. In seiner Rede am 14. März sagte Günter: „Sie verstehen, daß ich nicht nur für meinen Arbeitsplatz kämpfe, sondern für Alle, die von der antikommunistischen Hexenjagd bedroht sind."

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 1

den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrükkung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes". So sieht die häßliche Ausgeburt einer wachsenden deutschnationalen Strömung aus, wo sich gestandene Konservative mit Ultrarechten verbinden, um die Befreiung zu „relativieren": Neuen und alten Nazis werden im Dienste eines neuen nationalen Erwachens Tür und Tor geöffnet.

Liberale und Sozialdemokraten regen sich über diese Erklärung auf; SPD-Verteidigungsminister a. D. Hans Apel zog unter dem Druck seiner Partei die Unterschrift zurück. Aber diese „Gegner" des Aufrufs teilen dessen zentrale Grundlage. Die Bonner Pressesprecher der Grünen, SPD und PDS stöhnen nur über die „endlosen Peinlichkeiten" zum 8. Mai, weil sie über das „Ansehen" von (dem exportabhängigen) Deutschland im Ausland besorgt sind.

So titelte Marion Gräfin Dönhoff, die Herausgeberin der sozialdemokratisch orientierten liberalen *Zeit* am 21. April: „Der Streit um den 8. Mai: Befreiung — ja und nein". Der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Johannes Rau sekundiert mit einem Konsensvorschlag, „daß Vertreibung, Kriegsgefangenschaft und die kommunistische Diktatur im Osten Deutschlands eine Vorgeschichte hätten, die mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 und der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 beginne" *(taz,* 19. April).

Dregger & Co. sprechen lediglich aus, was Kohl selbst schon vor zehn Jahren im Bundestag sagte. Damals bekräftigten Kohl und US-Präsident Reagan in Bitburg ihren antisowjetischen Feldzug und salutierten vor den Gräbern der SS und des Bataillons „Das Reich", das für das blutige Massaker von Oradour-sur-Glane verantwortlich war. Die Sozialdemokraten beklagten auch 1985 dieses obszöne Spektakel. Aber ihr eigener Nationalismus spiegelte die Entwicklung der SPD wider von einer amerikanisch orientierten (und sogar von der CIA finanzierten) bürgerlichen Arbeiterpartei, die die Dominanz des US-Imperialismus nach dem Kriegsende ausdrückte, zur sozialdemokratischen Partei der zunehmend selbstbewußten *deutschen* Bourgeoisie. Bitburg gab den Faschisten grünes Licht, und mit der Welle des deutschen Nationalismus, der die Konterrevolution in der DDR begleitet hat, stieg der rassistische Terror gegen Immigranten scharf an. Die SPD schloß sich der CDU an und übernahm die Forderung der Faschisten nach der Zerstörung des Asylrechts.

Heute wird die deutschnationale Revision der Geschichte in zahlreichen historischen Ausstellungen zur Schau gestellt. In der Hauptstadt Berlin gibt es jetzt gegenüber der Gedächtniskirche die offizielle Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes. Unter dem Schlagwort „Differenzierung" wird zwar eingestanden, daß „objektiv ... das Kriegsende natürlich eine Befreiung gewesen" sei. „Dennoch dürfe man Menschen, ,die sich damals nicht befreit fühlten' oder die .Ausschreitungen der Besatzungsarmee erlebten', nicht zwingen zu erklären, sie seien damals glücklich gewesen", erklärte der Historiker Rürup, der die Ausstellung leitet *(taz,* 11. April). Anläßlich des Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager fanden in KZ-Gedenkstätten Veranstaltungen statt, darunter auch in Auschwitz, Buchenwald und Sachsenhausen. Aber die deutschen KZ-Gedenkstätten sind seit dem Anschluß der DDR umfunktioniert worden, angeblich um „allen Opfergruppen" zu gedenken. In Sachsenhausen wie in Buchenwald werden neben den Hunderttausenden Opfern der Nazi-Vernichtung auch die Nazis als „Opfer" dargestellt, die nach dem Ende des Krieges in sowjetischen Lagern gefangengehalten wurden.

Auch die PDS-Spitzen beteiligen sich an der Suche nach der angeblich neuen „nationalen Identität" und beschwören die „gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands". 1990 verschenkte die SED-PDS die DDR mit Modrows Parole „Deutschland, einig Vaterland". Um den Ausverkauf zu besiegeln, übernahm Modrow im Februar 1990 die „Kollektivschuld"-These der Imperialisten und

Fortgesetzt auf Seite 8

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 7

erklärte den Arbeiterstaat DDR zum Mitverantwortlichen für die „schlimmsten Verbrechen am jüdischen Volk" durch den Hitler-Faschismus. Mit diesem Federstrich wollten die neugeborenen Sozialdemokraten der SED-PDS die antifaschistische Grundlage der DDR auslöschen, und sie schlössen sich damit einer der Kernthesen der antikommunistischen Hexenjagd an.

In seiner Rede zum 8. Mai auf dem PDS-Parteitag (*disput* Nr. 3/4, Februar 1995) pries Modrow die „Leistung der DDR, freundschaftliche Bande zu Tschechen, Slowaken, Polen und nicht zuletzt zu den Völkern der UdSSR zu knüpfen... Wenn das Wort Willy Brandts, daß zusammenwachsen möge, was zusammengehört, einen tieferen Sinn hat, dann sollte er sich vor allem darauf beziehen, diese früher einseitig in eine Himmelsrichtung weisenden freundschaftlichen Verbindungen jedes der beiden deutschen Staaten zusammenzuführen, auf das vereinigte Deutschland zu übertragen." Mit den „freundschaftlichen Verbindungen" der DDR bezieht sich Modrow auf den Warschauer Pakt, der unter dem sowjetischen Nuklearschirm zur Verteidigung Osteuropas gegen die NATO-Imperialisten geschaffen wurde. Heute, nach der von ihm geförderten Konterrevolution im Osten, bietet Modrow diese „Verbindungen" dem wiedervereinigten Reich an, für den Drang nach Osten.

Die PDS profiliert sich als Vorreiter für eine stärkere Intervention der deutschen Regierung in Rußland; so forderte der PDS-Parteitag Kohl/Kinkel auf, „für die Beendigung des Krieges" in Tschetschenien zu sorgen. Im Bundestag stimmten die PDS-Abgeordneten für eine Allparteienresolution zu Tschetschenien, übernehmen also die Verantwortung für den deutschen Imperialismus und sehen dies als Mittel, ihre eigenen Ziele zu erreichen. Damit dienen sie aber Bonns finsterem imperialistischen Vorstoß in Osteuropa. Bereits 1991 haben Kohl/Genscher die einseitige Anerkennung von Slowenien und Kroatien durchgesetzt und damit die Zerstückelung von Jugoslawien und das blutige nationalistische Gemetzel auf dem Balkan in Gang gesetzt.

Gleichzeitig ist es überhaupt nicht entschieden, wie weit Bonn gehen kann. Die Arbeiterklasse hierzulande mit ihrem strategisch wichtigen Bestandteil von Immigranten ist eine mächtige Kraft, die den Zielen der Bourgeoisie im Wege steht. Und wie der Historiker Gordon Craig neulich feststellte: „Es wurde oft bemerkt, daß der Erste Weltkrieg aus dem Umstand erwuchs, daß das 1871 frisch vereinigte Deutschland sowohl zu groß für Europa war als auch nicht groß genug, um eine Weltmacht zu sein" (*New York Review of Books*, 20. April). Als „Kanzler der Einheit" des 20. Jahrhunderts läßt sich Helmut Kohl gern mit Bismarck vergleichen; nicht zuletzt, weil das wiedervereinigte Deutschland immer noch dasselbe Problem hat.

Bonns Vorwärtsdrang an allen Fronten — um das auseinanderstrebende Westeuropa unter dem Diktat der D-Mark zu beherrschen, ganz Osteuropa mitsamt den Ländern der ehemaligen Sowjetunion auszubeuten, wieder Herr des Hexenkessels auf dem Balkan zu sein und sich einen dicken Anteil der Märkte in Asien abzuschneiden — steht vor gewaltigen Problemen. Das Europäische Währungssystem mit der als Ecu eingekleideten D-Mark ist im ersten Anlauf zusammengebrochen, während die internationale kapitalistische Finanzwelt in Richtung einer Katastrophe stürzt. Mit verfassungsmäßig sanktionierten „Out-of-area"-Einsätzen der Bundeswehr will man jetzt auch außerhalb von Europa mit den USA um die Rolle des Weltpolizisten konkurrieren, unter dem Motto „Frieden schaffen mit deutschen Waffen". Diesmal wollen die deutschen Imperialisten den Fehler von zwei verlorengegangenen Weltkriegen zwar vermeiden: Sie wollen ihren neuen Drang nach Osten mit der D-Mark durchsetzen. Doch hinter der Deutschen Bank stehen immer noch die Panzer und die Luftwaffe, nur daß heute ein neuer Weltkrieg die Gefahr eines atomaren Holocaust mit sich bringt.

Die Klassenlinie teilte Deutschland

Mit der Befreiung durch die Rote Armee wurde in Osteuropa die Basis dafür geschaffen, das kapitalistische System zu beseitigen und Arbeiterstaaten zu errichten, die allerdings bürokratisch deformiert waren. Die soziale Umwälzung ging in Ostdeutschland tiefer als in den meisten anderen osteuropäischen Ländern. Von Anfang an ergriffen die Nazi-Größen und die kleinen Fische jede sich bietende Möglichkeit, nach Westen in die Arme der Amerikaner und Briten zu flüchten, um ja nicht in die Hände der Roten Armee zu geraten. In den Prozessen nach der Gründung der DDR 1949 wurden 12881 Nazis verurteilt; im Westen, wo die Bevölkerung viermal so groß ist, waren es gerade halb so viele (*Spiegel*, 9. Mai 1994). Während der westdeutsche Staat mit dem Ausbruch des Kalten Krieges ganz schnell auf die Verfolrgung von Kommunisten und Menschen, die mit ihnen zu tun hatten, umschwenkte und in den Jahren 1951 bis 1968 gegen 150000 bis 200000 angebliche Kommunisten Verfahren eröffnete (7000 bis 10000 von ihnen wurden verurteilt), hat die DDR mehr als 350 Nazi-Massenmörder zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt. Während der Staatsapparat der BRD mit lauter kleinen und großen Nazis durchsetzt war, bestand der Staatsapparat der DDR aus vielen ehemaligen Häftlingen der Nazi-Konzentrationslager, und viele ihrer prominentesten Bürger stammten aus jüdischen Familien, wenn auch Ulbrichts Gruppe aus dem Hotel Lux in Moskau die Oberregie hatte.

Wir Trotzkisten haben immer betont, daß die sozialen Errungenschaften der deformierten Arbeiterstaaten der internationalen Arbeiterklasse gehören, nicht der stalinistischen Bürokratie, die sie unterminierte und letzten Endes preisgegeben hat. Deshalb haben wir die Arbeiterstaaten

AP

Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann läßt NATO-Generalstabschefs durchs Brandenburger Tor marschieren

bedingungslos gegen den Imperialismus und innere Konterrevolution verteidigt. Als 1989/90 die stalinistische Herrschaft in der DDR zusammenbrach, mobilisierte die Internationale Kommunistische Liga weltweit ihre Kader, um für die proletarische politische Revolution und gegen den Anschluß der DDR an das Vierte Reich des deutschen Imperialismus zu kämpfen. Im Januar 1990 protestierten in Treptow, nach unserer Initiative, die dann von der SED-PDS aufgegriffen wurde, über 250 000 Menschen gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zur Verteidigung von Sowjetunion und DDR. Bei dieser wahrscheinlich größten antifaschistischen Demonstration der deutschen Nachkriegsgeschichte war die enorme Macht der arbeitenden Massen der DDR für alle klar zu sehen, und das hat die Bourgeoisie wie auch die SPD *und* die SED-PDS zutiefst erschreckt. Gefehlt hat eine starke revolutionäre Arbeiterpartei, die die Arbeiter hätte organisieren und zum Sieg führen können. Die Errungenschaften der Oktoberrevolution konnten nur durch ihre Ausweitung verteidigt werden, durch die proletarische politische Revolution im Osten und ihre Ausweitung auf den Westen durch soziale Revolution. Dies besagte unsere Losung für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa.

Der deutsche Imperialismus hatte sich nie mit der Entstehung der DDR abgefunden, die ihm den Zugriff auf ein Drittel des Landes entzog. Mit dem Anschluß hat er eine wütende und rachsüchtige Hexenjagd gegen alles entfacht, was an die DDR und den Sieg der Roten Armee erinnert. Über 250 000 Prozesse und Verwaltungsverfahren sind gegen Bürger der ehemaligen DDR wegen des „Verbrechens" der „Systemnähe" angelaufen, und aus dem gleichen Grund wurden die Renten von noch mehr Menschen beschnitten. Wenige Tage nach der Wiedervereinigung wurden die Antifaschisten Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn verhaftet, die bis dahin in der DDR gelebt hatten. Sie wurden in der SPD-Stadt Hamburg vor Gericht gestellt und angeklagt, 1947 in dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda einen Nazi-Kriegsrichter getötet zu haben, der über 100 sowjetische Partisanen, Zivilisten und Wehrmachtsoldaten hingerichtet hatte. Kielhorn wurde freigesprochen; der schwerkranke Bögelein, der von der Wehrmacht desertiert und zur Roten Armee übergelaufen war, starb nach monatelanger Haft. Die Kriminalisierung des Antifaschismus wird weiterhin konsequent betrieben.

Der jetzige Außenminister und damalige Justizminister Klaus Kinkel gab auf dem Deutschen Richtertag 1991 die Linie vor: „Es muß gelingen, das SED-Regime zu delegitimieren, das bis zu seinem bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen so schrecklich war, wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und — zu Recht — nie wieder entstehen lassen wollte" (zitiert von Kurt Libera in *Zum deutschen Neuanfang 1945-1949).*

Hitlers Schergen, denen durch die Rote Armee und in der DDR endlich Gerechtigkeit widerfahren war, werden als „Opfer des Totalitarismüs" neu geehrt; gleichzeitig wurden die DDR-Spitzen vor Gericht geschleppt, weil sie die DDR-Grenzen verteidigten. Der DDR-Spionagechef Markus Wolf, ein Kommunist jüdischer Abstammung, wurde sogar wegen „Vaterlandsverrats" angeklagt. Der ehemalige Stasi-Chef Erich Mielke wurde in einem Schauprozeß aufgrund von Zeugenaussagen vor Gericht geschleppt, die *von Hitlers Gestapo erpreßt worden waren.* Er wurde wegen des Todes von zwei Polizisten verurteilt, die von den Nazis als Märtyrer gefeiert werden. Wir Spartakisten verteidigen alle Vertreter des DDR-Regimes gegen die Verfolgung durch das Vierte Reich. Sie sind durch die falsche Klasse für die falschen Verbrechen verurteilt worden. Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen — ihr Ausverkauf war es!

Genauso war es ein Verbrechen, die DDR mit einem schwerfälligen bürokratischen Regime zu leiten, das wie ein Klotz auf der vergesellschafteten Wirtschaft lag — nicht zuletzt durch das Gewicht des aufgeblasenen Sicherheitsapparates —, und auf der Lüge basierte, daß man den „Sozialismus" im Drittel eines Landes aufbauen könnte. Dies war der letztlich entscheidende Widerspruch der deformierten Arbeiterstaaten, und dafür machen wir Trotzkisten die Stalinisten verantwortlich.



Sovfoto/Eastfoto

Sowjetischer Arzt behandelt KZ-Überlebende in Auschwitz

Die Rote Armee zerschlug Hitlers Regime!

Der Zweite Weltkrieg war in bezug auf die beteiligten imperialistischen Länder ausnahmslos *ein Krieg um die Neuverteilung der Welt, in dem die Arbeiterklasse keine Seite hatte.* Die imperialistischen „Alliierten" versuchten, ihren Krieg gegen die „Achsen"mächte als einen Krieg für Demokratie gegen den Faschismus zu verkaufen. In Wirklichkeit war es ihr Ziel, die Pläne des deutschen Imperialismus zu durchkreuzen, während sie danach strebten, die koloniale Beute neu zu verteilen und die unterdrückten Nationen zu unterjochen, wie die Wiedereroberungsversuche Indochinas durch die West-Imperialisten zeigten. Für das Proletariat der imperialistischen Länder stand, in den Worten von Karl Liebknecht zum Ersten Weltkrieg, „der Hauptfeind im eigenen Land". Dies traf auf Frankreich, Britannien und die USA nicht weniger zu als auf Deutschland, Italien und Japan. Die Arbeiter aller Länder hatten nur ein Land zu verteidigen: die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges trug — mit 27 Millionen Toten nach fast vier Jahren des faschistischen Überfalls. Hitlers Politik der „verbrannten Erde" war der barbarischste Ausdruck des Ziels, das die Kapitalisten seit 1917 verfolgten: die proletarischen Eigentumsformen in der Sowjetunion umzustürzen.

Die Politik der Stalinisten trug zu diesen verheerenden Verlusten bei. Stalin vertraute auf seinen Pakt mit Hitler und lieferte sogar deutsche Kommunisten an die Gestapo

Fortgesetzt auf Seite 16

Moskau...

Fortsetzung von Seite 4

es, die Arbeiterklasse wieder als eine Klasse herzustellen, die fähig ist, in allen früher sowjetischen Gebieten durch Kampf und Organisierung die Macht zu übernehmen.

Die schreiende soziale und politische Unzufriedenheit der Völker der früheren Sowjetunion wird fälschlicherweise in eine monumental winzige Verschwörung umgewandelt. Dies riecht nach Sicherheitsorganen, deren Verfall bis zum Zustand des Schwachsinns geht. Erinnern wir uns alle daran, daß die namenlosen und unbekannten Personen, die solche Verleumdungen fabrizieren und veröffentlichen, in der Stalinschen Fälscherschule trainiert worden sind. Erinnern wir uns alle daran, daß ein Markenzeichen der berüchtigten Säuberungs-„Prozesse" der 30er Jahre — die zum Tod von Millionen führten — aus der Luft gegriffene und völlig unbegründete Anschuldigungen gegen die engsten Kampfgenossen W.I. Lenins waren. Bis zum Tag seines Todes trat L.D. Trotzki für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen alle imperialistischen Mächte ein und gegen alle inneren „Fünften Kolonnen", die versuchten, die Konterrevolution zu schüren. Trotzdem wurde Trotzki, Gründer der Roten Armee und Mitbegründer des sowjetischen Staates, der sein Leben lang ein international angesehener Revolutionär mit erwiesener Integrität war, in diesen dunklen Jahren übel verleumdet als Agent des japanischen Mikado, der Nazi-Gestapo und des französischen Deuxième Bureau. Erinnern wir uns alle daran, daß die Verleumdungen gegen Trotzki die Vorstufe zu seiner Ermordung durch Stalins Agenten war.

Wie wir erfuhren, verbreiten in ähnlicher Weise die Behörden des kapitalistischen Staates Ukraine Anschuldigungen, Anhänger der IKL wären „CIA-Agenten". Für diese verlogenen Beschuldigungen haben wir nichts als Verachtung übrig. Wenn die Behörden von Kiew auch nur im geringsten daran glaubten, daß unsere Genossen CIA-Agenten wären, hätten sie uns die Schlüssel für die Stadttore ausgehändigt und uns mit allen Annehmlichkeiten überhäuft, die ihnen zu Gebote stehen — in der Hoffnung, als Gegenleistung die Großzügigkeit von denen in Washington und an der Wall Street zu erlangen, zu denen sie aufschauen. Diejenigen, die noch vor kurzem Stalins politische und bürokratische Erben waren, vollstreckten den Zusammenbruch der Sowjetunion, und viele von ihnen hoffen jetzt, habgierige kapitalistische Ausbeuter in der neuen kapitalistischen Ordnung zu sein. Wir Trotzkisten riefen dagegen die Arbeiterklasse offen dazu auf, Widerstand zu leisten gegen Jelzins proimperialistischen Putsch im August 1991, der zur Restauration des Kapitalismus führte.

Wir sind gezwungen, aber auch erpicht darauf, auf die verleumderische und lachhafte Vorstellung zu antworten, daß vier Marxisten den Sturz der Regierung der Ukraine vorbereitet hätten; nur einem Narren oder einem Verrückten könnten solche lächerlichen Phantasien einfallen. Der Realitätssinn, der in diesem Bericht zum Vorschein kommt, steht auf gleicher Stufe wie der von UFO-Beobachtern, die ein Blitzlicht am Himmel sehen und darin eine Invasion vom Mars entdecken, die die Erde zerstören wird. Es ist unsere Auffassung, daß die jetzige ukrainische Regierung und wahrscheinlich mehrere ihrer Nachfolger leider lange verschwunden sein werden, bevor die unterdrückten und erbitterten ukrainischen Massen an die Macht kommen. Die Regierungen werden als Folge ihrer eigenen Schwäche und Unfähigkeit verschwinden und durch die Rückwirkungen ihrer katastrophalen kapitalistischen Politik und ihrer stumpfsinnigen nationalistischen Arroganz in vielen lebenswichtigen Fragen. Tatsächlich ist es historisch wahrscheinlich, daß in einer revolutionären Situation durchaus nicht viel von einer Regierung da sein wird, die man „stürzen" müßte — wir erinnern daran, wie die Kerenski-Regierung in die Brüche ging. Die Annahme, daß die jetzige Regierung der Ukraine zu diesem zukünftigen Zeitpunkt immer noch existieren wird, erscheint uns als dürftigste Spekulation. Wir sind Marxisten, keine Putschisten; wir vertrauen auf die Kräfte der Arbeiterklasse, und wir werden gegen diese bösartigen und provokativen Versuche, unsere Politik zu entstellen und zu diffamieren, kämpfen.

Diese Schikane und Einschüchterung soll dazu dienen, Arbeiter und andere davon abzuhalten, sich unserer gegenwärtig kleinen Zahl von Unterstützern in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion anzuschließen. Aber es ist für die Agenten der ukrainischen und russischen Regierungen nicht nötig, uns oder Leute, die sich für unsere Ideen interessieren, auszuspionieren, um herauszufinden, wofür wir wirklich politisch eintreten. Wir sind genau das, was wir über uns sagen, und all das kann in den veröffentlichten und öffentlich verbreiteten Ausgaben unseres *Bjulleten Spartakowzew* nachgelesen werden. Seit Herbst 1990 sind vier Ausgaben des *Bjulleten* und elf Extras in der ehemaligen Sowjetunion veröffentlicht und weit verbreitet worden. Im November 1993 brachten wir außerdem zum ersten Mal auf Russisch das Buch *Die Kommunistische Internationale nach Lenin* heraus, Trotzkis Kritik des Programmentwurfs zum Sechsten Kongreß 1928, 'das weitere Informationen über die politischen Auffassungen und Ziele enthält, für die wir offen eintreten.

Die Sendung hat viel Aufhebens gemacht von den „annähernd 50 Kilogramm propagandistischer Literatur", die angeblich von den Behörden beschlagnahmt wurden. Ein Satz der Gesammelten Werke von Marx und Engels wiegt etwa 47 Kilo, je nach Sprache und Ausgabe. Ein Satz der Gesammelten Werke von W.I. Lenin wiegt 32 Kilo. Normalerweise denkt man nicht in dieser Weise, aber es gibt etwas Einblick in die Denkweise der Sicherheitsorgane.

Wremja-Nachrichtensendung am 1. April 1995

„... Im Umgang mit der Krim war [die ukrainische Regierung] gleichzeitig dazu gezwungen, ihre eigene Oberherrschaft zu verteidigen.

Der Sturz der Regierung der Ukraine wurde von vier ideologischen Trotzkisten geplant, die die Internationale Kommunistische Liga vertreten.

Sie stellten sich als Studenten dar, die die Archive erforschen wollten. In einer der Wohnungen der Besucher in Kiew beschlagnahmte die Abteilung Kampf gegen Terrorismus des Sicherheitsdienstes der Ukraine annähernd 50 Kilogramm propagandistische Literatur der revolutionären Trotzkisten.

Nach der Information von Agenten versuchten vier ausländische Bürger — zwei aus Deutschland, einer aus Frankreich und einer aus Amerika — in der Ukraine eine Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga zu organisieren, deren Zentrale sich in New York befindet und deren engste Schwesterorganisation in Moskau ist.

Außerdem riefen sie offen zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung in der Ukraine und zur Machtergreifung auf, wie unsere eigenen Bürger bestätigt haben, bei denen die Trotzkisten versuchten, sie zu rekrutieren.

Als Ergebnis wird den vier revolutionären Führern aus dem Ausland die Einreise in die Ukraine offiziell verwehrt."

Internationale Protesterklärungen

Erklärung von Dr. B. Hirson

Brief an die Botschaft der Ukraine von Dr. B. Hirson, Herausgeber von *Searchlight South Africa,* erhalten am 6. April:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind darüber informiert worden, daß eine Verleumdungskampagne gegen Mitglieder der Internationalen Kommunistischen Liga, die ihr Land besucht haben, eröffnet worden ist.

Wir wurden an ähnliche Kampagnen in Südafrika erinnert, unter dem Apartheid-Regime, das mit den gleichen Methoden alle ins Visier nahm, die es wagten, die willkürlichen Methoden der Herrschaft und Kontrolle des Regimes zu kritisieren. Einige von uns wurden Opfer dieser Regierung, und ich verbrachte für meine Aktivitäten gegen diesen Staat neun Jahre im Gefängnis.

Das Apartheid-Regime wurde inzwischen beseitigt, aber für uns wecken alle Nachrichten über ähnliche Kampagnen gegen Kritiker irgendeines Regimes Erinnerungen, was wir in unserem eigenen Land erlebt haben. Darüber hinaus glauben wir, obwohl wir nicht mit der Internationalen Kommunistischen Liga in Verbindung stehen, daß sie das Recht hat, ihre Regierung zu kritisieren und zur Wiederherstellung des Vermächtnisses aufzurufen, das Lenin und seine Genossen 1917 begründet haben. Die Hoffnung, die Lenin inspirierte, als seine Partei die Macht übernahm, bedarf dringender Erneuerung, und alle Versuche ihrer Regierung, Personen mit diesen Ansichten zu unterdrücken, stellen nur ein schwaches Licht auf dem Weg dar, den ihre Regierung geht.

Erklärung von Gilles Perrault

Vom Autor des Buches „Auf den Spuren der Roten Kapelle" erhielten wir am 7. April folgende Erklärung:

Die ukrainische Regierung und die russischen Medien haben in einem nicht herausgeforderten Angriff, dessen Absurdität nur von seiner Widerwärtigkeit übertroffen wird, vier Trotzkisten beschuldigt, „den Sturz der ukrainischen Regierung" vorbereitet zu haben. Dieses Verhalten ruft zwangsläufig die Gewohnheiten der Stalinisten in Erinnerung, die Mitglieder und Sympathisanten der Trotzkisten so viele Jahre lang unterdrückten. Dies zeugt von der wahren Natur der Macht, die in Moskau und Kiew ausgeübt wird.

Ich unterstütze in vollem Umfang den Protest gegen diese Praktiken. Trotzkisten haben wie jeder andere das Recht, für ihre Vorstellungen einzutreten, in der Ukraine und anderswo.

Erklärung von Israel Shahak

Erhalten am 5. April 1995:

Ich, Israel Shahak, Aktivist für Menschenrechte in Israel, verurteile ohne Vorbehalte die diktatorische Haltung der ukrainischen Regierung, die Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) den Bann erklärt. Ich denke, daß dies die große Gefahr zeigt, daß stalinistische diktatorische Methoden, wie sie in den berüchtigten Schauprozessen der 30er Jahre gezeigt wurden, in der Ukraine Wiederaufleben, unter amerikanischer Schirmherrschaft.

Erklärung von Esteban Volkov

Mexico City, 3. Aprü 1995:

Als Nachkomme einer der Familien, die durch stalinistischen Terror am meisten verleumdet wurden und am meisten gelitten haben, und ohne irgend einer politischen Organisation anzugehören, protestiere ich energisch gegen den Wiederaufstieg und den Einsatz der Methoden aus der stalinistischen Fälscherschule zur Unterstützung von Terror eines bonapartistischen oder faschistoiden Typs, die darauf abzielen, jegliche Verteidigung der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen zu verhindern. Genauso protestiere ich gegen die Entfachung einer Hexenjagd und den Versuch, eine inquisitatorische Prohibition gegen Schriften und Ideen von Marx, Lenin und Trotzki zu verhängen, die tatsächlich sogar in der Mehrheit der kapitalistischen Länder zugänglich sind.

Weit davon entfernt, unsere Auffassungen zu verstecken, haben wir vielmehr versucht, sie weit zu verbreiten. So im Juli 1992, als unser Genösse Victor Granovsky in der halbstündigen Fernsehsendung *Herr/Genösse* interviewt wurde. Diese Sendung wurde wiederholt an ein Massenpublikum in der ganzen ehemaligen Sowjetunion ausgestrahlt. Unser Genösse erklärte eindeutig, wofür wir stehen: „Wir sind für volle Arbeiterdemokratie, für ein Mehrparteiensystem im Rahmen der Diktatur des Proletariats." Das ist in der Tradition von Lenins Bolschewiki, die dafür kämpften, eine harte Avantgardepartei, die auf programmatischer Basis vereint ist, zu schaffen, im Gegensatz zur Konzeption einer „Partei der Gesamtklasse", wie sie von den Menschewiki vertreten wurde, die schließlich die Konterrevolution unterstützt haben. Unser Genösse erklärte: „Alle wirklichen Kommunisten, das heißt Trotzkisten, haben sich auf der ganzen Welt immer der sowjetischen Arbeiterklasse verpflichtet gefühlt, den Helden der Oktoberrevolution, des Bürgerkriegs und des Krieges gegen den deutschen Faschismus."

Während unserer propagandistischen Arbeit in der ehemaligen Sowjetunion haben wir offen erklärt, daß es für die Werktätigen Rußlands und der benachbarten Gebiete notwendig ist, zum Weg von Lenin und Trotzki zurückzukehren. Wir haben die Notwendigkeit für alle Werktätigen betont, sich im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und jeden Ausdruck von Unterdrückung und Tyrannei zusammenzuschließen, gegen nationale Unterjochung und Antisemitismus und gegen die Unterdrückung von Frauen und Homosexuellen. Kurz gesagt, wir haben versucht, in Lenins Worten, als „Volkstribun" zu handeln. In unserem Streben, die demokratischen Rechte der Werktätigen und aller Nationalitäten durchzusetzen und zu verteidigen, glauben wir heute, daß eine Volksabstimmung über die nationale Zugehörigkeit auf der Krim und in Tschetschenien angebracht ist.

Wir fordern vollen Zugang zu den Nachrichtensendungen des Fernsehens, um auf diese absurden und finsteren Anschuldigungen, die gegen uns erhoben wurden, antworten zu können.

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)
Moskau, 3. April 1995

Weltweite Proteste zur Rettung von Mumia Abu-Jamal

Der schwarze Journalist und weltbekannte politische Gefangene Mumia Abu-Jamal, der in Pennsylvania, USA, in der Todeszelle sitzt, ist in höchster Gefahr. Jeden Augenblick kann Pennsylvanias Gouverneur Ridge, ein ausgesprochener Befürworter der Todesstrafe, Mumia Abu-Jamals Hinrichtungsbefehl unterschreiben. Die ersten fünf Exekutionsbefehle hat er bereits unterschrieben, noch im April soll die erste Hinrichtung in Pennsylvania seit 30 Jahren vollstreckt werden.

In den letzten Wochen wurden in Städten der ganzen Welt Protestkundgebungen abgehalten, um die Hinrichtung von Jamal zu verhindern. Demonstrationen und Kundgebungen für Jamal in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Mexiko, Japan, Australien, Britannien, Frankreich, Holland und Deutschland haben Gegner der Todesstrafe zusammengebracht: Gewerkschafter, antirassistische Aktivisten, Studenten, Jugendliche. Im Namen des General Executive Council der eine Million Mitglieder starken britischen Transport and General Workers Union hat der Generalsekretär Bill Morris eine Erklärung für Jamal an Ridge geschickt. In Deutschland hat der Fachbereich Journalismus der IG Medien Berlin-Brandenburg Jamal zum Vorstands-Ehrenmitglied ernannt, und die Jugend der IG Medien hat eine Postkartenaktion gestartet, mit der Ridge aufgefordert wird, die Todesstrafe nicht zu vollstrecken. Artikel über Jamal erschienen in Zeitungen der IG Medien und der DGB-Jugend.



Red Riot

Paderborn, 17. März: Die Jugendgruppe Red Riot organisiert Benefiz-Konzert. 300 Jugendliche kamen für Mumia

• Etwa 175 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung vom 25. Februar in Oakland. Solidaritätserklärungen kamen unter anderem von Angela Davis und Geronimo ji Jaga (Pratt), der selbst ein Gefangener des Klassenkrieges ist. Ein bewegender persönlicher Bericht von Jamais Schwester Lydia Wallace erhielt stürmischen Beifall von den Demonstranten, die über 1700 Dollar für Jamais Verteidigung spendeten.



Espartaco

Mexico City, 11. März: Pressekonferenz im Leo-Trotzki-Museum mit Esteban Volkov

• In Tokio wurden am 26. Februar mehr als 300 Dollar gesammelt bei einem Forum, an dem Gegner der Todesstrafe in Japan teilnahmen, dem einzigen anderen großen Industrieland, in dem es immer noch die Todesstrafe gibt. Vor kurzem ging eine bewegende Solidaritätserklärung von Ozaki Hotsuki, Präsident von PEN Japan, ein. Sein Bruder Ozaki Hotsumi führte zusammen mit Richard Sorge den heroischen sowjetischen Spionagering und wurde im November 1944 vom japanischen Imperialismus hingerichtet.

• In Toronto begrüßten am 11. März 175 Menschen den früheren politischen Gefangenen und Mittelgewichtsboxer Rubin „Hurricane" Carter mit stehenden Ovationen. 1964 hatte sich Rubin Carter für das Recht der Schwarzen auf Selbstverteidigung ausgesprochen, nachdem die Polizei in Harlem gewütet hatte. Zwei Jahre später wurden er und John Artis aufgrund erfundener Mordanklagen verurteilt, und erst in den 80er Jahren gewann er schließlich seine Freiheit zurück. Heute ist er geschäftsführender Direktor der Vereinigung zur Verteidigung der zu Unrecht Verurteilten.

e Am gleichen Tag kamen 30 Menschen in Mexico City zu einer Pressekonferenz im Leo-Trotzki-Museum — Institut für das Recht auf Asyl und politische Freiheiten (IDALP). Unter den Teilnehmern waren Trotzkis Enkel Esteban Volkov, der Direktor des IDALP, Max Rojas, Vertreter der Gewerkschaft der Arbeiter bei der Zeitung *La Jornada* und der "Homosexuellen Gruppe für Revolutionäre Aktion.

• In Britannien haben jetzt 51 Parlamentsabgeordnete Gouverneur Ridge aufgefordert, den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal nicht zu unterzeichnen. Tony Benn und andere Abgeordnete der Labour Party schickten Protestbriefe. Auf der Kundgebung sprachen Vertreter von Gewerkschaften sowie studentischen und linken Gruppen. Jacob Ecclestone, stellvertretender Vorsitzender der National Union of Journalists. erinnerte daran, wie seine Eltern

sich in den 50er Jahren an dem Kampf beteiligten, die Rosenbergs zu retten, die letzten politischen Gefangenen, die in den USA hingerichtet wurden. Er wies darauf hin, was den „Vier aus Guilford" und den „Sechs aus Birmingham" passiert wäre, die jahrelang aufgrund erfundener Anklagen wegen „IRA-Terrorismus" im Gefängnis saßen, wenn es in Britannien die Todesstrafe gegeben hätte.

• In Deutschland gab es am 23. März einen Aktionstag mit Demos in Stuttgart, Frankfurt/Main, Bonn, Hamburg und Berlin, organisiert von Antirassistischen und Internationalistischen Gruppen und der Kampagne Abu-Jamal in Bremen, woran sich das Komitee für soziale Verteidigung beteiligte. In Paderborn besuchten am 17. März 300 Jugendliche ein Benefiz-Konzert, das von Red Riot/Trotzkistische Jugendgruppe organisiert worden war und 1065 DM für Jamais Rechtsverteidigung aufbrachte. Aus vielen Städten werden Petitionsbögen an das KfsV geschickt — bisher wurden über 2500 Unterschriften gesammelt, und seit Dezember sind beim KfsV über 6800 DM an Spenden für Jamal eingegangen.



Workers Vanguard

New York, 29. Januar: Demonstration gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe im Bundesstaat New York

Die Unterstützung für Jamal wächst zwar mit jedem Tag, aber auch die Bullen von Philadelphia verstärken ihre Bemühungen, seine Hinrichtung zu erzwingen. Nur wenige Tage nachdem der amerikanische Verlag Addison Wesley das Erscheinen von *Live from Death Row* (Live aus der Todeszelle) für Mai ankündigte, eine Sammlung von Jamais Kommentaren (auf deutsch bei Agipa Press), startete die Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft) eine Kampagne, um das Erscheinen des Buches zu stoppen und die 30000 Dollar Vorauszahlung zu beschlagnahmen, die Jamal vom Herausgeber versprochen worden waren.

Paul Cooperstein, Sprecher des Partisan Défense Committee (PDC, amerikanische Schwesterorganisation des KfsV), erklärte dazu: „Im vergangenen Jahr zwang die FOP das National Public Radio, Sendungen mit Jamais Kommentaren abzusagen. Jetzt haben sie ihre Zensurkampagne auf das Verbot von Büchern ausgeweitet. Sie wissen — und fürchten —, daß Jamais Kommentare eine Menschlichkeit ausstrahlen, die Menschen überall im Lande bewegt. Sie wollen Jamal zum Schweigen bringen, um es einfacher zu machen, ihn zu töten."

Charles Brover, einer der beiden Vorsitzenden des PDC, hob in seiner Rede auf der New Yorker Kundgebung am 11. Februar hervor, daß die Todesstrafe in der rassistischen

Fortgesetzt auf Seite 14

Seid bereit für sofortige Not-Demonstrationen!

Jamal ist in höchster Gefahr — sollte ein Todesbefehl unterschrieben werden, wird dies mit sofortigen Demonstrationen weltweit und auch in Berlin beantwortet. Sorgt dafür, daß jeder telefonisch erreichbar ist und daß diese Demonstrationen ein Aufschrei gegen die rassistische Todesstrafe werden, so laut wie irgend möglich.

Dies sind erste wichtige Schritte in der Mobilisierung einer fortdauernden breiten Protestkampagne, die notwendig ist, um Jamais Leben zu retten und die Todesstrafe abzuschaffen.

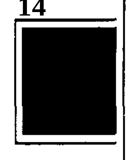
Schließt euch der Kampagne an, Jamal zu retten! Organisiert Proteste! Verabschiedet Resolutionen in eurer Gewerkschaft, in der Schule, an der Uni und in Stadtteilorganisationen. Schickt Protestbriefe an Pennsylvanias Gouverneur Tom Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, USA.

Schreibt Jamal, um eure Solidarität zu zeigen: Mumia Abu-Jamal, AM8335, SCI Greene, 1040 E. Roy Furman Highway, Waynesburg, PA 15370-8090, USA.

Spendet großzügig für Jamais Rechtsverteidigung! Geld wird für den Kampf um Jamais Leben dringend gebraucht. Spendet auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000, Stichwort „Jamal"! Spenden, die mit „Jamal" gekennzeichnet sind, sowie Spenden, die auf den weltweiten Demonstrationen gesammelt wurden, werden vollständig an das Committee to Save Mumia Abu-Jamal geschickt, das von Jamais Rechtsanwälten zu diesem Zweck initiiert wurde. Weltweit wurden in diesem Jahr bisher mehr als 15 000 US-Dollar für Jamais Verteidigung durch die vom PDC und seinen Schwesterorganisationen einschließlich des KfsV initiierte Kampagne aufgebracht. Viel mehr ist notwendig!

Erhältlich vom Komitee für soziale Verteidigung: Protest-Petitionen' an Gouverneur Ridge, Stapel des KfsV-Flugblatts „Rettet Mumia Abu-Jamal!", DIN-A2-Plakate (DM 5,-), das Video des PDC zum Ausleihen: „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal" (25 Minuten, ebenfalls erhältlich von: Kampagne Abu Jamal, c/o Archiv 92, Postfach 150323, 28093 Bremen).

Kontakt: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin. Telefon: (030)4439401.




Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal

Beyond the Bell

Die folgende Kolumne von Jamal gilt dem im letzten Jahr erschienenen Buch The Bell Curve *(Die Glockenkurve oder Die Normalverteilung), einem rassistischen Traktat, das „wissenschaftlich" verbrämt verbreiten will, Schwarze besäßen eine geringere Intelligenz als Weiße.*

Es gibt eine Tendenz, die kürzliche Kontroverse über *The Bell Curve* als isolierten Vorfall zu behandeln, den man schnell vergessen kann in den tagtäglichen Kämpfen, die Menschen um ihr Überleben führen.

Studenten der Psychologie können jedoch die leidige und häßliche Tatsache bezeugen, daß die Geisteshaltung, die die Veröffentlichung dieses Buches motivierte, einen erstaunlich langen Stammbaum in der amerikanischen, und tatsächlich auch der europäischen, Geschichte besitzt.

Nirgendwo wird das klarer als in dem exzellenten Buch des anerkannten Paläontologen Stephen J. Gould, *The Mismeasure of Man* (Der falsch vermessene Mensch, 1981). Gould verdeutlicht, wie Jahrhunderte der Wissenschaft vom Gift des Rassismus besudelt wurden, zusätzlich zu reiner Idiotie oder gar offener Schikane.

Betrachtet die Worte und Gedanken einiger der „Gründerväter" Amerikas:

Abe Lincoln: „Es gibt einen physischen Unterschied zwischen der weißen und der schwarzen Rasse, der, denke ich, auf ewig verbieten wird, daß die zwei Rassen im Rahmen von sozialer und politischer Gleichheit zusammenleben. Und da sie so nicht leben können, muß es, da sie zusammenbleiben, die Position des Überlegenen und die des Minderwertigen geben, und ich trete ebenso wie jeder andere Mann dafür ein, daß die überlegene Position der weißen Rasse zukommt." (Lincoln/Douglas Debates, 1858)

Ben Franklin: „Ich würde mir wünschen, ihre Anzahl [der weißen Immigranten nach Amerika] würde erhöht. Und während wir, wie ich es ausdrücken möchte, unseren Planeten polieren, indem wir Amerika von Wald befreien und so diese Seite unseres Globus ein helleres Licht reflektieren lassen, in die Augen der Bewohner von Mars und Venus, warum sollten wir sein Volk verdunkeln? Warum die Söhne Afrikas durch ihre Verpflanzung nach Amerika vermehren, wo wir eine so schöne Gelegenheit haben, durch den Ausschluß aller Schwarzen und Braunen die liebenswerten Weißen und Roten zu vermehren?" (1751).

Wenn diese Leute aus der sogenannten Aufklärung diese Meinungen hatten, wie sah es mit den Männern der Wissenschaft aus?

Gould zeigt überzeugend, wie Vorurteile über Rassen oder Klassen die Schlußfolgerungen zutiefst beeinflußten, befleckten und färbten.

Wissenschaftler brachten Theorien über die Schädelgröße hervor (Kraniometrie), über Beulen auf dem Kopf (Kraniologie), alles vollständig vermessen, aber auch alles vollständig verkehrt.

Wie Gould in *The Mismeasure of Man* feststellt: „Was die Kraniologie für das neunzehnte Jahrhundert war, sind die Intelligenztests für das zwanzigste geworden, wenn sie davon ausgehen, daß Intelligenz ... eine einheitliche, angeborene, erbliche und meßbare Sache ist."

Das trifft so genau den Punkt, und das Thema des biologischen Determinismus prägte das Leben und verfluchte das Leben von Millionen von Männern und Frauen, der sogenannten „Unterschicht" in Britannien und der Schwarzen in den USA.

„Wissenschaft" im Dienste der herrschenden Klasse, das ist es, worum es bei *The Bell Curve* geht.

The Mismeasure of Man zeigt, wie heimtückisch und absurd die *Bell* ist.

24. Februar 1995

Rettet Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 13

Geschichte der USA verwurzelt ist, die bis zur Sklaverei zurückreicht. Er fuhr fort:

Spezielle Todesgesetze waren in der frühen Gesetzgebung der Sklaverei vorgeschrieben, die die schwarzen Sklaven als Vieh definierte, als Privateigentum des Sklavenhalters, die ungefähr unter den gleichen „Schutzbestimmungen" abgeschlachtet werden konnten, wie sie vielleicht bei einem widerspenstigen Maultier angemessen sind. Die Vorstellung, daß ein schwarzer Sklave nicht wirklich menschlich sei, ist immer eine wesentliche Komponente der rassistischen Ideologie in mehr oder weniger ausgeklügelter Form gewesen.

Gerade deshalb hat die einfache Erklärung von schwarzer Menschlichkeit immer noch Resonanz. Was heißt es, Mensch zu sein? Dies ist die Frage, die dem Buch *Narrative* (Erzählung) von Frederick Douglass zugrunde liegt, und es ist eine zentrale These der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei. Und wie in *Narrative* von Douglass sehen wir auch in dem gefeierten Roman *A Lesson Before Dying* von Ernest J. Gaines aus dem Jahr 1993 den tödlichen Horror des Rassismus gegen die sich entwickelnde Menschlichkeit eines Mannes, der wie ein Tier verurteilt wurde. Wie Douglass bringt er seine Menschlichkeit in seinen geschriebenen Worten zum Ausdruck. Es ist, als ob Lesen und Schreiben — dem Sklaven per Gesetz vorenthalten und jetzt immer noch verweigert, wenn auch weniger offensichtlich — irgendwie beweisen kann, daß er menschlich ist. Sein letzter Akt ist nicht die moralische Reue, die von Verurteilten erwartet wird: „Sag ihnen, ich bin stark... Sag ihnen, ich bin ein Mann."

Das ist es, was Mumia uns mit seinen fortgesetzten Schriften aus dem Gefängnis mitteilt. Im November schrieb er über jenes „Gesicht der .Besserungsanstalt, welches per Gesetz Unterricht bei denjenigen verbietet, deren Analphabetenrate schätzungsweise 60 Prozent beträgt... die grausame Gleichförmigkeit, -die den Geist betäubt, die Seele tötet ... ohne jeden Gedanken oder Hoffnung darauf zu wachsen, und welches das Gefängnis zur Behausung für den Geist des Todes macht... Welchem gesellschaftlichen Interesse dienen Gefangene, die Analphabeten bleiben?"

Schreiben ist für Mumia keine Nebensache. Ebenso wie Douglass sagt, daß es sein Weg zur Befreiung war, ist es wesentlich für Mumias Identität. Mumia ist Schriftsteller. Seine Schriften brachten ihn in Schwierigkeiten mit dem Gesetz. Seine Schriften sind es, die ihn weitermachen

lassen. Und obwohl er fest eingesperrt ist, sind es seine Schriften, die ihn mit den breiteren Kämpfen der Unterdrückten verbunden halten. Sie halten ihn auch in Verbindung mit uns.

Kapitalistischer Zerfall und Völkermord

Die Klasse, die herrscht, organisiert ihre Macht im Staat. Mit der Todesstrafe entscheidet der Staat, wer lebt und wer stirbt. In dieser Gesellschaft betrifft dies überwiegend die Armen und die Schwarzen. Der bösartige Drang der Bourgeoisie, eine immer größere Anzahl von Ghetto-Jugendlichen einzusperren und hinzurichten, spiegelt einen finsteren Impuls zum Völkermord an einer Schicht der schwarzen Bevölkerung wider. Besonders nach dem plebejischen Aufstand von Schwarzen, Weißen, Latinos und Menschen aus Asien, der Los Angeles nach dem Freispruch für die rassistischen Bullen erschütterte, die Rodney King zusammengeschlagen hatten, ist die herrschende Klasse tödlich entschlossen, eine Generation zu unterdrücken, für die der zerfallende Kapitalismus keine produktive Beschäftigung bietet. Die Ausgaben für Schulbildung und Sozialleistungen haben sich in Luft aufgelöst, während der Gefängnisbau boomt. Im letzten Herbst stockte Texas das Budget des Strafvollzugs um eine Milliarde Dollar auf und verweigerte gleichzeitig eine Staatsanleihe von 750 Millionen Dollar für Schulausbildung. Ebenso stellte in Kalifornien die Strafvollzugsbehörde in den letzten 10 Jahren 26000 Leute ein, "während im Bereich des höheren Schulsystems 8000 Jobs verlorengingen. Die herrschende Kapitalistenklasse läßt keine Zweifel an ihren Prioritäten.

Eine „Reservearmee" arbeitsloser Arbeiter ist zwar ein notwendiges und unvermeidliches Merkmal des Kapitalismus, aber das Anwachsen eines großen Sektors von permanent arbeitslosen „Ausgestoßenen" hat historisch die Bourgeoisie dazu getrieben, diejenigen auszulöschen, die sie als „Überschuß"bevölkerung betrachtet. In den Anfangsjahren der kapitalistischen Entwicklung, vor und während der industriellen Revolution in Britannien, vertrieb die Bourgeoisie absichtlich die Bauern massenweise vom Land — durch solche Maßnahmen wie Gesetze, mit denen sich Großgrundbesitzer Gemeindeland aneigneten —, um ein Arbeitskräftereservoir für die Manufaktur großen Maßstabs zu schaffen. Aber, wie Karl Marx im *Kapital* erklärte, „dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward". Um die daraus entstehende Masse arbeitsloser Vagabunden einzuschüchtern und zu zerstören, wurden drakonische Gesetze eingeführt. Unter der Herrschaft von Heinrich VIII, im 16. Jahrhundert wurden etwa 72000 Bettler und Diebe gehängt — zu einer Zeit, als Englands Bevölkerung kaum ein paar Millionen betrug.

Heute, im Niedergang des Kapitalismus, gibt es wieder einen Drang, ganze Teile der Bevölkerung loszuwerden. Doch jetzt ist der Grund nicht, daß die Produktivkräfte zu unreif sind, um für alle Menschen nützliche Beschäftigung finden zu können, sondern vielmehr, daß sie längst über die Grenzen eines Systems hinausgewachsen sind, das auf der Produktion für Profit basiert. Das 20. Jahrhundert ist gekennzeichnet durch High-Tech-Barbarei, verkörpert durch das Gemetzel zweier interimperialistischer Weltkriege, überschattet vom Holocaust und dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki, und fortgesetzt mit unzähligen brudermörderischen und völkermörderischen Konflikten. Diese blutigen Gemetzel, viele von ihnen das Produkt der Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa, werden verschlimmert durch die Phänomene der „Friedenszeit" wie weitverbreitete Hungersnöte und Epidemien, die große Teile der „Dritten Welt" verwüsten, und die gegenwärtige „Sozialpolitik" der US-Bourgeoisie, die darauf abzielt, eine ganze Schicht der Minderheiten-Bevölkerung des Landes zu zerstören und zu dezimieren.

Was wir „Völkermord USA" genannt haben, ist keine vorübergehende Anomalie, zurückzuführen auf die politischen Siege rechter Republikaner, sondern vielmehr eine strategische Politik, ein Konsens beider großen Parteien. Der einzige Weg raus aus einer gräßlichen Zukunft von Obdachlosigkeit, Hunger und Gefängnis für Millionen Jugendliche der Minderheiten ist ein revolutionärer Kampf, der das kapitalistische Profitsystem wegfegt. Und der Schlüssel dazu ist die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei, die die soziale Macht des aus allen Bevölkerungsgruppen zusammengesetzten Proletariats mobilisieren wird, um als ein Tribun aller Unterdrückten zu handeln, im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft, in der es einen gleichberechtigten und produktiven Platz für alle geben wird.«

Schulungsreihen der Spartakist-Jugend

Halle

Donnerstag, 11. Mai
Imperialismus und der Verrat der Sozialdemokratie

Donnerstag, 23. Mai
Imperialismus und die nationale Frage: Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Dienstag, 13. Juni
Die neue Weltunordnung: Das Vierte Reich des deutschen Imperialismus sucht einen Platz an der Sonne

Dienstag, 27. Juni
Jüdische Frage und Kapitalismus

Dienstag, 4. Juli
Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

jeweils 19.00 Uhr
Galeriecafe Steg, Stegpassage 2

Hamburg

Sonnabend, 6. Mai
Die permanente Revolution am Beispiel von Südafrika

Sonnabend, 20. Mai
Stalinismus: Totengräber der Revolution

Sonnabend, 3. Juni
Italien: Klasse gegen Klasse anstatt Volksfront

Sonnabend, 10. Juni
Die Aufgaben der Vierten Internationale

jeweils 16.00 Uhr
GWA, Hamburger Hochstr. 2
Weitere Informationen: (040)323644

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 9

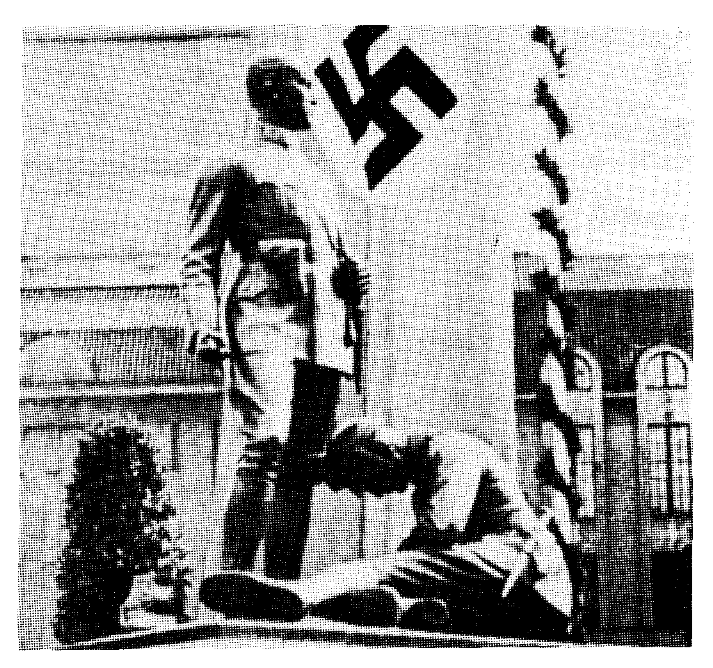
aus. Er schlug die Warnungen sowohl des Spionagerings der Roten Kapelle unter Leopold Trepper in Westeuropa als auch des Sowjetspions Richard Sorge in Japan vor einem bevorstehenden deutschen Angriff in den Wind. Die Rote Armee war ihrer fähigsten und erfahrensten Offiziere durch eine blutige Säuberung beraubt worden, die den Generalstab dezimierte. Tausende waren ermordet worden, unter ihnen Marschall Tuchatschewski, um eine ganze Schicht auszulöschen, die sich an die Oktoberrevolution erinnerte, und um jede sich noch regende und potentielle Opposition gegen die bürokratische Herrschaft zu ersticken. Selbst Schukow, der bedeutendste sowjetische Stratege des Zweiten Weltkriegs, war gesäubert worden, und nur aus Mangel an fähigen Offizieren wurde er im Zweiten Weltkrieg wieder eingesetzt.

Während des Krieges war die Politik der stalinistisch geführten Widerstandsbewegung geprägt von nationalistischer Klassenzusammenarbeit. Die Linie der Stalinisten — eine „Anti-Hitler-Koalition" mit den „demokratischen" West-Imperialisten — führte dazu, daß ihre Genossen in den USA und Britannien Streikbruch begingen und Burgfriedenserklärungen mit den Bossen und ihren Regierungen unterstützten. Die französische Résistance wurde unter der chauvinistischen Losung „A chacun son boche" (jedem seinen Kraut, wie die Deutschen genannt wurden) geführt, was die Verbrüderung und die Aufgabe, die keimende Opposition innerhalb der deutschen Streitkräfte zu organisieren, noch schwieriger machte, als sie ohnehin schon war. Die französischen Trotzkisten versuchten, an das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter in Uniform zu appellieren, und führten unter enormen Verlusten eine Politik der Verbrüderung durch. Mehr als einmal gab es einen spontanen Akt der Solidarität deutscher Soldaten mit dem Widerstand. Man sollte nicht vergessen, daß die Nazis während des Krieges bis zu 80000 deutsche Soldaten erschossen oder aufgehängt haben, die sich nicht unterordneten oder desertierten.

Trotz Stalins Politik und seines zeitweiligen Zusammenbruchs schlugen die sowjetischen Arbeiter das Unternehmen Barbarossa zurück. Im Krieg gegen Nazi-Deutschland zeigte sich die Überlegenheit der Planwirtschaft auf Grundlage der vergesellschafteten Eigentumsformen, als ganze Produktionsanlagen weit hinter den Ural verlegt und auf Waffenproduktion umgestellt wurden, um die Frönt zu halten. Vor allem war es der entschlossene Wille der sowjetischen Bevölkerung zur Verteidigung der Oktoberrevolution, der den mutigen Kampf wie zum Beispiel in Leningrad ermöglichte. In der blutigen Schlacht um Stalingrad, wo Haus für Haus, Fabrik für Fabrik gekämpft wurde, gingen die Sowjets in die Offensive und erzwangen die Kapitulation der deutschen Truppen unter dem Wehrmachtsgeneral Paulus. Nach dem Sieg bei Kursk sechs Monate später stürmte die Rote Armee weiter nach Westen und befreite bis Oktober 1944 fast ganz Osteuropa.

Die PDS und ein Großteil der Linken bejubeln heute die „Anti-Hitler-Koalition" als die Kraft, die angeblich den Ausgang des Krieges bestimmt hätte; sie solidarisieren sich mit den *imperialistischen* Alliierten. Sie beteiligen sich damit an der Lüge der Imperialisten, daß der Zweite Weltkrieg ein Krieg für „Demokratie" gewesen wäre, und spiegeln die antisowjetische Feindseligkeit der eigenen Herrscher wider. In Westdeutschland, Italien und Japan setzten die imperialistischen Alliierten nach dem Krieg „demokratische" Regierungen ein, deren Staatsmaschine sich aus Beamten der ehemaligen faschistischen und militaristischen Regime zusammensetzte. Und der Kriegsverlauf zeigt eindeutig, daß die imperialistischen Alliierten dem Vormarsch der Sowjetunion am feindlichsten gegenüberstanden. Wie Winston Churchill, der britische Premierminister, damals sagte, befürchteten sie: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet." Besorgt darüber, daß ein deutsches Machtvakuum durch die Sowjets gefüllt werden könnte, rief Churchill schon 1942 die Westmächte dazu auf, „nach dem Krieg eine Barriere gegen die kommunistische Barbarei [zu] errichten".

Die Politik der westlichen Alliierten bestand darin, die Sowjetunion ausbluten zu lassen; sie schauten zu, als die Wehrmacht massenweise sowjetische Bürger abschlachtete — drei Millionen allein in den ersten Monaten des deutschen Überfalls. Trotz des ständigen Drucks der Sowjets zögerten die USA und Britannien die Westfront, die sie schon 1942 Stalin versprochen hatten, bis Mitte 1944 hinaus. Britannien erwog eine Invasion auf dem Balkan — d. h. in den Gebieten, die von der Roten Armee schon befreit worden waren — statt in der Normandie. Und die amerikanische Unterstützung der Sowjetunion mit Militärgütern lief nur langsam an und lieferte zu keiner Zeit mehr als 10 Prozent des sowjetischen Bedarfs. Der Vormarsch der westlichen Alliierten in Schleswig-Holstein wurde explizit mit der Absicht begründet, die Rote Armee zum Stillstand zu bringen. Um den Einfluß der Sowjetunion zurückzudrängen, wurde schließlich die Westfront errichtet, und der Wettlauf um Berlin begann. Am 6. Juni 1944 landeten US-Truppen in der Normandie. Bis dahin hatten die Deutschen 95 Prozent ihrer Truppen im Osten konzentrieren können, und zu keiner Zeit waren gegen die Rote Armee weniger als 65 Prozent der Wehrmacht im Einsatz.



taz

Die Nazis errichteten 1934 ein Denkmal für die zwei verhaßten SPD-Bullen, für deren Erschießung Erich Mielke jetzt verurteilt wurde. Das Vierte Reich übernahm die Anklagen des Dritten, die auf Gestapo-Folter basierten

Die britische und amerikanische Kriegsleitung *weigerte* sich hartnäckig, die Bahnlinien, die Krematorien und die SS-Siedlungen um die Vernichtungslager zu bombardieren. Statt dessen bombardierten sie im Februar 1945 die Zivilbevölkerung in Dresden, was jetzt von den deutschen Imperialisten zum Anlaß genommen wurde, einen ekelhaften deutschnationalen Medienrummel zu veranstalten. Die Bombardierung von Dresden ist seit langem ein Thema, das die Faschisten ausschlachten. In der offiziellen Ausstellung in der Dresdner Frauenkirche läuft darüber jetzt sogar ein Videoband mit der Propaganda des Nazi-Anbeters David Irving! Gewiß war diese Bombardierung ein imperialisti-

sches Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung, die sich nicht so sehr gegen die Faschisten wie gegen die anrückende Sowjetarmee richtete. Wie unsere Genossen in den USA schrieben:

„Letzten Endes hatten das,Unternehmen Donnerschlag', wie die Bombardierung von dem mit Flüchtlingen aus dem Osten gefüllten Dresden im Februar 1945 genannt wurde, die 35000 Menschen das Leben kostete, und mehr noch der atomare Massenmord in Hiroshima und Nagasaki im August 1945 den Zweck, die Sowjetunion einzuschüchtern." *(Workers Vanguard* Nr. 379, 3. Mai 1985)

Viele Jugendliche gehen heute zu Demonstrationen unter Losungen wie „Deutschland hält's Maul" und „Nie wieder Deutschland", weil sie zutiefst angewidert sind vom deutschen Nationalismus, der auch in der Linken und Arbeiterbewegungweit verbreitet ist. Als Sprecher der „Antinationalen" tritt Jürgen Elsässer von der *konkret-Redaktion* auf, der bis vor kurzem Chefredakteur *der jungen Welt* war. Er rechtfertigt mit der Losung „Keine Träne für Dresden" die imperialistische Bombardierung: „Wer die Bombardierung Dresdens als Beweis für die Sinnlosigkeit von Krieg hernimmt, anstatt die Berechtigung der alliierten Kriegsführung mit dem Ziel der .bedingungslosen Kapitulation Deutschlands' zu unterstreichen, unterstützt die Geschichtsfälscher" *(junge Welt,* 11. Februar). Er bezieht unverblümt die Seite der „demokratischen" Imperialisten und stimmt mit deren „Kollektivschuld"-These überein, die davon ausgeht, daß es nur ein „deutsches Volk" gibt.

Die „Kollektivschuld"-These war und ist *entgegengesetzt* zur Revolution in Deutschland. Das Nazi-Regime, das aus einer Massenbewegung von entfesselten Kleinbürgern hervorwuchs, wurde durch machtvolle kapitalistische Interessen an die Macht gehievt. Die Kapitalisten riefen die Faschisten herbei, um die „Bedrohung" durch eine proletarische Revolution der mächtigsten Arbeiterklasse in Europa abzuwehren. Das'gleiche Gespenst verfolgte auch die „demokratischen" Imperialisten und stand hinter ihrer Politik der Massen-Bombardierungen, die die Demoralisierung der deutschen Bevölkerung zum Ziel hatten. Während des Krieges haben international nur die Trotzkisten diese wahllosen Terrorangriffe kritisiert, weil sie verstanden, daß der „Krieg für Demokratie" eine Lüge war. Diejenigen aber, die heute gemeinsam mit den deutschen Imperialisten die Bombardierung von Dresden beklagen, entschuldigen damit das Hitler-Regime.

Anti-Hitler-Koalition: Pakt gegen Arbeiterrevolution

Mit dem Kriegsende zeigte sich am deutlichsten der Charakter der „Anti-Hitler-Koalition", die heute wieder von der PDS samt Kommunistischer Plattform als Modell hochgehalten wird. Sie war eine Allianz zwischen den „demokratischen" Imperialisten und dem ArbeiterstaatSowjetunion: Klassenkollaboration auf internationaler Ebene. Während Stalin in Jalta nur zugebilligt wurde, was die Rote Armee schon befreit hatte, garantierte Stalin den Imperialisten die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung im übrigen Europa. Diese Volksfront diente als Garantie gegen die aufständischen Arbeiter, die in dem Vormarsch der Roten Armee einen Vorboten und eine enorme Ermutigung sahen, für ihre eigene Befreiung zu kämpfen.

Die Trotzkisten des holländischen Comité van Revolutionaire Marxisten (CRM) betonten im August 1943 in ihrer politischen Erklärung zum Zweiten Weltkrieg die Notwendigkeit, die Sowjetunion zu verteidigen, und warnten gleichzeitig:

„Wenn man den Sieg des alliierten Lagers herbei-


ARBEITER und SOLDAT

NIEDER MIT DEM KRIEG SOFORTIGER FRIEDEN!

ARBEITER UND SOLDAT

AB 1. MAI 1944 KURS AUF DIE REVOLUTION!

Trotzkistische Zeitung, gedruckt von Untergrundzelle In der Bretagne und unter Wehrmachtsoldaten verteilt

wünscht, akzeptiert man den Sieg des alliierten — britischen und amerikanischen — Imperialismus, seine Unterdrückung und Ausbeutung... Tatsächlich verstecken diese .linken Sozialdemokraten' ihren Britannien-freundlichen Standpunkt hinter ,linken' Sätzen, genauso wie die Sozialdemokraten im vorigen Krieg ihre ,Vaterlandsverteidigung' mit lügnerischen ,linken' Phrasen gerechtfertigt haben."

Für diese prinzipienfeste Opposition gegen den imperialistischen Krieg wurden Trotzkisten von den „demokratischen" imperialistischen Alliierten inhaftiert.

Nach dem Ende des Kriegs waren prosozialistische Bestrebungen weitverbreitet, und eine vorrevolutionäre Welle fegte durch Europa. In Griechenland mündete der kommunistisch geführte Partisanenkrieg und Arbeiterwiderstand gegen die deutsche Wehrmacht und ihre griechischen Kollaborateure nach der Befreiung in einen Aufstand gegen die britischen Imperialisten. In Italien gab es 1944 einen Aufstand gegen die deutschen Besatzungskräfte in Neapel und nach der Landung der Alliierten Aufstände in mehreren Städten im Norden. In Genua kapitulierten die Deutschen gegenüber den Partisanen. In Paris bewaffneten sich die Arbeiter, um mit der durch die Kollaboration mit den Nazis völlig diskreditierten Bourgeoisie abzurechnen. Aber diese Aufstände der Arbeiter wurden von den stalinistischen Führungen verraten, die die Arbeiter dazu zwangen, ihre Waffen abzuliefern. Die Volksfrontlinie bedeutete einen „demokratischen", also *kapitalistischen* „Neuanfang" und *das Erwürgen der proletarischen Revolution,* die in Frankreich, Italien, Griechenland und sogar in Deutschland auf der Tagesordnung stand. Die Stalinisten und die Sozialdemokraten waren Barrieren gegen die Revolution; dringend notwendig waren trotzkistische Parteien, um die Arbeiter auf der Grundlage des internationalistischen Programms der frühen Komintern zu führen. Aber die schwachen Kräfte der Vierten Internationalewaren durch die mörderische Nazi-Répression und die stalinistischen Morde dezimiert worden.

Daß nicht ganz Epropa 1945 rot wurde, führte direkt zu Millionen von Opfern in den Befreiungskriegen in den Kolonien, besonders in Algerien und Vietnam, und schuf letztendlich die Basis für die Konterrevolution in Osteuropa. Die verlogene Politik der „Anti-Hitler-Koalition" war ein Ausdruck der Stalinschen Politik, der die konservativ-nationalistische Konzeption vom „Sozialismus in einem Land" widerspiegelte. Dies hieß im Klartext, daß es in keinem anderen Land eine Revolution geben sollte. So ga-

Fortgesetzt auf Seite 18

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 17

rantierte die Politik der Anti-Hitler-Koalition, daß sich mit dem verrotteten kapitalistischen Gesellschaftssystem Rassismus, Faschismus und Militarismus wieder erheben konnten. Doch die Massen der Werktätigen in Deutschland und ganz Europa wollten *alles,* nur nicht die Restauration des Kapitalismus. Das wußte Stalin, der — aus gutem Grund — über die „Gefahr" von proletarischen Erhebungen nach dem Krieg, besonders in Deutschland, besorgt war.

Nach Stalins Meinung paßte der Sozialismus zu Deutschland wie „der Sattel auf die Kuh" *(Stalin,* Isaac Deutscher). Und bis heute behaupten die inzwischen sozialdemokratischen Ex-Stalinisten, daß eine proletarische Revolution im Westen nicht möglich gewesen wäre. Doch die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Ganz Deutschland war nach der Befreiung ein Chaos, die Bourgeoisie war untergetaucht oder auf der Flucht. In Ost und West schössen proletarische Antifa-Komitees aus dem Boden, die sich um die Zwangsarbeiter und die Überlebenden aus den KZs kümmerten und daran gingen, die Betriebe und Büros zu entnazifizieren. Viele Nazis wurden von ihnen verhaftet und den Alliierten übergeben.

Im Westen war Gelsenkirchen nur eine der Städte, wo das militante Bergarbeiterkomitee die faschistischen Manager aus dem Werk jagte. Im Ruhrgebiet überreichten Bergarbeiter den alliierten Offizieren Pläne für die Nationalisierung der Montanindustrie unter Arbeiterkontrolle. Anfang 1947 gab es Massendemonstrationen von Hunderttausenden Arbeitern im Ruhrgebiet, Deutschlands industriellem Kerngebiet. Die Arbeiter verlangten die entschädigungslose Enteignung der Bergwerke, der Stahl- und der Chemieindustrie sowie die Kontrolle der Bevölkerung über die Lebensmittelverteilung, die in den Händen der alliierten Besatzungsmächte lag. Als diese Streiks sich über das Ruhrgebiet hinaus ausweiteten, verboten die französischen, britischen und amerikanischen Kommandeure alle Streiks und Protestaktionen und stellten sie unter Todesstrafe.

Der Kreml hatte ursprünglich die Absicht, östlich der Elbe einen „antifaschistisch-demokratischen", d.h. *kapitalistischen* Staatsapparat aufzubauen. Die Linie, wie sie Ulbricht den KPD-Kadern einimpfte, war, daß „das deutsche Volk, vor allem die Arbeiterklasse" kein „Klassenbewußtsein" habe, sie sei „verseucht mit Faschismus und Reaktion", „unfähig, eigenständig zu denken" oder gar zu handeln. Damit halfen Stalin/Ulbricht den Imperialisten, ihre Lüge der „Kollektivschuld" aufrechtzuerhalten.

Aber die Aktionen der Arbeiter, die sich direkt gegen die kapitalistischen Eigentumsformen richteten, waren kaum zu kontrollieren. Arbeiter und Angestellte übernahmen auf eigene Initiative die Betriebe und setzten die Produktion in Gang. Sie bildeten Betriebsausschüsse oder Betriebsräte, die in vielen Fällen die Leitung der Fabriken übernahmen. Die Antifa-Komitees, die spontan entstanden, verstanden sich teils als Volksfront-, teils als Gewerkschaftskomitees, zum Teil aber auch als revolutionäre örtliche Sowjets. Ihre Aktionen gingen zumeist rasch in eine antikapitalistische Richtung. Wegen ihrer zum Teil unabhängigen politischen Aktion drängte die KPD-Führung darauf, die Antifa-Komitees lieber heute als morgen aufzulösen. Erst später, als eine defensive Reaktion auf den Druck der imperialistischen Alliierten im neuen „Kalten" Krieg, wurden die Stalinisten dazu gezwungen, einen deformierten Arbeiterstaat im Osten aufzubauen.

Nur die trotzkistischen Kader hatten eine revolutionäre, proletarische Perspektive aufrechterhalten. Angesichts übermächtiger Kräfte und trotz episodischer Desorientierung waren sie vom Geist und Programm des revolutionären Internationalismus erfüllt. Der Aufstand in Saigon 1945, geführt von den vietnamesischen Trotzkisten; die Veröffentlichung von *Arbeiter und Soldat* durch französische Trotzkisten und die Verbreitung unter Wehrmachtsoldaten; die Zelle, die in den deutschen Streitkräften im französischen Brest aufgebaut wurde; die Beteiligung von indischen Trotzkisten an der Bewegung „Räumt Indien"; die Beteiligung der britischen und amerikanischen trotzkistischen Parteien an Streiks und anderen Gewerkschaftsaktionen, die objektiv gegen das imperialistische Kriegsunternehmen gerichtet waren — dies alles ist beredtes Zeugnis von dem Mut und sogar der Dreistigkeit der geringen Kräfte der Vierten Internationale, obwohl doch fast alles gegen sie sprach.

Die trotzkistischen Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds sahen die vorrevolutionäre Welle voraus, die nach dem Krieg durch Europa fegte. In ihrer Erklärung vom 20. April 1945, etwa eine Woche nach ihrer Befreiung geschrieben, arbeiteten sie ein Programm für die proletarische Revolution in ganz Deutschland aus, darunter Forderungen wie: „Sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses! ... Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes! Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte!"

Das Vierte Reich des deutschen Imperialismus

Der westdeutsche Staat war ein Geschöpf des Kalten Krieges der USA, der stärksten „demokratischen" imperialistischen Macht, und er wurde explizit als Bollwerk gegen den Kommunismus aufgebaut. Bonn erklärte sich zum „Rechtsnachfolger" von Nazideutschland, was zum antikommunistischen Kreuzzug gegen die DDR gehörte, der jede Legitimität abgesprochen wurde. Wir nennen das jetzt größer gewordene imperialistische Deutschland das Vierte Reich, weil die BRD die Kontinuität mit dem Wilhelminischen Zweiten Reich und Hitlers Drittem Reich darstellt, nicht nur in bezug auf die Gesetzgebung — zum Beispiel gehen die jetzigen deutschen Abtreibungsparagraphen auf Bismarcks Zeit zurück —, sondern auch was das Personal angeht sowie die Ziele des deutschen Imperialismus, obwohl diese teilweise unbefriedigt bleiben. Heute wollen die Herrscher des Vierten Reichs mit der energischen Hilfe der Sozialdemokraten die deutschnationale Identität verfestigen, um einen neuen Patriotismus hochzupeitschen. Sogar nach dem Zusammenbruch des Stalinismus sind „Wohlstand" und Antikommunismus die Markenzeichen der Bundesrepublik, wie sie es von Anfang an gewesen sind.

Die Kontinuität des deutschen Imperialismus zeigt sich bei seinem Führungspersonal. So wie die Weimarer Republik die Gesetze und den Staatsapparat der Hohenzollern-Monarchie geschlossen übernahm, so zeigte sich auch unter Adenauer beim Personal die weitgehende Kontinuität des Dritten Reichs. Unter amerikanischer Schirmherrschaft rutschten die „ehemaligen" Nazis nach der Entnazifizierung in Schlüsselpositionen. Hitlers Chef der Kriegsindustrie, Friedrich Flick, der aus Zwangsarbeitern und den Opfern der KZs riesige Profite herausgepreßt hatte, wurde 1950 aus dem Gefängnis entlassen und bald darauf Bonns „ungekrönter Finanzminister" genannt. Hans Maria Globke, der Koordinatör der Geheimdienste, der als die „graue Eminenz" der Adenauer-Ära bekannt war, hatte maßgeblich zur Verfassung der Nürnberger Rassengesetze beigetragen; im Reichsinnenministerium behandelte er alle administrativen Maßnahmen bei der Entrechtung der Juden, „Mischlinge" und „Rheinlandbastarde" (so nannte Globke die Kinder von deutschen Müttern und schwarzen amerikanischen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg).

Den militärischen antisowjetischen Spionageapparat von Hitlers „Fremde Heere Ost" unter dem Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen übernahm die CIA, um die Spionage und Sabotage gegen die Sowjetunion fortzusetzen. Die Gehlen-Organisation wurde 1955 zum westdeutschen Bundesnachrichtendienst. Die deutsche Justiz wurde intakt übernommen, so daß 1948 die überwiegende Mehrheit der Nazi-Blutrichter wieder im Amt waren. Und natürlich gab es da noch das altgediente NSDAP-Mitglied Kurt Kiesinger, der 1966 zum Kanzler gewählt wurde und der Chef der Großen Koalition mit der SPD war. Und Josef Abs, nach einer Unterbrechung von nur acht Wochen Haft, blieb bis zu seinem Tod im letzten Jahr in der Leitung der Deutschen Bank.

Und laßt euch nicht täuschen. Helmut Kohl ist kein „Mann der Mitte", von aller Schuld befreit durch die „Gnade der späten Geburt". Er ist die Kreatur der schlimmsten revanchistischen Elemente der Bourgeoisie von Auschwitz. Auf den Kanzlerposten wurde er gehievt durch einen machtvollen Kreis von Großindustriellen, die ihre Gewinne mit der „Vernichtung durch Arbeit" bei der IG Farben gescheffelt hatten (siehe „Der Mann, der Führer sein möchte", *Spartakist* Nr. 73, 3. Juli 1990).

Die kapitalistische Wiedervereinigung von Großdeutschland machte es möglich, daß das Vierte Reich um den Status einer Weltmacht konkurriert. Daß wir dies offen aussprechen, macht sozialdemokratische „Linke" rasend. Denn sie versuchen, das imperialistische Deutschland reinzuwaschen, um die eigene Kapitulation zu kaschieren. Wie sonst könnten die PDS-Spitzen heute die Tatsache entschuldigen, daß sie die DDR ausverkauften: Sie sind gezwungen, den deutschen Imperialismus als „demokratischen Rechtsstaat" auszugeben. Weder die Hochstapler des BSA noch das winzige Grüppchen „Gruppe Spartakus" (GS) bringen es über sich, das Wort „Befreiung" in ihrer Propaganda zum 8. Mai überhaupt auszusprechen. Statt dessen lautet die Überschrift der GS: „Keine Tränen am 8. Mai!" An wen richtet sich diese Überschrift, wer soll da über den Sieg der Roten Armee hinweggetröstet werden? Es ist kein Zufall, daß die GS in der gleichen Ausgabe über „Die SpAD und ihre IV. Reich-Psychose" geifert. Die GS will den deutschen Imperialismus ohne Vergangenheit darstellen, um sein jetziges rassistisches Gesicht zu beschönigen, und sie will ihre Unterstützung für die Sozialdemokratie vertuschen, die 1989/90 das trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR war. Damals rief die GS: „Die Hauptgefahr ist Modrow". Der stalinophobe BSA wiederum, der permanent versucht, die SPD-Hexenjäger bei der Jagd auf Ex-Stalinisten zu übertreffen, trat explizit dagegen auf, an Gedenkveranstaltungen zur Befreiung der KZs teilzunehmen.

Krise der Führung — damals und heute

Unsere Helden sind die Soldaten und Arbeiter, die den konterrevolutionären Ansturm in Stalingrad aufgehalten haben, die Verteidiger von Leningrad, die jüdischen und kommunistischen Partisanen und die Kämpfer der Roten Armee und der sowjetischen Völker, von denen 27 Millionen Menschen ihr Leben gaben. Und wir ehren die französischen trotzkistischen Märtyrer, die die revolutionäre Verbrüderung praktiziert haben und revolutionäre Zellen in der deutschen Wehrmacht organisierten.

Während die Losung des Buchenwalder KPD-Manifests von Emil Carlebach lautete: „Es lebe die deutsche Volksrepublik!", erklärten die Trotzkisten und trotzkistischen Sympathisanten der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds (4. Internationale) am 20. April 1945:

> „Alle Theorien und Illusionen über einen ‚Volksstaat', »Volksdemokratie' haben im Verlaufe der Klassenkämpfe unter der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse in die blutigsten Niederlagen geführt. Nur der unversöhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern. Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen... Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands! Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen! Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa! Für die proletarische Weltrevolution!"

Heute ist eine revolutionäre, authentisch leninistische Partei dringend nötig, um die Werktätigen und Unterdrückten unter dem Banner des proletarischen Internationalismus zu vereinigen und auf dem Weg zur Macht im Kampf für ein Arbeiterrätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa vorwärtszugehen. Diese Partei will die Spartakist-Arbeiterpartei aufbauen, als Teil des Kampfes der Internationalen Kommunistischen Liga, Trotzkis Vierte Internationale wiederzuschmieden.«

Öffentliche Debatte

50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

- **Eberhard Czichon** Historiker, PDS
- **Renate Dahlhaus** Zentralkomitee der SpAD

Mittwoch, 3. Mai 1995, 19.00 Uhr

Berlin, Humboldt-Universität, Raum 1072

Weitere Information: Spartakist-Jugend, Tel. 4439400

Türkei...

Fortsetzung von Seite 24

für diejenigen, die dies selbst zur Zeit entweder nicht können oder nicht dürfen. Dies gilt für den Iran, der ebenfalls einen schmutzigen Krieg gegen ‚seine' Kurden führt, aber es gilt vor allem für den Irak." US-Präsident Clinton brachte sein „Verständnis" für den türkischen Einmarsch zum Ausdruck, und die NATO versorgte die Türkei mit Informationen durch AWACS-Radaraufklärung. Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel sagte, daß die Invasion „berechtigten Sicherheitsinteressen" entspreche, wobei er die fromme Hoffnung habe, daß die türkische Armee die „Menschenrechte" respektiere und die Zivilbevölkerung „schütze". Wohl genauso wie im türkischen Kurdistan, wo die Politik der „verbrannten Erde" durch die türkische Armee in den letzten zehn Jahren 2000 Dörfer zerstört und damit eine kurdische Massenflucht von zwei Millionen geschaffen hat!

Ministerpräsidentin „Killer" Ciller behauptete, die Truppen sollten „die PKK auslöschen", aber Truppenbewegungen von diesem Ausmaß gaben der PKK Zeit, ihre Kräfte zurückzuziehen und Angriffe aus dem Hinterhalt zu planen. Kurdische Flüchtlinge aus der Türkei waren nicht so gut dran; sobald sie von der türkischen Armee gefangengenommen wurden, wurden sie auf der Stelle erschossen oder zurück in die Türkei verschleppt. Der UNO warf man vor, sie beherberge „FKK-Terroristen" in ihren Flüchtlingslagern, also zwang man Flüchtlingsbetreuer der UNO dazu, Tausende Flüchtlinge aus Grenzorten in die „Schutzzone" umzusiedeln.

Istanbul: Todesschützen ermorden Aleviten, Polizei ermordet Demonstranten

Eine Woche vor der letzten Offensive gegen die Kurden rief die kaltblütige Ermordung von Aleviten in Istanbul Massenproteste und Straßenschlachten mit der Polizei hervor, die sich auf alle größeren Städte in West-Anatolien ausweiteten. Am Sonntag, den 12. März drangen Bewaffnete in Cafés ein, in denen Männer dicht gedrängt die Fernsehübertragung eines Fußballänderspiels in der Istanbuler Vorstadt Gaziosmanpaþa verfolgten, einem alevitischen Armen- und Arbeiterviertel. Zwei Männer wurden erschossen und mindestens 15 verwundet. Die Aleviten sind eine säkularisierte (weltliche) und antiklerikale Religionsrichtung islamischer Schiiten. In der Türkei, wo die sunnitische Richtung des Islam seit der Zeit des Kalifats — der Herrschaft der unmittelbaren Nachfolger von Mohammed — vorherrscht, tendieren Aleviten dazu, die kurdischen und türkischen Linken zu unterstützen.

Als sich die Nachricht über die Morde verbreitete, strömten Demonstranten aus anderen armen und linken Vierteln zusammen. Ein spontaner Demonstrationszug zur örtlichen Polizeistation wuchs auf etwa 10000 Menschen an. Die Polizei versuchte, die Demonstration mit Wasserwerfern, Panzerfahrzeugen und Kampfhubschraubern zu zerschlagen, aber die Menge antwortete mit dem Bau von Barrikaden. Bis Mittwoch abend hatten sich die Demonstrationen von Gaziosmanpaþa auf traditionell linke Hochburgen wie Ümraniye und Örmek auf der asiatischen Seite des Bosporus ausgeweitet, und auch auf andere Städte, darunter die Hauptstadt Ankara. Dort durchbrachen 2000 Demonstranten Sicherheitsabsperrungen um das Parlamentsgebäude.

Die Repression war brutal, es gab mindestens 30 Tote und 300 Verletzte, wobei die Regierung gezwungen war, die Polizei durch Armee-Einheiten zu ersetzen, ehe die Unruhen erstickt werden konnten. Protestdemonstrationen gab es auch in deutschen Großstädten, wo Zehntausende von Türken und Kurden strategisch im Industrieproletariat konzentriert sind.

Da die Massen von Gaziosmanpaþa und anderen linken Bezirken keine entschlossene revolutionäre Führung hatten, die im kämpferischen Industrieproletariat der Türkei verankert ist, folgten sie ihren örtlichen und religiösen Führern und entfernten die Barrikaden wieder, als die Armee aufmarschierte. Obwohl Demonstranten Forderungen nach einem Generalstreik erhoben, blieben die staatlich kontrollierten Gewerkschaften passiv und bliesen sogar einen geplanten zweistündigen Generalstreik während der Unruhen wieder ab.

Die Aleviten sind schon lange religiöser Diskriminierung ausgesetzt. Diese Massenproteste aber werden hervorgerufen durch den wachsenden Terror seitens des Staates, der islamischen Fundamentalisten und der Faschisten sowie durch eine Wirtschaftskrise, die immer schlimmer wird. Ciller, die von Süleyman Demireis rechter DYP (Partei des richtigen Weges) in den Sattel gehoben wurde, wurde im Juni 1993 die erste Ministerpräsidentin der Türkei, weil man sie aufgrund ihres wirtschaftswissenschaftlichen Abschlusses an der Universität Yale und ihrer guten Beziehungen zum IWF für eine Finanzexpertin hielt. Sie sollte den traditionellen bürgerlichen Parteien, die von einer Generation alternder, korrupter und diskreditierter Politiker dominiert wurden, welche in den letzten 30 Jahren drei Armeeputsche überlebt hatten, zu einem neuen Gesicht verhelfen.

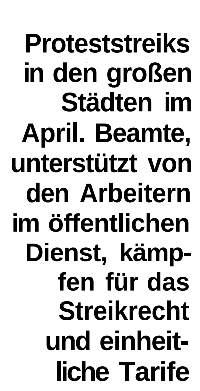
Seit Cillers Amtsantritt ist die jährliche Inflationsrate auf mehr als 150 Prozent hochgeschossen, so hoch wie nie zuvor in der Türkei, und die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt über 20 Prozent. Selbst die vom Staat kontrollierten Gewerkschaften berichten, daß allein im letzten Jahr das reale Pro-Kopf-Einkommen um 30 Prozent (!) gefallen und die Zahl der Arbeitslosen um 600 000 angestiegen ist. Trotzdem schafft es dieses bankrotte Regime, jedes Jahr 9 bis 12 Milliarden DM auszugeben, um im türkischen Kurdistan permanent 300000 Soldaten stationiert zu halten und dort einen brutalen Krieg zu führen. Istanbul, mit 12 bis 14 Millionen Einwohnern die größte Stadt der Türkei, wächst jedes Jahr um 500000 Menschen, weil die Verelendeten und Entwurzelten, vor allem Kurden, vom Land in die Stadt strömen.

Aufstieg der Fundamentalisten und Faschisten

Der Zusammenbruch der türkischen Wirtschaft hat eine ruinierte Kleinbourgeoisie und ein verzweifeltes Lumpenproletariat in den Slums geschaffen, was ein Nährboden ist sowohl für die islamischen Fundamentalisten, die sich auf Sunniten stützen und von Necmettin Erbakans Refah (Wohlfahrtspartei) repräsentiert werden, als auch für die MHP (Partei der Nationalen Bewegung) des faschistischen Führers Alparslan Türkes. Die Refah hat bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr 19 Prozent der Stimmen gewonnen, was ihnen die Kontrolle über die Stadtverwaltungen in Istanbul und Ankara gibt. Die faschistische MHP kam auf 8,8 Prozent der Stimmen und hat ihre Hochburg in der Polizei. Der Fundamentalismus ist auch im türkischen Kurdistan aktiv, wo die terroristische Organisation „Hizbollah", die von den staatlichen Sicherheitskräften unterstützt und von Faschisten trainiert wird, seit ihrem Auftauchen 1991 über 1000 mörderische Überfälle durchgeführt hat (*Junge Welt*, 30. Januar).

Sowohl die Fundamentalisten als auch die Faschisten treten für extremen türkischen Chauvinismus ein. Die organisatorischen Grenzen zwischen ihnen sind fließend, vor allem zwischen ihren bewaffneten Banden, der fundamentalistischen IBDA-C und den faschistischen Azcimendis und Grauen Wölfen. Gleichzeitig stellen sie Rekruten für die Todesschwadronen der Regierung, die unter dem Namen




Proteststreiks in den großen Städten im April. Beamte, unterstützt von den Arbeitern im öffentlichen Dienst, kämpfen für das Streikrecht und einheitliche Tarife

yeni politika

„Rambos" bekannt sind. Trainiert von der GSG 9, einer Sondereinheit des deutschen Bundesgrenzschutz, üben sie im türkischen Kurdistan eine Terrorherrschaft aus. Darüber hinaus geben die Faschisten und Fundamentalisten den expansionistischen Ambitionen der türkischen Bourgeoisie — die das Ziel hat, den „Ruhm" des Osmanischen Reiches wiederzuerlangen und zu einer regionalen imperialistischen Macht zu werden — dadurch Unterstützung, daß sie „Freiheitskämpfer" für die blutigen ethnischen Kriege in Bosnien und Aserbeidschan rekrutieren.

Sowohl die Faschisten als auch die islamischen Fundamentalisten haben Grund genug, die linken säkularen Aleviten zu hassen, die gegen den Schleier sind, Frauen nicht ausgrenzen und in ihren religiösen Zentren alkoholische Getränke servieren. Als die islamischen Fundamentalisten 1994 in Istanbul die Wahl gewannen, versuchten sie, diese Zentren zu schließen, die durch den entschlossenen Widerstand der alevitischen Gemeinde verteidigt wurden. Ciller verkaufte bei ihrem Besuch in Clintons Weißem Haus die Türkei als ein Bollwerk gegen islamischen Fundamentalismus, doch zu Hause betreibt der türkische Staat gegenüber dem fundamentalistischen Terror eine Politik der Beschwichtigung und nutzt ihn aus. Das Massaker vom 12. März in Gaziosmanpaþa weckt Erinnerungen an das Massaker an Künstlern und Intellektuellen im Juli 1993 in der zentralanatolischen Stadt Sivas, einer alevitischen Hochburg, als 37 Menschen in den Flammen starben und weitere 60 schwere Verletzungen erlitten (siehe „Pogrom der Fundamentalisten in Sivas — Von Istanbul bis Köln: Hunderttausende protestieren" in *Spartakist* Nr. 106, September 1993).

Viele türkische und kurdische Linke erinnern sich allzu gut daran, wie 1978 Massaker in alevitischen Hochburgen durch Fundamentalisten und Faschisten in zwei Jahre dauernde Straßenkämpfe übergingen, bei denen 5000 Menschen ums Leben kamen. Die Linke wurde nicht nur in isolierten Schießereien mit den Faschisten und der Polizei aufgerieben, sondern auch in ihren eigenen mörderischen Grabenkämpfen, wodurch eine proletarische Einheitsfrontoffensive verhindert wurde, die die Banden der faschistischen Killer hätte zerschlagen können. Als es vorbei war, hatte das Militär in einem von der NATO unterstützten Putsch die Macht übernommen und alle politischen Parteien und den wichtigsten Gewerkschaftsdachverband DISK verboten.

Obwohl die Todesschützen vom 12. März bisher nicht identifiziert wurden, wußten die Demonstranten in Istanbul, wer hinter dem Massaker steht, denn sie trugen Banner, auf denen stand: „Bullen und Faschisten, Hand in Hand", „Die Regierung muß zurücktreten" und „Der Staat ist der Mörder". Aber die Demonstranten trugen auch Porträts von Kemal Atatürk, dem bürgerlich-nationalistischen Gründer der modernen türkischen Republik, was tiefsitzende Illusionen in den „Kemalismus" und die kemalistischen Traditionen der türkischen Armee ausdrückt. Auch vor vier Jahren, als streikende Kohlebergarbeiter und ihre Familien aus Zonguldak versuchten, nach Ankara zu marschieren, trugen si: Bilder von Atatürk (siehe „Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution! Heroischer Bergarbeiterstreik erschüttert Türkei" in *Spartakist* Nr. 82, Januar 1991).

Kemalismus oder Kommunismus

Das Erbe von Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) ist ein Beleg für die *Begrenztheit* der bürgerlichen Revolution in wirtschaftlich rückständigen Ländern in der Epoche des Imperialismus. Atatürk schaffte das sunnitische islamische Sultanat ab und versuchte, eine säkulare Republik zu gründen. Er gab sich große Mühe, die Türkei aus der mittelalterlichen Stagnation des Osmanischen Reichs herauszuziehen und moderne Methoden einzuführen, darunter symbolische Maßnahmen wie das Verbot des Fes (der traditionellen männlichen Kopfbedeckung für osmanische Beamte), und er schaffte das Tragen des Schleiers ab, eine lebenswichtige Maßnahme zur Emanzipation der Frauen. Aber weil Atatürk die ausbeuterischen Eigentumsverhältnisse des Ancien Régime (Bezeichnung für das Feudalregime in Frankreich vor der Revolution) nicht antastete, ließ er die materiellen Grundlagen intakt, die ein dreiviertel Jahrhundert später den Wiederaufstieg von religiösem Obskurantismus hervorbringen.

Besonders nach dem Putsch von 1980 durch das „kemalistische" Militär unterstützte der Staat den Aufstieg des islamischen Fundamentalismus als eine Waffe gegen die sozialistische Linke. Heute beschäftigt das staatliche Amt für religiöse Angelegenheiten 90 000 sunnitische Geistliche, unterstützt 64000 Moscheen und schreibt sunnitischen Religionsunterricht in allen staatlichen Schulen vor. Obwohl Atatürk den Brautpreis formal abgeschafft hat, werden Frauen auf dem Land oft noch wie Vieh behandelt; selbst in den Großstädten werden sie massiv unterdrückt und ausgebeutet.

Fortgesetzt auf Seite 22

Türkei...

Fortsetzung von Seite 21

Das Osmanische und Russische Reich hatten den Charakter eines Vielvölkerstaats, ein Produkt ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit. Die türkische und die russische Bourgeoisie erschienen zu spät auf der historischen Bühne und waren zu schwach, um einen modernen homogenen Nationalstaat zusammenzuschweißen. In der Türkei versuchte die Armee, diese Rolle durch eine brutale Politik von Massenumsiedlungen, Zwangsassimilation und Völkermord zu spielen. Im Ersten Weltkrieg massakrierten und deportierten die „jungtürkischen" Offiziere unter der Führung von Kemal Pascha, die die Türkei modernisieren wollten, mehr als zwei Millionen Armenier, die gemeinsam mit Türken und Kurden in Ostanatolien lebten. Nach dem Krieg sah Atatürk sich gezwungen, bolschewistische Losungen auszuleihen, um die werktätigen Massen hinter sich zu bringen, nur um die gerade erst gegründete Kommunistische Partei gnadenlos auszulöschen, die Arbeiterbewegung brutal zu unterdrücken und die Aleviten sowie die Kurden, die Griechen und die Armenier, die ihn unterstützt hatten, aus dem Land zu jagen und/oder zu massakrieren.

Im Gegensatz dazu befreite die russische Oktoberrevolution 1917 unter der Führung von Lenins und Trotzkis bolschewistischer Partei die unterdrückten Massen von. dem zaristischen Völkergefängnis, darunter die turksprachigen Völker Zentralasiens. Dies schuf die soziale Basis für die Befreiung der unterdrückten Frauen des Ostens von häuslicher Sklaverei und religiösem Obskurantismus. Der russische Oktober bestätigte Trotzkis Theorie der permanenten Revolution: In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung können die Aufgaben, Demokratie und nationale Befreiung zu erlangen, nur durch die Diktatur des Proletariats, das die bäuerlichen Massen anführt, wirklich gelöst werden. Der Schlüssel dazu ist die Schmiedung einer internationalistischen Führung, nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei, die die multinationale Arbeiterklasse der Türkei an die Macht führt.

Doch Trotzkis Perspektive der permanenten Revolution hielt daran fest, ebenso wie Lenin und die frühe Kommunistische Internationale, daß nur die internationale Ausweitung der Revolution auf die imperialistischen Zentren, die eine fortgeschrittene kapitalistische Wirtschaft haben, den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft möglich machen kann. Das stalinistische Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land", das der konservativen Einstellung einer nationalistischen Bürokratie entspricht, war ein Programm für die Degenerierung und letztendlich die Zerstörung der Revolution, wie Trotzki warnte. Und 1989—92 ist genau das eingetreten mit der kapitalistischen Konterrevolution in ganz Osteuropa und der Sowjetunion. Heute haben weder der bürgerlich-nationalistische Kemalismus noch der Stalinismus den Unterdrückten in der Türkei einen Weg vorwärts zu bieten. Nur eine Arbeiterrevolution, die die ganze Region einbezieht und sich nach Europa ausweitet, kann für Kurden und die anderen unterdrückten nationalen Minderheiten im türkischen Völkergefängnis den Weg zur Freiheit öffnen.

Pax Germanica in Türkei und Kurdistan

Die Türkei hat nach den USA die zweitgrößte Armee der NATO; von ihren imperialistischen Verbündeten wurde diese Armee als antikommunistisches Bollwerk gegen die Sowjetunion aufgebaut. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wollen die imperialistischen Verbündeten der Türkei, daß sie in der „Neuen Weltordnung" einen regionalen Polizisten spielt, wobei ihnen aber die türkischen Expansionsgelüste in der Region Unbehagen bereiten. Für die Imperialisten hat die Türkei inzwischen den Bogen überspannt, weil sie sich schon zu lange in *deren* „Schutzzone" im Nordirak aufhält. Die Türkei hat offensichtlich eigene Pläne im Nordirak und in den Ölfeldern von Kirkuk, die bis 1922 zum Osmanischen Reich gehörten. Im kleineren Rahmen spricht man in Ankara davon, im Nordirak eine „Sicherheitszone" im Stil des „Südlibanon" einzurichten: eine permanente türkische Militärpräsenz zu behalten und die Peshmerga-Armeen von Barsani und Talabani auszunutzen, so wie Israel die rechten christlichen Maroniten-Milizen als Grenzschutztruppen ausnutzt.

Aber die imperialistischen Mächte halten die weitergehenden Pläne der Türkei für destabilisierend. Selbst Zeitungen, die der Regierung in der Türkei nahestehen, berichten von der Besorgnis im Generalstab über wachsenden Widerstand im Nordirak gegen den Einmarsch, wobei der Stabschef Karadayi offen davor warnt, „daß sich die türkische Armee bei einem längeren Aufenthalt im Nordirak in einen ,Sumpf begebe, der den Erfahrungen der Amerikaner in ,Vietnam' zu vergleichen sei" *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. April). Eine Waffenlieferung im Wert von 150 Millionen DM und eine weitere Subvention von 150 Millionen DM für den Bau zweier Kriegsschiffe ist gestoppt worden. Die deutsche Bourgeoisie ist sich darüber einig, daß die Türkei in ein vom Vierten Reich dominiertes Europa aufgenommen werden soll, aber sie ist gespalten darüber, wie dies geschehen soll. Ein Flügel erkennt, daß die Türkei nicht am Gewinnen ist und sich ihren „schmutzigen Krieg" gegen die Kurden nicht länger leisten kann.

Eine riesige Anzeige, die vor kurzem in größeren deutschen Zeitungen erschien und von SPD-Größen und Grünen wie Oskar Lafontaine und Joschka Fischer unterschrieben war, forderte eine „politische Lösung" nach dem Modell der „Machtteilung" in Südafrika zwischen den gnadenlos ausgebeuteten schwarzen Massen und ihren weißen kapitalistischen Ausbeutern oder dem Modell der palästinensischen „Autonomie", wo die PLO die immer verzweifelteren verarmten Massen des Gazastreifens und in Jericho unter Polizeikontrolle hält. Ein „Appell für die sofortige Beendigung der Türkei-Hilfe und eine politische Lösung in Kurdistan", der von einer Reihe PDS-Parlamentarier unterzeichnet wurde, fordert die deutsche Regierung — den Paten des türkischen Militärs — dazu auf, sie solle „die türkische Regierung unter Druck setzen, endlich Schritte zu einer politischen Lösung zu ergreifen".

Die PKK von Abdullah Öcalan fordert selbst seit Jahren eine „politische Lösung", und ihre kürzliche Sitzung des kurdischen Exil-Parlaments hatte den Palästinensischen Nationalrat zum Modell. Doch große Hindernisse stehen der Möglichkeit im Wege, daß Madame Ciller und „Apo" Öcalan sich auf dem Rasen vom amerikanischen Weißen Haus oder in Bonn die Hand geben und dann gemeinsam abfliegen, um den Friedensnobelpreis in Norwegen entgegenzunehmen.

Die Frage der kurdischen Flüchtlinge wird von *keiner* Partei im Bundestag, auch nicht von der PDS, als humanitäre Frage behandelt. Sie ist vielmehr eine Frage der Außenpolitik und vom Image des Vierten Reichs. Die SPD-„Opposition" stimmte zusammen mit der CDU dafür, das Asylrecht für Flüchtlinge in Deutschland praktisch abzuschaffen. Die SPD forderte letztes Jahr am lautesten Bonn auf, die PKK und Dutzende von kurdischen Organisationen zu verbieten, was Ankaras Krieg gegen die Kurden nach Deutschland brachte. Wenn heute SPD-geführte Bundesländer die Gnadenfrist, bis kurdische Flüchtlinge aus Deutschland in die Folterkammern und vor die Erschießungskommandos in der Türkei zurückgeschickt werden, um ein paar Wochen verlängern, dann soll damit auf Ankara nur etwas Druck ausgeübt werden. Allerdings

behauptet die SPD-Regierung im hochindustrialisierten Nordrhein-Westfalen, wo die größte Konzentration von türkischen und kurdischen Arbeitern in Deutschland ist, angesichts der näherrückenden Landtagswahlen, daß sie sich der CDU-Kampagne gegen Immigranten *anschließen müsse*, angeblich um ihr entgegenzutreten, und tritt für sofortige Abschiebungen ein.

Im letzten Jahr gab es einen internationalen Protestschrei, als kurdische Abgeordnete in Ankara ihrer parlamentarischen Immunität beraubt, Schauprozessen unterworfen und mit harten Gefängnisstrafen für „separatistische" Propaganda verurteilt wurden. Gleichzeitig sind im deutschen „Rechtsstaat" 600 000 Kurden völlig entrechtet, dürfen nicht einmal ihren Kindern kurdische Namen geben und haben lange Gefängnisstrafen und Abschiebung zu erwarten, nur wenn sie ihre verbotene Nationalfahne zeigen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft dafür, die Abschiebungen zu stoppen, für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und dafür, die Einheit der deutschen und eingewanderten Arbeiter im Klassenkampf zu schmieden. Zusammen mit unserer brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisation, dem Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), stellen wir uns gegen das Verbot der PKK und der anderen kurdischen Vereine und haben uns an Protesten gegen diese antidemokratische Maßnahme der imperialistischen Repression zugunsten des mörderischen Regimes von Ankara beteiligt. Ebenso verteidigen wir energisch Linke wie den Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB), dessen Münchener Mitglieder von den bayerischen Behörden verfolgt werden, weil sie sich weigern, dem Staat die Namen von kurdischen Aktivisten auszuliefern, und weil sie PKK-Losungen in der RSB-Zeitung *Avanti* abgedruckt haben.

Aber wir verurteilen auch ganz entschieden die terroristische Kampagne von Bombenanschlägen auf türkische Einrichtungen und Geschäfte, egal aus welcher Ecke sie kommen. Diese Kampagne dient dazu, die Arbeiterbewegung hier und in der Türkei zu spalten und zu vergiften. Der Sprecher des politischen Flügels der PKK, Ali Sapan, sagte bei der kürzlichen Sitzung des kurdischen Exilparlaments in Den Haag: „Wenn Deutschland versucht, den Krieg in Kurdistan zu beenden, wird der Krieg in Deutschland aufhören." Wir sind auf der Seite der PKK, wenn sie gegen den mörderischen türkischen Staat und seine imperialistischen Unterstützer Schläge führt. Aber der „Krieg", von dem Sapan spricht, *dient* diesem Staat und seinen Unterstützern: Es ist eine Kampagne von *wahllosem Terror* gegen Reisebüros und andere Einrichtungen, die aus dem einzigen Grund ausgewählt werden, weil sie von *Türken* geführt werden. Dies spiegelt die völkermörderische Logik des Nationalismus wider, der ganze Völker zum Feind erklärt, statt ihre bluttriefenden herrschenden Klassen.

Die RSB-Anhänger von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat (VS) teilen den früheren Hang ihres Mentors zum Guevarismus und setzen Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf mit der unkritischen Hochjubelung von „Apo" gleich. Natürlich hat Mandel, um den Kalten Kriegern der Sozialdemokratie hinterherzukriechen, schon lange die Guerilla-Strategie eingetauscht gegen die Solidarität mit der von der CIA unterstützten Solidarno in Polen und gegen Lkw-Konvois von „Workers[1] aid" nach Tuzla in Bosnien, die NATO-Luftunterstützung erhielten. Der RSB hingegen will die proimperialistische Politik des VS mit einer Che-Mütze verkleiden. So *lobt Avanti* (April 1995) die PKK wegen ihres „Exilparlaments", dem auch „gemäßigte" islamische Gruppen angehörten, und stellt sie den stalinistisch regierten deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas entgegen. Und der RSB teilt das politische Ziel der PKK, wie der gemeinsame Appell mit SPDlern und Grünen zeigte, den der RSB gegen das Verbot der Newroz-Feiern in Deutschland unterstützt hat und der eine „demokratische und politische Lösung in Kurdistan" fordert.

Tatsächlich ist die PKK nicht so sehr eine stalinistische Organisation, sondern eher eine kurdische Möchtegern-Kuomintang, kleinbürgerliche Nationalisten, die sich nach imperialistischer Unterstützung sehnen. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion appelliert die PKK direkt an Bonn und Washington und schreit nach „brüderlicher Hilfe". *Avanti* sagt nichts über die Unterstützung des wahllosen Terrorismus in Europa durch die PKK, aber wie Sapan unzweideutig klarmacht, unterscheidet sich das Ziel der PKK nicht von SPD, Grünen und PDS: Kohl unter Druck zu setzen, er solle auf Ciller und ihre Generäle Druck ausüben, daß sie über eine „politische Lösung" verhandeln.

Proletarischer Internationalismus und kurdische Freiheit

Als proletarische Internationalisten sind die SpAD und die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) immer für die nationale Befreiung des kurdischen Volkes eingetreten. Aber für eine wirkliche Befreiung müssen vier reaktionäre kapitalistische Staatsmächte zerschlagen werden. Dies wird niemals unter der Schirmherrschaft der Imperialisten Zustandekommen, die schließlich für die Teilung Kurdistans, im Friedensvertrag von Sèvres nach dem Ersten Weltkrieg, verantwortlich sind und die immer wieder die kurdischen Massen betrogen und Massakern ausgeliefert haben. Die Befreiung wird auch nicht unter der Führung von Nationalisten Zustandekommen, die von den Imperialisten Hilfe erwarten und gleichzeitig die soziale Rückständigkeit der traditionellen kurdischen Gesellschaft glorifizieren.

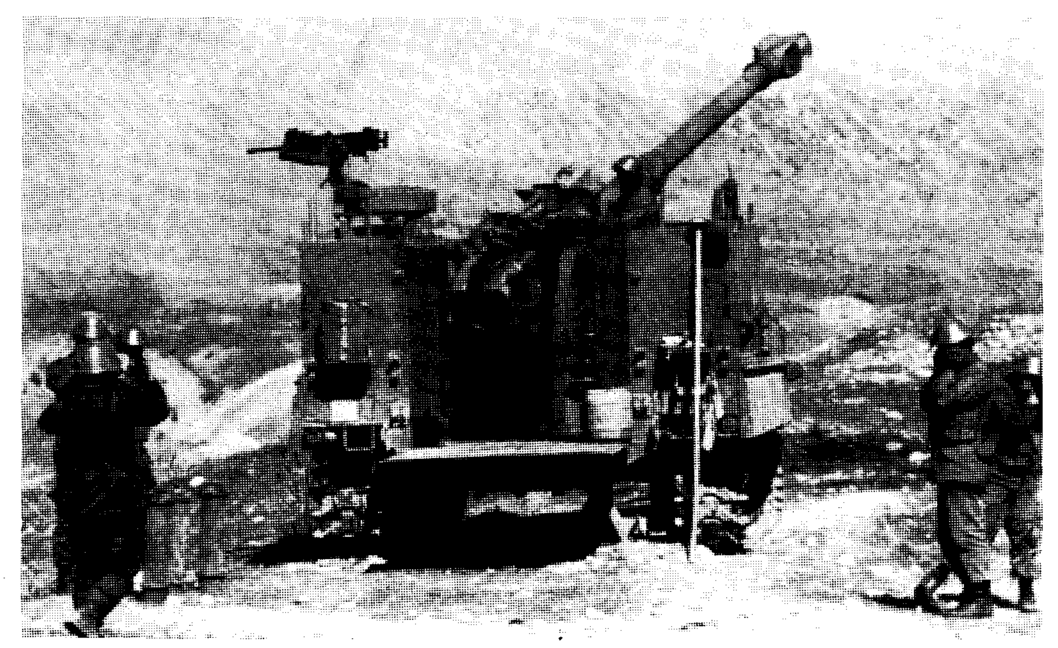
Die Nationalisten haben der Hälfte der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, die in den Großstädten im Westen konzentriert ist, nichts anzubieten. Gerade in den städtischen Zentren von Bagdad und Istanbul bis Berlin und Köln haben die Kurden gemeinsam mit türkischen und deutschen Arbeitern die soziale Macht, die ihr Volk, und damit auch die ländlichen Massen, von der drückenden Last der sozialen und nationalen Unterdrückung befreien kann. Kurdische, türkische und andere eingewanderte Arbeiter, die in Deutschland und anderswo in Europa in der Großindustrie konzentriert sind, können eine Brücke schlagen, um den Kampf für nationale Emanzipation und sozialistische Revolution in die imperialistischen Metropolen zu tragen. Selbst unter den Bedingungen eines Polizeistaats führten letztes Jahr kurdische und türkische Arbeiter gemeinsame Massenstreiks gegen das Verelendungsprogramm der Regierung und deren arbeitsplatzvernichtende Privatisierungspläne im öffentlichen Dienst durch. Wie wir in unserer Grußadresse an eine Konferenz kurdischer Militanter 1984 erklärten:

> „Die kurdischen Massen müssen eine Allianz mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeiterklassen anstreben; diese muß man dazu bringen, die entschiedensten Vorkämpfer des Rechts auf Selbstbestimmung für die Kurden gegen den Großmachtchauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisien zu werden."

Als Teil des multinationalen Proletariats der Region können die Kurden eine führende Rolle dabei spielen, das ganze verrottete System zum Einsturz zu bringen, das errichtet wurde, um den imperialistischen Herrschern zu dienen. Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Für die klassenkämpferische Einheit der kurdischen, türkischen und aller Arbeiter in Deutschland!«

SPARTAKIST

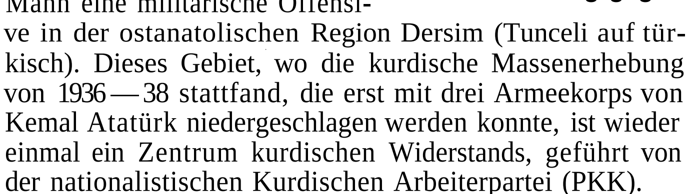
Türkei: Arbeiterrevolution gegen ansteigende Reaktion!



Der Spiegel

Türkischer Krieg gegen die Kurden, bezahlt von Bonn und Washington

Seit Jahren wird im türkischen Kurdistan das kurdische Neujahrsfest Newroz vom 21. März mit nackter militärischer Gewalt zerschlagen, wie jeder Ausdruck von kultureller und nationaler Identität der Kurden. Um dieses Jahr „Newroz" mit einem richtigen Paukenschlag zu beginnen, kündigte die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller die „Endlösung der Kurdenfrage" an. In ihrer größten militärischen Operation seit Gründung der Republik schickte die Türkei am 20. März 35 000 Soldaten in den Nordirak. Kurdische Dörfer im Irak wurden bombadiert und niedergebrannt, oft wurden Kinder und alte Menschen auf der Stelle erschossen. Gleichzeitig startete die türkische Armee mit 25 000 Mann eine militärische Offensive in der ostanatolischen Region Dersim (Tunceli auf türkisch). Dieses Gebiet, wo die kurdische Massenerhebung von 1936—38 stattfand, die erst mit drei Armeekorps von Kemal Atatürk niedergeschlagen werden konnte, ist wieder einmal ein Zentrum kurdischen Widerstands, geführt von der nationalistischen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK).



Armeemassaker in Kurdistan, Polizeiterror in Istanbul

Als Kampagne gegen die PKK marschierte die türkische Armee in die sogenannte „Schutzzone" für irakische Kurden nördlich des 36. Breitengrades ein, die von den USA/UNO/NATO nach dem imperialistischen Gemetzel des Kriegs am Persischen Golf eingerichtet worden war. Dies ist ein strategisches Gebiet in der Nähe der Erdölfelder von Kirkuk, wo die Grenzen der vier Staaten aufeinandertreffen, von denen die Kurden aufgeteilt worden sind und unterdrückt werden: Iran, Irak, Syrien und die Türkei. Als Teil der „Neuen Weltordnung" des damaligen US-Präsidenten Bush wurde dieses Gebiet dem Irak weggenommen und für Saddam Husseins Armee zur Sperrzone erklärt. Wie wir damals warnten („Fax Americana Means Hunger and Death for Kurds" [Die Fax Americana bedeutet Hunger und Tod für Kurden], *Workers Vanguard* Nr. 525, 26. April 1991): „Im besten Fall erwartet die Kurden die Perspektive eines unter strikter Polizeikontrolle stehenden Bantustans" oder eines riesigen Konzentrationslagers, wie es die Palästinenser unter israelischer Vorherrschaft im Gaza-Streifen haben.

Von der NATO „Operation Provide Comfort" [Operation Schaffung von Wohlbefinden] genannt, hat diese Operation einzig und allein für das „Wohlbefinden" der *Unterdrücker* der Kurden gesorgt. Dies ist der zweite türkische Einmarsch seit dem Golfkrieg; 1992 erreichte Ankara ein Abkommen mit den örtlichen kurdischen Führern Massoud Barsani von der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und Celal Talabani von der Kurdischen Patriotischen Union (PUK), daß sie in der „Schutzzone" für Ruhe sorgen würden und PKK-Unterstützer fernhalten würden. Barsani und Talabani repräsentieren konkurrierende Klans der traditionellen Elite von Großgrundbesitzern und haben zu verschiedenen Zeiten Washington als Schachfiguren zum Druckausüben auf den Irak und Iran gedient. Doch inzwischen sind die Guerillas, oder Peshmergas, der KDP und PUK damit beschäftigt gewesen, sich bei einer ihrer ewigen Fehden um die Kontrolle über das Gebiet gegenseitig umzubringen, während 15 000 kurdische Flüchtlinge aus der Türkei hierher geflohen sind, "um dem Terror der türkischen Armee zu entkommen.

Wie die *Süddeutsche Zeitung* (24. März) in einem Kommentar feststellte: „Die Türken erledigen die Schmutzarbeit

Fortgesetzt auf Seite 20

Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E



Nr. 119 JULI/AUGUST 1995 DM 1,—

Hinrichtungsbefehl unterschrieben

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!



Workers Vanguard

Philadelphia, 5. Juni: Hunderte versammeln sich vor Pressekonferenz und auf Protestkundgebung, um Jamal zu retten

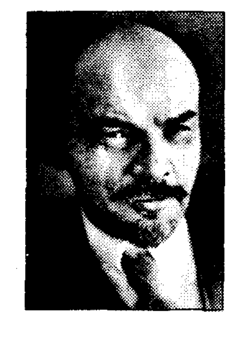
Mobilisiert gegen legalen Lynchmord!



Weg mit der Todesstrafe!



TROTZKI



LENIN

Im Kampf für das Leben von Mumia Abu-Jamal kommt es vor allem darauf an, die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung zu mobilisieren. Unterstützung dieser Kampagne durch Gewerkschaften ist daher besonders wichtig. Und die Arbeiterbewegung hat eine lange Tradition, gegen die Todesstrafe zu kämpfen.

Während des Ersten Weltkriegs steckte das deutsche Kaiserreich zahlreiche Kriegsgegner ins Gefängnis, darunter auch jahrelang Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Inspiriert durch die bolschewistische Revolution im Oktober 1917 und ermutigt durch die militärischen Niederlagen des Deutschen Reichs 1918, erhoben sich die Matrosen und Soldaten sowie die nicht uniformierten Arbeiter in der Novemberrevolution. Auf diese Weise befreit, forderte Rosa Luxemburg die sofortige Abschaffung der Todesstrafe und klagte diejenigen Arbeiterführer von USPD und SPD an, die selbst eine solche einfache Maßnahme verweigerten.

Während die Arbeiterverräter von der USPD die Revolution lahmten, organisierten die Bluthunde der SPD die Ermordung von Rosa und Karl und Tausender revolutionärer Arbeiter. Auch heute, wo in Deutschland die Todesstrafe abgeschafft ist, beweist der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs gerade durch rassistischen Terror, z. B. bei Abschiebungen, immer wieder, daß er vor Mord nicht zurückschreckt.

Für die politischen Opfer der alten Reaktionsherrschaft wollten wir keine „Amnestie", keine Gnade. Unser *Recht* auf Freiheit, Kampf und Revolution forderten wir für jene Hunderte Treuer und Braver, die in Zuchthäusern und Gefängnissen schmachteten, weil sie unter der Säbeldiktatur der imperialistischen Verbrecherbande um Volksfreiheit, Frieden, Sozialismus kämpften. Sie sind nun alle frei. Wir stehen wieder in Reih und Glied, zum Kampf bereit. Nicht die Scheidemänner mit ihren bürgerlichen Kumpanen und dem Prinzen Max an der Spitze haben uns befreit, die proletarische Revolution hat die Tore unserer Kasematten gesprengt...

Das bestehende Strafsystem, das durch und durch den brutalen Klassengeist und die Barbarei des Kapitalismus atmet, muß einmal mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Eine grundsätzliche Reform des Strafvollzugs muß sofort in Angriff genommen werden. Ein völlig neues, dem Geiste des Sozialismus entsprechendes kann freilich erst auf dem Fundament einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung errichtet werden. Wurzeln doch Verbrechen wie Strafe stets in letzter Linie in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft. Doch eine einschneidende Maßnahme kann ohne weiteres durchgeführt werden: Die Todesstrafe, diese größte Schmach des stockreaktionären deutschen Strafkodex, muß sofort verschwinden! Weshalb zögert man damit in der Arbeiter-und-Soldaten-Regierung? Ledebour, Barth, Däumig, hat der edle Beccaria, der vor zweihundert Jahren in allen zivilisierten Sprachen die Ruchlosigkeit der Todesstrafe denunzierte, für euch nicht gelebt? Ihr habt keine Zeit, habt tausend Sorgen, Schwierigkeiten, Aufgaben vor euch. Gewiß. Nehmt aber die Uhr in die Hand und seht, wieviel Zeit es erfordert, den Mund aufzutun und zu sagen: Die Todesstrafe ist *abgeschafft]* Oder wie, könnte es unter euch darüber eine lange Debatte mit Abstimmung geben? Würdet ihr euch etwa auch in diesem Falle in das lange Schleppkleid der Formalien, Kompetenzbedenken, Stempel- und Rubrikenfragen und dergleichen Plunder verwickeln?

Ach, wie ist diese deutsche Revolution — deutsch! Wie ist sie nüchtern, pedantisch, ohne Schwung, ohne Glanz, ohne Größe. Die vergessene Todesstrafe ist nur ein kleiner, einzelner Zug. Aber wie pflegt sich gerade in solchen kleinen Zügen der innere Geist des Ganzen zu verraten!...

Auf Schritt und Tritt, im Kleinen wie im Großen spürt man: Es sind noch die alten braven Genossen aus den Zeiten der selig entschlafenen deutschen Sozialdemokratie, für die das Mitgliedsbüchlein alles, der Mensch und der Geist nichts war...

Wir fordern die Ausmerzung der Todesstrafe aus dem deutschen Strafkodex!

Rosa Luxemburg
Eine Ehrenpflicht, 18. November 1918



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen. 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 119 Juli/August 1995

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle

SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Stoppt die Menschenjagd auf vietnamesische Immigranten!

Bcrlin-Köpenick: Am Wochenende des 17./18. Juni jagen Polizisten den vietnamesischen Asylbewerber Vo Xuan Cuong die Bahngleise entlang; er wird von einem Zug erfaßt. Augenzeugen sehen die Polizisten später lachend neben der Leiche stehen. Der Mord ist Teil einer staatlichen Kampagne gegen die vietnamesischen Immigranten — der Vorwand: „Bandenkriminalität". Eine Sprecherin der Beratungsstelle „Reistrommel" erklärt: „Hier wird der Tod von Menschen offensichtlich einkalkuliert" *(Junge Welt,* 23. Juni).



Robert Grahn

Rassistischer Polizeiterror gegen Immigrantenwohnheime ist Teil der staatlichen Kriminalisierungskampagne gegen alle Vietnamesen

Hamburg, München, Chemnitz und Berlin: Gegen Immigranten herrscht Polizeiterror; amnesty international spricht von „grausamer, unmenschlicher erniedrigender Behandlung". Aber der Staat schützt seine Täter. Infames Beispiel ist das CDU/SPD-beherrschte Berlin: Über die Hälfte der mehr als 70 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten, durch die Vietnamesen mißhandelt wurden, sind inzwischen eingestellt worden. Besonders in den Wohnheimen, wo Vietnamesen leben, sind Razzien alltäglich. Am 10. April wurden im Wohnheim in der Havemannstraße 140 Vietnamesen festgenommen, viele wurden verletzt, das Haus wurde unbewohnbar gemacht. Am 4. Mai wurde das Wohnheim in der Rhinstraße u. a. wegen „Lebensmittelhandel" überfallen; als ein Vietnamese 20 Minuten lang wie leblos hinter einer Polizeiwanne lag, explodierte die Wut der Bewohner und sie setzten sich zur Wehr. Die Bullen holten Verstärkung und knüppelten wie wild los. Mindestens sieben Frauen und Männer wurden krankenhausreif geschlagen.

Den politischen Rahmen für diese Menschenjagd liefert ein Abkommen über die „Rückführung" von 40 000 Vietnamesen, meist ehemalige Vertragsarbeiter in der DDR, bis zum Jahr 2000. Bonns Verhandlungen mit Hanoi laufen seit 1990 und sollen in diesem Sommer abgeschlossen werden. Mittels Erpressung mit Millionen D-Mark „Entwicklungshilfe" wurde die vietnamesische Regierung bereits im Januar zur Unterschrift gezwungen, „daß die Rückführung nicht von der Zustimmung der Betroffenen abhängt". Jede Abschiebung wird mit Kopfgeld bezahlt — im Sommer soll es die ersten 2500 treffen.

Die Herrscher hassen die Vertragsarbeiter besonders: Zum einen hat sie die DDR ins Land geholt, um zu studieren oder zu arbeiten. Ihre Anwesenheit erinnert an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland, aus dem der deformierte Arbeiterstaat DDR entstanden ist. Und zum anderen feiern wir 1995 auch den 20. Jahrestag des Sieges der vietnamesischen Arbeiter und Bauern über die amerikanischen Imperialisten, die das kleine Land fast dem Erdboden gleichgemacht hatten. Danach haben die imperialistische Wirtschaftsblockade und der Zerfall der UdSSR die Massenverelendung maßlos verschärft; der vietnamesische deformierte Arbeiterstaat ist zunehmend in großer Gefahr.

Die Hetzkampagne gegen Immigranten ermutigt die irregulären Stoßtrupps des Staates, die mörderischen Nazi/Skinhead-Banden. Jeder erinnert sich an das Rostocker Pogrom im August 1992, das unmittelbar nach dem Petersberger Beschluß der SPD stattfand, der zur Vernichtung des Asylrechts führte. Es war direkt von Bonn angeheizt worden. Die Polizei schloß vor Ort ein Abkommen mit den Nazis und sah dann tatenlos zu, wie diese ein Wohnheim in Brand steckten und 115 Vietnamesen gerade noch den Weg aus den Flammen fanden.

Am 30. Januar 1993, dem 60. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, initiierten wir Spartakisten zusammen mit dem Komitee für soziale Verteidigung in Berlin als exemplarische Aktion die Verteidigung eines der großen Immigrantenwohnheime. Im Aufruf, den viele Gewerkschafter unterstützten, schrieb das KfsV: „Wir müssen die Macht der Arbeiterbewegung in Einheitsfrontaktionen mobilisieren, um sie zu verteidigen und die Flüchtlings- und Vertragsarbeiterwohnheime vor Nazi-Überfällen zu schützen."

Es ist höchste Zeit, die vietnamesischen Immigranten gegen rassistischen Terror zu verteidigen. Nötig ist ein politischer Kampf gegen die sozialdemokratischen DGB-Bürokraten, die alles tun, um die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu verhindern, und statt dessen Vertrauen in den Schutz durch den bürgerlichen Staat predigen. Gerade das Schicksal der Vietnamesen zeigt unmißverständlich: Dies ist Selbstmord! Letztes Jahr haben- Gewerkschafter spontan auf der Kundgebung zum 1. Mai in Berlin kurdische Kollegen vor der Polizei geschützt. Die SpAD kämpft für eine revolutionäre Führung, damit die organisierte Arbeiterbewegung die Sache der immigrierten Klassenbrüder und -Schwestern zu ihrer eigenen macht. Sie muß die Losung auf ihr Banner schreiben: Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Arbeiter und ihre Familien dort, wo sie leben und arbeiten!*

Brief

Kurdistan und permanente Revolution

Offener Brief an *Spartakist* zu Kurdistan

Liebe Genossinnen!

Zu dem Kurdistan-Artikel im letzten *Spartakist,* in dem die Politik der Arbeiterpartei Kurdistans und die Solidaritätskampagne des Revolutionär Sozialistischen Bundes für die Kurdinnen kritisiert wurde, möchte ich einige Anmerkungen und Richtigstellungen vornehmen.

Spartakist wirft der PKK „die Unterstützung des wahllosen Terrorismus in Europa" vor und zitiert dazu den ERNK-Europasprecher Ali Sapan, der erklärte, der Krieg in Deutschland würde beendet, wenn der Krieg in Kurdistan beendet wird. Hieraus nun die Täterschaft oder auch nur die Rechtfertigung der Brandanschläge auf türkische Einrichtungen durch die PKK abzuleiten, entspricht einem unkritischen Wiederholen der bürgerlichen Lügenpresse und ist letztendlich eine Unterstützung der Hetze von Kanther und Beckstein. Tatsächlich hat Sapan nichts anderes gesagt, als daß es eine Verbindung zwischen dem Krieg in der Türkei/Kurdistan und den Anschlägen in der BRD gibt, und ein solcher Zusammenhang dürfte jedem klar sein. Über die möglichen Täter ist hier nichts gesagt. Mir sind mehrere Presseerklärungen der ERNK und Abdullah Öcalans bekannt, in denen betont wird, die Anschläge würden von der PKK nicht gewollt. In vielen Fällen würden die faschistischen Grauen Wölfe oder der türkische Geheimdienst dahinterstecken. *Spartakist* hat recht, wenn er schreibt, dieser Krieg dient dem deutschen und türkischen Staat. Dies wird auch die PKK wissen. Nur der Staat, nicht aber die PKK, in der sich auch viele Türken organisieren, hat ein Interesse an der Spaltung der Arbeiterinnenklasse.

Spartakist behauptet, die PKK sei eine „kleinbürgerliche Möchtegern-Kuomintang". Dies zeugt von einer vollkommenen Unkenntnis der Massenpolitischen Lage in Kurdistan. In Kurdistan und mit der PKK wird es schon deshalb keine proimperialistische Entwicklung geben, wie unter der chinesischen Kuomintang, oder unter der PLO oder dem ANC, weil die Klassenbasis einer kurdischen Bourgeoisie nicht vorhanden ist. Sicherlich vertreten viele kurdische Bauern einen kleinbürgerlichen Nationalismus, aber ihr Kampf wird von einer Arbeiterpartei geleitet, die einen sozialistischen und internationalistischen Anspruch vertritt. So wurden auch durch den 5. Parteikongreß der PKK Anfang 1995 die Vertreterinnen kleinbürgerlicher Kompromisse mit dem türkischen Staat, wie es sie begrenzt unter kurdischen Kleinhändlern gibt, ihres Postens enthoben und diese Linie scharf verurteilt. Die Ausdehnung der Revolution auf die türkische Arbeiterinnenklasse wurde als wichtigstes Ziel dargestellt und um einer Isolierung der Revolution vorzubeugen, wird die Gründung einer revolutionär-sozialistischen Internationale angestrebt. Wenn die PKK die Kuomintang oder die PLO wäre, hätte es schon längst einen schmutzigen Kompromiß im Sinne des Imperialismus gegeben.

Spartakist kritisiert die Gründung des kurdischen Exilparlamentes und die Forderung nach einer „politischen und demokratischen Lösung" in Kurdistan. Hier muß erst einmal klargestellt werden, daß das Exilparlament keine PKK-Vertretung ist. Die ERNK als politischer Arm der PKK stellt eine starke Fraktion. Die PKK hat dem Parlament jedoch nur solange ihre Unterstützung zugesichert, wie es im Sinne des revolutionären kurdischen Volkes handelt. Das Exilparlament ist ein Instrument revolutionärer Diplomatie, das sich selber als Parlament eines kämpfenden Volkes bezeichnet. Es ist dem Parlament klar, daß es seine Stärke aus der Stärke des Befreiungskampfes bezieht. Von dieser militärischen Ebene soll das Parlament den Kampf auf politische Ebene heben, um international die Kampfbedingungen für die Kurden zu verbessern. Das Ausnutzen internationaler, auch imperialistisch dominierter Institutionen wie der UNO, solange man sich deren Logik nicht unterwirft, ist auch für Revolutionäre eine richtige Taktik. So beteiligen sich auch Kommunisten, wie die SpAD, an bürgerlichen Wahlkämpfen, um sie als Propagandainstrument zu nutzen, ohne Illusionen in den Parlamentarismus zu verbreiten. Wenn Öcalan von einer politischen Lösung redet, so ist dies eine taktisch motivierte Ausdrucksweise, die keineswegs verleugnet, daß nur die sozialistische Revolution eine Lösung für die Kurdinnen bietet. Letztendlich ist nur die sozialistische Revolution eine echte „politische und demokratische Lösung"!

Für das Exilparlament ebenso wie die ERNK gehl es auch immer um den Kampf um demokratische Rechte als Ausgangsbasis für den Kampf für Freiheit und Sozialismus. Dieser Kampf um demokratische Rechte stand auch bei der Kampagne gegen das Verbot der Newroz-Feiern mit dem „Süddeutschen Appell" im Mittelpunkt, den der RSB mitinitiiert und mitgetragen hat. Zu keinem Zeitpunkt haben wir uns irgendwelchen Bedingungen bürgerlicher Kräfte gebeugt. Es ist uns im Gegenteil gelungen, eine große Zahl von Unterstützerinnen aus dem sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und grünen Bereich zu gewinnen, und so konnte die Newroz-Kundgebung erfolgreich durchgeführt werden. Der Kampf um demokratische Rechte und gegen Repression erhält, wie schon Lenin erklärte, im Imperialismus besondere Bedeutung bei der Mobilisierung für weitergehende revolutionäre Ziele. Auch die Kampagne von *Spartakist zur* Verteidigung von Mumia Abu-Jamal ist so ein Kampf um demokratische Rechte, gegen die rassistische Klassenjustiz. Wenn *Spartakist* dem RSB vorwirft, er teilt das politische Ziel der PKK, so erkläre ich, wir unterstützen den Kampf um ein freies Kurdistan als Auslöser der permanenten Revolution im Nahen Osten und Europa.

Mit kommunistischen Grüßen

Nick B.
RSB-IV. Internationale München

P.S. Ein Abdruck dieses Briefes in *Spartakist* ist ausdrücklich erwünscht.

Spartakist antwortet: Aus der Niederlage der Revolution von 1848 in Frankreich und Deutschland zog Marx die Schlußfolgerung, daß die Arbeiterklasse sich niemals auf die Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie verlassen kann, und entwickelte das Konzept der permanenten Revolution. Trotzkis Theorie der permanenten Revolution erklärt, daß in der imperialistischen Epoche des kapitalistischen Niedergangs — wo eine unabhängige nationale Entwicklung des Kapitalismus nicht länger möglich ist — die demokratischen Aufgaben in den rückständigen kapitalistischen Nationen nur unter der Diktatur des Proletariats, das die unterdrückte Bauernschaft führt, gelöst werden können; was wiederum sozialistische Aufgaben auf die Tagesordnung setzt. Auch

Fortgesetzt auf Seite 27

Spartakist-Jugend

Für Jamal auf der Straße!

WARSCHAU, 23. Juni — 200 Jugendliche mit handgemalten Bannern und Plakaten riefen lautstark vor der US-Botschaft „Rettet Jamal!" und „Nieder mit der rassistischen Todesstrafe!" Die Protestkundgebung wurde von MRE/Ofensywa (JRE/Voran) organisiert. Zahlreiche anarchistische Jugendliche sowie unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski (SGP) und auch wir von der Spartakist-Jugend aus Berlin nahmen teil. Die SGP brachte Plakate mit Jamals Foto mit, die von vielen getragen wurden.

Die SGP hat Mumia Abu-Jamal bekannt gemacht, als sie am 1. Mai Hunderte Flugblätter verteilte und für die Demo mit einer Vorführung des PDC-Videos „Aus der Todeszelle, hier spricht Mumia Abu-Jamal" mobilisierte. Ein Teil des Videos wurde im Fernsehen gesendet, um die Kundgebung anzukündigen. Die drei größten polnischen Tageszeitungen berichteten über die Kundgebung, Fotos erschienen in *Super Express* und in *Zycie Warszawy.*



Spartakist

Redner der Spartakusowska Grupa Polski auf Warschauer Demo

Vor der US-Botschaft fungierten „Sharp"-Skins als antikommunistische „Ordner". Als ein Redner der SGP gegen Antisemitismus in Lech Walesas Polen auftrat und für die Mobilisierung der Arbeiterklasse international, um Mumia /u retten — ein Beispiel einer leninistischen Partei als .,Volkstribun" —, versuchten die Skins den Redebeitrag zu zensieren. Anschließend brüllten sie mit dem Megaphon gegen Kommunisten und gegen ein rotes Che-Guevara-Banner, das einige Jugendliche trugen. Aber auch einige Linke verwechseln den Kampf gegen die rassistische Todesstrafe der amerikanischen Bourgeoisie, die die jüdischen amerikanischen KP-Anhänger Ethel und Julius Rosenberg ermordet hat, mit Antiamerikanismus, der nur den „eigenen" Herrschern dienen kann. So rief die MRE auf der Kundgebung Parolen wie „Tötet Clinton" und „Nieder mit dem rassistischen Amerika!" Doch als Genossen der SGP den Leiter von Ofensywa am Megaphon aufforderten, „Nieder mit Rassismus und Antisemitismus!" zu rufen, weigerte er sich. Pech für ihn — auch ohne Megaphon rief die Hälfte der Demo die Losung gegen Antisemitismus mit.

HAMBURG, 15. Juni — Initiiert von der Spartakist-Jugend und aufgerufen von der Schülerinnenkammer, wurde die Protestkundgebung vor dem US-Konsulat an der Alster im Internet weltweit angekündigt. Es kamen über 200 Leute, die meisten waren durch den anarchistischen Laden Schwarzmarkt und die Rote Flora mobilisiert worden. Viele von der Rahlstedt-Antifa waren da, das Halkevi war vertreten. Auch Irmgard Möller, die wegen ihrer Unterstützung für die RAF 23 Jahre lang eingekerkert war, nahm an der Kundgebung teil. Die neu gegründete schwarze Studentenorganisation „Struggle of Students" (SOS) schickte zwei Redner, die PDS brachte ein eigenes Flugblatt heraus und stellte ihre Lautsprecheranlage zur Verfügung.

Sönke von der Spartakist-Jugend betonte in seiner Rede die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung und wies auf die ÖTV-Arbeiter im Hamburger Hafen hin, die ein Flugblatt für Jamal herausgebracht hatten. Proteste von Gewerkschaften auf der ganzen Welt vertreten „Millionen von Arbeitern, die in der Lage sind, das kapitalistische System weltweit abzuschaffen, das Ungerechtigkeit, Rassismus, Massenvernichtung und Krieg bedeutet", sagte er, ausnahmsweise zum Beifall des überwiegend autonomen Publikums.

Danach kam es trotz eines massiven Bullenaufgebots zu einer Spontan-Demo zum Kirchentag. Auf dem Kirchentag, wo Zehntausende Jugendliche waren, konnten autonome Unterstützer von Jamal eine Podiumsdiskussion mit Heiner Geißler (CDU) unterbrechen und vom Podium zu Spenden für Mumia aufrufen. Später gelang es Demonstranten, einen Stand der mit Faschisten verbundenen „Paneuropa-Jugend Deutschland" zu zertrümmern.«

Sommer-Video-Diskussionsreihe der Spartakist-Jugend

Über den Staat

13. Juli	**Video:** Sacco & Vanzetti (Frankreich/Italien, 1971)
27. Juli	**Buch:** Kommunistisches Manifest (Marx/Engels, 1848) Neunzig Jahre „Kommunistisches Manifest" (Trotzki, 1938)
10. August	**Video:** Im Namen des Vaters (USA/Irland, 1994)
24. August	**Buch:** Über den Staat (Lenin, 1919) „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den bürgerlichen Staat" (Spartakist-Broschüre, 1994)

Humboldt-Uni Berlin
Hauptgebäude, Raum 3120a/b
jeweils 17.00 Uhr, Café Hubart

Was ist der BSA?

„Was ist Stalinismus" — unter diesem Titel führte der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) im Mai/Juni eine dreiteilige Vortragsreihe an der Berliner Humboldt-Universität durch. Es war wohl kaum ein Zufall, daß diese Veranstaltungen genau dort stattfanden, wo die Spartakisten aktiv und sehr bekannt sind für ihren Widerstand gegen den Anschluß und gegen die Stasi-Hexenjagd, durch die an der Humboldt-Uni Tausende gefeuert wurden. Die SpAD/ Spartakist-Jugend hat an der HUB eine Reihe von Meetings abgehalten, die den Zusammenbruch des Stalinismus erklären, zuletzt die Debatte mit dem PDS-Historiker Czichon (siehe Seite 9).

Jetzt kam der BSA daher, der sich trotzkistisch nennt, aber tatsächlich eine stalinophobe Parodie ist. Trotzkisten gehen von -der bedingungslosen militärischen Verteidigung der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und Konterrevolution aus. Der BSA aber hat immer auf der Seite des *bürgerlichen* und sozialdemokratischen „Antistalinismus" gestanden, wogegen Trotzki *zur proletarischen* politischen Revolution aufrief, um die Stalinisten zu stürzen, die die Sowjetunion verraten haben. Wir wollten diese Schwindler des BSA in einer politischen Auseinandersetzung mit dem authentischen Trotzkismus der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) konfrontieren. Aber das ist leichter gesagt als getan. Die BSAler ziehen es normalerweise vor, ihre Politik total isoliert von jeglichem Wettbewerb zu vertreten, wobei sie ihre Widersacher regelmäßig als „Agenten" bezeichnen. Aber in diesem Fall wichen sie von ihrer historischen Praxis ab und gerieten in eine Debatte mit den Spartakisten.

Die Grundthese des BSA lautet, daß der Stalinismus „durch und durch konterrevolutionär" sei. Solch eine Charakterisierung ist in Wirklichkeit nur anwendbar auf Institutionen wie die CIA — die in bezug auf die Sowjetunion gewisse programmatische Übereinstimmungen mit dem BSA hat. Wie eine Spartakistin in der Veranstaltung schilderte, dient diese einäugige Sichtweise dem BSA zur Rechtfertigung, im konterrevolutionären Lager zu sein. Sie wies darauf hin, daß der BSA und sein internationaler Führer David North die Erben des Internationalen Komitees von Gerry Healy sind, der ein klassisches Beispiel dafür war, was Lenin „politische Banditen" nannte — oder politische Piraten, die jede Fahne hissen, um ein beliebiges Ziel anzugreifen, und die *alles* vertreten können. Sie erinnerte an die entscheidende Zeit von 1989/90, als es um das Schicksal des deformierten Arbeiterstaats DDR ging: Damals haben die North-Anhänger nicht nur keinen Finger gekrümmt, um die DDR gegen den imperialistischen Anschluß zu verteidigen, sie klebten sogar an der SPD, die der Vortrupp der Konterrevolution war. Der besondere Eigenbeitrag des BSA bestand damals in der lautstarken Verleumdung der Spartakisten als „Provokateure" und „Stasi-Partei".

An diesem Wendepunkt gaben wir eine Broschüre *(Spartacist* Nr. 14, „Was Trotzkismus nicht ist und was er ist", Winter 1989/90) heraus, um den Massen der DDR den Trotzkismus zu erklären. Darin warnten wir besonders vor Scharlatanen und Fälschern wie dem BSA und Konsorten, die immer auf der Seite der Feinde der UdSSR standen: Sie bejubelten Chomeinis brutal antikommunistische „Islamische Revolution" im Iran, und in Afghanistan heulten sie mit den imperialistischen Wölfen gegen die sowjetische Intervention; in Polen verkündete der BSA, der konterrevolutionäre Griff von Solidarno nach der Macht Ende 1981 sei der Anfang einer „politischen Revolution" gewesen.

Die „analytische" Rechtfertigung des BSA für seine These, daß (sogar noch nach der Zerstörung der Sowjetunion) der Hauptfeind die stalinistische Bürokratie sei, hörten wir bereits auf der ersten Veranstaltung am 17. Mai, wo sie ihren Führer North zitierten: „Trotzki hat die stalinistische Bürokratie als ‚konterrevolutionär durch und durch' gebrandmarkt". Das ist eine platte Lüge. Trotzki hat wieder und wieder den „Doppelcharakter" des Stalinismus und der stalinistischen Bürokratie analysiert. Gegen die dummdreisten Lügen des BSA stellte Steffen von der Spartakist-Jugend die Position von Revolutionären dar und zitierte Trotzki:

> „Stalin dient der Bürokratie und damit auch der Weltbourgeoisie; aber er kann der Bürokratie nicht dienen, ohne das soziale Fundament zu erhalten, das die Bürokratie in ihrem Interesse ausbeutet. Insoweit verteidigt Stalin das nationalisierte Eigentum gegen den Imperialismus und gegen die allzu ungeduldigen und habgierigen Schichten der Bürokratie selbst. Jedoch organisiert er diese Verteidigung mit Methoden, die den Zusammenbruch der gesamten Sowjetgesellschaft vorbereiten. Eben darum muß die Stalinclique gestürzt werden. Aber nur das revolutionäre Proletariat kann sie stürzen. Den Imperialisten kann diese Aufgabe nicht anvertraut werden. Das Proletariat verteidigt die UdSSR trotz Stalin gegen imperialistische Angriffe." („Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?", November 1937)

Ein machtvolles Beispiel für den Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie, der vom BSA vehement bestritten wird, war der Arbeiteraufstand in Ungarn 1956. Es entstanden bewaffnete revolutionäre Komitees und Arbeiterräte, die ganz klar in Opposition zu kapitalistischer Restauration standen. Damit wurde die ungarische stalinistischc Bürokratie tiefgehend gespalten: 80 Prozent der Polizei, Armee und Verwaltung gingen auf die Seite der aufständischen Arbeiter über. Dazu gehörten zum Beispiel der Budapester Polizeipräsident Sändor Kopacsi und Oberst Pal Maléter. Wie ist das möglich — bei einer „durch und durch konterrevolutionären" stalinistischen Bürokratie? Aber für die Fälscher von David North kann nicht sein, was nicht sein darf. Nicht nur Trotzkis Position zur stalinistischen Bürokratie wird gefälscht, die *Neue Arbeiterpresse* fabriziert inzwischen auch die Lüge, die SpAD hätte auf der BSA-Vortragsreihe den Arbeiteraufstand in Ungarn 1956 als „konterrevolutionär" bezeichnet! Dieses Lügenmärchen wird durch die gesamte Geschichte der Spartacist-Tendenz widerlegt, nachzulesen im englischsprachigen *Spartacist* Nr. 8, November/Dezember 1966, über die „Politische Revolution in Ungarn — Zehn Jahre danach" sowie in unserem Artikel ,,,Reine Demokratie' oder politische Revolution in Osteuropa" (deutschsprachiger *Spartacist* Nr. 9, Frühjahr 1981), der einen Teil der Broschüre *Die ungarische Revolution* von Shane Mage von 1959 abdruckt.

Wie schon Trotzki erklärte, war die Bürokratie nicht eine neue herrschende *Klasse,* sondern eine zerbrechliche, widersprüchliche *Kaste,* die auf den ökonomischen Grundlagen proletarischer Herrschaft saß. Der Stalinismus war die Ideologie dieser Kaste, die 1923/24 die sowjetische Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei politisch entmachtet hat — die Eigentumsformen blieben aber sozialisiert. Deshalb nannte Trotzki die UdSSR *einen degenerierten Arbeiterstaat.* Die Mischung von Terror und Lügen, durch die sich

diese bürokratische Kaste an der Maeht hielt — die endlosen Säuberungen und Schaupro-/esse, der Nationalismus, der hinter dem Dogma des „Sozialismus in einem Land" stand, die Klassenkollaboration der Volksfront und die „Theorie" von der Revolution in Etappen — öffnete das Tor zur kapitalistischen Restauration und ist jedem proletarischen Revolutionär zutiefst verhaßt. Aber der Antistalinismus der revolutionären Arbeiterklasse hat nichts gemein mit dem Antistalinismus der konterrevolutionären Bourgeoisie, das heißt mit dem Antikommunismus.



Spartakist

Treptow, Januar 1990: Spartakisten treten für rotes Rätedeutschland ein

„Konterrevolutionär durch und durch"

Von Vortrag zu Vortrag steigerte sich der BSA in seinem Antikommunismus. Im zweiten Teil am 31. Mai verwendete ihr Nationalsekretär Ulrich Rippert den Hauptteil seiner zweistündigen Rede auf die Aufzählung stalinistischer Verbrechen. Dabei zitierte er endlos aus dem *Buch Hitler-Stalin* des britischen Historikers AJan Bullock. Bullocks Buch wurde im zunehmend deutschnationalen und antisemitischen *Spiegel* gepriesen, weil die deutsche Bourgeoisie die obszöne Formel „rot gleich braun" schürt, um die Verbrechen ihrer Klassenherrschaft zu rechtfertigen. Damit will sie den Boden für ihren erneuten Griff nach einer Weltmachtrolle bereiten.

Im Gegensatz dazu sprachen die Spartakisten in der Diskussion über die Befreiung Deutschlands und Europas von der Nazibarbarei durch den Sieg der Roten Armee 1945. Und gerade die Erinnerung daran will die Bourgeoisie auslöschen. Als der BRD-Außenminister Kinkel am 30. April in der Gedenkstätte Sachsenhausen vor Überlebenden der Nazi-KZs die Konzentrationslager der Faschisten mit den Lagern gleichsetzen wollte, die die sowjetische Armee für SS-Kriegsverbrecher errichtet hatte, wurde er mit wütenden Protesten konfrontiert. Das Spartakist-Banner „Die Rote Armee zerschlug das Naziregime.'" wurde zum Zentrum der Empörung, viele ehemalige Häftlinge kamen, um sich zu bedanken. Aber für Rippert & Co. ist der 8. Mai 1945 genau wie für Kinkel & Co. kein Grund zum Feiern!

Bei den BSA-Veranstaltungen schilderte ein Spartakist-Anhänger, wohin David Norths Formel „konterrevolutionär durch und durch" seine Anhänger 1981 in Polen geführt hat. Damals hatten sich North/BSA dem Vatikan, der CIA und der SPD angeschlossen und die konterrevolutionäre Solidarno unterstützt. Der Spartakist erinnerte auch daran, wie die North-Anhänger am Vorabend des heroischen britischen Bergarbeiterstreiks 1984/85 eine unglaubliche Medienkampagne entfesselten, die sofort von den bürgerlichen Zeitungen, der rechten Thatcher-Regierung und den rechten Gewerkschaftsbürokraten aufgegriffen wurde. Damals denunzierte North den Bergarbeiterführer Arthur Scargill, weil der — zu Recht — Solidarno als antisozialistisch bezeichnet hatte. Diese Schmierkampagne, die auf die Isolierung der Bergarbeitergewerkschaft am Vorabend der größten Klassenschlacht seit dem englischen Generalstreik 1926 abzielte, war die Konsequenz seiner allgemeinen Linie, den Gewerkschaftsbürokraten hinterherzulaufen — und, wie man am Beispiel der Kampagne gegen Scargill sieht, besonders den rechten Kalte-Kriegs-Bonzen. Heute erklärt der BSA, daß die Gewerkschaften nichts mehr mit der Arbeiterklasse zu tun hätten und nur noch einfache Instrumente der Bourgeoisie seien. Im Gegensatz zu diesem Flipflop verteidigen wir Trotzkisten die Gewerkschaften und kämpfen dafür, die prokapitalistischen Bürokraten zu stürzen und durch eine klassenkämpferische Führung zu ersetzen.

Was war die DDR?

Der dritte Teil ihrer Veranstaltungsreihe am 14. Juni über „DDR — 40 Jahre Stalinismus" kam dann rasant auf den Punkt. Der Klassencharakter der DDR ist keine akademische Frage. Aber nach mehr als sechs Stunden Vortrag kam der BSA zu ... keiner Schlußfolgerung! Denn 1989/90 stellte sich die Frage ganz konkret: Welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörperte, stand auf dem Spiel. Wir Spartakisten kämpften damals für die proletarische politische Revolution in der DDR auf-der Basis der Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums gegen die drohende kapitalistische Konterrevolution und für eine sozialistische Revolution im Westen, um die kapitalistische Herrschaft zu zerschlagen. Wir kämpften für ein rotes Rätedeutschland und riefen zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten auf. Als der deutsche Imperialismus seinen Ansturm zur Wiedervereinigung verschärfte und die Bedürfnisse von großen Teilen der DDR-Werktätigen einfach überrollte — die eine „sozialistische Gesellschaft" wollten, die von der Mißwirtschaft und vom bedrückenden Polizeiapparat des SED-Regimes befreit ist —, sagten wir ohne Wenn und Aber „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung". Die kapitalistische Restauration in Osteuropa wie in der Sowjetunion bedeutet eine *welthistorische Niederlage für die internationale Arbeiterklasse.*

Doch was meint der BSA zur DDR? Originalton des *Arbeiterpresse*-Chefredakteurs Wolfgang Weber zu den proletarischen Eigentumsformen, die mit aller Wucht von der Treuhand zerschlagen wurden: „Ungeachtet aller ökonomischen und sozialen Vorteile, die mit ihnen auch für Arbeiter verbunden gewesen sein mögen, können Marxisten sie in ihrem politischen Charakter nicht losgelöst von der historischen Rolle der stalinistischen Bürokratie als durch und durch konterrevolutionäre Agentur des Imperialismusbeurteilen." Im Prinzip fand er an der DDR *nichts* zu verteidigen.

Weber ging aber noch weiter und machte die DDR für den Rassismus und Nationalismus gegenüber Immigranten verantwortlich — genau wie die bürgerlichen Politiker und Medien. Über das Auftauchen des faschistischen Nazi/Skinheadterrors, der in Wirklichkeit die bittere Frucht der kapitalistischen Konterrevolution ist, lautet das Credo des BSA: „Die rassistischen Pogrome gegen Ausländer in der

Fortgesetzt auf Seite 8

BSA...

Fortsetzung von Seite 7

ehemaligen DDR und die Teilnahmslosigkeit der Arbeiterklasse ihnen gegenüber sind das direkte Ergebnis der seit Jahren vom Stalinismus betriebenen ideologischen Reaktion" (*Neue Arbeiterpresse*, 22. Juni). Das liegt auf einer Linie mit dem „Revisionisten"-Historiker Ernst Holte, der behauptet, daß Stalins UdSSR das Muster für Hitler gewesen sei. Damit verschweigt der BSA natürlich die Rolle der Bourgeoisie von Auschwitz und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer, denen er hinterherläuft. Wer kann heute noch leugnen, daß das Rostocker Pogrom 1992 direkt von Bonn angestachelt und dirigiert wurde, wobei die SPD am gleichen Wochenende auf der Petersberg-Tagung grünes Licht zur Abschaffung des Asylrechts gab.

Kein Wunder, daß wir Spartakisten nirgendwo BSAler gesehen haben, wenn es *um Aktionen* ging, Immigranten zu schützen — z.B. die Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung im Januar 1993, am 60. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, um ein hauptsächlich von vietnamesischen Arbeitern bewohntes Wohnheim in Berlin gegen Nazi-Terror zu verteidigen; oder am 1. Mai 1994 in Berlin-Schöneweide, als Gewerkschafter durch eine Einheitsfrontaktion die FAP-Faschisten vertrieben.

Als Veranstaltungsleiter Rippert eine Diskussion mit Spartakisten ablehnte, weil wir den BSA für seine Position angreifen, daß der Stalinismus durch und durch konterrevolutionär sei, fand er keine Unterstützung. Nachdem Weber den fassungslosen Zuhörern gegenüber behauptet hatte, daß die Bodenreform der DDR eine reaktionäre Maßnahme gewesen sei, trat ein PDS-Historiker auf und meinte: „Ich bin kein Spartakist, aber warum wird hier die Bodenreform als reaktionär abgetan?" „Junkerland in Bauernhand" war dem BSA ganz egal.

Eine Frau, die sich als Kommunistin verstand und begreifen wollte, was in der DDR schiefgelaufen war, brach in Tränen aus: „Sind nicht die Kriegsverbrecher und Großgrundbesitzer enteignet worden? War dies nicht Sozialismus, vor allem wenn man es mit Westdeutschland vergleicht, wo Nazis und die alten Konzernherren wieder Wirtschaft und Staat beherrschten? Eisenhüttenstadt haben wir aufgebaut — war denn dies am Ende alles nichts?" (zitiert nach *Neuer Arbeiterpresse, 22.* Juni). Die DDR war kein „Sozialismus", aber sie war ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, der gegen die Konterrevolution verteidigt werden mußte. Der BSA jedoch tritt den Kampf der wirklichen Trotzkisten für proletarische politische Revolution, um die qualitativen Deformationen und Auswüchse der stalinistischen Mißwirtschaft wegzufegen, mit Füßen. Für Weber ist mit der Zerstörung der Arbeiterstaaten „eine Periode tiefster Reaktion" zu Ende gegangen — es war „ein tragischer Irrtum" der Arbeiter, die dachten, daß es dort etwas zu verteidigen gab.

Am 3. Januar 1990 demonstrierten im Treptower Park 250 000 Werktätige gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die Kämpfer der Roten Armee, die im Kampf gefallen waren, um Hitlers Nazis zu zerschlagen. Diese wahrscheinlich größte antifaschistische Kundgebung seit Ende der Weimarer Republik, die auf Initiative der Spartakisten zustande kam und von der SED-PDS aufgegriffen worden war, nannte der BSA in der *Neuen Arbeiterpresse* am 19. Januar 1990 eine Taktik, „um den stalinistischen Staatsapparat zu retten und wieder zu stabilisieren". In Treptow haben die Redner der Spartakisten ein Programm für proletarische politische Revolution dargestellt. Damit stießen wir auf wütende stalinistische Claqueure aus den vorderen Reihen der Kundgebung. Tatsächlich hätte die machtvolle prosowjetische Massenmobilisierung zum Ausgangspunkt von Arbeiterwiderstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung werden können. Weil sie das Gespenst eines Bürgerkriegs sahen, haßte die Bourgeoisie Treptow und distanzierte sich die SED-PDS umgehend davon. Zu diesem Zeitpunkt brachten die Imperialisten und Sozialdemokraten ihre Kampagne auf Hochtouren, unter dem Schlachtruf gegen die „Stasi" die DDR in die kapitalistische Wiedervereinigung hineinzutreiben.

Auf der Treptower Massenkundgebung warnten wir, daß die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution war. Und der BSA war die Schmeißfliege am Schwanz der SPD: Gleich bei der ersten Bundestagswahl nach der Wiedervereinigung rief er die Arbeiter dazu auf, die SPD des Roma-Abschiebers Lafontaine zu wählen — eine Partei, die er heute als bürgerlich „durch und durch" bezeichnet.

BSA rastet aus über Markus Wolf

Auf den beiden letzten Veranstaltungen zitierte Rippert wiederholt (auch nachzulesen in seiner Zeitung) den „Beweis" für den „prostalinistischen und arbeiterfeindlichen Charakter" der Spartakisten. Er las aus einer Rede unseres Genossen Norden an der Humboldt-Uni vor (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 117, März/April 1995):

> „Ich möchte hier ganz klar sagen, daß wir nicht nur Markus Wolf vor der Rachejustiz des Vierten Reichs verteidigen — genauso wie wir Erich Honecker, Willi Stoph, Heinz Keßler, auch Erich Mielke verteidigt haben —, wir bewundern sein Handeln als Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit, die große Leistungen für die Verteidigung der DDR und der UdSSR erzielte."

Nicht verlesen wurden die nächsten zwei Sätze: „Aber hier sprechen wir von der politischen Führung, die notwendig war, um die DDR vor der Auflösung zu retten. Und dabei hat Wolf versagt, er hat über die PDS sogar zu dieser großen Niederlage beigetragen."

Die BSA-Anklage gegen die Spartakisten: „Lobhudelei" gegenüber den Stalinisten, weil wir Markus Wolf verteidigen, der vom Vierten Reich und dessen BND verfolgt wurde — wegen „Landesverrats". Auf ungewöhnliche Weise war ihr Haß auf Markus Wolf verbunden mit dem Fall von Mumia Abu-Jamal. Über den schwarzen Journalisten, der in den USA von der Hinrichtung bedroht wird, *schweigt* der BSA *laut.* Als eine Sprecherin des Komitees für soziale Verteidigung sich zu Wort meldete, um zur Solidarität mit der Kampagne für Mumia Abu-Jamal aufzurufen, wollte sie einen Brief von Markus Wolf dazu verlesen (abgedruckt Seite 17), was großen Zuspruch beim Publikum fand. Aber Rippert kreischte: „Hier wird nichts von Markus Wolf vorgelesen."

Die Hetze des BSA gegen Markus Wolf ist ein alter Hut. Schon bei der Bundestagswahl 1990 geiferte der BSA gegen unsere Verteidigung des Spionagechefs in ihrem Artikel „Die SpAD — Provokateure gegen die Vierte Internationale". Die SpAD hat diesen Artikel zusammen mit anderen Polemiken unserer Opponenten in der Broschüre „Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen" (Mai 1991) abgedruckt.

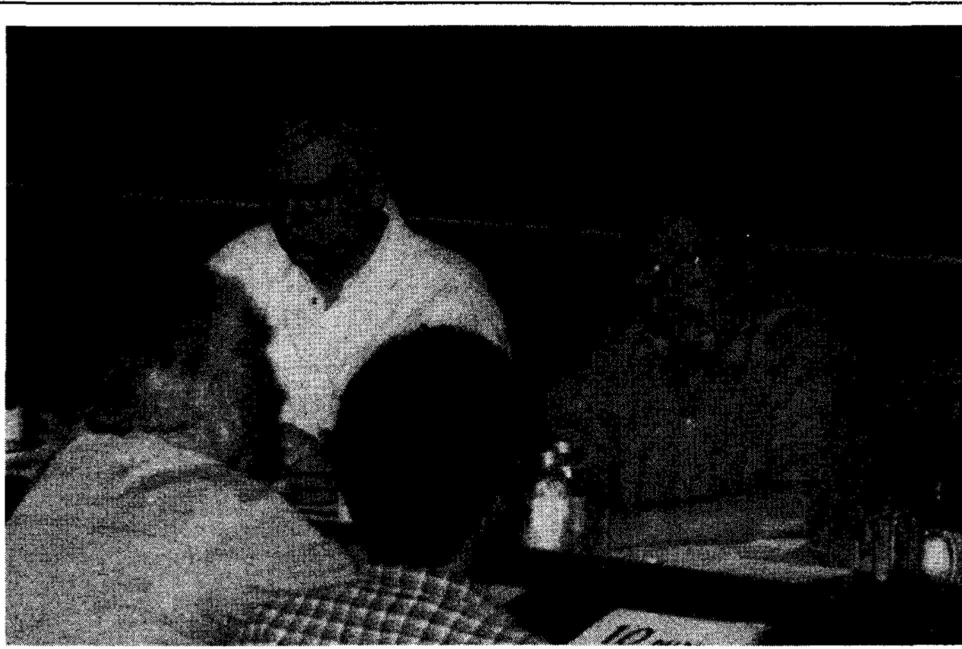
Politische Piraten

Die North-Anhänger, die keinen Unterschied zwischen Arbeiterstaaten und kapitalistischen Staaten machen, sind dafür berüchtigt, andere Linke *vor bürgerliche Gerichte* zu zerren (wie beim Fall des SWP-Mitglieds Alan Gelfand). Auch haben sie sich in den USA an einer großen Lügenkampagne im Stile des Kalten Kriegers McCarthy beteiligt, um die einst trotzkistische und heute reformistische

Fortgesetzt auf Seite 15

Der 8. Mai: 50. Jahrestag der Befreiung

Debatte mit Historiker Eberhard Czichon, Mitglied der PDS



Spartakist

Links Fred Zierenberg für die SpAD, rechts Eberhard Czichon

Eine lebhafte Diskussion prägte die Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, die am 3. Mai an der Humboldt-Uni in Berlin von der Spartakist-Jugend organisiert worden war. Etwa 50 Besucher kamen zu dem Streitgespräch zwischen Fred Zierenberg vom ZK der SpAD und dem Historiker und PDS-Mitglied Eberhard Czichon. Czichon war bis zum Januar ein führendes Mitglied der Kommunistischen Plattform, aus der er wegen deren erbärmlicher Rolle beim letzten PDS-Parteitag ausgetreten ist. Am Ende der Veranstaltung bedankte er sich für die offene Diskussion.

Es war erwartungsgemäß eine sehr kontroverse Auseinandersetzung. Anhand des Charakters der „Anti-Hitler-Koalition" stieß sie schnell auf grundlegende Fragen, die den Trotzkismus von allen Flügeln der PDS unterscheiden. Während Czichon Stalins „Bündnispolitik" mit den imperialistischen Alliierten im Zweiten Weltkrieg grundsätzlich rechtfertigte und nur ein paar taktische Abstriche machen wollte („Da haben wir zu viel aufgegeben für manche Bündnisse und manche Kompromisse"), wies Genösse Zierenberg darauf hin, daß es die Rote Armee war, die das Nazi-Regime zerschlagen hat. Die imperialistischen Alliierten warteten ab, ob es der Nazi-Wehrmacht gelingt, den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion zu zerstören — seit 1917 das prinzipielle Ziel der Imperialisten, wie *Zierenberg* betonte.

Als Historiker konnte Genosse Czichon diese Tatsache nicht bestreiten. Trotzdem behauptete er, die Anti-Hitler-Koalition sei notwendig gewesen, um „weltweit die Massen gegen den Faschismus zu mobilisieren". Das war auch die klassische Begründung der stalinistischen Parteien, als sie die Arbeiter für Churchill und Roosevelt auf die Schlachtbank trieben: Was sie als großartige Schlacht für die „Demokratie" verkauften, war von seilen der Alliierten ein imperialistischer Krieg für Profite und die Neuaufteilung der kolonialen Beute. Die Rolle der stalinistischen Parteien bestand darin, die Drecksarbeit für die Kapitalisten zu verrichten, Streiks zu brechen und Arbeiteraufstände niederzuwerfen. So sah in Wahrheit dieses „antifaschistische Bündnis" aus, das Czichon als „Versuch von Kommunisten, Mehrheiten gegen den Klassenfeind zu kriegen", betitelte.

Gegen die Beschönigung der Anti-Hitler-Koalition, als „große kämpferische Bereitschaft von Menschen" im Kampf gegen den Faschismus, wandte sich in der Diskussion Michel Aymerich, der vor kurzem mit einer schriftlichen politischen Erklärung aus der Kommunistischen Plattform und der PDS ausgetreten war. Er wies auf die Ermordung von Hunderttausenden Aufständischen hin, die in den Kolonien gegen die „demokratischen" Imperialisten gekämpft hatten. In Algerien bedeutete der 8. Mai 1945 das Massaker der französischen Kolonialisten an 54000 Aufständischen bei Sétif: „Als der algerische Aufstand begann, wurden die Aufständischen auch von der französischen Kommunistischen Partei als Agenten des Hitler-Nazismus beschimpft. Die französische KP hatte den Kampf für soziale Befreiung seit langem aufgegeben, und schon während des Widerstandes wurde kein Klassenkampf geführt." Und er fügte hinzu: „Am Ende ist die Sowjetunion zusammengebrochen mit dieser Politik, als bittere Folge dieser Politik, auch der Anti-Hitler-Koalition."

In der Diskussion wollte Czichon „als Übereinstimmung" mit den Spartakisten feststellen, „daß Stalin prinzipiell Lenins theoretisches Erbe verfälscht hat". Aber der Kampf der Trotzkisten für die proletarische Revolution und ihre kompromißlose Verurteilung von Stalins Volksfront-Politik gingen ihm entschieden zu weit. Er wollte die Sache „differenziert" betrachten und protestierte vehement gegen die Charakterisierung des Genossen Zierenberg: „Die Anti-Hitler-Koalition war im wesentlichen ein Pakt gegen eine Arbeiterrevolution".

Nachfolgend drucken wir Auszüge der leicht überarbeiteten Rede und Zusammenfassung von Fred Zierenberg.

Der Roten Armee und Stalin wurden in den Verhandlungen, die 1943 und 1945 in Teheran und Jalta stattfanden, bestenfalls die Gebiete zugestanden, die die Rote Armee sowieso befreit hatte; während Stalin Konzessionen an die Imperialisten machte und dafür sorgte, daß keine Arbeiterrevolution im übrigen Europa siegen würde, zum Beispiel in Frankreich und Italien, wo es starken kommunistischen Widerstand gegeben hat. Diese Politik hatte ihre Grundlage

Fortgesetzt auf Seite 10

Debatte...

Fortsetzung von Seite 9

in der Politik des „Sozialismus in einem Land", die der Selbstzufriedenheit einer privilegierten Bürokratie entstammte, die 1923/24 in der Sowjetunion auf der Basis der Niederlage der deutschen Revolution an die Macht kam.

Die stalinistische Bürokratie hat mit der Anti-Hitler-Koalition vor allem versucht, ihre eigene Herrschaft zu sichern. Sie hat befürchtet, daß eine Revolution in Deutschland, in Frankreich, in Italien dazu führen würde, daß sich die Arbeiter der Sowjetunion an ihre revolutionäre Tradition erinnern und die parasitäre Bürokratie auf Basis dieses Beispiels verjagen würden. Dies drückte sich programmatisch und praktisch mit der Volksfrontpolitik und dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 aus. Stalin und die Bürokratie erkannten die Bedrohung, die für die Sowjetunion von dem faschistischen deutschen Imperialismus ausging, und sie waren der Meinung, daß die einzige Alternative dazu ein militärisches Bündnis mit den westlichen Imperialisten war. Dies war aber nicht irgendeine garantierte Sache. Also mußte Stalin dafür etwas liefern. Und was Stalin ihnen dafür lieferte, war die Kommunistische Internationale und die Kommunistischen Parteien in kapitalistischen Ländern. Diese Parteien hörten auf, eine Opposition gegen die imperialistische Politik zu sein, gegen die imperialistische Armee, gegen den imperialistischen Staat. Der erste klare und krasse Ausdruck dafür ist der Stalin-Laval-Pakt, wo Stalin erklärte, alles anzuerkennen, was notwendig wäre, um die Verteidigung Frankreichs zu gewährleisten, und dem nichts in den Weg zu stellen.

In Italien hatten sich die italienischen Arbeiter bereits befreit und Mussolini aufgehängt, bevor die imperialistischen sogenannten „Befreier" der amerikanischen und britischen Imperialisten ankamen. Die Rolle der italienischen Kommunistischen Partei bestand darin, die Arbeiter dazu zu bringen, ihre Waffen abzuliefern. Das war auch die Hauptsorge der Imperialisten. Eine Volksfrontregierung aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Stalinisten sorgte dafür, daß wieder ein bürgerlicher Staat in Italien entstand.

Auch in Deutschland war die „Anti-Hitler-Koalition" besorgt, daß es nach dem Krieg zu einer proletarischen Revolution kommen würde. Darauf haben die Trotzkisten hingearbeitet, z.B. die französischen und die holländischen. Die französischen Trotzkisten haben die Zeitung *Arbeiter und Soldat* in deutscher Sprache herausgegeben, um in der deutschen Wehrmacht junge Arbeiter als proletarische Revolutionäre zu gewinnen. Im Gegensatz dazu hat die KPD am 11. Juni 1945 einen „Aufruf des ZK" herausgebracht. Soweit wir wissen, vertreten alle Tendenzen, die wir innerhalb der PDS und der Kommunistischen Plattform kennen, die Linie dieses Aufrufs als eine zu diesem Zeitpunkt korrekte kommunistische Politik. Dort wird gesagt, daß man Deutschland nicht das Sowjetregime aufzwingen dürfe, sondern für eine parlamentarische Demokratie eintreten müsse. Die Begründung dafür lautet, daß das deutsche Volk die Schuld am Krieg trägt. Diese Sache ist wirklich das Empörendste, was man sich vorstellen kann. Die gleichen stalinistischen Führer, die 1933 kampflos kapituliert haben, stellen sich hin und beschimpfen die Arbeiter, die sie geführt haben — Hunderttausende Mitglieder im Rotfrontkämpferbund und in der KPD, die darauf warteten, daß sie zum Kampf aufgefordert werden —, daß diese Arbeiter den Faschismus zugelassen hätten. Dabei war es die Verantwortung der stalinistischen Führungen.

Das ist ungefähr die gleiche Position, die wir heute bei Führern innerhalb der PDS und der Kommunistischen Plattform sehen, die den Arbeitern in der DDR die Schuld daran geben, daß sie die DDR an die Kapitalisten ausverkauft hätten und für 100 DM zu den Westlern rübergelaufen seien. Wo in Wirklichkeit die Partei, von der die Arbeiter erwartet hatten, daß sie für ihre Interessen eintritt — insbesondere die 250000 am 3. Januar 1990, die in Treptow demonstriert haben —, erklärt hat, man kann nichts mehr machen: „Deutschland einig Vaterland". Diejenigen, die die Verantwortung tragen, beschimpfen die, die sie führen. Das ist die klassische Linie jedes reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, einen Streik zu verraten und hinterher zu erklären, die Mitglieder hätten nicht mehr gewollt.

Die KPD hat eine ganz aktive Rolle dabei gespielt, daß der Arbeiterwiderstand, die Betriebsausschüsse und Komitees erstickt worden sind. 1945 hatten die Arbeiter in Deutschland in weiten Bereichen ihre Sache in die eigene Hand genommen, und zwar mit einer sozialistischen Perspektive: Sie haben Kapitalisten enteignet, Nazi-Verbrechern die Wohnungen weggenommen, diese Nazi-Verbrecher zu den Alliierten gebracht und gesagt, steckt sie ins Gefängnis; sie haben die Versorgung organisiert, Aufräumarbeiten organisiert usw. Im Westen ist all dies von den imperialistischen Besatzungsmächten gestoppt worden. Und die KPD, unter den Instruktionen der eingeflogenen beiden Gruppen Ulbricht, ordnete diese Arbeiter den imperialistischen Besatzungsmächten unter. Die KPD-Arbeiter haben massiven Widerstand geleistet bis hin zu Streiks und Generalstreiks in Nordrhein-Westfalen, aber letztlich hat die KPD-Führung sie zurückgehalten, weil sich ihre ganze Perspektive in diesem Aufruf vom 11. Juni ausdrückte: Man kann Deutschland das Sowjetsystem nicht aufzwingen, es mußte die „antifaschistische Demokratie" geschaffen werden.

Es geht nicht um die Frage, zeitweilige militärische Bündnisse zu schließen. Aber zu keinem Zeitpunkt der Dritten Internationale, so lange Lenin gelebt hat, wurde die Politik einer Kommunistischen Partei — egal in welchem Land der Welt — den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion untergeordnet. Das ist der entscheidende Unterschied. Dieses „Bündnis", die Anti-Hitler-Koalition, ist mit der Ermordung der spanischen Revolution in Blut geschrieben worden — und die spanische Revolution war nur ein Teil der revolutionären Bewegung in Europa in den 30er Jahren. Das ist die Garantie, die Stalin und die Komintern mit dem VII. Weltkongreß an den Imperialismus geben wollten: Weltrevolution — für uns nicht mehr.

Der Begriff „Bündnispolitik" bedeutet heute nichts anderes als Volksfrontpolitik. Das heißt nicht Bündnisse

„Ich wage zu träumen vom Ende der Barbarei"

Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus einer Erklärung von Gennossin Dorte an den Parteivorstand der PDS, mit der sie am 2. Februar 1995 ihren Austritt aus der PDS begründete. Dorte ist kurz darauf Mitglied der Spartakist-Arheiterpartei geworden.

Liebe Genossen,

hiermit will ich Euch meinen Austritt aus der PDS bekanntgeben. Aufgrund der massiven bürgerlichen Hetzkampagne gegen die SED-Nachfolgepartei fühlte ich mich seinerzeit zur PDS hingezogen. Insbesondere Eure Parole „Wage zu träumen" hat mich begeistert. Die Oktoberrevolution 1917 war ein historischer Sieg der

Austritt aus der PDS

Arbeiterklasse und der ganzen menschlichen Zivilisation. Die kampflose Aufgabe ihrer Errungenschaften 1990 ist schmerzlicher, als ich auszudrücken vermag, und die Konsequenzen dieser Niederlage für die Menschheit sind noch lange nicht abzusehen. Aber ich verzweifle nicht, genau weil dies mein persönliches Motto ist: Wage zu träumen! - „Der Zwiespalt zwischen Traum und Leben ist nicht schädlich, wenn nur der Träumende ernstlich an seinen Traum glaubt... Gibt es nur irgendeinen Berührungspunkt zwischen Traum und Leben, dann ist alles in bester Ordnung. Träume solcher Art gibt es leider in unserer Bewegung allzuwenig" (W. I. Lenin: „Was tun?"). Ich wage zu träumen vom Ende der Barbarei, des Rassismus und der Kriege, der Ausbeutung von Menschen und von der Natur. Von der Befreiung der Frau und der Liebe aus den Fesseln der bürgerlichen Familie. Von einer Gesellschaft, in der die Erkenntnisse und Erfindungen der Wissenschaft dem Wohlergehen der Menschen dienen. Ich träume noch immer vom Überleben der menschlichen Zivilisation und von unserer einzigen Chance: der proletarischen Revolution und dem Aufbau des Sozialismus in der ganzen Welt!

... Sehr schnell bekam ich den Eindruck, die PDS wolle die zielstrebige gesellschaftsverändernde Kraft, für die sie sich ausgibt, in Wirklichkeit gar nicht sein. Außerdem: Je mehr ich die Geschichte der Oktoberrevolution und die Werke Lenins studierte (mit den Schriften Trotzkis hatte ich mich zu der Zeit noch nicht beschäftigt), um so klarer wurde mir, daß diese Revolution eine enorme Errungenschaft der Zivilisation darstellt und ihre spätere bürokratische Degeneration mit den großen Ideen Lenins nichts zu tun hat. Aber in der PDS wollte man nichts davon wissen, nichts von Lenin, nichts von der großen historischen Aufgabe des Proletariats. Ferner entsetzte mich die Kapitulation der PDS auf der ganzen Linie vor der STASI-Hexenjagd. Nicht, daß ich mit Sahra Wagenknecht übereinstimme oder Mielke toll finde, aber ich spreche entschieden diesem Staat jedes Recht ab, über Vertreter des ehemaligen Arbeiterstaates in irgendeiner Weise zu urteilen! Die Kommunistische Plattform, der ich mich eine Zeitlang angeschlossen hatte, zeigte auch keine Ansätze, sich zu einem Tribun aller Unterdrückten entwickeln zu können. Sie folgt kritisch resignierend jedem Rechtsruck der PDS in der naiven Hoffnung, in dieser Partei eine andere Rolle als die einer linken Flankendeckung spielen zu können...

Ich sympathisiere mit der Spartakist-Arbeiterpartei, die als einzige Partei die sozialen Errungenschaften der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten konsequent gegen den Kapitalismus verteidigte. Von Anfang an warnte sie gegen die reaktionäre, frauenfeindliche Politik der klerikal-antikommunistischen Solidarno . Sie kämpfte bis zuletzt gegen die kapitalistische Annexion der DDR, während die PDS diese begrüßte („Deutschland einig Vaterland") und lediglich um die Bedingungen („eins zu eins") feilschte. Heute kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei konsequent gegen den Abbau sozialer und demokratischer Errungenschaften, gegen Diskriminierung von Frauen, Ausländern und Minderheiten, gegen die wachsende faschistische Bedrohung, für den Sozialismus in Deutschland und in der ganzen Welt. Heute wie damals ist dazu eine revolutionäre kommunistische Partei dringend notwendig. Wer das leugnet, will den Sozialismus nicht wirklich, mag sie sich 1000 Mal sozialistisch nennen und sich in Sonntagsreden auf Luxemburg und Liebknecht berufen!

Natürlich werden und sollten wir uns weiterhin in konkreten Einheitsfrontaktionen treffen und aktiv zusammenarbeiten: Laßt uns getrennt marschieren und gemeinsam schlagen!

In diesem Sinne verbleibe ich

Eure Genossin Dorte

---

von Arbeiterorganisationen an einem bestimmten Zeitpunkt für bestimmte Aktionen durchzuführen, die Nazis zu zerschlagen oder ein Parteihaus zu verteidigen, sondern ein Bündnis mit der eigenen imperialistischen Bourgeoisie, um die Revolution zu vertagen. Wie man heute sieht, konnte die Sowjetunion nur durch die Weltrevolution verteidigt werden; die DDR konnte nur verteidigt werden durch die Ausweitung der Revolution auf Westdeutschland. Das ist genau das Problem gewesen, von der Schaffung der DDR bis zu ihrem Ende: die Volksfrontfassade, die Phrase der „friedliebenden Völker", zu meinen, daß man dem Imperialismus friedliebende Absichten nicht absprechen dürfte.

Das zentrale Problem ist das Mißtrauen gegenüber der Arbeiterklasse — und Sahra Wagenknecht hat dafür eine Menge Beispiele in ihrem Buch. Es hat eine ganz klare Quelle. Eine parasitäre Bürokratie verteidigt ihre Privilegien gegen die eigene Arbeiterklasse und mißtraut ihr, weil sie durch sie gestürzt werden könnte. Und mit dem gleichen Blick sieht sie auf die Arbeiter in anderen Ländern. Deshalb ist auch Mielkes Stasi so groß gewesen. Oskar Hippe war eines der ersten Opfer, der 1948 in den Knast gekommen ist, weil er eine trotzkistische Gruppe in Berlin und Ostdeutschland organisiert hat.

Dieses Mißtrauen konnte man gerade an der Haltung der kritischen Intellektuellen in der DDR am 17. Juni 1953 sehen. 30 Jahre nach 1923 gab es wieder eine revolutionäre Bewegung der Arbeiter in Deutschland, die ihre Sache in die eigene Hand nehmen wollten. 500000 Arbeiter waren im Streik, mit Losungen für eine Metallarbeiterregierung usw. Das hätte der Anfang sein können für eine politische Revolution, aber die Intellektuellen saßen in den FDGB-Ferienlagern an der Ostsee und meinten: Das geht zu weit. All dies war zurückzuführen auf den Nationalismus, der eben hinter diesem Konzept steckt: „Sozialismus in einem Land" und Revolution in keinem anderen.*

Weltweit Proteste gegen Hinrichtungsbefehl

Rettet Mumia Abu-Jamal!

Arn 1. Juni unterzeichnete Tom Ridge, der Gouverneur des US-Bundesstaates Pennsylvania, einen Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal und setzte den Termin der Hinrichtung auf Donnerstag, den 17. August um 22.00 Uhr fest. Jamal soll wegen seiner politischen Aktivitäten und Überzeugungen hingerichtet werden. Als ehemaliger Sprecher der Black Panther Party, als preisgekrönter Journalist, bekannt als „Voice of the voiceless" (Stimme der Entrechteten) und als Unterstützer der MOVE-Gemeinschaft wurde Jamal das Opfer eines rassistischen Justiz-Komplotts. Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und andere Organisationen aus aller Welt, die Millionen von Menschen vertreten, kämpfen um Jamals Leben.



Spartaco

Rom, 24. Juni - Das landesweite Mumia-Kontingent schließt sich Massen-Arbeiterprotest gegen Rentenkürzungen an. Später stimmte die Kundgebung von 70000 der Verteidigung Jamals zu.

Vier Tage später, am 5. Juni, reichten Jamals Anwälte vor dem Berufungsgericht von Pennsylvania in Philadelphia Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens, auf Aufschub der Hinrichtung und auf Entbindung des „Henker-Richters" Sabo von diesem Verfahren ein. Basierend auf monatelangen Nachforschungen, Untersuchungen und erneutem Aktenstudium, zeigt dieser Schriftsatz unmißverständlich, daß Jamal, ein Mann, der von Anfang an seine Unschuld beteuert hat, das Opfer einer politisch motivierten, auf rassistischen Vorurteilen beruhenden gerichtlichen Verfolgung wurde, wo Beweise für seine Unschuld unterdrückt wurden.

Kurz vor Redaktionsschluß wurde bekanntgegeben, daß die Anhörung für eine Aussetzung der Hinrichtung und die Ablehnung des Richters Sabo in 12. Juli in Philadelphia stattfinden wird.

Das Partisan Défense Committee (PDC) in den USA und andere Organisationen, darunter „Refuse and Resist!", „Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal" und die „Coalition to Free Abu-Jamal", machten Jamals Fall publik und bereiteten schon Monate vorher für den Fall der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls Not-Demonstrationen vor. Als der Hinrichtungsbefehl unterschrieben wurde, gingen Tausende von Gewerkschaftern, Studenten, Linken, Bürgerrechts- und Gemeinde-Aktivisten überall in den USA und auf der ganzen Welt auf die Straße und forderten Jamals Freiheit. *The New York Beacon*, eine New Yorker Zeitung von Schwarzen, hatte in ihrer Ausgabe vom 8.—14. Juni die passende Schlagzeile; „The World Screams, ‚Save Mumia'" (Die Welt schreit es heraus: „Rettet Mumia").

In den ersten fünf Tagen, nachdem Gouverneur Ridge mit einem Federstrich Jamal zum Tode verurteilt hatte, wurde das Büro von Ridge von mehr als 20000 Protestbriefen, Faxen und Postkarten aus aller Welt überschwemmt. In einem vergeblichen Versuch, der Flutwelle der Proteste zu entgehen, wechselt der Gouverneur seine Fax- und Telefonnummern jeden Tag.

Die drohende Hinrichtung von Jamal ist nicht nur an sich rassistisch und barbarisch, sie ist auch die erste explizit politische Hinrichtung, die in den USA versucht wird, seit die Regierung 1953 Julius und Ethel Rosenberg ermordete. Die Rosenbergs wurden im McCarthy-Klima des antikommunistischen Kalten Krieges ermordet. Genauso findet die Verfolgung von Jamal im Zusammenhang mit Präsident Clintons Kampagne statt, die grundlegenden Rechte der gesamten Bevölkerung einzuschränken und alle Sozialleistungen anzugreifen, was insbesondere die schwarze Ghetto-Bevölkerung trifft.

Jamals Fall ist zum Symbol geworden für alle, die gegen diese ganzen rassistischen Angriffe kämpfen wollen. Im Februar und März haben das PDC und seine Schwesterorganisationen (in Deutschland das Komitee für soziale Verteidigung) weltweit Demonstrationen und Kundgebungen organisiert, die wachsende Unterstützung von Organisationen der jeweiligen Minderheiten, der Immigranten und der Arbeiterbewegung erhielten. Seit Februar wurden fast 20 000 Dollar für seine rechtliche Verteidigung gesammelt.

In ganz Europa ist Jamals Fall von Gewerkschaftern, Gruppen von Überlebenden des Holocaust, Jugendlichen und Immigranten aufgegriffen worden, die im Kampf für Jamal den Kampf gegen die rassistischen Kräfte und gegen ihre eigene Unterdrückung sehen, die durch die kapitalistische Konterrevolution massiv verschärft wurde. Die rapide anwachsende Unterstützung aus der organisierten Arbeiterbewegung ist besonders wichtig, um den Kampf für Jamals Leben mit den aktuellen Kämpfen außerhalb der Gefängnismauern zu verbinden.

Lynchmob wütet

In einer bewegenden Erklärung an seine Unterstützer, die sich zur Pressekonferenz und zur Kundgebung am 5. Juni vor der City Hall von Philadelphia versammelt hatten, wies Jamal darauf hin, daß Ridge den Hinrichtungsbefehl unterschrieben hatte, obwohl er wußte, daß Jamals Anwälte

für den 5. Juni einen Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens vorbereiteten. „Jeder im Staat Pennsylvania wußte, daß wir am Montag kommen", um die Anträge einzureichen. Die Aktion von Ridge „war eindeutig politisch. *ET* steht auf Abruf bereit für diejenigen, die nach meinem Blut schreien."

Die Polizei-Bruderschaft (FOP) von Philadelphia setzt alles daran, Jamals Hinrichtung durchzudrücken. Anläßlich der Veröffentlichung von Jamals neuem Buch *Live from Death Row* hat die FOP ihre wütende Kampagne für das legale Lynchen dieses machtvollen Sprechers für die Unterdrückten verschärft. Sie will die Tausenden und Abertausenden, die ihre Stimme zu seiner Rettung erhoben haben, einschüchtern. Addison-Wesley, der Verlag, der *Live from Death Row* herausgibt, ist zur Zielscheibe der FOP geworden: so ließ diese ein Flugzeug über dem Verlagsgebäude kreisen, das ein zehn Meter langes Banner hinter sich herzog, auf dem stand: „Addison-Wesley unterstützt verurteilten Polizistenmörder". Die letzte Scheußlichkeit ist, daß Jamal eine Disziplinarstrafe erhalten hat unter dem Vorwurf der „Verschwörung" mit seinen Anwälten und Unterstützern zur Veröffentlichung des Buches.

Der Versuch gestiefelter FOP-Schläger in Uniform, das Buch zu verbieten, unterstreicht die zentrale Wahrheit: *Sie wollen Jamals Ansichten einkerkern und den Autor umbringen.* Wie die Schriftsteller Salman Rushdie und Taslima Nasrin, deren befreiende Ansichten diejenigen bedrohen, denen eine unterdrückerische Gesellschaft nützt, ist Mumia Abu-Jamal verurteilt worden zu sterben, weil seine Ansichten, sein Mut und seine Menschlichkeit die Herrscher dieses gesamten Systems der Ungerechtigkeit bedrohen. Jamal ist zum Brennpunkt des umfassenderen Kampfes gegen die rassistische Todesstrafe geworden, und genau deshalb versuchen die Kräfte des Todes, ihn zu verleumden. Sie wollen, daß die Öffentlichkeit die beinahe 3000 Gefangenen in den Todeszellen als namenlose, gesichtslose „Scheusale" fürchtet und verabscheut — und Jamals wortgewandte,


Siyahlara yönelik önyargılar ABD'de bir adli cinayete daha yol açıyor. Mumia Abu Jamal ölümle yüzyüze

ABD'li siyah gazeteci idamı bekliyor

Sessizlerin Sesi

KARA PANTERLER: YOKSUL

Siyah gazeteciye ABD'de idam

1981'de polisin giriştiği yargısız infaz sırasında bir polisi öldürdüğü gerekçesiyle idama mahkum edilen gazeteci Ebu Cemal'in cezası onaylandı. İnfaz 17 Ağustos'ta

Evrensel und yeni politika über Jamals Fall

einfühlsame Schriften entlarven diese Lüge.

Wenn wir auch jede rechtliche Möglichkeit ausschöpfen, die uns zur Verfügung steht, um Jamals Leben zu retten, so können wir als Kämpfer für die Abschaffung der Todesstrafe nicht Gerechtigkeit durch die kapitalistischen Gerichte erwarten. Wir müssen uns auf die enorme Macht des sozialen Protestes stützen und diesen organisieren, um Jamal zu retten. Wenn es nicht die Massenmobilisierungen gegen die Jim-Crow-„Justiz" gegeben hätte, wären die Scottsboro Boys für ein Verbrechen hingerichtet worden, das sie nicht begangen hatten.

Von Berlin bis Sydney: Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

Bei den größten Protestdemonstrationen gegen die Todesstrafe, die es in den USA seit Jahrzehnten gegeben hat,

Fortgesetzt auf Seite 14

Mobilisiert zur nationalen Demonstration in Berlin!

Samstag, 22. Juli, 12.00 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz



Das KfsV ruft auf zur Demonstration am 22. Juli in Berlin, die von der Roten Hilfe, der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation und vielen antirassistischen Gruppen organisiert wird. Macht sie zum Massenprotest gegen die drohende Hinrichtung!

Organisiert Proteste! Verabschiedet Resolutionen in eurer Gewerkschaft, in der Schule, an der Uni und in Stadtteilorganisationen. Schickt Protestbriefe an: Governor Tom Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, USA.

Schließt euch der Kampagne an, Jamal zu retten! Bestellt beim KfsV Protest-Petitionen an Gouverneur Ridge, Informationsmaterial, Flugblätter, DIN-A2-Plakate (DM 5,-), das Video zum Ausleihen: „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal" (25 Minuten, DM 15,— Schutzgebühr; auch erhältlich von: Kampagne Abu Jamal, c/o Archiv 92, Postfach 150323, 28093 Bremen).

Spendet großzügig für Jamals Rechtsverteidigung! Einen neuen Prozeß zu erlangen und das Todesurteil abzuwehren, könnte über eine Million DM kosten. Spendet noch heute für seine Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000, Stichwort „Jamal".

Schreibt Jamal, um eure Solidarität zu zeigen: Mumia Abu-Jamal, AM8335, SCI Greene, 1040 E, Roy Furman Highway, Waynesburg, PA 15370-8090.

Kontakt: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 0750, 10507 Berlin, Telefon: (030)4439401.

Rettet Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 13

gingen dort und in rund 35 Städten weltweit Tausende auf die Straße, um zu verlangen, daß Jamal nicht hingerichtet wird.

• Philadelphia: Etwa 600 Unterstützer von Jamal füllten den Platz vor Philadelphias City Hall wegen einer Pressekonferenz, die von den „Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal" in Verbindung mit der Einreichung des Antrags auf die Wiederaufnahme von Jamals Verfahren am 5. Juni organisiert worden war.

• New York: Vier Stunden später marschierten mehr als 1000 Demonstranten mit dem Schlag einer Trommel und umringten New Yorks Madison Square Garden. Obwohl ein Polizeiaufmarsch die Demonstranten daran hinderte, Megaphone zu benutzen, konnte man die Rufe: „Freiheit für Mumia! Freiheit für Mumia!" mehrere Häuserblocks weit hören. Ein vorbeifahrender LKW-Fahrer, der aus Solidarität hupte, wurde angehalten und verhaftet.



Spartakist

Berlin, 7. Juni: Not-Demo für Jamal vor der US-Botschaft

• Oakland, Kalifornien: Mehr als 500 wütende Demonstranten versammelten sich in der Innenstadt von Oakland und forderten: „Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!" Der nationale Präsident der Gewerkschaft ILWU (Hafenarbeitergewerkschaft), Brian McWilliams, verschickte eine Nachricht, in der er die ILWU-Mitglieder aufforderte, sich an der Kundgebung zu beteiligen, und sprach selber bei der Kundgebung, wobei das Gewerkschaftsbanner auf der Rednerbühne wehte.

• Weitere Hunderte demonstrierten in Los Angeles, Chicago und Washington, D.C. Eine abendliche Kundgebung in Minneapolis am 3. Juni wurde gestört, als berittene Polizei die friedliche Menge von 200 Demonstranten angriff, Tränengas versprühte und elf Menschen verhaftete.

• Auf der Kundgebung in Boston, am Mahnmal für die mutigen schwarzen Soldaten des 54. Regiments von Massachusetts während des Bürgerkriegs, wurde eine Erklärung von Robert und Michael Meeropol, den Kindern von Julius und Ethel Rosenberg, verlesen:

> „Laßt euch nichts vormachen, die Antwort auf die Frage, ob so etwas wie der Fall unserer Eltern wieder geschehen könnte, ist ein schneidendes *Ja,* ausgesprochen vom Obersten Gerichtshof und dem neuen Gouverneur des Staates Pennsylvania...
> Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Wir dürfen uns nicht davon abschrecken lassen, Mumia zu verteidigen. Wir müssen dafür sorgen, daß *kein amerikanischer politischer Gefangener* das Schicksal von Ethel und Julius Rosenberg erleiden muß."

Die Todesstrafe verbindet die uralte Tradition der Folter mit der rücksichtslosen Maschinerie des modernen kapitalistischen Staates. Seit vor kurzem in Südafrika die Todesstrafe abgeschafft wurde, sind die USA heute die einzige westliche Macht, die das staatlich sanktionierte Abschlachten ihrer eigenen Bevölkerung betreibt. So wie frühere Bewegungen in Europa sich gegen die Sklaverei in Amerika gerichtet haben, kann man heute auf den Straßen von Berlin, Paris, London, Rom, Amsterdam, Tokio und anderswo in vielen Sprachen die Forderung hören: „Rettet Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!" Am 15. Juni verabschiedete das Europaparlament in Straßburg eine Resolution, die Gouverneur Ridge auffordert, Jamals Hinrichtung auszusetzen und eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu garantieren.

• In London demonstrierten am 8. Juni rund 150 Menschen vor der amerikanischen Botschaft. Jamals Kollegen in der National Union of Journalists beteiligten sich aktiv am Kampf für die „Stimme der Entrechteten", und der nationale Sekretär der NUJ sprach bei der Demonstration am 8. Juni in London, ebenso Vertreter anderer Gewerkschaften und aus einem sehr breiten Spektrum sozialistischer Gruppen. Jeremy Corbyn, ein Parlamentsmitglied der Labour Party, redete auf der Kundgebung.

• In Berlin demonstrierten am 7. Juni etwa 300 Menschen vor der US-Botschaft und forderten: „Rettet Mumia Abu-Jamal!" Die Fachgruppe Journalismus der IG Medien Berlin-Brandenburg hatte bereits zu Beginn dieses Jahres Jamal zum Ehrenvorstandsmitglied gewählt; der Landesbezirksjugendausschuß verbreitete den Demonstrationsaufruf des KfsV mit seiner Unterschrift als Gewerkschaft. Die türkisch/kurdisch/deutsche Jugendgruppe B259 entfaltete ein großes Banner mit einem schwarzem Panther, auf dem stand: „Freiheit für Mumia Abu-Jamal". Zu den Rednern gehörten PDS-Abgeordnete und Studentcnführer, und es wurde eine Erklärung des Vize-Präsidenten des Internationalen Auschwitz-Komitees verlesen. Am 9. Juni marschierten wieder 300 Menschen von der Humboldt-Universität zur US-Botschaft.

• Zu einer Protestkundgebung am 6. Juni vor dem US-Konsulat in Vancouver, British Columbia, hatte die kanadische Gewerkschaft der Postarbeiter massiv mobilisiert, die sich auch an der Kundgebung in Toronto beteiligte. In Australien gab es am 7. Juni eine Demonstration in Sydney und am folgenden Tag eine in Melbourne. Rund hundert Menschen demonstrierten am 8. Juni in Paris vor dem amerikanischen Konsulat. Eine Stellungnahme der CGT-Hafenarbeitergewerkschaft von Marseiiles wurde verlesen, in der es heißt: „Die Hafenarbeiter des Hafens von Marseiiles lieben die Freiheit und das Leben zu sehr, als daß sie schweigen könnten angesichts der rassistischen Ungerechtigkeit und der bedrückenden Stille der Todesstrafe!" Im Juni gab es mehrere Demonstrationen und Proteste in Amsterdam.

• In ganz Italien sind Städte mit Plakaten übersät, auf denen Mumias Freiheit gefordert wird. Eine nationale Demonstration am 24. Juni in Rom wurde zu einem offiziellen Teil eines großen Arbeiterprotests gegen Rentenkürzungen am selben Tag. Demonstranten im Jamal-Block riefen „Freiheit für Mumia Abu-Jamal!", „Freiheit für alle Genossen im Gefängnis!" und „Freiheit für alle Kommunisten!" Als Jamals Unterstützer sich mit der größeren Kundgebung zusammenschlössen, wurde in der Nähe des offiziellen Podiums ein Banner aufgestellt, das aufrief: „Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal! Nein zur rassistischen Todesstrafe!", unterschrieben vom Comitato di difesa sociale e

proletaria, einer hrüderlieh mit dem KfsV verbundenen Organisation. Nachdem ein Sprecher vom Mumia-Block aus Neapel zu Jamals Freiheit aufgerufen hatte, sagte einer der Redner auf der offiziellen Plattform: „Ich denke, daß ich mit Sicherheit sagen kann, daß alle von uns hier unsere Solidarität mit Mumia Ahu-Jamal ausdrücken wollen, daß wir alle Mumia Abu-.Iamal verteidigen. Stimmt ihr zu?" Die 60 000 his 70 000 Arbeiter am Platz stimmten diesem Vorschlag lautstark einstimmig zu, und sie haben damit offiziell diese Demonstration in die Reihe derjenigen eingefügt, die Jamal verteidigen.

Stoppt das rassistische legale Lynchen

Die Todesstrafe ist institutionalisierter rassistischer Mord. Sie repräsentiert das Erbe der Sklaverei — das legale Lynchen —, eine Fortsetzung der Ideologie, die behauptet, daß schwarze Menschen keine Menschen seien und ungestraft getötet werden könnten. Wie Jamal im angesehenen *Yale Law Journal* geschrieben hat: „Man findet in den Todeszellen eine schwärzere Welt. Afrikanische Amerikaner, ganze 12 Prozent der Cïesamtbevolkerung, stellen rund 40 Prozent der Insassen der Todeszellen." Mehr als 80 Prozent derjenigen, die aus Jamals Philadelphia in die Todes/eile geschickt wurden, sind Schwarze, etwa *ein Drittel derjenigen, die aus Philadelphia dorthin geschickt wurden, von ... Richter Sabo,* früher 16 Jahre lang Hilfs-Sheriff und ein Mitglied der Polizeibruderschaft.

1987 gab der Oberste Gerichtshof der USA im Fall McCleskcy kontra Kemp die überwiegend rassistische Voreingenommenheit bei der Anwendung der Todesstrafe zu, aber argumentierte, daß *dies egal sei,* denn „wenn man [dies] logisch zu Ende denkt, stellt es die Prinzipien, die unserem Strafsystem zugrundeliegen, ernsthaft in Frage".

Staatliche Hinrichtungen sind ein gesellschaftlicher Akt, der die ganze Bevölkerung einschüchtern und brutal behandeln soll. Die rassistische Todesstrafe geht Hand in Hand mit dem außergesetzlichen Terror des Ku Klux Klan und den Todesschüssen der Bullen auf der Straße, um Schwarzen zu zeigen, „wo ihr Platz ist". Der Kampf zur Abschaffung der Todesstrafe ist Teil des historischen Kampfes für die Gleichstellung der Schwarzen in Amerika.

Bei jedem Kampf um soziale Gerechtigkeit ist es wesentlich, einen kristallklaren Blick dafür zu haben, wer Freund und wer Feind ist. Das Partisan Defense Committee ist in diese Richtung vorangegangen und hat Einheits front-Ver*leidigangsaktionen* mit breiter Unterstützung organisiert. Wir verabscheuen die Unterdrückung irgendwelcher politischen Ansichten, um dadurch eine „Einheit" auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu erreichen. Im Rahmen des Kampfes für Jamal kann und muß es offene politische Diskussionen und Debatten geben. Doch *es gibt bei einem Kampf für Gerechtigkeit keinen Platz für Bullen, die in der Frontlinie dieses gesamten Systems des rassistschen Terrors stehen.* Leider war einer der Sprecher bei der Pressekonferenz vom 5. Juni Ron Hampton von der National Black Police Officer's Association, die sich vor kurzem in einem Brief gegen Jamals Hinrichtung aussprach. Was auch immer ihre persönlichen Gefühle über die Todesstrafe sein mögen, diese schwarzen Bullen sind genauso Teil der blutigen Terrormaschine der Kapitalisten wie die weißen rassistischen Schläger — ihre Brüder in Uniform. Als Sprecher für das PDC protestierte Ed Jarvis gegen die Anwesenheit dieses Bullen und stellte fest:

> „Dieses legale Lynchen ist die eine Seite des legalen Lynchens, das jeden Tag gegen Schwarze, gegen Werktätige stattfindet, durchgeführt sowohl von schwarzen als auch von weißen Bullen auf den Straßen jeder größeren Stadt dieses Landes...
>
> Reagans FBI-Leute bombardierten 1985 in Zusammenarbeit mit dem schwarzen demokratischen Bürgermeister Goode das Haus von MOVE und töteten dabei elf Menschen, darunter kleine Kinder, Babys. Clintons Bundespolizisten verursachten den Feuertod von beinahe 100 Menschen in Waco, darunter Kinder. Und nachdem die Faschisten in Oklahoma eine tödliche Bombe hochgehen ließen, ergriff die Clinton-Administration diese Gelegenheit als eine Chance, antiarabischen Rassismus zu verbreiten, als eine Chance, die Kampagne zur Abschaffung der demokratischen Rechte der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung voranzutreiben...
>
> Es ist an der Zeit, den legalen Lynch-Mobs entgegenzutreten. Es ist an der Zeit, den Streikbrechern entgegenzutreten. Es ist an der Zeit, die Regime der demokratischen und der republikanischen Partei zu stoppen, die mit diesen Mitteln Arbeiter und Arme unterdrückt haben. Es ist an der Zeit, eine Arbeiterpartei aufzubauen. Es ist an der Zeit, Mumia Abu-Jamal zu retten. Weg mit der Todesstrafe. Führt den Bürgerkrieg zu Ende!«

BSA...

Fortsetzung von Seite 8

Socialist Workers Party lahmzulegen. Die SWP war eine Zielscheibe des mörderischen „COINTELPRO-Programms" des FBI. FBI-Agenten brachen bei ihr ein, installierten Wanzen und schikanierten SWP-Mitglieder. In den 70er Jahren und später beschuldigten Healy und seine North-Lakaien in skandalöser Weise Joseph Hansen, der Trotzkis persönlicher Sekretär und später ein Führer der SWP war, bei Trotzkis Ermordung sowohl ein Komplize der GPU als auch des FBI gewesen zu sein. Diese Broschüre lag bei der Vortragsreihe des BSA an der Humboldt-Uni zum Verkauf aus! Damit unterstützen die North-Anhänger die Version der stalinistischen Lüge, Trotzki sei von einem „seiner eigenen Leute" ermordet worden.

Aber die Geschichte des „Internationalen Komitees" (IK) ist sogar noch finsterer: Sie haben nicht nur jedes antisowjetische Regime bejubelt, sondern unter ihrem Führer Gerry Healy unterstützten sie jahrelang arabische Nationalisten wie Ghaddafi und Saddam Hussein. 1979 landeten sie dabei, die Ermordung von 21 irakischen Kommunisten durch das Baath-Regime als Schlag gegen die „konterrevolutionären stalinistischen" Agenten Moskaus zu begrüßen! Für diese schmutzigen Dienste nahmen sie zumindest von 1976 an über eine Million britische Pfund von bürgerlichen arabischen Regimen. Jetzt wollen North und Rippert zwar behaupten, daß sie sich mit dem Ausschluß von Healy 1985 von ihrer Geschichte losgesagt hätten. Aber North war mit eben diesem Healy in der Führung des IK, und die schmutzige Geldgeschichte kam erst an die Öffentlichkeit, als der Geldhahn versiegt war. Diese Organisation ist genau das, was Lenin als „politische Banditen" beschrieben hat. Wir wissen, daß sie zu allem fähig sind; sie würden praktisch für jeden arbeiten, und vielleicht tun sie es auch. Und mit ihrer Anbiederung an antikommunistische Kräfte bleiben die North-Anhänger sogar dann, wenn es die Sowjetunion gar nicht mehr gibt, antisowjetisch „durch und durch".

Jedenfalls zog ihre Mär von der stalinistischen SpAD nicht. Der überwiegende Teil der Besucher, Studenten und PDSler, hörten aufmerksam den Argumenten der Spartakisten über trotzkistische Politik zu. Viele kauften unsere Literatur und abonnierten *Spartakist.* Unsere Zusammenstellungen von Artikeln über diese Gruppe gingen fast weg wie warme Semmeln. Wer mehr erfahren will: Bestellt das Paket zum BSA für DM 2,— über die Redaktionsadresse.«

Südafrikanische Gewerkschaften schließen sich Kampagne für Jamal an

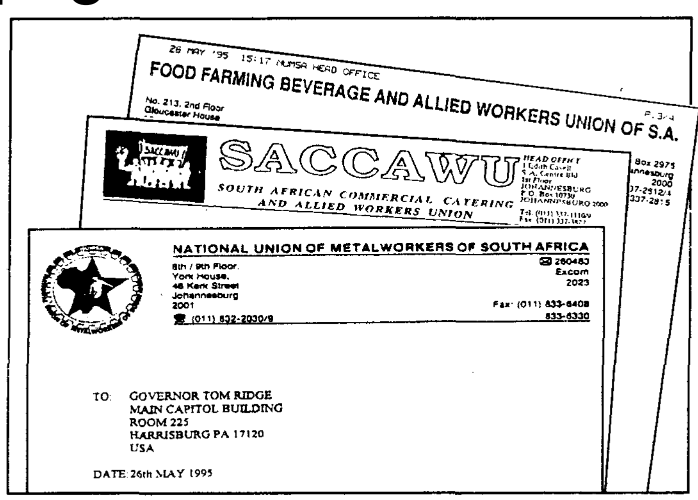
Die Kampagne zur Rettung von Mumia Abu-Jamal hat in Südafrika große Resonanz gefunden. Tausende von schwarzen Gewerkschaftern und Anti-Apartheid-Kämpfern haben lebendige Erinnerungen an die rassistischen Gefängnisse und die Bedrohung durch den Galgen, der Hunderten von politischen Gefangenen den Tod gebracht hat. In den letzten Wochen haben zahlreiche südafrikanische Gewerkschaften und der Congress of South African Trade Unions (COSATU), der überwiegend schwarze Gewerkschaftsdachverband, Dringlichkeitsappelle zur Rettung von Jamals Leben veröffentlicht. Als am 19. Juni ein Vertreter des Partisan Défense Committee bei einer von der COSATU organisierten Versammlung in Johannesburg redete, griffen die 15 000 Arbeiter enthusiastisch die Losung „Rettet Mumia Abu-Jamal!" auf.

Der Generalsekretär des African National Congress (ANC), M. C. Ramaphosa, schickte sofort am 2. Juni einen Protestbrief an Pennsylvanias Gouverneur Ridge, in dem er verlangte, Jamals Todesurteil umzuwandeln, und eine Wiederaufnahme des Verfahrens forderte. Im Brief von COSATU heißt es, der Gewerkschaftsdachverband,

> „der eineinhalb Millionen Mitglieder vertritt, möchte seine ernste Besorgnis über das Todesurteil, das gegen den Journalisten Mumia Abu-Jamal verhängt wurde, zum Ausdruck bringen... Unsere Organisation hat gegen alle Formen von Rassismus, Unterdrückung und den Einsatz der Todesstrafe, um politische Aktivisten zum Schweigen zu bringen, gekämpft. Wir lehnen daher die Todesstrafe sowohl aus ideologischen als auch aus humanitären Gründen vehement ab."

Am 6. Juni schaffte das Verfassungsgericht in Kapstadt bei seiner ersten wichtigen Entscheidung die Todesstrafe ab und erklärte sie für verfassungswidrig. Jahrelang hieß Pretoria „Henkershauptstadt der Welt". Nach Angaben der Johannesburger Zeitschrift *New Nation* (17. Februar) wurden zwischen 1979 und 1989 in Südafrika mindestens 1212 Menschen gehenkt. Anfang der 80er Jahre wurden streikende Eisenbahnarbeiter der Gewerkschaft SARHWU hingerichtet. Die Hinrichtungen erreichten einen Höhepunkt während der Township-Revolten von 1983 — 87.

Mehrere wichtige südafrikanische Gewerkschaften haben sich in die wachsende Zahl von Arbeiterorganisationen in der ganzen Welt eingereiht, die sich dem Kampf angeschlossen haben, das Leben von Amerikas einzigem politischen Gefangenen in der Todeszelle zu retten. Wie die IG Medien in Deutschland machte die südafrikanische Journalistengewerkschaft Jamal zum Ehrenmitglied. Zu diesen Organisationen gehören die South African Commercial Catering and Allied Workers Union (SACCAWU), die Food Farming Beverage and Allied Workers' Union (FFBAWU), die Turning Wheel Workers Union, die Steel Mining and Commercial Workers Union (STEMCWU), die Transport and General Workers Union (TGWU) und die National Union of Metalworkers (NUMSA).


26 MAY '95 15:17 NUMSA HEAD OFFICE

FOOD FARMING BEVERAGE AND ALLIED WORKERS UNION OF S.A.

No. 213, 2nd Floor
Gloucester House

SACCAWU

SOUTH AFRICAN COMMERCIAL CATERING AND ALLIED WORKERS UNION

NATIONAL UNION OF METALWORKERS OF SOUTH AFRICA

8th / 9th Floor,
York House,
46 Kerk Street
Johannesburg
2001
(011) 832-2030/9

260483
Excom
2023

Fax: (011) 833-6408
833-6330

TO: GOVERNOR TOM RIDGE
MAIN CAPITOL BUILDING
ROOM 225
HARRISBURG PA 17120
USA

DATE: 26th MAY 1995

Die mächtige Metallarbeitergewerkschaft, die Gewerkschaften für das Gastronomiegewerbe und für Lebensmittel- und Landarbeiter beteiligen sich am Kampf

Die NUMSA, die die kämpferischen Autoarbeiter von Port Elizabeth bis Durban und Johannesburg organisiert, steht genau im Zentrum der Macht des südafrikanischen schwarzen Proletariats. Der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende Moses Mayekiso, der jetzt Mitglied des Parlaments ist, war selbst von der Todesstrafe bedroht, als er als einer der „Alexandra Five" im Gefängnis saß. Mayekiso und seine Genossen wurden zum Teil durch eine internationale Kampagne befreit.

Auch eine Reihe sozialistischer Organisationen haben sieh dem Kampf angeschlossen. Im letzten September schrieb die Workers Organisation for Socialist Action (WOSA), daß sie und die Workers' List Party „die sofortige Abschaffung der rassistischen und barbarischen Todesstrafe und ... zumindest ein neues Verfahren fordern". Am 12. Juni schickte die Südafrikanische Kommunistische Partei einen Protestbrief. Und die New Unity Movement schrieb an das PDC, daß ihre Genossen über die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls „empört und entsetzt" sind.

In den mächtigen Klassenschlachten, in denen die südafrikanischen schwarzen Gewerkschaften geschmiedet wurden, setzte sich das. schwarze Proletariat an die Spitze des Anti-Apartheid-Kampfes. Es war ihr soziales Gewicht, das das Regime weißer Vorherrschaft ins Wanken brachte. Die schwarzen Arbeiter Südafrikas kämpfen immer noch darum, ihre Freiheit von rassistischer Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung zu erlangen. Von Südafrika bis zu den USA ist die Kampagne gegen die rassistische Todesstrafe ein Teil des Kampfes, die unterdrückerischen Ketten des kapitalistischen Systems durch die internationale Arbeiterrevolution zu sprengen.«

300 fordern in Leipzig: Stoppt die Hinrichtung

Gegen die drohende Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal protestierten am 19. Juni vor dem US-Konsulat in Leipzig 300 Demonstranten. Dazu aufgerufen hatten unter anderen der PDS-Stadtvorstand Leipzig, der Studentinnenrat der Marlin-Lulher-Unirersität Halle (StuRa), der auch die Fahrt für Studenten aus Halle organisierte und bezahlte, und der Landesbezirk Südost der IG Medien. Die Autonomen beteiligten sich an der Demo, zusammen mit vielen Schülern und auch älteren Menschen. Die Redebeilrage drückten das breite Spektrum der Kundgebungsteilnehmer aus. Wir drucken nachfolgend Auszüge aus dem KfsV-Beitrag von Janis Carnet ab.



Spartakist

„Rettet Mumia Abu-Jamal" forderten Hunderte in Leipzig

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Wir sind heute aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichen politischen Meinungen hierhergekommen. Wir bauen hier für alle Opfer der barbarischen Todesstrafe eine Tribüne. Und das ist genau, was Mumia will.

Staatliche Hinrichtungen sollen die gesamte Bevölkerung einschüchtern und terrorisieren. Die Todesstrafe geht Hand in Hand mit dem Terror des Ku Klux Klan und dem Bullenterror auf der Straße gegen schwarze Menschen. Der Kampf gegen das legale Lynchen ist ein Teil des Kampfes für Gleichheit.

Heute gibt es in Deutschland keine offizielle Todesstrafe. Aber wir denken an die Gefangenen der RAF und an Wolfgang Grams und an den Antifaschisten Hans Bögelein, der hier in Leipzig begraben ist. Wieviele Kurden, türkische Linke und Sinti und Roma wurden durch Abschiebung zum Tode verurteilt?

Die gleichen Leute, die in den USA nach der Todesstrafe rufen, versammeln sich vor Kliniken und greifen Frauen an, die einen Schwangerschaftsabbruch bekommen möchten. Bisher wurden drei Ärzte von solchen Leuten erschossen.

Im Mai '85 reichten sich Reagan und Kohl die Hände - über SS-Gräbern in Bitburg. Eine Woche später bombardierte die Polizei in Philadelphia die schwarze MOVE-Gemeinschaft. Elf Menschen, darunter fünf Kinder, verbrannten zu Tode. Die Verbrecher sind Polizei und Staat. Obwohl wir für die beste rechtliche Verteidigung für Mumia kämpfen, haben wir kein Vertrauen in die bürgerliche Justiz! Unser Vertrauen gilt der internationalen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften, die weltweit Mumia unterstützen, vertreten Millionen von Arbeitern. Die haben die soziale Macht, das kapitalistische System international abzuschaffen.

Der Landesbezirk der IG Medien hat diese Demo unterstützt. Hafenarbeiter in Hamburg haben ein Extrablatt veröffentlicht mit der Überschrift „Rettet Mumia Abu-Jamal". So muß es weitergehen und noch viel stärker werden. Gouverneur Ridge hat innerhalb von ein paar Tagen nach dem Hinrichtungsbefehl 20 000 Proteste bekommen, er ändert seine Telefon- und Faxnummer täglich. Mumia sagt über Ridge: „Er tanzt nach der Pfeife derjenigen, die nach meinem Blut schreien."

Mumia braucht jeden von euch, aber besonders die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, und wir müssen diese Macht jetzt benutzen. Wie Mumia selbst sagt: „Es ist die Zeit für direkte Aktion. Für Massenaktion." Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!«

Markus Wolf setzt sich für Jamal ein

Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

Angesichts des vom Gouverneur des Staates Pennsylvania festgelegten Hinrichtungsdatums auf den 17. August schließe ich mich den Protesten aus aller Welt gegen die Vollstreckung des aus politischen Gründen in einem umstrittenen Prozeß gefällten Todesurteils an.

Noch vor der Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland und der Verfolgung unserer Familie erklärten meine Eltern die Bedeutung der Solidarität am Beispiel des Unrechts, das den Italienern Sacco und Vanzetti in den USA widerfahren ist. Internationaler Solidarität hatten wir unser Leben während der Naziherrschaft und des Holocaust zu verdanken. Kurz vor seinem Tode 1953 protestierte mein Vater Friedrich Wolf gegen die Hinrichtung von Ethel und Julius Rosenberg auf dem elektrischen Stuhl. Den Wert der internationalen Solidarität, auch aus den USA, habe ich selbst bis in die jüngste Zeit erfahren.

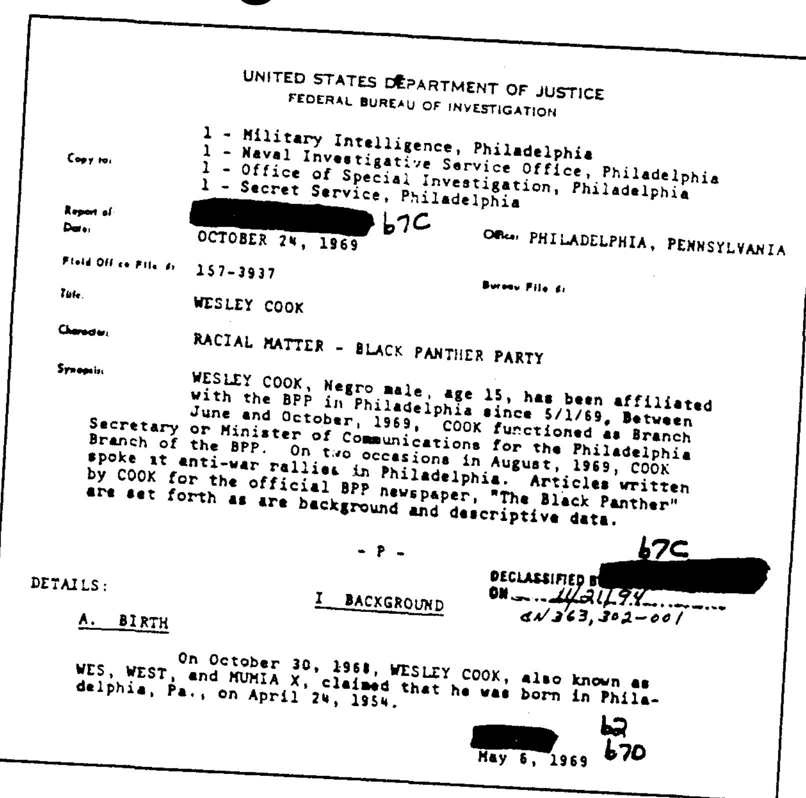
Darum bitte ich jeden einzelnen, dem Unrecht widerfahren ist oder der um sein Recht kämpft, sich der Forderung, das Leben Mumia Abu-Jamals zu retten, anzuschließen. Im weltweiten Protest sind noch zu wenige deutsche Stimmen zu hören. Jeden Gegner der Todesstrafe in Deutschland bitte ich um seine Stimme, alle, die in diesen Wochen der Befreiung der Konzentrationslager und der Opfer der Nazibarbarei gedachten, bitte ich um ihre Stimmen, alle Frauen und Männer, die das Recht auf Leben für das erste der Menschenrechte halten, die den Ruf zur Verleihung des Nobelpreises für die russischen Soldatenmütter so eindrucksvoll unterstützen, die um das Leben ihrer Söhne kämpfen, bitte ich, das Leben des schwarzen amerikanischen Journalisten zu verteidigen!

Mumia Abu-Jamal muß leben!

Markus Wolf
Berlin, den 4. Juni 1995

COINTELPRO-Akten des FBI beweisen:

Mumia mit 15 für vogelfrei erklärt



UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
FEDERAL BUREAU OF INVESTIGATION

Copy to: 1 - Military Intelligence, Philadelphia
1 - Naval Investigative Service Office, Philadelphia
1 - Office of Special Investigation, Philadelphia
1 - Secret Service, Philadelphia

Report of: [geschwärzt] b7C

Date: OCTOBER 24, 1969

Office: PHILADELPHIA, PENNSYLVANIA

Field Office File #: 157-3937

Bureau File #:

Title: WESLEY COOK

Character: RACIAL MATTER - BLACK PANTHER PARTY

Synopsis: WESLEY COOK, Negro male, age 15, has been affiliated with the BPP in Philadelphia since 5/1/69. Between June and October, 1969, COOK functioned as Branch Secretary or Minister of Communications for the Philadelphia Branch of the BPP. On two occasions in August, 1969, COOK spoke at anti-war rallies in Philadelphia. Articles written by COOK for the official BPP newspaper, "The Black Panther" are set forth as are background and descriptive data.

- P -

b7C

DECLASSIFIED BY [geschwärzt] ON 11/21/94
4N363,302-001

DETAILS:

I BACKGROUND

A. BIRTH

On October 30, 1968, WESLEY COOK, also known as WES, WEST, and MUMIA X, claimed that he was born in Philadelphia, Pa., on April 24, 1954.

[geschwärzt] b2 b7D
May 6, 1969

COINTELPRO-Akten des FBI beweisen, daß Mumia Abu-Jamal bereits im Alter von 15 Jahren Zielscheibe der mörderischen Kampagne war, sobald er Aktivist der Black Panther Party wurde

Während der politische Gefangene Mumia Abu-Jamal in der Todeszelle im „Supermax"-Hochsicherheitstrakt von Greene in Pennsylvania um sein Leben kämpft, forcieren die Polizeibruderschaft (FOP) von Philadelphia und ihre Verbündeten in Regierung und Medien ihre blutrünstige Kampagne, diesen machtvollen Sprecher für die Unterdrückten hinzurichten. Gouverneur Tom Ridge hat seit seinem Amtsantritt im Januar in fieberhaftem Tempo Todesurteile unterzeichnet, und die Bullen und ihre Sprachrohre schrien danach, auf seiner Liste Jamal an die erste Stelle zu setzen. Ridge erfüllte mit der Unterzeichnung von Jamals Hinrichtungsbefehl am 1. Juni sein blutiges Wahlkampfversprechen. Man will die vielen Tausenden Stimmen in der ganzen Welt übertönen, die fordern: „Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!" Dazu hat man in den letzten Wochen ein zynisches Sperrfeuer von Propaganda mit dem Ziel inszeniert, diesen einfühlsamen und ausdrucksfähigen Schwarzen als brutalen „Polizistenmörder" hinzustellen. Es spielt keine Rolle, daß Jamal an dem Verbrechen unschuldig ist, für das er zum Tode verurteilt wurde, nämlich die Ermordung eines Bullen von Philadelphia im Dezember 1981. *Dieser Lynchmob will Jamal tot sehen, weil er für die Emanzipation der Schwarzen eintritt.*

Das Todesurteil wurde gegen Mumia Abu-Jamal verhängt, lange bevor er jemals in einem Gerichtssaal erschien. Im Alter von 14 Jahren wurde er 1968 in Philadelphia von rassistischen Schlägern, darunter Bullen, brutal verprügelt — und dann verhaftet —, weil er es gewagt hatte, bei einem Wahlkampfauftritt des Dixiekraten George Wallace zu protestieren, der für die rassistische Trennung von Schwarzen und Weißen eintrat. Im gleichen Jahr erklärte der fanatische FBI-Chef J. Edgar Hoover: „Den Negerjugendlichen und Gemäßigten muß zu verstehen gegeben werden, daß sie, wenn sie revolutionären Lehren erliegen, tote Revolutionäre sein werden." Von dem Augenblick an, als der junge Mumia Abu-Jamal (damals hieß er Wesley Cook) der Black Panther Party (BPP) beitrat, die die Hauptzielschiebe von Hoovers berüchtigtem „Gegenspionage-Programm" (COINTELPRO) war, wurde er in den Augen des FBI und der Philadelphia-Bullen zu einem Toten auf Urlaub. Wie das Partisan Défense Committee in einer Sonderausgabe von *Class Struggle Defense Notes* (Nr. 10, April 1989) zur Jamal-Kampagne schrieb:

> „Das Todesurteil gegen Mumia ist der lange Arm des COINTELPRO-Terrors, der bis in den Gerichtssaal reicht. Diesmal kriegten sie ihn. Mumia ist aufgrund seiner politischen Überzeugungen, aufgrund dessen, was er schrieb, aufgrund dessen, was er sagte, aufgrund dessen, mit wem er sich .assoziierte' — und aufgrund dessen, wer er ist —, zum Tode verurteilt worden."

Der rassistische Rachefeldzug des Staates gegen Jamal ist jetzt durch 700 Seiten FBI-Akten bewiesen worden, die er vor kurzem erhielt, nachdem er fast drei Jahre darum gekämpft hatte. Auch wenn viele Textstellen geschwärzt und viele Dokumente gänzlich zurückgehalten wurden, machen diese Akten klar, daß das FBI und die Bullen den Auftrag hatten, jeden „schmutzigen Trick" aus ihrem Arsenal von außergesetzlichem Terror anzuwenden, um den Mann zum Schweigen zu bringen, der wegen seiner journalistischen Enthüllungen über rassistischen Bullenterror und rassistische Unterdrückung als die „Stimme der Entrechteten" bekannt werden sollte. Von dem Augenblick an, als der 15jährige Jamal als Sprecher der Black Panther Party auf der politischen Bühne von Philadelphia erschien, hatten ihn die Bullen, das FBI und wer weiß welche anderen Regierungsagenturen in ihrem Fadenkreuz. Diese Akten beweisen ohne den geringsten Zweifel das weitreichende Zusammenspiel zwischen dem FBI und der Polizei von Philadelphia — besonders ihrer Civil Disobedience Unit (CD-Einheit, Abteilung gegen Zivilen Ungehorsam) und ihrer (anti-roten) Spionageabteilung „red squads". Dieses erstreckte sich auf mindestens vier weitere Sicherheitsagenturen, darunter das Naval Investigative Service Office (Geheimdienst der Marine), der Military Intelligence (militärischer Nachrichtendienst), das Office of Spécial Investigation (Büro für Sonderermittlungen) und der Secret Service.

Die Regierung setzte ihre Wanzen, Informanten und Polizeispitzel ein und überwachte damit jeden Schritt des Teenagers Jamal. So verfolgte man ihn unaufhörlich bei Demonstrationen, Zeitungsverkäufen, politischen Veranstaltungen, Geldsarnmlungen — und sogar bei Picknicks. Man wußte, wann er die Stadt verlassen und wann er zurückkehren wollte, man fing ihn ab, wenn er ein Flugzeug bestieg, und führte eine „physische Beobachtung" bei seinen Rückflügen durch. Man verhörte Schulbeamte, nahm Kontakt zu seinen Bossen auf und schikanierte Jamals Mutter. Und die FBI-Akten sind nur die Spitze des Eisbergs. In den 60er und 70er Jahren führten die Philadelphia-Bullen ihre eigenen umfangreichen Akten — von denen keine zugänglich gemacht worden ist — über etwa *18000*

Menschen. Welche Geschichten erzählen diese Akten?

Selbst diese zensierten FBI-Akten zeigen, daß man Jamal für weit mehr als nur zur Beobachtung ins Visier nahm. Sein Name kam auf zwei Abschußlisten der Regierung: auf den FBI-Sicherheitsindex (SI) über diejenigen, die man für eine „Bedrohung" der „nationalen Sicherheit" hielt, und auf den Verwaltungsindex (ADEX) über diejenigen, die im Fall eines „nationalen Notstands" zusammengetrieben und in Konzentrationslager gesteckt werden sollten. Viele der Dokumente tragen den Aktenvermerk „Smith Act", das berüchtigte Gesetz über „Gedankenverbrechen", nach dem zuerst Trotzkisten und dann Mitglieder der Kommunistischen Partei wegen „Eintretens" für die Revolution ins Gefängnis geschickt wurden.

Die Akten beweisen, daß das FBI, Jahre bevor man Jamal den Tod eines Bullen aus Philadelphia in die Schuhe schob, wiederholt versucht hat, ihm Anklagen wegen schwerer Verbrechen — darunter auch Mord — anzuhängen, die jeder Grundlage entbehrten. Dies war S.O.P. (standard operating procedure [Standardverfahren]) im COINTELPRO-Krieg der Regierung gegen schwarze Militante, wobei das FBI seine Agenten anwies: Da der „Zweck ... eine Störaktion ist, ... ist es unwesentlich, ob Fakten existieren, die die Anklage untermauern" (Brian Glick, *War at Home* [Krieg im eigenen Eand], 1989). Die Lügen reichen vom Absurden — das den Akten beigelegte Foto ist nicht von Jamal — bis zum finsteren Absonderlichen. Als der Gouverneur der Bermuda-Inseln 1973 getötet wurde, versuchte das FBI, dieses Attentat mit Jamal in Verbindung zu bringen, der niemals auch nur irgendwo in der Nähe der Bermudas gewesen war. Man versuchte auch, ihn fälschlicherweise als einen „Stadtguerilla" mit Verbindungen zur Black Liberation Army (BLA, Schwarze Befreiungsarmee) hinzustellen, damit die Bullen ihn ermorden sollten, genauso wie sie es mit BLA-Führer Zayd Shakur taten.

Jamal wurde politisch mündig, als bei dem tödlichen FBI-Rachefeldzug 38 seiner Panther-Genossen erschossen und Hunderte weitere aufgrund fingierter Anklagen ins Gefängnis gesteckt wurden. Er selbst war eindeutig eine wichtige Zielscheibe bei diesem mörderischen Kreuzzug. In den Akten steht wiederholt, daß Mumia ein wirkungsvoller und wortgewandter Redner und Schreiber für die Zeitung *Black Panther* war, der „die BPP gut aussehen ließ, weil seine Herangehensweise sehr positiv war". Tatsächlich deutet nicht einer der Berichte, die über.Jamals Panther-Aktivitäten ständig ins FBI-Hauptquartier hereinströmten und von denen praktisch jede Woche einer erstellt wurde, darauf hin, daß er sich mit irgend etwas anderem befaßte als mit Reden und Schreiben für die Öffentlichkeit. Doch trotz des Eingeständnisses des FBI, daß Jamal „keinen Hang zu Gewalttätigkeit gezeigt hat" und in dieser ganzen Zeit intensiver Überwachung nicht einmal mit einer Schußwaffe gesehen wurde, stempelten ihn die Akten regelmäßig als „bewaffnet und gefährlich" ab — eine Lizenz für die Bullen und FBI-Agenten, erst zu schießen und dann zu fragen.

Und schließlich schössen sie ihn nieder, in der Nacht vom 9. Dezember 1981. Der anschließende Prozeß, die Verurteilung und das Todesurteil waren schlicht und einfach ein politisches Komplott — wie bei den Haymarket-Märtyrern, bei Sacco und Vanzetti, und bei den Rosenbergs —, der Höhepunkt jahrelanger Bemühungen, Jamal zu „neutralisieren". Um Jamal in die Todeszelle zu stecken, erzählte der Staatsanwalt Joseph McGill den fast ausschließlich weißen Geschworenen, Jamals Panther-Vergangenheit hätte gezeigt, daß er „damals schon" geplant habe, einen Bullen zu töten. Selbst in ihrer Skelettform enthüllen diese Dokumente, daß seit „damals schon" der Staat darauf aus ist, Jamal zu kriegen. Man kann in ihnen die Fäden sehen, die zu dem Komplott von 1982 führten, durch das Jamal in die Todeszelle geschickt wurde.

Rassistischer Rachefeldzug des FBI

Von 293 COINTELPRO-Operationen gegen schwarze Gruppen waren 233 gegen die Panthers gerichtet. Auf allen Regierungsebenen wurden riesige Mittel für das rücksichtslose Bemühen ausgegeben, diese Gruppe zu zerschlagen, die hartnäckig das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung gegen rassistischen Terror verkündete und mit ihrer revolutionären Rhetorik gegen das rassistische, kapitalistische System junge Militante anzog. Selbst bei all ihren Streichungen und Auslassungen geben die Akten über Jamal einen Einblick in das übermächtige Arsenal der staatlichen Repression, das gegen die Panther Party und ihre Mitglieder eingesetzt wurde.

Das FBI beschloß, über den jungen Jamal ein Dossier anzulegen, als er an einer Demonstration am 1. Mai 1969 vor dem Verwaltungsgebäude des Bundesstaats Pennsylvania teilnahm, die die Freiheit für den verhafteten BPP-Führer Huey Newton forderte. Von dem Tag an verfolgte ein ständiger Strom von „Airtels", „Nitels", Memoranden und Briefen zwischen dem FBI-Hauptquartier und seinen Agenten jeden politischen Schritt Mumias. Zum Beispiel findet man in einer typischen Zeitspanne von vier Wochen im Sommer 1969 in den FBI-Akten: ein Memorandum vom 11. August, in dem berichtet wird, daß Jamal auf einer Kundgebung zum Hiroshima-Tag in Philadelphia geredet habe; einen Bericht der CD-Einheit ebenfalls vom 11. August über die gleiche Kundgebung; zwei „Airtels" an den FBI-Direktor vom 14. August; eine „FBI-Notiz" vom 14. August; ein „Regierungs-Memorandum" vom 19. August wieder über die Kundgebung zum Hiroshima-Tag; und einen FBI-Bericht vom 4. September über eine Wahlkundgebung der Socialist Workers Party, wo Mumia „gegen die ‚Schweine' redete", gefolgt von einem Deckblatt vom 5. September, das speziell „Wesley Cook alias Wes Mumia" identifizierte.

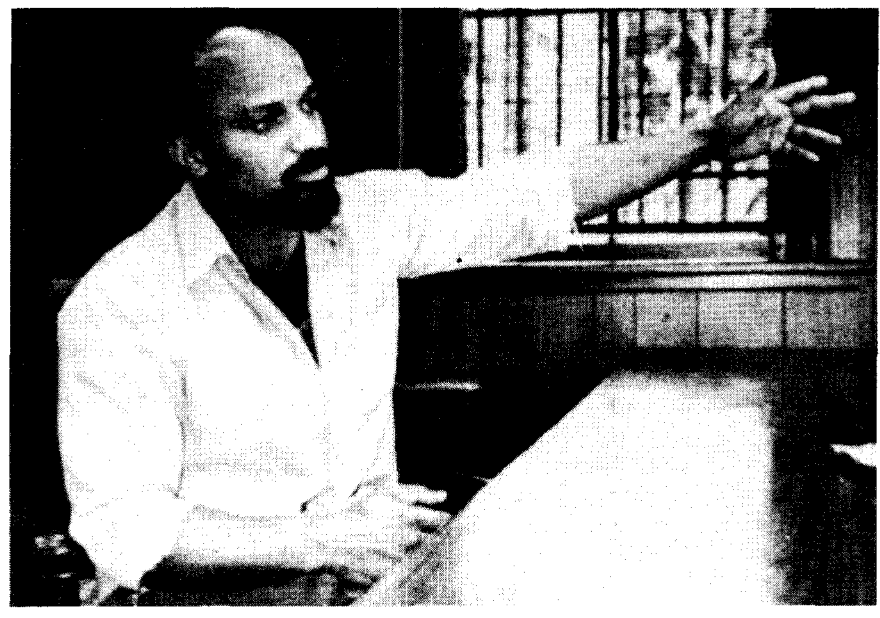


Ligato/Philadelphia Bulletin

Philadelphia, 1970: Black Panthers werden von Rizzos rassistischen Bullen gejagt, unter vorgehaltener Pistole ausgezogen

Die Akten sind voller Zeitungsausschnitte von Artikeln in *Black Panther,* die von Jamal geschrieben wurden, und voll von Berichten über seine öffentlichen Reden. Gerade

Fortgesetzt auf Seite 20



Workers Vanguard

Panther-Führer Geronimo Pratt, seit 25 Jahren im Knast für ein Verbrechen, von dem die Regierung weiß, daß er es nicht begangen hat

FBI-Akten...

Fortsetzung von Seite 19

das bemerkenswerte Talent von Jamal als junger revolutionärer Journalist und Propagandist zog soviel Aufmerksamkeit des FBI auf ihn. Solche Fähigkeiten machten ihn in den Augen der kapitalistischen Behörden besonders gefährlich. Seit den Zeiten der Sklaverei haben die rassistischen Herrscher immer schwarze Menschen, die des Lesens und Schreibens mächtig sind, als eine Herausforderung ihrer Macht gefürchtet. Ein FBI-Bericht vom 24. Oktober 1969 über Jamal riet dringend dazu, ihn unter Überwachung ersten Grades zu stellen, denn:

> „Trotz des Alters der Person (15 Jahre) empfindet Philadelphia, daß seine fortgesetzte Beteiligung an BPP-Aktivitäten im Bereich Philadelphia, seine Position in der BPP-Ortsgruppe von Philadelphia und seine Neigung in der Vergangenheit, auf öffentlichen Versammlungen aufzutreten und zu reden, und die Person in den Sicherheitsindex mit aufgenommen werden sollten."

Bereits damals wußte der junge Panther-Aktivist aus erster Hand, was es heißt, etwas von den mörderischen „Gegenspionage"-Operationen des Staates abzubekommen. Ein „Airtel" vom 6. Oktober 1969 berichtete über „gleichzeitige Schläge" des FBI, der CD-Einheit von Philadelphia und von Agenten der „Intelligence Squad" (Nachrichten-Einheit), die mehrere Wochen zuvor gegen die Panther-Büros in Philadelphia und die nahegelegene, von BPP-Mitgliedern häufig besuchte Webb's Bar durchgeführt wurden. In einem autobiographischen Aufsatz, der in sein neues Buch *Live From Death Row* mit aufgenommen wurde, erinnert sich Jamal daran, wie er sich „zum Anfassen nahe vor einem 38er-Spezial-Revolver" befand, während ein Bulle schrie: „Wenn du verdammt nochmal blinzelst, werde ich dir deinen schwarzen gottverdammten Kopf von deinen Schultern wegpusten!"

Sieben Monate später wurde Jamal für einen weiteren „Abschuß'Versuch freigegeben, als er im März 1970 ins Flugzeug nach San Francisco stieg, um im BPP-Hauptquartier der Bay Area zu arbeiten. Laut einem Bericht vom 2. April 1970 „empfahl" der stellvertretende US-Staatsanwalt Tony Lombardio, „er werde die Verhaftung von Cook wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Verbrechen an Bord eines Flugzeugs genehmigen". Mehr als ein Panther-Aktivist wurde von Bullen erschossen, die hinterher behaupteten, dieser wäre bewaffnet gewesen und hätte „Widerstand geleistet". Doch in diesem Fall war der Versuch des FBI, Jamal zu kriegen, vergebens, wie aus dem Bericht am Ende hervorgeht: „Cook wurde von Spezialagenten des Federal Bureau of Investigation durchsucht, bevor er die Maschine von Flug 15 der Trans World Airlines bestieg; jedoch wurde keine Waffe gefunden."

Bis 1970 wurde die BPP durch eine Kombination aus Regierungsterror und internen Fraktionskämpfen zwischen dem Flügel von Huey Newton und Eldridge Cleaver, der von seinem Exil in Algerien aus eine militant klingende Guerillastrategie vertrat, zerrieben. Jamal verließ die Panthers kurz nach der Revolutionary Peoples Constitutional Convention (dem Konvent für eine Revolutionäre Volksverfassung), die im September 1970 an Philadelphias Temple University stattfand, aber er blieb im Fadenkreuz der Regierung. In jenem Herbst wurde Mumia zusammen mit sieben weiteren College-Studenten verhaftet, weil er bei Demonstrationen und Zeitungsverkäufen zur „Macht der schwarzen revolutionären Studenten" aufrief. Als das FBI-Hauptquartier davon hörte, daß Jamal eine Zeitung namens *National Black Liberation News* herauszugeben begann, gab es seinen Agenten die Anweisung, festzustellen, „ob die Zeitung in Philadelphia erscheinen solle", und „vollständige Details über Personal, Druck, Vertrieb, Finanzierung und andere relevante Details" („Airtel", 19. November 1970) vorzulegen.

Ein FBI-Bericht vom 24. Oktober 1969 empfahl, Jamal auf den Sicherheitsindex zu setzen, und ein Memorandum vom 21. Januar 1970 trägt den Stempel: „Drei Kopien von genehmigter Sicherheitsindex-Karte beigelegt..." Ein Memorandum des FBI-Hauptquartiers vom 9. Dezember 1971 bestätigt Mumias Aufnahme in die ADEX-Liste: „Die Person wird in Kategorie II aufgenommen, da sie sich jetzt aktiv der Cleaver-Fraktion der Black Panther Party angeschlossen hat." Wieder waren es Jamals Schriften, die das FBI besonders ärgerten; man vermerkte, daß er der Philadelphia-Korrespondent für die Cleaver-freundliche Zeitung *Babylon* war und „daß Cook in der Vergangenheit öffentliche Reden gehalten und ultramilitante Artikel über die BPP geschrieben hat". Im darauffolgenden Jahr versuchten die Bullen, Jamal wegen unerlaubten Waffenbesitzes einzusperren; so berichtete die CD-Einheit dem FBI, daß er „verhaftet wurde, weil er im Besitz eines Exacto-Messers mit einer 15 Zentimeter langen Schneide war". Die Anklagen wurden fallengelassen. Jamal arbeitete damals als Künstler und hatte das Exacto-Messer dabei, als er von der Arbeit zum Prozeß eines anderen schwarzen Militanten ging.

Zu den spektakulärsten Enthüllungen in Jamals FBI-Akten gehört der plumpe Plan — der das spätere Komplott von 1981 ahnen läßt —, ihm den Doppelmord an dem Gouverneur der Bermudas, Sir Richard Shaples, und seinem Berater anzuhängen. Dies basierte allein darauf, daß Jamal 1972 am Goddard College im Bundesstaat Vermont war — wo er Kurse am Fachbereich der Studien über die Dritte Welt besuchte — und dabei angeblich von „einem führenden schwarzen Extremisten aus Bermuda" besucht worden war. In einem Brief vom 13. März 1973 versuchte der amtierende FBI-Direktor, Jamal mit den Morden in Verbindung zu bringen:

> „Aufgrund von Cooks Werdegang als schwarzer Extremist, seiner möglichen Verwicklung in die Stadtguerilla-Aktivitäten der Black Liberation Army und, weil er am


UPI


Barger/WCAU-TV

1985 bombardierte die Polizei mit Hilfe des FBI mitten in Philadelphia die schwarze MOVE-Gemeinschaft, ermordete elf Männer, Frauen und Kinder. Ein ganzer Wohnblock dieses von Schwarzen bewohnten Viertels wurde zerstört

Goddard College ist, wo auch schwarze Extremisten von den Bermudas hingehen, sollte die Ermittlung seines Aufenthaltsortes verschärft werden und sollten Anstrengungen unternommen werden, um festzustellen, ob er während des Wochenendes vom 9.—11. März 1973 außer Landes gewesen ist."

Dieser Bericht ist von A bis Z ein Gespinst aus Lügen und versteckten Andeutungen. Das FBI wußte sehr wohl, daß Jamal ein Journalist und öffentlicher Redner war und kein „Stadtguerilla". Er hatte keine Verbindung zur BLA. Wenn aber seine Firma Bell Telephone in Philadelphia nicht bestätigt hätte, daß Jamal in dieser Zeit bei der Arbeit war, hätte der Staat ihm vielleicht schon lange einen Mord angehängt, bevor ihm 1981 der Mord an dem Philly-Bullen Daniel Faulkner in die Schuhe geschoben wurde.

Schwarz auf weiß: Spuren eines Komplotts

Mumia Abu-Jamal überlebte Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre den Sturmangriff der Herrschenden auf die Black Panther Party. Er wurde nicht wie die Panther Fred Hampton und Mark Clark aus Chicago mitten in der Nacht in seinem Bett ermordet. Er wurde damals nicht in ein Gefängnisloch verschleppt wie der Panther-Führer von Los Angeles, Jeronimo ji Jaga (Pratt), der die letzten 25 Jahre seines Lebens lebendig begraben verbracht hat, wegen eines Verbrechens, von dem die Regierung weiß, daß er es nicht begangen hat — weil sie Wanzen installiert hatte, die seine Unschuld beweisen. Doch das FBI und Philadelphias Bullen bliesen ihren Rachefeldzug gegen Jamal auch nach dem Ende der Panther Party nicht ab. Sie haßten ihn weiterhin wegen seiner redegewandten und leidenschaftlichen Verteidigung der Rechte von Schwarzen und besonders, weil er der staatlichen Repression und der rassistischen Unterdrückung trotzte und ungebeugt blieb. Die FBI-Akten zeigen immer wieder, daß es keinen Anlaß zu der Hoffnung gab, Jamal würde zu einem Informanten werden und die Sache, für die er kämpfte, verraten. Wie in einem solchen Bericht stand: „Obwohl er erst 16 Jahre alt ist und kein Potential dazu hat, ein Informant zu sein, verfügt er über viel Intelligenz und belastende Informationen, falls er reden wird."

Es gab eindeutig ein umfassendes Zusammenspiel zwischen dem FBI und Frank Rizzos Polizei in Philadelphia. Ein bemerkenswerter Eintrag in den FBI-Akten bezieht sich auf Jamals Verhaftung bei einem Protest gegen Wallace 1968, als er 14 Jahre alt war. Der FBI-Bericht bemerkt: „Cook war 14 Jahre alt und wurde daher nicht wegen eines Verbrechens angeklagt." Tatsächlich hätte jeder Vermerk über seine Verhaftung gelöscht werden müssen, weil Jamal damals minderjährig war und die Anklagen abgewiesen

Fortgesetzt auf Seite 22

Diskussionsveranstaltung der SpAD/Spartakist-Jugend

Von Sacco und Vanzetti bis Mumia Abu-Jamal
Zur kommunistischen Verteidigungsarbeit: Klasse gegen Klasse

Berlin
Mittwoch, 2. August, 18.30 Uhr
Humboldt-Universität
Hauptgebäude, Raum 2091/92
U/S-Bahn Friedrichstraße

Hamburg
Sonnabend, 29. Juli, 16.00 Uhr
Haus für Alle, Raum 22
Amandastraße 58
U/S-Bahn Sternschanze

Leipzig
Sonntag, 30. Juli, 17.00'Uhr
Werk II, 1. Stock
Kochstraße 132
Straßenbahn Connewitzer Kreuz

FBI-Akten...

Fortsetzung von Seite 21

wurden. Es ist klar, daß Rizzos Schläger den jungen, ausdrucksstarken Gegner von rassistischem und Bullenterror im Auge behielten, schon bevor er sich den Black Panthers anschloß, und sie teilten diese Informationen dem FBI mit. Zweifellos war Jamal, der in den FBI-Akten als einer der drei wichtigsten Führer der BPP von Philadelphia geführt wurde, eine Hauptzielscheibe von Frank Rizzos rassistischen Schlägern in Uniform. Ein Dokument der FBI-Akten nach dem anderen listet als Quelle namentlich nicht genannte Bullen der CD-F.inheit oder der Spionageabteilung auf. Laut S.A. Paolantonio, der eine Biographie über den Polizeipräsidenten und späteren Bürgermeister von Philadelphia, Frank Rizzo, geschrieben hat, verfügte die CD-Einheit unter Führung von George Fencl über eine

> „ständige Schar von Informanten, die vom FBI bezahlt wurden. Tatsächlich benutzte das FBI Fencls CD-Einheit als Modell, als es mit seinem Gegenspionage-Programm (COINTELPRO) anfing. Bevor Rizzo als Polizeipräsident vereidigt wurde, arbeitete die Polizei von Philadelphia eng mit Rizzos Held J. Edgar Hoover zusammen. Rizzo trieb diese Beziehung voran."

Und Rizzo und seine Bullen hatten es auf Jamal abgesehen. Die FBI-Akten quellen über vor Vermerken, wie Jamal in Reden und Artikeln die berüchtigten rassistischen Bullen von Philadelphia und besonders Rizzo anprangerte. Jamal erregte 1978 erneut ihren Zorn, als er als prominenter schwarzer Radio-Journalist für die MOVE-Gemeinschaft Partei ergriff, nachdem ihr Haus in Powelton Village von einem riesigen Polizeiaufgebot belagert worden war und dabei schließlich einer der Bullen durch einen Schuß aus der Waffe eines anderen Bullen umgekommen war. Bei einer Pressekonferenz warf der damalige Bürgermeister Rizzo einen drohenden Blick in Jamals Richtung, als er der „neuen Sorte von Journalismus" die Schuld am Tod des Polizisten gab. Er warnte:

> „Man glaubt, was ihr schreibt und was ihr sagt. Und das muß aufhören. Und eines Tages, und ich hoffe, es ist in meiner Amtszeit, daß ihr für das, was ihr tut, zur Verantwortung und Rechenschaft gezogen werden müßt."

Vier Jahre später, am 9. Dezember 1981, wurde Jamal von den Bullen auf einer Straße in Philadelphia in die Brust geschossen und liegengelassen, so daß er fast verblutet wäre. Ein Polizist, der verletzt in der Nähe aufgefunden wurde, starb eine Stunde später. Nachdem es die Polizei so viele Male vorher nicht geschafft hatte, Jamal zu kriegen, heckte sie ein Komplott aus und beförderte ihn in die Todeszelle. Jamals FBI-Akten sind voller Hinweise auf die Verwendung von Mao Zedongs *Rotem Buch* durch die BPP und besonders von dem Zitat: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen." Dieser Satz, den von Mumia am 4. Januar 1970 in einem Interview mit dem *Philadelphia Inquirer* zitierte (der seltsamerweise in den 700 Seiten FBI-Akten *fehlt,* obwohl zahlreiche andere Zeitungsausschnitte beigelegt sind), war zwölf Jahre später das Schlüsselargument des Staatsanwalts, als er aufgrund der politischen Ansichten von Jamal dessen Todesurteil verlangte.

Eine weitere notorische Farce bei Jamals Prozeß war das Kreuzverhör der Leumundszeugin Sonia Sanchez, einer berühmten Dichterin. Die Staatsanwaltschaft wies auf eine Einleitung hin, die Sanchez für ein Buch über die BLA-Aktivistin Assata Shakur geschrieben hatte. Shakur war nur knapp einem Hinrichtungsversuch durch Polizisten des Bundesstaats New Jersey entkommen, woraufhin ihr ausgerechnet der Mord an einem ihrer Möchtegern-Mörder angehängt wurde. Mit dem Hinweis auf diese Einleitung stempelte die Staatsanwaltschaft Sanchez als „Freundin einer Polizistenmörderin" ab und unterstellte damit, daß Jamal genauso ein „Polizistenmörder" sein müsse. Was veranlaßte die Staatsanwaltschaft, zwischen Jamal und Shakur eine Verbindung zu ziehen? In einem FBI-Bericht vom 26. September 1973 steht, daß Jamals Name und Telefonnummer „unter den Namen und Telefonnummern festgestellt wurden, die man im Notizbuch Nummer 1 gefunden hatte, das beim BLA-Mitglied (geschwärzt) zur Zeit ihrer (geschwärzt) Verhaftung durch die Polizei von New Jersey beschafft wurde."

Diese Akten erzählen nur einen kleinen Teil der Geschichte, wie die Regierung ihren Rachefeldzug gegen Mumia Abu-Jamal geführt hat. Wir wissen allerdings, daß trotz Beteuerungen des FBI, nach denen COINTELPRO Mitte der 70er Jahre aufgehört habe, die staatliche Verfolgung von linken politischen Aktivisten unvermindert weitergegangen ist, von den tödlichen Machenschaften der Polizei von Philadelphia ganz zu schweigen. (Tatsächlich hat das FBI Jamal sogar in der Todeszelle weiter ausspioniert: Ein Eintrag von 1991 versuchte absurderweise, den Besuch eines deutschen Menschenrechtsaktivisten bei Jamal im Gefängnis mit einem „Maschinengewehr-Überfall auf die amerikanische Botschaft" in Bonn in Verbindung zu bringen!) In den 70er Jahren, als Jamal journalistisch aktiv war, schössen Rizzos Bullen unbewaffnete „Verdächtige" mit einer 37mal höheren Rate nieder als selbst die Bullen in New York. Und das Zusammenspiel zwischen dem FBI und den rassistischen Bullen von Philadelphia hörte mit Jamal und den Panthers nicht auf. Als die Polizei von Philadelphia 1985 auf das MOVE-Haus eine Bombe abwarf — und dabei elf Männer, Frauen und Kinder tötete und einen ganzen Häuserblock zerstörte —, war es das FBI, das den Sprengstoff besorgt hatte.

Der Kampf zur Rettung Jamals und zur Abschaffung der rassistischen Todesstrafe ist ein Teil des Kampfes für die Gleichberechtigung der Schwarzen in Amerika. Es wird eine Arbeiterrevolution nötig sein, um die Todesmaschinerie des kapitalistischen Staates endgültig aus dem Verkehr zu ziehen und den angeheuerten Schlägern, die im Namen von „Recht und Ordnung" unzählige Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und gegen Minderheiten begangen haben, ihre gerechte Strafe zuteil werden zu lassen. Erst dann werden die Akten der Geheimdienste der Regierung für alle geöffnet werden. Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Nach Workers Vanguard *Nr. 624, 2. Juni*

Mumia Abu-Jamals Buch erschienen:

„Live aus der Todeszelle"

„Erzähl mir nichts vom finstern Tal. Ich lebe dort. Im Huntingdon County in Pennsylvania steht ein hundert Jahre altes Gefängnis, seine gotischen Türme lassen einen das Schlimmste ahnen, man denkt dabei an die düstere Stimmung des Mittelalters. Ich und achtundsiebzig weitere Männer verbringen rund zweiundzwanzig Stunden pro Tag in zwei mal drei Meter großen Zellen. Die weiteren zwei

Buchbesprechung

... aus der Todeszelle
von Mumia Abu-Jamal
Agipa-Press, Bremen, 1995

Stunden darf man draußen verbringen, in einem vergitterten Kasten, umgeben von Spezialstacheldraht, immer im Visier von Geschütztürmen.
Willkommen in den Todeszellen von Pennsylvania."






Mumia Abu-Jamal, politischer Gefangener in der Todeszelle, 1982 mit seinem Sohn

kein Bildnachweis

Mit diesen Worten tritt Mumia Abu-Jamal den Lesern seines Buches *Lire from Death Row* (alle Zitate aus der englischen Ausgabe übersetzt) entgegen und heißt sie in der Welt willkommen, in der er das Buch geschrieben hat, in den Folterkammern, die über das ganze Land verteilt sind und in denen mehr als 2900 Männer und Frauen (und Kinder!) „auf des Messers Schneide zwischen Halb-Leben und sicherem Tod balancieren", in der Gewalt des Staates. Seit 13 Jahren sitzt dieser preisgekrönte schwarze Radio- und Zeitungsjournalist, ein früherer Aktivist der Black Panther Party und ein Unterstützer der MOVE-Gruppe in Philadelphia, in einer Todeszelle von Pennsylvania. Aufgrund der von rassistischen Bullen und Gerichten zusammengelogenen Beschuldigung, ein „Polizistenmörder" zu sein, wurde er für ein Verbrechen zum Tode verurteilt, das er überhaupt nicht begangen hat, damit er für seine unverblümt geäußerten politischen Überzeugungen, sich für die Erniedrigten und Unterdrückten einzusetzen, „bezahlt".

In all diesen Jahren haben die Behörden einen Rachefeldzug geführt, um Mumia daran zu hindern, gehört zu werden, *damit es leichter wird, ihn zu töten.* Sie fürchten sich besonders davor, daß seine klangvolle und wortgewandte Stimme Gehör findet. Im letzten Jahr beugte sich der Radiosender National Public Radio (NPR) in den USA dem Druck der Polizei und strich in einem eklatanten Akt der Zensur eine Reihe von 12 Sendungen in der Programmreihe „All Things Considered" (Alles in Betracht gezogen), für die Jamal den Auftrag erhalten hatte.

Anfang dieses Jahres haben die Fralernal Order of Police von Philadelphia (Polizeibruderschaft FOP) und ihre Kumpane versucht, die Veröffentlichung des Buches durch eine Kampagne massivster Einschüchterung zu verhindern. Gleichzeitig verweigerten Gefängnisbeamte Jamal aus Rache die auf der Beziehung zwischen Anwalt und Mandant beruhenden Rechte, sie beschlagnahmten die Korrespondenz, die seinen Fall betrifft, und verhinderten Besuche von juristischen Mitarbeitern, gerade als Jamals Anwälte dabei waren, die Revisionseingabe für ein neues Verfahren vorzubereiten. Jedes Ersuchen um ein Presse-Interview mit Jamal haben sie rüde zurückgewiesen.

Deshalb ist es ein sehr wichtiger Sieg, daß dieses Buch überhaupt existiert. *Live from Death Row* ist eine Sammlung von 41 politischen und sozialen Kommentaren, Schnappschüssen vom Gefängnisleben und autobiographischen Skizzen, darunter die zwölf Essays, die das NPR verboten hatte, sowie der erste Artikel eines Gefangenen in der Todeszelle, den das *Yale Law Review* (eine der renommiertesten amerikanischen juristischen Fachzeitschriften) je gedruckt hat. Die Worte, die man liest, wurden von Jamal mühsam per Hand geschrieben; seit Jahren verweigert man ihm sogar den Zugang zu einer Schreibmaschine, während er einen Kampf auf Leben und Tod gegen diejenigen führt, die diese „Stimme der Entrechteten" für immer zum Schweigen bringen wollen. In der Tat ist *Live from Death Row* mehr als nur ein mächtiges literarisches Werk — und das ist es —, nämlich eine unverzichtbare Waffe in dem Kampf, zu dem sich in aller Welt Tausende Menschen zusammengeschlossen haben, die für die Abschaffung der Todesstrafe eintreten, Kämpfer gegen den Rassismus. Gewerkschafter und Linke, die alle fordern: *Rettet Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Die Verteidigung von Jamal, dem mutigen Wortführer aller Unterdrückten, wird zum Brennpunkt der Opposition gegen die rassistische und barbarische Todesstrafe. Sein Fall hat heute die gleiche Bedeutung wie der Fall der Scoltsboro Boys in den 30er Jahren; durch eine internationale Protestkampagne wurden diese neun schwarzen

Fortgesetzt auf Seite 24

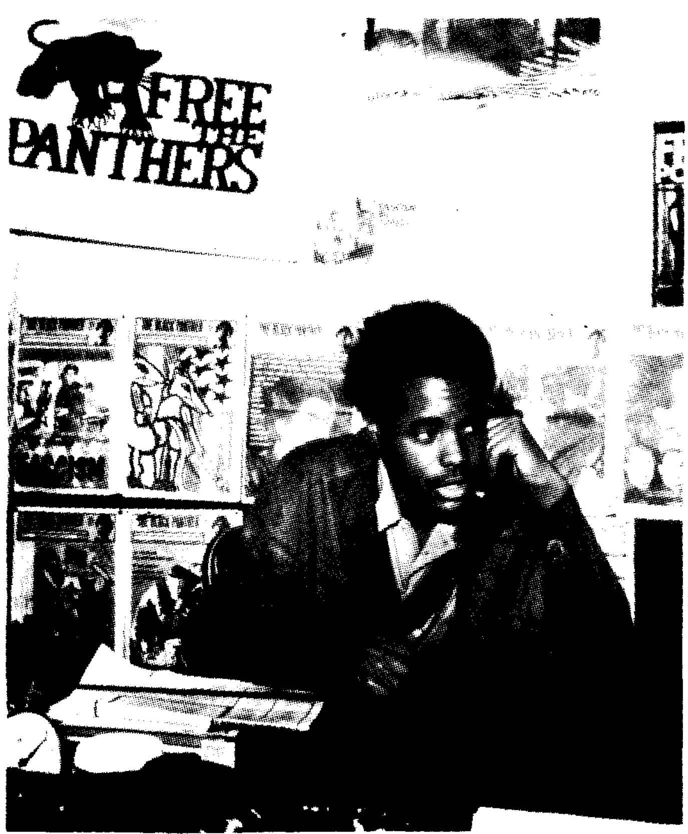
Live aus der Todeszelle...

Fortsetzung von Seite 23

Jugendlichen schließlich doch vor dem Südstaaten-Lynchgesetz gerettet. Was Mumias Fall heraushebt, ist, daß er im Kampf zur Abschaffung des ganzen Systems des legalen Eynchens selbst der eindrucksvollste Sprecher für seine Sache ist. Wie John Edgar Wideman, Autor der Bücher *Homewood Diaries* und *Philadelphia Fire* und Träger des PEN/Faulkner-Preises, in seiner Einleitung zu *Live from Death Row* bemerkt: „Die Macht seiner Stimme wurzelt im unnachgiebigen Widerstand gegen diejenigen, die ihn zum Schweigen bringen wollen."

Und genau das macht dieses Buch zu einer solch mächtigen Waffe im Kampf gegen dieses abscheuliche System krimineller *Ungerechtigkeit* und besonders im Kampf, Mumia dessen Klauen zu entreißen. In seinem oben zitierten Vorwort schreibt Jamal:

> „Ich kämpfe weiter gegen dieses ungerechte Urteil und Strafmaß. Vielleicht können wir einige der gefährlichen Mythen abschütteln und in Stücke reißen, die auf unserem Gehirn lasten wie eine zweite Haut — wie z. B. das ‚Recht' auf faire und unvoreingenommene Geschworene unseresgleichen; das ‚Recht', die eigene Sache vertreten zu können; sogar das ‚Recht' auf einen fairen Prozeß. Dies sind *keine* Rechte — sondern Privilegien der Mächtigen und Reichen. Eür die Machtlosen und Armen sind dies Schimären, die verschwinden, sobald man nach ihnen greift und sie als etwas Reales oder Bedeutungsvolles beansprucht. Erwarte nicht, daß die Medienkonzerne dir dies erzählen, denn das können sie nicht wegen des inzestuösen Geflechts zwischen den Medien und der Regierung, und dem Big Business, dem sie beide dienen.
>
> Ich kann es.
>
> Selbst wenn ich es aus dem finstern Tal tun muß, werde ich es tun."



James/Philadelphia Inquirer

Mumia Abu-Jamal 1969 als Minister für Information der Black Panther Party in Philadelphia

Mumia schließt mit seinem schon gewohnten Abspann: „Aus der Todeszelle, hier spricht Mumia Abu-Jamal."

Erfüllt von Menschlichkeit

Für diejenigen, die seine Schriften noch nicht kennen, stellt dieses Buch Jamal als scharfsinnigen Beobachter der rassistischen amerikanischen Gesellschaft vor: Jamal, den kompromißlosen Kämpfer gegen alle Formen von Ungerechtigkeit; Jamal, den scharfsinnigen und wortgewandten Autor. Aufgeteilt in drei Teile — „Das Leben in der Todeszelle", „Verbrechen und Strafe" und „Reflexionen, Erinnerungen und Prophezeiungen" —, liefern diese Essays eine schneidende Anklage gegen das unterdrückerische kapitalistische System. Sie bieten einen Einblick in das Gefängnisleben, auch in das „Gefängnis im Gefängnis", wie Wideman schreibt, nämlich die Todeszelle. Die Barbarei des amerikanischen „Rechtssystems", die in diesen Texten so machtvoll spürbar wird, ist allein schon ein überwältigendes Argument für eine sozialistische Revolution, um das ganze kapitalistische System der Ungerechtigkeit und Ausbeutung hinwegzufegen.

Während Mumia sich besonders auf die Todesstrafe konzentriert, behandelt er auch ein breites Spektrum von Themen mit der eindringlichen Prägnanz eines fünfminütigen Radiokommentars. Dies war auch seine Spezialität. „Rodney war nicht der einzige" — es geht um das brutale Zusammenschlagen des schwarzen Autofahrers Rodney King durch die Polizei in Eos Angeles — und „Clinton guillotiniert Guinier" untersuchen den Rassismus, der alle Ebenen der amerikanischen Gesellschaft durchdringt. In Essays wie „Überlegungen zu Malcolm" und „Blues for Huey" zeichnet er in seinen von tiefem Verständnis geprägten Skizzen lebendige Bilder von Malcolm X und dem früheren Führer der Black Panther Party, Huey Newton, und schildert, wie diese Militanten seine eigene politische Entwicklung als junger Mann in Philadelphia beeinflußten.

Die Auswahl in diesem Buch ist nur ein Ausschnitt aus Jamals umfassendem und weitreichendem schriftstellerischen Werk. Eesern des *Spartakist* werden manche bekann! sein: darunter „A Big War for Big Oil" (über das Massaker der USA im Irak), „Greueltaten in Rostock" (über das faschistische Pogrom gegen Immigranten in Rostock 1992) und „Solidaritätserklärung zu Antifa Gendik". Seit 1989 sind Mumias Kolumnen regelmäßig im *Spartakist,* in *Workers Vanguard,* der 14tägigen Zeitschrift unserer amerikanischen Genossen, in zahlreichen schwarzen Zeitungen in den ganzen USA und auch in Europa erschienen. z.B. in der *Caribbean Times* in Britannien. Das Partisan Défense Committee (PDC) in den USA (Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung. KfsV) hat eine führende Rolle gespielt, die internationale Verteidigungskampagne für Jamal aufzubauen. Wir sind stolz, daß wir dabei helfen konnten. Seit 1989 hat das PDC Abdrucke von Jamals Schriften aus dem Gefängnis an die Presse verteilt.

In „Der Besuch" beschreibt Mumia, wie seine jüngste Tochter zum erstenmal ins Gefängnis kam, um ihn zu sehen: „Sie stürmte in den winzigen Besucherraum, ihre braunen Augen glitzerten voller Glück; sie hielt inne. wie betäubt, starrte auf die gläserne Barriere zwischen uns und brach über diesen arroganten Versuch des Staates, uns zu trennen, in Tränen aus." In „Ein Giftschock" (Mai 1989) überwinden Jamals Worte die Gefängnismauern mit einem Gefühl der unteilbaren Menschlichkeit: „Wir, die Eingekerkerten, teilen Luft, Wasser und Hoffnung mit euch, den Noch-Nicht-Eingekerkerten."

Die Black Panther und MOVE

Mumia Abu-Jamal wurde am 24. April 1954 in Philadelphia als Wesley Cook geboren. „Benommenheit in Philly:

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal

„Ein leichter Todesstoß ...

Der Ursprung des rechtlichen Begriffs „trial" (Verfahren) ist das englische Wort „try" (versuchen).

Der Ursprung jedes Verfahrens ist der Staatsanwalt, der „versucht", den Angeklagten zu überführen und dazu jedes der beträchtlichen, ihm zur Verfügung stehenden Mittel benutzt; den Reichtum des Staates, die Polizei, Experten und hinter all dem die Macht der Regierung zu Zwang, Einschüchterung und Zerstörung.

Viel zu viele Angeklagte können es mit ihren spärlichen Mitteln nicht gegen die überwältigenden Mittel einer millionenschweren Regierung aufnehmen, und die „Schlacht" ist schon verloren, bevor sie wirklich losgeht.

Man braucht nicht weiter zu schauen als bis zu jener täglichen Seifenoper, die aus Amerikas wirklichem Leben gegriffen ist, „Die Simpsons" (O.J., nicht Homer), wo man einen enorm reichen Angeklagten hat, der sich gegen den Staat behauptet, da er einige der besten rechtlichen Talente, die man mit Geld kaufen kann, ganz buchstäblich aufs Feld schickt. Man stelle sich vor, sein Name wäre, sagen wir, „O.J. Jackson" und er wäre ein durchschnittlicher armer Joe mit einer Hypothek, einem sieben Jahre alten Wagen und einer Unterhaltszahlung. Bei der gleichen Reihe von Tatsachen, wäre es nicht die einfache ungeschminkte Wahrheit, daß *dieser* O.J. schon jetzt in der Todeszelle säße und *zwei* Todesurteile zu erwarten hätte?

Was sagt dies über die „Justiz" in Amerika?

Ich dachte an diese Dinge, nachdem vor ein paar Tagen mein Hinrichtungsbefehl unterschrieben worden war, und ich las irgendwo, daß Joseph McGill, der Staatsanwalt bei meinem Verfahren, die Bemerkung gemacht hatte, es „war der stärkste Fall, den ich jemals verhandelt habe".

Mein erster Gedanke war, wenn das so wäre, warum hielt er es für notwendig, im Schuld/Unschuld-Stadium des Prozesses zu argumentieren:

> „Falls Ihre Entscheidung natürlich Freispruch wäre, die Erlaubnis für den Angeklagten hinauszuspazieren, ist das schön und gut. Es gibt nichts, was ich tun kann, und es gibt nichts, was der Richter oder irgend jemand tun könnte, das darauf irgendeine Wirkung hätte.
> Falls Sie den Angeklagten natürlich für schuldig befinden, gäbe es Berufung nach Berufung, und vielleicht könnte es eine Aufhebung des Verfahrens geben oder sonst etwas, so daß es vielleicht nicht endgültig ist." (Aus *Commonwealth v. Abu-Jamal* [Staat gegen Abu-Jamal], 1. Juli 1982, S. 146) ,

Warum würde ein Staatsanwalt, fragt man sich, den Geschworenen so etwas in seinem „stärksten Fall, den er jemals verhandelt hat", erzählen?

Aber natürlich ist in diesem Leben alles relativ, so wie die Begriffe „stark" oder „schwach". Zum Beispiel halten die meisten Männer Frauen für „das schwächere Geschlecht", doch wenn Männer gebären müßten, würde den meisten schon beim bloßen Gedanken daran schlecht werden.

Waren *Staat gegen Beasley, Staat gegen West, Staat gegen Simmons* oder *Staat gegen Baker* auch „starke" Fälle? Die Logik legt es nahe, daß es schwache Fälle waren, denn in jedem Fall machte Staatsanwalt McGill das fast *wortwörtlich* gleiche Argument gegenüber den Geschworenen, und jedes Verfahren wurde aufgehoben, zumindest durch ein Berufungsgericht.

War das Verfahren gegen Ramona Africa, Überlebende der Bombardierung von MOVE, ein „starker" Fall, wo man den Geschworenen sagte, sie sollten „sich nicht beunruhigen", . sich keine Sorgen darüber machen, wann oder ob andere, Polizisten, Feuerwehrleute, Stadtbeamte, in Verbindung mit der Bombardierung von MOVE angeklagt würden", und: „daran zu denken sei nicht ihre Sache"? Hier spielte McGill wieder den Staatsanwalt, und Ramona verbrachte 7 lange Jahre in einem gräßlichen Gefängnisloch, weil sie den Mordversuch überlebt hatte, der ihr galt. (Ist es bloß ein Zufall, daß keine andere Person, kein Bulle, kein Beamter, niemand *außer Ramona seihst,* jemals für die Bombardierung durch die Polizei angeklagt wurde, deren Opfer sie war?)

-Was ist mit dem Verfahren *Staat gegen Conner,* wo ein Mann aufgrund von Aussagen der Polizei, Ballistikern und Zeugen wegen Mordes ersten Grades an einem Mädchen überführt wurde, angeklagt von Staatsanwalt McGill und dazu verurteilt, den Rest seines natürlichen Lebens in gräßlichen Gefängnislöchern zu verbringen, wo er geschlagen, niedergestochen, bespuckt und verfolgt wurde, weil er ein überführter „Baby-Vergewaltiger" war; war dies ein „starker" Fall?

Nach 11 Jahren in dieser Hölle erfuhr man durch die Bemühungen eines außerordentlichen Rechtsanwalts und seiner Familie, daß die „Mordwaffe", eine Schrotflinte Kaliber 12, die den Geschworenen präsentiert worden war, den Tod des Babys nicht verursacht hatte, da es nicht erschossen, sondern mit einem Eispickel wiederholt niedergestochen worden war. (Herr Conner wurde hauptsächlich auf der Grundlage verhaftet, daß er als Besitzer einer Schrotflinte Kaliber 12 bekannt war.)

In allen diesen Fällen spielte McGill (inzwischen ein Rechtsanwalt für FOP-Bullen, die rauben, stehlen oder töten) die Rolle des Staatsanwalts, der Menschen in die Todeszelle oder lebenslänglich ins Gefängnis schickt, mit einem schnauzbärtigen Grinsen und dem Versprechen an die meisten Geschworenen, der Angeklagte habe das Recht auf „Berufung nach Berufung nach Berufung".

Für solch einen Typ, wie sieht da ein „starker" Fall aus?

8. Juni 1995

Eine impressionistische Kurzbiographie" schildert seine eigene Entwicklung als Kämpfer für die Rechte der Schwarzen. Es beginnt mit seiner ersten politischen Tat 1968, als er 14jährig zusammen mit drei Freunden zu einer Wahlkampfveranstaltung von George Wallace ging, einem Verfechter der rassistischen Trennung von Schwarzen und Weißen aus dem Süden, um dagegen zu protestieren. Die Bullen warfen sie raus, dann machte sich eine Bande rassistischer Schläger über die Teenager her. Mumia berichtet:

> „Ich schaute auf und sah das Hosenbein eines Bullen von Philadelphia mit Gold an der Hosennaht. Ohne nachzudenken und nach jahrelanger Gehirnwäsche reagierte ich mit dem Schrei: ‚Hilfe, Polizei!' Der Bulle sah zu, wie ich auf dem Boden lag und gerade zu Brei geschlagen wurde, schritt rasch herbei — und trat mir

Fortgesetzt auf Seite 26

Live aus der Todeszelle...

Fortsetzung von Seite 25

ins Gesicht. Ich bin diesem gesichtslosen Bullen seitdem immer dankbar gewesen, denn er hat mich direkt in die Black Panther Party getreten."

Mumia wurde Informationsminister der Panther in Philadelphia. Er überlebte das mörderische COINTEL-PRO-Programm des FBI, dieser Mischung aus Bundespolizei und Verfassungsschutz. Im Zuge von COINTELPRO wurden in den ganzen USA mehr als 30 Mitglieder der Panther umgebracht, und viele weitere landeten im Gefängnis, u. a. Geronimo ji Jaga (Pratt), der seit 24 Jahren in Kalifornien hinter Gittern sitzt. Die Regierung weiß, daß er das Verbrechen nicht beging, dessentwegen er bis heute sitzt.

In den 70er Jahren arbeitete Jamal als Radiomoderator, wofür er den Peabody-Preis gewann und wodurch er als „Stimme der Entrechteten" bekannt wurde. Mitte der 70er Jahre kam er zum erstenmal mit der MOVE-Organisation in Kontakt. Verärgert und zugleich neugierig gemacht dadurch, daß selbst die schwarzen Medien sich weigerten, unvoreingenommen über die kontroverse und unabhängig von der Hautfarbe integrierte MOVE-Gruppe zu berichten, die sich die ganze Zeit gegen einen Polizei-Rachefeldzug zur Wehr setzen mußte. Jamal begleitete nun MOVE noch enger. Er sprach sich vehement gegen den Überfall auf das MOVE-Haus in Philadelphia im August 1978 aus, der der blutige Höhepunkt einer jahrelangen Polizeibelagerung war. Dies trug ihm die Feindseligkeit der Bullen von Philadelphia ein.

Drei Jahre später wurde Jamal am 9. September 1981 verhaftet, als er auf dem Boden lag, nachdem ihm ein Bulle aus Philadelphia in die Brust geschossen hatte. Die abgekartete erlogene Anklage: Er hätte diesen weißen Polizeibeamten getötet. Im Juli 1982 wurde er nach einer Farce von Prozeß zum Tode verurteilt: unter dem Vorsitz von Blutrichter Sabo — der mehr Menschen in die Todeszelle gebracht hat als irgendein anderer amtierender Richter des Landes —, fast nur mit weißen Geschworenen, faktisch ohne einen Verteidiger, und Jamal selber war während des größten Teils der Verhandlungen aus dem Gerichtssaal ausgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft verlangte die Todesstrafe für Mumia. Als Begründung wurden der Jury Zitate von der Black Panther Party und Mao verlesen.

„Abstieg in die Hölle"

Hinter Gefängnismauern eingesperrt bleibt Mumia Abu-Jamal weiterhin die „Stimme der Entrechteten". Er beschreibt das Leben im Gefängnis, wie es „zwischen dem Banalen und dem Bizarren hin und her schwingt". Er schreibt von Gefangenen, wie sie zwangsweise unberechenbaren Kombinationen von Psychopharmaka ausgesetzt werden, wie sie geschlagen werden, wie sie lange Zeiten der Folter in Einzelhaft erleiden müssen. Er erzählt von einem jungen Häftling, der im Alter von 15 Jahren inhaftiert wurde:

> „Er hat nie eine Frau als Partnerin oder Geliebte in den Armen gehalten; er hat nie ein Neugeborenes in der Hand gehalten und gefühlt, wie das Herz mit neuem Leben schlägt: er hat in beinahe 15 Jahren keinen Sonnenaufgang, keinen Mondschein gesehen — alles wegen eines Raubes, .bewaffnet' mit einem Spielzeugluftgewehr, im Alter von 15 Jahren."

Es spricht Bände über diese rassistische Gesellschaft, daß manche der besten Werke schwarzer Literatur das Leben im Gefängnis behandeln. Bezeichnend für die letzten 25 Jahre ist, daß die Bevölkerung hinter Gittern drastisch zugenommen hat, daß die Todesstrafe wieder eingeführt wurde, und daß in letzter Zeit die amerikanische herrschende Klasse eine ganze Schicht der schwarzen Ghettobevölkerung einfach abschaffen will: Hinter der Todesstrafe steckt ein Impuls zum Völkermord. Jamal schreibt vom „schwarzen Marsch in die Todeszellen" und bemerkt: „Der Rassismus ist der Kern des Systems der Todesstrafe in diesem Land."

Der rassistische Charakter der Todesstrafe in den USA ist unbestreitbar und wurde 1987 durch unwiderlegbare Statistiken im Fall McCleskey kontra Kemp belegt. Aber in seinem langen und gründlich recherchierten Artikel mit dem Titel „Teetering on thé Brink Between Life and Death" (Am Rande des Abgrunds zwischen Leben und Tod), der im *Yale Law Review* (Januar 1991) veröffentlicht wurde, setzt Jamal seine beachtliche Eloquenz und Intelligenz ein, um die systematische rassistische Ungerechtigkeit des amerikanischen Justizwesens zu belegen, das in der barbarischen Todesstrafe gipfelt: „Bundesstaaten, die eine Generation lang niemanden hingerichtet haben, setzen nun ihre Maschinerie in Gang; Generatoren heulen auf, Gift-Cocktails werden gemischt, Gase gemessen und abgefüllt, schalldichte Kammern sind bereit für den Befehl, Leben auszulöschen." Jamal zerstört das demagogische Argument rassistischer Politiker, die mit der Parole „Krieg dem Verbrechen" Wahlen gewinnen, indem er darauf hinweist:

> „Es interessiert nicht, daß von den zehn Staaten mit der höchsten Mordrate acht bei Hinrichtungen führend sind, die doch angeblich abschrecken sollen; es interessiert nicht, daß von den zehn Staaten mit der niedrigsten Mordrate nur einer (Utah) seit 1976 jemanden hingerichtet hat. Es interessiert nicht, daß die Behauptung, die Todesstrafe mache das Leben für die Bürger sicherer, nicht mehr ernsthaft vorgebracht wird.
> Habeas corpus [Gesetz aus dem 17. Jahrhundert, nach dem kein Bürger ohne Überprüfung durch ein ordentliches Gericht in Haft-gehalten werden kann], ein Grundprinzip für das englische Recht seit der Herrschaft von König Charles und die US-Verfassung seit Anbeginn, droht nun die Aushöhlung durch den Vorsitzenden Richter des Obersten Gerichts, eine Möglichkeit, die noch vor ein paar Jahren undenkbar gewesen wäre. Viele der Verurteilten deren Akten voll sind von Verfassungswidrigkeiten, werden demnächst hingerichtet, ohne daß es eine hinreichende Überprüfung gegeben hätte."

In den vier Jahren, seitdem dies geschrieben wurde, hat sich die Entwicklung in Richtung auf diese grausige Realität dramatisch verschärft, besonders seit den Wahlen im November 1994, die begleitet waren von einem tollwütigen Kreuzzug, die Fließbänder des Todes schneller laufen zu lassen: Clintons Gesetz zur „Verbrechensbekämpfung stellte weitere 60 Anklagepunkte unter Todesstrafe. Jetzt verlangt er die Begrenzung der Frist zur Einreichung von Revisionsanträgen gegen Todesurteile auf ein Jahr. Immer mehr Bundesstaaten schließen sich dem Marsch zum Tod an, und in Texas wurde vor einigen Monaten ein Mann hingerichtet, nachdem die Gerichte zugegeben hatten, daß er an dem Verbrechen, für das er starb, unschuldig war.

Wir fordern unsere Leser auf, *Live aus der Todeszelle* zu lesen und es an andere weiterzugeben. Benutzt diese machtvolle Abrechnung mit dem legalen Lynchsystem als Waffe im Kampf, Mumia Abu-Jamal zu retten! Mächtige Kräfte wollen nicht, daß man Mumia Abu-Jamals Stimme hören kann. Schaut in eurem Buchladen nach *Live aus der Todeszelle.* Wenn es nicht da ist, sorgt dafür, daß es geführt wird. Die Originalausgabe von Jamals Buch erschien bei Addison-Wesley, USA. Für die deutsche Ausgabe: Agipa-Press, Eichenberger Str. 9, 28215 Bremen (ISBN 3-926529-09-1).

Nach Workers Vanguard *Nr. 622, 5. Mai 1995*

Kurdistan...

Fortsetzung von Seile 4

wenn die sozialistische Revolution auf nationalem Hoden beginnt, betonte Trotzki naehdrücklieh mit Marx und Lenin und gegen Stalin, kann sie nieht auf dieser Grundlage vollendet werden. „Der Ausweg besteht für ihn [den proletarischen Staat] nur in dem Siege des Proletariats der fortgesehrittenen Länder" *(Die permanente Revolution,* „Einleitung", 1929). Genau deshalb muß das Proletariat eine dureh und durch *internationalistische* kommunistische Partei als seine Führung haben.

Nick B. vom Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB) erklärt, „wir unterstützen den Kampf um ein freies Kurdistan als Auslöser der permanenten Revolution im Nahen Osten und Europa". Tatsächlich kann der Weg zur völligen Freiheit der kurdischen Nation nur durch den proletarischen Sturz der blutigen kapitalistischen Regime in der Türkei, Irak, Iran und Syrien geöffnet werden, und die große proletarische Bevölkerung von Kurden und Türken in Westeuropa und besonders Deutschland kann die *revolutionäre internationalistische* Brücke schlagen zum Proletariat der fortgeschrittenen imperialistischen Länder.

Wir stehen militärisch auf der Seite der PKK gegen Bonns NATO-Verbündete in Ankara. Und die SpAD hat zusammen mit dem Komitee für soziale Verteidigung gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine durch die Regierung protestiert, wie Zehntausende PKK-Unterstützer wissen, die bei zahlreichen Demonstrationen unser Banner sahen und unsere deutsch- und türkischsprachigen Zeitungen mit der Überschrift „Weg mit dem Verbot der PKK!" kauften. Wir kämpfen gegen die Abschiebungen und fordern volle Staatsbürgerrechte für jede Person, die hier lebt. Doch der Kern der Differenzen mit Nick und dem RSB ist: Wir geben *keine politische Unterstützung* für die kleinbürgerlich-nationalistische Politik von Öcalan und der PKK, die kurdischen Arbeitern in Westeuropa und der westlichen Türkei keine Perspektive bietet und *daher* den kurdischen Freiheitskampf nur *verraten* kann.

Nick behauptet das Gegenteil und bezieht sich auf Beschlüsse des 5. Parteikongresses der PKK: „Die Ausdehnung der Revolution auf die türkische Arbeiterinnenklasse wurde als wichtigstes Ziel dargestellt". Aber laut *Kurdistan Report* (Nr. 73, Februar/März) wurde dort das türkische „Brudervolk" (nicht das Proletariat) nur dazu aufgefordert, „endlich die Wahrheit zu sehen und diesen Vernichtungskrieg nicht zu unterstützen, [...] Schulter an Schulter mit dem kurdischen Volk gegen das faschistische Regime zu kämpfen". Auf jeden Fall haben Stalinisten und kleinbürgerliche Kräfte immer und überall betont, daß sie letztendlich für die sozialistische Revolution sind — *bloß jetzt nicht.* Jetzt stehe die „revolutionär-nationale" Macht, die „demokratisch-nationale" Macht, die „Volksmacht" auf der Tagesordnung, wie auf fast jeder Seite im *Kurdistan Report* zu lesen ist.

Nick hat etwas dagegen, wenn wir die PKK als „Möchtegern-Kuomintang" bezeichnen, doch mit ähnlichen Argumenten lieferte Stalin 1925—27 die chinesische Revolution und die chinesische KP an die bürgerliche Kuomintang aus, wohingegen die Linke Opposition von Trotzki zur Unabhängigkeit der proletarischen Avantgarde von der Kuomintang und zu Arbeiter- und Bauernräten aufrief (siehe *Die Dritte Internationale nach Lenin).* Darin liegt der Unterschied zwischen stalinistischer Etappen„theorie" und trotzkistischer permanenter Revolution. Und die klassenlose Losung „Für ein freies Kurdistan" in *Avanti* neigt zur ersteren. Was den Aufruf der PKK zu einer „revolutionären sozialistischen Internationale" angeht, so erinnern wir daran, daß die Kuomintang auf Stalins Einladung hin eine sympathisierende Partei der Komintern wurde, gerade als Tschiang Kaischek daran ging, die revolutionären Arbeiter in Shanghai niederzumetzeln.

Nick kann nicht verstehen, warum die PKK (aber auch *Avanti)* ständig Parallelen zum ANC und zur PLO zieht. Er behauptet, daß „die Klassenbasis einer kurdischen Bourgeoisie nicht vorhanden ist". Auch in Südafrika gab es kaum eine schwarze Bourgeoisie, bis die „politische Lösung" mit de Klerk einige schwarze Juniorpartner für die Randlords erforderlich machte; inzwischen werden ANC-Spitzen in den Vorstand von Konzernen berufen und gleichzeitig streikende Arbeiter durch die neue/alte südafrikanische Armee und Polizei unterdrückt. Außerdem widerspricht der Position von Nick seine eigene Zeitung, *Avanti* (Nr. 7, Juni), die das neue Programm der PKK zitiert:

> „Im Windschatten des nationalen Befreiungskampfes ist ‚aus reichen, im Handel tätigen Teilen der Bourgeoisie und den oberen Schichten des Kleinbürgertums ein nationales kurdisches Kapital entstanden'. Auch das ‚Kleinbürgertum entwickelt sich zum Patriotismus'."

Klingt das etwa nicht wie eine kurdische „Möchtegern-Kuomintang"?



Evrensel

Istanbul, 2. Juli: Zehntausende demonstrieren zum Jahrestag des Pogroms in Sivas. Das Massaker durch islamische Fundamentalisten vereinigte Kurden, Türken in Massenprotesten von Köln bis Ankara

Mit der Zerstörung der Sowjetunion und dem steigenden Druck der Imperialisten ist die Manövrierfähigkeit der kleinbürgerlichen Befreiungsbewegungen massiv eingeschränkt. Deshalb der Ausverkauf durch PLO und ANC. Deshalb ruft die PKK, die früher die UdSSR als „fortschrittlich" bezeichnete, jetzt nach einer „politischen Lösung" und entdeckt auf ihrem letzten Kongreß, daß der „Sowjetsozialismus ... ‚primitiv und bestialisch'" *(Kurdistan Report* Nr. 73) gewesen sei. *Weil* die PKK keine proletarische Strategie hat, bleibt ihr nur noch das „Ausnutzen internationaler, auch imperialistisch dominierter Institutionen

Fortgesetzt auf Seite 28

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 27

wie der UNO" übrig, wie Nick vorschlägt. Das kurdische „Exilparlament", dessen Vorbild ausdrücklich der Palästinensische Nationalkongreß der PLO ist, hat *nichts* mit dem Kampf um demokratische Rechte zu tun und erst recht nichts mit Sozialismus. Es hat alles damit zu tun, einen „Beobachterstatus" bei der UNO zu bekommen, als Vorspiel zu einer durch Imperialisten vermittelten „Lösung" für Türkisch-Kurdistan. Lenin nannte den Vorläufer der UNO, der Kurdistan zerstückelte, eine „Räuberhöhle". Unter der „Schirmherrschaft" der UNO wurde Palästina zerstückelt, überfielen die USA Korea und schickt jetzt Deutschland wieder Kampftruppen auf den Balkan! Aber der *Kurdistan Report* (Nr. 72, Januar) will uns glauben machen,

> „daß die UNO eine Organisation ist, die sich auf völkerrechtlicher Basis mit globalen politischen Fragen beschäftigt und deren Hauptziel es ist, friedliche und politische Lösungen für internationale Konflikte zu finden".

Mit der Propaganda für „friedliche und politische Lösungen" durch die bluttriefende, von Imperialisten dominierte, UNO wird ganz klar, wer hier wen „ausnutzt", wenn die PKK „revolutionäre Diplomatie" betreibt. Kein Wunder, daß der RSB die Kampagne für „Workers aid" für Tuzla (mit Rückendeckung durch UNO/NATO-Flugzeuge) bejubelt!

Nick und der RSB sind Mitglieder des „Vereinigtes Sekretariats" (VS) von Ernest Mandel, die sich als Weiterführung der von Trotzki 1938 gegründeten „Vierten Internationale" darstellen. In Wirklichkeit repräsentieren sie eine revisionistische und liquidatorische Strömung, die für die politische Zerstörung der Vierten Internationale Anfang der 50er Jahre verantwortlich ist und damals von Michel Pablo geführt wurde. Diese Strömung verabschiedete sich vom Kampf um die Führung des revolutionären Proletariats und lief statt dessen klassenfremden Kräften hinterher, die jeweils populär oder vorherrschend waren. Ihre Unterstützung reichte von den stalinistischen KPen bis zur SPD in Deutschland und zu kleinbürgerlich-nationalistischen Bewegungen in den Kolonien und Neokolonien. Die Pabloisten gaben der algerischen NLF nicht nur militärische, sondern auch politische Unterstützung. Nachdem die Unabhängigkeit von Frankreich erkämpft worden war, schlug die FLN gegen die Arbeiter los, trieb die Frauen zurück an Heim und Herd, verherrlichte den Islam und führte Grenzkriege gegen benachbarte bürgerliche Regime — und Pablo diente der NLF-Regierung als Berater!

So wie die PKK kombinierte auch die FMLN in El Salvador in den späteren 80er Jahren den Guerillakrieg mit Aufrufen zu einer „politischen Lösung". Seit 1989 und besonders nach Jelzins Gegenputsch im August 1991 (wo das VS dazu aufrief, auf der Seite von Jelzins konterrevolutionären Barrikaden zu sein) bettelte die FMLN, trotz ihrer sichtbaren militärischen Stärke, bei UNO und USA darum, daß sie die Kapitulation vor dem Regime der Todesschwadronen aushandeln. Jetzt sitzen ihre Führer im Parlament, während die salvadorianischen Massen weiter unter unvermindertem Elend und Terror leben. Auch in El Salvador unterstützte das VS die FMLN/FDR politisch, während die Spartakisten zum militärischen Sieg der linken Aufständischen aufriefen und gegen die „politische Lösung" eintraten.

Heute ist ein Teil der deutschen Bourgeoisie überzeugt, daß die Türkei bei einem Krieg, den sie militärisch nicht gewinnt, bankrott gehen kann. Wenn die Oskar Lafontaines und Joschka Fischers mit riesigen Anzeigen in führenden überregionalen Zeitungen für eine „politische Lösung" in Kurdistan Reklame machen, dann haben sie eine „Lösung" im Visier wie die von der UNO errichtete „Autonomie" der Kurden im Nordirak oder die von Israel gesponserte „Autonomie" der PLO in Gaza und Jericho, bei der die unterdrückte Nation für die Imperialisten und ihre neokolonialen Verbündeten *sich selbst* polizeilich überwacht. Wenn der RSB gegen das Verbot von Newrozfeiern gemeinsam mit Sozialdemokraten und Grünen einen „Süddeutschen Appell" für eine „politische Lösung" in Kurdistan herausbringt, dann ordnet er die demokratische Frage (Kampf gegen das Verbot) *einem Propagandablock* mit Verfechtern einer Fax Germanica in Nordkurdistan unter. Im-Gegensatz dazu ist die breite Unterstützung für Mumia Abu-Jamal international über die Taktik *der Einheitsfront* mobilisiert worden, bei der ein gemeinsames Ziel die Beteiligten vereint und gleichzeitig alle die völlige Unabhängigkeit ihrer Propaganda beibehalten.

In bezug auf unsere Kritik an der PKK und dem wahllosen Terror gegen türkische Einrichtungen erhebt Nick die schwerwiegende und falsche Beschuldigung, sie sei „letztendlich eine Unterstützung der Hetze von Kanther und Beckstein". Als Lenin die Narodniki als „Liberale mit Bomben" angriff, diente er damit der zaristischen Polizei oder der Sache der proletarischen Revolution? Nick muß auch zugeben: „*Spartakist* hat recht, wenn er schreibt, dieser Krieg dient dem deutschen und türkischen Staat. Dies wird auch die PKK wissen." Aber der Punkt ist: Wenn sie es weiß, warum sagt sie es dann nicht?

Soweit uns bekannt, hat die PKK *nirgendwo* solche Anschläge grundsätzlich verurteilt. Als 1993 in Wiesbaden ein türkischer Arbeiter bei einem Anschlag auf eine Kneipe getötet wurde, erklärte die PKK in einer Presseerklärung ihrer Europavertretung zwar: „Diese Vorfälle haben keinerlei Verbindung mit unserer Partei", bezeichnete aber die „Angriffe von Kurden auf türkische Institutionen" als „natürliche und verständliche Reaktionen gegen die Massakrierung und Vernichtung einer Nation". Mittlerweile erklärt Öcalan: „Wir wollen nicht, daß es zu Zwischenfällen kommt" (*Kurdistan-Rundbrief,* 4. Mai). Doch im gleichen Atemzug gibt er die „Schritte" an, die „sehr nützlich sein würden, Zwischenfälle zu vermeiden", nämlich „daß Deutschland sich stärker für eine politische Lösung einsetzen muß". Was er als „Wut" der „in Deutschland lebenden kurdischen Bevölkerung" bezeichnet, soll also dazu dienen, auf Bonn Druck auszuüben. Und dafür stellt Öcalan sogar in Aussicht: „Solche Schritte würden ... späterer großer Unterstützung den Weg öffnen".

Diese Politik der PKK, gegen das feindliche türkische Regime ausgerechnet den deutschen Imperialismus um Unterstützung zu bitten, „spiegelt die völkermörderische Logik des Nationalismus wider, der ganze Völker zum Feind erklärt, statt ihre bluttriefenden herrschenden Klassen", wie wir im letzten *Spartakist* (Nr. 118, Mai/Juni) geschrieben haben. Deshalb weigerte sich die PKK, sich mit den türkischen Arbeitern zu solidarisieren, als 1993 fünf türkische Kinder und Frauen in Solingen von Nazis ermordet wurden. Selbst wenn der türkische Geheimdienst dahintergesteckt hätte, wäre dies etwa kein Grund zur Solidarität gewesen? Als am Tag dieses faschistischen Mordes Tausende von türkischen und deutschen Antifaschisten und Linken in Solingen protestierten, mobilisierte die PKK Zehntausende zum Druckausüben auf Bonn und behauptete, Solingen sei nur eine „Ablenkung". Hätte die PKK nur ein paar tausend ihrer Unterstützer nach Solingen geschickt, wäre ein Ausgangspunkt für die Einheit von kurdischen Arbeitern mit ihren türkischen und deutschen Kollegen geschaffen worden.

Für die revolutionäre Einheit der türkischen, kurdischen und deutschen Arbeiter ist eine internationalistische Partei erforderlich. Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale, die Trotzki als seine eigene anerkennen könnte! Wer sich dem trotzkistischen Programm der permanenten Revolution verpflichten will, schließe sich den Spartakisten an!«

Balkan...

Fortsetzung von Seite 32

drückt sich in den „oppositionellen" Stimmen bei SPD und Grünen aus. Der Bündnisgrüne Ludger Volmer, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, begründete seine Ablehnung des Regierungsbeschlusses damit, daß „es der serbischen Seite zumindest Vorwände liefert" *(Neues Deutschland,* 30. Juni). Und auch Hans Koschnick, SPD-Administrator in Mostar, warnte: „Deutsche Stahlhelme auf dem Balkan, wohlgelitten bei den Slowenen und den Kroaten, motivieren die Serben". *(Die Zeit,* 30. Juni).

Die Greueltaten, die die Wehrmacht und Hitlers kroatische und bosnisch-moslemische faschistische Marionetten während des Zweiten Weltkriegs begangen haben, sind im nationalen Bewußtsein der serbischen Bevölkerung eingebrannt. Der Beschluß zum Einsatz deutscher Truppen löste auch sofort entschlossenen Widerstand bei den Serben aus. Wohl wissend, was die Beteiligung von Bundeswehr und Luftwaffe bedeuten würde, war es bisher Bonns Strategie, zu manövrieren und die Briten und Franzosen unter Druck zu setzen, damit sie die Serben bekämpfen, um den Balkan sicher zu machen für die Deutsche Bank. „Bonn war bereit", wie der ehemalige Jugoslawien-Botschafter sarkastisch kommentiert hat, „bis zum letzten Franzosen zu kämpfen" *(Der Spiegel,* 26. Juni).

Das ist immer noch die Linie der PDS. Als einzige Bundestagsfraktion stimmte sie geschlossen gegen den Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan. Vor dem Reichstag rollte sie ein Banner „Keine deutschen Soldaten nach Bosnien!" aus. Aber ihre Opposition hat nicht das Geringste mit Antiimperialismus zu tun. Ganz im Gegenteil, *nur in imperialistischen Maßnahmen* sieht die PDS eine Lösung. Sie tritt entschieden für die „Friedenstruppen" der UNO ein, die nur als Deckmantel für eine imperialistische Intervention fungieren (und sich hauptsächlich aus französischen und britischen Truppen zusammensetzen). Bei seiner Rede im Bundestag forderte Gysi, „ein konsequentes Embargo zu beschließen und durchzusetzen", und die außenpolitische Sprecherin Andrea Lederer forderte von der Bundesregierung, sie „sollte sich für einen Friedensplan stark machen, der die Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt" *(Neues Deutschland,* 30. Juni). Jetzt schwingt Gysi empörte Reden über das „Großmachtstreben Deutschlands", aber es war die PDS, die beim Anschluß der DDR die größten Illusionen über ein friedliches, „europäisches Deutschland" verbreitet hat. Insofern bleiben sich die neugeborenen Sozialdemokraten der PDS mit ihren Beschwörungen eines „friedlichen" Imperialismus nur selbst treu.

Nun sind alle multinationalen Bestandteile auf dem Balkan versammelt, die mit unheimlicher Schärfe an die Wirren erinnern, die zum ersten imperialistischen Krieg führten. Als die bosnischen Serben letzten Monat im Gegenzug zur US-Bombardierung „friedenserhaltende" britische, französische und andere UN-Soldaten als Geiseln nahmen, reagierte US-Präsident Clinton unter dem Druck von Kongreß-Abgeordneten mit einem Rückzieher. Frankreichs neugewählter rechter Präsident Jacques Chirac gab sich als Macho, stellte eine 12500 Mann starke schnelle Eingreiftruppe auf und schickte den französischen Flugzeugträger *Foch* in die Adria, der sich dem US-Schiff *Theodore Roosevelt* anschließen soll. Gleichzeitig führten offizielle französische Vertreter vertrauliche Verhandlungen mit bosnischen Serben, um die UN-„Friedenserhalter" freizubekommen, die als Geiseln gegen weitere NATO-Luftangriffe festgehalten wurden. Und jetzt reden sie davon, ihre Truppen — das größte Kontingent der UNO/NATO-Kräfte in Bosnien — bis Ende des Jahres abzuziehen.

Alle Seiten, die in das Blutbad auf dem Balkan verwickelt sind — die verschiedenen westlichen Imperialisten, die Russen, die lokalen Nationalisten —, manövrieren ständig, fallen sich gegenseitig in den Rücken und ändern immer wieder den Kurs. Es gab zahllose widersprüchliche UN- und NATO-Resolutionen und „Friedens"pläne, zahlreiche Waffenstillstandsabkommen, gefolgt von neuen Offensiven und Gegenoffensiven. Das Durcheinander und die Spaltungen unter den westlichen Imperialisten spiegeln sich in den sich gegenseitig bekämpfenden Nationalisten auf dem Balkan wider. Auch die Kroaten und die bosnischen Moslems, angeblich Verbündete gegen die Serben in einer von Deutschland gesponserten Föderation, gehen regelmäßig aufeinander los. Auch das serbische nationalistische Lager ist in erbittert feindliche Fraktionen gespalten, die es sehr wohl fertigbringen, sich gegenseitig zu massakrieren.



AP

Tudjman und Kinkel: Ungebrochene Kontinuität des Vierten Reichs mit Nachfolgern der Ustascha

Im Grunde ist das Blutbad auf dem Balkan das Produkt der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der Zerstörung der Sowjetunion unter dem Druck des Weltimperialismus. In ganz Osteuropa wurde diese Konterrevolution durch wiederaufsteigenden Nationalismus geschürt, und sie hat durch ihren Sieg diesen wiederum verstärkt. Gleichzeitig fällt mit dem Verschwinden der Sowjetunion das System der Kalten-Kriegs-Allianzen, einschließlich der NATO, auseinander. Der Hintergrund dafür sind die wachsenden *interimperialistischen Rivalitäten,* hauptsächlich zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan. So sagte „Verteidigungs"minister Ruhe, „die Teilnahme an der Balkan-Mission wird Deutschland mehr Schlagkraft in Europa geben", wie AP am 26. Juni berichtete.

Trotz allen Zögerns geht die Verstärkung der NATO-Einsatzkräfte in die Richtung, die kroatischen und bosnisch-moslemischen Armeen einem imperialistischen Krieg gegen die Serben unterzuordnen, was eine Veränderung des Charakters des Krieges bedeuten würde. In einem solchen Fall ist es die elementare Pflicht revolutionärer

Fortgesetzt auf Seite 30

Balkan...

Fortsetzung von Seite 29

Marxisten und klassenbewußter Arbeiter, die Serben gegen einen imperialistischen Angriff zu verteidigen.

Viertes Reich trieb blutigen Zerfall Jugoslawiens voran

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien entstand aus dem Zweiten Weltkrieg, als Titos kommunistische Partisanen erfolgreich sowohl die Besatzer der Nazi-Wehrmacht als auch die kroatische faschistische Ustascha und die serbischen monarchistischen Tschetniks bekämpften. Tito und seine Genossen, die aus dem Krieg mit einer immensen populären und moralischen Autorität hervorgingen, vergesellschafteten die Wirtschaft, wenn auch in einer bürokratisch kontrollierten und deformierten Weise, im Namen der „Brüderlichkeit und Einheit" der Werktätigen Jugoslawiens.

Die relative Freundschaft zwischen den Nationen unter dem titoistischen System steht im Gegensatz zu dem heutigen brudermörderischen Nationalismus. Diese Entwicklung wurde durch die bürokratischen Deformationen und die eigenen Beschränkungen des jugoslawischen Stalinismus mit seinem Programm vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land" vorbereitet. Nur die Ausweitung der proletarischen Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas hätte die ökonomische Basis für wirkliche nationale Gleichheit auf dem relativ verarmten Balkan legen können. Tatsächlich aber verstärkte Titos „Marktsozialismus" Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen, als er Jugoslawien für eine zunehmende ökonomische Durchdringung durch den Imperialismus öffnete, und schürte so den Wiederaufstieg des Nationalismus.

Besonders nach Titos Tod 1980 zersplitterte die stalinistische Bürokratie immer mehr entlang nationalistischer Linien. Ende der 80er Jahre trampelte der schrille Nationalist Slobodan Milosevic, der die Führung des serbischen Bundes der Kommunisten übernahm, auf Titos sorgfältig ausbalancierten nationalen Arrangements herum, angefangen mit einem gewalttätigen Angriff auf die Albaner im Kosovo. Milosevics Drang nach einem „Großserbien" wiederum verstärkte antikommunistischen Nationalismus in Kroatien und Slowenien, den reicheren, traditionell römisch-katholischen, nördlichsten Republiken Jugoslawiens, die früher zum deutschen Einflußbereich gehörten.

Kürzlich enthüllten Dokumente, daß der westdeutsche Geheimdienst jahrzehntelang eng mit der kroatischen Ustascha und anderen rechten Nationalisten zusammengearbeitet hat, um das Auseinanderbrechen des titoistisehen Jugoslawiens zu bewirken. Kaum einer weiß besser darüber Bescheid als Genschers Patenkind Kinkel, der 1979—82 dem Bundesnachrichtendienst vorstand. Schon 1950 wurde der erste BND-Agent nach Kroatien geschickt; zu Kinkels Zeit waren es 1000 Operative. In den 80er Jahren hat sich der BND „dem kroatischen Nachrichtendienst gegenüber so benommen, als wäre dieser ein Sektor des BND, eine Gebietsabteilung", so der langjährige jahrzehntelange Leiter des jugoslawischen Auslandsnachrichtendienstes im Außenministerium, Anton Duhacek (Erich Schmidt-Eenboom, *Der Schaltenkrieger: Klaus Kinkel und der BND).*

Deswegen mutete es besonders unheimlich an, als unter der Fassade einer „politischen Lösung" Graf von Einsiedel, großdeutsche Gallionsfigur der PDS, am 24. Februar einen Antrag im Bundestag einreichte, der die Kohl-Regierung aufforderte, ihre „guten Beziehungen zur kroatischen Regierung" zu bemühen *(PDS-Pressedienst,* 3. März)! Was Einsiedel als Friedensbemühungen verkaufen will, sind im Klartext die „Beziehungen" der Herrscher des Vierten Reichs zu den Verteidigern der Massenschlächter von Jascnovac, dem jugoslawischen Auschwitz.

Als die kapitalistische Konterrevolution über Osteuropa hinwegfegte, kam Anfang 1991 die endgültige Krise des titoistisehen Jugoslawiens, wobei neugewählte rechte nationalistische Regierungen in Kroatien und Slowenien ihre Lostrennung vom Bundesstaat erklärten. Die USA, Britannien und Frankreich machten halbherzig den diplomatischen Versuch, einen jugoslawischen Staat zu erhalten und dabei seine Wirtschaft auf kapitalistischer Linie neu zu strukturieren. Aber an diesem Punkt betrat das gerade wiedervereinigte deutsche Vierte Reich mit entschiedenem Nachdruck die Bühne, überrollte seine europäischen Verbündeten wie eine Dampfwalze und brachte sie dazu, die Unabhängigkeit Sloweniens, Kroatiens und etwas später Bosniens anzuerkennen.

Damals schrieben wir: „In Jugoslawien wollen sie Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg rückgängig machen" *(Spartakist* Nr. 88, Juli 1991). Vor dem Ersten Weltkrieg gehörten Slowenien, Kroatien und Bosnien zum zerfallenden Kaiserreich Österreich-Ungarn, dem Juniorpartner von Deutschlands wilhelminischem Zweiten Reich, das von Bismarck und seinen Nachfolgern geführt wurde. Heute führen Kohl, Kinkel & Co. das mit militärischen Mitteln fort, was Kinkel 1981 unter SPD-Kanzler Helmut Schmidt zur Zerschlagung von Jugoslawien eingeleitet hatte. Der gegenwärtige Drang des großdeutschen Imperialismus, seine Einflußsphäre auf dem nördlichen Balkan wiederherzustellen, ist nicht einfach durch historische Gefühle oder ein Verlangen nach Rache motiviert. In dieser Region gibt es Bodenschätze von strategischer Bedeutung für die deutsche Industrie.

Im Jugoslawien vor 1991 waren die Serben nicht nur die größte, sondern auch die geographisch am stärksten zerstreute Nationalität. Ein Viertel der serbischen Bevölkerung lebte außerhalb ihrer eigenen nationalen Republik, hauptsächlich in Kroatien und Bosnien. Durch das Auseinanderbrechen Jugoslawiens waren diese großen serbischen Bevölkerungsteile mit feindlichen nationalistischen Regimen in Zagreb und Sarajewo konfrontiert. Die Angst, eine unterdrückte Minderheit zu werden, kombiniert mit chauvinistischer Stimmung für ein Großserbien, entzündete eine neue Reihe von Balkankriegen.

Seit Ende 1992 ist die Situation in Ex-Jugoslawien ein strategisches Patt. Die kroatischen und bosnisch-moslemischen Kräfte erhöhten zwar ihre Truppenstärke und militärische Ausrüstung, waren aber nicht stark genug, um die Serben zurückzuschlagen. Und die imperialistischen Westmächte waren aus jeweils unterschiedlichen und widersprüchlichen Gründen nicht willens, für ihre kroatischen und/oder bosnisch-moslemischen Klienten einen großen Krieg gegen die Serben zu starten.

NATO und Rußland seit Ende der UdSSR und der Hexenkessel auf dem Balkan

Seit dem Ende des Kalten Krieges sehen herrschende Kreise der USA jetzt in der Japan AG den Feind Nr. 1. Aber auf dem Balkan sind die Beziehungen der USA zu dem nachsowjetischen Rußland ein sehr viel direkterer und wichtigerer Faktor.-Als Boris Jelzin, nach seinem Aufstieg im August 1991, im Dezember danach Gorbatschow aus dem Kreml rausschmiß und die formale Auflösung der Sowjetunion verkündete, feierte die amerikanische herrschende Klasse den „Tod des Kommunismus" und sah Rußland schon als künftigen Juniorpartner in einer von Washington dominierten „Neuen Weltordnung". Aber so ist es nicht gelaufen. Während Rußland in sozialem Chaos, wuchernder Kriminalität und blutigen nationalen Konflikten (z. B. der Tschetschenien-Krieg) versinkt, haben seine neu-

en Herrscher ihre eigenen imperialen Ambitionen ausgedrückt, die auf das Zarenreich zurückgehen. Zunehmend sieht die bürgerliche Meinung in den USA das nachsowjetische Rußland als ein gefährliches Land und einen unberechenbaren Faktor auf der politischen Weltbühne.

Das zaristische Rußland war der historische Großmachtbeschützer seiner serbischen „kleinen Brüder", und das Jelzin-Regime intervenierte in den gegenwärtigen Balkan-Konflikt, um Rußlands Rolle als europäische Großmacht zu bekräftigen. Moskau agierte gleichzeitig als Anwalt der Serben in der internationalen diplomatischen Arena und als Bulle mit Zuckerbrot gegenüber den Serben im Interesse der westlichen, besonders der deutschen, Imperialisten. So halfen die Russen letztes Jahr, Milosevic davon zu überzeugen, daß er die von Deutschland gesponserte kroatisch-bosnische Föderation akzeptiert.

Ein Grund dafür, daß Washingtons Geostrategen die Intervention in Bosnien erwägen, ist: Bei Abwesenheit der USA wäre die alternative Möglichkeit, dem Balkan einen imperialistischen „Frieden" zu bringen, ein deutsch-russisches Gemeinschaftsprotektorat im ehemaligen Jugoslawien, wobei jeder seine jeweiligen Klienten auf Linie hält. Dies ist jetzt nicht der Fall, und bestimmt nicht, solange Washingtons Mann Jelzin im Kreml sitzt, aber selbst die entfernte Möglichkeit einer solchen neuen Konstellation würde dem Pentagon Alpträume bescheren, da diese den Herren des jetzigen Großdeutschlands Zugang zu gewaltigen Rohstoffreserven (Öl, Erzen, Getreide), Atomwaffen und Raketenabschußsystemen verschafft.

Bundeswehr/NATO/UNO raus aus dem Balkan!

Ende April startete die kroatische Armee eine Offensive und nahm Westslawonien ein, eine von Serben bevölkerte Region, die unter der Kontrolle serbischer Kräfte stand, seit die erste Runde des Balkankriegs Ende 1991 endete. Mehr als 5000 serbische Flüchtlinge flohen vor der anrückenden kroatischen Armee, Hunderte wurden getötet. Wie vorauszusehen, übten die Serben Vergeltung, indem sie die kroatische Hauptstadt Zagreb beschossen und die Artillerieangriffe auf Sarajewo wieder aufnahmen.

Die Amerikaner setzten sich über Einwände der Briten und Franzosen hinweg und beschlossen, die Serben mit Luftangriffen auf deren Waffenlager in Bosnien zu „bestrafen". Die bosnischen Serben beantworteten dies damit, daß sie britische und französische Soldaten als Geiseln nahmen und einige von ihnen bei den Waffendepots und anderen potentiellen Zielen der amerikanischen Luftwaffe anketteten. Die Geiseln wurden gegen das Versprechen freigelassen, daß es keine weiteren Luttangriffe der NATO geben werde. Das Ganze lief darauf hinaus, daß die Politik der USA, gegen die Serben „Härte zu zeigen", in der Demütigung ihrer westeuropäischen Alliierten endete.

Die Debatte über das Waffenembargo ist zu einer diplomatischen Farce geworden, denn es wird in jedem Fall nicht durchgesetzt. In den letzten paar Jahren wurde das Regime von Sarajewo massiv mit modernen Waffen versorgt, hauptsächlich aus islamischen Ländern, mit Zustimmung der USA. Das Haupthindernis, das die bosnischen Moslems daran hindert, die Waffen zu bekommen, die sie wollen, sind in Wahrheit die Kroaten: manchmal ihr Verbündeter und manchmal ihr Feind. Bosnien liegt mitten im Land, also müssen Panzer und andere schwere Artillerie über die Adria-Häfen in Kroatien kommen ... und manchmal kommen sie nicht durch. Aus Mangel an schweren Waffen wird die gegenwärtige Offensive der Moslems zum Durchbrechen der Belagerung Sarajewos wahrscheinlich nicht in einem entscheidenden Sieg enden, sondern nur in einer Intensivierung des Krieges mit Massakern und Gegenmassakern auf beiden Seiten.



Impérial War Museum, London

Jugoslawische Partisanen durchbrachen bei ihrem Kampf gegen die Nazis die nationalen Gegensätze

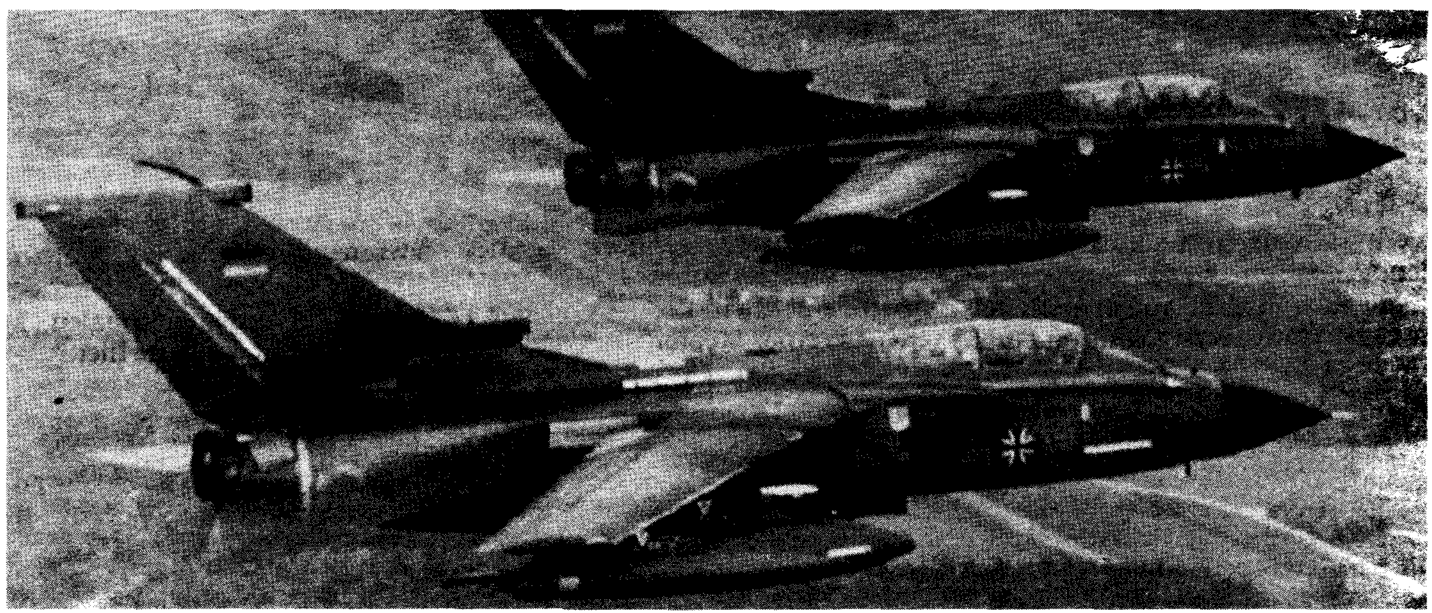
Während die imperialistischen „Falken" nun schwören, bis zum letzten bosnisch-moslemischen Soldaten zu kämpfen, setzen die „Tauben" ihre Hoffnung ausgerechnet auf Slobodan Milosevic. Milosevic veranstaltet seit einiger Zeit einen Balanceakt und versucht, die NATO-Imperialisten zu beschwichtigen und gleichzeitig in Belgrad eine ganz andere Sprache zu sprechen. Es wird für ihn nicht nur schwierig sein, denjenigen, die in Bosnien kämpfen, ein Diktat reinzuwürgen, sondern die serbische Gesellschaft ist auch nicht einfach eine homogene Masse. Während Milosevic, jetzt Führer der serbischen Sozialistischen Partei, aggressiv die nationalistische Karte gespielt hat, ist seine Frau, Mirjana Markovic, die führende Ideologin der „Kommunistischen Allianz — Bewegung für Jugoslawien", die enge Verbindungen zur Armee hat und behauptet, gegen Nationalismus zu sein. „In den letzten drei Jahren", schrieb sie, „haben unsere Zeitungen Kriegsgewinnler, von religiösem Haß getriebene Killer und andere Kriminelle, die ihre krankhaften Greueltaten als Taten von Patriotismus und Tapferkeit darstellen, zu Helden gemacht" (zitiert in *Le Monde,* 24. Mai). Was noch wesentlicher ist: Die Arbeiterklasse, die unter dem imperialistischen Embargo stark gelitten hat und im Jugoslawien vor 1991 bei mehreren Gelegenheiten explosive Klassenkämpfe ethnisch integriert führte, kann durch dieses interkommunalistische Gemetzel nur Schaden nehmen.

Marxisten und proletarische Internationalisten stellen sich gegen alle Seiten in diesem schmutzigen nationalistischen Blutbad, das das ehemalige Jugoslawien auseinandergerissen hat und die kapitalistische Herrschaft über den Leichen der Arbeiter und Bauern aller Nationalitäten errichtet hat. Wir stellen uns gegen *alle Formen* einer imperialistischen Intervention auf dem Balkan, von Wirtschaftsboykotten über „friedenserhaltende" Truppen bis zu NATO-Luftangriffen. Die von nationalistischen Ansprüchen auf dem Balkan ausgehenden Konflikte können auf demokratische und gerechte Weise nur unter der Herrschaft des Proletariats gelöst werden, der einzigen Klasse, die kein Interesse daran hat, nationalistische Ziele zu verfolgen. Dieser blutige Konflikt unterstreicht die Tatsache, daß trotzkistische Parteien, aufgebaut im Kampf für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, notwendig sind, um den Kampf für eine sozialistische Föderation auf dem Balkan als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu führen.

SPARTAKIST

Imperialistische Rivalität auf dem Schlachtfeld Balkan

Bundeswehr/NATO/UNO raus!



dpa

Deutschland betrieb blutigen Zerfall Jugoslawiens. Jetzt will es den Balkan wieder beherrschen

Am 30. Juni beschloß der Bundestag mit großer Mehrheit, deutsche Truppen und Kampfflugzeuge auf den Balkan zu schicken. Jetzt läuft der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr seit dem Zweiten Weltkrieg an — für die Völker auf dem Balkan kommt die noch lebendige Erinnerung an den Nazi-Überfall wie ein Alptraum zurück. Der deutsche Imperialismus, der immer selbstsicherer und bestimmter auftritt, seit er 1989/90 die DDR annektierte, hat damit einen gravierenden Sprung zur lang ersehnten Weltmachtrolle vollzogen. Ab nun ist „die Kultur der deutschen Zurückhaltung vorüber", wie Außenminister Klaus Kinkel (FDP) bekanntgab. „Die Stunde der Wahrheit", lange erwartet von den Falken der liberalen *Zeit,* ist gekommen.

Durch Tornado-Kampfflugzeuge mit hochentwickelter Anti-Radar-Technik wird die Bundeswehr der schnellen Eingreiftruppe der UNO im Rahmen von NATO-Flügen Rückendeckung aus der Luft geben. Bonn hat schon zwei Kriegsschiffe in die Region geschickt, und deutsche Offiziere sind an Bord von AWACS-Flugzeugen, die NATO-Luftangriffe anleiten. Die Welt hat zugesehen, wie sich das deutsche Militär „Schritt für Schritt, Einsatz für Einsatz, symbolische Truppen nach symbolischen Truppen ... wieder zum Schlachtfeld vorwärtsrobbt, 50 Jahre nachdem es Hitlers Krieg verlor und sich gedemütigt von den Waffen verabschieden mußte", so die *Los Angeles Times* (20. Juni).

Bei der Entscheidung zum Truppeneinsatz stützte sich die Bonner Regierung auf eine breite Front der „Vaterlandsverteidiger". Die SPD hat seit langem ihre grundsätzliche Zustimmung bekräftigt. Wie beim Kriegseintritt des deutschen Imperialismus am 4. August 1914 stehen die SPD-Lakaien treu zu ihren Herren, um die Arbeiter auf die Schlachtbank zu schicken. Auch die Mehrheit der Abgeordneten unter Scharpings Führung, die gegen den CDU•'FDP-Antrag stimmten, befürwortet selbst unabhängig von einem UN-Abzug den Einsatz von Bodentruppen und Tornados. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die SPD diese Flugzeuge lediglich zur Aufklärung und vorerst befristet bis zum Jahresende einsetzen will. Und aus den Reihen der Grünen kommen die rabiatesten Kriegstreiber, die mit antiserbischen Kampagnen über „Völkermord" und „Massenvergewaltigung" die Stimmung anheizen wollen.

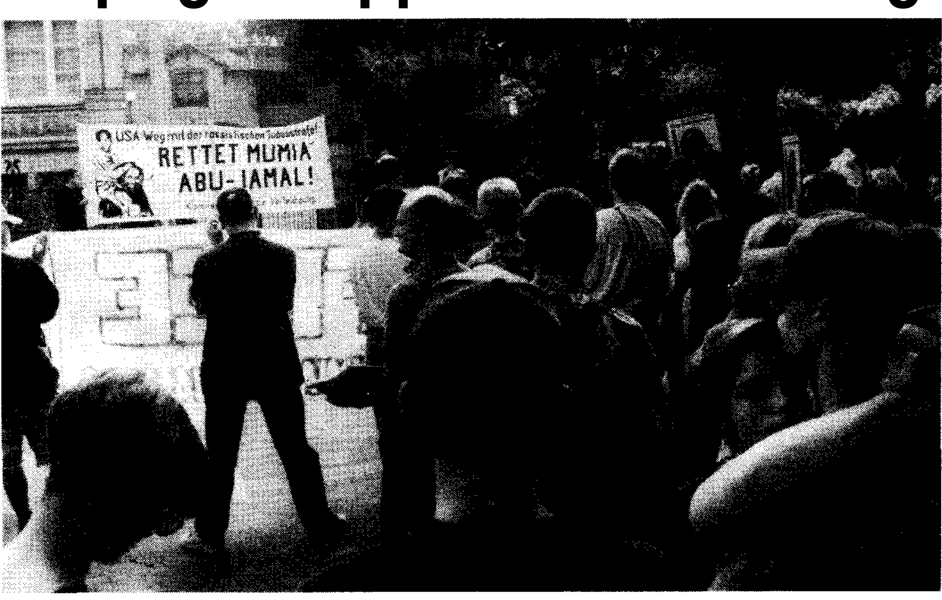
Zugleich ist auch die deutsche Bourgeoisie üKr das Schlamassel auf dem Balkan besorgt, auf das sie sich einläßt, und die internationale Reaktion auf ihren otfenen Kriegseintritt ist durchaus nicht einhellige Begeisterung. So nannte die britische *Financial Times* am 29. Juni den Bundeswehr-Einsatz „die falsche Aktion am falschen Ort", die „allzu wahrscheinlich historische Wunden aufreißen" würde. Selbst Kanzler Kohl erklärte noch Anfang Juni nach der NATO-Tagung in -Paris, wo das Bonner Verteidigungsministerium seine „Weisung Nr. l" für einen „Out-of-area"-Einsatz deutscher Truppen herausgab: „Deutschland darf sich auf keinen Fall in den Krieg hineinziehen lassen" *(Der Spiegel,* 19. Juni).

Der deutsche Imperialismus spürt noch empfindlich die Last seiner Geschichte, die ihn bisher daran hinderte, massive Militäraktionen allein durchzuführen, und dies

Forlgesetzt auf Seite 29

300 fordern in Leipzig: Stoppt die Hinrichtung

Gegen die drohende Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal protestierten am 19. Juni vor dem US-Konsulat in Leipzig 300 Demonstranten. Dazu aufgerufen hatten unter anderen der PDS-Stadtvorstand Leipzig, der Studentinnenrat der Marlin-Lulher-Unirersität Halle (StuRa), der auch die Fahrt für Studenten aus Halle organisierte und bezahlte, und der Landesbezirk Südost der IG Medien. Die Autonomen beteiligten sich an der Demo, zusammen mit vielen Schülern und auch älteren Menschen. Die Redebeilrage drückten das breite Spektrum der Kundgebungsteilnehmer aus. Wir drucken nachfolgend Auszüge aus dem Kfsl '-Beitrag von Janis Carnet ab.



Spartakist

„Rettet Mumia Abu-Jamal" forderten Hunderte in Leipzig

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Wir sind heute aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichen politischen Meinungen hierhergekommen. Wir bauen hier für alle Opfer der barbarischen Todesstrafe eine Tribüne. Und das ist genau, was Mumia will.

Staatliche Hinrichtungen sollen die gesamte Bevölkerung einschüchtern und terrorisieren. Die Todesstrafe geht Hand in Hand mit dem Terror des Ku Klux Klan und dem Bullenterror auf der Straße gegen schwarze Menschen. Der Kampf gegen das legale Lynchen ist ein Teil des Kampfes für Gleichheit.

Heute gibt es in Deutschland keine offizielle Todesstrafe. Aber wir denken an die Gefangenen der RAF und an Wolfgang Grams und an den Antifaschisten Hans Bögelein, der hier in Leipzig begraben ist. Wieviele Kurden, türkische Linke und Sinti und Roma wurden durch Abschiebung zum Tode verurteilt?

Die gleichen Leute, die in den USA nach der Todesstrafe rufen, versammeln sich vor Kliniken und greifen Frauen an, die einen Schwangerschaftsabbruch bekommen möchten. Bisher wurden drei Ärzte von solchen Leuten erschossen.

Im Mai '85 reichten sich Reagan und Kohl die Hände - über SS-Gräbern in Bitburg. Eine Woche später bombardierte die Polizei in Philadelphia die schwarze MOVE-Gemeinschaft. Elf Menschen, darunter fünf Kinder, verbrannten zu Tode. Die Verbrecher sind Polizei und Staat. Obwohl wir für die beste rechtliche Verteidigung für Mumia kämpfen, haben wir kein Vertrauen in die bürgerliche Justiz! Unser Vertrauen gilt der internationalen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften, die weltweit Mumia unterstützen, vertreten Millionen von Arbeitern. Die haben die soziale Macht, das kapitalistische System international abzuschaffen.

Der Landesbezirk der IG Medien hat diese Demo unterstützt. Hafenarbeiter in Hamburg haben ein Extrablatt veröffentlicht mit der Überschrift „Rettet Mumia Abu-Jamal". So muß es weitergehen und noch viel stärker werden. Gouverneur Ridge hat innerhalb von ein paar Tagen nach dem Hinrichtungsbefehl 20 000 Proteste bekommen, er ändert seine Telefon- und Faxnummer täglich. Mumia sagt über Ridge: „Er tanzt nach der Pfeife derjenigen, die nach meinem Blut schreien."

Mumia braucht jeden von euch, aber besonders die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, und wir müssen diese Macht jetzt benutzen. Wie Mumia selbst sagt: „Es ist die Zeit für direkte Aktion. Für Massenaktion." Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!«

Markus Wolf setzt sich für Jamal ein

Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

Angesichts des vom Gouverneur des Staates Pennsylvania festgelegten Hinrichtungsdatums auf den 17. August schließe ich mich den Protesten aus aller Welt gegen die Vollstreckung des aus politischen Gründen in einem umstrittenen Prozeß gefällten Todesurteils an.

Noch vor der Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland und der Verfolgung unserer Familie erklärten meine Eltern die Bedeutung der Solidarität am Beispiel des Unrechts, das den Italienern Sacco und Vanzetti in den USA widerfahren ist. Internationaler Solidarität hatten wir unser Leben während der Naziherrschaft und des Holocaust zu verdanken. Kurz vor seinem Tode 1953 protestierte mein Vater Friedrich Wolf gegen die Hinrichtung von Ethel und Julius Rosenberg auf dem elektrischen Stuhl. Den Wert der internationalen Solidarität, auch aus den USA, habe ich selbst bis in die jüngste Zeit erfahren.

Darum bitte ich jeden einzelnen, dem Unrecht widerfahren ist oder der um sein Recht kämpft, sich der Forderung, das Leben Mumia Abu-Jamals zu retten, anzuschließen. Im weltweiten Protest sind noch zu wenige deutsche Stimmen zu hören. Jeden Gegner der Todesstrafe in Deutschland bitte ich um seine Stimme, alle, die in diesen Wochen der Befreiung der Konzentrationslager und der Opfer der Nazibarbarei gedachten, bitte ich um ihre Stimmen, alle Frauen und Männer, die das Recht auf Leben für das erste der Menschenrechte halten, die den Ruf zur Verleihung des Nobelpreises für die russischen Soldatenmütter so eindrucksvoll unterstützen, die um das Leben ihrer Söhne kämpfen, bitte ich, das Leben des schwarzen amerikanischen Journalisten zu verteidigen!

Mumia Abu-Jamal muß leben!

Markus Wolf
Berlin, den 4. Juni 1995

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

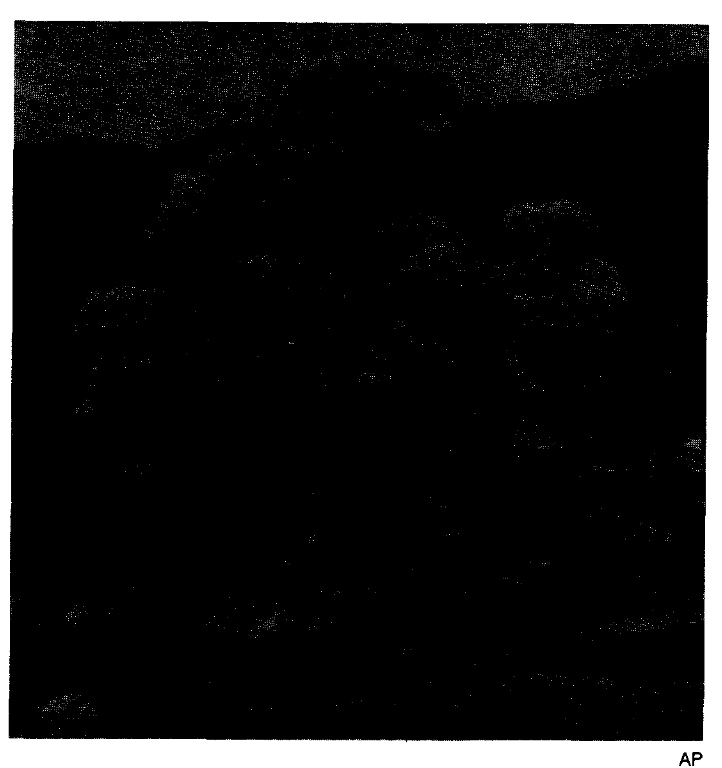
SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 120 OKTOBER/NOVEMBER 1995 DM 1,-

Nieder mit Angriffen von Bundeswehr/NATO/UNO auf bosnische Serben!

Über zwei Wochen lang warfen NATO-Kampfflieger einschließlich deutscher Tornados in einer Angriffswelle nach der anderen Tonnen von Bomben auf die Bevölkerung der bosnischen Serben ab. Cruise Missiles vom Typ Tomahawk wurden von einem US-Kriegsschiff in der Adria abgefeuert, um die Zerstörungskampagne zu unterstützen. Genau 56 Jahre nach Hitlers Überfall auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg auslöste, greift der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs jetzt mit Tornados wieder militärisch auf dem Balkan ein, um im Rahmen seines Drangs nach Osten seine neokoloniale Herrschaft in Kroatien abzusichern. Dieser Bombenterror ist die größte Operation in der Geschichte der NATO und der massivste Einsatz von imperialistischer Feuerkraft seit der Verwüstung des Irak während des Golfkriegs 1991. Bis zum 14. September, als die bosnischen Serben dem imperialistischen Diktat nachgaben und die NATO eine Feuerpause verkündete, beklagten sich NATO-Kommandeure darüber, daß sie keine „militärischen" Ziele mehr hätten, und sprachen öffentlich davon, Fabriken und andere Zentren der Zivilbevölkerung zu bombardieren.



AP

Imperialistischer Bombenterror auf dem Balkan. Marxisten rufen zur militärischen Verteidigung der bosnischen Serben gegen NATO/UNO/Bundeswehr auf

Das erklärte Ziel der NATO/Bundeswehr-Bombardierungen war es, die Serben dazu zu zwingen, ihre Belagerung von Sarajevo, der Hauptstadt des Regimes der bosnischen Muslime, aufzuheben. Aber wie das einseitige Abschlachten am Persischen Golf vor vier Jahren soll der Bombenterror gegen die bosnischen Serben erneut die US-Herrscher in ihrer Rolle als „Weltgendarm" bestätigen und denjenigen eine blutige Botschaft schicken, die es wagen, sich Washingtons Diktat zu widersetzen. *Die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der ganzen Welt müssen die bosnischen Serben gegen die NATO-Imperialisten und deren Klienten des muslimisch-kroatischen Bündnisses verteidigen!*

Westliche Führer behaupten jetzt, daß die Bombardierungen es geschafft hätten, Serbiens starken Mann Slobodan Milosevic und die Führung der bosnischen Serben dazu zu zwingen, einen „Friedens"plan zu akzeptieren, der auf eine Aufteilung Bosniens hinausläuft: 49 Prozent für die Serben und 51 Prozent für eine fiktive Föderation von bosnischen Muslimen und Kroaten, die einem Großkroatien untergeordnet wäre. Aber wie sehr die Begründung für die mörderischen Bombenangriffe an den Haaren herbeigezogen war, wurde durch die Tatsache unterstrichen, daß Milosevic — beim verzweifelten Versuch, die imperialistische Hungerblockade gegen Serbien zu beenden — und die bosnischen Serben in Clintons „Friedens'Vorschlag eingewilligt hatten, *bevor* die NATO ihre Attacken startete. Und Washington hat sorgfältig die wirklichen Bedingungen des letzten Abkommens über den Abzug der serbischen Kanonen aus der Umgebung von Sarajevo vertuscht.

Fortgesetzt auf Seite 23

Nein zum imperialistischen Diktat auf dem Balkan!

Friedrich Engels, Pionier des modernen Kommunismus



TROTZKI



LENIN

Der 5. August war der hundertste Jahrestag des Todes von Friedrich Engels, der gemeinsam mit seinem engen Freund Karl Marx die Grundlagen für den wissenschaftlichen Sozialismus legte. Ihre 1848 erschienene Broschüre Kommunistisches Manifest *wies auf die Arbeiterklasse als die Kraft hin, die die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen und eine klassenlose Gesellschaft einläuten kann. Sie kämpften dafür, eine internationale Partei der Arbeiterklasse zu organisieren, zuerst in dem Bund der Kommunisten (1847) und dann die Erste Internationale (1864). Mit seinem 1884 veröffentlichten Buch* Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats *leistete Engels einen deutlichen Beitrag zum Kampf für die Frauenemanzipation: Er enthüllte die Familie und die Klassengesellschaft als die Wurzeln der Frauenunterdrückung. Viele Reformisten berufen sich zwar auf Engels, weisen aber die Konzepte von der Diktatur des Proletariats und der materialistischen Dialektik zurück, die er verteidigt und entwickelt hat. In ehrendem Gedenken an diesen Gründer der kommunistischen Bewegung drucken wir einen Auszug aus einem Nachruf ab, den der russische Revolutionär W.I. Lenin 1895 schrieb.*

Am 5. August neuen Stils (24. Juli) 1895 verschied in London Friedrich Engels. Engels war nach seinem Freunde Karl Marx (der 1883 starb) der bedeutendste Gelehrte und Lehrer des modernen Proletariats in der ganzen zivilisierten Welt. Seitdem das Schicksal Karl Marx und Friedrich Engels zusammengeführt hatte, wurde die Lebensarbeit der beiden Freunde zu ihrer gemeinsamen Sache. Um zu verstehen, was Friedrich Engels für das Proletariat geleistet hat, muß man sich daher über die Bedeutung der Lehre und des Wirkens von Marx für die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung völlig im klaren sein. Marx und Engels wiesen als erste nach, daß die Arbeiterklasse mit ihren Forderungen ein notwendiges Produkt der modernen Wirtschaftsordnung ist, die mit der Bourgeoisie zwangsläufig auch das Proletariat erzeugt und organisiert; sie zeigten, daß nicht wohlgemeinte Versuche einzelner hochsinniger Persönlichkeiten, sondern der Klassenkampf des organisierten Proletariats die Menschheit von den Drangsalen erlösen wird, die sie heute bedrücken. Marx und Engels setzten in ihren wissenschaftlichen Arbeiten als erste auseinander, daß der Sozialismus kein Hirngespinst von Träumern ist, sondern Endziel und notwendiges Resultat der Entwicklung der Produktivkräfte in der modernen Gesellschaft. Alle bisherige schriftlich überlieferte Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen, die Aufeinanderfolge von Herrschaft und Sieg der einen Gesellschaftsklassen über die anderen. Und das wird so lange weitergehen, bis die Grundlagen des Klassenkampfes und der Klassenherrschaft verschwinden: das Privateigentum und die ungeregelte gesellschaftliche Produktion. Die Interessen des Proletariats fordern die Vernichtung dieser Grundlagen, und daher muß der bewußte Klassenkampf der organisierten Arbeiter gegen sie gerichtet werden. Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf...

Sie betrachteten die Welt und die Menschheit vom materialistischen Standpunkt aus und erkannten, daß ebenso wie allen Naturerscheinungen materielle Ursachen zugrunde liegen, auch die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft durch die Entwicklung materieller Kräfte, der Produktivkräfte, bedingt ist. Von der Entwicklung der Produktivkräfte hängen die Verhältnisse ab, die die Menschen bei der Erzeugung der zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse notwendigen Güter eingehen. In diesen Verhältnissen aber liegt die Erklärung für alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, der menschlichen Bestrebungen, Ideen und Gesetze... Die Sozialisten müssen nur verstehen, welche gesellschaftliche Kraft infolge ihrer Stellung in der modernen Gesellschaft an der Verwirklichung des Sozialismus interessiert ist, und dieser Kraft ihre Interessen und ihre historische Mission zum Bewußtsein bringen. Diese Kraft ist das Proletariat.

W.I. Lenin, „Friedrich Engels" (Herbst 1895)

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahinaus, Toralf E nd r u weit, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030)4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 120 **Oktober/November 1995**

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030)4439400

Halle
SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (0345)2029055

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

Chiracs rassistischer Terror in Tahiti und Frankreich

Nach einer Serie von sechs Bombenanschlägen in sechs Wochen mobilisierte die französische Regierung am 8. September die Armee, um den Arc de Triomphe und weitere Plätze in Paris und anderen Städten zu besetzen. Die anonymen Bombenanschläge begannen Ende Juli, zuletzt explodierte am 7. September eine Autobombe vor einer jüdischen Schule bei Lyon und verletzte 14 Personen. Jetzt führen Überfallkommandos der Polizei massive Razzien in den Immigrantenwohnvierteln durch und verhaften willkürlich zahllose angebliche islamische Fundamentalisten. Das Ziel dieser rassistischen Kampagne ist, die Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern.

Währenddessen ließ Präsident Jacques Chirac Anfang des Monats den ersten einer Reihe von Atomtests im Mururoa-Atoll im Pazifik durchführen. Dies gab den Anstoß zu einer vereinten Demonstration von Atomgegnern und Unabhängigkeitskräften in Papeete, Tahiti, der Hauptstadt Französisch-Polynesiens. In Australien finden seit Monaten massive Demonstrationen gegen die Tests statt, wobei rabiater antifranzösischer Chauvinismus dominiert. Auch in Deutschland gibt es Proteste, hauptsächlich von Schülern, sowie Boykottaufrufe gegen französische Waren, wobei Grüne und PDS an Kohl appellieren, Härte gegen Frankreich zu zeigen. Revolutionäre Marxisten sind gegen den antifranzösischen Chauvinismus dieser Boykotte.

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Flugblatts ab, das die Ligue trotskyste de France (LTF), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, am 11. September bei einer Demonstration gegen die französischen Atomtests verteilte. Schändlicherweise weigerte sich die Kommunistische Partei (PCF), die die Demonstration organisiert hatte, irgendwelche Losungen gegen die rassistische Kampagne gegen Immigranten in Frankreich aufzustellen. Die LTF initiierte am 15. September eine Einheitsfrontkundgebung, um gegen Chiracs rassistischen Belagerungszustand und koloniale Unterdrückung zu protestieren.

Der erste Akt der Chirac-Regierung nach der Sommerpause war es, das wahre Gesicht der französischen Bourgeoisie zu zeigen: rassistischen und imperialistischen Staatsterrorismus. Zuerst beteiligten sie sich an der blutigen UNO/NATO-Aggression gegen die bosnischen Serben; kurz danach schlugen sie mit brutaler kolonialistischer Unterdrückung gegen den Aufstand in Tahiti los; gleichzeitig stellten sie die „Metropole" Frankreichs unter einen rassistischen Belagerungszustand, es wimmelt dort nicht nur von Bullen, sondern auch von Armee-Einheiten.

Es ist die Pflicht der Arbeiterbewegung, gegen den rassistischen Terror, der gegen Immigranten in Frankreich und gegen

Fortgesetzt auf Seite 4



Reuters

Chiracs Bullen knüppeln Aufständische in Tahiti nieder

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 3

das Volk Polynesiens wütet, unverzüglich ihre ganze soziale Macht in massiven, kämpferischen Aktionen (wie Streiks und Demonstrationen) zu mobilisieren!

Tahiti: Sofortige Freilassung der gefangenen Gewerkschafter und Demonstranten! Sofortige Unabhängigkeit für die französischen Kolonien!

Von de Gaulle bis Mitterrand zielte die Force de frappe (das französische Atomarsenal) auf die Großstädte der UdSSR. Die Sozialchauvinisten der Sozialistischen Partei und der KPF unterstützten dieses Terror-Arsenal. Wir Trotzkisten dagegen, die wir den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat gegen den Imperialismus verteidigten (wobei wir zur proletarischen politischen Revolution aufriefen, um die stalinistische Bürokratie wegzufegen), stellten uns von Anfang an gegen die Force de frappe. Heute, wo die konterrevolutionäre Zerstörung der UdSSR eine Pandorabüchse interimperialistischer Rivalitäten geöffnet hat, entscheidet Chirac, die Atomtests wiederaufzunehmen, und fuchtelt mit seinem Todesarsenal herum als Drohung gegen alle potentiellen Rivalen des französischen Imperialismus, die dessen „Lebensinteressen" bedrohen könnten, aber auch gegen alle neokolonialen Völker, die das imperialistische Joch nicht akzeptieren wollen.

Diese arrogante Entscheidung hat einen Aufschrei in der ganzen Welt hervorgerufen, insbesondere in den französischen Kolonien im Pazifik. Die Mobilisierungen, die in Polynesien seit Juni stattfinden, haben sich in einen echten Aufstand gegen die koloniale „Ordnung" verwandelt, die schwer auf diesen Inseln lastet. So stellten sich die Demonstrationen vom 6. und 7. September gegen eine Horde von Polizisten. Chirac gedenkt auf seine Art des 50. Jahrestags des imperialistischen Massakers von Sétif in Algerien, indem er seine Bluthunde wieder gegen ein kolonialistisch unterdrücktes Volk hetzt. Die koloniale „Justiz" schlug sofort zu: Etwa ein Dutzend Demonstranten wurden zu mehreren Monaten Haft verurteilt, und gerade heute sind etwa 20 kämpferische Gewerkschafter, Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung, verhaftet worden. *Die Arbeiterbewegung muß ihre sofortige Freilassung und das Fallenlassen aller Anklagen fordern!* Der französische Imperialismus hat auch Akte der Piraterie gegenüber Schiffen von Greenpeace begangen. *Chirac, Hände weg von den Greenpeace-Aktivisten!* Wir Trotzkisten sagen: *Nieder mit der französischen Force de frappe! Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die bürgerliche Armee! Nieder mit den Angriffen von Frankreich, UNO und NATO gegen die bosnischen Serben! Nieder mit dem rassistischen, kolonialistischen Terror des französischen Imperialismus! Französischer Imperialismus, raus aus dem Pazifik! Unabhängigkeit für Polynesien und alle französischen Kolonien der Übersee-Bezirke und -Gebiete! EloiMachoro [ermordeter neukaledonischer Unabhängigkeitskämpfer], Rainbow-Warrior, Ouvéa [Massaker in Neukaledonienj — die Arbeiterklasse wird die Verbrechen des französischen Imperialismus rächen!*

Nieder mit „Operation Vigipirate"! Nieder mit dem rassistischen Belagerungszustand!

Die Chirac-Regierungbenutzt die verbrecherischen Bombenattentate, die Paris und Villeurbanne mit Blut befleckt haben, um eine riesige rassistische Operation zu entfesseln, die beispiellos ist seit dem schmutzigen Krieg in Algerien: rassistische Straßenkontrollen, Razzien, Abschiebungen, „Illegale" werden per Charterflug abtransportiert. Die Regierung nennt diese Operation „Vigipirate" (wie im blutigen imperialistischen Golfkrieg 1990/91) und zeigt damit deutlich ihr Hauptziel: Terrorisierung der Immigranten.

Im Namen einer rassistischen, chauvinistischen „heiligen Allianz", die „gegen Terrorismus" mobil macht, will Chirac die Bevölkerung auf Willkür und Unterdrückung vorbereiten, die jeden treffen sollen, der die Maßnahmen der sozialen Reaktion bekämpft. Die Politik der Bourgeoisie gegen Immigranten ist die Speerspitze ihrer allgemeinen reaktionären Politik. Chirac peitscht die Hysterie gegen Immigranten und ihre Kinder hoch, um eine soziale „dritte Runde" zu verhindern [eine Welle von Aufruhr nach den zwei Runden der Präsidentschaftswahlen im Juni], die die Streiks im Frühjahr schon ankündigten. Die Bourgeoisie will teilen und herrschen. *Die Arbeiterbewegung muß sich gegen rassistischen Terror und Ausgrenzung stellen und dies zum Zentrum ihres Kampfes machen.*

Stoppt die Charterflüge und Abschiebungen! Verteidigt das Recht auf Asyl! Bullen raus aus den Ghetto-Wohnbezirken! Zerschlagt die Faschisten, bevor sie uns zerschlagen! Verteidigungsgruppen von Arbeitern l Immigranten, die ihre Wurzel in den Betrieben haben! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Nein zur Klassenkollaboration! Für eine Arbeiterregierung!

Bis jetzt haben die gegenwärtigen Führer der Arbeiterbewegung keinen Finger krumm gemacht, um die Polynesier oder die Immigranten und deren Kinder zu verteidigen. Ganz im Gegenteil: Als treue Diener ihrer eigenen Bour-' geoisie verteidigen sie die imperialistischen Interessen Frankreichs und sind Teil des rassistischen Konsenses. Die Führung der KPF hat sich sogar auf einen obszönen Flirt mit dem Neo-Gaullisten Chirac eingelassen. Das ist ihre Art, sich an die „guten alten Zeiten" zu erinnern, als Minister der KPF in der Regierung de Gaulle saßen, die die Algerier in Sétif massakrierte. Der Kampf gegen den rassistischen und kolonialistischen Terror zeigt ganz direkt die Notwendigkeit, eine multiethnische und internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die der Tribun aller Unterdrückten ist.

Nur die Errichtung einer Arbeiterregierung, eines Bollwerks der sozialistischen Weltrevolution, wird die ganze kapitalistische Barbarei — von rassistischem und imperialistischem Terror bis zur Gefahr eines nuklearen Holocaust — beseitigen können.«

Spartakist-Jugend

Südafrika: Gewerkschaften machen Jamals Kampf zu ihrem!



AP

Demonstrationszug zur US-Botschaft in Pretoria am 26. Juli protestiert gegen die drohende Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal

Die Kampagfie, um das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten, hat in ganz Südafrika großen Widerhall gefunden. Aktivisten aus der Arbeiterklasse, sowohl Schwarze als auch Farbige (seit dem 17. Jahrhundert die Nachkommen afrikanischer Ureinwohner, wie Khoi-Khoin und San, malayischer Sklaven und Buren), sehen in der politischen Verfolgung dieses bekannten Gegners der rassistischen Ungerechtigkeit in den USA eine Widerspiegelung ihrer eigenen Unterdrückung durch den Apartheid-Staat. Ende dieses Frühjahrs reisten Genossen der Spartacist League/U.S. und des Partisan Défense Committee durch Südafrika, um Unterstützung für Jamals Fall zu mobilisieren und um mit Organisationen der Linken und der Arbeiterbewegung politische Diskussionen zu führen über die Strategie, wie man gegen die fortwährende rassistische Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung durch das Neo-Apartheidregime von Mandela und De Klerk ankämpfen kann.

Wir drucken nachfolgend in gekürzter Fassung eine Rede ab, die Genösse Don Alexander nach seiner Rückkehr bei einer Veranstaltung der SL/U.S. am 8. Juli in Berkeley, Kalifornien, gehalten hat. In den darauffolgenden Wochen hat sich die Unterstützung durch südafrikanische Gewerkschaften und Bürgerrechtsorganisationen vennelfacht (siehe den Artikel „Südafrikanische Gewerkschaften schließen sich dem Kampf für Jamal an " in Spartakist *Nr. 119, Juli/August 1995). Erst vor kurzem hat Südafrikas Präsident Nelson Mandela einen Brief an den Gouverneur von Pennsylvania, Ridge, geschickt, in dem er ihn um die Umwandlung des Todesurteils bittet, das gegen Mumia Abu-Jamal verhängt wurde.*

Augenzeugenbericht

Die Macht der Arbeiterklasse in Südafrika kommt für Mumia Abu-Jamal zum Tragen. Ein Genösse, mit dem ich in Südafrika zusammengearbeitet habe, sprach am 19. Juni vor 15 000 schwarzen Arbeitern auf einer Kundgebung in Johannesburg, wo es Sprechchöre gab, die die Verhinderung der Hinrichtung von Mumia und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe forderten. Dies ist eine wichtige Entwicklung. Wenn es zum Beispiel einen eintägigen politischen Streik zur Rettung von Mumia durch den Congress of South African Trade Unions (COSATU, Gewerkschaftsdachverband) gäbe, der 1,5 Millionen Arbeiter vertritt, und wenn sich dem auch der andere schwarze Gewerkschaftsdachverband NACTU, der National Council of Trade Unions, anschließen würde, fände dies Widerhall in der ganzen Welt.

Die enorme Empfänglichkeit für den internationalen Kampf zur Rettung von Mumia zeigte sich machtvoll in Südafrika, wo ich mich Ende Mai und Anfang Juni zwei Wochen lang aufhielt. Die schwarzen Gewerkschaften, hauptsächlich COSATU und auch NACTU, schließen sich dem Kampf immer stärker an. Andere Genossen und ich haben mit einer ganzen Reihe von Aktivisten geredet, die verstehen, daß die barbarische Todesstrafe Ausdruck der rassistischen Unterjochung und des legal sanktionierten Mordens durch den Staat ist. Während ich dort war, hat das Verfassungsgericht die Todesstrafe abgeschafft. Die kapitalistische Neo-Apartheidregierung von Mandela und De Klerk versucht jedoch weiterhin, die machtvolle schwarze Arbeiterbewegung zu schwächen und zu brechen.

Gerade die Kämpfe der militanten schwarzen Arbeiterklasse ließen die rigide Apartheid des rassistischen, unter Vorherrschaft der Weißen stehenden Polizeistaats zusammenbrechen, nur um anschließend zu erleben, daß Schwarze als Strohmänner für die Randlords eingesetzt werden, die die fortwährende rassistische Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung überwachen. In Johannesburg und Kapstadt haben wir klassenbewußten Arbeitern und kämpferischen Jugendlichen unser Programm für internationale Klassenkampfaktionen zur Befreiung von Mumia und für die sozialistische Weltrevolution dargelegt. Bei zahlreichen Diskussionen haben wir betont, daß eine Arbeiterrevolution notwendig ist, um die rassistische,

Fortgesetzt auf Seite 6

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 5

kapitalistische Vorherrschaft wegzufegen.

Eine Woche bevor ich dort ankam, waren mehr als 100 schwarze Bergarbeiter, manche von ihnen Arbeitsimmigranten aus dem ganzen südlichen Afrika, bei einem Bergwerksunglück umgekommen. In einem Stollen entgleiste ein Zug, fiel in einen Schacht, zerstörte die Kabel eines Aufzugs und fiel mehr als 500 Meter auf den Schachtgrund. Es gab keinerlei Sicherheitsvorkehrungen, um dies zu verhindern, um den Fall des Zuges oder des Aufzuges zu stoppen. Die Gold-Magnaten, die Besitzer der Vaal Reefs Mine von Anglo American, wollten das Geld nicht ausgeben, weil das Leben von Schwarzen billig ist, wobei gerade der Schweiß und das Blut von schwarzen Arbeitern die Quelle des enormen Reichtums der rassistischen Bosse sind. Dies war Mord durch die Unternehmer, und er unterstreicht das Wesen der brutalen Superausbeutung der schwarzen Arbeiter, des Fundaments der Apartheid.

Dies waren die Begleitumstände, unter denen ich das „neue" Südafrika besuchte. Bei meiner Reise durch die Gegend um Johannesburg, durch die Townships und Kapstadt sah ich die schreckliche Armut der Schwarzen und Farbigen, von denen Millionen auf besetztem Land am Rand der Großstädte wohnen. Die Wellblechhütten, das Fehlen von elementaren sanitären Einrichtungen: Dies waren die sichtbaren Zeichen des „neuen" Südafrika, verkörpert im Regime der „'Machtteilung" des Neo-Apartheid-Kapitalismus. Die Regierung der Nationalen Einheit hat ein großangelegtes Wohnungsbauprogramm versprochen, aber was ist die Realität? Unter dem Programm für Wiederaufbau und Entwicklung, dem RDP, sollten angeblich innerhalb von fünf Jahren eine Million Häuser gebaut werden. 800 sind gebaut worden, bei einer Zielvorgabe von 50 000 im ersten Jahr. Man schätzt, daß neun Millionen Schwarze arbeitslos sind, und die Jugendarbeitslosigkeit liegt in den meisten Townships zwischen 70 und 80 Prozent. Arbeiterinnen, hauptsächlich Schwarze und Farbige, sind'die ersten, die entlassen werden — was in bestimmten Branchen wie Textil- und Nahrungsmittelindustrie geschehen ist. Außerdem nehmen die Goldvorkommen in Südafrika immer stärker ab; viele Bergarbeiter werden rausgeworfen. Und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder fällt rapide.

Kaum ein Tag ging vorbei, an dem ich nicht davon gehört oder gelesen habe, daß es eine Abschiebung von Immigranten gibt, besonders Mosambikaner und Simbabwer, die für den Bankrott des kapitalistischen Systems zum Sündenbock gestempelt werden. Es wird viel geredet über eine Verbrechenswelle in den großen Städten, besonders Jo'burg; es gibt Schießereien bei Taxi-Kriegen. Aber natürlich ist diese schreckliche Armut ein Produkt des kapitalistischen Systems, das nicht für Arbeitsplätze oder Wohnungen oder Bildung sorgen kann. Und die Hauptantwort seitens der Regierung ist die Kontrolle von Schußwaffen — genauso wie in den USA —, um den schwarzen Arbeitern und Jugendlichen die Waffen aus der Hand zu nehmen, damit der kapitalistische Staat das Gewaltmonopol behält. Eine der Warnungen der Regierung Mandela/De Klerk war, daß die Hauptgefahr im Augenblick ... die Linke sei. Die Regierung gab zu, daß ein bedeutender Teil der Straßenkriminalität von *Polizisten* begangen wird, die versuchen, ihr Einkommen aufzubessern.

Südafrika schreit heute förmlich nach revolutionärer Führung, nach einer revolutionären Arbeiterpartei, die den Kampf um die Staatsmacht führen wird, nach einer auf Schwarzen basierenden Arbeiterregierung — ausgehend von der einfachen Vorstellung, daß diejenigen, die arbeiten, auch herrschen sollen. Die wachsende Unterstützung für Mumia in Südafrika ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung — und seit ich vor einem Monat abgereist bin, ist eine Menge passiert. Es gab eine Versammlung in einem schwarzen Township, 110 Kilometer von Johannesburg entfernt. Kämpferische schwarze Jugendliche und auch andere Einwohner der Besetzer-Siedlung namens Serafina kamen zu dieser Versammlung. Wir besuchten diese Orte, und wenn wir die Leute fragten, was sie über das Regierungsprogramm für Wiederaufbau und Entwicklung dachten, angepriesen als Programm für die Armen, für die Arbeiterklasse, entfuhr es einem Bewohner: „Oh ja, das RDP. Du meinst, ‚Rich People Developing Poor People' (reiche Leute entwickeln arme Leute). Ach, dieses Programm."

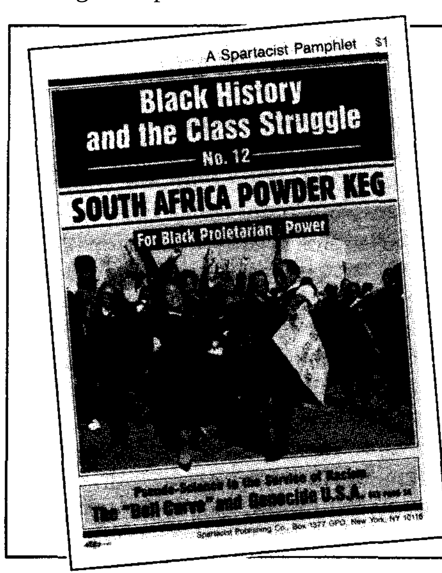
Die Versammlung in diesem Township bei Johannesburg zog Führer der Arbeiterklasse von verschiedenen politischen Parteien an — von der Azanian People's Organisation AZAPO, vom Pan Africanist Congress und vom African National Congress (ANC). Sie standen dicht gedrängt, Schulter an Schulter, in dem Raum, in dem das Video über Mumia gezeigt wurde. Und sie sagten sehr deutlich, daß auch sie gegen das Justizkomplott gegen Mumia protestieren. Sie nahmen Flugblätter mit, um dies breiteren Schichten der Arbeiterklasse und der Unterdrückten publik zu machen.

Am 6. Juni ging ich zu einem riesigen Marsch von mehr als 100 000 schwarzen Arbeitern zur Regierungskammer für Bergwerksfragen in Johannesburg, der einen Großteil der City lahmgelegt hat. Bei einem Marsch in Südafrika marschiert man wirklich. Man rennt. Sie nennen es Toyi-Toyi. Man benutzt jeden Teil des Körpers. Aérobics ist vergleichsweise lahm dagegen. Und es gab eine Menge prosozialistischer Losungen bei dieser Demonstration, denn sie sind nicht auf die Lüge der Bourgeoisie hereingefallen, der Kommunismus sei tot.

Unglücklicherweise strebt die prokapitalistische Führung des Marsches — bei dem Mandela gesprochen hat — nur eine Modifizierung des reaktionären Gesetzes über Schlichtungen von Streiks an, das darauf abzielt, die Arbeiterbewegung dadurch zu lahmen, daß die Gewerkschaften dem kapitalistischen Staat untergeordnet werden.

Wir erklärten den Leuten bei dem Marsch den direkten Zusammenhang zwischen dem jüngsten Mord durch die Industriellen in der Vaal Reefs Mine und dem Versuch des Staates, Mumia zum Schweigen zu bringen. Die Kapitalistenklasse, die in Südafrika versucht, das brutale System der Superausbeutung der schwarzen Arbeiter aufrechtzuerhalten, ist die gleiche Kapitalistenklasse, die in den USA

Fortgesetzt auf Seite 26



Spartacist-Broschüre

(in englischer Sprache)

mit Artikelserie „Pulverfaß Südafrika" aus *Workers Vanguard* und weiteren Artikeln

DM2,—

Erhältlich über die Redaktionsadresse

Symbol für Nazimord

Skinheads: Kein Modetrend

Im August scharten sich verschiedene Nazi-Führer und ihre Skinhead-Banden in der dänischen Stadt Roskilde bei Kopenhagen für einen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" zusammen, der ein Aufruf zum wiederholten Völkermord war. Trotz Polizeischutz für die Nazis und der Forderung des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Roskilde, daß alle Einwohner zu Hause bleiben sollten, konnten Antifas aus Deutschland und Dänemark zusammen mit entsetzten Einwohnern der Stadt den braunen Skinhead-Abschaum erfolgreich stoppen und aus der Stadt vertreiben.

Heute erleben wir in Europa besonders unter Jugendlichen eine zunehmende Polarisierung. Zehntausende sind gegen den Nazi-Terror auf die Straße gegangen, oft auch in direkter Konfrontation mit den Faschisten, und haben erlebt, wie die Polizei die Nazis schützt und auf Linke losprügelt. Aber weil die antifaschistischen Proteste stattfinden, ohne daß es derzeit in Deutschland einen wirklichen Klassenkampf gibt, sehen viele Jugendliche nicht in den Arbeitern ihre natürlichen Verbündeten und die entscheidende Kraft, die mit ihnen eine lebenswerte Zukunft erkämpfen kann. So gibt es unter den rebellierenden Jugendlichen Bewegungen, die nach allen Richtungen offen sind. Selbst bei Antifa-Demos findet man Typen, die im Aussehen nicht von Nazi-Skins zu unterscheiden sind — wobei ihr „Antifaschismus" meist mit wütendem Antikommunismus verbunden ist. Obwohl Skinheads seit Jahren als besonders brutale rassistische Schläger und Mörder agieren, wie wir es schon bei den Nazi-Pogromen in Rostock erlebt haben, gibt es immer noch einen Mythos über ihre „Subkultur" und ihr „Rebellentum". Aber die Skinheads sind das Rohmaterial für die Schocktruppen des Faschismus, und ihre Glatzen, Bomberjacken und Stiefel werden von Immigranten, Schwulen, Linken und allen anderen möglichen Opfern zu Recht als Nazi-Uniform gesehen.

Es ist das verrottete kapitalistische System selbst, das die Faschisten ausbrütet und schützt. Zu einer Zeit, wo es tägliche faschistische Überfälle gibt, fängt die Verharmlosung von Nazis beim Staat an. Beim ersten Brandanschlag auf eine Synagoge seit dem Dritten Reich warfen Skinheads Brandsätze auf die Lübecker Synagoge 1994, in der mehrere jüdische Menschen wohnten. Die bürgerliche Presse reagierte darauf mit beschönigenden Artikeln. Die Ermittler erklärten, es hätte sich bei den Tätern „nur um Nachplapperer rechter Parolen" gehandelt (*Spiegel*, 9. Mai 1994). Und im April 1995 wurden die Täter nur wegen „einfacher Brandstiftung" verurteilt. Kein Wunder, daß es drei Wochen später, am 7. Mai, dem Vorabend des 50. Jahrestages des Sieges der Roten Armee über Nazi-Deutschland, einen neuen Brandanschlag auf diese Synagoge gab!

Aber auch in der deutschen Linken gibt es eine wachsende Kampagne, um zu „beweisen", daß rasierte Schädel ein harmloser Trend seien. Die PDS klebte bei der letzten Bundestagswahl großflächige Plakate, auf denen ein Skinhead mit SS-Runen zu sehen war, und darunter stand „Nazis raus aus den Köpfen". Als ob Nazi-Mord eine Frage schlechter Erziehung sei! In der jetzigen Wahlkampagne zum Berliner Senat appelliert das Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Plakat „Mal wieder Häuser besetzen" an Jugendliche. Prominent abgebildet ist ein Skinhead mit einem großen „Oi!" auf seinem T-Shirt. Weil PDS und Grüne meinen, daß Skinheads etwas ganz Normales unter „unseren deutschen Jungs" seien, verschweigen sie, daß es in Wirklichkeit um rassistischen Terror geht.

Obwohl nicht jeder Skinhead ein Faschist ist, sagen allein schon die Unterscheidungsmerkmale der Skinhead-„Szene" mehr über die Gemeinsamkeiten aus als über Trennendes. Manchmal ist die Farbe der Schnürsenkel oder ein Ring in der Nase das einzige, wodurch sich ein „Antifa-Skinhead" sichtbar von einem Nazi-Skinhead unterscheidet.



Spartakist

Berlin, 20. April 1994: Spartakist-Jugend für Arbeiter/Immigrantenmobilisierung, um Nazis zu stoppen

Und normalerweise kann man eine Reihe von rückständigen Ansichten bei Leuten erwarten, die sich freiwillig eine Nazi-Uniform anziehen, die gleiche „Musik" hören und auch sonst viele Vorlieben der Nazi-Skins teilen. Das kapitalistische System, ob hier in Deutschland oder in Britannien, bringt Tausende von Jugendlichen hervor, die durch Perspektivlosigkeit in dieser Gesellschaft an den Abgrund und zur Verzweiflung getrieben werden. Die Skinheads sind in den 70er Jahren in Britannien entstanden, wo die soziale Fäulnis der Entindustrialisierung eine große Schicht von empörten, hoffnungslosen, mehr oder weniger permanent lumpenproletarischen- weißen Jugendlichen der unteren Klasse schuf. Es entstand ein ganzer Trend um „no future". Aus der eigenen schwachen Position heraus suchen sie nach noch Schwächeren in der Gesellschaft, um diese dann zu drangsalieren. Und natürlich sind die Opfer solcher Angriffe diejenigen, die schon am härtesten vom kapitalistischen Staat angegriffen werden.

Wenn die soziale Macht der Arbeiterklasse mobilisiert

Fortgesetzt auf Seite 8

Skinheads...

Fortsetzung von Seite 7

wird, um die Nazis in ihre Rattenlöcher zu treiben, dann werden sich auch die Skinheads nicht mehr so leicht vortrauen. Die Spartakist-Jugend will die besten der jungen Antifaschisten zum Kampf für den Sozialismus gewinnen. Aber die reformistische Sozialdemokratie, die heute die Arbeiter führt, sabotiert den Kampf gegen die Faschisten. Daher ist es notwendig, innerhalb der Arbeiterbewegung für eine revolutionäre Partei zu kämpfen, die ein Tribun aller Ausgebeuteten und Unterdrückten ist.

Deutscher Nationalismus und die Linke

Das gemeinsame Band für die Verharmlosung der Nazis, ob in Skinhead-Uniform oder ohne, ist der deutsche Nationalismus, der bis zu den Linken reicht. Schließlich verkündeten Modrow und die PDS Anfang 1990 lautstark „Deutschland, einig Vaterland", nachdem Nazis mit T-Shirts „Ich bin stolz, Deutscher zu sein!" bei den Leipziger Demos aufgetaucht waren und die Mordpropaganda der Rep- und DVU-Nazis verteilt hatten. Besonders seit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist der Großmacht-Anspruch und damit auch der Nationalismus in Deutschland stark angewachsen. Als auch noch vielen Jugendlichen, besonders im Osten, jede Chance auf Ausbildung und Zukunft genommen wurde, war der Boden für den rapiden Anstieg des faschistischen Terrors bereitet. Die PDS, die die DDR ausverkauft hat und jetzt mit dem Rest der Linken die Konterrevolution im deformierten Arbeiterstaat DDR beschönigt oder sogar bejubelt, zielt darauf ab, dem „demokratischen" Kapitalismus eine „nette" Fassade zu verpassen.



PDS-Wahlplakat 1994 stellt rassistischen Terror als „schlechte Ideen" dar, statt als Folge der Konterrevolution, zu der sie beitrug

SPD, PDS und ihre linke Anhängsel verbreiten die Illusion, daß der Faschismus entweder mit Sozialarbeit oder mit mehr Polizei, das heißt mit Hilfe des bürgerlichen Staats, bekämpft werden kann. Aber wie das Rostocker Pogrom zeigte, arbeiten Polizei und Nazis oft Hand in Hand. Appelle an den kapitalistischen Staat, die Faschisten zu verbieten, sind nicht nur dumm, sondern *gefährlich.* Nazis brauchen nur die Namen ihrer jetzigen Organisationen zu ändern, um ihr mörderisches Gewerbe weiter auszuüben. Sowieso werden solche Verbote hauptsächlich gegen Zielscheiben des Nazi-Terrors eingesetzt: Immigrantengruppen wie die kurdische Arbeiterpartei (PKK) uad andere kurdische Vereine sowie Linke, wie zum Beispiel Antifa Gençlik oder die Antifa (M).

Darüber hinaus stellen SPD und PDS Legionen von Sozialarbeitern und Hunderttausende D-Mark zur Verfügung, um Nazi-„Jugend"zentren zu unterstützen. Wie gefährlich Wohltätigkeit gegenüber Nazis ist, zeigte die Erfahrung der Dresdner Ausländerbeauftragten Marita Schieferdecker-Adolph, die einen „Dialog" mit Nazis und Skinheads in einem faschistischen Jugendklub organisierte. Als sie rausging, drückten Nazis/Skins brennende Zigaretten auf ihrem Hals aus und übergössen sie unter Rufen wie „Judensau" mit Bier (siehe „Nazis/Skins sind rassistische Mörder, keine Gesprächspartner", *Spartakist* Nr. 112, Mai 1994).

Mit Ermutigungen wie diesen wird den Rassisten ganz konkret der Weg bereitet. In diesem Februar erlebten Unterstützer des Komitees für soziale Verteidigung ein böses Beispiel davon in Leipzig. Auf Einladung der Organisation „Offensive, Cuba Si", die in Verbindung mit der PDS steht, zeigte das KfsV das Video „Hier spricht Mumia Abu-Jamal aus der Todeszelle". Dies geschah als Teil der internationalen Kampagne, das Leben dieses mutigen Kämpfers für die Rechte der Schwarzen und anderer Minderheiten zu retten. Kurz nach Beginn fingen lumpenproletarische Typen, die offenbar zur Szene gehörten, eine Provokation an, zerrissen die Mumia-Flugblätter und spuckten darauf. Als keiner der Anwesenden bereit war, die Veranstaltung gegen die Rassisten zu verteidigen, mußte das KfsV unter Protest die Vorführung abbrechen.

Weil das lumpenproletarische Milieu vom Produktionsprozeß und den Organisationen und Zielen der Arbeiterbewegung völlig losgelöst ist, existieren die Grenzen zwischen dem „No future"-Milieu und dem „Herrenrasse"-Wahn nicht. Sie sind verwischt. Bereits im *Kommunistischen Manifest* schrieben Marx und Engels 1848: „Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen."

Wie für die PDS, so sind auch für die von Voran geführte JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) „jugendliche Faschisten insofern Opfer dieser Gesellschaft, als daß sie auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot reagieren" *(Voran,* Dezember 1993/Januar 1994). Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) leugnet überhaupt jeglichen Rassismus unter der frühen Skinhead-Bewegung und beschuldigte die

Fortgesetzt auf Seite 25

Berliner Treffpunkt der Spartakist-Jugend

Jeden Mittwoch, 18.00-20.00 Uhr
Humboldt-Uni, Hegelplatz, Raum 111

Themenschwerpunkte

1. November: Imperialismus, Krieg und Revolution

29. November: Kapitalismus bedeutet rassistischen Staatsterror — Der Kampf um Mumias Freiheit

13. Dezember: Die Krise der Menschheit ist die Krise der revolutionären Führung - Trotzkis *Übergangsprogramm*

Weitere Informationen über (030)4439400

Gemetzel auf dem Balkan

Deutsche „Linke" erntet, was sie säte

Der Bombenterror auf dem Balkan, der am 30. August begann, war der größte Überfall der NATO seit ihrer Gründung. Über zwei Wochen lang wurden Verkehrsverbindungen, Brücken und Stromversorgung der bosnischen Serben in Grund und Boden bombardiert. Auch nach der Aussetzung der Bombardierungen geht der Angriff der Imperialisten und ihrer kroatischen und bosnisch-muslimischen Marionetten auf die bosnischen Serben weiter. Und zum ersten Mal nach dem Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland 1945 nahm der Nachfolgestaat des Dritten Reichs^wieder direkt an einem imperialistischen Überfall teil. Bereits die Feiern der deutschen Herrscher zum diesjährigen 8. Mai dienten dazu, offiziell einen Schlußstrich unter die Nachkriegsordnung zu ziehen. Deutschland greift wieder nach einer Weltmachtrolle und will Teile des Balkans an sich reißen.

Man hätte denken können, daß linke und angeblich revolutionäre Organisationen zu wütenden Protesten gegen den Krieg der imperialistischen Mörder aufrufen würden. Tatsächlich organisierte die Internationale Kommunistische Liga in den ersten Tagen nach Beginn der Bombenangriffe Protestdemos in Berlin, London, Paris und New York. Die SpAD-Demonstration am 2. September forderte: „Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan", „Verteidigt bosnische Serben gegen blutige imperialistische Bomber!" und „Viertes Reich: Hände weg vom Balkan!" Die SpAD gab ein Flugblatt heraus mit der Überschrift „Nieder mit imperialistischen Angriffen auf bosnische Serben!", das klar feststellte: „Die Vereinten Nationen sind die Speerspitze der imperialistischen Intervention in dieser Region".

Keine andere linke Organisation initiierte Proteste gegen das imperialistische Gemetzel. Während der deutsche Imperialismus genau den 1. September auswählte, den Jahrestag von Hitlers Überfall auf Polen, um den Tornado-Einsatz gegen die bosnischen Serben bekanntzugeben, demonstrierte die nationalistische „Friedens"bewegung ihre Übereinstimmung mit den imperialistischen Zielen. Die Freimut Duves und Joschka Fischers von SPD und Grünen bejubelten den Bundeswehr-Einsatz, mit dem die neokoloniale Herrschaft in Kroatien abgesichert wird, als einen Kampf gegen „Völkermord" und gegen ein „neues Auschwitz". Auch der als „pazifistisch" gehandelte Flügel der Grünen, der Bedenken gegen Bundeswehrtruppen auf dem Balkan hat, erklärte sich grundsätzlich dafür, den Wirtschaftsboykott gegen die Serben „auch mit Waffen" (Fraktionssprecherin Müller) und „mit ,hard power'" (Ludger Volmer) durchzusetzen. Und in Berlin demonstrierten einige Hundert PDS-Anhänger vor der von Kohl zu einem nationalistischen Monument umfunktionierten „Neuen Wache". Die PDS ist gegen den Bundeswehreinsatz, aber für das imperialistische UN-Diktat gegen die bosnischen Serben. Mit ihren ständigen Aufrufen an die Bundesregierung, für „Frieden" aktiv zu werden, ist sie ausdrücklich für ein von Deutschland dominiertes Osteuropa und hofft darauf, eine Vermittlerrolle zu spielen, bei der sie ihre aus der DDR stammenden Verbindungen einsetzen kann. Für einen deutschen Balkan ist die PDS schon, aber dafür will sie „kein deutsches Blut" vergießen, weil dies zu einem Hindernis bei der Errichtung der deutschen Wirtschaftsdominanz auf dem Balkan führen könnte.

Angesichts des Bombenterrors auf dem Balkan stürzten sich die Linken, die sich auf die nationalistische „Friedensbewegung orientieren, erleichtert auf die Frage der französischen Nukleartests im Pazifik. Die PDS forderte Kohl auf, den deutschen Botschafter aus Paris abzuziehen. In Leipzig demonstrierten PDS, Grüne und Autonome genau am 1. September gegen ... die französischen Atomwaffentests. Die SpAD ist gegen die Atomtests in Moruroa, weil sie die Militärmacht einer imperialistischen Macht verstärken, die nur zu reaktionären Zwecken eingesetzt werden kann (siehe Seite 3). Wir sind entschiedene Gegner der chauvinistischen Boykott-Aufrufe gegen Frankreich, die hier vertreten werden. Sie sind gegen die Franzosen gerichtet, was sicherlich einfacher ist, als gegen die „eigene" Bourgeoisie zu kämpfen, und die Proteste haben nichts mit dem *tatsächlichen* Krieg zu tun, der gerade jetzt von der deutschen herrschenden Klasse unter NATO-Federführung und US-Oberkommando auf dem Balkan geführt wird.



Reuter

NATO-Bombardierung führte zur Vertreibung von über 100 000 bosnischen Serben durch kroatische/muslimisch-bosnische Truppen

Als sichtbare Opposition gegen den Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan trat die *junge Welt* auf. Diese Zeitung ist für ihre „antinationale" Haltung bekannt; ihre Artikel entlarven den deutschen Imperialismus und seine rabiaten Kreuzzügler aus der nationalistischen „Friedensbewegung. Aber außer Druck auf die PDS auszuüben haben sie nur die Perspektive, dem Plus der Nationalisten ein Minus entgegenzustellen und schließlich die imperialistischen Rivalen Deutschlands zu unterstützen. Mit Antiimperialismus hat das nichts zu tun. Für die Arbeiterklasse, die sie für die Verbrechen der eigenen Bourgeoisie verantwortlich macht, und für den Kampf für die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter haben sie nur Verachtung und Haß übrig.

Fortgesetzt auf Seite 10

Deutsche „Linke"...

Fortsetzung von Seite 9

Die *junge Welt* unterstützte Carters „Friedensinitiative" Anfang des Jahres und hoffte dann auf einen Frieden durch „eine ‚pax americana', die nicht auf der Auslöschung der serbischen Volksgruppe in Bosnien beruht, sondern auf deren Gleichbehandlung mit den anderen Ethnicn des



Spartakist

Berlin, 2. September: Demo gegen Bombenterror gegen bosnische Serben. Proteste wurden auch von unseren Genossen in New York, London, Paris organisiert

Vielvölkergebildes" (Werner Pirker, 30. August). Damit rief sie explizit zu einem imperialistischen Diktat auf! Genau diese „pax americana" trat in Aktion, und mit ihren Bomben macht sie nicht zuletzt den Balkan für die deutsche Herrschaft sicher. Am Schluß blieb dem *jW*- und *konkret*-Redakteur Elsässer nur noch abgrundtiefer Zynismus, als er mit der Losung „Nasdravlje, Partizani i Cetnici!" (Hoch die Partisanen und die Tschetniks — *jW*, 6. September) herauskam. Der deformierte Arbeiterstaat Jugoslawien war durch Titos Kampf gegen Hitlers Nazis, gegen die kroatische faschistische Ustascha *und* gegen die serbischen monarchistischen Tschetniks aufgebaut worden, deren Antisemitismus dem der Ustascha in nichts nachstand. Das ist es, worauf die Unterstützung *der jungen Welt* für die imperialistische „Anti-Hitler-Koalition" im Zweiten Weltkrieg hinausläuft: die Bombardierung von Dresden 1945 zu bejubeln und den blutrünstigen Tschetniks zu applaudieren, die Kommunisten, Kroaten und Juden abschlachteten.

Im jetzigen jugoslawischen Bürgerkrieg haben alle Seiten nationalistische Verbrechen begangen, deren Umfang nur dadurch bestimmt war, welche militärischen Mittel sie jeweils zur Verfügung hatten. Während wir dafür eintreten, daß jede der rivalisierenden nationalistischen Regierungen durch eine Arbeiterrevolution gestürzt wird, *verteidigen* wir die bosnischen Serben gegen Bundeswehr, NATO und UNO. Und heute bedeutet das auch ihre Verteidigung gegen die bosnischen Moslems und kroatischen Kräfte, die jetzt den Imperialisten untergeordnet sind.

Der blutige Bürgerkrieg und der mörderische NATO-Bombenterror sind das direkte Ergebnis der kapitalistischen Zerstückelung von Jugoslawien. Im Gegensatz dazu gab es mit dem Sieg von Titos Partisanen 1944 und dem Sturz des Kapitalismus zwei Generationen lang eine relative Harmonie zwischen den Völkern Jugoslawiens, wenn auch die bürokratische Deformation des jugoslawischen Arbeiterstaats und Titos „Marktsozialismus" der Konterrevolution den Weg ebneten. Als 1991 der deutsche Imperialismus im Alleingang die Abtrennung von Slowenien und Kroatien durchsetzte, um aus dem jugoslawischen Arbeiterstaat seine traditionellen Neokolonien Slowenien und Kroatien herauszubrechen, erhielt er von der PDS und den anderen linken Gruppen lautstarke Unterstützung. Die aggressive Rolle des deutschen Imperialismus auf dem Balkan, bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens wie auch jetzt beim Einsatz der Tornados, ist die Konsequenz der kapitalistischen Wiedervereinigung, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstörte und zu einem großdeutschen imperialistischen Vierten Reich führte. Im Namen von klassenloser „Demokratie" und „Selbstbestimmung", den heuchlerischen Schlagworten der imperialistischen Propaganda im antisowjetischen Kriegszug, landeten die PDS und die Linke wie beim Anschluß der DDR auf der Seite der kapitalistischen Restauration. Jetzt müssen die werktätigen Massen und unterdrückten Völker auf der ganzen Welt mit ihrem Blut für den Verrat der Reformisten bezahlen. Die Spartakisten haben die deformierten Arbeiterstaaten bedingungslos gegen die Konterrevolution verteidigt und vor deren katastrophalen Konsequenzen gewarnt. Nur eine politisch-proletarische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie und die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die entwickelten kapitalistischen Länder von Westeuropa hätte die ökonomische Basis für wirkliche nationale Gleichheit auf dem relativ verarmten Balkan bringen können. Das bleibt die Perspektive, für die wir trotzkistische Parteien aufbauen müssen: die Errichtung einer sozialistischen Föderation auf dem Balkan als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

PDS: Pazifisten des Vierten Reichs

Besonders seit der Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten und der kapitalistischen Wiedervereinigung tritt uns der Nationalismus der „Friedensbewegung in seiner

Fortgesetzt auf Seite 21

Kruzifix-Wirbel
Für Trennung von Kirche und Staat!

Mitten in den bayerischen Schulferien kam es zum Knall. Am 10. August hob das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe den Paragraphen der bayerischen Schulordnung auf: „In jedem Klassenzimmer ist ein Kreuz anzubringen." Laut Richterurteil ist jeder staatliche Zwang, Kinder „unterm Kreuz lernen" zu lassen, verfassungswidrig. Damit gab das Gericht nach zehn (!) Jahren den Klägern Renate und Ernst Seier aus der Oberpfalz Recht. Die Kläger mußten einen jahrelangen Kampf führen, um ihre Kinder vor religiösem Obskurantismus in der Schule zu schützen. So wurde Ernst Seier, Anhänger des Anthroposophen Rudolf Steiner, sofort nach Klageerhebung „zwecks Überprüfung seines Geisteszustandes" in die Heilanstalt gesteckt. Seine Kinder wurden mehrmals von Bullen im Auftrag des SPD-Landrats zur „Schulpflicht" unters Kreuz gezwungen. Und gleich nach dem Urteil erhielt die Familie über 20 Morddrohungen.



SZ

München, 23. September: Kreuzzug der klerikalen Volksfront

Am *22.* September dann wurden ganze elf von 33 000 Kreuzen abgehängt; und zwar nur in den Schulräumen, wo die beiden Seier-Kinder anwesend sind. Und am 23. September demonstrierten unter der Losung „Das Kreuz bleibt!" 30 000 in München gegen das BVG-Urteil, angeführt vom protestantischen und katholischen Klerus und der politischen Prominenz. Obwohl der Anspruch der „Glaubensneutralität" bei diesem Urteil wirklich nur *sehr* entfernt an die Aufklärung und die große französische bürgerliche Revolution erinnert, entfesselte es einen Sturm der Entrüstung. Hängt doch normalerweise in jedem bundesdeutschen Gericht ein Kreuz an der Wand. Erst nachdem sich 1973 ein jüdischer Rechtsanwalt geweigert hatte, in einem Düsseldorfer Gerichtssaal unter dem Kreuz einen Prozeß auf Wiedergutmachung zu führen, und begründen mußte, wie sehr Juden unter dem Kreuz verfolgt wurden, wurde nach langem Hin und Her eine separate Kammer im Gericht für den Prozeß hergerichtet. Bis zum heutigen Tage aber kann die Entfernung von Kreuzen aus deutschen Gerichtssälen nur verlangt werden, wenn ein Prozeßbeteiligter „glaubhaft machen kann, durch das Kreuz in seiner Glaubensfreiheit berührt zu sein". Und noch 1993 entschied das Oberverwaltungsgericht in Münster, daß in Nordrhein-Westfalen ein Kreuz in der Klasse kein Unrecht sei.

Kommunisten sind für die vollständige Trennung von Kirche und Staat, und das heißt auch die Trennung von Kirche und Schule. Wir kämpfen für eine internationale proletarische Revolution, um die Grundlage für eine von allen Zwängen befreite sozialistische Gesellschaft zu schaffen — eine Gesellschaft, in der es keine Klassen gibt. Das Recht auf Religionsausübung bedeutet auch das Recht, keine Religion auszuüben und Atheist zu sein, und es ist ein individuelles Recht, das Kommunisten verteidigen.

Dies ist in Wirklichkeit ein Grundprinzip der bürgerlich-demokratischen Revolutionen. Aber das kapitalistische Deutschland hat nie eine erfolgreiche bürgerliche Revolution erlebt, und seine „demokratischen" Institutionen wurden von oben gestiftet — „dem deutschen Volke", wie es über dem Reichstag, einem Geschenk der Hohenzollern-Monarchie, geschrieben steht —, von autokratischen Regimen, die versuchten, die soziale Reaktion zu verfestigen. Daher war in Deutschland die Religion schon immer eine Staatsangelegenheit, seit dem feudalistischen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (das Erste Reich) und Luthers Pakt mit den abtrünnigen Fürsten, die im Religionsfrieden von Augsburg das Prinzip „cuius regio, eius religio" (es gilt die Religion des Landesherrn) durchsetzten. Die Verflechtung der Kirche mit dem Staat ist nicht nur für die konservativen und großenteils katholischen Christdemokraten selbstverständlich, sondern auch für die reformistische Arbeiterpartei SPD mit ihren engen Verbindungen zur evangelischen Kirche.

Die SPD und die mächtigen Staatskirchen wollen selbstherrlich entscheiden, was eine Religion ist und was nicht, um die politische Unterdrückung aller unpopulären Minderheitsgruppierungen zu rechtfertigen. Der Kreuzzug gegen Scientology ging los (übrigens von der SPD gestartet), weil diese Sekte dem „Ansehen Deutschlands im Ausland" geschadet habe. Denn Scientology hatte die Kontinuität der „Bundesrepublik" zum Dritten Reich aufgezeigt (siehe auch „Bonns Kreuzzug gegen Scientology: Bedrohung für Alle!", *Spartakist* Nr. 115, November/Dezember 1994). Für Marxisten, die die Interessen der Arbeiterklasse und ihr Recht, sich zu organisieren, verteidigen, gehört der Widerstand gegen diese gefährlichen staatlichen Übergriffe auf demokratische und religiöse Organisationen zur elementaren Pflicht, demokratische Rechte unabhängig davon zu verteidigen, wie dubios und unappetitlich diese Sekte ist.

Bullen, Richter, Pfaffen raus aus Schlafzimmern, Klassenzimmern und Arztpraxen!

Die ganze Gesellschaft ist durchsetzt mit religiösen Regeln und Symbolen. Vieles, was Spaß machen kann, unter-

Fortgesetzt auf Seite 12

Kruzifix-Wirbel...

Fortsetzung-von Seite 11

liegt Keuschheitsgeboten oder fällt unter die Zensur. Die Pfaffen hocken sogar im „Amt gegen Jugendgefährdung", und die Kirchen schüren eine bösartige Hexenjagd wegen „Kindesmißbrauchs", aus der vom Staat groteske Anklagen gegen Unschuldige fabriziert werden, während er gleichzeitig ihre Kinder beschlagnahmt. Sie führen einen wütenden Kreuzzug gegen Homosexualität und wollen das Sexualleben der gesamten Menschheit reglementieren. Die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, erklärt in ihrer Präambel die „Verantwortung vor Gott". Es gibt zwei Staatskirchen, für die der Staat die Finanzen eintreibt. Landesregierung und Schulen haben einen „verfassungsmäßigen" Auftrag, den Kindern 7,christliche Werte" einzuhämmern. Mit dem Reichskonkordat zwischen Vatikan und Hitler 1933, was später vom Bonner Vierten Reich übernommen (und auf die evangelische Kirche ausgeweitet) wurde, haben katholische Bischöfe zum Beispiel das Recht, Theologie-Professoren an staatlichen Universitäten zu feuern, obwohl diese vom Staat eingestellt und bezahlt werden! Selbst im Knast bist du nicht sicher vor dem staatlich finanzierten Seelsorger. Die Staatskirchen sind noch dazu die größten staatlich subventionierten Unternehmer. Die evangelische Kirche ist dabei der größte Arbeitgeber, der per Gesetz „als Gesinnungsbetrieb" definiert ist und bei dem gewerkschaftliche Rechte *ungültig* sind. Wenn du ein „unmoralisches Leben" führst, wirst du gefeuert. Der Malteser-Hilfsdienst, der vom Staat Zivildienstleistende zum Einsatz erhält, stellt zum Beispiel keine „Nicht-Christen" ein. In Nordrhein-Westfalen sind 80 Prozent aller Sozialeinrichtungen unter kirchlicher Kontrolle, und im sozialdemokratischen Saarland kommen auf einen staatlichen Kindergarten 16 kirchliche. Vom Kindergarten bis zur Bahre bist du den kirchlichen Sittenwächtern ausgeliefert.

Kirchen und Staat mischen sich überall in das Privatleben ein, wo sie nichts zu suchen haben! „Tatsache aber ist: Die Menschen haben es satt, wie der Staat und die mit ihm liierten Kirchen in ihren intimsten Glaubensangelegenheiten herumpfuschen", schreibt die *taz* (15. August). Die schon in den letzten Jahren hohe Zahl von Kirchenaustritten ist in diesem ersten Halbjahr nochmal um 30 bis 40 Prozent im Westen angestiegen. Unvergessen auch die Schlangen vor den Rathäusern im Osten Anfang 1991, als das Kirchensteuereinzugsverfahren in Kraft trat, das sogar nach den Maßstäben des Grundgesetzes verfassungswidrig im Einigungsvertrag enthalten war. Damit wurde fast die ganze Bevölkerung der ehemaligen DDR nach der kapitalistischen Konterrevolution zwangsweise zur Kasse gebeten.

Wie alle Umfragen zeigen, ist es trotz vielfältiger Maßnahmen bislang nicht gelungen, bei den ehemaligen Werktätigen der DDR, und besonders bei den Frauen, die fortschrittlichen sozialen Ansichten in bezug auf die Kirche auszutreiben. Gerade mal 3,6 Prozent der Brandenburger Bevölkerung rechnen sich zum katholischen und 28,3 zum evangelischen Glauben. So moniert *Die Zeit* am 18. August: „Wem also am Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands liegt, der sollte sich klarmachen, daß bayerische Verhältnisse der Integration nicht dienlich sind. Gerade auch wenn man darauf drängen möchte, daß die christlichen Prägungen unserer Geschichte wieder stärker ins Bewußtsein der Ostdeutschen rücken und als Teil unserer Kultur respektiert werden, muß deren Darstellungsform zumutbar sein. Kruzifixe in brandenburgischen und sächsischen Schulräumen — möglicherweise an den Stellen, an denen bis vor wenigen Jahren noch Honekker-Bilder hingen — wären jedenfalls deplaziert."



Penny Illustrated News

23. Mai 1871: Bis zum Ende kämpfte das Frauenbataillon in Verteidigung der Pariser Kommune am Place Blanche

Die Herrschaft in der Klassengesellschaft beruht einerseits auf der gewaltsamen Unterdrückung der überwiegenden Mehrheit durch die staatlichen „Formationen bewaffneter Menschen". Andererseits sind für die Herrschenden die ideologischen Institutionen, von den Kirchen bis zum Fernsehen (einschließlich „Wort zum Sonntag"), unverzichtbar, um „Zucht und Ordnung" und die Werte der „Obrigkeit" von einer Generation zur nächsten weiterzugeben; und die Unterdrückung von Frauen und Kindern durch die Familie ist dabei zentral. Man kann allerdings, wie Engels sagte, nicht „par ordre du Mufti" den Kirchen verbieten, ihren Unsinn zu verbreiten.

Erst wenn die Arbeiter unter revolutionärer Führung die Staatsmacht erobert haben, wird es möglich sein, im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft das rückständige Bewußtsein vollständig zu überwinden. Eine revolutionäre Arbeiterregierung wird eine umfassende wissenschaftliche Aufklärung gegen die religiösen Vorurteile organisieren. Ausschlaggebend ist die Beseitigung der sozialen Grundlagen dieser Vorurteile. So haben 1917 die Bolschewik! versucht, die Familie durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit zu ersetzen und es den Frauen zum Beispiel durch Kinderbetreuung rund um die Uhr zu ermöglichen, voll am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Im Kapitalismus stellen sich die leibhaftigen Vertreter des bürgerlichen Staates besonders für Immigranten, Frauen und Jugendliche oft als Dreifaltigkeit von Bullen, Richtern und Pfaffen dar, die sie im Namen des Kreuzes, der Gesetze und des Staates peinigen und drangsalieren. In der

organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland gibt es traditionell einen stark antikirchlichen Trend, der der ursprünglich revolutionären Rolle der Sozialdemokratie entspricht. Bis 1914 kämpfte die SPD für die Trennung von Kirche und Schule. Heute sind es fast nur wir Trotzkisten, die die vollständige Trennung von Kirche und Staat fordern, darunter die Abschaffung der Kirchensteuer. Mit ihrem endgültigen Übergang ins Lager der „eigenen" Bourgeoisie hat sich die SPD immer mehr mit der Kirche verflochten, während sie gleichzeitig das Programm der proletarischen Revolution und der Befreiung der Frau aufgab. Mit geradezu missionarischem Eifer versucht sie heute, die Arbeiter zur Klassenzusammenarbeit mit den Bossen zu erziehen. Kaum ein Streik in den letzten Jahrzehnten, wo Pfaffen nicht anwesend waren. Beim Stahlstreik 1987 in Rheinhausen wurde Pastor Kelp zum prominenten Trostspender, als die SPD-Ausverkäufer bei den Arbeitern so verhaßt waren, daß ihnen keiner mehr zuhörte. Bei der letzten Bundestagswahl 1994 tauchte Kelp dann auf der Bunten Liste der sozialdemokratischen PDS auf!

Gerade jetzt, wo das Vierte Reich nach einer Weltmachtrolle greift und von Pfaffen eingesegnete Tornados beim Krieg auf dem Balkan einsetzt, käme für die Kriegsmobilisierung ein öffentlicher Streit über „alte deutsche Werte" ungelegen. Doch der Kapitalismus braucht für die Kriegsmobilisierung gerade Nationalismus und Patriotismus mit dem Symbol des Kreuzes. So ist die Bonner Koalition über das Urteil gespalten, die Abstimmung 5 zu 3 entspricht durchaus der Stimmungslage in der deutschen Bourgeoisie. Der christliche Kanzler Kohl äußert „Unverständis" zum Karlsruher Richterspruch, während seine FDP-Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger „zurücktreten" will, falls die Kruzifixe hängenbleiben. Für das Finanzkapital ist die milliardenschwere Unterstützung der Staatskirchen ein teurer Spaß — die könnte beim „Um- und Abbau des Sozialstaates" ganz kräftig reduziert werden. Aber das Pfaffenwort, auch gesprochen von den Moralpredigern der Sozialdemokratie, ist das „Opium", das die Arbeiter lahmen soll.

Kein Wunder also, daß man in Bayern von der SPD-Vorsitzenden Renate Schmidt bis zum CSU-Ministerpräsident Stoiber aufheulte, das „christliche Abendland" sei in Gefahr. Ein Fegefeuer auf Erden für die Kinder in Bayern wurde beschworen. Schnell stellte Karlsruhe richtig, daß doch nur das *staatlich* angeordnete Aufhängen des Kreuzes bzw. Kruzifixes verboten sei; es erinnerte daran, daß es den Charakter der „christlichen Gemeinschaftsschulen" in Bayern ausdrücklich billige. Tatsächlich ist die bestehende „Verflechtung von Staat und Kirche in Deutschland ... nur an der Oberfläche angekratzt worden", schreibt die *Süddeutsche Zeitung* am 26. August und meint, eine Trennung von Kirche und Staat „wäre wohl erst nach einer Revolution möglich". Allerdings!

Und wie eine solche Revolution, die heute dringend notwendig wäre, auszusehen hätte, schildert Karl Marx in seiner Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich* von 1871 anschaulich am Beispiel der Pariser Kommune:

> „Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung, einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen; sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort, nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von dem Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit."

Doch im Unterschied zu England und Frankreich ist in Deutschland noch nicht einmal die bürgerliche Republik, die traditionelle Herrschaftsform der Bourgeosie, durch eine Revolution im Kampf gegen den Feudalismus geschaffen worden, sondern ist ein Ergebnis der bürgerlichen Konterrevolution gegen die begonnene proletarische Revolution von 1918. Die Bourgeoisie hat sich, aus Angst vor der Arbeiterklasse, mit dem Adel und der Monarchie verbrüdert. Deshalb besitzt der kapitalistische deutsche Staat eine Kontinuität, die über das Dritte Reich bis zur Wilheminischen Monarchie zurückreicht. Dazu gehört, daß sämtliche Paragraphen, die das Verhältnis zwischen Kirche und Staat betreffen, aus der Weimarer Reichsverfassung von 1919 stammen.

Weg mit den Paragraphen 218 und 219!

Die ganze deutsche Gesellschaft ist von christlich-reaktionären Vorstellungen durchdrungen, besonders was die Rolle der Frau angeht. Die reaktionäre Familienideologie wird durch die Paragraphen 218/219 zum Knüppel gegen die Frau, die zu einer Gebärmaschine degradiert werden soll. Der Staat und seine Kirchen sind der Meinung, daß der Fötus im Bauch der Mutter nicht ihr, sondern ihnen gehört. In Bayern hat der Kampf um die Abschaffung des Paragraphen 218 zu einem beispiellosen Kesseltreiben gegen Dr. Theissen geführt. Dieser heldenhafte Frauenarzt wurde 1986 angeklagt, in seiner Praxis einige hundert sogenannte illegale ambulante Abtreibungen durchgeführt zu haben

Fortgesetzt auf Seite 14

Stoppt die rassistischen Angriffe auf Roma-Frauen!

Die Bullen organisieren fast täglich ungestraft rassistische Überfälle. Ein schreckliches und brutales Beispiel ist der Überfall auf Roma-Frauen am 13. April in Köln. So umstellten am Gründonnerstag 150 Polizisten in der SPD-regierten Stadt Köln ein Wohnheim von Roma, die zumeist aus Bosnien kommen. Aufgrund einer sehr vagen Anzeige eines Einzelnen wegen „versuchten Kindesmords" irgendwo in Köln griff die Polizei gezielt die Roma an. Die Bullen stürmten um 6 Uhr früh in die Flure des Wohnheims und rissen die dort lebenden Romafamilien aus dem Schlaf. Ältere Roma fühlten sich an die Zeit des Hitler-Regimes erinnert.

Alle Romafrauen im „gebärfähigen Alter" wurden von ihren Familien getrennt und abgeführt, 39 Frauen ins Polizeipräsidium weggeschleppt. Ihnen wurde Blut abgenommen und es wurden Fingerabdrücke genommen. Vier Frauen wurden dann noch durch zwangsgynäkologische Untersuchungen staatlich vergewaltigt! Wie es in der Presseerklärung des Rom e.V. vom gleichen Tage heißt, war besonders schrecklich die „Untersuchung eines 15jährigen Mädchens ... das noch nie eine Untersuchung auf einem gynäkologischen Stuhl erlebt hatte. Das Kind hat diesen Vorgang als ungeheure Entwürdigung erlebt, zumal es bei der Verletzung seiner Jungfräulichkeit für ihr weiteres Leben schwer gezeichnet wäre." Die Arbeiterbewegung muß die Verteidigung der Roma zu ihrer eigenen Sache machen! Schluß mit Bullenterror gegen Immigranten!



AP

Memmingen, 10. September 1988: Demonstration zur Verteidigung des heldenhaften Frauenarztes Dr. Theissen. Er wurde vor Gericht gezerrt und verurteilt, weil er Frauen half und Abtreibungen durchführte. Weg mit den Schandparagraphen 218 und 219!

Kruzifix-Wirbel...

Fortsetzung von Seite 13

(siehe „Weg mit 218 und 219! Verteidigt Dr. Theissen!", *Spartakist* Nr. 58, September/Oktober 1988). Hunderte Frauen wurden durch Polizei und Richter verfolgt und öffentlich an den Pranger gestellt. Freunde und Männer der Frauen wurden wegen „Beihilfe" angeklagt; Immigrantinnen wurden dadurch direkt mit Abschiebung bedroht. Dieses monströse Verfahren von Memmingen wurde 1975 vom Bundesverfassungsgericht vorbereitet, als es die sogenannte Fristenlösung der sozialliberalen Koalition außer Kraft setzte, da sie gegen das im Grundgesetz garantierte „Recht auf Leben" verstoße. Die Memminger Hexenjagd war ein Vorstoß von Bonn für die Verschärfung der Abtreibungsregelung.

Kommunisten waren immer für die ersatzlose Streichung dieser Klassenparagraphen, mit denen Frauen und Ärzte verfolgt werden. Wir sind für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, durchgeführt durch kompetentes medizinisches Personal, als Teil einer umfassenden qualifizierten, kostenlosen Gesundheitsversorgung. Das bedeutet zuallererst massive Verteilung sicherer und effektiver Verhütungsmittel. Alle Versuche, den Paragraphen 218 zu „reformieren", führten zu einem immer erbärmlicheren Ergebnis. Dabei haben SPD und Grüne im Bundestag das Märchen der klerikalen Reaktion, „Abtreibung ist Mord", nie in Frage gestellt. 1993 bereitete der Bundestags„kompromiß" die Karlsruher Entscheidung vor, mit der die Abtreibung für zwar „straffrei", aber „rechtswidrig" erklärt wurde. Die Richter setzten die Zwangsberatung in Kraft mit der Auflage, daß der Bundestag „endlich zu Potte" kommen solle. Jetzt wurde im vierten Anlauf eine gegenüber 1993 nochmals verschärfte Version des Paragraphen in Zusammenarbeit mit Gericht und „Lebensschützern" verabschiedet.

Dieser reaktionäre Kompromiß von CDU/CSU, SPD und FDP macht es den Frauen nach der 12. Woche unmöglich, eine Abtreibung wegen einer sozialen Notlage durchzuführen oder aufgrund der einfachen Tatsache, daß sie kein Baby haben wollen. Es gibt nur noch zwei Indikationen: kriminologisch (nach einer Vergewaltigung) und medizinisch („Gefahr für das Leben oder schwerwiegende Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes"). Die eugenische Indikation (Abtreibung wegen Behinderung) ist auf Druck der katholischen Kirche gestrichen worden. Und auf gleicher Ebene waren auch die „Frauenrechtler" unter den Linken und Grünen über diese Streichung froh: Obszönerweise unterstellen sie den Frauen, das Nazi-Euthanasieprogramm auszuführen, wenn die einzelne Frau das Recht beansprucht zu entscheiden, ob sie ein schwerbehindertes Kind austrägt oder nicht.

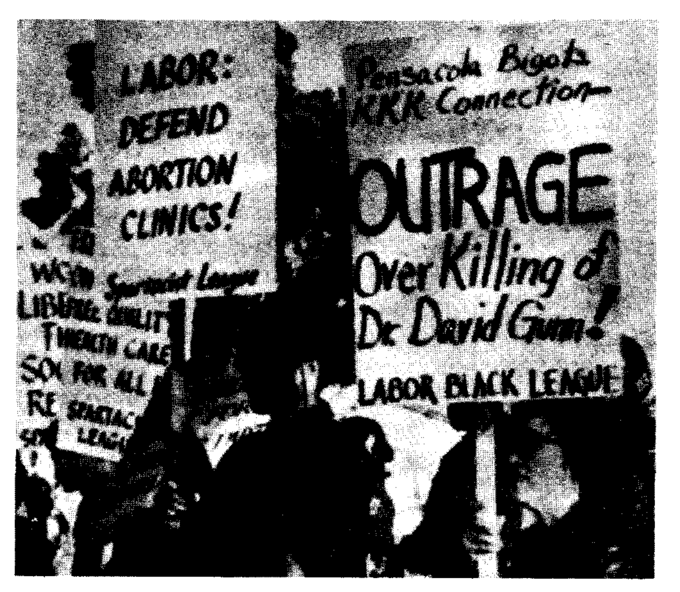
Abtreiben darf die Frau nur nach einer Zwangsberatung bei Einrichtungen, die staatlich kontrolliert sind und dem „Schutz des ungeborenen Lebens" dienen müssen. Es wird der befruchteten Zelle amtlich „ein eigenes Recht auf Leben" bescheinigt. Angehörige, Freunde und Berater können wegen Nötigung verfolgt werden, das heißt gegen sie können bis zu fünf Jahre Gefängnis verhängt werden. Mit diesem Schandparagraphen sollen die Frauen zurück an Heim und Herd gezwungen werden — zurück zu Hitlers „Kinder, Küche, Kirche"! Fünf Jahre nach der kapitalistischen Konterrevolution trauen sich die christlichen Herrscher und ihre Justiz, die Fristenlösung aus der DDR komplett abzuschaffen und das Recht auf Abtreibung im ganzen Vierten Reich immer weiter einzuschränken.

Kirche und SPD als Trojanisches Pferd der Konterrevolution in der DDR

Unter dem Schlachtruf „Demokratie" hat die SPD mit ihrer imperialistischen Ostpolitik frühzeitig versucht, das der deutschen Bourgeoisie entrissene Land im Osten zurückzuerobern, diesmal mit der D-Mark. Vor allem für Frauen bedeutet die Konterrevolution in der DDR eine vollständige Umkehrung ihrer Lebensverhältnisse. Aus der im Produktionsprozeß integrierten Kranführerin wurde im Vierten Reich eine Sozialhilfe-Empfängerin. Die DDR-Bürokratie, die sich auf das Stalinsche Dogma „Sozialismus in einem Land" stützte und sogar die Familie als „Keimzelle des Sozialismus" hochjubelte, ließ den Kirchen relativ viel Raum. Bereits bei der Bodenreform wurde der Grundbesitz der Kirchen (katholisch und evangelisch), der natürlich riesig war, nicht angetastet! Die DDR hat sogar in ihre Verfassung die gleichen Weimarer Artikel übernommen wie die BRD, so daß ursprünglich Religionsunterricht an den Schulen stattfand und Kirchensteuer existierte. Das DDR-System mit seiner Miefigkeit und seinem preußischen Drill, den es zur politischen Unterdrückung der" Arbeiterklasse brauchte, ließ Jugendlichen oftmals nur den Weg zur Kirche, wo sich die verschiedenen Oppositionellen trafen und die Pfaffen die Kontrolle übernahmen. Dennoch konnte der Klerus, der ja auf dem Privateigentum basiert, in einem Arbeiterstaat, der zwar bürokratisch deformiert war, aber doch das Privateigentum abgeschafft hatte, nicht so schalten und walten wie im Westen.

Um die DDR zu zerstören, brauchte es schon den geballten Einsatz der Sozialdemokratie, die als Transmissionsriemen die evangelische Kirche benutzte. Die SPD stand

Verteidigt Abtreibungskliniken in USA gegen mörderischen Terror!



In den USA hat der Kreuzzug gegen die Abtreibungsrechte der Frauen einen offen terroristischen Flügel, in dem sich rechte religiöse Fanatiker mit dem faschistischen Ku Klux Klan zusammentun. In vielen Teilen des Landes müssen sich Frauen, wenn sie eine Abtreibung oder selbst nur eine Beratung wollen, durch einen Anti-Abtreibungs-Pöbel durchkämpfen, der beleidigende Schimpfworte schreit und mit Bildern von toten Föten herumfuchtelt. Im Namen des „Pro-Life"-Mobs werden Abtreibungskliniken in Brand gesetzt, aufopferungsvolle Ärzte und medizinisches Personal werden am hellichten Tage niedergeschossen. Nachdem dieser Kreuzzug bereits das Leben von zwei Ärzten in Florida gekostet hatte, ermordete einer der Anti-Abtreibungsterroristen, John Salvi, am 30. Dezember letzten Jahres in Massachusetts einen Beschäftigten in der Aufnahmestation und verwundete drei andere. Dann fuhr er zu einer anderen Klinik, wo er eine Krankenpflegerin der Aufnahmestation ermordete und noch zwei weitere Menschen verletzte.

Unsere Genossen der Spartacist League/U.S. und Jugendliche der Spartacus Youth Clubs haben zusammen mit Aktivistinnen aus der Frauenbewegung an einer Reihe von militanten Aktionen zur Verteidigung von Abtreibungskliniken teilgenommen. Die Spartakisten kämpfen für die Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterbewegung, um die Abtreibungskliniken zu verteidigen, und für kostenlose Abtreibung auf Wunsch sowie für eine kostenlose umfassende Gesundheitsversorgung insgesamt.



Workers Vanguard

Demonstrationen gegen die Ermordung von Dr. David Gunn in Fremont, Kalifornien, am 11. Juni 1993 (oben) und in San Francisco am 9. März 1994

zusammen mit den kleinbürgerlichen Grünen an der Spitze der nationalistischen „Friedensbewegung, die dem imperialistischen „Drang nach Osten" der deutschen Bourgeoisie entsprach. Sie verankerte sich so sehr in diesem Milieu, daß man die Ost-SPD mit ihren Thierses und Stolpes zu Recht eine Pfaffenpartei nennen kann. Ihr antikommunistischer Kreuzzug fand seine Krönung in der Gauck-Behörde, wo ein Pfaffe im Dienste der kapitalistischen Regierung *jeden* ehemaligen DDR-Bürger auf seine Fähigkeit zu „Loyalität" und „Respektierung der Demokratie" überprüft.

Zu Kreuze kriechen soll man vor dem selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs. Während die CSU mit ihrer Kampagne zur „Rettung des Vaterlands" chauvinistische Mobilisierungen durchführt, akzeptieren auch die Verteidiger des Gerichtsurteils den rassistischen Mythos des „christlichen Abendlands", der immer als Hetze gegen Immigranten geschürt wird. Kinder von Asylbewerbern haben überhaupt keinen Anspruch auf Schulunterricht! Knapp ein Jahr ist es erst her, daß das bayerische Oberlandesgericht gegen die „provokativ auftretende Religionsausübung in besonders deutlich erkennbaren Moscheen" hetzte, wie es in der Genehmigung für einen NPD-Nazi-Aufmarsch gegen den Aufbau einer Moschee hieß (*Süddeutsche Zeitung*, 31. August 1994). Auf das Kruzifixurteil folgte die Genehmigung des Bundesverfassungsgerichts für die Abschiebung von sieben Asylbewerbern aus dem Sudan, ein Urteil, das nun auch von der SPD befürwortet und von den Grünen als „rechtmäßig" anerkannt wird.

Wahrhaftig, es braucht eine Revolution in Deutschland, in der die Arbeiterklasse von ihren sozialdemokratischen Irreführern bricht und die sozialen Fragen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durch eine sozialistische Revolution löst, die das ganze kaputte kapitalistische System zum Teufel jagt. Dafür muß eine Partei geschmiedet werden im Geiste der Jakobiner und Bolschewiki. Für eine solche Partei, Teil einer wiederzuschmiedenden revolutionären Vierten Internationale, kämpfen wir Spartakisten.«

Erleuchtung auf dem Weg nach Tuzla

David North „beseitigt" Recht auf Selbstbestimmung

David North ist der Anführer des „Internationalen Komitees der Vierten Internationale", das in Deutschland vom Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) vertreten wird. Nachfolgender Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 626 vom 28. Juli 1995, der Zeitung der Spartacist League/U.S.*

Teil eins von zwei



Gorbatschow walzt Baltikum nieder

von Bill Vann

Stoppt die stalinistische Unterdrückung nationaler Minderheiten!

Hände weg von Litauen!

Arbeiterpresse Verlag

Heute sind der BSA und sein internationaler Führer David North gegen das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Im zweiten Kalten Krieg dagegen warfen BSA-Führer Rippert und Neue *Arbeiterpresse* Kohl vor, antikommunistische Nationalisten wie die litauische Sajudis nicht genug zu unterstützen

Der Zusammenbruch der früheren Arbeitet Staaten Osteuropas und der Ex-Sowjetunion entfesselte eine Orgie von nationalistischem Blutvergießen. Heute prangern die imperialistischen Medien serbische Kriegsverbrechen in dem brudermörderischen Schlachthaus an, zu dem Bosnien inzwischen geworden ist. Aber „ethnische Säuberungen" sind wohl kaum eine alleinige Praxis der Serben. Entsetzliche Greueltaten werden nicht nur von allen Seiten auf dem Balkan begangen, sondern genauso werden blutige nationale Kriege zwischen Armeniern und Aseris um den Besitz von Nagorny-Karabach geführt, von Georgien gegen die Osseten und Abchasen und im ganzen Kaukasus. Um ihre Herrschaft in der Region zu behaupten, startete die russische Armee einen großangelegten militärischen Überfall auf Tschetschenien, der die Hauptstadt Grosny praktisch auslöschte und das Land verwüstete.

Wenn man die bürgerliche Presse liest, könnte man den Eindruck gewinnen, daß diese grauenhaften nationalistischen Gemetzel durch das Wiederaufleben einiger uralter „Stammes"fehden angefacht werden. In Wirklichkeit ist gerade die Logik der kapitalistischen Konterrevolution die treibende Kraft hinter dem Wiederaufstieg des Nationalismus von Mitteleuropa bis zum Kaukasus, da wirtschaftlich fortgeschrittenere Völker versuchen, ihren eigenen Vorteil auf Kosten ihrer weniger entwickelten Nachbarn zu konsolidieren. Wie wir in „.Ethnische Säuberungen' und nationalistische Kriege" (*Spartakist* Nr. 106, September 1993) schrieben: „Was jetzt in Bosnien passiert, [ist] ein immer wieder auftretendes Phänomen in dieser Epoche des kapitalistischen Niedergangs ... Daher ist die nationale Konsolidierung im Rahmen des Kapitalismus reduziert worden auf ihre reine Komponente von kommunalistischen Brutalitäten zur Vertreibung oder Vernichtung von Minderheitsnationalitäten."

Aber eine ganze Reihe von „Tauben" aus der Vietnam-Ära, von Liberalen und von radikalen Intellektuellen appellieren ausgerechnet an die kapitalistischen imperialistischen Herrscher, mit einer militärischen Intervention dem Balkan „Demokratie" zu bringen. Zu diesem Haufen gehört ein gewisser Tim Wohlforth, früherer Führer der amerikanischen Workers League, dem US-Trabanten des inzwischen verstorbenen Gerry Healy und seines Internationalen Komitees der Vierten Internationale (IKVI). In seiner gegenwärtigen Rolle als bekehrter Sünder und „wiedergeborener" antileninistischer Sozialdemokrat rief Wohlforth unter der Überschrift „Give War a Chance" (Gebt dem Krieg eine Chance) zur Intervention des US-Imperialismus in Bosnien auf (*In These Times,* 26. Juli 1993).

Wohlforths früherer Herr und Meister, Gerry Healy, war das vollendete Beispiel dafür, was Lenin einen „politischen Banditen" nannte — durchaus fähig, mit trotzkistischer Orthodoxie herumzufuchteln, wenn dies seinen Zwecken diente, und gleichermaßen fähig, der bezahlte Presseagent für eine Vielfalt bürgerlich-nationalistischer Regime im Nahen Osten zu sein (was er und seine Organisation viele Jahre lang waren). Vor fast zehn Jahren flog Healys Organisation auseinander, aber in dem erhitzten Austausch zwischen Healys einstmaligen Leutnants über ihre jeweiligen Reaktionen auf das Schlamassel auf dem Balkan kann man immer noch die Spur dieses selbsternannten „Gründer-Führers" des IKVI erkennen. Die eine Seite ergreift offen Partei für den Nationalismus der bosnischen Muslime, die andere täuscht mit angeblichem Antinationalimus Orthodoxie vor, was sich aber als De-facto-Unterstützung für Imperialismus und nationale Unterdrückung entpuppt.

In den letzten paar Jahren standen Healys früherer „Theoretiker" Cliff Slaughter und dessen Workers Revolutionary Party (WRP) an der Spitze der Kampagne „Workers Aid to Bosnia" (Arbeiterhilfe für Bosnien). Lieferungen an das bürgerlich-nationalistische Regime der bosnischen Muslime zu schicken, von französischen und britischen imperialistischen Truppen mit blauen „UN"-Helmen eskortiert: Das nennt die WRP ein Beispiel für „Arbeiter-Internationalismus"! Wollte man diese Linie ernst nehmen, müßte man die frühere Tory-Premierministerin Margaret Thatcher — die die Trommel rührt für noch aggressivere Hilfe an die bosnisch-muslimische Regierung — in die Reihen der „proletarischen Internationalisten" aufnehmen. Kurz gesagt, „Workers Aid to Bosnia" ist nichts anderes als ein direktes Echo jener Kräfte der herrschenden Klasse, die gegenüber

Serbien eine aggressivere militärische Haltung einnehmen wollen, und ein Deckmantel für jene Kräfte.

Die „orthodoxe" Ecke besetzt David North, der Wohlforth als Führer der Workers League ersetzte und jetzt das Oberhaupt der verschiedenen nationalen Fragmente ist, die das Erbe von Healys IKVI beanspruchen. Als Reaktion auf Slaughters „Workers-Aid"-Kampagne veröffentlichte Norths Gruppe eine lange Erklärung mit dem Titel: „Der Weg nach Tuzla - Wie Slaughters WRP den Imperialismus auf dem Balkan unterstützt" (Mai 1994). Norths IKVI argumentiert korrekt, daß Kommunisten „unversöhnlich gegen das nationalistische Gift zu kämpfen [haben], das vom Kapitalismus ... verbreitet wird", lauthals empören sie sich über ihre früheren Genossen: „Niemals zuvor hat eine Gruppe, die behauptet, trotzkistisch zu sein, direkt mit bürgerlichen Regimen ... zusammengearbeitet." Tatsächlich aber hat Healys IKVI vor einigen Jahren das Banner des Trotzkismus in solche Schweinereien hineingezogen — und das nicht ohne die Komplizenschaft eines gewissen David North.

Es ist kaum ein großer Sprung für Slaughter und die WRP, erst Lobgesänge auf Libyens Gaddafi, Iraks Saddam Hussein und die „Iranische Revolution" des Ajatollah Chomeini anzustimmen und dann zu offenen Presseagenten für das islamische Regime des Alija Izetbegovic in Sarajewo zu werden. Aber auch Norths Workers League war bis zum Hals darin verwickelt, die Scheichs und Obersten im Namen der sogenannten „Arabischen Revolution" zu unterstützen. Wenn Norths IKVI es heute vorzieht, „orthodox" zu werden, dann nur, weil es genau darin seinen opportunistischen Vorteil sieht.

Nach der Zerstörung der Sowjetunion, inmitten des imperialistischen Chors, der den „Tod des Kommunismus" bejubelte, begann Norths Organisation damit, in schrillen Tönen verfaßte Erklärungen herauszugeben, die die Gewerkschaften als „direkte Agenten des Imperialismus" abschrieben. Jede einzelne andere Tendenz innerhalb der Arbeiterbewegung wurde als durch und durch bürgerliche Organisation betrachtet. Und wozu? Die offensichtliche Schlußfolgerung ist, daß man glauben soll, David North sei jetzt der alleinige unangefochtene proletarische Führer auf diesem Planeten. Jetzt, wo North als der größte marxistische Theoretiker posiert, schreibt er das Selbstbestimmungsrecht von Nationen als vollkommen rückschrittlich ab.

Proletarischer Internationalismus und das Recht auf Selbstbestimmung

Es kann keine demokratische Lösung für den blutigen nationalen Konflikt in Bosnien und anderen Gebieten Ex-Jugoslawiens geben außer einer tiefgreifenden, sozialistischen Revolution. Bosnien ist keine Nation, und es gibt kein bosnisches „Volk". Vielmehr setzt sich Bosnien-Herzegowina aus drei bisher im gleichen Gebiet zusammenlebenden und eng verwandten Völkern zusammen — Serben, Kroaten und slawischen Muslime. Bosnien-Herzegowina, früher eine Provinz des Osmanischen und dann des Habsburger Reiches, wurde als eine Teilrepublik des titoistischen Jugoslawiens errichtet und sollte ein Modell für interethnische Harmonie sein. Jetzt, im Rahmen der kapitalistischen Konterrevolution, bedeutet die ausgeprägte gegenseitige geographische Durchdringung dieser verschiedenen Völker, daß die nationalen Rechte eines Volkes nur durch eine wütende, auf Vertreibung ausgerichtete Verfolgung der anderen Völker verwirklicht werden können.

Während verschiedene sozialdemokratische und pseudotrotzkistische Organisationen die bosnischen Muslime unterstützen und einige übriggebliebene Stalinisten die Serben, sind wir als Kommunisten gegen *alle* Seiten in diesem nationalen und kommunalistischen Gemetzel. Wir sind natürlich notwendigerweise auch gegen jede imperialistische Intervention auf dem Balkan. Konkret bedeutet dies, daß unsere Organisation international für die Verteidigung der Serben gegen die wiederholten NATO-Luftangriffe eingetreten ist. Ebenso haben wir gefordert, daß alle UN-Truppen, auch die aus Jelzins Rußland, vom Balkan verschwinden, und das Ende der UNO/NATO-Blockade gegen Serbien verlangt. Die einzige Perspektive, die einen Weg aus diesem allseitigen Gemetzel weist, besteht darin, daß die Arbeiterklasse im ganzen früheren Jugoslawien durch einen internationalistischen Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans ihre bürgerlich-nationalistischen Führer stürzt.

Eine solche Perspektive zu verwirklichen, die proletarische Einheit zu schmieden und in die Arbeiterklasse des Balkans revolutionäres Bewußtsein zu bringen erfordert eine Führung, die, mit Lenins Worten, als ein „Volkstribun" handelt, der gegen jedes Anzeichen von Nationalismus, Chauvinismus und ethnischem Haß kämpft. Nur so kann den verschiedenen konkurrierenden Nationalismen der Boden entzogen werden, und die gemeinsamen Klasseninteressen *aller* Werktätigen können in den Vordergrund treten. Genau in diesem Sinne trat die bolschewistische Partei für das Recht auf Selbstbestimmung für die unzähligen Nationen und Völker ein, die im zaristischen Reich eingekerkert waren.



Boni und Liveright

Die leHischen Schützenbataillone spielten in der bolschewistischen Revolution 1917 eine heldenhafte Rolle. Lenins Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung aller unterdrückten Nationen war Grundlage für die Einheit der russischen und nichtrussischen Arbeiter

Aber gerade eine solche Führung haben die North-Leute nicht im Angebot, und sie könnten das auch gar nicht. Zwar schreiben sie: „Die starke internationalistische Tradition des jugoslawischen Proletariats muß auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse und eines revolutionären Programms wiederbelebt werden", aber in „Der Weg nach Tuzla" schreiben sie gleichzeitig die ganze Frage der Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung als einen Anachronismus ab, der in der heutigen „Weltwirtschaft" nicht anwendbar sei:

Fortgesetzt auf Seite 18

Selbstbestimmung...

Fortsetzung von Seite 17

„Politische Begriffe, die in einer Periode einen ganz bestimmten sozialen und Klasseninhalt hatten, bekommen oft in der darauffolgenden Periode eine ganz andere Bedeutung. Das gilt auch für die Parole des ,Rechts auf Selbstbestimmung'...
Wer die Forderung nach Selbstbestimmung durch nationalen Separatismus und bürgerliche Herrschaft vertritt, ist für die weltweiten Auswirkungen einer solchen Parole verantwortlich. Dieses ,Recht' wird von den Imperialisten und ihren Armeen in anderen Teilen des Balkan und in der ganzen Welt ,verteidigt' werden."

Die North-Leute gehen über Bosnien hinaus und argumentieren gegen das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmir, den Punjab und andere Nationen, die im „Völkergefängnis" des indischen bürgerlichen Staates eingesperrt sind. In ähnlicher Weise wenden sie sich gegen die nationalen Rechte der Tamilen in Sri Lanka und der Québécois in Kanada.

Die IKVI-Erklärung beruft sich auf die Autorität der marxistischen Bewegung und Lenins. Aber in Wirklichkeit ist die Position der North-Leute rein chauvinistisch, sie akzeptiert die Herrschaft der herrschenden Nation in multinationalen Staaten. Oder wie es Lenin in „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" (1914) ausdrückt: „Die Ablehnung der Freiheit der Selbstbestimmung, d.h. der Lostrennung der Nationen, [bedeutet] nur eine Verteidigung der Privilegien der herrschenden Nation und der Polizeimethoden in der Verwaltung".

Weit davon entfernt, zu einer Art Anachronismus geworden zu sein, hat die Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung eher an Bedeutung gewonnen. Die Eskalation interimperialistischer Rivalitäten infolge des Zusammenbruchs der früheren Sowjetunion, der Drang der Großmächte zur Neuaufteilung der Welt in regionale Handelsblöcke und die zunehmende Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer der „Dritten Welt" *verstärken* für Kommunisten die Notwendigkeit, für die Rechte neokolonialer und unterdrückter Nationen zu kämpfen, um die Interessen des internationalen proletarischen Klassenkampfs voranzutreiben.

Norths IKVI und nationalistische Reaktion

Die North-Leute versuchen, sich in die Erklärung zu flüchten: „Besonders in Osteuropa und der früheren Sowjetunion tritt der Nationalismus heute als Bestandteil jener rückwärts gewandten Tendenz auf, die sowohl die Vorherrschaft des Imperialismus als auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse wiederherzustellen sucht." Aber die nationalistische Reaktion ist nicht einfach nur ein Produkt der Konterrevolution. Sie war auch eine treibende Kraft für die Restauration des Kapitalismus in den früheren stalinistisch regierten Arbeiterstaaten. Im letzteren Fall gehörte Norths Organisation zu den größeren Fans von Nationalismus.

Jahrzehntelang heulten die imperialistischen Herrscher über die „Unterdrückung" der sogenannten „Nationen in Gefangenschaft", die sie als einen Rammbock zur Zerschlagung des früheren Sowjetblocks ansahen. Und die North-Anhänger heulten mit ihnen gemeinsam. Als 1979/80 die sowjetische Armee in Afghanistan intervenierte, sagten wir Spartakisten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!", und bemerkten, daß dies die — allerdings nicht eingetretene — Möglichkeit mit sich brachte, die Ketten der feudalen islamischen Reaktion zu sprengen und die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf dieses schrecklich rückständige Land auszuweiten. Im Gegensatz dazu jammerten die North-Leute im Chor mit US-Präsident Jimmy Carter, die sowjetische Intervention sei ein Angriff auf „die nationalen Rechte und Gefühle des afghanischen Volkes" *(Bulletin,* 8. Juli 1986). Aber es gab keine afghanische „Nation", und die Leute, deren „Rechte" angegriffen wurden, waren eine Clique von Stammeshäuptlingen und islamischen Mudschaheddin, die von der CIA finanziert wurden.

Zusammen mit dem Vatikan und der CIA nahm sich Norths Workers League der konterrevolutionären Sache der Pilsudski verehrenden, nationalistischen Solidarnoœæ in Polen an und bejubelte sie als „eine unerschrockene, junge, kraftvolle und unabhängige Gewerkschaftsbewegung" *(Bulletin,* 15. September 1981). 1990 agierten sie als Echo verrückt gewordener Antikommunisten wie US-Senator Jesse Helms, als sie den damaligen Präsidenten George Bush dafür angriffen, daß er sich weigerte, Vergeltungsmaßnahmen gegen die Sowjetunion zu ergreifen, nachdem diese gegen die rechtsgerichtete nationalistische Sajudis-Regierung in Litauen hart durchgegriffen hatte.

Ein Artikel mit der Überschrift „Gorbatschow verstärkt die stalinistische Aggression gegen Litauen" *(Bulletin,* 30. März 1990) zeterte, die „Bush-Regierung hat sich eindeutig geweigert, die sowjetischen Militäraktionen in Litauen in irgendeiner Weise zu verurteilen". Wie wir in unserem Artikel „Imperialisten wollen baltische Staaten an sich reißen" *(Spartakist* Nr. 83, Februar 1991) schrieben:

„Als Leninisten und Internationalisten stehen wir für die demokratische Reorganisation der Sowjetunion und für das Recht jeder Nationalität mit einer Führung, die sich der Konterrevolution *entgegenstellt,* sich aus der Union zurückzuziehen, in dem Maße, wie sie es für richtig hält. In Litauen und den anderen baltischen Republiken wird der Deckmantel der .nationalen Unabhängigkeit' jedoch dazu benutzt, die kapitalistische Restauration zu verhüllen. Und das muß bekämpft werden...
Um den Zerfall der UdSSR inmitten brudermörderischem Nationalismus zu verhindern, ist es notwendig, *denproletarischen Internationalismus* wieder aufzugreifen, der die bolschewistische Partei von Lenin und Trotzki mit Leben erfüllte."

Die nationalistischen Bewegungen in Litauen, Lettland und Estland, die ihre eigenen unabhängigen kapitalistischen Staaten etablieren wollten, hatten ihr eigenes Programm der „ethnischen Säuberung" und forderten die Unterdrückung jeglicher Rechte anderer Völker (Russen, Ukrainer, Belorussen, Juden, Polen und anderer) innerhalb dieser Staaten, wenn sie nicht sogar offen für deren gewaltsame Vertreibung eintraten. Aber das hat damals die North-Anhänger nicht sehr gestört.

Jetzt versuchen sie, sich als den Inbegriff des proletarischen Internationalismus zu präsentieren. Dies ist nicht nur ein monumentaler Betrug, die neu entdeckte Opposition des IKVI gegen Nationalismus ist auch weder „orthodox" noch irgendwie vage links. Statt dessen spiegelt ihre Position wieder einmal die der imperialistischen Herrscher wider. Der internationale Kapitalismus, der gestern noch dem reaktionären Nationalismus in Osteuropa und der Ex-Sowjetunion half und Vorschub leistete, ist heute überhaupt nicht glücklich darüber, daß die Beute, die man aus dem Sieg der kapitalistischen Konterrevolution herauszuschlagen gedachte, jetzt in einem Meer von blutigen, durch Nationalismus angefachten, regionalen Konflikten versinkt. Zwar schreien die imperialistischen Herrscher Zeter und Mordio über das „arme kleine Bosnien", aber im allgemeinen schimpfen sie jetzt über genau die nationalistischen Kräfte, die von ihnen geschürt wurden. Und die North-Anhänger schließen sich dem Chor an.

War Gerry Healy an allem schuld?

In seinem Artikel „Permanente Revolution und die nationale Frage heute" *(The Fourth International,* Winter/



10. JAHRESTAG DER LIBYSCHEN REVOLUTION

Der Tag der arabischen Einheit

EINE Woche lang feierte Libyen den 10. Jahrestag der Revolution, die am 1. September 1969 unter Führung von Oberst Muammar Ghaddafi den von den Imperialisten gestützten König Idris zu Fall brachte.

Volle Unterstützung für Übernahme der Botschaften

Liebe Genossen,

zur Umwandlung der früheren Botschaft in ein Volksbüro der Libyschen Jamahiriyah möchten wir Euch unsere brüderlichen Glückwünsche und revolutionären Grüße entsenden. Sie ist nicht nur ein wichtiger Schritt vorwärts für die libysche Bevölkerung auf dem Weg und entsprechend der Prinzipien der Revolution vom 1. September 1969; die Ablösung der traditionellen Botschaft, die in ihrer Art noch aus der alten, überholten Gesellschaft stammte, durch ein Volksbüro, das wie die revolutionäre Führung unter Colonel Muammar Ghaddafi in kollektiver Arbeit die Interessen des Volkes vertritt, bedeutet vielmehr gleichzeitig einen Schlag gegen den Imperialismus und sein reaktionäres System der Geheimdiplomatie.

Wir verstehen sie deshalb als eine Stärkung aller revolutionären Kräfte, die gegen den Imperialismus und Zionismus kämpfen und versichern Euch die Unterstützung des Bunds Sozialistischer Arbeiter, der deutschen Sektion des Internationalen Komitees der Vierten Internationale, und seiner Zeitung, der Neuen Arbeiterpresse, auf diesem prinzipiellen und progressiven Weg!

Mit sozialistischen Grüßen
für das Zentralkomitee des
Bunds Sozialistischer Arbeiter

Uli Rippert

Neue Arbeiterpresse Nr. 144, 28. September 1979

Libyen...........	542 267
Kuwait.............	156500
Katar	50000
Abu Dhabi...........	25000
PLO	19997
Irak	19697
Unidentifizierte und andere Quellen	261 702
Summe	1075163

abgedruckt in Worters *News,* April 1988

Healys Blutgeld: Das Internationale Komitee von Healy/North agierte als bezahlter Agent blutiger arabischer bürgerlicher Regime, das Libyens starken Mann Gaddafi hochjubelte und die Hinrichtung irakischer Kommunisten durch Saddam Hussein rechtfertigte

Frühjahr 1994) erklärt David North, Healys WRP „verriet systematisch die Grundsätze des Trotzkismus, indem sie das Proletariat... bürgerlichen Regimen wie denen von Libyen, Iran und Irak unterordnete". Davon ausgehend meint er, nur die „Spaltung innerhalb des Internationalen Komitees machte es möglich, die gesamte historische Bedeutung der ‚nationalen Befreiungsbewegungen' und ihre Beziehung zum Proletariat und zur Perspektive der sozialistischen Revolution erneut intensiv zu untersuchen."

North hat sicherlich eine dehnbare Auffassung von seiner eigenen Geschichte — ähnlich wie die Beziehung seiner Organisation zu jeder Frage marxistischer Grundsätze oder proletarischer Moral. Seine Unterstützung für bürgerlich-nationalistische Kräfte war alles andere als abstrakt. 1979 druckte Norths *Bulletin* Artikel aus Healys *News Line* ab, in denen die Hinrichtung von 21 Mitgliedern der irakischen Kommunistischen Partei durch die Regierung von Saddam Husseins Ba'ath-Partei bejubelt wurde. Das *Bulletin und Neue Arbeiterpresse* (8. Juni 1979) druckten sogar ein offizielles irakisches Kommunique aus der *News Line* ab mit der grotesken Überschrift: „Die Fehler der irakischen kommunistischen Partei". Im gleichen Jahr feierte die Workers League den „Zehnten Jahrestag der Libyschen Revolution" und schickte ein Telegramm an Gaddafi, in dem seine „progressive sozialistische Politik" gepriesen wurde. Das IKVI, einschließlich North und seiner gegenwärtigen Kumpane, begeisterte sich auch für „den antiimperialistischen Inhalt des Kampfes, den Chomeini führt" - d. h. den „Kampf" des iranischen Ajatollahs für eine islamische Republik (soweit wir wissen, war dieses Lob grate).

Healys finanzielle Verbindungen zu arabischen Regimen waren schon lange vor der Implosion seiner Workers Revolutionary Party in Britannien 1985 ein berüchtigter Skandal in der Linken. Was die sogenannte „Spaltung" des IKVI betrifft, so könnte man dies treffender als einen Streit unter Dieben beschreiben. Healy wurde rausgeschmissen, North eilte herbei, um seinen Anspruch als „Führer" des IKVI zu erheben, und Slaughter nahm den Namen WRP und machte sich aus dem Staub. Schon jahrelang versuchen North & Co. ihren Namen reinzuwaschen, indem sie behaupteten, sie hätten keine Ahnung davon gehabt, daß Healy bezahlt wurde für seine Rolle als Publicity-manager von Hussein, Gaddafi und anderen. Mit anderen Worten, ihre Verteidigung besteht darin, daß sie genau die gleichen trotzkistischen Grundsätze verrieten — außer daß sie es im Unterschied zu Healy kostenlos taten! Aber selbst diese „Verteidigung" erscheint ziemlich fadenscheinig, wenn man" bedenkt, daß zum Beispiel Norths Kollege Nick Beams, Führer der australischen Socialist Labour League, im Februar 1986 vom Zentralkomitee seiner eigenen Organisation getadelt wurde, weil er versäumt hatte, dem IK über den Erhalt von Geldern von arabischen Regimen zu berichten *(Socialist Labour League Internai Bulletin,* Februar 1986).

Um sich ein Alibi zu verschaffen für ihre frühere Unterstützung einer ganzen Vielfalt reaktionärer nationalistischer Interessen und Regime, tut Norths IKVI heute so, als ob Nationalismus erst kürzlich zu einer „rückschrittlichen Tendenz" geworden sei. Im „Weg nach Tuzla" schreiben sie über die „progressive, einigende Charakteristik der nationalen Bewegungen der Epoche, in der Lenin seine Parole der Selbstbestimmung der Nationen entwickelte". Aber wenn Lenin zur militärischen Unterstützung für nationale Bewegungen aufrief, die gegen imperialistisch-kolonialistische Unterjochung kämpften, lobte er niemals ihren angeblichen „progressiven, einigenden Charakter". Im Gegenteil, in seinem „Entwurf der Thesen zur Nationalen und Kolonialen Frage" für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale (1920) rief Lenin dazu auf,

> „einen entschiedenen Kampf zu führen gegen die Versuche, den bürgerlich-demokratischen Befreiungsströmungen in den zurückgebliebenen Ländern einen kommunistischen Anstrich zu geben. Die Kommunistische Internationale darf die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen in den Kolonien und zurückgebliebenen Ländern nur unter der Bedingung unterstützen, daß die Elemente der künftigen proletarischen Parteien, die nicht nur dem Namen nach kommunistische Parteien sind, in allen zurückgebliebenen Ländern gesammelt und im Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer Nation, erzogen werden."

Die Bolschewiki verfochten das Recht auf Selbstbestimmung, nicht um die Sache des Nationalismus zu fördern, sondern um die proletarische Klasseneinheit zu fördern. Die grundlegenden Aussagen einer marxistischen Position zur nationalen Frage in der Epoche des Imperialismus

Fortgesetzt auf Seite 20

Selbstbestimmung...

Fortsetzung von Seite 19

wurden von Lenin in „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" hervorgehoben: „einerseits die ganz offene und unmißverständliche Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; andererseits werden die Arbeiter ebenso unzweideutig zur *internationalen* Einheit ihres Klassenkampfes aufgefordert".

Das Recht auf Selbstbestimmung ist eine rein bürgerlich-demokratische Forderung und dementsprechend ein untergeordneter Teil eines revolutionär-internationalistischen Programms. Diese Frage stellte sich den Bolschewiki nach der Russischen Revolution 1917 ganz direkt in der Ukraine und im Kaukasus. In letzterem Gebiet suchten und erhielten die seit kurzem unabhängigen bürgerlichen Regime direkte militärische Unterstützung der Imperialisten — zunächst der Deutschen und dann der Briten —, was eine unmittelbare Bedrohung für die Revolution darstellte. Gegen Ende des Bürgerkriegs eroberten die Bolschewiki in Georgien, Armenien und Aserbaidschan die Macht durch eine Kombination von lokalen Aufständen und der Intervention der Roten Armee. Wie Trotzki zwei Jahrzehnte später schrieb, "„war die gewaltsame Sowjetisierung gerechtfertigt: Der Schutz der sozialistischen Revolution hat Vorrang vor formalen demokratischen Grundsätzen" („Bilanz der finnischen Ereignisse", April 1940, in *Verteidigung des Marxismus).*

Die „Weltwirtschaft"

Neben der Behauptung, seine neu entdeckte „Weisheit" zur nationalen Frage rühre daher, daß man Healy losgeworden sei, nimmt das IKVI für seinen Linienwechsel auch eine „neue Weltrealität" in Anspruch:

> „Umfassende Veränderungen in der Weltwirtschaft und der weltpolitischen Lage haben auch zu entsprechenden Veränderungen im Charakter nationaler Bewegungen geführt...
>
> Kann man ernsthaft argumentieren, daß das erneute Aufbrechen von ethnischem Chauvinismus auf dem Balkan, oder auch in der ehemaligen Sowjetunion oder auf dem indischen Subkontinent, ein Ausdruck von Bestrebungen sei, die Erblast imperialistischer und feudaler Vorherrschaft zu beseitigen? Kann man heute davon sprechen, daß die nationale Bourgeoisie von Bosnien, Kasachstan oder Kaschmir ‚den Binnenmarkt erobern' wolle, wodurch die Bedingungen für den ‚Sieg der Warenproduktion' und damit für eine umfassendere Entwicklung des Klassenkampfs geschaffen würden?"

Die Vorstellung von einer „Ära weltweiter Wirtschaftsintegration", die North präsentiert, als ob sie nur ein weiterer seiner einzigartigen „theoretischen Durchbrüche" sei, kennt man in der marxistischen Bewegung inzwischen seit über einem Jahrhundert. Sie ist auch als Imperialismus bekannt!

Bis in die Mitte der 1880er Jahre beurteilten Marx und Engels nationale Bewegungen nach deren Fähigkeit, moderne unabhängige Nationalstaaten zu konsolidieren, die für die ökonomische Entwicklung günstig waren. Aber mit der Entwicklung des Imperialismus änderte sich die Herangehensweise. Marx und Engels begannen dies anzusprechen im Zusammenhang mit der Frage der irischen Unabhängigkeit. Marx schrieb in einem Brief über die irische Frage 1869, daß *„es das direkte, absolute Interesse der englischen Arbeiterklasse ist, von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen*... während andererseits die englische Reaktion in England ... in der Unterjochung Irlands wurzelte."

Marx' Position zu Irland wurde von Lenin in seinen Schriften zur nationalen Frage weiterentwickelt. Für Lenin hatte die Frage der Selbstbestimmung nichts zu tun mit der Fähigkeit, eine moderne, wirtschaftlich unabhängige kapitalistische Nation zu entwickeln. Tatsächlich polemisierte er recht ausführlich gegen Rosa Luxemburg, die erklärte, mit der Entwicklung des Imperialismus sei Selbstbestimmung eine „illusorische" Forderung geworden. In „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" antwortete Lenin:

> „Nicht nur die kleinen Staaten, sondern beispielsweise auch Rußland sind ökonomisch völlig von der Macht des imperialistischen Finanzkapitals der ‚reichen' bürgerlichen Länder abhängig. Nicht nur die Miniaturstaaten des Balkans, sondern auch Amerika war im 19. Jahrhundert, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas, wie schon Marx im ‚Kapital' aufgezeigt hat...
>
> Rosa Luxemburg setzte an Stelle der Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer staatlichen Selbständigkeit, die Frage ihrer Ökonomischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit."

Aber im Gegensatz zu den North-Anhängern war Rosa Luxemburg von echtem proletarischen Internationalismus erfüllt. Auch wenn sie unrecht hatte, so war ihre tief empfundene Opposition gegen das Recht auf Selbstbestimmung motiviert durch Abscheu vor den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen nationalistischen Kräften in Polen (Kräfte, denen ein paar Jahrzehnte später die North-Leute zujubeln würden im Namen der Solidarnoœæ-Konterrevolution).

Lenin erkannte, daß der Imperialismus die Epoche des kapitalistischen Niedergangs ist, in der die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft und das Entstehen einer kraftvollen Bourgeoisie durch imperialistische Ausbeutung und Vorherrschaft über die rückständigeren kapitalistischen Länder unterdrückt wird. Das Verständnis, daß die nationalen Bourgeoisien dieser Länder unfähig sind, die elementarsten bürgerlich-demokratischen Aufgaben wie echte nationale Unabhängigkeit, durchzuführen, gehört zum ABC des Trotzkismus — tatsächlich ist es eine grundlegende Untermauerung von Trotzkis Theorie der permanenten Revolution.

Natürlich haben nach dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion sehr reale Veränderungen in der Welt stattgefunden. Der unerbittliche Drang, den sowjetischen Arbeiterstaat zu zerstören, schuf einen gemeinsamen Bezugspunkt für die verschiedenen imperialistischen Mächte. Seit dieser nicht mehr existiert, sind die interimperialistischen Rivalitäten eskaliert. Das weltweite System des „freien Handels" — der ökonomische Kitt, der die von den USA dominierte antisowjetische Allianz zusammenhielt — ist zerbröckelt, da die Großmächte versuchen, die Welt in regionale Handelsblöcke neu aufzuteilen. Aber was hier passiert, ist nicht „neu". Die Welt nach dem Kalten Krieg ähnelt vielmehr zunehmend der Welt vor 1914 mit ihren verschärften interimperialistischen Rivalitäten, die sich mit regionalen nationalistischen Konflikten überlagern.

Die sogenannte „Globalisierungder Produktion" — d.h. der Export von Kapital — bedeutet einfach, daß die Kapitalisten große Teile der Industrie in Niedriglohnländer der „Dritten Welt" verlegt haben. Dies ist es, was zum Beispiel der Versuch der umfassenden Übernahme Mexikos durch den US-Imperialismus unter den Bedingungen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens bedeutet. Die gegenwärtige Situation stellt überhaupt keine Negation der leninistischen Position zur nationalen und kolonialen Frage dar, sondern unterstreicht nur, wie wichtig es für Kommunisten ist, die Rechte neokolonialer und unterdrückter Nationen gegen imperialistische Verwüstung zu verteidigen, um die Interessen des internationalen proletarischen Klassenkampfes zu fördern.

[WIRD FORTGESETZT]

Deutsche „Linke"...

Fortsetzung von Seite 10

aggressiven Form entgegen, wie er von den Kriegshetzern von SPD und Grünen ausgedrückt wird. Aber der „Pazifismus" der Deutschland-einig-Vaterlandsverteidiger der PDS ist nichts weiter als proimperialistisch. Sie war jahrelang für die Wirtschaftssanktionen der UNO, mit denen in Kinkels Worten „Serbien in die Knie" gezwungen werden sollte, und stand damit in einer Kriegsfront mit den deutschen Imperialisten. Schon beim Golfkrieg 1991 unterstützte sie die UN-Blockade gegen den Irak, mit der nach der High-Tech-Verwüstung von Bagdad über 200000 Menschen zu Tode gehungert wurden und die unter der Ägide der Vereinten Nationen bis heute anhält. Jetzt fordert Parteichef Bisky in einem Brief an Kohl (14. September) die Aufhebung des antiserbischen Wirtschaftsembargos: Während der wochenlangen NATO-Bombardierung hat Serbenführer Milosevic wohl auch ihm bewiesen, daß er selbst bei Massakern und Massenvertreibungen der bosnischen Serben das UN-Stillhalteabkommen erfüllt.

Trotzki warnte bereits, daß „der Pazifismus der Sozialdemokratie sich beim ersten Kanonenschuß in Kriegsdienerei verwandelt und zur wichtigsten Reserve des Militarismus wird. Deshalb bedeutet der unversöhnlichste Kampf gegen den Pazifismus, die Entlarvung seines treubrüchigen Charakters, den ersten Schritt auf dem Wege des revolutionären Kampfes gegen den Krieg" (Erklärung der Bolschewiki-Leninisten zum Antikriegskongreß in Amsterdam, 25. Juli 1932). Die PDS will genau wie bei der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990 den Massen vorgaukeln, daß es einen „friedlichen" und „rationalen" Imperialismus geben könnte. Aber auch der Zweite Weltkrieg im Pazifik fing „nur" mit einem Wirtschaftsembargo an und endete mit Hiroshima. Die blutrünstigen Imperialisten warfen, *nachdem* Japans Bereitschaft zur bedingungslosen Kapitulation bereits bekannt war, die Atombombe ab als Drohung gegen die Sowjetunion und um die amerikanische Vorherrschaft zu demonstrieren.

Die PDS nimmt heute die gestrige Position der nationalistischen „Friedensbewegung ein, deren Sprecher inzwischen zu den wütendsten Kriegshetzern geworden sind. Wie wir bereits Anfang der 80er Jahre im *Spartakist* hervorhoben, war der Nationalismus der „Friedensbewegungbereits bei den Protesten gegen amerikanische Pershings und sowjetische SS-20 vorhanden. Mit ihrem Antiamerikanismus und Antisowjetismus war sie ein Ausdruck des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus. Daß auch zehn Jahre später die beiden Pole der proimperialistischen „Friedens"front nicht weit voneinander entfernt liegen, trotz der PDS-Forderung nach „Bundeswehr raus", zeigte sich auf groteske Weise am 1. September in Berlin. Erst in allerletzter Minute spalteten sich PDS und Jusos von einer gemeinsamen Demonstration „gegen den Krieg in Bosnien" ab, bei der als SPD-Hauptredner Freimut Duve auftrat, der für den Einmarsch der Bundeswehr ist. Und schon in einem fflz-Gastkommentar am 19. August kündigte Gregor Gysi den nächsten Schritt der PDS an, als er Militärinterventionen nur so lange ablehnte, „bevor nicht wirklich alles andere versucht wurde". Er ist für „einen wirksamen Waffen- und Energieboykott" gegen das ehemalige Jugoslawien, und „wenn wirklich irgendwo auf der Welt eine militärische Intervention unabdingbar wird", dann will er „internationale Streitkräfte einer reformierten UNO" einsetzen. Soviel zur angeblichen Opposition der PDS zur Bundeswehr.

Die vorgeblich trotzkistische „Linke" demonstrierte bestenfalls ihre „Neutralität" gegenüber dem imperialistischen Gemetzel, sofern sie nicht wie die Winz-Gruppe Arbeitermacht (GAM) und der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) überhaupt im Lager des „armen kleinen Bosnien" versackt ist. Gruppen wie die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und die Internationalistisch Sozialistische Organisation (ISO, Nachfolger der SAG) lehnen zwar diese inbrünstige Parteinahme für die von Bundeswehr/NATO/UNO unterstützte muslimisch-kroatische Seite des Bürgerkriegs ab. Aber die „Neutralität" dieser Gruppen aus dem direkten SPD-Umkreis, die sich nicht zwischen den imperialistischen Terrorbombern und den bosnischen Serben, die bombardiert werden, entscheiden können, legt die Basis für eine Einheit mit SPD-„Kriegsgegnern" wie Ehmke und Lafontaine, mit pazifistischen Grünen und mit der PDS, die allesamt für die neokoloniale imperialistische Aufteilung des Balkans sind. Zu diesem Zweck machen sie auch bei der Hexenjagd gegen die Kommunistische Plattform der PDS mit. So verteilte die ISO am 1. September ein Hetz-Flugblatt, das mit „Stalinistische Plattform" unterschrieben war.

Workers Aid: Hilfstruppen des Imperialismus

Als Stunde für Stunde die NATO-Bomben auf die bosnischen Serben regneten, forderten die Izetbegovic-Anhänger der GAM „Schwere Artillerie, Panzer und Flugzeuge nach BiH [Bosnien-Herzegowina] — ohne alle daran geknüpften Bedingungen!" (*Arbeitermacht,* September 1995). Und genau am 14. September, als die Izetbegovic/Tudjman-Koalition unter imperialistischem Bombenschutz ihren massiven

Sieg den BiH-Truppen in ihrem Kampf um die Wiedergewinnung der von der bosnisch-serbischen Armee ethnisch gesäuberten Gebiete! Keine Hoffnung auf den Imperialismus! Keine Kampfeinstellung auf Kommando der Imperialisten!

arbeiter macht

...echt aller Flüchtlinge und Opfer ...chen Säuberungen, inklusive der ...erben, zur Rückkehr in ihrer ...ür multi-ethnische Milizen in allen gemischt-ethnischen Gebieten zur Verteidigung aller Nationalitäten!

Weg mit dem Waffen-Embargo! Schwere Artillerie, Panzer und Flugzeuge nach BiH - ohne alle daran geknüpften Bedingungen!

Nr. 39, September 1995

Während der Bodenoffensive der kroatisch/muslimisch-bosnischen Truppen rief Gruppe Arbeitermacht zu „Solidaritätsaktionen" mit imperialistischen Marionetten auf

Vormarsch startete und Zehntausende bosnische Serben in die Flucht jagte, rief die GAM auf ihrer Veranstaltung im „Haus der Demokratie" in Berlin zusammen mit der Splitter-Abspaltung Sozialistische Liga dazu auf, „Arbeiterhilfe für Bosnien" zu organisieren unter der Forderung „Weg mit dem Waffenembargo", die darauf abzielt, militärische Unterstützung durch die Imperialisten zu erhalten. Diese Anhänger der „neuen Weltordnung" nannten die Spartakist-Position einen „infantilen Antiimperialismus", für sie nur ein Relikt aus verstaubten Lenin-Bänden.

Mit Spiegelfechterei und Vernebelung läßt die GAM die elementare Aufgabe proletarischer Internationalisten verschwinden, die deutschen und anderen imperialistischen Bourgeoisien durch die *Verteidigung* der bosnischen Serben zu bekämpfen. Ihre britische Mutterorganisation Workers Power sagt offen, „im Krieg zwischen der NATO und der

Fortgesetzt auf Seite 22

Deutsche „Linke"...

Fortsetzung von Seite 21

Republica Srpska beziehen Revolutionäre weiterhin eine revolutionär-defätistische Position auf beiden Seiten" *(Workers Power,* Juli/August 1995). Das heißt, in einem imperialistischen Krieg gegen eine kleine Nationalität sind sie angeblich neutral, aber haben in Wirklichkeit eine starke proimperialistische Ausrichtung. Ihre Rechtfertigung lautet: „Die strategischen Ziele jeder Seite sind reaktionär", was den Imperialismus praktisch auf eine Frage der Politik reduziert. Mit dieser Methode würden sie die NATO-Imperialisten unterstützen, wenn diese doch nur eine harte Haltung einnehmen und die Zwangsintegration der bosnisch-serbischen Bevölkerung in ein einheitliches „multiethnisches Bosnien" fordern würden, das von der muslimisch dominierten Regierung geführt wird, für die GAM/WP tatsächlich Seite beziehen.

Wie man beim Vormarsch der bosnisch-muslimischen Truppen ganz gut beobachten konnte, war das „Waffenembargo" gegen das muslimische Bosnien schon seit langem ein löchriges Sieb, im Gegensatz zu den sehr realen Wirtschaftssanktionen der Imperialisten gegen Serbien. Und was die pathetische Forderung der GAM nach Abzug von Bundeswehr, NATO und UNO betrifft: Sie ist verbunden mit der Aufforderung an die UN-Truppen, „ihr gesamtes militärisches Gerät an die bosnische Regierung" zu übergeben. Die GAM hat nur damit Probleme, daß die imperialistische Intervention nicht weit genug geht. Mit ihrer Forderung „Sieg den BiH-Truppen in ihrem Kampf um die Wiedergewinnung der von der bosnisch-serbischen Armee ethnisch gesäuberten Gebiete" geht sie mit dem Muslim-General Mehmed Alagiæ konform, der es so formulierte: „Wir setzen auf Krieg — wir brauchen keine Nato mehr" *(Spiegel,* 18. September). Die jetzigen Bombardierungen entsprechen der Kampagne der GAM, daß die Imperialisten Waffen an die bosnische Regierung liefern soll. Jetzt kriegen die Serben das ab, wonach die GAM gierte: imperialistischen Mord.

Der RSB, der mit dem „Vereinigten" Sekretariat des kürzlich verstorbenen Ernest Mandel verbunden ist, stellt nicht einmal pro forma die Losung nach Abzug der UNO auf. Eine Erklärung des Politischen Sekretariats des RSB beschwert sich: „UNO und NATO tolerieren diese verbrecherische Politik der .ethnischen Säuberungen'" *(Avanti,* September 1995). Was ist das anderes als bestenfalls eine unglaubliche Verniedlichung der blutrünstigen NATO und der UN-Intervention, die für die Hungerblockade gegen Serbien verantwortlich ist. Die LCR, französische Schwesterorganisation des RSB, lobt sogar offen die „beruhigende Anwesenheit" der NATO-Flugzeuge und beschwert sich noch darüber, daß „die serbische Schlagkraft, und insbesondere ihre Fähigkeit, ihre Terrorkampagne in Sarajevo wiederaufzunehmen, quasi unangetastet ist" *(Rouge,* 14. September).

Allerdings behauptet das Politische Komitee des RSB in einer zweiten Erklärung in der September-Ausgabe, im nationalistischen Bürgerkrieg auf dem Balkan keines der konkurrierenden Regime zu unterstützen. Das wäre neu. Aber wahr ist es nicht. Am Ende der Komitee-Erklärung erscheint erneut der Aufruf zur Unterstützung der britischen Kampagne „International Workers Aid", die unter dem Schutz der UN-Truppen Konvois mit Hilfsgütern nach Tuzla schafft (einem strategischen Ort für Izetbegovic, um den Posavina-Korridor dichtzumachen). Die französische LCR berichtet begeistert über dieses Tuzla-Unternehmen: „Wir fahren vorbei an vielen Wagen der UNO, die überall im Gebiet anwesend sind, und treffen etwa 20 Kontrollpunkte der Armija, der bosnischen Armee, die uns in den schwierigen Passagen begleiten wird. Wir werden mit viel Sympathie von diesen Männern und wenigen Frauen in Uniform willkommen geheißen, die sich wie die Verteidiger ihres Volkes gegen die barbarische nationalistische Aggression verhalten."

Wen, glauben die VSler, mit den verlogenen Etiketten „multi-ethnisch" und „Arbeitersolidarität" täuschen zu können? Vielleicht gerade noch eine Gruppe Spartakus, die dieser Kampagne einen „Ausdruck eines wirklich internationalistischen Impulses" *(Bolschewik,* April 1995) abgewinnen will. Aber wie wir in „,Workers Aid for Boœnia': Was dahinter steckt" *(Spartakist* Nr. 114, September/ Oktober 1994) schrieben: „Welche Reste von Säkularismus und Einheit über kommunalistische Fronten hinweg in Städten wie Tuzla noch existieren mögen, sie wurden überschwemmt von nationalistischen und kommunalistischen Kräften aller Seiten, auch denen der bosnischen Regierung." Der RSB setzt das Wort „Workers" vor seine Konvois und schließt sich dem Troß von Außenminister Kinkel an, der ebenfalls seit Monaten „Hilfskonvois" nach Tuzla finanziert und schickt *(Süddeutsche Zeitung,* 17. Juli).

Für diese Leute, die jahrelang versucht haben, die eigene Bourgeoisie unter Druck zu setzen, ist Opposition gegen den Imperialismus ein Fremdwort geworden. Laut *Avanti* wäre ein Kampf für „eine sozialistische Balkanföderation" nur „leere Propaganda und letztlich politische Abstinenz" (September 1995). Weil sie sich darauf nicht „beschränken" wollen, bleibt ihnen nur die Wahl, andere Klassenkräfte zu unterstützen; im ehemaligen Jugoslawien bedeutete dies die Unterstützung der bürgerlichen Nationalisten. So bejubelte eine VS-Resolution bis vor kurzem die kroatisch-muslimische Föderation als „in Ansätzen eine Alternative zu den Plänen der Aufteilung Bosniens" *(Inprekorr,* Mai 1995). Kurz darauf marschierten Tudjmans Truppen in der Krajina ein und vertrieben 200000 bosnische Serben. Unter dem Schutzschild der NATO-Bomben folgte die „ethnische Säuberung" von über 100 000 Serben aus Westbosnien durch die Bodentruppen von Tudjman/ Izetbegovic.

Hier haben wir das skandalöse Schauspiel von „Linken" und sogar vorgeblichen Trotzkisten, die nach einer imperialistischen Intervention Ausschau halten, um eine Seite in einem nationalistischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Dies spiegelt auf breiterer Ebene wider, daß sie die kapitalistische Lüge über den „Tod des Kommunismus" geschluckt haben. Weil sie denken, ein Kampf für sozialistische Revolution sei unmöglich, sind sie für ein demokratisches, „multiethnisches", angeblich nicht-nationalistisches (kapitalistisches) Bosnien — was wirklich unmöglich ist. Ihr Programm beschränkt sich auf „Demokratie", d. h. das Programm der imperialistischen Liberalen, und wenn es darauf ankommt, landen sie mit ihnen im gleichen militärischen Lager.

Mit ihrer jahrelangen Unterstützung des imperialistischen Kreuzzuges haben all diese Gruppen und Organisationen Schritt für Schritt, vom Kalten Krieg bis zur heutigen Neuen Weltunordnung der interimperialistischen Rivalitäten, den Weg für das blutige Gemetzel auf dem Balkan gebahnt. Jetzt ernten sie, was sie säten. Der Balkan war schon der Auslöser des Ersten imperialistischen Weltkrieges. Um einen neuen Weltkrieg zu verhindern, der dieses Mal die atomare Vernichtung der Menschheit bedeuten kann, ist es notwendig, eine trotzkistische, internationalistische Partei zu schmieden, die für den Sturz der blutrünstigen Imperialisten und die Machtergreifung der Arbeiterklasse weltweit kämpft. Dafür steht die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), deren deutsche Sektion die Spartakist-Arbeiterpartei ist.«



AP



Action Press

Kriegskanzler Kohl triumphiert — erstmals seit 1945 deutsche Luftwaffe wieder über dem Balkan

Verteidigt bosnische Serben...

Fortsetzung von Seite 1

Die NATO-Luftoffensive bewirkte zwar zwischen den Westmächten eine vorübergehende Annäherung der Interessen, aber eine unmittelbare Auswirkung bestand darin, Krach zwischen Moskau und den westlichen Hauptstädten zu provozieren. Im Bestreben, sich als Regionalmacht zu behaupten — obwohl militärisch dürftig ausgestattet —, hat Rußland sich gleichzeitig als die Großmacht aufgeführt, die sich auf der internationalen diplomatischen Bühne für Serbien einsetzt, und als der „weiche Bulle" der westlichen Imperialisten gegenüber Serbien. Daher zogen die Russen eine große Show der Empörung über die NATO-Luftangriffe ab, während sie gleichzeitig die bosnischen Serben dazu drängten, klein beizugeben. Washington und besonders Bonn boten daraufhin Rußland an, bei der Überwachung des von der NATO angeordneten Waffenstillstands in der Umgebung von Sarajevo eine Rolle zu spielen. Inzwischen diskutieren Kohl und Kinkel offen über eine Intervention von Bundeswehr-Bodentruppen als Teil der 50 000-Mann-Truppe.

Die russischen Truppen werden in der amerikanischen Presse nicht erwähnt, aber in Westeuropa wird über sie ausgiebig berichtet. *Der Spiegel* (18. September) faßte es zusammen: „Russen nach Sarajevo". Und *Neues Deutschland,* das noch vor kurzem die UN-Truppen als „Hoffnungsträger" bejubelte, setzt seine Hoffnung jetzt ausgerechnet in den Möchtegern-Zaren Boris Jelzin, der die Konterrevolution in der Sowjetunion anführte und heute um die Großmachtambitionen des kapitalistischen Rußlands bangt. Wenn russische Truppen die Pläne der westlichen Imperialisten für ein Großkroatien absichern, liegt das ganz im Interesse von Großdeutschland und seinem Drang nach Osten — aus dem gleichen Grund trat auch Kohl nach zweiwöchiger Bombardierung der bosnischen Serben für einen „Waffenstillstand" ein.

Unter dem Schutzschild des NATO-Luftkriegs starteten die Kroaten und bosnischen Muslime mit Bodentruppen eine Offensive im westlichen und zentralen Bosnien, die 100 000 Serben aus ihrer angestammten Heimat vertrieben hat. Gleich nach der kroatischen Attacke gegen die Krajina im letzten Monat sind innerhalb von Wochen mehr als 300000 Serben mit Gewalt aus ihren Häusern vertrieben worden. Dies ist der umfassendste Einzelfall von „ethnischen Säuberungen" im blutigen vier Jahre dauernden Balkankrieg — der bereits weit mehr als 3 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht hat — und die größte Zwangsumsiedlung in der Region seit über einem Jahrhundert. Und das wurde unter dem direkten Schutz der NATO/ Bundeswehr-Bombardierung durchgeführt, mit der serbischen Führung als Komplizen — zu dem Zweck, „Tatsachen zu schaffen" auf der Grundlage der von den Imperialisten arrangierten Zerstückelung.

So bemerkte ein Artikel in der *New York Times* (14. September): „Serbische Bemühungen, die Angriffe [der Kroaten und bosnischen Muslime] abzuwehren, sind überraschenderweise noch schwach gewesen", und zitierte den Kommentar eines UN-Mitarbeiters im westlichen Bosnien: „Es ist viel leichter, diesen Leuten so viel Angst einzujagen, daß sie aus einem Gebiet, das aufgegeben werden soll, wegziehen, als so lange zu warten, bis die neuen Grenzen bekanntgegeben werden, und sie dann zu bitten, doch freundlicherweise ihr Zuhause zu verlassen." Mit anderen Worten, Zehntausende serbische Familien werden aus ihren Häusern gebombt, damit die verschiedenen nationalistischen Führer und ihre imperialistischen Sponsoren inmitten der heiteren Ruhe des Genfer Sees die Landkarte „friedlich" neu zeichnen können. Solche von den Imperialisten angestifteten Zwangsumsiedlungen hat es auf dem Balkan durchaus schon vorher gegeben. In den 20er Jahren wurden mehr als 2 Millionen Menschen zwischen Griechenland, Bulgarien und der Türkei auf brutale Weise „ausgetauscht", unter der Schirmherrschaft des Vorläufers der UNO, des Völkerbunds.

Jahrelang hat die westliche Presse wie am Fließband ständig die von den bosnischen Serben durchgeführten „ethnischen Säuberungen" verurteilt. Wir haben die imperialistische Heuchelei entlarvt und darauf hingewiesen, daß dieser nationalistische Krieg um die Neuaufteilung des Territoriums gekennzeichnet ist durch chauvinistische Greueltaten *von allen Seiten.* Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der *konterrevolutionären* Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien, die zuallererst von Bonn vorangetrieben wurde. Für alle, die vor diesem Terror nach Deutschland flüchten, fordern wir das Recht auf Asyl, und für alle Immigranten verlangen wir volle Staatsbürgerrechte.

Milosevic kam in den 80er Jahren als der Mann des IWF in Belgrad an die Macht und verordnete brutale Kahlschlagpolitik. Milosevics Drang nach einem Groß-Serbien

Fortgesetzt auf Seite 24



Thilo Ruckeis

Spartakist-Intervention bei PDS-Demo am 1. September in Berlin

Verteidigt bosnische Serben...

Fortsetzung von Seite 23

trampelte auf der föderalistischen Struktur von Titos Jugoslawien herum, und das Spiegelbild in Kroatien dazu war der Aufstieg Franjo Tudjmans, der das während des Zweiten Weltkriegs durch die Nazis unterstützte Ustascha-Regime offen bewundert. 1991 stiftete Deutschland Tudjmans Kroatien zur Unabhängigkeitserklärung an, was das brudermörderische Gemetzel, das Jugoslawien zerstörte, auslöste. Ein Jahr später ermunterten die USA den Präsidenten der bosnischen Muslime, Alija Izetbegovic, einen eigenständigen Staat zu bilden, und provozierten damit das dreiseitige kommunalistische Blutbad zwischen bosnischen Muslimen, Serben und Kroaten.

Als proletarische Internationalisten sind wir gegen das nationalistische Gemetzel, das in dem ethnischen Krieg im ehemaligen Jugoslawien von allen Seiten begangen wird. Gleichzeitig haben wir jede der imperialistischen Interventionen verurteilt, darunter die Anwesenheit von „friedenserhaltenden" UN-Soldaten und das folgenschwere Wirtschaftsembargo gegen Serbien. Diese Blockade wurde vor drei Jahren von den Westmächten verhängt, damit Belgrads starker Mann Slobodan Milosevic seine Unterstützung für die kroatischen und bosnischen Serben einstellt. In den letzten Monaten hat Milosevic genau dies getan, während zur gleichen Zeit Washington und Bonn die Regime der Kroaten und der bosnischen Muslime aufgerüstet haben. Als dann Anfang August die kroatische Diktatur von Franjo Tudjman einen Blitzkrieg gegen die von Serben bevölkerte Krajina führte, wurde diese Bluttat, die 200000 kroatische Serben zur Flucht aus ihrer jahrhundertealten Heimat zwang, auf zynische Weise von den USA und von Deutschland als ein Schritt zum „Frieden" gepriesen.

In den letzten Monaten jedoch hat sich der Charakter des Krieges *geändert,* da das Übergewicht des westlichen Imperialismus immer mehr Druck gegen die bosnischen Serben erzeugte, zuerst mit dem Einsatz der „schnellen Eingreiftruppe" der NATO im Frühjahr und dann mit dem von Deutschland und den USA gesponserten Blitzkrieg der Kroaten in der Krajina. Die NATO/Bundeswehr-Bombardierung machte dies zu einem Krieg der westlichen Imperialisten gegen das Volk der bosnischen Serben. Leninisten sind durch diese Situation zu einer Position des *revolutionären Defensismus gegenüber den* bosnischen Serben verpflichtet.

Während wir die bosnischen Serben auf dem Schlachtfeld verteidigen, ändern wir überhaupt nicht unsere Opposition gegen deren reaktionäre nationalistische Führer wie General Mladiæ und Radovan KaradŸiæ und gegen deren räuberische Politik. Im Gegenteil: Der Kampf für den Sturz der nationalistischen Schlächter in Belgrad und Pale — und ihrer Gegenüber in Zagreb und Sarajevo — durch Arbeiterrevolution ist der einzige Weg zur Beendigung dieses Kreislaufs von brudermörderischem Gemetzel und Rache.

Angesichts der wachsenden Kriegsmüdigkeit und Verelendung gibt es heute eine weitverbreitete Nostalgie über die relative ethnische Harmonie zur Zeit vor der kapitalistischen Konterrevolution. Titos Partisanen im Zweiten Weltkrieg befreiten zwar das Land von den Banden der faschistischen kroatischen Ustascha und der monarchistischen serbischen Tschetniks, aber seine stalinistische Politik vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land" förderte zwangsläufig wachsende nationalistische Gegensätze und bereitete schließlich der Konterrevolution den Boden. Eine trotzkistische Organisation würde dafür kämpfen, die Werktätigen aller Nationalitäten zum revolutionären Kampf gegen die imperialistischen Blutsauger aufzurütteln, die diesen Horror verursacht haben, und gegen die nationalistischen Dem-

Diskussionsveranstaltung der SpAD/Spartakist-Jugend

Nieder mit imperialistischen Angriffen auf bosnische Serben!

Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan!

Berlin

Mittwoch, 15. November, 19.00 Uhr
Humboldt-Universität
Hauptgebäude, Hörsaal 1070
U/S-Bahn Friedrichstraße
Weitere Informationen: (030)4439400

Halle

Dienstag, 14. November, 19.00 Uhr
Galeriecafe Steg
Stegpassage 2
Weitere Informationen:
Tel. (0345)2029055

Hamburg

Sonnabend, 11. November, 16.00 Uhr
Haus für Alle
Amandastraße 58
U/S-Bahn Sternschanze
Weitere Informationen: (040)323644

agogen, die ihn aufrechterhalten und von ihm profitieren.

Während des Krieges am Persischen Golf 1991 trat die Internationale Kommunistische Liga ebenfalls für die Niederlage der von den USA angeführten imperialistischen Attacke und für die Verteidigung des Irak ein und rief gleichzeitig die irakischen werktätigen Massen und die unterdrückten Kurden dazu auf, den Despoten Hussein zu stürzen. Die Memoiren des Generals Colin Powell enthüllen jetzt, daß das Pentagon sogar überlegte, gegen den Irak *Atomwaffen* einzusetzen. Doch sogar Linke schlössen sich dem imperialistischen Gezeter an und unterstützten die Hungerblockade gegen den Irak als eine „friedliche Alternative" zur Bombardierung. Bis ein paar Jahre später die Reihe an das „arme kleine Bosnien" kam, hatten sich viele dieser Typen so weit entwickelt, daß sie nicht nur einfach Beifall klatschten, sondern die *kriegslüsternsten Befürworter* der imperialistischen NATO-Intervention geworden waren.

Was auch immer bei diesem letzten Versuch, den kämpfenden Nationalisten des Balkans „Recht und Ordnung" des Imperialismus aufzuzwingen, herauskommt, es wird keinen Frieden bringen, sondern nur die Grundlage für künftige Kriege schaffen. Tatsächlich haben Pentagon-Pläne den Bedarf an 50 000 NATO-Soldaten vorgesehen - die Hälfte davon Amerikaner —, um Washingtons „Friedens"plan in Bosnien durchzusetzen, was für die Imperialisten zu einem blutigen Schlamassel werden könnte. Dauerhafter Frieden und nationale Gerechtigkeit für alle Völker der Region können nur durch proletarische Revolutionen erreicht werden, die zu einer Sozialistischen Föderation des Balkans als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führen.

Der neue Balkankrieg ist sowohl das Produkt der konterrevolutionären Zerstörung des Sowjetblocks als auch eine Bühne für die verschärften interimperialistischen Rivalitäten in der nachsowjetischen Welt. Deutschland will Kroatien (und Slowenien) zu einer Neokolonie des Vierten Reichs machen. Der amerikanische Imperialismus will zeigen, daß er im NATO-Bündnis immer noch das Sagen hat sowie die militärische Macht und den Willen, die Völker der Erde durch Gewalt zu unterjochen. Im Augenblick gibt es eine Annäherung der Interessen zwischen dem deutschen und dem US-Imperialismus; auf lange Sicht wird es zwangsläufig zwischen ihnen krachen.

Wie am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist der Balkan wieder das Pulverfaß Europas. Dieser blutige Konflikt weist auf die Notwendigkeit von trotzkistischen Parteien hin — die im Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale aufgebaut werden —, um gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher zu kämpfen, die die Macht haben, die Zivilisation, wenn nicht sogar die Menschheit selbst, zu zerstören.

Nach Workers Vanguard *Nr. 629, 22. September 1995*

Skinheads...

Fortsetzung von Seite 8

Faschisten, Skinheads von ihren Wurzeln „weggewonnen" zu haben. Dabei wird einfach Protest und „Rebellentum" hochgejubelt, ohne nach der Klassenbasis zu fragen. Die gefährlichen Folgen einer solchen Politik zeigten sich beim Sommercamp der JRE 1994, als eine auf dem Camp organisierte Disco mit Oi-„Musik" reihenweise Skinheads anzog. Völlig hilflos versuchte die JRE-Führung, T-Shirts mit Kapuzen an die Camp-Teilnehmer zu verteilen, um die „guten" von den „schlechten" Skinheads zu unterscheiden (siehe dazu den Artikel „JRE/Voran: Sommercamp-Pleite" in *Spartakist,* September/Oktober 1994).

Glücklicherweise, so erklärt ein *Voran*-Artikel, gründeten sich „als Reaktion auf die rassistische Politisierung vieler Skins ... ab 1986 antifaschistische Skin-Gruppen" *(Voran,* November 1993). Aber was ist damals wirklich abgelaufen? In den 80er Jahren wurde die Skinhead-Bewegung nach Deutschland importiert. Und zur gleichen Zeit fanden in Westdeutschland die „Redskins" unter den Linken Anklang mit der Losung „Weder Washington noch Moskau", die genau den wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus aufgriff, der die „Friedens"bewegung prägte. Damals war Moskau noch die Hauptstadt des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion, dessen sozialistische Eigentumsverhältnisse wir als Trotzkisten bedingungslos verteidigten. Diese Losung wurde auch von den offen faschistischen Skinheads und anderen Nazis benutzt, weil sie den Antikommunismus und den nationalistischen Groll darüber ausdrückte, daß die Rote Armee Nazi-Deutschland zerschlagen hatte. Antikommunismus und Nationalismus sind das Klima, in dem Skinheads gedeihen.

In Oi-„Musik" finden die Skinheads den „kulturellen" Ausdruck ihres sadistischen Nihilismus. „Oi" ist der Kampfruf beim rassistischen Zusammenschlagen von Immigranten aus Pakistan und anderen asiatischen Ländern, und „Oi" stellt den Klang der Doc-Martens-Stiefel dar, wenn sie auf ihre Opfer eintreten. Die SAG, jetzt ISO, die während des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion den Slogan „Weder Washington noch Moskau" zu ihrem Programm machte, balancierte das rassistische „Paki-Bashing" aus:

> „Die Skinheads hatten viele Gemeinsamkeiten mit den jamaikanischen Einwanderjugendlichen, da sie ähnliche Kleidung trugen und in den gleichen Clubs zum jamaikanischen Ska tanzten. Auf der anderen Seite machten viele Skinheads Jagd auf Pakistani, das sogenannte ‚Paki-Bashing'. Trotzdem fand man unter Skinheads nicht mehr Rassisten als in anderen Teilen der Gesellschaft."
> *(Klassenkampf,* Juli/August 1993)

Der pseudotrotzkistische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) erklärt die Ursprünge von „Oi" folgendermaßen: „Diese Bezeichnung rührte von dem englischen Schlachtruf Strength thru Joy her, verkürzt zu Oi! ". Was dabei dem deutschen Kenner der Skin-Szene, Harty Hempel, aber entgeht, ist, daß das ach-so-englische „Strength thru Joy" eine direkte Anlehnung an das Nazi-„Kultur"-Programm „Kraft durch Freude" ist. Der RSB versucht in einem 19 Seiten langen Pamphlet seiner theoretischen Zeitschrift *die internationale theorie* (Heft 8, undatiert) Skinheads auf nichts anderes als eine unpolitische Subkultur zu reduzieren. Der RSB behauptet, daß Skinheads einfach mit anderen Subkulturen, wie zum Beispiel dem Hip Hop oder Gangsta Rap in den schwarzen Ghettos der Vereinigten Staaten, konkurrieren würden. Laut RSB stellen sie aber an und für sich nichts Bedrohliches dar. O-Ton RSB: „‚Oi!' ist damit ebenso Ausdruck der Angst des weißen Proletariats vor dem Absturz in die Subproletarität, wie der ‚Gangsta Rap' Ausdruck des schwarzen Subproletariats ist, der nur noch die Chance in der kriminellen Karriere sieht." Damit erklärt der RSB die Schwarzen und Immigranten selbst für schuldig am rassistischen Terror gegen sie und setzt die *Opfer* mit den mörderischen *Tätern* gleich!

Im Gegensatz dazu kämpfen Spartakisten für die Mobilisierung der Arbeiterklasse mit ihrem starken Immigranten-Bestandteil, um die Nazis zu stoppen. Hätte die Arbeiterklasse in Deutschland eine revolutionäre Führung gehabt, die für Einheitsfronten gegen die Nazis kämpft, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Heute wie damals müssen wir den Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems, das den faschistischen Terror hervorbringt, organisieren.«

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 6

Mumia umbringen und alle zerschmettern will, die für die „Stimme der Entrechteten" eintreten. Wir wurden richtig belagert, als wir damit begannen, Mumia-Flugblätter zu verteilen. Es sprach sich herum, daß die Flugblätter verteilt wurden, um die Hinrichtung eines politischen Gefangenen in den USA zu verhindern, der schwarz ist, und es gab großes Interesse und viel Aufregung darüber.

Wir waren auch dort, um Leute zu treffen und sie über unsere öffentliche Veranstaltung am folgenden Abend zu informieren. Die öffentliche Veranstaltung für Jamal in der Arbeiterbibliothek von Johannesburg war ein Erfolg. Es kamen Leute aus Gewerkschaften, Jugendliche von linken Organisationen wie der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und der Workers Organisation for Socialist Action, Vertrauensleute der NUMSA, der Nationalen Metallarbeitergewerkschaft Südafrikas, die eine der militanteren Mitglieder des COSATU ist. Sie kamen, um das Video zu sehen und sich dem Kampf für die Befreiung von Mumia anzuschließen. Schwarze, Farbige, Inder und Weiße versammelten sich, um ihre Solidarität mit Mumia auszudrücken.



Workers Vanguard

Auf einer Gewerkschaftsdemonstration am 6. Juni in Johannesburg wirbt Genosse Don Alexander für die Jamal-Veranstaltung

Ich möchte jetzt noch einmal betonen, daß die südafrikanische Arbeiterklasse, das Proletariat, sehr klassenbewußt ist. Aber man kann gar nicht genug betonen, wie wichtig der Sprung in der Entwicklung ihres Bewußtseins war, als sie von der Realität des Lebens im rassistischen, kapitalistischen Amerika erfuhren. Die Leute wußten nicht, wie brutal der Rassismus und die Ausbeutung in diesem Land sind. Sie dachten, daß Amerika so eine Art Musterbeispiel der Demokratie sei.

Sie waren wirklich überrascht, als sie erfuhren, wie stark sich vor allem schwarze Amerikaner für ihre Kämpfe interessieren, weil sie in dem brutalen kapitalistischen Regime der weißen Vorherrschaft in Südafrika einen Spiegel ihrer eigenen Unterdrückung sahen und sehen. Es war für viele eine Offenbarung zu erfahren, daß schwarze Arbeiter in den USA einen strategischen Bestandteil der Arbeiterklasse mit ihrem vielfältigen ethnischen Hintergrund bilden, von ihren Befreiungskämpfen in Südafrika inspiriert wurden und unter revolutionärer Führung die Macht haben werden, einen Kampf zu führen, der das rassistische, kapitalistische System in den USA begraben kann.

Die National Union of Metalworkers, eine der mächtigsten Gewerkschaften in Südafrika, die 187000 Metallarbeiter vertritt, erhob ebenfalls ihre Stimme zur Unterstützung von Mumia. Wir erhielten auch die Unterstützung des ANC. Wir trafen uns mit Mandelas Sekretär in Jo'burg. Sie wissen alles über den Fall, besonders jetzt. In Kapstadt, Sitz von Legislative und Parlament, trafen wir uns mit Cyril Ramaphosa, früherer Führer der National Union of Mineworkers und jetzt Generalsekretär des ANC. Ramaphosa schickte einen Unterstützungsbrief für Mumia.

Die eindrucksvolle Unterstützung durch die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ist ein vielversprechender Beginn im Kampf, diese Solidarität fest in der mächtigen Arbeiterbewegung und in den Townships zu verwurzeln. Die Einsicht, daß es gemeinsame Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten weltweit gibt, ist zentral. Von Südafrika bis zu den USA ist die Kampagne gegen die rassistische Todesstrafe Teil des Kampfes, den ganzen Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Staats zu zerschlagen im Kampf für die internationale Revolution der Arbeiterklasse.

Das Fehlen einer revolutionären Führung und einer revolutionären Partei ist in Südafrika deutlich spürbar. Es muß einen entschiedenen Kampf geben, um die schwarze Arbeiterklasse und die unterdrückten nichtweißen Massen von den nationalistischen Irreführern des ANC zu brechen und um die sogenannte Drei-Parteien-Allianz zwischen dem ANC, der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und dem COSATU auseinanderzubrechen, die in einer Koalition mit den sogenannten „demokratischen" Kapitalisten der National Party sind. Die Regierung, die es in Südafrika gibt, ist eine nationalistische Volksfront, eine Koalition zwischen Arbeiterorganisationen und Teilen der herrschenden Klasse zur Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums. Wir stehen zu Trotzkis Programm der permanenten Revolution, wonach in rückständigen kapitalistischen Ländern, in denen die bürgerlich-demokratischen Revolutionen der Vergangenheit nicht zustande gekommen sind, die Arbeiterklasse die Macht erobern muß, um elementare demokratische Aufgaben durchzuführen, wie die Vergabe des Landes an diejenigen, die es bearbeiten, und die Erreichung wirklicher politischer Demokratie und nationaler Unabhängigkeit.

All das Gerede davon, daß alte Wunden geheilt werden müssen und man sich versöhnen müsse und daß man „die Vergangenheit ruhen lassen sollte" — und während ich dort war, wurde die große Rugby-Weltmeisterschaft in Kapstadt als „Mittel der Versöhnung" bejubelt —, ist ein Schwindel, aus dem einfachen Grund, weil es unversöhnliche Interessengegensätze zwischen den unterdrückten schwarzen Massen und der privilegierten weißen Minderheit gibt. Unter dem Kapitalismus, unter dem System des Privateigentums an Produktionsmitteln, kann es keine Gleichheit geben zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückern, zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse. Wenn es auch mehr Schwarze im Parlament gibt und ein paar schwarze Millionäre, so bleibt die Staatsmacht doch in den Händen der weißen Kapitalistenklasse und ihrer Formationen bewaffneter Menschen, die das kapitalistische Eigentum verteidigen. Die wirtschaftliche und soziale Dominanz der weißen Minderheit bleibt intakt.

Wir haben mit einer ganzen Reihe von unterschiedlichen Gruppen geredet. Unsere Broschüre „Black History and the

Class Struggle" (Die Geschichte der Schwarzen und der Klassenkampf), in der zur proletarischen Revolution in Südafrika aufgerufen wird, war sehr machtvoll. Bei vielen unserer Diskussionen mit südafrikanischen Linken kam immer wieder die gleiche Illusion hoch, daß es eine stabile bürgerliche Herrschaft von Menschen aller Hautfarben in Südafrika geben könne. Deshalb glauben viele der Jugendlichen und Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben, daß die Aufgabe darin bestehe, den Angelpunkt des Regierungsprogramms, das Programm für Wiederaufbau und Entwicklung, für sich auszunutzen — den Kapitalismus dazu zu bringen, ordentlich zu funktionieren. Wir hatten lange Diskussionen darüber, wie das ganze Programm der Volksfront, ein reformistisches Programm, blutigen Niederlagen der Arbeiterklasse den Weg bereitet hat, von Spanien in den 30er Jahren bis Chile in den 70er Jahren.

Im RDP gibt es nichts, was auf die dringendsten Bedürfnisse der Massen eingeht. Der ANC und Mandela haben die schwarzen Massen verraten und ihren früheren populistischen Versprechungen von Verstaatlichungen, Landverteilung und sogar dem Prinzip „ein Mensch, eine Stimme" den Rücken gekehrt. Sie haben den Massen erzählt, daß sie den Gürtel enger schnallen müssen, damit die weißen Kapitalisten und die neue schwarze Elite ungestört ihre Profite einsacken können. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank — die Architekten von mörderischer Armut und Elend für die Armen und Unterdrückten in der ganzen Welt — haben in Südafrika das Sagen.

Kapitalistische Politiker hier, schwarze und weiße, Demokraten und Republikaner, Jesse Jackson und Bill Clinton und ihr reformistischer Anhang wie die Kommunistische Partei, Socialist Action und viele andere Gruppen fielen geradezu in religiöse Verzückung, als Mandela an die Macht kam, und riefen aus: „Endlich frei!", als ob das mörderische Apartheidsystem einfach nur gesetzlich sanktionierter Rassismus sei — wo doch ein ganzes Volk zu Fremden im eigenen Land gemacht worden war. Die Internationale Kommunistische Liga hat die Wahrheit gesagt, vom ersten Tag an die einfache Wahrheit, daß Mandela und der ANC die schwarzen Massen betrügen werden.

Nun, was tun sie jetzt? Die bürgerlich-nationalistische Regierung läßt Siedlungen von Schwarzen und Farbigen auf besetztem Land niederwalzen. Joe Slovo, der ehemalige Vorsitzende der KP, der Minister für Wohnungsbau gewesen war, hatte ein Ende „der Kultur des Nichtzahlens der Miete" gefordert. Deshalb fing die Regierung, während ich dort war, damit an, in den Townships den Strom und das Licht abzustellen. Die South African National Defence Force, die Armee, zerschlägt die Kämpfe der Schwarzen für Landbesitz — in einem Land, wo Weiße, die 13 Prozent der Bevölkerung ausmachen, 86 Prozent des Bodens und 90 Prozent des gesamten Reichtums besitzen.

Wir haben mit vielen Linken in verschiedenen Organisationen geredet — der Workers Organisation for Socialist Action, Comrades for a Workers Government, International Socialist Movement —, die große Illusionen in die sogenannte Neutralität des kapitalistischen Staates haben. Sie vertreten die Position, daß die Bullen, die kapitalistische Polizei, Arbeiter seien, daß es „gute Bullen" gebe, daß es „fortschrittliche" Bullen gebe. Nun, es gibt eine sehr große schwarze sogenannte Polizeigewerkschaft namens Police and Prisons Civil Rights Union, POPCRU, die in Südafrika sehr aktiv gewesen ist und Protestaktionen durchgeführt hat für höheren Lohn, gegen Rassismus innerhalb der Polizei, für bessere Bewaffnung — also die üblichen Sachen. Die Bullen in Südafrika, wie in jedem kapitalistischen Land, das je existiert hat, verteidigen die Interessen der besitzenden Klasse, der Kapitalisten, gegen die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Und wir sollten nie auf die Lüge hereinfallen, daß sie Arbeiter seien, denn das ist nicht nur eine Lüge: Es ist eine tödliche Illusion. Jede herrschende Klasse in der Geschichte hat Formationen bewaffneter Menschen gehabt, die bis in den Tod deren sogenanntes Recht auf Ausbeutung verteidigt haben. Wir haben daher über diese Frage große Kämpfe gehabt. Wir brachten einige revolutionär gesinnte Jugendliche dazu, diese Frage zu überdenken, denn sie und wir wissen, daß dies keine abstrakte Frage ist, sondern die Kernfrage berührt: wie man eine Revolution durchführt, in der eine revolutionäre Avantgardepartei als Volkstribun die Arbeiterklasse zum Aufstand führt, um die kapitalistische Staatsmaschinerie zu zerschlagen.

Wir haben in unseren Diskussionen mit ernsthaften militanten Arbeitern und Jugendlichen, die schon einige Kämpfe durchgestanden haben, auch dargelegt, daß das kapitalistische System nicht reformiert werden kann. Eine ganze Reihe von ihnen will in den Townships Sozialarbeit machen. Wir argumentieren nicht dagegen, daß Elektrizität und Wasserhähne notwendig sind. Aber wir kämpften mit den Genossen darum, daß es nötig ist, die fortgeschrittene Schicht der Arbeiterklasse für den Aufbau einer internationalistischen revolutionären Partei zu gewinnen, die an der Spitze des Kampfes für nationale und soziale Befreiung in Südafrika steht; die dafür kämpfen würde, den städtischen Grund und Boden zu verstaatlichen, damit die Obdachlosigkeit beseitigt werden kann; die die Großfarmen in der Hand der Weißen entschädigungslos enteignen und das Land den schwarzen Landarbeitern geben würde, die bisher überhaupt kein Land besitzen; die für Arbeit für alle kämpfen würde durch die Einführung einer kürzeren Arbeitswoche ohne Lohnkürzung, um die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen; die für die Rechte der Frauen eintreten würde, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für das Recht auf kostenlose Abtreibung auf Wunsch, was in Südafrika zunehmend zu einer heißen Frage wird; die die demokratischen Rechte von Schwulen verteidigt; die für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten kämpft — im Kampf für die Errichtung einer Arbeiterregierung, die sich auf die Schwarzen stützt; und die dabei nicht nur für eine sozialistische Revolution in Südafrika kämpft, nicht nur für eine sozialistische Föderation des südlichen Afrika, sondern für die Weltrevolution.

Vor allem vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion, die ein Gegengewicht zum blutigen US-Imperialismus darstellte, ist der Imperialismus ermutigt worden: vom US-imperialistischen Massenmord an mehr als 100 000 Irakern — nicht berücksichtigt sind die Toten, die danach durch die Hungersnot gestorben sind, die den irakischen Massen aufgezwungen wurde — bis zur rassistischen, kolonialistischen Invasion in Somalia und Haiti. Getrennt vom Kampf für die internationale Revolution der Arbeiterklasse, vor allem in den industriellen Zentren Westeuropa, Japan und Nordamerika, wird es in Südafrika keine erfolgreiche Arbeiterrevolution geben.

Alles hängt davon ab, daß eine kämpferische internationale revolutionäre Avantgardepartei aufgebaut wird, die sich wirklich auf den Kampfruf der Ersten Internationale stützt: Arbeiter aller Länder vereinigt euch — wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten. Wenn wir die Welt verändern wollen, dann muß uns dies beim Kampf zur Befreiung Mumias als Richtschnur dienen. Wir haben eine Welt zu gewinnen im Kampf gegen die imperialistischen Banditen und Massenmörder im Weißen Haus, im Kongreß und im Pentagon, die blutigste herrschende Klasse, die die Geschichte bisher gesehen hat. Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. *627, 25. August 1995*

Proteste in Brasilien fordern Freiheit für Jamal!



Hürriyet

Brasilia: Ein Höhepunkt der Kundgebung für Jamal war der Auftritt einer Musikgruppe von brasilianischen Straßenkindern

In der Landeshauptstadt Brasilia demonstrierten am 2. August etwa 200 Menschen vor der US-Botschaft, ein kämpferischer Protest von Arbeitern/Schwarzen. Die Kundgebung, die von traditionellen brasilianischen Trommelrhythmen untermalt war, wurde vom Vorsitzenden der Journalistengewerkschaft, Jacira Suva, geleitet. Erster Redner war Américo Antunes, Präsident der nationalen Journalistenvereinigung, der die Gewerkschaften aufrief, für die Freiheit Mumia Abu-Jamals zu mobilisieren.

Eine Anzahl nationaler und regionaler Parlamentsabgeordneter sprach auf der Kundgebung, darunter Vertreter der PT (Arbeiterpartei), der Sozialistischen Volkspartei und der Kommunistischen Partei. Außer Rednern von Luta Metalürgica (LM) und der Internationalen Kommunistischen Liga waren von den linken Gruppen PSTU (Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei) und Causa Operana (Sache der Arbeiter) vertreten.

In einer anderen Ecke des Landes, in Volta Redonda (im Staat Rio de Janeiro), fand am 9. August eine Kundgebung von Arbeitern/Schwarzen für Jamal statt. Volta Redonda ist in ganz Brasilien als „Stahlstadt" bekannt, wo 1988 die Armee streikende Arbeiter massakrierte, die Lateinamerikas größten Stahlbetrieb besetzt hielten. Luta Metalurgica hatte schon im Juli in Flugblättern für ihre Wahlkampagne in der Stahlarbeitergewerkschaft zu einem Protest aufgerufen, und die kämpferische Kundgebung von über 200 Demonstranten, gemeinsam mit der Gewerkschaft der Arbeiter im öffentlichen Dienst organisiert, erhielt von 14 Gruppen von Schwarzen, Organisationen der Slumbewohner und linken Gruppen Unterstützung. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war ein Auftritt der Agua Limpa Warriors, einer Musikgruppe von Straßenkindern, und einer Gruppe, die Capoeira vorführte, eine von brasilianischen Sklaven entwickelte Kampfkunst.

Ort der Kundgebung war das Denkmal für Zumbi (bekannt als „der schwarze Spartakus"), dem heldenhaften Führer einer „Republik" von entflohenen Sklaven in Palmares, der vor 300 Jahren von der Sklavenhalter-Aristokratie ermordet worden war. Mehrere Demonstranten hielten Plakate, die aus einem Brief Jamals an einen schwarzen Aktivisten in Brasilia zitierten: „‚Zumbi ist einer meiner Helden' — Mumia Abu Jamal".

In Brasilien weitete sich die Unterstützung von Arbeitern/Schwarzen für Mumia Abu-Jamal besonders seit Mai sprunghaft aus, als Luta Metalürgica die Kampagne bei der Konferenz von Antirassistischen Gewerkschaftern der CUT bekanntmachte, wo Hunderte von Gewerkschaftern — unter ihnen der CUT-Präsident Vicente Paulo da Suva — Erklärungen unterschrieben, die forderten: „Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!"

Brasiliens weiße kapitalistische Elite verbreitet seit langem den Mythos der „von der Hautfarbe unabhängigen Demokratie" und behauptet, seit der Abschaffung der Sklaverei 1888 durch die Regentin Prinzessin lsabel sei das Land eine große Familie ohne „Rassenprobleme" gewesen. Diese Lüge wird traditionell von den vorherrschenden Kräften in der Arbeiterbewegung und praktisch vom gesamten Spektrum der brasilianischen Linken nachgebetet. Aber brutale rassistische Unterdrückung — was in den letzten Jahren auch die systematische Ermordung Tausender schwarzer Straßenkinder bedeutete — ist seit den Anfängen des brasilianischen Kapitalismus dessen Fundament gewesen und der Schlüssel zur Aufrechterhaltung der Superausbeutung mittels eines der niedrigsten Mindestlöhne der ganzen Welt.

Auf der Kundgebung in Volta Redonda unterstrichen Redner von LM die Notwendigkeit, die Macht der internationalen Arbeiterklasse zu mobilisieren im Kampf, Jamal zu retten: „Wir von Luta Metalürgica wollen ebenso wie unsere Brüder, die Spartakisten, daß alle Völker der Erde gleich sind. Das Leben von Mumia Abu-Jamal steht für das Leben unserer Brüder, die bei den rassistischen Massakern in Vigârio Gérai, Candelâria und Carandirü ermordet wurden, und der landlosen Bauern, die von den Grundbesitzern ermordet wurden." -Plakate von LM riefen dazu auf: „Brecht mit der Volksfront, für eine revolutionäre Arbeiterpartei von Schwarzen, Weißen, Indios!" und „Für den Internationalismus von Lenin und Trotzki".

Die Arbeiter, Schwarzen und Jugendlichen, die sich der internationalen Kampagne zur Verteidigung Mumia Abu-Jamals angeschlossen haben, führen damit einen Schlag gegen rassistische, kapitalistische Unterdrückung in Brasilien und überall auf der Welt.

Nach Workers Vanguard AV. 627, *25. August*

Gruppe Spartakus: Bei Schmutzarbeit gegen Mumia dabei

Seit über acht Jahren kämpfen die IKL und ihre Verteidigungsorganisationen für Mumia. Teil dieser Kampagne war auch unsere Veranstaltung über kommunistische Verteidigungsarbeit am 2. August an der Berliner Humboldt-Universität. Der Kampf für Mumias Freiheit hat in den letzten Monaten sehr breite Unterstützung gewonnen und könnte zu einem Schlag gegen die rassistische Todesstrafe führen. Gleichzeitig gibt es eine finstere Kampagne der Polizei von Philadelphia und der sogenannten „Fraternal Order of Police", von Todesstrafen-Fanatikern und der bürgerlichen Presse einschließlich des Wall Street Journal, *die wachsende Unterstützung für Mumia zu sabotieren. Dazu bekommen sie die Hilfe recht unappetitlicher Gruppen wie der „Bolschewistischen Tendenz", hier Gruppe Spartakus. Diese Ansammlung von verbitterten Ex-Mitgliedern hat immer versucht, ein Vehikel größerer Kräfte zu sein, um ihre provokativen Verleumdungen und Schmutzgeschichten gegen die IKL anzubringen. Wir drucken deshalb Auszüge aus dem Redebeitrag unseres Genossen Fred Zierenberg über diese dubiose Gruppe ab:*

Die Wahrheit ist, daß hier in Berlin zum Beispiel das Komitee für soziale Verteidigung und die Spartakist-Jugend dafür gesorgt haben, daß es eine Verteidigungskampagne für Mumia gibt. Heute ist diese Kampagne von vielen anderen übernommen worden, auch von unseren politischen Gegnern, und so versuchen die uns jetzt aus den Demonstrationen oder vom Podium auszuschließen. Und für diese Leute macht der GS-Redner die Schmutzarbeit: denen die Argumente zu liefern, wir wären ein Kult, wir würden unsere Mitglieder ermorden usw., also der Bezug von Jimstown zu Jonestown — was genau vom *Wall Street Journal* der amerikanischen Bourgeoisie zitiert wird, um die Kampagne für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal besser zu stören. Diese Sache ist ganz eindeutig.

Die Aktionen, die wir initiiert haben, wo 300 Leute oder 400 Leute für Mumia am 7. Februar und am 7. Juni 1995 auf die Straße gingen — da haben sie nicht gefragt, ob sie [vom Lautsprecherwagen aus] reden können. Sie haben nicht ihre Unterstützer mobilisiert. Aber hierher müssen sie ihre Unterstützer heute hinmobilisieren und sagen: „Sektierertum, Sektierertum". Das haben sie sich natürlich nicht getraut vor 400 Leuten zu sagen, die wir mobilisiert hatten, und vor 15 anderen Organisationen, die da geredet und überhaupt nicht unsere Ansichten vertreten haben. Die interessiert nicht eine öffentliche Stellungnahme, Mumia zu verteidigen, sondern unsere Organisation, die für Mumia kämpft, mit Dreck zu bewerf en.

Und das ist die Existenz dieser Organisation, seit sie in den ersten Eierschalen aufgetreten ist. Und das Kennzeichnende daran ist, daß sie diesen Bill Logan heute zu ihrem Führer gemacht haben, den wir 1979 bei unserer internationalen Konferenz ausgeschlossen haben, weil er sich in brutaler Weise in das persönliche Leben von Genossen eingemischt hat, weil er eine Genossin zwingen wollte, eine Abtreibung zu machen, dann das Kind wegzugeben usw. Er wurde auf unserer internationalen Konferenz ausgeschlossen. Und eines ihrer Mitglieder in Hamburg, Howard Keylor, hat auf dieser Konferenz erklärt: „Ich war mehrere Jahre Krankenpfleger und hatte mit Soziopathen zu tun. Das sind Leute, die andere manipulieren für ihren Sadismus. Und ich habe diesen Bill Logan immer von der Stadt begleitet hierher in das Camp, wo der Prozeß stattfand, und ich kann euch eins sagen: Dieser Mann ist ein Soziopath." Und er hat dann mit dafür abgestimmt, ihn auszuschließen; genau wie andere Leute, die damals Mitglied gewesen sind und die hinterher feige ausgetreten sind. Und wir werden in unserer Presse diese Schmutzarbeit aufzeigen, die ihr machen werdet; und es wird uns nicht davon abhalten, für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal zu kämpfen.

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 32

geplanten Demonstrationen platzen ließ.

Aus welchen Gründen auch immer, laßt uns diese kostbare Zeit nutzen, um eine stärkere und breitere Bewegung aufzubauen, die nicht nur eine Hinrichtung »aufschiebt', sondern sie alle stoppt! *Nieder mit der rassistischen Todesstrafe in den USA!"*

Unter dem Druck der anschwellenden Flut von Protesten für Jamal würden wichtige Teile der herrschenden Klasse ihn lieber lebenslänglich eingesperrt sehen, als daß er umgebracht und zum Märtyrer gemacht würde. Sie wollen Jamal in etwas begraben, was er die „Gefängnishölle" nennt. Klassenbewußte Arbeiter und Gegner der barbarischen und rassistischen Todesstrafe in aller Welt dürfen nicht ruhen, bis er frei ist.

Jamals Rechtsanwälte mit Leonard Weinglass als Hauptverteidiger führten einen Kampf von ungeheurem Ausmaß gegen ein wütend feindseliges Gericht, um den Urteilsspruch und das Strafmaß von 1982 zurückzuschlagen. Weinglass brachte bei der Anhörung zum Ausdruck, wie Sabos Gericht Jamal 1982 Ballistikexperten, Pathologen, einen Ermittler und einen kompetenten Anwalt verweigerte. Verteidiger Dan Williams deckte auf, wie Jamals angebliches „Geständnis" 64 Tage nach der angeblichen Äußerung erfunden wurde — nämlich erst *nachdem* Jamal eine Klage gegen die Polizisten erhob, die ihn auf der Straße und im Krankenhaus brutal geschlagen hatten, und erst *nachdem* der damalige Ankläger McGill einen „runden Tisch" von Bullen organisierte, um diese Geschichte zu fabrizieren. Die Zeugen des Staatsanwalts waren nicht imstande, Jamal als den Schützen zu identifizieren, bis ihnen Deals oder Vergünstigungen bezüglich ihrer eigenen Strafregister angeboten wurden. Ein unwiderlegbarer Beweis für die Angst, die die rassistischen Polizeikiller von Philadelphia verbreiten, war das Erscheinen und Verschwinden von Jamals Bruder Billy Cook, dessen Wagen 1981 von Faulkner angehalten worden war, kurz bevor dieser erschossen wurde. Bei der Anhörung reichte Wolkenstein eine eidesstattliche

Fortgesetzt auf Seite 30



Spartakist

Nationale Demo für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal am 22. Juli in Berlin

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 29

Erklärung ein, die besagte, Mumias Bruder habe ihr gesagt, daß „Mumia den Beamten Faulkner nicht erschoß". Daraufhin drohte der Staatsanwalt, Cook wegen ausstehender Haftbefehle zu verhaften, falls er bei dieser Anhörung erscheine. Wegen dieses unverblümten Einschüchterungsmanövers ist er wieder untergetaucht.

Jamals Anwälte forderten das Gericht heraus, nur einen einzigen Fall zu nennen, in dem in den USA ein Mensch in die Todeszelle geschickt wurde, ohne die Gelegenheit gehabt zu haben, als entlastenden Beweis Charakterzeugen zu präsentieren. Unter dem Vorsitz des „Königs des Todestrakts" Sabo war Mumia dieses Recht verweigert worden, und wie sein Anwalt Dan Williams erklärte: „Die Geschworenen nicht über Jamals bewegte Menschlichkeit zu unterrichten war jenseits menschlicher Anständigkeit."

Jamas Anhörung endete zu einem Zeitpunkt, wo die Polizei von Philadelphia durch einen Korruptions- und Brutalitätsskandal erschüttert wird. Dutzende, möglicherweise Hunderte Verurteilungen werden jetzt rückgängig gemacht, weil bewiesen wurde, daß Bullen Beweise fabrizierten, um gegen Schwarze aus den Elends-Ghettos im Norden Philadelphias fingierte Anklagen erheben zu können. In diesem Zusammenhang ließen einige Zeugen in bezug auf Jamals Fall ihre Angst fallen. In den letzten vier Wochen haben sich mindestens drei Menschen mit Jamals Anwälten oder seiner Familie in Verbindung gesetzt, um ihnen mitzuteilen, daß sie Jamals Unschuld beweisen könnten. Unter Hinweis darauf baten Jamals Anwälte Sabo darum, die Anhörung nicht zu beenden, um es der Verteidigung zu ermöglichen, diese und andere potentielle Zeugen ausfindig zu machen und sie vorzuladen.

Sabo lehnte diesen Antrag ab, genauso wie fast jeden anderen Antrag der Verteidigung, und erklärte die Anhörung für geschlossen. Am 2. August, als sich Wolkenstein gegen die Unterdrückung von Vorladungen und die Untersagung von allen Beweismitteln wandte und Pennsylvanias Todesstrafe wegen rassistischer Voreingenommenheit in Frage stellte, befahl Sabo, sie festzunehmen, in Handschellen abzuführen und ins Gefängnis zu werfen.

Jedes einzelne Argument der 154seitigen Entscheidung von Lynchrichter Sabo war eine wörtliche Wiederholung des Schlußplädoyers des Staatsanwalts. In ihrem Schlußplädoyer beschrieb Wolkenstein, wie über 600 Seiten von FBI-Akten „die Zusammenarbeit zwischen den Bullen von Philadelphia und dem FBI sowie das massive Vorurteil gegen Jamal als einen erklärten Kritiker der Polizeibrutalität und des Rassismus zeigen... Jamal hat nicht nur Anspruch auf einen neuen Prozeß, sondern das Niveau der prozeduralen Mißachtung ist so groß, daß die Anklage fallengelassen werden sollte."

Für die Verteidigung von Jamal durch Einheitsfrontaktionen

Die Proteste gegen Jamals Hinrichtung erschienen auf den Titelseiten von Zeitungen in der ganzen Welt und haben Jamals Fall wachsende politische Bedeutung verschafft. Frankreichs Präsident Jacques Chirac wies seinen Botschafter in Washington an, „in einem strikt humanitären Sinn und bei Achtung der amerikanischen Gesetzgebung jeden Schritt zu unternehmen, der dazu beitragen könnte, das Leben von Mr. Mumia Abu-Jamal zu retten". Außenminister Klaus Kinkel schrieb an den Gouverneur von Pennsylvania, Ridge, einen Protest gegen Jamals bevorstehende Hinrichtung sowie gegen die Todesstrafe überhaupt. Die belgische Regierung und das italienische Parlament forderten, daß die Hinrichtung gestoppt wird. Aus Südafrika schrieb Präsident Nelson Mandela an Gouverneur Ridge und wies auf die kürzliche Abschaffung der Todesstrafe in Südafrika hin; er möge seine „Macht als Gouverneur des Bundesstaats Pennsylvania benutzen, um die Todesstrafe umzuwandeln, die gegen Mumia Abu-Jamal ausgesprochen wurde".

In der Türkei, wo Cillers Militär Linke und Kurden foltert und hinrichtet, wurde täglich über den Kampf von Mumia Abu-Jamal berichtet, und es gab eine Demonstration in Izmir. In ganz Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern hat es Demonstrationen gegeben. Immer mehr Schriftsteller-Kollegen von Jamal haben sich für ihn ausgesprochen. Die IG Medien hierzulande sowie Journalistengewerkschaften in Britannien und Südafrika haben Jamal als Ehrenmitglied aufgenommen, ebenso die National Writers Union in den USA. Die internationale Schriftstellerorganisation PEN veranstaltete am 1. August Notpressekonferenzen in Paris und New York.

In den USA hat das Partisan Défense Commutée die wesentliche Bedeutung von der Mobilisierung der Arbeiterbewegung im Kampf für Jamal betont. Anfang August brachte eine Reihe von Demonstrationen, initiiert vom PDC — von New York, Oakland (Kalifornien), Chicago und Los Angeles bis Toronto und Vancouver in Kanada und Melbourne und Sydney in Australien —, strategisch wichtige Gewerkschaften auf die Beine, und sie versprachen, diesen Kampf fortzuführen. Auf einer Demonstration mit 1000 Teilnehmern am 3. August in New York gab es u. a. Blöcke der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, des Gesundheitswesens, der Krankenhaus- und der Transportarbeiter. Unter den mehr als 700 Demonstranten am gleichen Tag in Oakland waren Blöcke der Hafenarbeitergewerkschaft ILWU und mehrerer Gewerkschaftsortsverbände der Arbeiter im öffentlichen Dienst.

Einheitsfrontaktionen, bei denen Organisationen im eigenen Namen sprechen und ihre eigenen Plakate und Banner tragen können, sind wesentlich für den Aufbau von Massenunterstützung für Jamas Freiheit. Leider hat vor der nationalen Mumia-Demonstration am 22. Juli in Berlin ein Block aus autonomen Gruppen und der PDS einen .Maulkorbbeschluß gefaßt, Redner linker Organisationen —

darunter die Rote Hilfe, die die Demonstration initiiert hatte, Bol°evik Partizan und das KfsV — nicht reden zu lassen. Als Reaktion auf den Ausschluß des PDC von einer Kundgebung, zu der die „Koalition für die Rettung von Mumia Abu-Jamal" in Vancouver aufgerufen hatte, schrieb ein Vizepräsident der Postarbeitergewerkschaft der Stadt: „Mit dem Kurs des politischen Ausschlusses kann man diesen Fall nicht gewinnen, besonders zu einer Zeit, wo wir die breiteste Basis der Kräfte brauchen, die sich für Mumias Verteidigung einsetzen."

Wie für Mumias Freiheit kämpfen?

Jenes Sektierertum richtet sich vor allem gegen die Trotzkisten, die jahrelang Jamal verteidigt haben und in der Kampagne für seine Freiheit eine Schlüsselrolle spielen. Tausende Arbeiter und Jugendliche diskutieren, welchen Weg man in diesem Kampf einschlagen soll. Liberale fordern einen „fairen Prozeß" für Mumia, aber das kapitalistische Justizsystem ist alles andere als fair, wenn es um einen derart aufrichtigen, schwarzen Gegner des Rassismus und der Ausbeutung geht. Täglich erweist sich die Beschreibung des Kapitalismus durch den russischen revolutionären Marxisten W. I. Lenin als wahr: „Demokratie nur für die Reichen, für die Minderheit". In den USA, wo die Schwarzen jahrhundertelang zuerst als Sklaven und dann als Lohnsklaven unterjocht wurden, ist der Staatsapparat — Bullen, Gerichte, Gefängnisse — bis ins Innerste rassistisch.

Jeder, der in Philadelphia für Jamal demonstriert hat, ist eine potentielle Zielscheibe für die Bullen. Die größte Gewerkschaft der Stadt, Local 1199C der Gewerkschaft der Arbeiter im Krankenhaus- und Gesundheitswesen, wurde von 300 schwerbewaffneten Polizisten belagert, weil sie sich erdreistet hatte, im Juli ihren Saal für ein Benefizkonzert für Jamal zu vermieten. In Los Angeles, Boulder (Colorado), New York und vielen anderen Städten sind Demonstranten für Jamal dutzendweise verhaftet worden, und manchen drohen Anklagen wegen schwerer Verbrechen. Wir fordern: Weg mit allen Anklagen gegen diese Demonstranten!

Es liegt am Wesen des kapitalistischen *Systems* der rassistischen Ungerechtigkeit, daß Menschen Verbrechen angehängt werden, daß die Bullen Terror verbreiten, daß Schuldsprüche und schwere Strafen in den Gerichten verhängt werden. Massive soziale Kämpfe, in denen die Macht der organisierten Arbeiterklasse entfesselt wird, werden notwendig sein, um Mumias Freiheit zu erkämpfen. Einzig und allein eine Arbeiterrevolution wird diese Unterdrückungsmaschinerie zerschlagen — und damit die rassistische Todesstrafe abschaffen — und den Weg aus der Unterdrückung und Erniedrigung der Menschen hin zur Freiheit eröffnen.

Doch welche Strategie sollen militante Kämpfer verfolgen? Bei Zweigstellen der Citibank Fensterscheiben zerschlagen oder Sitzblockaden bei Opel-Bochum mögen Dampf ablassen, aber dies richtet sich gegen jegliche Perspektive, für Mumias Freiheit die Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung auf die Straße zu bringen. Noch schlimmer war der Brandanschlag auf einen Service-Wagen von United Parcel, wo viele schwarze Amerikaner arbeiten, die sich mit Mumia und seinem Kampf identifizieren. Dies war ein Akt des *reaktionären* Antiamerikanismus, der die Opfer mit den Tätern der staatlichen Unterdrückung gleichsetzt.

Mumias Kampf gegen rassistische Polizeiunterdrückung in den USA hat Immigranten und Jugendliche in Deutschland dazu inspiriert, für seine Freiheit einzutreten. Sie und ihre Familien sind mit Polizeischikanen, Brutalität und Abschiebungen konfrontiert. In einer skandalösen Nacht-und-Nebel-Aktion am 12./13. September wurden sieben sudanesische Asylbewerber nach einem zweiwöchigen Hungerstreik vom Frankfurter Flughafen in den Sudan abgeschoben. Im August griffen Bullen hungerstreikende Kurden in Frankfurt mit Wasserwerfern an, in Berlin wurden die Kurden in einem Gewaltmarsch vom Breitscheidplatz vertrieben, was Gülnaz Baghistani tötete.

Dies ist der Staatsterror, der in Deutschland, auf die Einschüchterung der gesamten Arbeiterklasse abzielt. Und die SPD-DGB-Führung ermutigt dies noch weiter, indem sie die Arbeiteraktionen von innen her erdrosselt. Mumias Kampf hat viele Gewerkschafter in Deutschland bewegt. Aber hier wird der Kampf um Gewerkschaftsaktionen für Jamals Freiheit und gegen den Staatsterror notwendigerweise durch die Tatsache unterminiert, daß die Bullen im DGB selbst vertreten sind. Polizei raus der Gewerkschaftsbewegung! Die Arbeiterbewegung, in deren Reihen Hunderttausende eingewanderte Arbeiter stehen, würde durch Mobilisierungen für Mumias Freiheit ihre eigenen Kräfte zur Verteidigung der Rechte aller Arbeiter stärken. Die Arbeiterbewegung braucht eine revolutionäre Partei, die wirklich Tribun aller Unterdrückten ist. Ihre Aufgabe wird es sein, die tausend Fäden der Klassenkollaboration zu zerreißen, mit der die Sozialdemokratie die Arbeiter an die Bosse und den Staat fesselt. Nur durch die Errichtung der Klassenherrschaft der Arbeiter kann das rassistische, kapitalistische System ein für allemal beseitigt werden.

Weitet die Kampagne aus — Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Schließt euch der Kampagne an!

Die internationale Protestkampagne hat Mumias Hinrichtung vorerst verhindert. Aber mit Sabos Ablehnung eines neuen Verfahrens ist Mumias Leben wieder akut bedroht. Daher müssen wir unsere Anstrengungen jetzt verdoppeln. Es geht nicht nur darum, eine Hinrichtung zu stoppen, sondern alle zu verhindern!

Organisiert Proteste! Verabschiedet Resolutionen in eurer Gewerkschaft, in der Schule, an der Uni und in Stadtteilorganisationen. Schickt Protestbriefe an Pennsylvanias Gouverneur Tom Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, USA.

Schreibt Jamal, um eure Solidarität zu zeigen: Mumia Abu-Jamal, AM8335, SCI Greene, 1040 E. Roy Furman Highway, Waynesburg, PA 15370-8090, USA.

Spendet großzügig für Jamals Rechtsverteidigung! Geld wird für den Kampf um Jamals Leben dringend gebraucht. Spendet auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000, Stichwort „Jamal"! Spenden, die mit „Jamal" gekennzeichnet sind, werden vollständig an das Committee to Save Mumia Abu-Jamal geschickt, das von Jamals Rechtsanwälten zu diesem Zweck initiiert wurde.

Erhältlich vom Komitee für soziale Verteidigung: Protest-Petitionen an Gouverneur Ridge, Stapel des KfsV-Flugblatts „Rettet Mumia Abu-Jamal!", DIN-A2-Plakate (DM 5,—), das Video des PDC zum Ausleihen: „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal" (25 Minuten, ebenfalls erhältlich von: Kampagne Abu Jamal, c/o Archiv 92, Postfach 150323, 28093 Bremen).

Kontakt: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin. Telefon: (030)4439401.

SPARTAKIST

Lynchrichter Sabo lehnt neues Verfahren ab

Freiheit für Mumia jetzt!



Jubel brach am 7. August in einem Gerichtssaal in Philadelphia aus, als Richter Sabo erklärte, daß die für den 17. August geplante Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal aufgeschoben wird. Dieser Richterspruch fiel mitten in einer Schlacht, die Mumia und seine Rechtsanwälte führen, um die verlogene Verurteilung wegen der Erschießung des Polizisten Faulkner 1981 rückgängig zu machen. Mumia ist konfrontiert mit einem Komplott der Polizei von Philadelphia, einer Staatsanwältin, die fanatisch davon besessen ist, so oft sie kann die Todesstrafe anzuwenden, und des Richters Sabo — des Vorsitzenden bei Mumias „Prozeß" 1982 —, der mehr Menschen in die Todeszelle geschickt hat als jeder andere Richter in den USA. Sie wollen seine leidenschaftliche Stimme, die er auf der Seite der Unterdrückten einsetzt, für immer zum Schweigen bringen. Mumia Abu-Jamal ist ein unschuldiger Mann und hätte nie einen Tag hinter Gittern verbringen dürfen.

Es war deshalb entsetzlich, wenn auch zu erwarten, daß der „Henker-Richter" Sabo nach einer achtwöchigen Anhörung zum Wiederaufnahmeverfahren am 15. September die Petition für einen neuen Prozeß ablehnte. Jamals Anwälte hatten eine 91seitige Eingabe eingereicht, die mit Aussagen und dokumentierten Beweisen detailliert aufzeigt, daß Jamal, ein ehemaliger Führer der Black Panther und Unterstützer der MOVE-Gemeinschaft, das Opfer einer rassistischen, fingierten Anklage war. Mit Sabos Entscheidung stehen Jamals Anwälte vor der Berufung beim Landesgerichtshof Pennsylvanias und beim US-Bundesgerichtshof.

In den letzten Monaten hat Jamal massive Unterstützung für seinen Kampf gegen die rassistische Todesstrafe erhalten. Sein machtvolles Buch *Live from Death Row*, das jetzt in der sechsten englischsprachigen Auflage vorliegt, wurde ins Deutsche übersetzt. Hunderttausende fordern seine Freiheit. Wie Rachel Wolkenstein, Rechtsanwältin des Partisan Défense Committee (PDC), Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV), und eine von Mumias Verteidigern, am 7. August sagte: „Es ist absolut klar, daß es ohne die internationale Unterstützung, die aus allen Richtungen gekommen ist, von Gewerkschaftern, Bürgerrechtlern, Autoren, Schriftstellern und Studenten, nicht möglich gewesen wäre, daß der Aufschub der Hinrichtung gewährt wurde."

Amerikas kapitalistische Herrscher sind sichtbar verblüfft von dem Ausmaß der Proteste, die international breite Teile der Arbeiterbewegung umfassen und sogar führende kapitalistische Politiker anderer Länder. Der Anblick von Tausenden, die gegen Amerikas rassistisches „Justiz"-System demonstrieren, kommt besonders ungelegen, da sich Clintons Weißes Haus im Schulterschluß mit dem von Republikanern dominierten Kongreß gerade anschickt, Polizeikompetenzen auszuweiten und Hinrichtungen zu beschleunigen.

Die Bourgeoisie versucht jetzt, die Protestbewegung zu entschärfen. Jamal warnte vor dieser Gefahr und schrieb in seiner Kolumne „Der Aufschub":

> „Der Bundesstaat Pennsylvania hat noch immer die volle Absicht, mich umzubringen — nur nicht gerade jetzt.
> So ist der Aufschub ein begrenzter Sieg, nicht nur für die Jamals und die Africas, sondern für Tausende und Zehntausende Menschen von jedem Winkel des Planeten...
> Während viele Radikale und Progressive auf die Nachricht des Aufschubs hin ihre Freude ausdrückten, betrachteten andere politische Kommentatoren ihn als einen cleveren Sehachzug eines cleveren Richters, der tat, was höhere Gerichte getan hätten, und dadurch einer wachsenden und militanten Bewegung gegen die Todesstrafe, in Philadelphia und darüber hinaus, die Schärfe zu nehmen versuchte und so eine Reihe von

Fortgesetzt auf Seite 29

Keine Gerechtigkeit in kapitalistischen Gerichten

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Extrablatt 11. Dezember 1995 10 Pfennig

Trotzkisten kämpfen für neue, revolutionäre Führung

Machtprobe in Frankreich

Seit über zwei Wochen haben die französischen Bahnarbeiter das Land fast zum Stillstand gebracht. Hunderttausende Beschäftigte der Metro, der Post, Flugpersonal, Autoarbeiter, Bergarbeiter und zahlreiche Studenten haben sich in Streiks und Demonstrationen angeschlossen, um den Generalangriff der Chirac/Juppe-Regierung zurückzuschlagen. In Nantes wurden Banner gegen den rassistischen Polizeiterror getragen. Und während Frankreich vor einer Machtprobe steht, gibt es in Belgien eine Welle von Arbeiterstreiks und Studentenprotesten, in Italien sind die Transportarbeiter in Streik getreten. Denn in ganz Europa sind die Arbeiter mit gewaltigen Angriffen auf ihre Sozialleistungen und ihre Rechte konfrontiert, die vom DM-Diktat der Bundesbank in Maastricht verordnet wurden.

Mit der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion sind die interimperialistischen Rivalitäten mit voller Wucht wieder ausgebrochen. Die SPD, die das Trojanische Pferd der Konterrevolution war, und die SED/PDS, die die DDR ausverkauft hat, haben den Weg dafür geebnet. Um gegenüber ihren imperialistischen Rivalen konkurrenzfähig zu bleiben und die Lohnkosten drastisch zu senken, versuchen die Kapitalisten, der Arbeiterbewegung einen schweren Schlag zu versetzen.

Für die Massen bedeutet Kohls „europäisches Haus" sinkenden Lebensstandard und steigenden rassistischen Terror in Westeuropa und Verelendung und blutige nationalistische Bürgerkriege im Osten. Das deutsche Vierte Reich trieb mit der Anerkennung der Abtrennung von Kroatien und Slowenien die Zerstückelung des jugoslawischen deformierten Arbeiterstaats voran. Jetzt, 54 Jahre nach dem Überfall durch Hitler-Deutschland, marschieren Bundeswehr-Truppen als Teil der NATO wieder auf dem Balkan ein, um den Balkan aufzuteilen, besonders auf Kosten der Serben. Der jetzige' von den USA diktierte „Friedens"-Pakt wird zu weiterem nationalistischen Blutvergießen führen und die Basis für zukünftige Kriege legen. Vor allem in den imperialistischen Ländern hat die Arbeiterklasse die Macht, sich dem blutigen Diktat der imperialistischen Räuber entgegenzustellen. Durch die Streiks in Frankreich wurde bereits ein geplantes gemeinsames Militärmanöver von Bundeswehr und französischer Armee verhindert. Die Arbeiter zusammen mit den Unterdrückten auf der ganzen Welt müssen fordern: Bundeswehr/NATO und „UN"-Truppen raus aus dem Balkan!

Kohl will seinen Feldzug für ein deutsches Europa von den Arbeitern auf dem ganzen Kontinent bezahlen lassen, aber dazu muß es ihm und seinesgleichen erst gelingen, den Widerstand der Arbeiterbewegung in offenen Klassenschlachten zu brechen. Der Offensive Chiracs treten mit den Bahnarbeitern die militantesten Teile der Arbeiterschaft entgegen, die die aktive Sympathie und Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung haben. Letztlich werden sich diese Angriffe am schärfsten gegen Immigranten, Frauen und Jugendliche richten. In Deutschland, wo die Macht der Gewerkschaften immer noch enorm ist, sind die Kapitalisten einer großen Machtprobe bisher ausgewichen. Mit Hilfe der SPD/DGB-Führung, die die Arbeiter im Würgegriff hält, haben sie Schritt für Schritt den Lebensstandard der Werktätigen gesenkt, die Frauen aus dem Arbeitsprozeß gedrängt, die Universitäten für Arbeiterkinder und Immigranten immer mehr verschlossen. Jetzt hat der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel beim letzten Gewerkschaftstag unter dem Namen „Bündnis für Arbeit" in vorauseilendem Gehorsam Niedriglöhne bei Neueinstellungen von Arbeitslosen und Lohnverzicht für alle angeboten. Es ist im ureigensten Interesse der Arbeiter in Deutschland, den Kampf ihrer französischen Klassenbrüder und Klassenschwestern zu unterstützen — den Anfang müssen die Postarbeiter in Offenburg machen, indem sie sich weigern, französische Briefe zu befördern und damit Streikbrecherarbeiten für die Bosse auszuführen!

Auf die Drohung von Produktionsverlagerungen antworten SPD/DGB mit dem Gift des Protektionismus („Standort Deutschland") und schließen sich damit den rassistischen Kampagnen der Regierung an, die wie überall in Europa die Immigranten zu Sündenböcken macht, um die Arbeiter abzulenken und gegeneinander aufzuhetzen. So wird eine ganze nationale Minderheit kriminalisiert: Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine! In Mecklenburg-Vorpommern hat der DGB sogar eine Kampagne gestartet, um die Bevölkerung zur Bespitzelung und Denunziation von „Schwarzarbeitern" aufzufordern, die für Hungerlöhne auf dem Bau arbeiten. Die Gewerkschaften müssen für Tariflöhne für alle kämpfen und die Werkvertragsarbeiter organisieren. Auch die PDS hängt sich an die Hetze gegen „Ausländerkriminalität" an. Durch solche nationalistischen Kampagnen wird dem Nazi-Terror der Boden bereitet. Dagegen fordern wir: Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind!

Während die SPD mehrheitlich für den Bundeswehreinsatz auf dem Balkan stimmte, appelliert die PDS an einen illusorischen „Humanismus" der Imperialisten und unterstützt die UN-Intervention, die nur ein Feigenblatt für die blutigen Schlächter ist. Jetzt tritt die PDS in die Fußstapfen der Grünen, die für den Bundeswehreinsatz gestimmt haben, und eröffnet ebenfalls eine Debatte über Einsätze der Wehrmacht-Nachfolgearmee gegen „Völkermord". Vorgeblich trotzkistische Gruppen wie der Revolutionär Sozialistische Bund und Gruppe Arbeitermacht unterstützen seit langem die imperialistische Kampagne für das „arme, kleine Bosnien". Mit den NATO-Bombenflügen gegen die bosnischen Serben im letzten Herbst haben sie erreicht, was sie wollten.

Es gibt kein Zurück zu einer von Anfang an verlogenen „sozialen" Marktwirtschaft, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, als die Gewerkschaftsspitzen die Kämpfe der Arbeiter ausverkauften, um ein paar Krümel von den Profiten abzukriegen. Selbst die Militanz der Arbeiter in Frankreich und Italien reicht nicht aus, um den raubgierigen Bossen das Handwerk zu legen. Wie wir zum bayerischen Metallerstreik im letzten Frühjahr in *Spartakist* Nr. 117 (März/April 1995) schrieben: „Aber langfristig sind Gewerkschaftsaktionen allein nicht genug, um auf diese .Globalisierung der Produktion' zu antworten, da die Gewerkschaften ihrem Wesen nach national begrenzt sind, wie Karl Marx vor eineinhalb Jahrhunderten feststellte. Um die nationalen Unterschiede der Arbeiter zu überwinden, ist die Führung einer internationalen revolutionären Partei der Arbeiterklasse notwendig." Die Internationale Kommunistische Liga ist der Kern dieser Partei. Nieder mit Maastricht und der Europäischen Union der Imperialisten! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Nachfolgend drucken wir das Streik-Extrablatt von *Le Bolchevik,* Zeitung unserer französischen Genossen der Ligue trotskyste de France, vom 4. Dezember 1995 ab.

Für eine Arbeiterregierung, die das ganze verrottete kapitalistische System hinwegfegt!

Ligue trotskyste de France
Extrablatt, 4. Dezember 1995

Frankreich steht vor einer Machtprobe. Auf der einen Seite steht die Regierung Chirac/Juppe und die Bourgeoisie, die von allen europäischen Kapitalisten unterstützt wird. Auf der anderen Seite steht die Arbeiterklasse, stehen die Frauen, „Immigranten" [so werden alle Einwohner afrikanischer Herkunft bezeichnet, obwohl viele von ihnen Staatsbürger sind], Jugendlichen, Studenten und Rentner — all die beabsichtigten Opfer der Austeritätsoffensive und des rassistischen Terrors seitens der herrschenden Klasse. Die sich entfaltende Protestbewegung treibt auf einen Generalstreik zu, auf eine *politische* Konfrontation mit der Bourgeoisie und ihrem Staat. Die Frage, die sich immer dringlicher stellt, lautet: Wer wird herrschen? Die Bourgeoisie ist in ihrer Entschlossenheit vereint, gegen die Arbeiter und Unterdrückten Krieg zu führen. Um zurückzuschlagen, um zu gewinnen, braucht die Arbeiterklasse einen Generalstab, eine revolutionäre Führung, die sich auf das Programm stützt, daß diejenigen, die arbeiten, herrschen müssen.

Nach den kapitalistischen Konterrevolutionen, die die Errungenschaften des vergesellschafteten Eigentums und der Planwirtschaft in der Sowjetunion und in Osteuropa zerstört haben, bejubelte die Bourgeoisie den angeblichen „Tod des Kommunismus". Heute sind überall auf der Welt die Blicke der Arbeiter auf Frankreich gerichtet, wo die kämpferischen Arbeiter bewiesen haben, daß der Klassenkampf *lebt.* Aber damit die Arbeiter zum Sieg voranschreiten, ist es notwendig, daß der Marxismus lebt, durch eine internationalistische, leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei, die für die proletarische Machteroberung kämpft — eine Partei der revolutionären Aktion und nicht der parlamentarischen Ausverkäufe und der Gewerkschaftsbürokraten. Eine solche Partei wird von Lenins Verständnis erfüllt sein, daß sie als Volkstribun handeln muß, der jeden Akt von Unterdrückung irgendeiner Bevölkerungsschicht bekämpft. Sie sammelt hinter der Macht der Arbeiterklasse die Jugend, die Arbeiter aus dem Maghreb und aus Schwarzafrika, sowie deren Kinder — Opfer des rassistischen Belagerungszustands, die als „Immigranten" ausgestoßen werden, selbst wenn sie in Frankreich geboren und französische Staatsbürger sind — und die Frauen, deren Recht auf Abtreibung immer mehr in Gefahr ist.

Die entscheidende Frage heute ist die Frage der Führung. Die [von der Sozialistischen Partei (PS) dominierte] Führung der Gewerkschaft CFDT hat erklärt, daß sie mit dem Angriff der Regierung auf das soziale Netz übereinstimmt. Die Führungen der Gewerkschaften CGT [der Französischen Kommunistischen Partei (KPF) nahestehend] und Force Ouvriere [FO, sozialdemokratisch] geben als ihr Endziel die Rücknahme des Juppe-Plans an. Aber Chirac und Juppe haben klargemacht, daß sie ihren Angriff durchziehen wollen, koste es was es wolle. Diese Auseinandersetzung wird nicht auf parlamentarischer Ebene durch irgendwelche Kungeleien im Hinterzimmer gelöst. Auch kann sie nicht einfach innerhalb des engen Rahmens der Gewerkschaften gewonnen werden. Mißtraut denjenigen, die wie die KPF und die PS vorgeben, den Arbeitern eine Führung zu geben, nur um ihre Kämpfe abzuwürgen und auf Wahlen umzulenken. Wenn die Arbeiterklasse nicht entschlossen und kühn handelt, könnte die Folge davon durchaus sein, daß nicht nur die Rechten im Parlament gestärkt werden, sondern auch Le Pens faschistische Schläger, die „Immigranten" terrorisieren und sich der Bourgeoisie als letzte Rettung vor einer revolutionären Herausforderung durch das Proletariat anbieten.

Wie ein Streikender sagte, brauchen wir eine *„Streikregierung".* Aber wie dahin kommen? Es ist notwendig, die Arbeiter in einem organisierten und koordinierten Kampf gegen die Regierung zu vereinen und andere Schichten der Bevölkerung einzubeziehen, die den Streik unterstützen und genauso gegen die allseitigen Angriffe kämpfen. Der erste Schritt ist die Bildung von Komitees in den Betrieben, die auf Vollversammlungen der Streikenden am Arbeitsplatz gewählt werden, um den Kampf zu führen und zu koordinieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Streiks auf andere Bereiche auszuweiten, besonders auf die Bastionen der Industriearbeiter, wo immigrierte Arbeiter eine strategische Rolle spielen. Zu oft schon hat das Fehlen

Zerschlagt den rassistischen Polizeiterror! Vereinigt Immigranten, Frauen und die Jugend hinter der Macht der Arbeiterklasse!

einer Führung, die die Arbeiterkämpfe verallgemeinert und miteinander verbindet, es der Bourgeoisie ermöglicht, die kämpferischen Teile zu isolieren und den Kampfgeist der Arbeiter zu unterdrücken. Gegen die Pläne der Regierung, Streikbrecher-Busse einzusetzen, um den Streik im Transportwesen zu brechen, ist es notwendig, Massenstreikposten zu mobilisieren, die die Straßen blockieren, und fliegende Streikposten aufzubauen, um den Streik auszuweiten — besonders im Bereich der Privatwirtschaft — und die Streikfront geschlossen zu halten.

Gegen die Drohungen, die Armee einzusetzen, und gegen die Mobilmachung der Faschisten, die als Speerspitze der sozialen Reaktion agieren und darauf warten, als Hilfstruppen der Bourgeoisie zum Streikbruch benutzt zu werden, ist es notwendig, daß die Fabrikkomitees *Arbeiten>erteidigungsgruppen* organisieren. Disziplinierte Arbeitertrupps sind nötig, um sowohl die Streikmobilisierungen und Demonstrationen als auch die Immigrantenviertel zu verteidigen, die die erste Zielscheibe der faschistischen Banden und des rassistischen Vigipirate-Polizeiterrors sind [diesen Namen wählte die französische Regierung, um die Kontinuität mit einer Kampagne gleichen Codenamens zu unterstreichen, die Mitterrand während des Golfkriegs durchführte]. Die Arbeiterbewegung muß die einfachen Soldaten dazu aufrufen, Streikbrecherarbeit zu verweigern.

Fabrikkomitees, die Stadt- und landesweit zentralisiert sind, müssen die Verteilung der Waren und Dienstleistungen kontrollieren und organisieren, indem sie Vertreter der Studenten, der „Immigranten", der Arbeitslosen, der Arbeiterinnen und Hausfrauen sowie anderer Schichten der Bevölkerung einbeziehen. Solche Fabrikkomitees können den Kern einer *Arbeitermacht* bilden — Arbeiterräte oder Sowjets —, die der Macht der Bourgeoisie entgegentreten wird. Der Ausgang dieser Konfrontation wird davon abhängen, wer die Arbeiterklasse führt.

Der gegenwärtige Angriff der Regierung auf die Arbeiterklasse wurde durch eine unaufhörliche rassistische Kampagne vorbereitet, die eingewanderte Arbeiter und ihre Kinder ins Visier nimmt und mit Abschiebung und Polizeiterror bedroht. Ziel dieser Kampagne ist es, sie zum Sündenbock für die Krise des Kapitalismus zu machen und die Arbeiterklasse auf rassistischer Grundlage zu spalten. Es ist eine Frage elementarer Selbstverteidigung des gesamten Proletariats, daß die Arbeiterbewegung bei Einstellungen und Entlassungen, Löhnen, Ausbildungsplätzen und bei der Wohnungsvergabe kompromißlos gegen alle Formen von Diskriminierung kämpft und fordert, daß alle Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst auch „nichtfranzösischen" Arbeitern offenstehen müssen. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ihre Familien! Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und allen Arbeit zu geben, verlangen wir eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich!

Die laufenden Schüler- und Studentenproteste gegen die Kürzungen müssen sich dem im Kampf stehenden Proletariat anschließen. Wie die Jeunesse Spartaciste, Jugendgruppe der Ligue trotskyste de France (LTF), in einem im letzten Monat an Studenten verteilten Flugblatt betonte:

> „Was jetzt notwendig ist, ist ein revolutionäres Programm, das die Kämpfe der Jugend um das Recht auf Arbeit, Wohnung und einen anständigen Lohn — also auf ein anständiges Leben — mit dem Kampf des Proletariats verbindet, um diesem kapitalistischen System der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu setzen. Wir, die Jeunesse Spartaciste, kämpfen für kostenlose Ausbildung auf hohem Niveau für alle, ohne jegliche rassistische oder klassenmäßige Diskriminierung. Wir wollen, daß das Proletariat Zugang zu den Schätzen der Kultur hat, daß die Arbeiterjugend uneingeschränkten Zugang zu den Universitäten hat. Für Universitäten, die allen offenstehen, und für angemessene Stipendien!"

Der Angriff des französischen kapitalistischen Regimes auf die Sozialversicherung ist kein Einzelfall. Das gleiche ist schon in Britannien passiert, es wird gerade in Italien versucht, und in Deutschland wird es geplant. Der IWF und die kapitalistischen Herrscher Europas haben der französischen Bourgeoisie klargemacht, daß sie dies durchsetzen muß, und die französische Bourgeoisie ist mehr als bereit, sich mit ihren verbündeten herrschenden Klassen jenseits der Grenzen zu vereinen, um das französische Proletariat niederzuwerfen, wie sie es von der Pariser Kommune bis zur Vichy-Regierung immer wieder getan hat. Es ist notwendig, dem Europa der NATO ein Europa des Arbeiterkampfes entgegenzustellen. Notwendig ist eine internationalistische Perspektive, die die kämpfenden Arbeiter in Italien einbezieht, die den Schulterschluß mit den protestierenden Studenten in Belgien anstrebt und die an die Arbeiter Deutschlands appelliert, im gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Angriffe vorzugehen. Von entscheidender Bedeutung ist es, sich über das Mittelmeer hinweg an die nordafrikanischen Massen zu wenden, die besonders von imperialistischer Ausbeutung geplagt werden und deren Klassenbrüder einen Schlüsselbestandteil des Proletariats in Frankreich darstellen.

Die KPF steht jedoch im Gegensatz zu einer solchen Perspektive: Ihre nationalistisch-chauvinistischen Appelle („produziert französisch") geben nicht den französischen Bossen die Schuld an der wachsenden Arbeitslosigkeit im Lande, sondern den ausländischen Arbeitern. Die KPF würde gerne der Bourgeoisie als Büttel dienen, um die kämpferische Arbeiterbewegung aus dem Gleis zu werfen und abzuwürgen, genau wie sie es 1968 getan hat, als sie zeigte, daß sie weiß, „wie man einen Streik beendet", als sie die Fabrikbesetzungen der Arbeiter und die Massenproteste der Studenten erstickte, die das Land an den Rand einer Revolution gebracht hatten. Mit ihren schändlichen Appellen an den gegen „Immigranten" gerichteten Rassismus — exemplarisch ausgedrückt durch das Niederwalzen eines Wohnheims von Arbeitern aus Mali 1981 - in Vitry und durch ihre 14 Jahre dauernde Unterstützung der „sozialistischen" Mitterrand-Regierung, deren Markenzeichen rassistischer Staatsterror gegen „Immigranten" war — half die KPF, den Boden für das Anwachsen von Le Pens Nationaler Front zu bereiten, welche sich heute darauf vorbereitet,

Treffpunkt der SpAD/Spartakist-Jugend

Machtprobe in Frankreich

Diskussionsveranstaltung

Berlin	**mit Augenzeugenbericht** Mittwoch, 13. Dezember, 18.00 Uhr Humboldt-Universität Hegelplatz, Raum 111 U/S-Bahn Friedrichstraße Weitere Informationen: (030)4439400
Hamburg	**mit Augenzeugenbericht** Ort und Zeit telefonisch erfragen: (0 40) 32 36 44
Leipzig	Mittwoch, 13. Dezember, 17.30 Uhr Werk II, 1. Stock, Kochstraße 132 Straßenbahn Connewitzer Kreuz Weitere Informationen: (0345) 2029055

ihre faschistischen Schlägerbanden auf die Arbeiterbewegung zu hetzen.

Die historische Rolle der KPF bestand darin, den Klassenkampf einzudämmen und in die Sackgasse des Parlamentarismus umzuleiten. Heute ist die KPF nicht mehr die vorherrschende Kraft, die sie einst in der Arbeiterbewegung war, denn der Stalinismus hat sowohl in der Sowjetunion als auch in Osteuropa. — wo der Verrat der Bürokratien den Weg zur kapitalistischen Konterrevolution ebnete — seinen vollständigen Bankrott erlebt, wie auch in Frankreich. Aber man kann sicher sein, daß der KPF-Führer Hue & Co. ihre alten Gewohnheiten nicht aufgegeben haben und ihr Bestes geben werden, um die Arbeiterkämpfe abzuwürgen.

Die Bourgeoisie, ermutigt durch die welthistorische Niederlage des Proletariats aufgrund der Zerstörung des Heimatlands der Oktoberrevolution, glaubt heute, sie könne im eigenen Land nach Belieben mit den Arbeitern umspringen, mit oder ohne die Unterstützung ihrer reformistischen Handlanger. Kein Wunder, daß heute unter kämpferischen Arbeitern syndikalistische Vorurteile und Mißtrauen gegenüber politischen Parteien so weit verbreitet sind. Dies ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Verrats der KPF durch Klassenzusammenarbeit, die die Bedeutung des Wortes Kommunismus pervertiert hat, und von 14 Jahren dauernden Angriffen auf die Arbeiterklasse und die „Immigranten"-Viertel durch Volksfrontregierungen, die sich „sozialistisch" genannt haben (aber tatsächlich Koalitionen der Klassenkollaboration zwischen PS, KPF und bürgerlichen Politikern waren).

Pseudotrotzkistische Gruppen wie die Ligue communiste revolutionnaire (LCR) und Lutte ouvriere, denen es an revolutionärem Programm und Perspektive fehlt, versuchen, kämpferischer als die weithin diskreditierten reformistischen Bürokratien auszusehen. Sie geben die Losung von „unbegrenzten" Generalstreiks aus, die auf rein ökonomistische Forderungen beschränkt werden. Sie verlieren kein Wort darüber, daß es für die integrierte Arbeiterbewegung notwendig ist, den Kampf gegen rassistische Unterdrückung und Frauenunterdrückung zu führen, den Vigipirate-Polizeiterror zu zerschlagen und gegen die faschistische Bedrohung zu mobilisieren. Ihre „revolutionäre Alternative" steht rechts im Vergleich zu einer ganzen Schicht der augenblicklichen Studentenbewegung, wie das Beispiel der Studenten von St. Denis beweist, die ein Flugblatt herausgebracht haben, in dem gefordert wird, sich den rassistischen Angriffen der Regierung entgegenzustellen. Bei den Massendemonstrationen im Herbst gegen die Atombombentests im Pazifik äußerten weder die KPF noch die PS oder ihre „linksradikalen" Anhängsel auch nur ein Wort gegen die Operation Vigipirate. So landen sie alle dabei, sich die Kampagnen und Interessen ihrer „eigenen" Bourgeoisie zu eigen zu machen, und rühren keinen Finger, um die kapitalistische Herrschaft herauszufordern, genauso wie sie die arbeiterfeindliche Mitterrand-Volksfront unterstützt haben.

In der letzten Zeit schlössen sich mehrere dieser Organisationen, darunter die LCR und Pouvoir ouvriere, dem heuchlerischen Mediengeschrei über das „arme kleine Bosnien" an und forderten eine imperialistische Intervention gegen die bosnischen Serben. Jetzt haben sie gekriegt, wonach sie geschrien haben. Was Lutte ouvriere und Socialisme international betrifft: Sie weigerten sich, zur Verteidigung der bosnischen Serben gegen die imperialistische Aggression aufzurufen.

Die gleichen französischen Truppen, die die „Immigranten"-Viertel von Paris und Marseiile belagert haben, werden jetzt in „humanitärer Mission" nach Bosnien geschickt. Aber während die Bourgeoisie dabei ist, ihre Armee loszuschicken, um den Völkern des ehemaligen Jugoslawiens das NATO-Diktat aufzuzwingen, droht sie zuerst einmal, ihre Soldaten dazu zu benutzen, den Werktätigen in Frankreich das Wirtschaftsdiktat von NATO-Europa aufzudrücken. Die Arbeiterklasse muß gegen dieses imperialistische Balkan-Expeditionskorps Widerstand leisten. Das Gerangel der Großmächte auf dem Balkan unterstreicht die Eskalation der imperialistischen Rivalitäten nach der Zerstörung der Sowjetunion und deutet letztlich auf einen weiteren Weltkrieg hin.

Wir Trotzkisten von der LTF haben zur Verteidigung der bosnischen Serben gegen die NATO-Angriffe aufgerufen. Nein zur Wehrpflicht — Keinen Mann, keinen Pfennig für die Armee der Bourgeoisie! Und im Gegensatz zur Kapitulation der Reformisten und Zentristen vor Chiracs rassistischem Feldzug rief die LTF zu einer Einheitsfront-Demonstration gegen die Welle von rassistischem und imperialistischem Staatsterror in Frankreich und Tahiti auf, mit den Forderungen: Nieder mit den Pogromen gegen Immigranten und Chiracs rassistischem Belagerungszustand! Bullen und französische Truppen raus aus den Immigranten-Vierteln und aus Tahiti! Unsere Pariser Protestkundgebung fand vor dem Grand-Rex-Kino statt, einem der Orte, wo am 17. Oktober 1961 Hunderte von Algeriern massakriert wurden, als sie für die Unabhängigkeit Algeriens demonstrierten.

Auf diese Art und Weise versuchen wir, wie bei unserem Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, der als schwarzer politischer Gefangener in einer Todeszelle in den USA sitzt, als Kern der revolutionären Arbeiterpartei zu handeln, die der Volkstribun aller Unterdrückten sein wird. Wenn es heute gelingt, den Juppe-Plan zu Fall zu bringen, wäre dies ein enormer Sieg für die Arbeiterbewegung. Aber eine angeschlagene Bourgeoisie ist wie ein gefährliches Raubtier.

Die Bourgeoisie reitet Attacken gegen die Arbeiterklasse. Die Reformisten und Klassenkollaborateure der KPF und PS sowie ihre zentristischen Anhängsel bieten nur die Illusion von Reformen. Sie alle sind unfähig, die Arbeiterklasse zu führen, weder in den gegenwärtigen Kämpfen noch in dem Kampf, der der Lohnsklaverei ein für alle Mal ein Ende setzen wird. Nur eine Partei wie die Bolschewiki, die sich auf eine proletarisch-revolutionäre Perspektive stützt, kann der Arbeiterklasse den Weg in die Zukunft weisen. Diese Partei im Kampf zu schmieden ist die wichtigste Aufgabe des Tages.«

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Postfach 555, 10127 Berlin

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen 22111 Hamburg

Gedruckt In einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb